

München 1960

Das Depotstimmrecht der Banken

von

ROLAND BERGER

DAS DEPOTSTIMMRECHT DER BANKEN

**Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München**

**vorgelegt von
Roland Berger**

1960



Referent: Professor Dr. Otto Hintner

Korreferent: Professor Dr. Robert Nieschlag

Tag der mündlichen Prüfung: 13. Juli 1960

V O R W O R T

Wer sich mit dem Depotstimmrecht der Banken befaßt, hat sich mit einem der umstrittenen Hauptprobleme des Aktienrechts und seiner Reform auseinanderzusetzen. Seit Jahrzehnten steht das Depotstimmrecht im Mittelpunkt der aktienrechtlichen Reformerörterungen.

Der "Referentenentwurf eines Aktiengesetzes", den das Bundesjustizministerium im Oktober 1958 veröffentlicht hat, sieht für das Depotstimmrechtsverfahren eine Neuregelung mit einigen grundlegenden Änderungen vor. Der Dritte Bundestag soll das neue Aktiengesetz verabschieden; der Regierungsentwurf, der ursprünglich spätestens im Herbst 1959 dem Bundestag vorgelegt werden sollte, steht aber noch aus. Mit seinem Erscheinen ist nunmehr erst im Frühjahr 1960 zu rechnen.

Das Depotstimmrecht der Banken ist weder ein rein aktienrechtliches noch ein spezifisch bankbetriebswirtschaftliches Problem; vielmehr liegt es im Grenzgebiet zwischen Recht und Wirtschaft. Daher läßt das Thema eine ausschließlich betriebswirtschaftliche Abhandlung nicht zu. Soweit ersichtlich, ist bisher keine Monographie des Depotstimmrechts aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht geschrieben worden; seit Kriegsende liegt lediglich eine juristische Dissertation aus dem Jahre 1950 vor ¹⁾.

Ohne Erarbeitung der rechtlichen Voraussetzungen und Grundlagen sind zwar keine wissenschaftlich fundierten Aussagen über die wirtschaftliche Bedeutung des Depotstimmrechts möglich. Jedoch gegenüber juristischen Schriften zu diesem

1) Wilhelm Feldhausen, Die rechtspolitische Auseinandersetzung über das Depotstimmrecht der Banken seit dem ersten Weltkrieg, Diss., Köln 1950 (Manuskript).

Problemkreis, die besonders die rechtsdogmatischen und rechtspolitischen Fragen behandeln, versucht die vorliegende Arbeit, das Depotstimmrecht aus dem reinen Rechtsbereich herauszulösen und in einen übergeordneten Zusammenhang zu stellen.

Wohl macht es sich diese Arbeit zur Aufgabe, das Depotstimmrecht in einem weitgezogenen Rahmen zu untersuchen; dabei darf sie freilich nicht beanspruchen, eine erschöpfende monographische Darstellung des Themenkreises zu geben. Vielmehr können hier nur die wichtigen rechtlichen Entwicklungslinien verfolgt und die wesentlichen wirtschaftlichen Gesichtspunkte herausgearbeitet werden.

Zur Veranschaulichung der wirtschaftlichen Hintergründe und Auswirkungen des Bankenstimmrechts sind statistische Untersuchungen über die deutschen Aktiengesellschaften sowie Materialien und Tatsachen der Aktienrechtspraxis soweit wie möglich ausgewertet worden.

Die Aktualität des Themas, besonders seit dem Erscheinen des Referentenentwurfs, bringt es mit sich, daß zu den folgenden Ausführungen vor allem zahlreiche Aufsätze in rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschriften sowie Veröffentlichungen in der Wirtschaftspresse herangezogen werden.

Die vorliegende Untersuchung berücksichtigt das Schrifttum bis etwa zur Jahresmitte 1959, in Einzelfällen bis Mitte Oktober 1959; im übrigen beschränkt sie sich auf die deutschen Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse.

Seinem verehrten Lehrer und Referenten, Herrn Professor Dr. Otto Hintner, und dem Herrn Korreferenten, Professor Dr. Robert Nieschlag, wie auch den Herren Dr. Gerhard Mann und Dr. Rolf Hammerschmidt ist der Verfasser zu besonderem Dank für die Betreuung der Arbeit verpflichtet.

München, im Oktober 1959

Der Verfasser

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Vorwort

Einleitung

1

ERSTER TEIL

4

DIE GESCHICHTLICHE UND RECHTLICHE ENTWICKLUNG DES DEPOTSTIMMRECHTS

4

I. Allgemeine Rechtsgrundlagen für die Willens- bildung in der Aktiengesellschaft

4

1. Das Stimmrecht der Aktien und seine Geschichte

4

a) Die Aktie in ihrer Bedeutung als Mitgliedschaftsrecht

4

b) Das Wesen des Stimmrechts

6

c) Geschichtlicher Rückblick auf das Stimmrecht im deutschen Aktienrecht

7

d) Die Vorzugsaktie ohne Stimmrecht als Ausnahmeerscheinung

9

2. Die Rechtsstellung der Organe in der Aktiengesellschaft

10

a) Überblick auf die Verfassung der Aktiengesellschaft

10

b) Die Aufgaben der Organe

11

c) Der Strukturwandel der Organe durch das Aktiengesetz

13

d) Der Einfluß des Mitbestimmungsrechts auf die Organe der Aktiengesellschaft

16

	Seite
3. Die Beschlußfassung in der Hauptversammlung	21
a) Die Willensbildung	21
b) Beschluß mit einfacher Mehrheit	22
c) Beschluß mit qualifizierter Mehrheit	23
d) Der Einfluß der Präsenz	26
e) Die Einwirkung der Minderheit	28
4. Einige Besonderheiten bei der Stimmrechts- ausübung	31
a) Mehrstimmrechtsaktien	31
b) Stimmrechtsbeschränkungen	36
c) Stimmrechtsenthaltungen bei der Entlastung	43
d) Das Stimmrecht bei Verpfändung, Pfändung und Sicherungsübereignung	47
5. Die rechtlichen Möglichkeiten der Stimmrechts- ausübung durch andere	48
a) Die Stimmrechtsvollmacht	48
b) Die Stimmrechtsermächtigung auf Grund der sogenannten Legitimationsübertragung	51
c) Die treuhänderische Übertragung	56
6. Die Stimmrechtsausübung bei Inhaber- und Namensaktien	59
a) Inhaberaktien	60
b) Namensaktien	60
II. <u>Die Handhabung des Depotstimmrechts der Banken vor der aktiengesetzlichen Regelung von 1937</u>	64
1. Die Entstehungsgeschichte und der rechtstat- sächliche Gestaltungswandel des Depotstimm- rechts bis 1937	64
2. Die gesetzgeberischen Reformbestrebungen	75

III. Die geltenden Bestimmungen für die Ausübung des Depotstimmrechts	81
1. Das Aktiengesetz von 1937	81
a) § 114 Absatz 4 des Aktiengesetzes	81
b) § 110 des Aktiengesetzes	88
c) Die Straf- und Aufsichtsbestimmungen zum Depotstimmrecht	91
2. Die geltenden standesrechtlichen Grundlagen des privaten Bankgewerbes für die Ausübung des Depotstimmrechts	93
a) Die "Grundsätze über die Ausübung des Depotstimmrechts" und die unveröffent- lichten Erläuterungen des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes von 1952	95
b) Die ergänzenden Erläuterungen von 1955 zu den "Grundsätzen über die Ausübung des Depotstimmrechts"	99
c) Weitere Erläuterungen des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes von 1958 zur Ausübung des Depotstimmrechts	102
3. Die Einholung der Stimmrechtsermächtigung durch die Bank	104
a) Schreiben der Bank an den Kunden mit der Bitte um Erteilung der Stimmrechts- ermächtigung	105
b) Die Ermächtigungserklärung zur Ausübung des Depotstimmrechts	109
4. Exkurs: Die depotrechtlichen Beziehungen zwischen Hinterleger und Verwahrer von Wertpapieren	111
a) Die Verwahrung von Wertpapieren	111
b) Die Sonderverwahrung	113
c) Die Sammelverwahrung	113
d) Die Depotgebühren für die Verwahrung von Aktien	116
5. Zusammenfassung der rechtlichen Möglichkeiten der Stimmrechtsausübung in der Hauptversammlung	118

ZWEITER TEIL

121

DIE WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG DES DEPOTSTIMMRECHTS

121

I. Statistik der Aktiengesellschaften im Bundesgebiet

121

1. Die Gesamtzahl und das Grundkapital der Aktiengesellschaften 121
 2. Die großen Aktiengesellschaften 124
 - a) Die börsennotierten Aktiengesellschaften 125
 - b) Die nicht börsennotierten Aktiengesellschaften 131
 3. Die Gruppierung der Kapitaleigentümer der deutschen Aktiengesellschaften 133
 - a) Die numerische Gliederung des Aktienbesitzes 133
 - b) Die Publikumsgesellschaften 137
 - c) Anzahl und soziologische Schichtung der Aktionäre bei der Farbenfabriken Bayer AG und der Mannesmann AG 142
 4. Die Kundendepots bei den Kreditinstituten 147
 - a) Die statistisch erfaßten Depotbestände an Aktien 147
 - b) Die Zahl der Depotposten bei Großbanken 150
- II. Das Depotstimmrecht in der Bankenpraxis 151
1. Die Verfügung der Banken über das Stimmrecht aus Depotaktien 151
 - a) Allgemeines 151
 - b) Das durch Banken in den Hauptversammlungen von Publikumsgesellschaften vertretene Aktienkapital 153

2. Die Aktionärgruppen und die Ausübung ihrer Aktienstimmrechte	158
a) Die Stellung der Aktionäre im Aktienrecht	158
b) Die Einteilung der Aktionäre	161
c) Die Großaktionäre	163
d) Die Kleinaktionäre	165
3. Die Weiterübertragung von Depotstimmrechten auf andere Banken	169
a) Der rechtliche Tatbestand	169
b) Die Auswirkungen in der Praxis	171
c) Exkurs: Die Stimmrechtsübertragung von Kapitalanlagegesellschaften auf Banken	174
d) Die Abwicklung der Stimmrechtsweiterübertragung durch Bankformulare	176
e) Zur Kritik an der Stimmrechtsweiterübertragung	181
 III. <u>Die personellen Verflechtungen zwischen Banken und Aktiengesellschaften</u>	 187
1. Allgemeines	189
2. Aufsichtsräte	192
3. Statistiken der Aufsichtsratsmandate von Großbanken-Verwaltungsmitgliedern	195
a) Untersuchungen vor dem Zweiten Weltkrieg	195
b) Untersuchungen nach dem Zweiten Weltkrieg	197
4. Aufsichtsratsmandate führender Großbanken-Vorstandsmitglieder	201
a) Hermann Josef Abs	201
b) Erich Vierhub	203
c) Hanns Deuss	204
d) Eduard von Schwartzkoppen	205

	Seite
5. Die Aufsichtsratsverflechtungen zwischen Großbanken und Großchemie	206
a) Deutsche Bank AG	207
b) Dresdner Bank AG	207
c) Commerzbank AG	208
6. Bankenvertreter im Aufsichtsrat der Preußag	208
7. Beiräte der Großbanken	212
IV. <u>Die Beurteilung des Depotstimmrechts</u>	213
1. Das Depotstimmrecht in der Kritik des Schrifttums	214
2. Zusammenfassung und Untersuchung der Haupt- argumente gegen das Depotstimmrecht	218
a) Zum ersten Hauptargument: Bankenherrschaft	219
b) Zum zweiten Hauptargument: Aufhebung der Verwaltungskontrolle	222
c) Zum dritten Hauptargument: Eigeninteresse der Banken	227
3. Stellungnahme zu den Ansichten über das Depot- stimmrecht	231
<u>DRITTER TEIL</u>	236
DAS DEPOTSTIMMRECHT UND DIE REFORMBESTREBUNGEN NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG	236
I. <u>Die Reformvorschläge der Verbände vor dem "Referentenentwurf eines Aktiengesetzes" vom Oktober 1958</u>	236
1. Die "Denkschrift zur Reform des Aktienrechts" der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz vom November 1952	237

2. Die beiden Stellungnahmen des Deutschen Industrie- und Handelstages zur Aktienrechtsreform	239
a) "Zur Reform des Aktienrechts" vom Juni 1954	239
b) "Ergebnisse der bisherigen Beratungen zur Reform des Aktienrechts" vom Oktober 1958	240
3. Der Bericht der Studienkommission des Deutschen Juristentages zur "Reform der Aktiengesellschaft" von 1955	242
4. Die "Denkschrift zur Reform des Aktienrechts" des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes (E.V.) vom April 1958	245
 II. <u>Der "Referentenentwurf eines Aktiengesetzes" des Bundesjustizministeriums vom Oktober 1958 und das Depotstimmrecht</u>	
1. Allgemeine Bemerkungen zum Referentenentwurf	251
2. Die Reformaufgaben des Referentenentwurfs	253
a) Die gesellschaftspolitischen Ziele der Bundesregierung	253
b) Grundsätzliche Erklärungen des Bundesjustizministeriums nach der Veröffentlichung des Referentenentwurfs	254
3. Die Reformvorschläge des Referentenentwurfs zum Depotstimmrecht	256
a) § 126 des Referentenentwurfs	256
b) Die Grundsätze des Bundesjustizministeriums bei der Neuregelung des Depotstimmrechts im Referentenentwurf	258

	Seite
4. Erläuterungen zu den Depotstimmrechts- vorschriften des Referentenentwurfs	260
a) Allgemeine Ausführungen	260
b) Die wesentlichen Neuerungen im Referenten- entwurf zum Depotstimmrecht	261
c) Die Regelung von Einzelproblemen des Depotstimmrechts im Referentenentwurf	266
c) § 127 Absatz 1 des Referentenentwurfs	271
 III. <u>Die Denkschriften zum "Referentenentwurf eines Aktiengesetzes"</u>	 273
1. Die Gemeinsame Denkschrift von fünf Spitzen- organisationen der gewerblichen Wirtschaft vom Februar 1959	 273
2. Die Stellungnahme der Deutschen Schutz- vereinigung für Wertpapierbesitz vom Februar 1959	 281
a) Der allgemeine Teil der Stellungnahme	281
b) Die Änderungsvorschläge der Stellungnahme	283
c) Zur Kritik an der Schutzvereinigung und ihrer Stellungnahme	287
3. Die Bemerkungen und Vorschläge der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft vom März 1959	294
4. Die Stellungnahme des Arbeitskreises "Aktien- rechtsreform" der Länderwirtschaftsminister vom April 1959	299
 IV. <u>Zur Kritik am Depotstimmrechtsverfahren des Referentenentwurfs</u>	 303
1. Allgemeines	303
2. Die wesentlichen Einwände gegen die Depot- stimmrechtsregelung im Referentenentwurf	306

3. Die Reform des Depotstimmrechts als betriebswirtschaftliches Problem	313
V. <u>Vorschläge zur Publizitätspflicht der Aktiengesellschaft im Zusammenhang mit einer Reform des Depotstimmrechts</u>	322
1. Die Publizität der Aktiengesellschaft	323
2. Der Vorschlag zur Schaffung einer besonderen Publizitätspflicht für börsennotierte Aktiengesellschaften	328
3. Das Teilnehmerverzeichnis	331
a) Das Wesen des Teilnehmerverzeichnisses	331
b) Vorschläge zum Teilnehmerverzeichnis	335
4. Der Geschäftsbericht	340
a) Das Wesen des Geschäftsberichts	340
b) Vorschläge zum Geschäftsbericht	341
5. Vorschläge zum Protokoll	350
Nachwort	353
Abkürzungsverzeichnis	356
Literaturverzeichnis	358
Lebenslauf des Verfassers	

E I N L E I T U N G

Terminologie und Wesen des Depotstimmrechts:

Vor der eingehenden Erörterung der rechtlichen Grundlagen seien hier die Begriffsbestimmung und der allgemeine Sachverhalt des Depotstimmrechts der Banken vorweggenommen.

Im wissenschaftlichen Schrifttum wie auch in der Aktienrechtspraxis wird das Stimmrecht einer Bank aus Aktien, die ihr nicht gehören, sondern nur zur Verwahrung anvertraut sind, meist kurz als Depotstimmrecht oder auch als Bankenstimmrecht bezeichnet. Andere gleichbedeutende, wenn auch weniger gebräuchliche Begriffe sind: Bank(en)depotstimmrecht, Depotaktienstimmrecht, Deponentenaktienstimmrecht sowie Verwahrungsstimmrecht der Banken.

Das Wesen des Depotstimmrechts liegt darin, daß eine Bank vom Aktieneigentümer befugt wird, das Stimmrecht für dessen Aktien in der Hauptversammlung der Aktiengesellschaft wahrzunehmen: Nach geltendem Recht kann ein Aktionär eine Bank ¹⁾ entsprechend den Sondervorschriften des § 114 Abs. 4 AktG ermächtigen, daß sie in ihrem eigenen Namen das Stimmrecht aus den ihm gehörenden und ihr als offenes Depot ²⁾ - zur Verwahrung und Verwaltung - übergebenen Aktien ausübt.

In der Bankenpraxis sieht die Stimmrechts-Ermächtigungsurkunde gewöhnlich vor, daß die vom Aktionär zur Stimmrechtsausübung ermächtigte Bank das Stimmrecht auch durch einen bevollmächtigten Dritten - in der Regel eine andere Bank oder deren Angestellten - ausüben lassen kann.

-
- 1) § 114 AktG gilt nur für Banken. Dagegen erfaßt § 126 des Referentenentwurfs eines Aktiengesetzes vom Oktober 1958 die Stimmrechtsausübung durch sämtliche Kreditinstitute und bezieht damit vor allem die Sparkassen ein. - Vgl. § 1 KWG.
 - 2) S. hierzu: Obst - Hintner, Geld-, Bank- und Börsenwesen, 34. Aufl., Stuttgart 1955, S.495.

Der bei der Bank Aktien hinterlegende Aktionär (Deponent) wird als Depotaktionär oder Depotkunde, die verwahrende Bank (Depositar) als Depotbank bezeichnet. Übt die Depotbank als Verwahrer das Stimmrecht auf Grund der Stimmrechtsermächtigung im eigenen Namen aus, ist sie Legitimationsaktionär. Die Aktie des Hinterlegers wird Depotaktie oder Kundenaktie genannt.

Beim offenen Depot ergibt sich für den Depotaktionär und die Depotbank aus der Verwahrungsart - Sonderverwahrung oder Sammelverwahrung - hinsichtlich der Ausübung des Depotstimmrechts weder ein rechtlicher noch ein wirtschaftlicher Unterschied.

Von vornherein sei klargestellt: Die Depotbank ist auf Grund der vertraglichen Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren nicht allein schon befugt, das Stimmrecht aus den Aktien des Depotkunden auszuüben. Nach geltendem Aktienrecht bedarf die Depotbank zur Ausübung des Depotstimmrechts vielmehr einer ausdrücklichen und schriftlichen Willenserklärung des Depotaktionärs in bestimmter Form: Stimmrechtsermächtigung (§ 114 Abs. 4 AktG).

Daher greift Vallenthin, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG, den Ausdruck "Depotstimmrecht" an: "Es gibt kein Depotstimmrecht der Banken, und die gedankenlose Benutzung dieses Ausdrucks ist zum Teil mitverantwortlich für die vorhandenen Mißverständnisse und die unberechtigte Kritik ... Es handelt sich mithin um ein Ermächtigungsstimmrecht." ¹⁾

Vallenthin ist entgegenzuhalten: Einmal hat sich der Begriff "Depotstimmrecht" seit mehreren Jahrzehnten in der Literatur und in der Praxis fest eingebürgert. Sodann bezieht sich die statt dessen vorgeschlagene Bezeichnung "Ermächtigungsstimmrecht" lediglich auf das in § 114 Abs.4 AktG für die Banken

1) Wilhelm Vallenthin, Die Ausübung von Aktionärstimmrechten durch Banken, in: Die AG, Nr.9/1958, S.204.

vorgeschriebene Rechtsinstitut der Stimmrechtsermächtigung (Befugnis zur Ausübung des Stimmrechts für Depotaktien im Namen der Bank).

Eine solche einengende Ausdrucksweise empfiehlt sich schon deshalb nicht, weil § 126 des Referentenentwurfs eines Aktiengesetzes von anderen rechtlichen Voraussetzungen als § 114 Abs.4 AktG ausgeht: Die Kreditinstitute - nicht nur die Banken, wie bisher - sollen künftig das Stimmrecht aus ihnen nicht gehörenden Aktien grundsätzlich nur noch auf Grund einer in bestimmter Form erteilten Stimmrechtsvollmacht (Befugnis zur Ausübung des Stimmrechts für Depotaktien im Namen des Aktionärs) ausüben können. Wollte man Vallenthin folgen, müßte man hier wohl von einem "Vollmachtsstimmrecht" sprechen.

Was die genauere rechtliche und wirtschaftliche Festlegung des Begriffes "Depotstimmrecht" und die vielschichtige rechtliche, wirtschaftliche und soziologische Problematik dieses Stimmrechtsverfahrens betrifft, muß auf die folgenden Ausführungen verwiesen werden.

ERSTER TEIL

DIE GESCHICHTLICHE UND RECHTLICHE ENTWICKLUNG DES DEPOTSTIMMRECHTS

I. Allgemeine Rechtsgrundlagen für die Willensbildung in der Aktiengesellschaft

1. Das Stimmrecht der Aktie und seine Geschichte

a) Die Aktie in ihrer Bedeutung als Mitgliedschaftsrecht

Das Grundkapital der Aktiengesellschaft zerlegt sich in einzelne Anteile: Aktien (§§ 1, 6 Abs.1 AktG). Dieses Aktienkapital wie auch die Aktien müssen nach deutschem Aktienrecht auf einen bestimmten DM-Nennbetrag lauten (§ 6 Abs.2 AktG). - Der Begriff "Aktie" hat einen dreifachen Inhalt: ¹⁾

Erstens bedeutet er einen Bruchteil des Grundkapitals. ²⁾

Zweitens verkörpert die Aktie als Anteilsrecht das Mitgliedschaftsrecht des Aktionärs an der Gesellschaft. Unter der Aktie als Mitgliedschaftsrecht versteht man "die Gesamtheit der Rechte und Pflichten, die der Aktionär durch Übernahme einer Quote des Grundkapitals erwirbt" ³⁾.

1) S. hierzu: Alfred Hueck, Gesellschaftsrecht, 8. Aufl., München und Berlin 1958, S. 114 f.

2) In einigen ausländischen Rechten drückt die sog. Quotenaktie einen Bruchteil des Aktienkapitals aus. Das deutsche Aktienrecht dagegen hat seit jeher nur die sog. Nennwertaktie zugelassen.

3) Alfred Hueck, a.a.O., S. 114.

Drittens umfaßt der Aktienbegriff die Aktienurkunde als Wertpapier, in dem die Mitgliedschaft verbrieft ist. Daher gehört die Aktie zu den Mitgliedschaftspapieren ¹⁾. Die Urkunde kann entweder als Inhaberaktie oder Namensaktie ausgestellt werden ²⁾. Die Aktie als Wertpapier wirkt deklaratorisch, nicht konstitutiv: Das Mitgliedschaftsrecht hängt nicht von der Ausstellung der Urkunde ab; doch steht dem Aktionär neben dem Eigentum an der Aktienurkunde zugleich das Mitgliedschaftsrecht aus der Aktie zu.

Das Mitgliedschaftsrecht (Anteilsrecht) des Aktionärs läßt sich einmal in Vermögensrechte als grundsätzlich unentziehbare Individualrechte und zum anderen in Verwaltungsrechte (Herrschaftsrechte) als grundsätzlich entziehbare Sozialrechte aufteilen. ³⁾

Das Reichsgericht hat 1926 entschieden: "Die Aktie gewährt ihrem Inhaber nicht nur einen vermögensrechtlichen Anspruch auf Dividendenbezug, sondern auch das Recht, sich im Rahmen des Gesetzes und der Satzung an der Verwaltung der Aktiengesellschaft und ihres Vermögens zu beteiligen und mitbestimmend auf ihr Schicksal einzuwirken." ⁴⁾

Die Vermögensrechte enthalten die Rechte auf Dividende und auf den Liquidationserlös sowie das Bezugsrecht. Zu den Verwaltungsrechten gehören das Stimmrecht wie auch die Rechte auf Auskunftserteilung in der Hauptversammlung, auf Anfechtung rechtswidriger Hauptversammlungsbeschlüsse und auf Mitteilung über eine bevorstehende Hauptversammlung. ⁵⁾

1) Alfred Hueck, Recht der Wertpapiere, 7.Aufl., Berlin und Frankfurt a.M. 1957, S. 12.

2) S.: Allgemein § 10 Abs. 1 AktG; im besonderen §§ 10 Abs.2, 17 AktG.

3) Vgl. dazu: Ernst-Joachim Mestmäcker, Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, Karlsruhe 1958, S.9 ff., mit weiteren Literaturnachweisen; Hans Würdinger, Aktiengesellschaft I, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, 1.Bd., S.128.

4) RGZ, Bd.111, S.407.

5) Schlegelberger - Quassowski, Aktiengesetz, Kommentar, 3.Aufl., Berlin 1939, § 12, Anm.2 I. A.; Hans Würdinger, a.a.O., S.128.

b) Das Wesen des Stimmrechts

Neben dem Recht auf Dividende ist das Stimmrecht - als unentziehbares und von der Aktie als Mitgliedschaft untrennbares Herrschaftsrecht ¹⁾ - wohl das wichtigste Mitgliedschaftsrecht der Aktionäre und der deutlichste Ausdruck ihres Mitverwaltungsrechts. Das Stimmrecht gründet sich auf das im Aktiengesetz nicht geregelte Teilnahmerecht an der Hauptversammlung und fließt notwendig aus dem Mitgliedschaftsrecht, nicht aus der Urkunde ²⁾. Es erschöpft sich nicht in der Stimmabgabe; vielmehr schließt das Stimmrecht im weiteren Sinne auch folgende Befugnisse ein: Außer dem angeführten Recht auf Teilnahme an der Hauptversammlung hat der Aktionär in der Hauptversammlung das Recht, sich zum Wort zu melden und zu reden, Fragen und Anträge zu stellen und auch zu widersprechen. ³⁾ Das Recht auf Teilnahme an der Hauptversammlung steht jedem Aktionär selbst dann zu, wenn er im Einzelfall nicht berechtigt ist, das Stimmrecht auszuüben oder ausüben zu lassen.

Ein Grundsatz des deutschen Aktienrechts lautet: "Jede Aktie gewährt das Stimmrecht." Diese Rechtsbestimmung des geltenden Aktiengesetzes von 1937 ist so bedeutend, daß sie einmal unter den Allgemeinen Vorschriften (§ 12 Abs.1 Satz 1 AktG) aufgeführt ist; zum anderen findet sich dieser Satz in den Bestimmungen der Stimmrechtsausübung (§ 114 Abs.1 Satz 1 AktG). Der Begriff "Aktie" hat hier die Bedeutung von "Mitgliedschaft". ⁴⁾

-
- 1) Von Godin - Wilhelmi, Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz), 2.Aufl., Berlin 1950, § 114, Anm.1, II. 1.
 - 2) Gadow, Großkommentar Aktiengesetz, Berlin 1939, § 114, Anm.1; Baumbach - Hueck, Aktiengesetz, 9.Aufl., München und Berlin, 1956, § 114, Anm.2 I A.
 - 3) Teichmann - Köhler, Kommentar Aktiengesetz, 3.Aufl., Heidelberg 1950, § 114, Anm.1; Fritz Nitzke, Die Ausübung des Aktienstimmrechts durch offene und stille Stellvertreter, Diss., Erlangen 1928, S.4.
 - 4) Julius von Gierke, Handelsrecht und Schiffahrtsrecht, 7.Aufl., Berlin 1955, S.305.

Die Amtliche Begründung zu § 12 AktG hat das Stimmrecht der Aktionäre als das umstrittenste Problem des Aktienrechts bezeichnet. Wie die Begründung fortfährt, hat jeder, "der durch Ankauf von Aktien sein Geld der Gesellschaft zur Verfügung stellt, ein Mitverwaltungsrecht, das seinen Ausdruck im Stimmrecht findet ... Das Stimmrecht ergibt sich nicht aus der Person des jeweiligen Inhabers, sondern aus der Aktie und kommt daher, abgesehen von Stimmrechtsbeschränkungen im Einzelfall, auch jedem Inhaber zu." ¹⁾

c) Geschichtlicher Rückblick auf das Stimmrecht im deutschen Aktienrecht ²⁾

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts gewährten die Aktien-gesetze, die in den einzelnen deutschen Staaten der Reichs-gesetzgebung vorausgegangen waren, der Aktie als Mitgliedschaftsrecht noch kein obligatorisches Stimmrecht. Ursprünglich waren die Aktionäre von der Mitverwaltung ihrer Gesellschaft ausgeschlossen.

Erstmals in Deutschland wurden die Mitverwaltungsrechte der Aktionäre - unter dem Einfluß des französischen Code de Commerce - in das Preußische Eisenbahngesetz von 1838 aufgenommen; doch war das in diesem Gesetz grundsätzlich anerkannte Mitbestimmungsrecht nur fakultativ vorgesehen, und seine Regelung blieb den einzelnen Satzungen der Eisenbahngesellschaften vorbehalten ³⁾. - Einige Jahre darauf schrieb das Allgemeine Preußische Aktiengesetz von 1843 allen Gesellschaften zwingend vor, das Stimmrecht in den Statuten zu regeln. ⁴⁾

1) Begründung zum Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien vom 30. Januar 1937, in: Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Nr.28/4.2.37 (zit.: Amtliche Begründung zum Aktiengesetz).

2) Schrifttum zur Geschichte des Stimmrechts: Josef Haselberger, Das Stimmrecht des Aktionärs, München 1906, S.4 ff.; Egon Krause, Die Stimmrechtsausübung der Banken in eigenem Namen auf Grund der in ihrem Depot befindlichen Kunden-Aktien, Diss., Würzburg 1926, S.10 ff.; Werner Berger, Über das Bankstimmrecht bei Depotaktien, Tübingen 1939, S.11 ff.

3) Werner Berger, a.a.O., S.12; Egon Krause, a.a.O., S.10.

4) Josef Haselberger, a.a.O., S.4.

Das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch von 1861 bestimmte in Art.224 Abs.2: "Jede Aktie gewährt dem Inhaber eine Stimme, wenn nicht der Gesellschaftsvertrag ein Anderes festsetzt." Durch eine solche dispositive gesetzliche Regelung stand das Aktienstimmrecht im Grundsatz zwar fest, jedoch war die Ausgabe von stimmrechtslosen Aktien weiterhin zulässig und üblich. Auch die Aktiennovelle vom 11.Juni 1870 (Erste Aktiennovelle) änderte nichts an diesem Rechtszustand.

Erst das Gesetz vom 18.Juli 1884 (Zweite Aktiennovelle) nahm in Art. 190 die zwingende Vorschrift auf, daß jede Aktie das Stimmrecht gewährt und daß dieses nach "Aktienbeträgen" auszuüben ist. Diese obligatorische Neuerung entzog den Aktiengesellschaften das Recht, das Stimmrecht der Aktionäre in den Gesellschaftsverträgen autonom zu regeln. Zuvor stand es den Verwaltungen frei, das Stimmrecht zu gewähren, abzustufen oder den Gesellschaften vorzuenthalten.

Das Handelsgesetzbuch vom 10.Mai 1897 hielt an der Grundauffassung der Zweiten Novelle von 1884 fest: "Jede Aktie gewährt das Stimmrecht" (§ 252 Abs.1 Satz 1 HGB i.d.F.v. 1897). Dieser Grundsatz ist unverändert in zwei Bestimmungen des geltenden Aktiengesetzes vom 30.Januar 1937 eingegangen (§§ 12 Abs.1 Satz 1 und 114 Abs.1 Satz 1 AktG). Auch der im Oktober 1958 vom Bundesjustizministerium veröffentlichte Referentenentwurf eines Aktiengesetzes ¹⁾ will bei einer Aktienrechtsreform diesen Satz wörtlich beibehalten (§ 12 Abs.1 Satz 1 RefEntw).

Für die Stimmrechtsausübung in der Nachkriegszeit durch Personen, die nicht der Bundesrepublik Deutschland angehören, gilt als Voraussetzung immer noch eine Allgemeine Genehmigung aus dem Jahre 1950: Diese gewährt zwar allen Ausländern das Stimmrecht, nicht aber Personen der Deutschen Demokratischen Republik. ²⁾

1) Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, veröffentlicht durch das Bundesjustizministerium, Bonn-Köln, Oktober 1958.

2) FAZ, Nr. 105/8.5.59, S.15.

d) Die Vorzugsaktie ohne Stimmrecht als Ausnahme-
erscheinung ¹⁾

Eine einzige Ausnahme - die Amtliche Begründung zu §§ 115 bis 117 AktG hebt dies hervor - von dem grundsätzlichen Stimmrecht jeder Aktie läßt das Aktiengesetz zu: die stimmrechtslose Vorzugsaktie (§§ 12 Abs.1 Satz 2, 115 ff. AktG). Das Aktiengesetz von 1937 hat hauptsächlich zur Kapitalbeschaffung Vorzugsaktien neu eingeführt, für die das Stimmrecht ausgeschlossen werden kann (Vorzugsaktien ohne Stimmrecht) ²⁾.

Diese grundsätzlich stimmrechtslosen Vorzugsaktionäre haben stets alle übrigen Rechte aus der Aktie; jedoch steht ihnen das Stimmrecht dann zu, wenn und solange die Gesellschaft unter den Voraussetzungen des § 116 Abs.2 AktG mit der Nachzahlung des Vorzugs bei der Gewinnverteilung (Vorzugsdividende) im Rückstand ist.

Hueck hält die praktische Bedeutung der stimmrechtslosen Vorzugsaktie, die nach seiner Angabe bis 1940 nur in vier Fällen begeben wurde, auch noch im Jahre 1958 nicht für groß. ³⁾ Eine solche Annahme wird der neueren Entwicklung dieser Aktiengattung jedoch nicht mehr gerecht. Soweit ersichtlich ist, haben bis Ende 1958 mindestens sechzehn der börsennotierten deutschen Aktiengesellschaften bei ihren Kapital-

1) Literatur: Otto Hintner, Stimmrechtslose Vorzugsaktien, in: Die Betriebswirtschaft, 1941, 34.Jg., S.71 ff.; Obst - Hintner, Geld-, Bank- und Börsenwesen, 34.Aufl., Stuttgart 1955, S.569; ohne Verf., Wer sein Stimmrecht verkauft - Die stimmrechtslose Vorzugsaktie bleibt auch künftig in Gebrauch, in: DZ, Nr.87/30.10.57, S.6.

2) Daneben gibt es Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht (Mehrstimmrechtsaktien), die hier noch gesondert behandelt werden.

3) Alfred Hueck, Gesellschaftsrecht, 8.Aufl., München und Berlin 1958, S.145.

erhöhungen neue Vorzugsaktien ohne Stimmrecht im Gesamtnennwert von 207,67 Mio. DM ¹⁾ ausgegeben. ²⁾

2. Die Rechtsstellung der Organe in der Aktiengesellschaft

a) Überblick über die Verfassung der Aktiengesellschaft

Der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung ³⁾ bilden die drei Hauptorgane ⁴⁾ der Aktiengesellschaft. ⁵⁾

1) Zusammengestellt aus: Rund um die Börse 1958, Herausgeber: Commerzbank AG, Dezember 1958.

2) Davon hat allein die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG (RWE) Inhaber-Vorzugsaktien ohne Stimmrecht - mit einem nachzuzahlenden Dividendenvorzug von 5 % - im Nennbetrag von 120,5 Mio. DM emittiert, und zwar 61,5 Mio. DM im Juli 1955 sowie 59,0 Mio. DM im März 1956. (Quelle: RWE, Prospekt für die Zulassung zum Börsenhandel der DM 75 000 000.- 5 1/2 %igen Inhaber-Teilschuldverschreibungen von 1959). An zweiter Stelle folgt die MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG mit Vorzugsaktien o. St. im Nennwert von 25,0 Mio. DM. (Quelle: Rund um die Börse 1958).

3) Bezeichnung im früheren Aktienrecht des HGB i.d.F.v. 1897: "Generalversammlung".

4) Zu den Organen der AG s. bes.: Haupt - Reinhardt, Gesellschaftsrecht, 4.Aufl., Tübingen 1952, S.122 f.; Alfred Hueck, Gesellschaftsrecht, S.124 ff.; Obst - Hintner, a.a.O., S.588 ff.; Eugen Schmalenbach, Die Beteiligungsfinanzierung, 8.Aufl., Köln und Opladen 1954, S.146 ff.; Rudolf Franta, Die Verfassung der Aktiengesellschaft nach dem Referententwurf eines neuen Aktiengesetzes, in: Der Betrieb, Heft 48/1958, S.1347 ff.; Walter Schmidt, Die Verfassung der Aktiengesellschaft, in: Beiträge zur Aktienrechtsreform, Herausgeber: Hans Hengeler, Heidelberg 1959, S.42 ff.

5) Eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen aus dem Jahr 1955 betont ausdrücklich, "daß der Abschlußprüfer Organ der Gesellschaft ist" (BGHZ, Bd. 16, S. 17 ff., 25).

Während das anglo-amerikanische Board-System Vorstand und Aufsichtsrat in einem einzigen Organ zusammenfaßt, hat das deutsche Aktienrecht schon lange die Dreiteilung der Verwaltungsträger ¹⁾ zwingend vorgeschrieben. Seit den Kodifikationen von 1870, 1884 und 1897 ist die Verfassung der deutschen Aktiengesellschaft in ihrer Grundstruktur gleichgeblieben.

Läßt man die Mitbestimmungsvorschriften von 1951, 1952 und 1956 zunächst außer acht, so liegt der Verfassung der Aktiengesellschaft eine einfache Rechtskonstruktion zugrunde:

Die Hauptversammlung wählt die Aufsichtsratsmitglieder durch Mehrheitsbeschluß auf höchstens vier Jahre (§ 87 Abs.1 AktG); der Aufsichtsrat wiederum bestellt den Vorstand, der aus einer Person oder auch aus mehreren Mitgliedern bestehen kann, für längstens fünf Jahre (§ 75 Abs.1 Satz 1 AktG). - Wiederwahl des Aufsichtsrats und Wiederbestellung des Vorstands sind zulässig.

b) Die Aufgaben der Organe

Das Aktiengesetz von 1937 hat als Organisationsgesetz die Zuständigkeiten der drei Verwaltungsträger gegeneinander scharf abgegrenzt und die Aufgaben, die sie jeweils unter eigener Verantwortung zu erfüllen haben, folgendermaßen vorgeschrieben: ²⁾

Der Vorstand übt die Unternehmerfunktion aus: Er leitet die Geschäfte unter eigener Verantwortung (§ 70 Abs.1 AktG) und vertritt die Gesellschaft (§ 71 Abs.1 AktG).

-
- 1) Unter "Verwaltung" im engeren Sinne ist jedoch nur der Vorstand und der Aufsichtsrat zu verstehen.
 - 2) Die Kompetenzen der drei Organe können hier nur in groben Zügen umrissen werden; im einzelnen teilen sich ihre Zuständigkeiten feiner auf und zeigen verschiedentlich Ausnahmen zu den folgenden Ausführungen.

Der Aufsichtsrat hat neben der Bestellung und Abberufung des Vorstandes die Hauptaufgabe, die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen (§ 95 Abs.1 AktG).

Die Aufgaben der Hauptversammlung erstrecken sich "auf alle mit dem wirtschaftlichen und rechtlichen Aufbau der Aktiengesellschaft zusammenhängenden Fragen" ¹⁾; jedoch beschränken sich ihre Beschlüsse auf die im Gesetz und in der Satzung ausdrücklich bestimmten Fälle (§ 103 Abs.1 AktG). - Die Amtliche Begründung zum Aktiengesetz führt auf, über welche Fragen die Hauptversammlung beschließt:

- 1) Satzungsänderungen (§ 145) einschließlich der Maßnahmen der Kapitalbeschaffung oder Kapitalherabsetzung (§§ 149, 153, 159, 169, 174, 175, 192);
- 2) die Auflösung der Gesellschaft und die Fortsetzung der aufgelösten Gesellschaft (§ 203 Abs.1 Nr. 2, § 215);
- 3) die Verschmelzung und Umwandlung der Gesellschaft (§§ 234, 247, 257);
- 4) die Vermögensübertragung und Gewinngemeinschaft (§§ 253 bis 256);
- 5) die Bestellung und Abberufung des Aufsichtsrats und seine Vergütung (§§ 87, 98); ²⁾
- 6) die Entlastung der Verwaltungsträger (§ 104);

1) Amtliche Begründung vor § 102 AktG.

2) Seit 1937 hat sich die Rechtslage infolge der Mitbestimmungsrechtlichen Vorschriften geändert: "Danach wird ein Teil der Aufsichtsratsmitglieder nicht von der Hauptversammlung, sondern teils von den Arbeitnehmern, teils von Wahlmännern gewählt. Zum Teil werden sie auch auf Grund gesetzlicher Vorschriften entsandt. Die Hauptversammlung entscheidet auch über die Abberufung nur noch in begrenztem Umfang." - Erläuternde Bemerkungen zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Zu E § 95, S.250.

- 7) die Geltendmachung und den Verzicht auf Ersatzansprüche gegen die Verwaltungsträger und die Gründer (§§ 122, 124, 43);
- 8) die Bestellung der Abschlußprüfer und Sonderprüfer (§§ 136, 118);
- 9) die Gewinnverteilung (§ 126); über den Jahresabschluß beschließt sie nur im Falle des § 125 Abs.4. ¹⁾

Die Satzung kann nach § 103 AktG der Hauptversammlung weitere Aufgaben übertragen; dadurch kann aber der grundsätzlich festgelegte Zuständigkeitsbereich der drei Organe nicht anders abgegrenzt werden.

Aus dem obigen Katalog soll namentlich der fünfte Punkt - Befugnis der Hauptversammlung, den Aufsichtsrat zu bestellen und abzurufen - wegen seiner Bedeutung für das Depotstimmrecht der Banken schon an dieser Stelle hervorgehoben werden; allerdings ist § 87 AktG durch die Mitbestimmungsregelungen erheblich eingeengt worden. Die Hauptversammlung als Organ hat durch die Wahl eines Teils der Aufsichtsratsmitglieder mittelbar immer noch den größten Einfluß auf die Leitung der Gesellschaft und infolgedessen auf die Geschäftsführung des Vorstandes.

c) Der Strukturwandel der Organe durch das Aktiengesetz

Gegenüber der früheren aktienrechtlichen Regelung im Handelsgesetzbuch von 1897 hat das Aktiengesetz von 1937 die Funktionenverteilung geändert und dadurch die interne Machstellung der einzelnen Gesellschaftsorgane verschoben. Die Generalversammlung bildete vor 1937 - theoretisch - den obersten Verwaltungsträger; von den Willen der Aktionäre

1) Amtliche Begründung vor § 102 AktG. - S. hierzu auch: Alexander Knur, Aktiengesellschaft, in: Staatslexikon, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft, 6.Aufl., 1.Bd., Freiburg 1957, Sp.208; vgl. Werner Kuster, Inhalt und Grenzen der Rechte der Gesellschafter insbesondere des Stimmrechts im Deutschen Gesellschaftsrecht unter Berücksichtigung der Höchststrichterlichen Rechtsprechung, Berlin 1954, S.43.

gingen Rechte und Pflichten der demokratisch organisierten Aktiengesellschaft aus. Der Vorstand und Aufsichtsrat waren - wenn schon nicht tatsächlich, so doch rechtlich - von den Beschlüssen der Generalversammlung abhängig. Nach einem Wort Schlegelbergers ¹⁾, der das neue Aktienrecht maßgebend mitgestaltet hat, nimmt die Hauptversammlung nur noch die Stellung eines abgesetzten Königs ein. Der Vorstand ist nach geltendem Recht das höchste Organ der Aktiengesellschaft. ²⁾ Zugleich hat das Gesetz erstmals im deutschen Aktienrecht die Bestellung des Vorstandes zeitlich begrenzt. Aber es erschwert die Abberufung während der Zeit, für die der Vorstand bestellt worden ist; denn der Aufsichtsrat kann die Bestellung eines Vorstandsmitglieds nur aus wichtigem Grund widerrufen (§ 75 Abs. 3 AktG).

Hat die Generalversammlung bis 1937 über die Genehmigung der Jahresbilanz und die Gewinnverteilung beschließen können (§ 260 Abs.1 HGB 1897), so überträgt das neue Aktiengesetz das für die Aktionäre grundlegende Recht auf Feststellung des Jahresabschlusses regelmäßig dem Vorstand, wobei der Aufsichtsrat mitwirkt ³⁾. Der Hauptversammlung obliegt in der Regel nur noch die Beschlußfassung über die vom Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagene Verteilung des ausgewiesenen Jahresreingewinns (§ 126 Abs.1 und 2 AktG). Wie § 126 Abs.3 Satz 1 AktG ausdrücklich betont, ist die Hauptversammlung an den vom Vorstand mit Billigung des Aufsichtsrats festgestellten Jahresabschluß gebunden.

-
- 1) Franz Schlegelberger, Die Erneuerung des deutschen Aktienrechts, Berlin 1935, S.28; s. auch S.23.
 - 2) Im Gegensatz zur herrschenden Meinung: Die HV ist oberstes Organ der AG. So: Rudolf Mindner, Das Kleine Börsenlexikon 1958, 5.Aufl., Düsseldorf 1958, S.216; Hengeler - Kreifels, Absicht und Wirklichkeit im Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: Beiträge zur Aktienrechtsreform, Herausgeber: Hans Hengeler, Heidelberg 1959, S.22.
 - 3) Mit Billigung des Aufsichtsrats ist der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluß festgestellt (§ 125 Abs. 1 Satz 1 in Verb. mit Abs.3 Halbsatz 1 AktG). - § 125 Abs.4 AktG sieht zwei Ausnahmen vor: Die Hauptversammlung stellt den Jahresabschluß dann fest, wenn sich der Vorstand und Aufsichtsrat für die Mitwirkung der Hauptversammlung entscheiden oder wenn der Aufsichtsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluß nicht billigt.

Das Aktiengesetz schließt einmal die Hauptversammlung von der Einwirkung auf einzelne Akte der Geschäftsführung aus; es läßt aber auch nicht mehr zu, daß dem Aufsichtsrat "weitere Obliegenheiten" übertragen werden, wie dies der Gesellschaftsvertrag nach dem früheren Aktienrecht bestimmen konnte (§ 246 Abs.3 HGB i.d.F.v. 1897). Somit hat auch der Aufsichtsrat weder Weisungsrechte gegenüber dem Vorstand, noch können dem Aufsichtsrat Maßnahmen der Geschäftsführung übertragen werden. ¹⁾

Faßt man den Wandel im Aktienrecht zusammen: Das geltende Aktiengesetz von 1937 hat bei der Machtverteilung das Schwergewicht vom Kapitalbesitz auf die Unternehmungsleitung verlagert. Ob in den einzelnen Gesellschaften der Schwerpunkt beim Vorstand oder aber beim Aufsichtsrat liegt, richtet sich nach den Persönlichkeiten im einen oder andern Verwaltungsorgan und ergibt sich vor allem jeweils aus der Zusammensetzung des Aktionärkreises. ²⁾

Gegen die Neuordnung von 1937 wird eingewandt, sie habe als nationalsozialistisches Gesetz durch die Stärkung des Vorstands das "Führerprinzip" verwirklichen und zugleich die "anonyme Kapitaldemokratie" entmachten wollen. Diese wirtschaftspolitischen Tendenzen des Dritten Reiches wird niemand bestreiten können. Auch hat sich der verflossene Zeitgeist in manchem Paragraphen des Aktienrechts niedergeschlagen. Jedoch übersieht die Kritik am aktiengesellschaftlichen Verfassungsaufbau bisweilen, daß das Aktiengesetz von 1937 die in vielen Gesellschaften ohnehin schon bestehende faktische Machtstruktur nur noch rechtlich sanktioniert hat und daß die Konzeption dieses Gesetzwerkes zum Teil in die Zeit vor 1933 zurückreicht. Wieweit diese gesetzgeberischen Eingriffe in die Verfassungskonstruktion einer Reform des Aktienrechts bedürfen, ist eine Frage, die noch in anderem Zusammenhang zu erörtern sein wird. Ohne Zweifel hat das

-
- 1) S. Ulrich Eckardt, Aufgaben des Vorstands, des Aufsichtsrats und der Hauptversammlung nach dem Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: Das Wertpapier, Heft 2/1959, S.63.
 - 2) S. Heinrich Lehmann, Handelsrecht, II. Teil, Gesellschaftsrecht, Berlin 1949, S.197; s. Alfred Hueck, Gesellschaftsrecht, S. 125.

geltende Aktiengesetz im Vergleich zu dem Zustand vor 1937 gerade die Rechtstellung des einzelnen Aktionärs in seiner Gesellschaft geschwächt, indem es das Individualinteresse zugunsten des Korporationsinteresse zurückgedrängt hat. Mit dem Sozialinteresse des Mitbestimmungsrechts ist ein weiteres, aktionärkonträres Element hinzugekommen.

d) Der Einfluß des Mitbestimmungsrechts auf die Organe
der Aktiengesellschaft

da) Die Mitbestimmungsvorschriften - das Betriebsverfassungsgesetz, das Mitbestimmungsgesetz und das Mitbestimmungsergänzungsgesetz - werden im aktienrechtlichen Schrifttum oft nicht genügend gewürdigt. Die Darstellung der Gesellschaftsorgane bliebe jedoch unvollständig, wenn darüber hinweggesehen würde. Freilich lassen sich die komplizierten Rechtsgebilde hier nur in den Grundzügen behandeln.

Ehe die drei Gesetze über die Mitbestimmung in Kraft traten, gab es im deutschen Aktienrecht nur die beiden willensbildenden Hauptpole: Anteilseigner und angestellte Leiter der Unternehmung.¹⁾ Auch nach dem aktienrechtlichen Wandel von 1937 beruhte der einfache Aufbau der Gesellschaftsverfassung noch auf der Vorstellung, daß letztlich doch der Wille der Kapitaleigentümer in der Gesellschaft entscheidet, also "auf einer Voraussetzung ... , die in der gegenwärtigen Entwicklung gerade fragwürdig geworden ist"²⁾. Mit der Einführung des Mitbestimmungsrechts ist der Aufbau der Aktiengesellschaft dreipolig geworden. Zu den Aktionären und der Verwaltung (Vorstand und Aufsichtsrat der Aktionärvertreter) kamen die Arbeitnehmervertreter als dritte willensbildende Kraft hinzu. Die Gesetzgebung über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer hat somit zum einen in die allgemeine Wirtschafts- und Sozialordnung eingegriffen, zum anderen

1) Kurt Mähler, Zur Entwicklung der Willensbildung in deutschen Aktiengesellschaften in den letzten Jahrzehnten, in: Die AG, Nr. 8/1957, S.174.

2) Untersuchungen zur Reform des Unternehmensrechts, Bericht der Studienkommission des Deutschen Juristentages, Teil I (Bericht des Ausschusses I), Tübingen 1955, S.20 (zit.: Untersuchungen Deutscher Juristentag).

vor allem die innere Struktur der Gesellschaftsorgane, besonders des Aufsichtsrats, umgebaut.

db) Das Betriebsverfassungsgesetz (BVG) vom 11. Oktober 1952 gilt für alle Wirtschaftsgruppen, soweit ihm die Gesellschaften unterliegen. Nur die Montanunternehmen bilden eine Ausnahme; sie werden hier zunächst außer acht gelassen und noch gesondert besprochen.

§ 76 Abs.1 BVG schreibt zwingend vor: "Der Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft auf Aktien muß zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeitnehmer bestehen." Diese werden von den nach § 6 BVG wahlberechtigten Angehörigen der Betriebe des Unternehmens gewählt (Näheres hierzu bestimmt § 76 Abs.2 BVG). Die Vorschriften über die Beteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat gelten unter anderem nicht für Familien-Aktienunternehmen (AG, KGaA), die weniger als fünfhundert Arbeitnehmer beschäftigen (§ 76 Abs.6 BVG).

Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder muß durch drei teilbar sein; dieser Grundsatz geht auf das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 zurück.¹⁾ Deshalb besteht der Aufsichtsrat mindestens aus drei Mitgliedern (§ 86 Abs.1 Satz 1, 2 AktG). Abweichungen nach oben richten sich nach der Satzung und dem Grundkapital. Das Gesetz läßt als Höchstzahl fünfzehn Aufsichtsratsmitglieder zu: zehn werden von der Hauptversammlung, fünf von den Arbeitnehmern gewählt, und zwar bei Gesellschaften mit einem Aktienkapital von mehr als 20 Millionen DM (§ 86 Abs.1 Satz 3 AktG). Fordern es "das Wohl der Gesellschaft oder gesamtwirtschaftliche Belange", sind mit ministerieller Genehmigung Ausnahmen über diese Höchstzahl hinaus zulässig (§ 86 Abs.1 Satz 4 AktG).

So setzt sich der Aufsichtsrat bei den drei Großbanken - Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank - aus je

1) Alfred Hueck, Gesellschaftsrecht, S.136.

achtundvierzig Mitgliedern zusammen. Nur über solche vielköpfigen Gremien - eine Folge des Betriebsverfassungsgesetzes - können diese drei überregionalen Aktien-Großbanken jeweils zweiunddreißig Aufsichtsratssitze für die Aktionärvertreter freihalten. ¹⁾

Wenn auch das Betriebsverfassungsgesetz die Zusammensetzung der Unternehmensverwaltung beeinflußt, so verursacht es nach der Ansicht von Hueck ²⁾ doch keine wirkliche Verschiebung der Machtverhältnisse in der Aktiengesellschaft; denn die von den Arbeitnehmern gewählten Aufsichtsratsmitglieder sind in der Minderheit. Demgegenüber weist Knur ³⁾ darauf hin, daß gerade bei einer Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer eine interessengebundene Aktionärsminderheit sich mit den Arbeitnehmern verbünden könnte; bei einer paritätischen Besetzung des Aufsichtsrats müßten dagegen die Kapital- und Arbeitnehmervertreter als Gegenspieler von vornherein kompromißbereit sein.

dc) Auf die Gesellschaften der Montanindustrie wirken die Mitbestimmungsvorschriften durch noch wesentlich weiter reichende Änderungen ein. § 4 Abs.1 des Mitbestimmungsgesetzes von 1951 ⁴⁾ lautet: "Der Aufsichtsrat besteht aus elf Mitgliedern. Er setzt sich zusammen aus

- a) vier Vertretern der Anteilseigner und einem weiteren Mitglied,
- b) vier Vertretern der Arbeitnehmer und einem weiteren Mitglied,
- c) einem weiteren Mitglied."

1) Im Vergleich dazu hat die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank (an vierter Stelle, zugleich größte deutsche Regionalbank) einen Aufsichtsrat von nur fünfzehn Mitgliedern, ebenso die Badische Anilin- & Soda-Fabrik (derzeit die größte deutsche Aktiengesellschaft, gemessen am Grundkapital von 700 Millionen DM).

2) Alfred Hueck, Gesellschaftsrecht, S.137.

3) Alexander Knur, a.a.O., Sp.210.

4) Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951.

Das "weitere Mitglied" im Sinne des § 4 Abs.1 a) und b) MitbestG muß - trotz der Vorschriften des § 4 Abs.2 MitbestG für die Qualifikation als "weiteres Mitglied" - ebenfalls als Vertreter der Anteilseigner bzw. der Arbeitnehmer angesehen werden. ¹⁾ - Auf das "weitere Mitglied" im Sinne des § 4 Abs. 1 c) MitbestG, den sogenannten elften Mann, hingegen sollen sich die übrigen zehn Aufsichtsratsmitglieder einigen. Bei Aktiengesellschaften wird dieser elfte Mann von der Hauptversammlung - in der Regel nach dem Vorschlag der übrigen Aufsichtsratsmitglieder - gewählt (§ 8 MitbestG). Bei Gesellschaften mit einem Nennkapital von mehr als 20 Millionen DM kann der Aufsichtsrat aus fünfzehn (7 + 7 + 15. Mann), mit mehr als 50 Millionen DM Nennkapital aus einundzwanzig (10 + 10 + 21. Mann) Mitgliedern bestehen (§ 9 MitbestG).

dd) Das sogenannte Holding-Gesetz von 1956 ²⁾, auch als Holding-Novelle oder Mitbestimmungsergänzungsgesetz bezeichnet, weist für die Holding-Gesellschaften des Bergbaus sowie der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie eine ähnliche Bestimmung auf. Der Aufsichtsrat umfaßt fünfzehn Mitglieder, und zwar je sieben Vertreter der Aktionäre und der Arbeitnehmer sowie ein weiteres Mitglied (§ 5 Abs.1 Holding-Gesetz).

Die Bestimmung des elften (fünfzehnten, einundzwanzigsten) Mannes ist für die Willensbildung in den Montangesellschaften außerordentlich bedeutsam; gerade er gibt im Aufsichtsrat den Ausschlag: "Da der Aufsichtsrat den Vorstand ernannt, hat er die entscheidende Schlüsselposition in der Gesellschaft inne, während die Stellung der Hauptversammlung, wenn einmal der 11. Mann bestimmt ist, stark zurücktritt." ³⁾

1) S. hierzu Müller - Lehmann, Kommentar zum Mitbestimmungsgesetz Bergbau und Eisen, Heidelberg 1952, S.99; vgl. auch Alfred Hueck, Gesellschaftsrecht, S.138.

2) Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 7. August 1956.

3) Alfred Hueck, Gesellschaftsrecht, S.138.

Für Montangesellschaften, die mehr als tausend Arbeitnehmer beschäftigen, gilt noch eine besondere Gesetzesbestimmung: Nach § 13 des Mitbestimmungsgesetzes und § 13 des Holding-Gesetzes ist ihnen zwingend vorgeschrieben, einen Arbeitsdirektor als gleichberechtigtes Vorstandsmitglied zu bestellen. Zwar kann der Vorstand grundsätzlich aus einer oder mehreren Personen bestehen (§ 70 Abs.2 Satz 1 AktG); doch müssen die zur Bestellung eines Arbeitsdirektors verpflichteten Gesellschaften der Montanindustrie nach herrschender Ansicht mindestens zwei Vorstandsmitglieder bestellen. ¹⁾

Auf das Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Aktienrechts und des Mitbestimmungsrechts vom 15. Juli 1957 sei in diesem Zusammenhang nur hingewiesen; es hat die Beschlußfähigkeit des Aufsichtsrates neu geregelt.

de) Zum Abschluß der mitbestimmungsrechtlichen Darlegungen kann festgehalten werden: Die Kapitaleigentümer haben nach der institutionellen Schwächung der Hauptversammlung durch das Aktiengesetz von 1937 als Folge der sozialisierenden Mitbestimmungsgesetzgebung - ganz besonders im Bereich von Kohle, Eisen und Stahl - eine weitere Einbuße in ihrer Machtstellung erlitten. Nimmt man jedoch die Montanunternehmen aus, so hat die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft noch immer maßgebenden Einfluß auf die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats und damit des Vorstands.

Bei einer Anzahl von Gesellschaften zeichnet sich allerdings jetzt schon ein potentieller Strukturwandel ab: Durch die Belegschafts- und Volksaktien können neue Einflüsse - je länger, desto stärker - hinzutreten. So vermutet man, daß ein Block gewerkschaftsgelenkter Stimmen das Gewicht noch mehr auf die Seite der Arbeitnehmer verschieben könne. ²⁾

1) Eckardt, Vorstand und Aufsichtsrat nach dem Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: NJW, Heft 48/1958, S.1946.

2) Ohne Verf., Die Risiken der "Arbeiteraktie", in ZfK, Heft 24/1958, S.1024.

Wie auf der Hauptversammlung 1959 der Farbenfabriken Bayer AG mitgeteilt wurde, halten 13 649 Belegschaftsaktionäre Bayer-Aktien im Nominalbetrag von 20,7 Mio.DM; das sind 3,14 % des Aktienkapitals von 660 Mio.DM. ¹⁾

3. Die Beschlußfassung in der Hauptversammlung

a) Die Willensbildung

Die Aktionäre in ihrer Gesamtheit sind - wirtschaftlich betrachtet - die Eigentümer der Aktiengesellschaft. ²⁾ Das Stimmrecht als eine Machtbefugnis begründet ihre Rechtsstellung; auf der Hauptversammlung üben sie ihre Rechte in den Gesellschaftsangelegenheiten aus (§ 102 Abs.1 AktG) und bekunden durch Beschlüsse ihren Willen. Somit ist die Hauptversammlung die Versammlung der Aktionäre, in der sich die Willensbildung und Willensäußerung ihrer Mitglieder vollziehen. ³⁾ Zugleich verkörpert die Hauptversammlung die Zusammenfassung aller Anteilseigner, die am Gesellschaftsleben teilnehmen wollen. Die Aktionäre können sich in jedem Fall vertreten lassen. Eine positive Pflicht zur Wahrnehmung der körperschaftlichen Mitgliedschaftsrechte kennt das deutsche Aktienrecht nicht.

Mindestens einmal im Jahr, auch sonst bei wichtigen Anlässen, werden die Aktionäre zur Abstimmung in der ordentlichen oder außerordentlichen Hauptversammlung aufgerufen; sie sollen

1) SZ, Nr. 114/13.5.59, S.15.

2) Im juristischen Sinne steht der Aktionär lediglich in einem Mitgliedschaftsrechtsverhältnis zur AG, die als juristische Person Eigentümer des Gesellschaftsvermögens ist.

3) S. Karl Schwantag, Aktiengesellschaft (II), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 1.Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S.145; s. Denkschrift zur Reform des Aktienrechts, Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Köln, April 1958, S.10 (zit.: Denkschrift Bankenverband); s. Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V., Düsseldorf, Februar 1959, S.12 (zit.: Denkschrift Schutzvereinigung).

dort über verhältnismäßig einfach liegende oder doch leicht übersehbare Tatbestände in der Hauptsache mit Ja oder Nein befinden. ¹⁾

b) Beschluß mit einfacher Mehrheit

In der parlamentarischen Demokratie wie auch bei der Genossenschaft (§ 43 Abs.2 und 4 GenG) wird das Wahl- oder Stimmrecht stets nach Köpfen ausgeübt. Die Willensbildung in der Aktiengesellschaft - wie auch in der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (§ 47 Abs.1 GmbHG) - hingegen vollzieht sich nach dem kapitalistischen Mehrheitsprinzip ²⁾: in der Regel Mehrheit der abgegebenen Aktienstimmen; bei den durch Gesetz oder Satzung bestimmten wichtigen Anlässen zusätzlich Mehrheit des bei der Beschlußfassung vertretenen Kapitals (qualifizierte Mehrheit). - Für Wahlen kann die Satzung andere Bestimmungen treffen (§ 113 Abs.2 AktG), zum Beispiel die relative Mehrheit vorsehen.

In der Aktiengesellschaft wird grundsätzlich nach Aktiennennbeträgen abgestimmt (§ 14 Abs.1 Satz 2 AktG). Der Mindestnennbetrag einer Aktie ist 100 DM (§ 8 AktG in der Fassung des § 60 Abs.2 DM-BilG); früher lautete er auf 1 000 RM. Gibt eine Gesellschaft Aktien in verschiedenen Stückelungen aus, entfällt grundsätzlich auf eine Aktie mit dem geringsten Nennwert eine Stimme ³⁾, auf Aktien mit höheren Nennbeträgen das entsprechende Mehrfache an Stimmen. ⁴⁾ So gewährt zum Beispiel eine 100-DM-Stammaktie (mit einfachem Stimmrecht) eine Stimme und demnach eine 1 000-DM-Stammaktie zehn Stimmen.

1) Friedrich Klausning, Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktien-Gesetz) nebst Einführungsgesetz und "Amtlicher Begründung", Berlin 1937, Einleitung, S.61, 63.

2) Max Beer, Der Minderheitenschutz im Aktienrecht, Berner wissenschaftliche Abhandlungen, Heft 39, Bern 1944, S.1 f.

3) Ausnahmebeispiel: Bei der Daimler-Benz AG gewähren je 10 DM Nennbetrag der Stammaktien eine Stimme (§ 17 Satzung); folglich gewährt eine 100-DM-Stammaktie 10 Stimmen usw.

4) S. Heinrich Lehmann, Gesellschaftsrecht, 2.Aufl., Berlin und Frankfurt (Main) 1959, S.248; s. Gadow - Heinichen, a.a.O., § 114 AktG, Anm.14; s. Teichmann - Koehler, a.a.O., § 114 AktG, Anm. 2 d).

Im allgemeinen beschließt die Hauptversammlung mit der einfachen (= absoluten) Mehrheit der abgegebenen Stimmen (§113 Abs.1 AktG), wie vorher festgestellt wurde. Grundsätzlich stimmt dabei die Kapitalmehrheit mit der Stimmenmehrheit überein; doch fallen diese beiden Mehrheiten auseinander, wenn Mehrstimmrechtsaktien vorhanden sind oder Stimmrechtsbeschränkungen bestehen. Für die Beschlußfassung der Hauptversammlung ist eine Vorschrift überaus wichtig: Mehrheitsbeschlüsse berechnen sich, wenigstens in der Regel, nach dem bei der Beschlußfassung vertretenen ¹⁾ - nicht etwa nach dem gesamten - Grundkapital. Das Prinzip der einfachen Mehrheit ermöglicht vor allem die rasche und rationelle Abwicklung der laufenden Beschlüsse und Wahlen in den ordentlichen Hauptversammlungen. ²⁾

c) Beschluß mit qualifizierter Mehrheit

Zusätzlich zur einfachen Stimmenmehrheit, deren mit einer Ausnahme jeder Beschluß bedarf, ³⁾ ist bei Entscheidungen von besonderer Tragweite grundsätzlich eine qualifizierte Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlußfassung vertretenen Kapitals vorgeschrieben.

Aber nach dem Gesetz kann die Satzung in einigen Sonderfällen diese Dreiviertelmehrheit durch eine "andere" (das heißt:

-
- 1) Ausnahmebeispiel: Bei der Chemie-Verwaltungs-AG erfordern satzungsändernde Beschlüsse der HV - eine Änderung des Unternehmensgegenstandes ausgenommen - eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln des vorhandenen Grundkapitals (§16 Abs. 4 Satzung).
 - 2) Max Beer, a.a.O., S.2; Stellungnahme Schutzvereinigung, S.21.
 - 3) Ausnahmsweise bedarf nach § 87 Abs.2 AktG die vorzeitige Abberufung von AR-Mitgliedern, die von der HV gewählt worden sind, eines Beschlusses mit mindestens Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen (nicht: des vertretenen Grundkapitals), sofern nicht die Satzung diese Mehrheit durch eine "andere" (d.h. größere oder geringere) Stimmen- oder Kapitalmehrheit ersetzt.

größere oder geringere) Kapitalmehrheit - nicht:Stimmenmehrheit ¹⁾ - ersetzen. Diese Regelung, die in jedem Fall zwingend eine Kapitalmehrheit vorschreibt, richtet sich vor allem gegen die noch eingehend zu behandelnden Mehrstimmrechtsaktien; sie verlieren ihren Vorzug bei Beschlüssen über finanzielle oder ähnliche Maßnahmen. Diese drei Sonderfälle sind nach dem Aktiengesetz:

- 1) Satzungsänderungen (§§ 145 f.) ²⁾
- 2) gewöhnliche Kapitalerhöhung (§ 149 Abs.1 Satz 2)
- 3) Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen (convertible bonds sowie Optionsanleihen) und Gewinnschuldverschreibungen (§ 174 Abs.1).

In den folgenden zweiundzwanzig Fällen hingegen ist die Dreiviertelmehrheit des bei der Beschlußfassung vertretenen Aktienkapitals als Mindestanforderung zwingend vorgeschrieben und kann von der Satzung nur durch eine noch größere Kapitalmehrheit, z.B. qualifizierte Mehrheit des vorhandenen Grundkapitals, ersetzt werden. Das Aktiengesetz hat die Zahl solcher Beschlußfassungen mit zwingender qualifizierter Kapitalmehrheit gegenüber dem früheren Aktienrecht beträchtlich erhöht; es sind im einzelnen:

- 1) Nachgründung (§ 45)
- 2) Änderung des Gegenstandes des Unternehmens (§ 146)
- 3) Ausschluß des Bezugsrechts (§ 153)

1) Wie die Amtliche Begründung zu §§ 113, 114 hervorhebt, "ist dafür Sorge getragen, daß auch durch die Satzung, soweit ihr Freiheit gelassen ist, in diesen Fällen nicht eine andere Stimmenmehrheit eingeführt werden kann, sondern nur eine andere Kapitalmehrheit (vgl. für den bedeutendsten Fall § 146 Abs.1)."

2) Für eine Änderung des Unternehmensgegenstandes kann die Satzung die zwingend vorgeschriebene Dreiviertelmehrheit des vertretenen Grundkapitals nur durch eine größere Kapitalmehrheit ersetzen (§ 146 Abs.1 Satz 2 AktG).

- 4) Bedingte Kapitalerhöhung (§ 160)
- 5) Genehmigtes Kapital (§ 169)
- 6) Entziehung des Bezugsrechts der Aktionäre auf Wandel- und Gewinnschuldverschreibungen sowie auf Genußrechte (§ 174 Abs.4)
- 7) Kapitalherabsetzung (§ 175)
- 8) Vereinfachte Kapitalherabsetzung (§ 182)
- 9) Auflösung der Gesellschaft (§ 203)
- 10) Fortsetzung einer aufgelösten Gesellschaft (§ 215)
- 11) Kündigung der Gesellschaft durch die Kommanditaktionäre (§ 231)
- 12) Verschmelzung durch Aufnahme (§ 234)
- 13) Verschmelzung durch Neubildung (§ 247)
- 14) Fusion einer Kommanditgesellschaft auf Aktien mit einer anderen oder mit einer Aktiengesellschaft (§ 248)
- 15) Fusion einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einer Aktiengesellschaft (§ 249) oder mit einer Kommanditgesellschaft auf Aktien (§§ 249, 250)
- 16) Fusion einer bergbaurechtlichen Gewerkschaft mit einer Aktiengesellschaft (§ 251) oder mit einer Kommanditgesellschaft auf Aktien (§§ 251, 252)
- 17) Verstaatlichung einer Aktiengesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft auf Aktien (§ 253)
- 18) Vermögensübertragung einer Versicherungs-Aktiengesellschaft auf einen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (§ 254)
- 19) Vermögensübertragung im Ganzen (§ 255)

- 20) Abschluß eines Gewinngemeinschaftsvertrages, wenn mehr als drei Viertel des gesamten Gewinnes abzuführen sind (§ 256)
- 21) Umwandlung einer Aktiengesellschaft in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien (§ 257)
- 22) Umwandlung einer Aktiengesellschaft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (§ 263). ¹⁾

d) Der Einfluß der Präsenz

Das in den Hauptversammlungen vertretene Nominalkapital (sogenannte Präsenz) betrug nach C.E. Fischer noch 1954 im Durchschnitt zwischen 40 und höchstens 60 % des Grundkapitals ²⁾. Diese Annahme trifft für die heutigen Hauptversammlungen nicht mehr allgemein zu. Läßt man den Paketbesitz ³⁾ und Ausnahmefälle (z.B. Familiengesellschaften) unberücksichtigt, so dürfte entgegen dieser Schätzung die Präsenz auf den Hauptversammlungen der großen Aktiengesellschaften jetzt wieder zwischen 60 und 80 % des Grundkapitals schwanken, in manchen Fällen eher darüber liegen.

Demgegenüber schrieb Schmoller um die Jahrhundertwende über die Präsenzen in den Generalversammlungen: "... man rechnet, daß meist nur 10 - 20 % des Kapitals erscheint, daß man mit 30 - 40 % die Generalversammlung unter allen Umständen beherrscht." ⁴⁾

-
- 1) Zusammenstellung nach: Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Köln, Mitteilungen an die angeschlossenen Verbände, Nr. 82/29.5.1952, Anlage, S.3 f., (unveröffentlicht).
 - 2) Curt Eduard Fischer, Rechtsschein und Wirklichkeit im Aktienrecht. Rechtspolitische Betrachtungen zu einer Reform des Aktiengesetzes, in: AcP, 154.Bd., Tübingen 1955, S.94 ff.
 - 3) Aktienpakete sind Zusammenballungen von Aktien in einer Hand, entstanden: aus freiem Kapitalbesitz; bei Kapitalerhöhungen; bereits bei der Gründung der AG. S. Obst - Hintner, a.a.O., S.522.
 - 4) Gustav Schmoller, Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, Erster Teil, München-Leipzig 1919 (Anm. des Verf.: Posthume Aufl.), S.524.

Wie sehr sich die Verhältnisse in den letzten sechszig Jahren hier gewandelt haben, läßt sich aus dieser Schätzung er-
messen.

Ein Vergleich der Kapitalpräsenz in den Hauptversammlungen der - dem Aktienkapital nach - sechs größten deutschen Publikumsgesellschaften ergibt für 1959 folgendes Bild: ¹⁾

Gesellschaft	Grundkapital in Mio. DM	Hauptversammlungs-Präsenz	
		in Mio. DM	/ in Prozent
Farbenfabriken Bayer AG	660	503,8	76,33 %
Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG	612 +)	484,6	79,2 %
Mannesmann AG	580	413,5	71,3 %
Farbwerke Hoechst AG vormals Meister Lucius & Brüning	556 ++)	437,32	78,66 %
Gelsenkirchener Bergwerks-AG	485	363,6	74,97 %
Siemens & Halske AG	448 +++)	368,54	82,04 %

+) Seit 25.9.59 = 700 Mio. DM

++) Inzwischen 562 Mio. DM

+++) Inzwischen 450 Mio. DM.

1) Zusammenstellung aus Presseberichten: DZ, Nr.39/16.5.59, S.16 (Bayer); FAZ, Nr.112/16.5.59, S.8 - DZ, Nr.40/20.5.59, S.9 (BASF); DZ, Nr. 89/18./19.7.59, S.9 (Mannesmann); DZ, Nr.39/16.5.59, S.19 (Hoechst Farben); DZ, Nr.92/22.7.59, S.7 (Gelsenberg); DZ, Nr.19/7.3.59, S.16 (Siemens).

Aus der angenommenen Hauptversammlungs-Präsenz von 60 bis 80 % des gesamten Grundkapitals läßt sich folgern: Gewöhnlich genügen 30 bis 40 % des vorhandenen stimmberechtigten Aktienkapitals, um einen Beschluß herbeizuführen, der die einfache Stimmenmehrheit erfordert (§ 113 Abs.1 AktG). Dergleichen können 45 bis 60 % ¹⁾ des gesamten Grundkapitals Beschlüsse durchsetzen, die der Dreiviertelmehrheit des in der Hauptversammlung vertretenen Kapitals bedürfen. - Demzufolge reicht in der aktienrechtlichen Praxis schon ein Aktienbesitz aus, der beträchtlich unter der theoretischen Stimmen- oder Kapital-Mindestquote liegt, um durch Hauptversammlungsbeschlüsse die innere Willensbildung der Aktiengesellschaft zu beherrschen. Eine Universalversammlung - eine Hauptversammlung, in der das gesamte Grundkapital oder alle vorhandenen Stimmen vertreten sind - kommt höchst selten, bei den großen Publikumsgesellschaften nie vor.

e) Die Einwirkung der Minderheit

Als Folge des Mehrheitsprinzips lassen sich Minderheiten bei allen gewöhnlichen Beschlüssen, die mit einfacher Stimmenmehrheit zu fassen sind, in der Regel ausschalten (Kapitalminderheiten mit Mehrstimmrechtsaktien ausgenommen); nur muß eine entsprechende Kapitalmehrheit vertreten sein. Dies bedeutet: Die Stimmen der Minoritäten können die Willensbildung in der betreffenden Hauptversammlung nicht mitgestalten,

1) S. Curt Eduard Fischer, Faire und getreue Rechenschaft der Manager? ..., in: Die Zeit, Nr. 14/3.4.59, S.9; Fischer nimmt neuerdings an, daß 52 bis 65 v.H. des gesamten Aktienkapitals für die erforderliche Dreiviertelmehrheit reichen. Somit geht er von einer Hauptversammlungs-Präsenz aus, die - wie sich errechnen läßt - zwischen rund 69 und 87 v.H. des Grundkapitals liegt.

mögen sie auch im Höchstfall fast die Hälfte aller abgegebenen Stimmen oder des vertretenen Kapitals ¹⁾ auf sich vereinigen. Das wird besonders dann der Fall sein, sobald ein oder mehrere Großaktionäre die relative oder gar ein Mehrheitsaktionär die absolute Aktienmajorität im Dauerbesitz halten.

Da dem deutschen Aktienrecht das Proportionalwahlrecht fremd ist, sind Minderheiten überdies nicht berechtigt, Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden. ²⁾ Zwar hat man seit fünf- und fünfzig Jahren - zum ersten Mal auf dem Deutschen Juristentag 1912 - immer wieder eine zwingende Gesetzesvorschrift über eine Minderheiten-Vertretung im Aufsichtsrat gefordert; doch weder das geltende Recht noch der Referentenentwurf eines Aktiengesetzes billigen der Kapitalminderheit die gleichen Rechte wie den Arbeitnehmern zu. ³⁾

Wer dagegen über mehr als ein Viertel des vorhandenen Grundkapitals verfügt, kann eine sogenannte Sperrminorität ausüben und stets alle diejenigen wichtigen Beschlüsse vereiteln, die zumindest eine Dreiviertelmehrheit des vertretenen Aktienkapitals erfordern. ⁴⁾ In der allgemeinen Aktienrechts-

-
- 1) Von 49,9 % als größter möglicher Kapitalminderheit zu sprechen (so: Stellungnahme Schutzvereinigung, S.21) ist gemeinhin falsch; 0,1 % des Grundkapitals entsprechen am Beispiel der BASF (Aktienkapital 700 Mio. DM) = 700 000 DM. Richtig beträgt hier die höchstmögliche Minderheit 349 999 900 DM (= 50 % des Grundkapitals minus 1 Aktie zu 100 DM Nennwert) - und nicht 349 300 000 DM (= 49,9 %). Der Unterschied von 699 900 DM unterstreicht den Denkfehler des beanstandeten Prozentsatzes, der nur in einem einzigen Fall genau ist: bei einer AG mit 100 000 DM Grundkapital und 100-DM-Aktien.
 - 2) Die Amtliche Begründung zu § 88 AktG hebt dies ausdrücklich hervor. § 88 AktG macht Ausnahmen hierzu von der Ausgabe vinkulierter Namensaktien abhängig.
 - 3) S. Curt Eduard Fischer, Halbe Maßnahmen im neuen Konzernrecht, in: Die Zeit, Nr.2/9.1.59, S.11.
 - 4) Das Schachtelprivileg kann hier nur angedeutet werden: Es verschafft der Schachtelgesellschaft bei einer Beteiligung von 25 % an einer anderen Gesellschaft Steuervergünstigungen.

praxis wirkt sich die Sperrfunktion meist schon bei einem geringeren Kapitalanteil aus.

Für die bereits aufgeführten Fälle - jede Satzungsänderung (außer bei einer Änderung des Unternehmensgegenstandes); einfache Kapitalerhöhung; Ausgabe von Wandel- und Gewinnschuldverschreibungen - ist zwar grundsätzlich auch eine Dreiviertelmehrheit vorgeschrieben; jedoch kann die Satzung auch eine geringere als die Dreiviertelmehrheit bestimmen und zum Beispiel eine einfache Kapitalmehrheit für ausreichend erklären. Hier findet die Sperrminorität die Grenze ihres Wirkungsbereichs: Der Minderheitsbesitz - über 25 %, jedoch unter 50 % des vertretenen Grundkapitals - kann sich in diesem Ausnahmefall gegen die einfache oder sonstwie qualifizierte Kapitalmehrheit nicht sperren.

Wie sich die Sperrminorität gegenüber Mehrstimmrechtsaktien auswirkt, wird im folgenden noch zu behandeln sein.

Wohl zum ersten Mal bei einer deutschen Aktiengesellschaft in der Nachkriegszeit, fand auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Chemie-Verwaltungs-Aktiengesellschaft am 22. Mai 1959 ein Antrag der Verwaltung auf Satzungsänderung nicht die erforderliche qualifizierte Mehrheit. Allerdings schreibt § 16 der von den Alliierten auferlegten Satzung vor, daß Beschlüsse über Satzungsänderungen einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln des gesamten Grundkapitals bedürfen. Unter dieser Satzungserschwernis genügten schon rund 5,4 % des Aktienkapitals zur vollen Auswirkung der oppositionellen Sperrminorität. 1)

1) 995 Aktionäre und Aktionärvertreter der rund 70 000 Anteilseigner repräsentierten - erstmals seit Gründung dieser Holding-Gesellschaft (1955), die nach alliierten Entflechtungsmaßnahmen bis 1958 von der Deutschen Revisions- und Treuhand-AG als Treuhänderin verwaltet wurde - fast 56,72 Mio. DM (= 69,5 %) von 81,6 Mio. DM Grundkapital. Die Abstimmung über den Antrag der Oppositionsgruppen - Ablehnung sämtlicher Satzungsänderungen - ergab zwar 51,9 Mio. DM für die Verwaltung und nur 4,428 Mio. DM für die Opposition. Doch nach der Satzung hätte die Verwaltung die Stimmen von 54,4 Mio. DM (= 2/3 des Grundkapitals) für sich gewinnen müssen. So konnte sie bei der Beschlußfassung ihren Antrag auf Satzungsänderung nicht durchbringen, mußte ihn vielmehr zurückziehen. S. hierzu: Blick durch die Wirtschaft, Nr.123/1.6.59, S.3 f.; FAZ, Nr.117/23.5.59, S.8; DZ, Nr.43/23.5.59, S.8; Die Zeit, Nr.22/29.5.59, S.17; Geschäftsbericht 1958 mit Satzung der Chemie-Verwaltungs-AG.

4. Einige Besonderheiten bei der Stimmrechtsausübung

a) Mehrstimmrechtsaktien

Die Mehrstimmrechtsaktie ¹⁾ widerspricht dem Grundsatz, daß jede Aktie eine Stimme gewährt und das Mitverwaltungsrecht demnach von der Kapitalbeteiligung abhängt. Das geltende Aktienrecht (§ 12 Abs.2 Satz 1 AktG) erklärt Mehrstimmrechte grundsätzlich für unzulässig. Es läßt aber mit ministerieller Genehmigung Ausnahmen zu, wenn es "das Wohl der Gesellschaft oder gesamtwirtschaftliche Belange" fordern (§ 12 Abs.2 Satz 2 AktG). Darum sind Mehrstimmrechtsaktien für die öffentliche Hand von besonderer Bedeutung. ²⁾

Nach dem Willen des Aktiengesetzes von 1937 sollten auch solche Mehrstimmrechtsaktien, die schon vor seinem Inkrafttreten vorhanden waren, zu einem bestimmten Zeitpunkt ihren Vorzug im Stimmrecht verlieren (§ 9 Einführungsgesetz zum AktG); freilich ist bisher nie eine Verordnung dazu ergangen. Erst der Referentenentwurf eines Aktiengesetzes empfiehlt, die bestehenden Mehrstimmrechtsaktien nach einer Übergangszeit von drei Jahren nunmehr endgültig abzuschaffen; diese Maßnahme dürfte ihre Inhaber nicht überraschen. ³⁾

Nach den Richtlinien der Börsenzulassungsstellen soll sich das Mehrstimmrecht auf Satzungsänderungen, Aufsichtsratswahlen und Auflösung der Gesellschaft beschränken. ⁴⁾ Der Vorzug der Mehrstimmrechtsaktien wirkt sich vor allem bei

1) Andere Bezeichnungen: Stimmrechtsaktie, Vorzugsaktie mit Mehrstimmrecht.

2) Die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG (RWE) z.B. hat Mehrstimmrechts-Namensaktien im Nennbetrag von 13 Mio. DM ausgegeben, die je nom. 400 DM 20 Stimmen, mithin also 650 000 (von insgesamt 1 386 250) Stimmen gewähren. Sie sind im Besitz von Gemeinden und Gemeindeverbänden. - Quelle: RWE, Prospekt 1959.

3) Fußnote zu § 12 Abs.2 RefEntw; Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Erläuternde Bemerkungen zu E § 12, S.193.

4) Rudolf Mindner, Das Kleine Börsenlexikon 1958, S.284.

der Wahl der Aufsichtsratsmitglieder aus. Hierzu zwei Beispiele aus der Gesellschaftspraxis: Der bedeutendste Fall im deutschen Aktienwesen liegt bei der Siemens & Halske AG vor; dort verfügt die Familie von Siemens über Mehrstimmrechtsaktien von nominal 21,280 Mio. DM, denen unter anderem in den genannten Punkten (namentlich Aufsichtsratswahlen) ein sechsfaches Stimmrecht zusteht. ¹⁾ Desgleichen hält die Deutsche Bank AG Vorzugsaktien der Daimler-Benz AG im Nennbetrag von 155 520 DM, die vor allem bei der Beschlufsfassung über die Besetzung des Aufsichtsrats dreifach zählen. ²⁾

Mehrstimmrechtsaktien sind in den meisten Fällen erst während der Inflation (1920 - 1923) zum Schutz vor "äußerer und innerer Überfremdung" ³⁾, also gegen ausländische Eindringlinge und inländische Außenseiter geschaffen worden. Diese nicht an der Börse notierten vinkulierten Namensaktien blieben in den Händen der früheren Großaktionäre, die trotz eines möglichen Verlustes der Kapitalmehrheit weiterhin die Stimmenmehrheit innehatten. Hielten die Mehrstimmrechtsaktien einerseits bestehende Machtpositionen aufrecht, so steigerten sie überdies den Einfluß der Banken auf die deutsche Industrie; denn einen großen Teil der ausgegebenen Aktien mit Stimmrechtsvorzug erwarben die Banken damals für eigene Rechnung. ⁴⁾

1) Ernst von Siemens ist Vorsitzter, Hermann von Siemens Mitglied des Aufsichtsrats der Siemens & Halske AG. - S.: Satzung (§ 25) und Geschäftsbericht 1957/58 der Siemens & Halske AG; Teilnehmerverzeichnis der ordentlichen HV (5.3.1959) der Siemens & Halske AG, eingereicht beim Handelsregister des Amtsgerichts München.

2) Die Deutsche Bank AG stellt zwei (der zehn von der Hauptversammlung gewählten) Aufsichtsratsmitglieder der Daimler-Benz AG: das Vorstandsmitglied Hermann Josef Abs als Vorsitzter, den Direktor mit Generalvollmacht Trudbert Riestter als Mitglied des Aufsichtsrats. - S.: Satzung (§ 17) und Geschäftsbericht 1958 der Daimler-Benz AG; Teilnehmerverzeichnis der ordentlichen HV vom 8.7.1958, eingereicht beim Handelsregister des Amtsgerichts Stuttgart.

3) Näheres hierzu bei: Alfred Hueck, Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht, Mannheim-Berlin-Leipzig 1922, S.9 f.; Alfred Hueck, Gesellschaftsrecht, S.108 f.

4) Rudolf Muller-Erbach, Das deutsche Aktienwesen seit der Inflation, Tübingen 1926, S.21 f.

Unter dem Vorwand der Überfremdungsgefahr, die anfangs wirklich bestanden haben mag, mißbrauchten die Verwaltungen schließlich die Stimmrechtsaktie ganz allgemein, um mit geringem Kapitaleinsatz und wenig eigenem Risiko eine "egoistische Verwaltungsherrschaft" ¹⁾ zu errichten. Mehr als die Hälfte der deutschen Aktiengesellschaften gab nach dem Ersten Weltkrieg Mehrstimmrechtsaktien aus. ²⁾ Inzwischen haben zwar viele Gesellschaften, ohne gesetzlichen Zwang, diese Aktiengattung wieder abgeschafft; doch wenn es im Bank-Lexikon von 1959 heißt, die Stimmrechtsaktien seien als Rudimente aus früherer Zeit nur "noch bei einigen Gesellschaften" vorhanden ³⁾, so ist diese Auffassung irrig. Nach den Erläuternden Bemerkungen des Referentenentwurfs eines Aktiengesetzes finden sich Mehrstimmrechtsaktien immerhin noch bei etwa 183 Gesellschaften. ⁴⁾ Mitunter gewährt die Satzung einer solchen Aktie einige hundert Stimmen; im Extremfall des Fränkischen Überlandwerks AG sind nicht notierte Vorzugsaktien (5 000 DM) mit 3200fachem Stimmrecht ausgestattet. ⁵⁾

Das Reichsgericht hat 1929 den für die Mehrstimmrechtsaktien wichtigen Unterschied zwischen Stimmenmehrheit und Kapitalmehrheit herausgearbeitet. ⁶⁾ Nach dem Grundsatz, daß

1) Julius von Gierke, a.a.O., S.306.

2) Alfred Hueck, Gesellschaftsrecht, S.109.

3) Müller - Löffelholz, Bank-Lexikon, Handwörterbuch für das Bank- und Sparkassenwesen (zit.: Bank-Lexikon), Wiesbaden 1959, Sp.1114 (Stichwort: Stimmrechtsaktien, Sp.1113 f.).

4) Erläuternde Bemerkungen zu § 12 RefEntw, S.193.

5) Rund um die Börse 1958, S.40 f.; Erläuterungen zum Kursblatt der Börsen-Zeitung - Aktien - , abgeschlossen am 22.2.58.

6) RGZ, Bd. 125, S.356.

jede Aktie eine Stimme gewährt, ist zwar die Stimmenmehrheit in der Regel zugleich die Kapitalmehrheit. Doch wenn verschiedene Aktiengattungen - Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht sowie Stammaktien mit einfachem Stimmrecht - vorhanden sind, fallen Stimmenmacht und Kapitalmacht auseinander.

Bei Beschlüssen, die mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu fassen sind, wirkt sich das Stimmübergewicht der Vorzugsaktien ohne Rücksicht auf die von ihnen verkörperte Kapitalbeteiligung voll aus. Selbst wenn die Stammaktionäre über die Kapitalmehrheit verfügen, können die Mehrstimmrechtsaktionäre mit der absoluten Stimmenmehrheit die Willensbildung der Hauptversammlung beherrschen. Mit Mehrstimmrechtsaktien lassen sich demnach alle diejenigen Beschlüsse herbeiführen oder verhindern, die gesetzlich oder satzungsgemäß der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen bedürfen. Je nachdem, welchen Stimmenmultiplikator (zum Beispiel 10-, 100-faches Stimmrecht) die Satzung bestimmt und mit welcher Hauptversammlungs-Präsenz zu rechnen ist, genügt hierzu unter Umständen ein relativ geringer Anteil der Mehrstimmrechtsaktien am Grundkapital. Im Fall der Beschlußverhinderung wird man hier von einer Mehrstimmrechts-Sperrmajorität - im Unterschied zur üblichen Kapital-Sperrminorität - sprechen dürfen.

Bei allen wichtigen Entscheidungen dagegen schreibt das Gesetz oder auch die Satzung zusätzlich zur Mehrheit der abgegebenen Stimmen in der Regel die Dreiviertelmehrheit des bei der Beschlußfassung vertretenen Kapitals vor. Bestehen Stamm- und Vorzugsaktien mit Mehrstimmrecht nebeneinander, so ist hier die Stimmenmehrheit nicht identisch mit der Kapitalmehrheit, vielmehr bedarf es einer doppelten Mehrheit: einmal einer einfachen Stimmenmehrheit, bei der die Mehrstimmrechte berücksichtigt werden; sodann einer entsprechend qualifizierten Kapitalmehrheit, bei der nur die effektive Kapitalbeteiligung zählt. ¹⁾ Die Stimmen werden hier nicht bloß gezählt,

1) Heinrich Lehmann, Gesellschaftsrecht, S.253.

sondern gewogen. Daraus folgt für die Stimmrechtspraxis: Die Stammaktionäre mit der Kapitalmehrheit und die Mehrstimmrechtsaktionäre mit der Stimmenmehrheit müssen einheitlich vorgehen, wenn sie positive Beschlüsse fassen wollen. ¹⁾

Schreiben das Gesetz oder die Satzung für die Beschlußfassung die Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals als Mindestanforderung zwingend vor und verfügen die Inhaber der Mehrstimmrechtsaktien zur absoluten Stimmenmajorität hin zugleich über eine Kapitalminderheit von mehr als einem Viertel des vorhandenen Grundkapitals ²⁾ (Kapital-Sperrminorität), so können die Mehrstimmrechtsaktionäre zumindest jeden Antrag der Stammaktionäre auf der Gegenseite niederstimmen. Dabei ist es gleichgültig, ob der Beschluß eine einfache Stimmenmehrheit oder zusätzlich eine qualifizierte Kapitalmehrheit erfordert.

Nur in den besprochenen drei Ausnahmefällen (§§ 146 Abs.1, 149 Abs.1, 174 Abs.1 AktG) ist die gesetzliche Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals nicht zwingend, sondern dispositiv vorgeschrieben. Hier kann also die Satzung auch eine geringere Kapitalmehrheit bestimmen; dann aber muß der Kapitalanteil der Mehrstimmrechtsaktionäre - wenn sie sich bei der Beschlußfassung in jedem Fall durchsetzen wollen - entsprechend größer sein als ein Viertel des Grundkapitals. Sonst können sie trotz absoluter Stimmenmehrheit die konservierende Funktion ihrer Kapital-Sperrminorität hier nicht ausüben. Der zur Sperrung von qualifizierten Mehrheitsbeschlüssen erforderliche Nennkapitalbetrag der Mehrstimmrechtsaktien muß theoretisch stets größer sein als die Differenz zwischen dem Grundkapital und der vorgeschriebenen Kapitalmehrheit. - Hierzu ein erläuterndes Beispiel: Bestimmt die Satzung statt der gewöhnlichen Dreiviertelmehrheit eine Zweidrittelmehrheit des Kapitals, dann muß der Kapitalanteil der Mehrstimmrechtsaktionäre zur Sperrung von Beschlüssen mehr als ein Drittel des vertretenen Grundkapitals umfassen. -

1) Amtliche Begründung zu §§ 113, 114 AktG.

2) In der Praxis genügt meist ein geringer Anteil.

Daraus ergibt sich: Erklärt die Satzung etwa für Satzungsänderungen die einfache Kapitalmehrheit für ausreichend, so hat ein Mehrstimmrechtsaktien-Besitz von weniger als der Hälfte des vertretenen Kapitals keine Sperrfunktion. ¹⁾

Soll eine Satzungsänderung das bisherige Verhältnis der Stammaktien zu den Mehrstimmrechtsaktien verschieben, so haben - zusätzlich zum Beschluß der Hauptversammlung - die Aktionäre der benachteiligten Gattung darüber gesondert zu beschließen; dieser Sonderbeschluß zur Wirksamkeit des Hauptversammlungsbeschlusses bedarf einer zustimmenden Mehrheit von drei Vierteln des vertretenen Grundkapitals (dispositiv; § 146 Abs.2 in Verbindung mit Abs.1 AktG).

Sind Mehrstimmrechtsaktien ausgegeben, so schreibt das Gesetz außerdem bei der gewöhnlichen Kapitalerhöhung und der ordentlichen Kapitalherabsetzung Sonderabstimmungen der Aktionäre beider Gattungen vor. Insgesamt sind hier drei Beschlüsse notwendig; es müssen nämlich die ganze Hauptversammlung sowie die Stamm- und Mehrstimmrechtsaktionäre gesondert darüber beschließen. ²⁾ Für alle drei Beschlüsse ist die Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals vorgeschrieben: bei der Kapitalerhöhung dispositiv (§ 149 Abs.1 und 2 AktG); bei der Kapitalherabsetzung zwingend (§ 175 Abs.1 und 2 AktG).

Diese komplizierten Abstimmungsverfahren folgen dem Grundsatz, daß jeder Aktionär gleichmäßig behandelt werden muß. Soweit sich nach dem status quo der Satzung nicht etwa Vorrechte anderer Aktionäre ergeben, darf der einzelne Aktionär ohne seine Zustimmung nicht schlechtergestellt werden als die übrigen Aktionäre. ³⁾

b) Stimmrechtsbeschränkungen

"Für den Fall, daß ein Aktionär mehrere Aktien besitzt, kann die Satzung das Stimmrecht durch Festsetzung eines Höchst-

1) Rudolf Mindner, a.a.O., S.349.

2) Alfred Hueck, Gesellschaftsrecht, S.167.

3) S. Alfred Hueck, Gesellschaftsrecht, S.167 f.

betrages oder von Abstufungen beschränken" (§ 114 Abs.1 Satz 3 AktG). Eine solche Bestimmung - auf Grund von einem Hauptversammlungsbeschluß - der ursprünglichen oder abgeänderten Satzung ist nur mit ministerieller Genehmigung zulässig (§ 13 3.DVO zum AktG).

Grundsätzlich muß hier zwischen dem mit jeder einzelnen Aktie verbundenen objektiven Stimmrecht und der subjektiven Stimmenmacht des einzelnen Aktionärs unterschieden werden. ¹⁾ Eine Stimmrechtsbeschränkung der Satzung kann sich stets nur gegen einen einzelnen Aktionär, dem mehrere Aktien der Gesellschaft gehören, richten; sie verstößt somit nicht gegen den Grundsatz, daß jede Aktie das Stimmrecht gewährt. Der Inhaber einer einzigen Aktie - bei verschiedener Stückelung: ohne Rücksicht auf den Nennbetrag - muß also auch hier immer das volle Stimmrecht nach ihrem Nennwert haben. ²⁾ Angenommen, es sind Aktien zu 100 und 500 DM ausgegeben, so müssen dem Eigentümer einer einzigen Aktie zu 500 DM 5 Stimmen zustehen, auch wenn das Stimmrecht beschränkt ist.

Entgegen § 114 Abs.1 Satz 1 AktG kann § 114 Abs.1 Satz 3 AktG das Stimmrecht beschränken durch:

- 1) Festsetzung eines stimmberechtigten Höchstnennbetrages; zum Beispiel: Kein Aktionär darf mehr als 5 Stimmen abgeben. - Gewährt die Satzung dem Nennbetrag jeder Aktie - zugleich als Höchstbetrag - nur 1 Stimme, so findet im Ergebnis eine dem § 114 Abs.1 Satz 1 AktG nicht zuwiderlaufende Abstimmung nach Köpfen statt; Voraussetzung hierfür ist, daß alle Aktien auf denselben Nennbetrag lauten. ³⁾

1) Von Godin - Wilhelmi, § 114 AktG, Anm. 4.

2) Großkommentar Gadow, § 114 AktG, Anm. 9.

3) So: Brodmann, Aktienrecht, Kommentar, Gewerbe- und Industrie-Kommentar, Bd.IV, Berlin und Leipzig 1928, § 252 HGB, Anm.2; Großkommentar Gadow, § 114 AktG, Anm. 9; Ritter, Aktiengesetz, 2.Aufl., Berlin und München 1939, § 114, Anm. 3; Schlegelberger - Quassowski, § 114 AktG, Anm. 5 C. Ebenso, aber strittig: Baumbach - Hueck, § 114 AktG, Anm. 3.

2) Festsetzung eines abgestuften Stimmrechts, zum Beispiel: Je angefangene 5 Aktien gewähren 1 Stimme; oder: Verfügt ein Aktionär über bis zu 50 Aktien, gewährt jede Aktie 1 Stimme, gehören ihm mehr als 50 Aktien, haben je angefangene / volle 5 Aktien darüber hinaus 1 Stimme.

3) Auch kann die Satzung eine Kombination von Höchstbetrag und Abstufung vorsehen.

Demnach kann die Satzung das Stimmrecht des mehrfachen Aktionärs in ein subjektives "Wenigerstimmrecht" umwandeln, ohne daß das objektive Stimmrecht der Aktie davon betroffen wird. Solche stimmrechtsbeschränkten Aktien bilden eo ipso keine eigene Aktiengattung im Sinne des Gesetzes, da sich diese nicht unmittelbar aus der Satzung ergibt.¹⁾

"Namentlich bei Gesellschaften, die bereits Mehrstimmrechtsaktien ausgegeben haben, können solche Beschränkungen des Stimmrechts praktisch eine wesentliche Verstärkung des Mehrstimmrechts zur Folge haben."²⁾ Die Stimmrechtsbeschränkungen bedürfen schon deswegen der ministeriellen Genehmigung, damit nicht durch ihre Aufnahme in die Satzung das grundsätzliche Verbot über die Schaffung von Mehrstimmrechtsaktien umgangen werden kann. - Die im Referentenentwurf zugelassenen Stimmrechtsbeschränkungen entsprechen im wesentlichen dem geltenden Recht. § 125 Abs.1 RefEntw hebt die Genehmigungspflicht durch das Bundeswirtschaftsministerium zwar auf, baut aber sonstige Sicherungen ein: So will Satz 5 dieser Bestimmung die Schaffung verkappter Mehrstimmrechte dadurch verhindern, indem die Satzung Stimmrechtsbeschränkungen für einzelne Aktionäre - zum Beispiel solche Aktionäre, denen über einen bestimmten Nennbetrag hinaus Aktien gehören - oder für einzelne Aktiengattungen - zum Beispiel Stammaktien - nicht mehr anordnen kann. Die Vorschriften der Sätze 2 und 4 des § 125

1) Ritter, § 114 AktG, Anm. 3.

2) Schlegelberger - Quassowski, § 114 AktG, Anm. 5 C; vgl. Baumbach - Hueck, § 114 AktG, Anm. 3) B.

Abs. 1 RefEntw sollen außerdem unterbinden, daß die Bestimmungen über die Höchstbeträge umgangen werden. ¹⁾

Stimmrechtsbeschränkende Satzungsbestimmungen sind bisher in der Praxis des deutschen Aktienwesens selten vorgekommen. Zum Beispiel macht die Satzung der Frisia AG, die der Schweizer Duttweiler in Emden errichtet hat, bei der Ausgabe von nominal 25 Mio. DM kleingestückelten Aktien von diesem Rechtinstitut Gebrauch. ²⁾ Dadurch soll dem Machteinfluß von Großaktionären vorgebeugt werden.

Die Stimmrechtsbeschränkungen haben bei den wirtschafts- und sozialpolitischen Bestrebungen, Bundeskonzerne durch die Ausgabe von Volksaktien teilweise oder gänzlich zu privatisieren, neuerdings eine besondere Bedeutung gewonnen, so namentlich bei der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft (Preußag) und der Volkswagen GmbH (VW-Werk). ³⁾

Die am 29. April 1959 geänderte Satzung der Preußag schreibt in § 23 Abs.4 die folgende Stimmrechtsbeschränkung vor: "Das Stimmrecht jedes Aktionärs, dem Aktien mit einem Gesamtnennbetrag von mehr als 1/1000 des Grundkapitals gehören, wird auf die Anzahl von Stimmen beschränkt, die Aktien mit einem Gesamtnennbetrag von Höhe von 1/1000 des Grundkapitals gewähren ..." Dieses Höchststimmrecht kann "nur mit einer Mehrheit von 9/10 des in der Hauptversammlung vertretenen Grundkapitals und der abgegebenen Stimmen aufgehoben oder geändert werden" (§ 23 Abs.5 Satzung der Preußag). Das Grundkapital der Preußag beträgt 105 Millionen DM. Daher kann jeder Aktionär höchstens für 105 000 DM Stimmen (= 1050) abgeben; gehören ihm jedoch mehr Aktien, so ruht für den darüber hinausgehenden Nennbetrag das Stimmrecht. Hierzu ein praktisches

-
- 1) Referentenentwurf, Erläuternde Bemerkungen zu E § 125, S.278.
 - 2) S. Curt Eduard Fischer, Halbe Maßnahmen im neuen Konzernrecht, in: Die Zeit, Nr.2/9.1.59, S.11.
 - 3) Einzelheiten hierzu bei: Rolf Hammerschmidt, Betriebswirtschaftliche Probleme der Volksaktie. Diss., München 1959, S.50 ff. (Preußag), S.65 ff. (Privatisierung des VW-Werkes).

Beispiel: Die dem Bund allein gehörende Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft (VEBA) besitzt als Muttergesellschaft Aktien der Preußag im Nennwert von rund 22 Millionen DM ¹⁾; sie hat aber daraus nur ein Stimmrecht von einem Tausendstel des in 1 050 000 Aktien im Nennwert von je 100 DM (§ 4 Abs.2 der Satzung) zerlegten Grundkapitals, mithin statt rund 220 000 nur 1050 Stimmen. ²⁾

Wenn die Satzung der Preußag ein Höchststimmrecht festsetzt, so will sie dadurch den Dauer-Kleinaktionär (hier im Unterschied zum Spekulationsaktionär) vor einer Konzentration des privaten Preußag-Aktienbesitzes in wenigen Händen schützen. Zudem haben sich die fünfzig Banken des Preußag-Emissionskonsortiums (Konsortialführerin: Deutsche Bank ³⁾) verpflichtet, weder für eigene noch auf fremde Rechnung Preußag-Aktien aufzukaufen und somit keine Aktienpakete anzuhäufen. ⁴⁾ Der sozialpolitische Zweck dieser Satzungs- und Ausgabebestimmungen ist, eine breite Kleinstreuung der Volksaktien und damit "Eigentum für jedermann" zu gewährleisten.

Die Stimmrechtsausübung auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Preußag am 26. Juni 1959 wird im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Auswirkungen des Depotstimmrechts der Banken noch ausführlich erörtert. An dieser Stelle sei zunächst nur festgestellt, daß die Stimmrechtsbeschränkungen der Preußag-Satzung das Depotstimmrecht überhaupt nicht betreffen.

-
- 1) Mitgeteilt von Alfred Hartmann, (stellv. AR-Vorsitzer der Preußag, Vorstandsmitglied der VEBA) auf der ao. HV der Preußag am 26.6.59. - S. Blick durch die Wirtschaft, Nr. 150/3.7.59, S.5.
 - 2) Die VEBA hat überdies auf der ao. HV der Preußag am 26.6.59 bei der Wahl der zehn Kleinaktionär-Vertreter auf die Ausübung ihres Stimmrechts verzichtet; s. Stuttgarter Zeitung, Nr. 114/27.7.59, S.19.
 - 3) S.: Ohne Verf., Die erste Preußag-Hauptversammlung nach der Privatisierung, in: Das Wertpapier, Nr. 7/1959, S.438.
 - 4) S. bei: Rolf Hammerschmidt, a.a.O., S.55, mit weiterem Literaturhinweis.

Das Volkswagenwerk, bisher immer noch im Bundesvermögen, sollte ursprünglich noch vor der Preußag privatisiert werden; geplant war die Umwandlung in die Rechtsform der Aktiengesellschaft und damit auch die Ausgabe von Volksaktien (Mindestnennbetrag 50 DM; abweichend von § 8 Abs.1 Satz 1 AktG).

Am 22. Mai 1957 legten Abgeordnete der CDU/CSU und der DP dem Zweiten Bundestag den "Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Rechtsverhältnisse bei der Volkswagenwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung und die Überführung der Anteilsrechte in private Hand" ¹⁾ vor. Da sich das Gesetz in der zweiten Legislaturperiode nicht mehr verabschieden ließ, unterbreiteten maßgebliche Abgeordnete (Adenauer, Erhardt, Blank, Häussler, Arndgen, Hahn, Stücklen, Cillien, Elbrächter, Krone) diesen Entwurf nochmals dem Bundestag ²⁾, der den Entwurf am 22. Januar 1958 in erster Lesung behandelte. ³⁾

Dieser Regierungsentwurf ⁴⁾ (VW-Entwurf) sieht für das Volkswagenwerk vinkulierte Namensaktien vor, die nicht durch Blankoindossament übertragen werden können (§§ 2, 3, 4 VW-Entw). Neben Abstufungen der für die einzelnen Personenkreise höchstzulässigen Beteiligungen am Grundkapital des Volkswagenwerks schreibt der Entwurf eine Reihe von Stimmrechtsbeschränkungen vor:

- 1) Das Stimmrecht, das der einzelne Aktionär (direkt oder indirekt) ausüben kann, beschränkt sich auf die Stimmenzahl des zwanzigtausendsten Teils des Grundkapitals (§ 5 Abs.4 VW-Entw).

1) Drucksache 3534, Deutscher Bundestag, 2. Wahlperiode.
2) Drucksache 102, Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode.
3) S. hierzu: Rolf Hammerschmidt, a.a.O., S.65.
4) Bundestagsdrucksache 102.

- 2) Kreditinstitute (Banken und Sparkassen) können insgesamt Aktionärrechte - vor allem das Depotstimmrecht - für höchstens ein Drittel des Grundkapitals ausüben (§ 4 Abs.3 VW-Entw), und zwar nur als Bevollmächtigte in fremdem Namen.
- 3) Das Stimmrecht einer Kapitalanlagegesellschaft (Investmentgesellschaft) beschränkt sich im Höchstfall auf ein Hundertstel des Grundkapitals (§ 5 Abs.3 VW-Entw).
- 4) Die Aktionäre können sich im übrigen bei der Ausübung des Stimmrechts nur durch folgende Bevollmächtigte vertreten lassen: Wirtschaftsprüfer oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Rechtsanwälte, Steuerberater oder Steuerberatungsgesellschaften, vereidigte Buchprüfer, Bücherrevisoren oder Helfer in Steuersachen (§ 5 Abs.1 VW-Entw). Ein einzelner dieser Bevollmächtigten kann das Stimmrecht nicht für mehr Aktien als ein fünfhundertstel des Grundkapitals ausüben (§ 5 Abs.2 b VW-Entw).

Diese tiefgreifenden Stimmrechtsbeschränkungen wollen der Konzentration der Anteile auf wenige Großaktionäre wie auch besonders - im Gegensatz zu den Satzungsbestimmungen der Preußag - einer in den Depots der Banken zusammengefaßten Stimmenmacht entgegenwirken.

So meint der Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.) in seiner Stellungnahme zum Volkswagenwerk-Entwurf, es sei praktisch undenkbar, daß die Vorschriften zu Zwecken der Beherrschung umgangen werden; auch würde für die Stimmrechtsbeschränkungen - statt eines Zwanzigtausendstels - ein Zehntausendstel des Grundkapitals als zulässiger Höchstbetrag völlig genügen. ¹⁾

1) Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Rechtsverhältnisse bei der Volkswagenwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung und die Überführung der Anteilsrechte in private Hand, Köln, 6. Februar 1958, S.10 f.

Nach der bisherigen Kritik in der Öffentlichkeit und vor allem nach den Erfahrungen bei der Teilprivatisierung der PreuBag wird der Volkswagenwerk-Entwurf zumindest in manchen Punkten noch abzuändern sein. ¹⁾

Wie die Bonner Wirtschaftsredaktion der Stuttgarter Zeitung erfahren haben will, sei die Mehrheit des zuständigen CDU/CSU-Arbeitskreises auf einer Arbeitssitzung in Berlin (Juli 1959) der Auffassung gewesen - wohl unter dem Eindruck des PreuBag-Präzedenzfalls -, das Stimmrecht der Banken für VW-Aktien ihrer Depotkunden müsse auf 1 v.H. des Grundkapitals beschränkt werden. ²⁾

c) Stimmrechtsenthaltung bei der Entlastung

Der alljährliche Beschluß über die Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats gehört zu den laufenden Angelegenheiten der ordentlichen Hauptversammlung (§ 104 Abs.1 AktG). Die Entlastung der beiden Organe bedeutet eine Erklärung der HV, daß ihr für das abgelaufene Geschäftsjahr Rechenschaft abgelegt worden ist - und damit ein Vertrauensvotum für die weitere Verwaltungstätigkeit; dementsprechend ist in der Entlastungsverweigerung, die ja ebenfalls im freien Ermessen der Hauptversammlung steht, eine Mißtrauensbekundung zu erblicken. ³⁾ Die materiellrechtliche Bedeutung der Entlastung ist gering; denn die Hauptversammlung kann hierdurch nicht darauf verzichten, Ersatzansprüche geltend zu machen (der Vorstand haftet nach zwingendem Recht fünf Jahre lang für seine Geschäftsführung, § 84 Abs.4 AktG).

Das Aktiengesetz sieht regelmäßig für die Ausübung eigenen oder fremden Stimmrechts durch Verwaltungsmitglieder keine Beschränkungen vor: weder auf der eigenen Hauptversammlung noch auf der Hauptversammlung einer Gesellschaft, bei der

1) S. Rolf Hammerschmidt, a.a.O., S.65.

2) Stuttgarter Zeitung, Nr.159/15.7.59, S.6.

3) S. Alfred Hueck, Gesellschaftsrecht, S.141; vgl. RGZ, Band 167, S.166.

beispielshalber ein Bankdirektor Aufsichtsratsmitglied ist. Die einzige zwingende Ausnahme hierzu bestimmt § 114 Abs.5 AktG. Danach kann ein Aktionär, der - unter anderem - durch die Beschlußfassung entlastet werden soll, weder für sich noch für einen anderen das Stimmrecht ausüben. Das heißt, ein Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied darf bei seiner eigenen Entlastung aus den ihm gehörigen Aktien selbst nicht mitstimmen und auch keinen anderen abstimmen lassen. ¹⁾

Die nicht ganz präzise Formulierung des § 114 Abs.5 Satz 1 AktG spricht von "Aktionär", beruht jedoch nach Möhring auf einem offenbaren Versehen des Gesetzgebers. ²⁾ Sie ist nach herrschender Auffassung erweiternd auszulegen, indem auch ein bevollmächtigter Nichtaktionär - hier: Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats - bei seiner eigenen Entlastung oder ein Bankvertreter bei der Entlastung seines unmittelbaren oder mittelbaren Auftraggebers nicht abstimmen darf. ³⁾ Es ist bei dem Begriff "Aktionär" also nicht in jedem Fall entscheidend, wer im Rechtssinn Inhaber der Aktie ist. ⁴⁾ Doch können Hauptbevollmächtigte, die bei ihrer Entlastung selbst vom Stimmrecht ausgeschlossen sind, nach allgemeiner Ansicht unbeteiligte Dritte unterbevollmächtigen, wenn es ihre Vollmacht erlaubt. ⁵⁾

-
- 1) S. Ernst Boesebeck, Stimmenthaltung bei der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, in: NJW Heft 45/1955, S.1657.
 - 2) Philipp Möhring, Die Ausübung des Stimmrechts durch Kreditinstitute im Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: Beiträge zur Aktienrechtsreform, Düsseldorf 1959, S.90.
 - 3) S. Philipp Möhring, a.a.O., S.90; s. Ernst Boesebeck, a.a.O., S.1657; vgl. von Godin - Wilhelmi, § 114 AktG, Anm. 18; vgl. Großkommentar Aktiengesetz Gadow, § 114, Anm. 33; vgl. Schlegelberger - Quassowski, § 114 AktG, Anm. 19 c); vgl. Ritter, § 114 AktG, Anm. 7 b); vgl. Baumbach - Hueck, § 114 AktG, Anm. 7) A.
 - 4) Schlegelberger - Quassowski, § 114 AktG, Anm. 19 a).
 - 5) S. Baumbach - Hueck, § 114 AktG, Anm. 7) A; vgl. Großkommentar Gadow, § 114 AktG, Anm. 34; vgl. RGZ, Bd. 106, S.263.

In der Regel werden die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder durch eine einzige Abstimmung im ganzen entlastet; hier ruht das Stimmrecht sämtlicher Mitglieder beider Verwaltungsorgane. Wird aber über jedes Organ gesondert abgestimmt, dürfen die Mitglieder des Vorstands den Aufsichtsrat und umgekehrt die Mitglieder des Aufsichtsrats den Vorstand gültig entlasten. Ist unter besonderen Umständen über jedes Verwaltungsmitglied eine Einzelabstimmung vorgesehen, können ausnahmsweise auch die übrigen Mitglieder des gleichen Organs mitstimmen (bestritten). ¹⁾

Aus dem Teilnehmerverzeichnis der Hauptversammlung ist nicht ersichtlich, ob ein Nichtaktionär Aktien von Verwaltungsmitgliedern vertritt: Aus der Rubrik "Fremdbesitz" des Teilnehmerverzeichnisses kann niemand entnehmen, wie der vertretene Aktionär heißt, und schon gar nicht, ob er dem Vorstand oder Aufsichtsrat angehört. Diese Tatsache ist dann von praktischer Bedeutung, wenn Aktien von Verwaltungsmitgliedern durch Banken - das ist die Regel - vertreten werden. Die Bankenvertreter, die für solche Aktien das Depotstimmrecht ausüben, "wissen das mitunter selbst nicht" ²⁾. Besonders dann, wenn ein Bankvertreter keine Anweisung erhalten hat, ist ein Verstoß gegen das Stimmverbot zwar denkbar ³⁾, doch gerade in solchen Fällen wird das Depotstimmrecht peinlich korrekt ausgeübt.

So ließ beispielsweise die Verwaltung der Siemens & Halske AG bei ihrer Hauptversammlung 1959 vor dem Sitzungssaal Schilder mit folgendem Text aushängen: "Wir bitten Vertreter von Aktien, die im Besitz von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern unserer Gesellschaft sind, den Nennbetrag dieser

1) Bejahend z.B.: Ritter, § 114 AktG, Anm. 7 a); Teichmann - Koehler, § 114 AktG, Anm. 6 a). - Anderer Meinung: von Godin - Wilhelmi, § 114 AktG, Anm. 18 a).

2) Ernst Boesebeck, a.a.O., S.1657.

3) S. K. Westrick, Aktienrechtliche Fragen bei der Abwicklung von Hauptversammlungen, in: Der Betriebs-Berater, Heft 11/1958, S.397.

Aktien anzugeben, um feststellen zu können, wie viele Aktien bei der Entlastung von Aufsichtsrat und Vorstand jeweils nicht stimmberechtigt sind." ¹⁾

Boesebeck weist darauf hin, daß Verwaltungsmitglieder sogar absichtlich ihre Aktien einer Bank zur Verwaltung und damit zur Stimmrechtsausübung übergeben, damit sie ihren Aktienbesitz in der Präsenzliste der Hauptversammlung nicht offenlegen müssen. ²⁾ Jedoch enthält zum Beispiel das Formular der Deutschen Bank AG (vom Januar 1959), mit dem sie ihre Depotkunden um Erteilung der Stimmrechtsermächtigung bittet, folgenden Absatz: "Wir werden von der Ermächtigung keinen Gebrauch machen, falls uns Umstände bekannt sind, die nach Gesetz oder Satzung der Stimmrechtsausübung entgegenstehen. Daher bitten wir Sie, uns gegebenenfalls mitzuteilen, ob bei Ihnen derartige Umstände vorliegen, insbesondere, ob Sie als Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrates einer Aktiengesellschaft bei der Beschlußfassung über die Entlastung Ihr Stimmrecht nicht ausüben dürfen (vgl. § 114 Abs.5 und § 300 AktG)."

Zwar läßt sich nicht exakt nachprüfen, ob die Verwaltungsmitglieder - soweit sie Aktionäre ihrer Gesellschaft sind - sich bei ihrer Entlastung der Stimme enthalten; doch wird ein vorsätzlicher Verstoß gegen die Stimmenthaltungsvorschrift eine seltene Ausnahme bleiben. Die aktienrechtliche Strafvorschrift des § 300 Nr.3 AktG bedroht nämlich die nach § 114 Abs.5 AktG verbotene Überlassung oder Benutzung von Aktien zur Stimmrechtsausübung mit Geldstrafen bis zu 100 000 DM. Schon deshalb werden die Banken als Legitimationsaktionäre ihre Stimmbefugnis sehr genau prüfen; vor allem, wenn ein Aktionär zwar für die Ausübung des Stimmrechts Ermächtigung erteilt und auf bestehende Vorstands- und Aufsichtsratsmandate hingewiesen hat, aber nach Abgabe der Erklärung weitere stimmrrechtsbeschränkte Aktien ins Depot einreicht. ³⁾

1) Notiz des Verf. beim Besuch der o. HV der Siemens & Halske AG am 5.3.59 in München.

2) Ernst Boesebeck, a.a.O., S.1657.

3) Formularkommentar, 1.Teil, Handels- und Wirtschaftsrecht, 20. Auflage, Berlin-Köln 1958, S.326 f., Anm.4.

Die Bestimmungen über die Stimmrechtsenthaltung bei der Entlastung von Verwaltungsmitgliedern gelten gleichermaßen bei Beschlüssen darüber, ob die Gesellschaft gegen den Vorstand oder Aufsichtsrat Ansprüche geltend machen soll (§ 114 Abs.5 Satz 2 AktG).

Obgleich ein Aufsichtsratsmitglied sich bei seiner Entlastung der Stimme enthalten muß, darf jeder Aktionär - auch wenn er Mitglied des Aufsichtsrats ist - bei der Wahl des Aufsichtsrats uneingeschränkt mitstimmen. Namentlich ein Herrschaftsaktionär kann sich mit seinen eigenen Stimmen in den Aufsichtsrat und darüber hinaus in den Vorstand wählen und zusätzlich Personen seines Vertrauens als Aufsichtsrats- oder Vorstandsmitglieder delegieren; ¹⁾ denn die Hauptversammlung wählt - unter den mitbestimmungsrechtlichen Einschränkungen - den Aufsichtsrat unmittelbar (§ 87 Abs.1 Satz 1 AktG).

d) Das Stimmrecht bei Verpfändung, Pfändung und Sicherungsübereignung

Bei einer Verpfändung (Vertragspfandrecht) oder Pfändung (Vollstreckungspfandrecht) von Aktien steht das Stimmrecht nicht dem Pfandgläubiger zu; vielmehr behält es der Aktionär als Verpfänder oder Gepfändeter. Nach herrschender Meinung muß der Pfandgläubiger dem Schuldner ermöglichen, das Stimmrecht auszuüben ²⁾: gegebenenfalls durch Hinterlegung

-
- 1) Hierzu als Beispiel: Friedrich Flick ist der bedeutendste Großaktionär der Daimler-Benz AG. Die Flick-Gruppe erschien in der Präsenzliste der o. HV vom 6.8.59 mit 27,31 Mio. DM (= fast 38 % des AK von 72,155 520 DM); sie stellt drei der zehn von den Aktionären gewählten Aufsichtsratsmitglieder: Friedrich Flick (1. stellv. Vorsitz) sowie Friedrich Karl Flick und Konrad Kaletsch. - S. hierzu: DZ, Nr.107, 8./9.8.59, S.11; Geschäftsbericht 1958 der Daimler-Benz AG.
 - 2) Baumbach - Hueck, § 114 AktG, Anm.2) B; Großkommentar Gadow, § 114 AktG, Anm.3 und 4; von Godin - Wilhelmi, § 114 AktG, Anm.3; Ritter, § 12 AktG, Anm. 2 d); Schlegelberger - Quassowski, § 114 AktG, Anm.6; Teichmann - Koehler, § 114 AktG, Anm. 2 c).

der Aktie ¹⁾ oder durch Übergabe an einen Treuhänder ²⁾. Doch kann der Verpfänder oder Gepfändete den Pfandgläubiger durch die Erteilung einer Vollmacht oder Ermächtigung in den Stand setzen, das Stimmrecht aus den verpfändeten oder gepfändeten Aktien auszuüben; im Fall der Ermächtigung macht somit der Pfandgläubiger im eigenen Namen das Stimmrecht des Schuldners geltend. ³⁾

Bei der Sicherungsübereignung hingegen steht das Stimmrecht dem Sicherungsnehmer zu; soll der Sicherungsgeber zur Ausübung des Stimmrechts befugt sein, so kann der Sicherungsnehmer ihm dieses durch Vollmacht- oder Ermächtigungserteilung belassen oder zurückübertragen. ⁴⁾

5. Die rechtlichen Möglichkeiten der Stimmrechtsausübung durch andere

Will der Bürger sein Wahlrecht wahrnehmen, so muß er höchstpersönlich abstimmen. Der Aktionär hingegen kann sein Aktienstimmrecht auch durch andere ausüben lassen. Das geltende Recht sieht hierfür folgende Formen vor:

a) Die Stimmrechtsvollmacht

Die Legaldefinition des § 166 Abs.2 Satz 1 BGB bezeichnet die durch Rechtsgeschäft erteilte Vertretungsmacht als Vollmacht; die Bevollmächtigung geschieht durch eine einseitige

1) So: RGZ, Bd.157, S.52; herrschende Meinung.

2) Schlegelberger - Quassowski, § 114 AktG, Anm.6; von Godin - Wilhelmi, § 114 AktG, Anm. 3; Ritter, § 12 AktG, Anm. 2 d).

3) Großkommentar Gadow, § 114 AktG, Anm. 3; Teichmann - Koehler, § 114 AktG, Anm. 2 c); vgl. Trost - Schütz, a.a.O., S.356, Nr. 8.

4) Großkommentar Gadow, § 114 AktG, Anm. 3; Baumbach - Hueck, § 114 AktG, Anm. 2 c) B.

empfangsbedürftige Willenserklärung. ¹⁾ Kraft zwingender Norm kann jeder geschäftsfähige Aktionär einen anderen - entweder eine geschäftsfähige natürliche oder eine rechtsfähige juristische Person - bevollmächtigen, in seinem Namen das Stimmrecht auszuüben. Bei der Stimmrechtsvollmacht liegt somit eine offene Stellvertretung vor, und der Bevollmächtigte macht fremdes Stimmrecht in fremdem Namen - im Namen des Vollmachtgebers - geltend. Dabei wird die Vollmacht entweder dem Bevollmächtigten erteilt oder dem Erklärungsgegner, demgegenüber die Vertretung stattfinden soll, abgegeben. ²⁾ Die Stimmkarte wird auf den Namen des vollmachterteilenden Aktionärs ausgestellt.

Für die Erteilung der Stimmrechtsvollmacht ist die Schriftform samt eigenhändiger Unterschrift zwingend erforderlich und ausreichend; die Vollmachtsurkunde muß vorgelegt werden und bleibt in der Verwahrung der Gesellschaft (§ 114 Abs.3 AktG; Strafvorschrift: § 300 Nr. 1 AktG). Außerdem müssen Name und Wohnort des Bevollmächtigten wie auch des Vollmachtgebers zur Eintragung in das Teilnehmerverzeichnis angegeben werden (§ 110 Satz 1 AktG; Strafbestimmung: § 300 Nr. 4 AktG). Damit ist zwangsläufig das Innenverhältnis offengelegt.

Das BGB stellt über Inhalt und Umfang der Vollmacht keine Rechtssätze auf. Auch § 114 Abs.3 AktG bestimmt für die Stimmrechtsvollmacht nichts Näheres. So kann die vom Aktionär gestaltete Willenserklärung eine Spezial- oder General-

1) Bei der Vollmacht ist zwischen der Bevollmächtigung (Rechtsmacht nach außen) und dem Rechtsgeschäft (Weisung im Innenverhältnis), das der Vollmachtserteilung meist zugrunde liegt, zu unterscheiden. Die Bevollmächtigung ist in ihrer Rechtswirksamkeit abstrakt, d.h. unabhängig von dem sie bewirkenden Rechtsverhältnis, solange dies besteht. - S. hierzu: Ewald Köst, Juristisches Wörterbuch, 2. Aufl., Wiesbaden 1951, S.523 f.

2) S. Ewald Köst, a.a.O., S.523; s. Fritz Nitzke, a.a.O., S.5.

vollmacht und darüber hinaus unbefristet sein. ¹⁾ Es steht dem Vollmachtgeber frei, sich durch mehrere Bevollmächtigte (Gesamtvollmacht) vertreten zu lassen. Weiter ist zulässig: Blankovollmacht (der Name des Bevollmächtigten bleibt offen); Untervollmacht - jedoch nur, wenn der Vollmachtgeber schriftlich einwilligt, das heißt, vorher zustimmt. ²⁾

Falls dem Bevollmächtigten nicht freigestellt ist, wie er das Stimmrecht des Aktionärs ausüben will, ist der Vollmachtgeberwille maßgebend. In der Regel wird der Vollmacht ein Auftragsverhältnis (§§ 622 ff. BGB) zugrundeliegen ³⁾; hier ist der Beauftragte grundsätzlich an die Weisungen des Auftraggebers gebunden. § 665 BGB läßt Abweichungen hiervon nur unter besonderen Umständen zu.

Anders als bei der Erteilung der rechtsgeschäftlichen Stimmrechtsbevollmächtigung braucht bei der gesetzlichen Vertretung die Vertretungsmacht nicht besonders nachgewiesen zu werden; denn der gesetzliche Vertreter - etwa einer juristischen Person - , aber auch Ehefrau, Eltern oder Vormund sind keine Bevollmächtigte ⁴⁾ und die Bestimmungen des § 114 Abs.3 AktG gelten für sie nicht. ⁵⁾

Hier sei nochmals darauf hingewiesen, daß der Bevollmächtigte in den Fällen nicht stimmen darf, wo er oder der Vollmachtgeber den Stimmrechtsenthaltungsvorschriften des § 114 Abs.5 AktG unterliegt.

1) Nach der Denkschrift Bankenverband, April 1958, S.18, betreibt der Darmstädter Kleinaktionär Erich Nold seine Oppositionen zum größten Teil auf Grund von generellen, unbegrenzten Stimmrechtsvollmachten. (Der Name Nold ist nicht erwähnt).

2) Von Godin - Wilhelmi, § 114 AktG, Anm. 10; Ritter, § 114 AktG, Anm. 5 a).

3) S.: Wilhelm Feldhausen, Die rechtspolitische Auseinandersetzung über das Depotstimmrecht der Banken seit dem ersten Weltkrieg, Diss., Köln 1950 (Manuskript), S.25.

4) Baumbach - Hueck, § 114 AktG, Anm. 5) III B.

5) Großkommentar Gadow, § 114 AktG, Anm. 6; Ritter, § 114 AktG, Anm. 5 a); Schlegelberger - Quassowski, § 114 AktG, Anm. 13.

b) Die Stimmrechtsermächtigung auf Grund der sogenannten
Legitimationsübertragung

Der Aktionär kann sein Stimmrecht nicht nur durch eine Vollmacht, sondern auch auf Grund einer Ermächtigung ausüben lassen. Ludewig hat die Ermächtigung als ein Rechtsgeschäft definiert, das dem Ermächtigten die Macht erteilt, im eigenen Namen auf einen fremden Rechtskreis einzuwirken.¹⁾ Die aktienrechtlichen Bestimmungen des HGB regelten vor 1937 nur die Stimmrechtsausübung durch einen Bevollmächtigten des Aktionärs (§ 252 Abs.2 HGB i.d.F.v. 1897; wörtlich wie § 114 Abs.3 AktG). Daneben hatte sich - bevor das Aktiengesetz von 1937 in Kraft trat - gewohnheitsrechtlich die Stimmrechtsermächtigung auf Grund der sogenannten Legitimationsübertragung ausgebildet: Hier übt der Ermächtigte als sogenannter Legitimationsaktionär (Legitimationszessionar) fremdes Stimmrecht im eigenen Namen aus. Bei der Vollmacht dagegen stimmt der Bevollmächtigte für fremde Aktien im fremden Namen. Dies ist der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Rechtsinstituten, der festgehalten zu werden verdient.²⁾

Das geltende Aktiengesetz erkennt - neben der Sonderregelung des Ermächtigungsstimmrechts der Banken in § 114 Abs.4 AktG - in § 110 Satz 2 AktG die Stimmrechtsermächtigung generell an: "Wenn jemand in eigenem Namen das Stimmrecht für Aktien ausüben will, die ihm nicht gehören," muß er Betrag und Gattung der Aktien zur Aufnahme in das Teilnehmerverzeichnis angeben, dagegen nicht den Eigentümer, wie das bei der Stimmrechtsvollmacht der Fall ist. Nach der gewohnheitsrechtlichen Stimm-

1) Ludewig, Die sogenannte Legitimationsübertragung von Aktien, in: JW, Heft 21/1922, S.1502 (zit.: Legitimationsübertragung).

2) Wenn Baumbach - Hueck (§ 114 AktG, Anm. 5 B. und 6 B.), abweichend vom übrigen Schrifttum, den ermächtigten Legitimationsaktionär als "Vollmachtsaktionär" (zur Unterscheidung vom Bevollmächtigten) und die Ermächtigung als "Vollmachtsübertragung" bezeichnen, so seien diese Begriffe wegen ihrer Verwechslungsmöglichkeit zur Anwendung nicht empfohlen.

rechtsausübung im Wege der Ermächtigung - vor der aktienrechtlichen Regelung von 1937 - ging die Legitimationsübertragung aus der Präsenzliste nicht hervor und die Eigentumsverhältnisse blieben verschleiert; denn der "Fremdbesitz" des ermächtigten Stimmführers war aus der Präsenzliste nicht ersichtlich. Nach herrschender Ansicht gehören die Legitimationsaktionäre zu den "erschienenen Aktionären" (§ 110 Satz 1 AktG) ¹⁾; durch die Übertragung des Rechtsausweises (Legitimation) sind sie nach außen als Aktionäre legitimiert und werden grundsätzlich wie Vollaktionäre ²⁾ behandelt. ³⁾

Durch die Ermächtigung kann sich der wahre Aktionär als Hintermann ungenannt hinter einem Strohmann als Legitimationsaktionär verbergen. Die Legitimationsübertragung auf einen anderen, der weder Bankier noch Bank ist, bedarf nicht der Schriftform; sie ist im Gegensatz zur Stimmrechtsvollmacht formlos gültig, kann grundsätzlich zeitlich unbegrenzt sein, ist aber jederzeit widerruflich.

Im Gegensatz zu allen anderen Ermächtigten gelten für die Banken seit dem Inkrafttreten des Aktiengesetzes die einschränkenden Sondervorschriften des § 114 Abs.4 AktG, wenn sie als Ermächtigte das Stimmrecht für fremde Aktien im eigenen Namen ausüben wollen. Diese Bestimmungen werden in anderem Zusammenhang noch zitiert und kommentiert.

Auch bei der Ermächtigung behält der Aktionär das Eigentum und die Mitgliedschaft; unter der sogenannten Legitimationsübertragung wird nur eine Übertragung der Befugnisse zur Ausübung des Stimmrechts im eigenen Namen verstanden. ⁴⁾

1) Anderer Meinung: Ritter, § 110 AktG, Anm. 3.

2) = Eigentumsaktionäre; Begriff des RG, Bd.118, S.334.

3) S.: Schlegelberger - Quassowski, § 110 AktG, Anm. 3 1 b); von Godin - Wilhelmi, 1.Aufl., Berlin und Leipzig 1939, § 114 AktG, Anm. II 3.

4) Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Rundschreiben Nr. 130, 30.9.55, IV. Wertpapier- und Börsenverkehr.

Staub prägte Ende des vorigen Jahrhunderts den Begriff "Legitimationsübertragung" (Legitimationszession) und entwickelte die dogmatische Begründung für diese Gewohnheitsrechtserscheinung analog zu § 398 BGB. ¹⁾

Die Ermächtigung wird im neueren Schrifttum mit der Legitimationsübertragung oder der Legitimation identifiziert. ²⁾ Doch liegen der Legitimationsübertragung, genau genommen, zwei integrierende Rechtsvorgänge zugrunde: erstens die vom Aktionär einem anderen erteilte Ermächtigung, im eigenen Namen zu stimmen; zweitens die Verschaffung des formellen Ausweises (Legitimation), das heißt der äußeren Rechtsstellung eines Aktionärs. ³⁾

Der von Staub stammende Ausdruck "Legitimationsübertragung" ist im Schrifttum beanstandet worden. Von Gierke hält ihn für irreführend: "eine Legitimation kann nicht übertragen, sondern nur verschafft werden; auch handelt es sich nicht allein um die Verschaffung der Legitimation, sondern der andere erhält ein eigenes Recht" ⁴⁾. Ebenso hebt das Reichsgericht (Bd.118, S.330) hervor, daß diese Bezeichnung ungenau sei. Doch von Gierke wie auch das Reichsgericht behalten diesen Begriff in Ermangelung eines besseren Ausdrucks bei.

Außerdem sieht die herrschende Lehre und die Rechtsprechung seit den zwanziger Jahren - im Unterschied zu Staubs rechtsdogmatischer Begründung wohl auf Grund der Ermächtigungs-

1) Staub, Komm. zum ANGB, 1.Aufl., 1893, zu Art.183 (zit. bei: H. Herold, Das Depotstimmrecht der Banken, in NJW, Heft 23/1951, S.901, Anm. 6).

2) So zuerst wohl auch: W. Ludewig, Legitimationsübertragung, S.1502; Teichmann - Koehler, § 114 AktG, Anm. 5 (Legitimationsübertragung = Ermächtigung); Ritter, § 114 AktG, Anm. 6 b (Ermächtigung = Legitimation). Vgl. RGZ, Bd.111, S.407 ff., das in der Legitimationsübertragung zugleich eine Ermächtigung sah.

3) Paul Gieseke, Das Aktienstimmrecht der Banken (Depotaktie und Legitimationsübertragung), Gesellschaftsrechtliche Abhandlungen, Herausgeber: Arthur Nußbaum, Heft 2, S.17; Julius von Gierke, a.a.O., S.307; vgl.RGZ, Bd.118, S.332.

4) Julius von Gierke, a.a.O., S.307.

theorie Ludewigs, wonach die Legitimationsübertragung eine Ermächtigung (Verfügungsermächtigung) ist ¹⁾ - das Ermächtigungsverfahren nicht als Legitimationsübertragung an, sondern als Anwendung von § 185 Abs.1 BGB ²⁾ oder als Analogie zu dieser Gesetzesbestimmung.

Überhaupt ist die rechtliche Zulässigkeit der sogenannten Legitimationsübertragung vor ihrer erstmaligen gesetzlichen Regelung durch das Aktiengesetz von 1937 heftig bestritten worden. Jedoch hat das Reichsgericht diese Rechtsercheinung in ständiger Rechtsprechung anerkannt ³⁾ und in einer besonders bedeutsamen Entscheidung dazu ausgeführt ⁴⁾:

"Die rechtliche Wirksamkeit einer solchen Stimmrechtsausübung - mit fremden Aktien im eigenen Namen - beruht wesentlich darauf, daß der Aktionär als Berechtigter einen anderen ermächtigt, das Stimmrecht im eigenen Namen auszuüben. Die vorherige Zustimmung des Berechtigten, seine Einwilligung, macht die Verfügung, die der Nichtaktionär durch Ausübung des Stimmrechts in der betreffenden GV trifft, nach § 185 BGB ⁵⁾ rechtlich wirksam.

-
- 1) W. Ludewig, Legitimationsübertragung, S.1502; s. auch Wilhelm Ludewig, Hauptprobleme der Reform des Aktienrechts (zit.: Hauptprobleme), Marburg 1929, S.125.
 - 2) So: Paul Gieseke, a.a.O., S.17; Julius von Gierke, a.a.O., S.307; Heinrich Lehmann, Gesellschaftsrecht, 2.Aufl., S.250; erstmals in der Rechtsprechung: RGZ, Bd.118, S.330 ff.; a.M.: Ernst Cohn, Zur Legitimationsübertragung von Inhaberk Aktien, in: Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht, 92.Bd., 1928, S.337 ff., 354.
 - 3) RGZ: Bd. 30, S.51; Bd.40, S.80; Bd.60, S.72; Bd.105, S.289; Bd.111, S.405; vor allem Bd.118, S.330.
 - 4) RGZ, Bd.118, S.330 (332).
 - 5) Anm. des Verf.: Nach § 185 Abs.1 BGB ist eine Verfügung, die ein Nichtberechtigter über einen Gegenstand trifft, wirksam, wenn sie mit Einwilligung (d.h. vorheriger Zustimmung) des Berechtigten erfolgt. - Das Reichsgericht betont in dieser Entscheidung ausdrücklich, daß die bisherige Begründung - gemeint ist Staub's Lehre von der Legitimationszession - die Rechtsercheinung nur ungenau zum Ausdruck bringe und zieht hier zum ersten Mal § 185 Abs.1 BGB zur rechtlichen Begründung heran.

Um dem Dritten die Ausübung des Stimmrechts im eigenen Namen zu ermöglichen, muß ihm nach außen die Stellung eines stimmberechtigten Aktionärs gegeben werden ... Von einer fiduziarischen Übertragung unterscheidet sich diese Rechtsform dadurch, daß dem Dritten nicht das volle Recht zustehen soll, ihm vielmehr nur die äußere Rechtsstellung eingeräumt wird, um entsprechend der erteilten Ermächtigung einzelne aus dem Recht entspringende Befugnisse geltend zu machen. Gegenüber der Vollmacht, mit der eine gewisse Verwandtschaft besteht, liegt die Verschiedenheit darin, daß die Vollmacht die Befugnis verleiht, im Namen des **V e r t r e t e n e n** und mit Wirkung für ihn Rechtshandlungen vorzunehmen (RGZ, Bd.53, S.274, Bd.78, S.87). Eine solche Rechtsform ... steht also mit den allgemeinen Grundsätzen des Rechts in Einklang. Sie widerspricht auch nicht den besonderen Vorschriften des Aktienrechts. ¹⁾ ..."

Nach der zitierten Entscheidung ²⁾ ist diese Rechtsform - sei sie nun als Legitimationsübertragung oder als Ermächtigung gekennzeichnet - auch auf anderen Rechtsgebieten von der Rechtsprechung anerkannt worden: so beim Vollindossament zu Inkassozwecken und bei der Abtretung zur bloßen Einziehung.

Die Ermächtigung kraft Legitimationsübertragung bildete die rechtskonstruktive Grundlage für die Ausübung des Depotstimmrechts der Banken. Seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts Erscheinung des Rechtsverkehrs, wurde sie in den zwanziger Jahren zur Massenerscheinung, als die Banken das generelle Recht zur Ausübung des Stimmrechts für Depotaktien in ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen aufnahmen. Hatte der Depotkunde diese Bedingungen unterschrieben, so erkannte er damit das Stimmrecht seiner Depotbank an, sofern er nicht selbst das Stimmrecht ausüben wollte oder widersprechende

1) Anm. des Verf.: Diese Reichsgerichtsentscheidung erging 1928; damals war nur die Stimmrechtsvollmacht aktienrechtlich geregelt, aber nicht die Stimmrechtsermächtigung.

2) RGZ, Bd.118, S.332.

Weisungen erteilte. Oft wußte der Aktionär im Einzelfall gar nicht, daß und wie die Bank mit seinen Aktien abstimmte. ¹⁾

Bevor das Aktiengesetz in Kraft trat, bedurfte die Ermächtigung - im Gegensatz zur Vollmacht - in keinem Fall der Schriftform. Für die Ausübung des Depotstimmrechts durch Banken ist zwar nach geltendem Aktienrecht jetzt unter anderem eine schriftliche Ermächtigung vorgeschrieben (§ 114 Abs.4 Satz 1 AktG). Jedoch muß die Ermächtigungsurkunde nicht einmal vorgelegt werden, während bei der Vollmacht die Urkunde von der Gesellschaft verwahrt wird. Damit bleibt bei der Stimmrechtsermächtigung - im Unterschied zur Stimmrechtsvollmacht - die Anonymität des Aktieneigentümers wie auch das Bankgeheimnis gewahrt. Schon deshalb werden die Banken das Stimmrecht aus Kundenaktien in aller Regel auf Grund einer Ermächtigung, doch nur in Ausnahmefällen im Wege einer Vollmacht ausüben. Außerdem kann ja die Bank bei der Ermächtigung wie der Anteilseigner selbst stimmen, während sie bei der Vollmacht möglicherweise an ein Auftragsverhältnis gebunden ist. - Die übrigen für die Banken geltenden gesetzlichen Sonderbestimmungen und Grundsätze des Bankenverbands für die Ausübung des Ermächtigungsstimmrechts werden im folgenden noch eingehend erörtert.

c) Die treuhänderische Übertragung

Als dritte rechtliche Möglichkeit der Stimmrechtsausübung durch einen anderen ergibt sich für den Aktionär noch die treuhänderische Übertragung; sie spielt jedoch in der Aktienpraxis - etwa im Vergleich zur Ermächtigung - nur eine geringe Rolle. ²⁾ Bei der Stimmrechtsübertragung erwirbt der Treuhänder (zum Beispiel eine Bank) vom Treugeber (Aktionär) das Eigentum an der Aktie zu eigenem Recht und damit nach außen die Rechtsstellung des Aktionärs. Der Treuhänder übt

1) S. Schlegelberger - Quassowski, § 114 AktG, Anm. 16 IV.

2) S. Philipp Möhring, a.a.O. (Beiträge), S.89.

das ihm mit der Aktie übertragene Stimmrecht zwar im eigenen Namen aus, doch im Innenverhältnis ist er dem Treugeber gegenüber verpflichtet, dieses Recht in dessen Auftrag und Interesse, im übrigen nach den zwischen beiden Parteien getroffenen Vereinbarungen geltend zu machen. 1)

Treuhandverhältnisse spielten in der deutschen Aktienrechtspraxis nach dem Kriege eine besondere Rolle: Die Nachfolger der von den alliierten Entflechtungsvorschriften betroffenen Unternehmen (Montangesellschaften, Großbanken, I.G. Farbenindustrie) mußten - unterschiedlich ausgestattete - Namensaktien ausgeben, die auf einen Treuhänder ausgestellt wurden. Nach der Registrierung des Aktieneigentümers im Aktienbuch der betreffenden Nachfolgegesellschaft konnte auch seine Depotbank oder eine Wertpapiersammelbank (Kassenverein) als Treuhänder eingetragen werden. 2)

Darüber hinaus kommt die treuhänderische Übertragung allenfalls für solche Aktien in Frage, die für den Kunden über Wertpapierverrechnung oder sogenanntes Aberdepotkonto (früher "Stückekonto") 3) verbucht werden, "soweit man hier

1) S.: Baumbach - Hueck, § 114 AktG, Anm. 2) B; Ewald Köst, a.a.O., S.450; Bank-Lexikon, Sp. 1153 f.

2) Obst - Hintner, a.a.O., S.522; Rudolf Mindner, a.a.O., S.293 f.

3) Der nach dem jetzigen Depotrecht veraltete Ausdruck "Stückekonto", wird besser durch "Aberdepot" (gleichbedeutend mit "Summenverwahrung") ersetzt. - Die Begriffe "Stückekonto" und "Wertpapierrechnung", im Schrifttum mitunter noch synonym angewandt (so z.B. Obst - Hintner, a.a.O., S.500), decken sich hingegen nach Opitz (s. unten a.a.O.) und Bank-Lexikon (Sp. 1274) nicht; nach Opitz, der die Kontobezeichnung "Wertpapierrechnung" lediglich dem Kommissionsgeschäft vorbehalten will, hat der Bankkunde zwar in beiden Fällen einen schuldrechtlichen Anspruch auf Lieferung von Wertpapieren einer bestimmten Art, doch ist die Rechtsgrundlage verschieden: "Das 'Aberdepot' entwickelt sich aus dem Verwahrungsgeschäft und dem Kundeneigentum; die 'Wertpapierrechnung' hat dagegen ein Kommissionsgeschäft als Grundlage, zielt also auf die noch ausstehende Verschaffung von Wertpapiereigentum." (Georg Opitz, Fünfzig depotrechtliche Abhandlungen, Sammelband, Berlin 1954, XXXVII, S.605).

überhaupt ein Treuhandverhältnis sehen will" ¹⁾. Es kann sich hierbei um Wertpapiere handeln, die das Kreditinstitut dem Depotkunden aus einem Effektenkommissionsgeschäft, einem Wertpapierdarlehen oder aus einer unregelmäßigen Verwahrung schuldet. ²⁾

Liegt ein Kommissionsanschaffungsgeschäft ³⁾ vor, so kann die Bank die Stücke bevorschussen und sich dadurch sichern, daß die Aktien als Eigentum auf sie übergehen - wenn auch für Rechnung des Aktionärs.

Wird bei einem Wertpapierdarlehen unregelmäßige Verwahrung vereinbart, so verlangt § 15 Abs.2 DepotG - wie § 13 Abs.1 DepotG bei der Aneignungsermächtigung des Verwahrers ⁴⁾ - eine ausdrückliche und schriftliche Erklärung des Hinterlegers für das einzelne Geschäft. Im Fall des § 15 Abs.2 DepotG muß darin zum Ausdruck kommen, "daß das Eigentum sofort auf den Verwahrer oder einen Dritten übergehen soll und daß mithin für den Hinterleger nur ein schuldrechtlicher Anspruch auf Lieferung nach Art und Zahl bestimmter Wertpapiere entsteht." Diese Erklärung ist erforderlich, weil der Hinterleger hier seine dinglichen Rechte an den Aktien aufgibt und bei Konkurs des Verwahrers kein Aussonderungsrecht hat.

1) Philipp Möhring, a.a.O. (Beiträge), S.89.

2) Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd. 2, Frankfurt (Main) 1957, S.1676, Stichwort: Wertpapierrechnung (zit.: Enzyklopädisches Lexikon).

3) Im Anschaffungsgeschäft gilt der Grundsatz: Erst Geld, dann Wertpapiere. Vor der Übereignung wird der Anspruch des Kommittenten (Aktienkäufer) über Wertpapierrechnung verbucht. - S. Georg Opitz, Wegweiser im Depotgeschäft, Wiesbaden 1959, S.21. Erst mit der Absendung des Stückeverzeichnis, das bei der Sammelverwahrung freilich wegfällt, geht das Aktieneigentum gewöhnlich auf den Kommittenten über (§ 18 Abs.3 DepotG).

4) Schuldrechtlich wird der Hinterleger nach erfolgter Aneignung Darlehensgläubiger und der Verwahrer Darlehensschuldner hinsichtlich der betreffenden Wertpapiere. - S. hierzu: Enzyklopädisches Lexikon, Bd.2, S.1674 f. (Stichwort: Wertpapierdarlehen).

Wie von Godin - Wilhelmi erläutern, wird § 114 Abs.4 AktG - Sondervorschriften für die Stimmrechtsausübung durch Banken - auf Treuhandverhältnisse zwischen Bank und Aktionären im allgemeinen nicht anwendbar sein, selbst wenn sie sich nur auf die Ausübung des Ermächtigungsstimmrechts beziehen. ¹⁾ - Bei Treuhandverhältnissen ist nicht der Treugeber, sondern der Treuhänder stimmberechtigt; das gilt besonders dann, wenn nur ein rein schuldrechtlicher Anspruch des Bankkunden auf die Aktien besteht. ²⁾

6. Die Stimmrechtsausübung bei Inhaber- und Namensaktien

Nach § 10 Abs.1 AktG können die Aktien auf den Inhaber oder auf Namen lauten. Bestimmt die Satzung nichts anderes, so sind die Aktien als Namensaktien auszustellen (§ 17 Abs.1 AktG). In der deutschen Aktienrechtspraxis überwiegt die Inhaberaktie bei weitem. Nur in bestimmten Fällen, namentlich bei Versicherungsunternehmen und Familien-Aktiengesellschaften, sind gewöhnliche oder vinkulierte ³⁾ Namensaktien üblich.

Die Nachfolger der Großbanken sowie der Chemie- und Montanunternehmen mußten zwar nach dem Krieg auf Grund der alliierten Entflechtungsvorschriften Namensaktien ausgeben; jedoch haben die Nachfolgegesellschaften und -banken die ihnen auferlegten Namensaktien durch Satzungsänderungen wieder in Inhaberaktien umgewandelt. Eine Ausnahme bildet lediglich die Chemie-Verwaltungs-Aktiengesellschaft, deren Satzung in § 3 Abs.3 immer noch Namensaktien vorschreibt. Auf die Vorzüge und Nachteile der beiden Aktiengattungen kann hier nicht eingegangen werden.

1) Von Godin - Wilhelmi, § 114 AktG, Anm. 13.

2) Großkommentar Gadow, § 114 AktG, Anm. 3.

3) Vinkulierte Namensaktie: Die Satzung kann die Übertragung der Namensaktie an die Zustimmung der Gesellschaft binden (§ 61 Abs.3 AktG). Bei der sogenannten Nebenleistungs-AG sind vinkulierte Namensaktien vorgeschrieben (§ 50 Abs.1 AktG).

a) Inhaberaktien

Die Inhaberaktie ist Inhaberpapier. Wer die Aktienurkunde besitzt und über das Papier Verfügungsberechtigt ist, legitimiert sich gegenüber jedermann als Aktionär. Die Legitimation wird durch Einigung und Überlassung des Aktienbesitzes übertragen. Übt der Aktionär das Stimmrecht nicht selbst aus, ermächtigt er vielmehr eine Bank dazu, so wird die Stimm- oder Eintrittskarte auf ihren Namen ausgestellt. ¹⁾

b) Namensaktien

Die Namensaktie gehört zu den sogenannten geborenen Orderpapieren; das heißt, sie ist ohne weiteres Orderpapier, falls diese Eigenschaft nicht durch eine negative Orderklausel ausgeschlossen wird. ²⁾ Übertragen wird die Namensaktie durch Indossament - auch blanko - und Übergabe der Urkunde (§ 61 Abs.2 AktG) in Verbindung mit einem Umschreibungsantrag (§ 62 Abs.1 AktG) ³⁾. Statt dessen ist auch eine Übertragung der Urkunde durch formlose Zession möglich, aber kaum gebräuchlich.

Bei der Namensaktie ist die Legitimationsübertragung genauso wie bei der Inhaberaktie zulässig. ⁴⁾ Grundsätzlich wird die formale Legitimation des Aktionärs durch den Besitz der Namensaktie und eine Indossamentenkette, die vom Namen des ersten Aktionärs ausgehend bis zum letzten Inhaber des Papiers herabreicht, erbracht. Die Legitimationsübertragung erfolgt, indem die Namensaktie im Aktienbuch auf den Legitimationsaktionär umgeschrieben wird. ⁵⁾ Denn der Gesellschaft

1) Vgl. RGZ, Bd.118, S.334.

2) S. Alfred Hueck, Recht der Wertpapiere, S.15.

3) S. Hermann Herold, Das Depotstimmrecht der Banken bei Namensaktien, in: Soziale Praxis, Heft 21/1938, Sp.1312.

4) RG, Band 40, S.80.

5) S. Schlegelberger - Quassowski, § 110 AktG, Anm. 4.

gegenüber gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienbuch eingetragen ist (§ 62 Abs.2 AktG); er allein ist befugt, die Aktionärsrechte auszuüben. Das Aktiengesetz macht somit im Verkehrsinteresse die Legitimation als Aktionär allein von der Eintragung abhängig. Geht eine Namensaktie - etwa durch Indossament oder Erbgang - auf einen anderen über, so ist dies bei der Gesellschaft anzumelden (§ 62 Abs.1 AktG). Wird der Erwerber nicht eingetragen, kann er die Rechte aus dem Papier nicht ausüben. Jedoch erfordert der Aktienerwerb an sich keine Umschreibung; denn ist der Erwerber nicht im Aktienbuch eingetragen, kann nur der zuletzt eingetragene Vormann an der Hauptversammlung teilnehmen und dort abstimmen. Will aber der nicht eingetragene Erwerber das Stimmrecht selbst geltend machen, so ist dazu eine Vollmacht des eingetragenen Vormanns erforderlich.¹⁾

Da die Aktiengesellschaft als Aktionär ansieht, auf wessen Namen die Aktien hinterlegt sind, übersendet sie ihm persönlich - nicht über die Depotbank, wie bei den Inhaberaktien - alle Unterlagen und Mitteilungen (Einladung zur Hauptversammlung, Tagesordnung, Geschäftsbericht) wie auch vor allem die auf den Namensaktionär ausgestellte Stimm- oder Eintrittskarte.

Liegen Namensaktien im Depot des Eigentümers bei einer Bank, so ist häufig diese Depotbank oder ein anderes Institut im Aktienbuch - bei Namensaktien von Nachfolgern entflochtener Unternehmen: treuhänderisch²⁾ - als Aktionär eingetragen. In diesem Fall kann das betreffende Institut als formalberechtigter Namensaktionär das Stimmrecht ausüben, ohne daß eine Ermächtigung seitens des materiell Berechtigten erforderlich ist.³⁾ Die im Aktienbuch eingetragene Bank darf also

1) S. Hermann Herold, Das Depotstimmrecht der Banken bei Namensaktien, in: Soziale Praxis, Heft 21/1938, Sp.1312.

2) S.: Obst - Hintner, a.a.O., S.522; Rudolf Mindner, a.a.O., S.293 f.

3) S.: Hermann Herold, Das Depotstimmrecht der Banken bei Namensaktien, in: Soziale Praxis, Heft 21/1938, Sp.1313; von Godin - Wilhelmi, § 114 AktG, Anm. 14; Schlegelberger - Quassowski, § 114 AktG, Anm. 17.

das Stimmrecht für fremde Namensaktien ausüben, ohne daß sie dazu nach § 114 Abs.4 AktG ermächtigt ist; denn diese Gesetzesbestimmung gilt nicht für die Legitimationsübertragung von Namensaktien. ¹⁾ Wohl aber wird die Depotbank in diesem Falle im Innenverhältnis an die Einwilligung wie auch an Weisungen des Depotkunden gebunden sein. Gegen die Ansicht, daß die als Namensaktionär eingetragene Bank zur Stimmrechtsausübung eine nur für die jeweilige Hauptversammlung gültige Spezialvollmacht des Depotkunden brauche ²⁾, spricht folgendes: Die Bank mußte demnach die Vollmachtsurkunde bei der Gesellschaft hinterlegen (§ 114 Abs.3 Satz 2 Halbsatz 2 AktG) und würde somit das Bankgeheimnis verletzen. In Wirklichkeit geht jedoch nur der Name der eingetragenen Bank sowie die nach Betrag und Gattung gesonderte Angabe "Fremdbesitz" aus der Präsenzliste hervor (§ 110 Satz 2 AktG) ³⁾; somit bleibt das Bankgeheimnis auch hier gewahrt.

Will der nichteingetragene, nur materiell berechnigte Aktiencigntümer das Stimmrecht aus der Namensaktie selbst ausüben, so bedarf es hierzu keiner erneuten Umschreibung, sondern lediglich einer schriftlichen, allerdings vorle- gungsbedürftigen Vollmacht seitens der eingetragenen Bank. ⁴⁾ Demgegenüber mußte nach der Auffassung Herolds hier die Ge- sellschaft die Aktie auf den Eigentümer umschreiben. ⁵⁾ In diesem Punkt kann Herold nicht beigepllichtet werden.

1) Schlegelberger - Quassowski, § 114 Abs.4 AktG, Anm. 17; H. Herold, Inhaber- oder Namensaktien?, in: NJW, Heft 3/1952, S.81.

2) Ohne Verf., Das Stimmrecht des Aktionärs, in: DZ, Nr. 25/27.3.54, S.14.

3) S. hierzu: Hermann Herold, Das Depotstimmrecht der Banken bei Namensaktien, a.a.O., Sp.1313 f.; Schlegelberger - Quassowski, § 110 AktG, Anm. 4; Trost - Schütz, Bankge- schäftliches Formularbuch, 14.Ausgabe, Berlin 1955, S.107.

4) Trost - Schütz, a.a.O., S.107.

5) Hermann Herold, a.a.O., in: Soziale Praxis, Heft 21/1938, Sp.1313. - Vgl. auch: Alfred Hueck, Gesellschaftsrecht, S.152.

Vollbezahlte und blankoindossierte Namensaktien sind zur Sammelverwahrung geeignet. ¹⁾ Ist ein Kassenverein (Wertpapier-sammelbank) als Aktionär eingetragen, so darf die Depotbank des Kunden das Stimmrecht nur wahrnehmen, wenn sie vom Kassenverein dazu schriftlich bevollmächtigt ist. Jedoch kann die Bank eine solche Stimmrechtsvollmacht auf ihren Namen nur beantragen, sofern der Kunde ihr eine entsprechende Ermächtigung erteilt hat. ²⁾ Diese Ermächtigungsurkunde ist zwar auf den Kassenverein auszustellen, aber bei der Depotbank einzureichen und bleibt bei ihr in Verwahrung. ³⁾ Will der Depotkunde das Stimmrecht selbst wahrnehmen, so leitet die Bank die vom Kassenverein ausgestellte Blanko-Vollmacht nebst Stimmkarte an den Berechtigten weiter. ⁴⁾

In diesem Zusammenhang ist noch eine Nachkriegserscheinung erwähnenswert: Die Alliierten ordneten die Ausgabe von Namensaktien an, und zwar 1950 durch die Gesetze Nr. 27 und 35 für die Nachfolgegesellschaften der Montan- und I.G.-Farbenindustrie wie auch 1952 durch das Großbankengesetz für die Nachfolgeinstitute der Großbanken. ⁵⁾ Im Unterschied zur Großbankenregelung mußten die Namensaktien bei den übrigen Nachfolgegesellschaften bogenlos sein, das heißt ohne Gewinnanteilscheine und Erneuerungsschein. Durch die Zwangseinführung von Namensaktien wollten die Alliierten die Zusammensetzung der Aktionäre kontrollieren. Aber in der deutschen Aktienrechtspraxis wurde diese alliierte Auflage umgangen.

-
- 1) Georg Opitz, Wegweiser im Depotgeschäft, S.14, 28.
 - 2) Trost - Schütz, a.a.O., S.106; Hans Göring, Verkehrsfähige Namensaktien, in: VW, Nr.17/1954, S.20; vgl. Georg Opitz, Wegweiser im Depotgeschäft, S.28.
 - 3) Trost - Schütz, a.a.O., S.106, s. ebenda Muster 53; vgl. Georg Opitz, Wegweiser im Depotgeschäft, S.28.
 - 4) Hans Göring, a.a.O., S.20.
 - 5) Gesetz Nr. 27 = Gesetz der Alliierten Hohen Kommission vom 16.5.1950 zur Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaues und der deutschen Stahl- und Eisenindustrie; Gesetz Nr. 35 = Gesetz der Alliierten Hohen Kommission vom 17.8.1950 über die Aufspaltung des Vermögens der I.G. Farbenindustrie AG; Großbankengesetz = Gesetz über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten vom 29.3.1952.

Während der Entflechtung waren nämlich die Namensaktien - zur Verbesserung der Verkehrsfähigkeit - nach den Usancen der Wertpapierbörsen nur mit Blankoindossament, nicht ausgefüllter Übertragunserklärung (§ 61 Abs.2 AktG), lieferbar. ¹⁾

Da die alliierte Einheitssatzung zum Beispiel für die Nachfolgegesellschaften der I.G. Farbenindustrie AG i.L. Namensaktien vorschrieb (§ 3 Abs.3 Einheitssatzung), durfte eine Depotbank - über die Erfordernisse des geltenden Aktienrechts hinaus - das Stimmrecht für fremde Aktien nur ausüben, wenn ihr der Aktieneigentümer eine spezielle Ermächtigung für jede einzelne Hauptversammlung und gleichzeitig Weisungen für die Abstimmung über die einzelnen Punkte der Tagesordnung erteilte (§ 14 Abs.5 Einheitssatzung). ²⁾

II. Die Handhabung des Depotstimmrechts der Banken vor der aktiengesetzlichen Regelung von 1937

1. Die Entstehungsgeschichte und der rechtstatsächliche Gestaltungswandel des Depotstimmrechts von seinen Anfängen bis 1937

Die Zweite Aktiennovelle von 1884 schrieb zum ersten Mal zwingend vor, daß jede Aktie das Stimmrecht gewährt; zuvor war das Aktienstimmrecht nach freiem statutarischem Belieben geregelt. - Das Gesetz betreffend die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere (Depotgesetz) wurde am 5.Juli 1896 erlassen. - In zwei grundlegenden Entscheidungen von 1892 und 1898 erkannte das Reichsgericht die gewohnheitsrechtliche Legitimationszession erstmals an. ³⁾ - Auf diesen Rechtsgrundlagen konnte sich das Bankenstimmrecht aus Deponentenaktien entwickeln.

1) S.: Hans Göring, a.a.O., S.20; Rudolf Mindner, a.a.O., S.293 f.; Hermann Herold, a.a.O., in: NJW, Heft 13/1952, S.483.

2) Als einziger I.G.-Farben-Nachfolger hat die Chemie-Verwaltungs-AG die alliierte Einheitssatzung bis jetzt beibehalten (vgl. §§ 3 Abs.3, 14 Abs.5 Satzung).

3) RG: Bd. 30, S.51; Bd. 40, S.80.

Etwa seit 1888 ließen sich Aktionäre, die an der Generalversammlung teilzunehmen verhindert waren, gelegentlich durch Bankenvorstände oder Bankiers, Notare, Rechtsanwälte oder andere Einzelpersonen auf Grund einer Bevollmächtigung mit festem Abstimmungsauftrag vertreten.¹⁾ Nach den Ausführungen Haselbergers aus dem Jahre 1906 erklärten sich vertrauenswürdige Personen - in der Regel Vorstände von Bankinstituten und Rechtsanwälte - durch Presseankündigungen bereit, die Aktionäre auf bestimmten Generalversammlungen zu vertreten; das sei besonders dann der Fall gewesen, wenn eine momentane Interessentengruppe oder "Aktionärclique" die Oberhand zu gewinnen drohte.²⁾ Die Stimmrechtsbevollmächtigten stimmten hierbei im Namen der vertretenen Aktionäre.

Soweit ersichtlich ist, verfaßte Simon im Jahre 1900 die erste größere Abhandlung über die Ausübung des Aktienstimmrechts durch Banken.³⁾ Schon in den achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts übten Strohleute das Stimmrecht im eigenen Namen für Inhaberaktien aus. Außerdem überließen die einzelnen Aktionäre "vielfach" - nach Simon - ihre Bankaktien dem Vorstand der betreffenden Aktienbank; auch meldeten die Aktienbanken üblicherweise die ihnen selbst gehörenden Aktien auf den Namen einzelner Vorstandsmitglieder oder persönlich haftender Gesellschafter an.⁴⁾

Simon gab den Wortlaut der Reverse wieder, wie sie die Kunden etlicher Banken und Bankiers vor den Generalversammlungen unterschrieben:

1) S. Wilhelm Feldhausen, a.a.O., S.12.

2) Josef Haselberger, a.a.O., S.2.

3) Herman Veit Simon, Die Vertretung eigener und fremder Aktien in Generalversammlungen, in: Festgabe der Rechtsanwaltschaft des Kammergerichts für den Geheimen Justizrath Dr. Richard Wilke zum XI. September MDCCCC, Berlin 1900, S.255 bis 299.

4) Herman Veit Simon, a.a.O., S.277.

"Ich erkläre mich hierdurch damit einverstanden, daß die X.-Bank auf ihren eigenen Namen Aktien der Indu-
striegesellschaft Y. zu der Generalversammlung dieser
Gesellschaft am ... anmeldet und diese Aktien vertritt.
Ingleichen soll die Gesellschaft befugt sein, diese An-
meldung auf den Namen anderer ihr geeignet erscheinender
Persönlichkeiten vorzunehmen." ¹⁾

Das Bild, das sich damals auf den Generalversammlungen bot,
faßte Simon in den folgenden Worten zusammen: "Die notariellen
Protokolle beweisen denn auch, daß mit verschwindenden
Ausnahmen nur Vorstand und Aufsichtsrath mit ihren nächsten
Getreuen in der Generalversammlung erscheinen ... Höchstens
einige andere Bankiers und Banken sind es, die außerdem in
der Generalversammlung vertreten zu sein pflegen, sonst
bleibt alles en famille." ²⁾

Die Interesselosigkeit der Depotaktionäre war wohl der Haupt-
grund für die einzelnen Banken und Bankiers, wenn sie sich -
wie Simon 1900 dazu schrieb - "schon seit einer Reihe von
Jahren" ³⁾ bereitfanden, das Aktienstimmrecht ihrer Depot-
kunden zu vertreten. Bereits in dieser Entwicklungsphase des
Depotstimmrechts erfolgte der Anstoß zur Stimmrechtsausübung
nicht vom Kunden, sondern von der Bank aus. Bisweilen gingen
die Banken dazu über, eine dahingehende Ermächtigungsklausel
in ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen aufzunehmen:

"Wir sind durch Sie ermächtigt Aktien jeder Art, welche
wir für Sie in Depot haben, in den Generalversammlungen
der betreffenden Aktiengesellschaften zur Ausübung des
Stimmrechts zu benutzen. Sie ertheilen zu solcher Be-
nutzung durch die Erklärung Ihres Einverständnisses mit
diesen allgemeinen Bestimmungen ein für alle Male Ihre
Einwilligung, deren Einholung mithin im Einzelfalle
nicht erforderlich ist. Wir sind indessen nicht ver-
pflichtet von dieser Einwilligung Gebrauch zu machen,

1) Herman Veit Simon, a.a.O., S.277.

2) Herman Veit Simon, a.a.O., S.280.

3) Herman Veit Simon, a.a.O., S.281.

ebenso wie auch Sie hierdurch nicht gehindert sind die uns ertheilte Ermächtigung für einzelne Fälle durch rechtzeitige Benachrichtigung ausser Kraft zu setzen." 1)

Während andere Banken zu jener Zeit noch ihre Kunden Einverständniserklärungen zur Vertretung des Stimmrechts für bestimmte Aktien und Generalversammlungen unterschreiben ließen, erkannte der Depotaktionär die generelle und unbefristete Stimmrechtsermächtigung obiger Art bereits an, wenn er die Allgemeinen Geschäftsbedingungen unterzeichnete. Diese waren die Vorläufer der in den zwanziger Jahren allgemein üblichen Handhabung des Bankenstimmrechts.

Welchen Einfluß die Banken mit der Ausübung des Depotstimmrechts in den folgenden Jahren auf die Wirtschaft nahmen, geht aus einer Pressenotiz des Jahres 1915 hervor: "Nicht selten haben Verwaltungen und Banken mit diesen Stimmen der vielen interessellosen Aktienbesitzer den Ausschlag gegen Groß- und Kleinaktionäre gegeben, und zwar in Fällen, in denen sie mit eigenem Aktienbesitz die Majorität nicht hätten erlangen können." 2)

Aufschlußreich ist, wie das frühere Schrifttum die sogenannte Legitimationsübertragung auf die Banken wirtschaftlich begründete. Noch bei Haselberger - im Jahre 1906 - fanden sich folgende Punkte: Bestreben der Banken nach Geschäftsvereinfachung oder Kostenersparnis; die Schwierigkeit der Vollmachtsbeschaffung; das Interesse einer Person, ihren Aktienbesitz nicht zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen. 3) Aus der heutigen Schau wirken diese Argumente lückenhaft. Dreizehn Jahre später (1918) indes führte Sontag an, daß die

1) Zit. bei: Herman Veit Simon, a.a.O., S.281 (Interpunktion und Orthographie wie bei Simon).

2) Berliner Tageblatt, Nr.120/15.3.15; zit. bei: Maximilian Schmulewitz, Die Verwaltungsaktie - Herrschafts- und Vorratsaktie. Ihre rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen, Berlin 1927, S.130.

3) Josef Haselberger, a.a.O., S.59.

Banken mit der Ausübung des Depotstimmrechts auf einen Ausweg gekommen seien, "wie sie ihren Aktienbesitz für den Tag der Generalversammlung verstärken könnten, ohne diesen ganzen Aktienbestand selbst kaufen zu müssen." - "Der Kampf in der einfachsten Form läuft darauf hinaus, sich möglichst viele Aktien zu verschaffen, um in der Generalversammlung mit der Mehrheit des Aktienbesitzes erscheinen zu können. Die Schlacht ist also bereits entschieden, ehe sie geschlagen wir. ... Die wenigen Personen, welche da erscheinen und Aktien auf ihren Namen angemeldet haben, kommen mit gebundener Marschroute hin, ... und die Partei, welche die Mehrheit der Aktien angemeldet hat, ist im voraus des Sieges sicher." ¹⁾ Mit dieser etwas martialischen Metapher hat Sontag - schon vor über vierzig Jahren - eines der Hauptprobleme bei der Ausübung fremden Stimmrechts, das Eigeninteresse der Banken, treffend charakterisiert.

Durch die Verordnung vom 21. November 1923 wurde das früher geltende Depotgesetz vom 5. Juli 1896 wesentlich geändert: Nach der neuen Fassung dieses Gesetzes mußte der Einkaufskommissionär (Bank) das Stückeverzeichnis der gekauften Wertpapiere nur noch dann übersenden, wenn es der Kommittent (Bankkunde) verlangte (§ 3 Abs.1 DepotG i.d.F.v. 1896). Das war praktisch selten der Fall. So blieb das Eigentum an den gekauften Aktien bei der Bank, die zumeist die erworbenen Papiere auch zu verwahren und zu verwalten hatte. Banktechnisch ausgedrückt, wurden die Aktien "auf Stückekonto geschuldet", und der Kunde begnügte sich mit einem schuldrechtlichen Anspruch. Diese Verordnung begünstigte die Banken bei der Stimmrechtsausübung; denn mangels eines weiteren Rechtsgeschäfts mit dem Depotkunden stand ihnen als formalberechtigten Aktien-

1) Ernst Sontag, Die Aktiengesellschaft im Kampfe zwischen Macht und Recht, Berlin 1918, S.40 f.

eigentümern das Stimmrecht ohne weiteres zu. ¹⁾

Etwa seit 1922 nahmen die Banken in steigendem Maße eine Klausel in ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen auf, die sie von vornherein und allgemein ermächtigte, alle bei ihnen deponierten Aktien in den Generalversammlungen zu vertreten, sofern die einzelnen Kunden keine andere Weisung erteilten. ²⁾ Die Vertretung der Kundenaktien war damals noch nicht einheitlich in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen geregelt: Manche Banken unterschieden bei der Form der Ermächtigung zwischen Bank- und Privatkundschaft; andere Institute wiederum sandten dem Kunden neben den Geschäftsbedingungen, die eine allgemeine Ermächtigungsklausel enthielten, ein besonderes Formular für eine fakultative, der Bank zu erteilende generelle Ermächtigung oder holten in Einzelfällen eine Spezialermächtigung ein. ²⁾

Das letztgenannte Verfahren war zunächst bei allen sieben Berliner Großbanken gegenüber sämtlichen Kunden die Regel; doch fünf dieser Banken änderten es während der Inflation nach dem Ersten Weltkrieg ab und nahmen allgemeine Ermächtigungsklauseln in ihre Geschäftsbedingungen auf. Im Reichsgebiet gab es Ende 1924 17 074 Aktiengesellschaften (1920: 5 139); bei 13 766 davon betrug das Nominalkapital 1 320 504 282,4 Mrd. M (das waren mehr als 1,320 Trilliarden M, eine Zahl mit neunzehn Stellen!), bei den übrigen

1) S. hierzu: Paul Gieseke, a.a.O., S.6; Karl Geiler, Die wirtschaftlichen Strukturwandlungen und die Reform des Aktienrechts, Berlin 1927, S.27; Enquête, Generalbericht, Berlin 1930, S.24 f. - Nach § 18 Abs.1 des geltenden Depotgesetzes von 1937 muß der Einkaufskommissionär hin gegen das Stückerzeichnis grundsätzlich unverzüglich dem Kommittenten übersenden. Spätestens mit der Übersendung des Stückerzeichnisses geht das Eigentum auf den Kommittenten über (§ 18 Abs.3 DepotG i.d.F.v. 1937).

2) S. hierzu: Walter Hartmann, Das Stimmrecht der Depotaktie, in: Bank-Archiv XXIV, Nr. 24, S.487; Einzelbeispiele ebenda, S.487 ff.; vgl. auch Günter Haupt, a.a.O., S.150.

3 308 Gesellschaften rund 3,2 Milliarden RM. ¹⁾ In der ungeheueren Vermehrung des Aktienmaterials während der Inflationszeit erblickte Hartmann (damals Syndikus der Diskonto-Gesellschaft) den ausschlaggebenden Grund für die obige Maßnahme; nach seinen Ausführungen hätte die Beibehaltung der Anfrage bei der Depotkundschaft vor jeder einzelnen Generalversammlung den Großbanken eine untragbare Kosten- und Arbeitslast aufgebürdet. ²⁾ Auch nach der Inflation wuchsen die Kundendepots bei den Banken weiter: Die Goldmarkbilanzverordnungen von 1923/24 lösten die 1000-Mark-Aktie, die seit der Zweiten Aktiennovelle von 1884 als Mindestnominale vorgeschrieben war, ab und schufen dafür die Kleinaktie von 100 Goldmark, in Sonderfällen sogar von 20 Goldmark. - Gewiß, mit der Vermehrung der Depots bürgerte sich die allgemeine Stimmrechtsermächtigung immer mehr bei den Banken ein; doch hatte schon Simon in seinem 1900 erschienenen Aufsatz, also längst vor der Inflation, Beispiele aus der Bankenpraxis hierfür erwähnt. ³⁾

Frohner gab in einer Arbeit aus dem Jahre 1928 einen Überblick, wie die damals fünf größten Banken Deutschlands - die Reichsbank ausgenommen - das Depotstimmrecht nach ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen handhabten; diese Klauseln hatten folgenden Wortlaut ⁴⁾:

1) S. Eugen Schmalenbach, a.a.O., S.134.

2) Walter Hartmann, a.a.O., S.487.

3) S. Herman Veit Simon, a.a.O., S.277, 281 f.; vgl. Paul Gieseke, a.a.O., S.3 f.

4) Zit. bei: Günther Frohner, Aktiensonderdepot und Legitimationsübertragung, (zugleich Diss.), Hamburg 1929, S.2. - Weitere Beispiele bei: Heinz Röhricht, Das Problem der Zulässigkeit der sogenannten Legitimationszession von Aktien zum Zwecke der Ausübung des Stimmrechts mit besonderer Berücksichtigung des Stimmrechts der Banken auf Grund von Deponentenaktien, Diss., Würzburg 1935, S.61 ff.

Allgemeine Geschäftsbedingungen der Commerz- und Privat-Bank AG, Nr.5, IV: "Werden der Bank für den Kontoinhaber auf Grund eines mit ihm abgeschlossenen Rechtsgeschäfts (insbesondere Verwahrung) Aktien übergeben, so darf die Bank mangels gegenteiliger Weisung die Aktien in der Generalversammlung nach ihrem besten Ermessen vertreten und das Stimmrecht ausüben lassen; eine Verpflichtung hierzu liegt der Bank nicht ob."

Geschäftsbedingungen der Darmstädter und Nationalbank KGaA, Nr. 18, IV: "Die Bank ist berechtigt, die für ihre Kunden bei ihr ruhenden Aktien in allen Generalversammlungen nach ihrem besten Ermessen zu vertreten und das Stimmrecht für dieselben ausüben zu lassen, sofern ihr nicht generell oder mindestens einen Tag vor Ablauf der jedesmaligen Hinterlegungsfrist gegenteilige Weisung zugeht."

Allgemeine Geschäftsbedingungen der Deutschen Bank, Nr.11, III: "Die Bank ist befugt, die Rechte aus den im Depot ruhenden Aktien mangels gegenteiliger Weisung des Kontoinhabers in allen Gesellschaftsversammlungen nach bestem Ermessen wahrnehmen, insbesondere das Stimmrecht ausüben zu lassen; eine Verpflichtung hierzu liegt der Bank nicht ob."

Allgemeine Geschäftsbedingungen der Direktion der Disconto-Gesellschaft, Nr. 32: "Werden der Bank Aktien oder sonstige Urkunden über Gesellschaftsrechte zur Verwahrung übergeben, so darf sie diese, falls der Kunde nicht rechtzeitig etwas Gegenteiliges bestimmt, in Gesellschaftsversammlungen nach ihrem Ermessen vertreten."

Allgemeine Geschäftsbedingungen der Dresdner Bank, Nr.8, VIII: "Die Dresdner Bank ist, soweit ihr nicht andere Weisungen zugehen, berechtigt, die bei ihr im Depot ruhenden Aktien nach ihrem Ermessen in den Generalversammlungen zu vertreten oder durch einen Dritten vertreten zu lassen."

Die fünf Großbanken gingen insoweit einheitlich vor, als sie sich mangels anderer Kundenweisungen vorbehielten, das Depotstimmrecht nach ihrem "Ermessen" oder "besten Ermessen" auszuüben. Jedoch ließ sich aus ihren Geschäftsbedingungen nicht entnehmen, von welchen Gesichtspunkten sich diese Banken dabei leiten ließen. Auch waren sie auf Grund ihrer Geschäftsbedingungen befugt - teils implicite, teils expressis verbis -, das Stimmrecht auch durch Dritte ausüben zu lassen.

Die Musterformulare des Centralverbands des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E.V.) für allgemeine Geschäftsbedingungen enthielten in den zwanziger Jahren ebenfalls einen Passus über die generelle Ausübung des Bankenstimmrechts (Nr. 7, II): "Die Bank darf die für ihre Geschäftsfreunde bei ihr im Depot ruhenden Aktien und sonstigen Urkunden über Gesellschaftsrechte in Gesellschaftsversammlungen vertreten und das Stimmrecht daraus ausüben lassen, sofern ihr nicht rechtzeitig anderweitige Weisung zugeht. ¹⁾

Dagegen fanden sich solche Ermächtigungsklauseln nicht in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Genossenschaftsbanken und der dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband angeschlossenen Spar-, Giro- und Kommunalbanken. ²⁾

Verallgemeinernd läßt sich feststellen, daß bei den deutschen Geschäftsbanken - besonders bei den Großbanken - die Ausübung des Depotstimmrechts auf Grund einer in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthaltenen unbefristeten Generalermächtigung in jener Zeit zur Regel wurde; ³⁾ besonderen Wert legten die Banken darauf, das Stimmrecht aus den Aktien ihrer Depotkunden im eigenen Namen ausüben zu können.

1) Zit. bei: Günther Frohner, a.a.O., S.2.

2) S. Günter Haupt, a.a.O., S.150, Anm. 3 (mit weiteren Literaturverweisen).

3) Ausnahmefälle s. bei: Walter Hartmann, a.a.O., S.487 ff.; Günther Frohner, a.a.O., S.3.

Haupt ¹⁾ verurteilte dieses Vorgehen der Banken: "Mit dem eigentlichen Zweck der AGB, die Abwicklung bankmäßiger Geschäfte vorbereitend zu regeln, hat die Klausel überhaupt nichts zu tun. Das Instrument der AGB wird vielmehr hier dazu verwendet, um ein völlig außerhalb der Rechtsbeziehung zwischen Bank und Kunden liegendes selbständiges Ziel der Banken zu erreichen, nämlich die Stärkung ihres Einflusses bei den von ihnen kontrollierten Gesellschaften. Schon deshalb ist gegenüber der Bestimmung weitgehendes Mißtrauen angebracht."

War für eine Generalversammlung eine Opposition angekündigt oder zu erwarten, so fragten einzelne Banken - namentlich große Provinzbanken - schon zu Beginn der zwanziger Jahre bei ihren Depotaktionären an, ob oder wie sie das Stimmrecht ausüben sollten. ²⁾ Vielleicht waren denjenigen Banken, deren Allgemeine Geschäftsbedingungen generelle Depotstimmrechtsklauseln enthielten, rechtliche Bedenken gekommen. Denn Ende 1930 empfahl der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E.V.) seinen Mitgliedern, in die Allgemeinen Geschäftsbedingungen folgenden Zusatz aufzunehmen: "Werden uns von dem Kontoinhaber auf Grund eines mit ihm abgeschlossenen Rechtsgeschäfts (insbesondere Verwahrung) Aktien übergeben, so dürfen wir mangels gegenteiliger Weisung die Aktien in der Generalversammlung vertreten und das Stimmrecht ausüben. In zweifelhaften Fällen werden wir Weisungen des Kontoinhabers einholen, soweit dies üblich und möglich ist." ³⁾

Ergänzend dazu beschloß der Centralverband auf seiner 30. ordentlichen Generalversammlung am 16. Dezember 1930, daß seine Mitgliedsinstitute einander gegenüber die Verpflich-

1) Günter Haupt, a.a.O., S.150.

2) Beispiele hierfür bei: Walter Hartmann, a.a.O., S.488 f.; ebenda, S. 487 f., sind zwei Rundschreiben einer Großbank in Sachen Opposition bei der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen AG, Berlin, sowie beim Eschweiler Bergwerks-Verein abgedruckt.

3) Zit. bei: Wilhelm Koeppel, Bankenstimmrecht bei Depotaktien (Sondergutachten), in: Materialien zur Vorbereitung der Banken-Enquête 1933, Centralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E.V.), Berlin 1933, S.83.

tung übernehmen, an die Besitzer bei ihnen hinterlegter Aktien eine ausdrückliche Anfrage über die Art der Ausübung des Stimmrechts zu richten, wenn ihnen von einem anderen Verbandsmitgliede zwei Wochen vor der Generalversammlung die Absicht einer Opposition bekanntgegeben worden ist" ¹⁾. Ausdrückliche standesrechtliche Vorschriften banden die Mitgliedsbanken gegenseitig, diesen Beschluß zu befolgen. ²⁾ - Indessen waren außenstehende Kreditinstitute an diesen Beschluß nicht gebunden. - Darüber hinaus legte der Centralverband im Jahre 1932 für seine Mitglieder obligatorisch fest, die Hinterleger von Aktien zu benachrichtigen und um Weisungen zu bitten, sobald eine Opposition für die angeschlossenen Banken erkennbar war. ³⁾

In der Folgezeit veranlaßte der Bankkommissar die Mitglieder des Centralverbandes, diese Standesvorschriften durch schriftliche Zusage - auch ihm gegenüber - als rechtsverbindlich anzuerkennen. ⁴⁾ Dadurch erhöhte sich ihre Bedeutung noch mehr.

Die Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe bestätigte 1937 die verbindliche Wirkung dieser Beschlüsse für die Mitglieder; überdies verpflichteten sich die Mitgliedsbanken, auch in sonstigen zweifelhaften oder unvorhergesehenen Fällen Weisungen ihrer Kunden einzuholen. ⁵⁾ An diesen standesrechtlichen Bestimmungen hielten die Mitglieder der

-
- 1) Generalversammlung und Geschäftsbericht des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Bank-Archiv, XXX. Jahrgang, Nr. 6/1930, S.116; s. auch Wilhelm Koeppel, a.a.O., S.83; vgl. auch Denkschrift Bankenverband, April 1958, S. 19 f.
 - 2) S. Wilhelm Koeppel, a.a.O., S.83; vgl. dazu: Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Köln, Mitteilungen an die angeschlossenen Verbände, Nr.82/29.5.52, Anlage, S.6 (nicht veröffentlicht).
 - 3) S. Werner Berger, a.a.O., S.25.
 - 4) S. Werner Berger, a.a.O., S.25.
 - 5) Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe, Rundschreiben Nr.109/15.7.37; s. Wilhelm Feldhausen, a.a.O., S.52 f.; s. Denkschrift Bankenverband, April 1958, S.20; vgl. auch: Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe, Geschäftsbedingungen für den Wertpapierverkehr, Nr.5, zit. bei: Gunter Haupt, a.a.O., S.150, Anm. 3.

Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe auch nach dem Inkrafttreten des Aktiengesetzes am 1. Oktober 1937 fest.

2. Die gesetzgeberischen Reformbestrebungen

In den Jahren 1925 und 1926 setzten Bestrebungen für eine Reform des deutschen Aktienrechtes ein; doch bis 1930 stand die Aktienrechtsreform auf einem toten Punkt. Sie wurde erst durch die schweren Einbrüche der Wirtschaftskrise wieder vorangetrieben: Zusammenbruch der FAVAG (Frankfurter Allgemeine Versicherungs-AG) 1929, der "Nordwolle" (Nordische Wollkämmerei) u.a. ¹⁾

Anfang August 1930 veröffentlichte das Reichsjustizministerium den Entwurf eines Gesetzes über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Entwurf I) mit erläuternden Bemerkungen. In die Rechtsbeziehungen aus der Depotaktie griff dieser Entwurf allerdings nicht ein. ²⁾

Vielmehr wies die Entwurfsbegründung darauf hin, "daß Maßnahmen mit dem Ziel einer Beseitigung oder fühlbaren Einschränkung des Bankenstimmrechts gerade die Interessenwahrung der freien Aktionäre zu gefährden geeignet sind" ³⁾. Zudem würde es nach der Begründung zu einer "unerträglichen Belastung der Banken führen, wenn ihnen auferlegt würde, vor jeder Stimmrechtsausübung sich eine Sondervollmacht eines jeden ihrer Kunden zu beschaffen" ⁴⁾. - Dem Entwurf

-
- 1) S. dazu: Paul Fischer, Die Aktiengesellschaft in der nationalsozialistischen Wirtschaft. Ein Beitrag zur Reform des Gesellschaftsrechts, Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Berlin und Leipzig 1936, S.15.
 - 2) S. Julius von Gierke, Handelsrecht und Schiffahrtsrecht, 4. Aufl., Berlin und Leipzig 1933, S.278. - S. Werner Berger, a.a.O., S.33 f. - Dieser Entwurf I vom März 1930 war kein Gesetzesvorschlag der Regierung, sondern nur ein Ministerialentwurf des Justizministeriums unter Mitarbeit des Wirtschaftsministeriums (ders. ebenda, S.34).
 - 3) Zit. bei: Friedrich Reinhart, Aktienrechtsreform und Bankpolitik, in: Der praktische Betriebswirt, Nr.11/1935, S.1086.
 - 4) Zit. bei: Schweichler, Der Gesetzentwurf über Reform des Aktienrechts, in: Hanseatische Rechts- und Gerichtszeit-schrift, Abt. A, Heft 12/1930, Sp.722.

lagen die Ergebnisse einer Fragebogenerhebung zugrunde, die das Reichsjustizministerium 1929 anstellte; der Fragebogen IV erörterte das Problem der Legitimationsübertragung und des Depotstimmrechts. ¹⁾

Das Reichsjustizministerium bereitete 1931 einen schärfer und weiter gefaßten Ministerialentwurf (Entwurf II) vor, den Amtlichen Entwurf eines Gesetzes über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien. Doch die wirtschaftlichen Ereignisse überstürzten sich. Der "schwarze Freitag", der 13. Juli 1931, löste die deutsche Bankenkrise aus: Die Darmstädter und Nationalbank KGaA brach zusammen, andere Banken schlossen ihre Schalter. Im Wege der ordentlichen Gesetzgebung hätte dieser zweite Entwurf nicht rasch genug verabschiedet werden können. Die Regierung mußte handeln, um den dringendsten Notständen abzu- helfen; sie scheute sich aber, den ganzen Entwurf II als Notverordnung durchzubringen. Die "Verordnung des Reichspräsidenten über Aktienrecht, Bankenaufsicht und über eine Steueramnestie" vom 19. September 1931 ²⁾ übernahm davon nur einzelne, wichtige Teile. Auch diese Notverordnung enthielt keine ausdrückliche Bestimmung über das Depotstimmrecht und die Legitimationsübertragung ³⁾. Nach der Verordnung (Teil II Art. 1 § 6 Abs.2) konnte jedoch das Kuratorium für das Bankgewerbe darüber entscheiden, "ob und welche Grundsätze allgemeiner Art über die Geschäftsführung der Banken von dem Reichskommissar für das Bankgewerbe aufzustellen sind"; diese Ermächtigung erstreckte sich auch "auf die Aufstellung von Grundsätzen für die Bedingungen, unter denen Banken das Stimmrecht aus ihnen zur Aufbewahrung übergebenen Wertpapieren ausüben". ⁴⁾ Derart

1) S. Werner Berger, a.a.O., S.33.

2) S. hierzu: Werner Berger, a.a.O., S.35; Walter Pohle, Das Depotstimmrecht der Banken nach dem neuen Aktiengesetz, in: Die Bank, Heft 11/1937, S.370; Paul Fischer, a.a.O., S.15.

3) S. Ludwig Mellinger, Das Depotstimmrecht der Banken, in: Die Bank, Heft 26/1934, S.936.

4) Zit. bei: Werner Berger, a.a.O., S.35. S. auch: Walter Pohle, a.a.O., S.370; Erich Welter, Aktienrechtsreform, in: Palyi - Quittner, Handwörterbuch des Bankwesens, Berlin 1933, S.29.

befafte sich die Gesetzgebung zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Aktienrechts, wenn auch im Wege der Notverordnung, positiv mit der Regelung des Bankstimmrechts. Allerdings machten die ermächtigten Stellen von diesen Befugnissen keinen Gebrauch.

Im Oktober 1931 beantragte der sozialdemokratische Abgeordnete Rudolf Breitscheid im Reichstag eine Ergänzung des § 252 HGB i.d.F.v. 1897; für die Ausübung des Depotstimmrechts forderte er eine Spezialermächtigung.¹⁾ Dies veranlaßte den Reichskommissar für das Bankgewerbe, Anfang Februar 1932 vor dem Rechtsausschuß des Reichstags auf die bestehenden Vorschriften des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E.V.) hinzuweisen; wie der Bankkommissar hinzufügte, wollte er zunächst die weitere Entwicklung abwarten und keine gesetzliche Regelung treffen.²⁾ Dabei blieb es.

Doch prüfte das Bankenkuratorium die möglichen Grundsätze, unter deren Bedingungen das Depotstimmrecht ausgeübt werden können. Das Kuratorium sah dabei folgende drei Möglichkeiten vor: erstens die Befugnis der Bank zur Stimmrechtsausübung auf Grund einer schriftlichen Ermächtigung für jeden Einzelfall; zweitens die Berechtigung der Bank zur selbsttätigen Wahrnehmung des Depotstimmrechts, wenn der Kunde auf eine Anfrage der Bank nicht antwortete; drittens die Ermächtigung eines Treuhänders, das Stimmrecht auszuüben, falls sich der Depotkunde nach der Aufforderung durch die Bank nicht äußert.³⁾ Da keiner der drei Wege sich als gangbar erwies, machte der Bankkommissar im Reichstagsausschuß auch keine dahingehenden Vorschläge.

Unter der nationalsozialistischen Regierung wurde ein Aktienrechtsausschuß der "Akademie für Deutsches Recht" gebildet. Er hatte die Aufgabe, die großen Linien des neuen Aktienrechts vorzuzeichnen. In zwei Berichten vom Juni 1934

1) S. Werner Berger, a.a.O., S.36 f.

2) S. Erich Welter, a.a.O., S.29.

3) S. Werner Berger, a.a.O., S.36.

und Mai 1935 legte der Ausschuß - unter dem Vorsitz von Wilhelm Kißkalt - die Ergebnisse seiner Reformarbeiten nieder. ¹⁾

Im Ersten Bericht wurde erwogen, "das Stimmrecht ... nur den Aktionären zuzubilligen, die eine bestimmte Zeit lang, etwa sechs Monate vor der Generalversammlung, Eigentümer der Aktien waren" ²⁾. Durch diese Sperrfrist sollten Daueraktionäre gegenüber den Spekulationsaktionären bevorzugt werden; doch ließ der Ausschuß diesen Vorschlag wieder fallen. Des weiteren sprach sich der Aktienrechtsausschuß gegen die Abstimmungen auf Grund der allgemeinen Bankbedingungen aus: Die meisten Kunden seien sich gar nicht bewußt, daß in der Generalversammlung jeweils auch mit ihren Aktien abgestimmt werde; in allen solchen Fällen bedeute die Abstimmung durch die Bank die Kundgebung eines tatsächlich gar nicht vorhandenen Willens. ³⁾ Nach dem Ersten Bericht vertrat der Ausschuß fast einstimmig die Ansicht, "daß das Stimmrecht der Banken auf die eigenen Aktien ⁴⁾ und auf solche Kundenaktien zu beschränken sei, für welche eine ausdrückliche und schriftlich erteilte Spezialvollmacht ⁵⁾ vorliegt." ⁶⁾

1) Wilhelm Kißkalt, Reform des Aktienrechts, in: Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht, Heft 1/1934, S.20 ff. (zit.: Erster Bericht); Wilhelm Kißkalt, Zweiter Bericht über die Arbeiten des Aktienrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht, in: Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht, Heft 5/1935, S.247 ff. (zit.: Zweiter Bericht).

2) Wilhelm Kißkalt, Erster Bericht, S.24.

3) Wilhelm Kißkalt, Erster Bericht, S.25.

4) Anm. des Verf.: Hier sind Nostrobestände gemeint.

5) Anm. des Verf.: Hier wird die Vollmacht der Ermächtigung im Sinne einer Legitimationsübertragung gleichgestellt. - Das geht auch aus dem Zweiten Bericht, S.249, ausdrücklich hervor.

6) Wilhelm Kißkalt, Erster Bericht, S.25 f.

Auch der Zweite Bericht des Aktienrechtsausschusses hielt an dem Vorschlag des Ersten Berichts fest, das Bankstimmrecht auf Grund einer allgemeinen Stimmrechtsermächtigung - der Bericht spricht von Vollmacht, die er der Legitimationszession hier gleichsetzt - abzuschaffen.¹⁾ Ein weiterer Vorschlag des Ausschusses sah vor, daß die Aktien bei der Aktiengesellschaft hinterlegt und in ein Aktienbuch - wie es schon immer für Namensaktien angelegt wurde - eingetragen werden. Demnach sollte der Aktionär, der seit mindestens zwei Jahren im Aktienbuch eingetragen war oder sich verpflichtete, seine Aktien zwei Jahre bei der Gesellschaft zu belassen, für die eingetragenen Aktien in der Generalversammlung ein doppeltes Stimmrecht haben; es hieß, die Regelung würde die Nachteile der Anonymität mildern.²⁾ Nach dem Willen des Ausschusses sollte der Aktionär weiterhin die Möglichkeit haben, sich durch eine Bank vertreten zu lassen, und zwar auf Grund einer Spezialvollmacht.

Überdies befürwortete der Aktienrechtsausschuß in seinem Zweiten Bericht, der Verwaltung unabhängig vom Aktienbesitz ein Stimmrecht zu erteilen, damit gegen zufällige Aktienmajoritäten die Stellung des Unternehmens gestärkt werde und die Kontinuität der Geschäftsführung gewahrt bleibe. Dieses Stimmrecht sollte dem Vorstand in Höhe von 20 % der zur Generalversammlung angemeldeten Stimmen zustehen; doch war vorgesehen, dem Aufsichtsrat auf Grund eines mit Dreiviertelmehrheit zu fassenden Beschlusses ein Vetorecht gegen die Stimmrechtsausübung durch den Vorstand einzuräumen.³⁾

Die Depotstimmrechtsvorschriften des ersten nationalsozialistischen Entwurfs eines Gesetzes über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz) enthielten im wesentlichen die Reformvorschläge der beiden Ausschußberichte von 1934 und 1935.

1) Wilhelm Kißkalt, Zweiter Bericht, S.249.

2) Wilhelm Kißkalt, Zweiter Bericht, S.250.

3) Wilhelm Kißkalt, Zweiter Bericht, S.250.

Der § 113 Abs.4 AktGEntw, der allerdings nicht in dieser Form in das geltende Aktiengesetz von 1937 einging, lautete in der ersten Fassung:

"Banken dürfen das Stimmrecht für Aktien, die ihnen nicht gehören, nur ausüben, wenn sie zur Ausübung des Stimmrechts schriftlich bevollmächtigt sind. Die Vollmacht muß einer bestimmten Bank erteilt werden und selbst oder in einer Anlage die Aktien bezeichnen, für die die Vollmacht zur Ausübung des Stimmrechts gewährt wird. Sie muß bei der Erteilung vollständig ausgefüllt sein; nur die Bezeichnung der Aktien kann der Bank überlassen werden. Die Vollmacht darf nicht mit anderen Erklärungen verbunden werden. Sie kann nur für einen Zeitraum von längstens fünfzehn Monaten erteilt werden und ist jederzeit widerruflich. Die Bank kann auf Grund der ihr erteilten Vollmacht nicht einer anderen Bank Vollmacht erteilen. Die Vollmacht oder eine Abschrift bleibt in der Verwahrung der Gesellschaft." ¹⁾

An die Stelle dieser Entwurfsbestimmung ist der § 114 Abs.4 des geltenden Aktiengesetzes von 1937 getreten.

Das Stimmrecht des Vorstands, wie es der Zweite Bericht des Aktienrechtsausschusses anregte und der erwähnte Gesetzesentwurf in E § 114 Abs.1 bis 3 vorsah, stieß auf viele Einwände. Nach der Rede des damaligen Reichsbankpräsidenten und beauftragten Reichswirtschaftsministers, Hjalmar Schacht, auf der 9. Vollsitzung der Akademie für Deutsches Recht in Berlin (30. November 1935) wurde es endgültig verworfen. ²⁾

-
- 1) Entwurf eines Gesetzes über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz), ohne Verlags-, Orts- und Jahresangabe (1935).
 - 2) Hjalmar Schacht, Die deutsche Aktienrechtsreform, Berlin 1935 (Ausführungen auf der 9. Vollsitzung der Akademie für Deutsches Recht am 30. November 1935 in Berlin); s. Hans Würdinger, Bemerkungen zur Aktienrechtsreform, in: DJZ, Heft 4/1936, Sp.226.

Am 15. August 1935 entwickelte Franz Schlegelberger, der als damaliger Staatssekretär im Reichsjustizministerium maßgeblich an der Erneuerung des Aktienrechts mitwirkte, in einem Vortrag in Hamburg die Grundideen der Reformarbeiten. Über das Depotstimmrecht äußerte er sich: "... Ich bleibe bei meiner von mir schon oft geäußerten Auffassung, daß es nicht angängig ist, den Banken das Stimmrecht für Aktien, die ihnen nicht gehören, überhaupt zu nehmen. Man würde auf diesem Wege Gefahr laufen, eine große Anzahl verwaltungstreuer Aktien einflußlos zu machen und damit Zufallsmajoritäten zum Siege zu verhelfen. Wohl aber halte ich es nach Lage der Sache für zweckmäßig, das Bankenstimmrecht in der Weise zu ordnen, daß eine schriftliche, auf etwa ein Jahr befristete Bevollmächtigung der Bank verlangt und dieser die Erteilung von Untervollmachten an andere Banken versagt wird." ¹⁾

III. Die geltenden Bestimmungen für die Ausübung des Depotstimmrechts

1. Das Aktiengesetz von 1937

a) § 114 Absatz 4 des Aktiengesetzes

Rund fünfzig Jahre lang konnten die Banken das Stimmrecht aus Depotaktien ihrer Kunden als Gewohnheitsrecht ohne gesetzliche Regelung ausüben. Das Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz) vom 30. Januar 1937 ist am 1. Oktober 1937 in Kraft getreten: Es hat in § 114 Abs.4 AktG für das Depotstimmrecht der Banken "eine mittlere Lösung" ²⁾ gefunden, knüpft jedoch seine Ausübung an fünf bedeutsame Voraussetzungen. Diese Schutzbestimmungen zugunsten der Depotaktionäre engen das Bankenstimmrecht

1) Franz Schlegelberger, Die Erneuerung des deutschen Aktienrechts, Berlin 1935, S.23 (Vortrag am 15. August 1935 vor der Industrie- und Handelskammer in Hamburg).

2) Alfred Hueck, Gesellschaftsrecht, S.147.

ein und versuchen seinen Mißbrauch zu verhüten. § 114 Abs.4 AktG schreibt zwingend vor:

"Banken dürfen das Stimmrecht für Aktien, die ihnen nicht gehören, nur ausüben, wenn sie zur Ausübung des Stimmrechts schriftlich ermächtigt sind. Die Ermächtigung muß einer bestimmten Bank erteilt werden. Sie muß bei der Erteilung vollständig ausgefüllt sein und darf nicht mit anderen Erklärungen verbunden werden. Sie kann nur für einen Zeitraum von längstens fünfzehn Monaten erteilt werden und ist jederzeit widerruflich." ¹⁾

Die Sonderbestimmungen des § 114 Abs.4 AktG beziehen sich nur auf die Fälle, in denen Banken ²⁾ das Stimmrecht aus ihnen nicht gehörenden Aktien deutscher Gesellschaften im eigenen Namen ³⁾ ausüben. Dabei ist es gleichgültig, ob die Aktien einem Inländer oder Ausländer gehören, ob sie von einer inländischen oder ausländischen Bank - im Inland oder im Ausland - verwahrt werden. ⁴⁾ Selbstverständlich geht das Gesetz von einer Stimmrechtsermächtigung durch den Aktionär aus; sie muß sich auf seine bewußte und ausdrückliche Willenserklärung gründen ⁵⁾.

-
- 1) Die Mannesmann AG hat § 114 Abs.4 AktG wörtlich in § 13 Abs.7 ihrer derzeit gültigen Satzung aufgenommen.
 - 2) Während § 114 Abs.4 AktG nur für "Banken" gilt, erfaßt der Referentenentwurf von 1958 in E § 126 die Ausübung des Stimmrechts durch sämtliche "Kreditinstitute" und bezieht damit vor allem die Sparkassen ein. - S. Referentenentwurf, Erläuternde Bemerkungen zu E § 126, S.278. Vgl. Enzyklopädisches Lexikon, Bd.1, S.382: Die dort vertretene Auffassung, daß § 114 Abs.4 AktG für Kreditinstitute gelte, trifft in dieser Verallgemeinerung nach dem derzeitigen Aktienrecht nicht zu. - Vgl. auch die Legaldefinitionen der "Kreditinstitute" aus dem Jahre 1934 in § 1 Abs.1 KWG: "Unternehmungen, die Bank- oder Sparkassengeschäfte im Inland betreiben."
 - 3) Nach dem Kommentar von Ritter (§ 114 AktG, Anm. 6 a) hat man in § 114 Abs.4 Satz 1 AktG offenbar nur vergessen, die Worte "in eigenem Namen" - wie in § 110 Satz 2 AktG - einzufügen.
 - 4) S. Walter Pohle, a.a.O., S.371. - Der Ansicht Werner Bergers (a.a.O., S.70 f.), daß sich § 114 Abs.4 AktG nur auf deutsche Banken anwenden lasse, muß widersprochen werden.
 - 5) Schlegelberger - Quassowski, § 114 AktG, Anm. 16.

Die einzelnen Bestimmungen des § 114 Abs.4 AktG bedürfen der folgenden Erläuterungen und Ergänzungen:

Im Gegensatz zur formlosen Ermächtigung jeder anderen Person muß die Stimmrechtsermächtigung einer Bank schriftlich erteilt werden (§ 114 Abs.4 Satz 1 AktG). Die Banken holen die Ermächtigungen in aller Regel durch Vordrucke ein. Der Depotaktionär braucht in der Ermächtigungsurkunde die Aktien nicht nach sachlichen Merkmalen (Gesellschaft, Aktiengattung, Nennbetrag und dergleichen) zu bezeichnen; ¹⁾ vielmehr kann sich die in einem einzigen Schriftstück erteilte Ermächtigung auf alle Aktien erstrecken, die dem Depotkunden während der zulässigen Geltungsdauer der Ermächtigung gehören.

Die Stimmrechtsermächtigung muß einer bestimmten Bank - es braucht nicht die Depotbank selbst zu sein - erteilt werden (§ 114 Abs.4 Satz 2 AktG), die in der Ermächtigungserklärung namentlich aufzuführen ist. Diese Schutzbestimmung zugunsten des Bankkunden soll dem Aktionär vor Augen führen, welche Bank sein Stimmrecht ausübt. ²⁾ Außerdem muß die Ermächtigungsurkunde bei der Erteilung vollständig ausgefüllt sein (§ 114 Abs.4 Satz 3 AktG). Das heißt: Wenn die Urkunde der Bank ausgehändigt wird, muß die ermächtigte Bank darin von vornherein bestimmt sein. Diese Vorschrift verbietet die Blankounterschrift auf einem Ermächtigungsblankett und damit die nachträgliche Einfügung der "bestimmten Bank". Nur die vom Aktionär ausdrücklich ermächtigte Bank kann das Stimmrecht ausüben.

Nach dem Inkrafttreten des Aktiengesetzes von 1937 war zunächst strittig, ob die ermächtigte Bank die Ermächtigung auf eine andere Bank oder einen Nichtbankier weiter übertragen darf. Nach herrschender Meinung ist die Weiterüber-

1) Quassowski, Die Beschränkungen des Bankenstimmrechts, in: Soziale Praxis, Heft 3/1938, Sp.158.

2) Schlegelberger - Quassowski, § 114 AktG, Anm. 17.

tragung der Ermächtigung (Unterermächtigung) unzulässig, ¹⁾ wenn die zweite Bank oder der Dritte in der Ermächtigung nicht gleichfalls bestimmt werden. Jedoch kann der Depotkunde - wohl stets auf Veranlassung der Bank - in einer einheitlichen Urkunde eine Alternativermächtigung erteilen: Hiernach kann eine von mehreren gleichzeitig ermächtigten und in der Erklärung bestimmten Banken das Stimmrecht ausüben. ²⁾ Außerdem ist es rechtlich möglich und in der Bankpraxis üblich, daß der Depotkunde die von ihm ermächtigte Bank zugleich befugt, "das Stimmrecht ... ausüben zu lassen" ³⁾ oder "sich bei der Ausübung vertreten zu lassen" ⁴⁾. Hierdurch wird eine andere Bank oder ein Dritter nach § 114 Abs.3 AktG bevollmächtigt, das Stimmrecht im Namen der vom Aktionär ermächtigten Bank auszuüben. Diese kann - anders als bei der Ermächtigung - auch eine Blankovollmacht erteilen; die bevollmächtigte Bank wiederum kann einen Unterbevollmächtigten bestellen. ⁵⁾

-
- 1) So schon vor dem Zweiten Weltkrieg: Schlegelberger - Quassowski, 3.Aufl., § 114 AktG, Anm. 17 (1.Aufl.: Anm.14); Quassowski, Soziale Praxis, Heft 3/1938, Sp.159 f.; Berger, Fragen um das Stimmrecht bei der Aktiengesellschaft, in: JW, Heft 23/1938, S.1445; Großkommentar Gadow, § 114 AktG, Anm. 24. - Anderer Meinung: Reinhard von Godin, Das Depotaktienstimmrecht der Banken, in: Bank-Archiv, XXXVII. Jahrgang, Nr.6, S.115 ff.; Herbert von Breska, Der Kommentar Schlegelberger - Quassowski zum Aktiengesetz, in: Bank-Archiv, XXXVII. Jahrgang, Nr.1, S.5 ff.; Horst Schieckel, Ein Jahr neues Aktienrecht. Ein Rückblick auf die Rechtslehre und Rechtsprechung, in: Soziale Praxis, Heft 1/1939, Sp.43; von Godin - Wilhelmi, § 114 AktG, Anm. 15.
 - 2) Denkschrift Bankenverband, S.20; vgl. auch: Schlegelberger-Quassowski, § 114 AktG, Anm. 17 (Haupt- und Unterermächtigung).
 - 3) So: Trost - Schütz, a.a.O., S.110, Muster 56; Stimmrechts-ermächtigungs-Formular der Deutschen Bank AG, 1959.
 - 4) So z.B.: Stimmrechtsermächtigungs-Vordrucke der Commerzbank AG und der Dresdner Bank AG, 1959.
 - 5) S. Trost - Schütz, a.a.O., S. 111, Muster 62 und 63.

Die bei der Erteilung vollständig auszufüllende Ermächtigungsurkunde darf keine anderen Erklärungen enthalten (§ 114 Abs.4 Satz 3 AktG). Damit will das Gesetz unterbinden, daß die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken weiterhin die Ermächtigungsklausel zur Stimmrechtsausübung enthalten; der Depotkunde könnte die Klausel übersehen und ohne seinen Willen durch seine Unterschrift anerkennen. Auch darf der Kunde das Ermächtigungsblatt nicht zu sonstigen Mitteilungen verwenden; er kann also auf der Ermächtigungsurkunde nicht etwa den Depotauszug der Bank bestätigen.

Die Stimmrechtsermächtigung einer Bank unterscheidet sich von der Bevollmächtigung oder Ermächtigung jeder anderen Person auch durch ihre zeitliche Begrenzung: Sie kann nur für einen Zeitraum von längstens fünfzehn Monaten ¹⁾ erteilt werden und ist auch während dieser Zeit stets widerruflich (§ 114 Abs.4 Satz 4 AktG). Hierdurch wird die Ermächtigung als Sonderermächtigung gekennzeichnet. ²⁾ Die Befristung der Stimmrechtsermächtigung kraft Gesetzes bezweckt, daß sich der Kunde jedes Jahr - und damit praktisch vor jeder ordentlichen Hauptversammlung - aufs neue entscheidet, ob er die Bank durch seine ausdrückliche Willenserklärung mit der Wahrnehmung seines Aktienstimmrechts betrauen will. Die Frist von fünfzehn Monaten ermöglicht es einerseits dem Kunden, die Ermächtigungserklärung zugleich mit der Bestätigung des ihm am Ende des Jahres zugehenden Depotauszuges zu unterzeichnen und der Bank zurückzusenden. Da die Geltungsdauer der Ermächtigung über ein Geschäftsjahr hinausreicht, kann die Bank andererseits das Stimmrecht noch rechtzeitig vertreten, selbst wenn sich die Rücksendung der Ermächtigungsurkunde verzögert. ³⁾ Müller-Erzbach und Schupp

1) Durch § 4 der Kriegsmaßnahmenverordnung vom 4.9.1939 wurde die auf fünfzehn Monate begrenzte Geltungsdauer außer Kraft gesetzt. Doch wurde diese Verordnung durch § 4 Abs.3 des Handelsrechtlichen Bereinigungsgesetzes mit Wirkung vom 1.1.1951 aufgehoben.

2) Schlegelberger - Quassowski, § 114 AktG, Anm. 17.

3) S. Walter Pohle, a.a.O., S.373.

bezeichnen die schriftliche Ermächtigung auf fünfzehn Monate im voraus als eine Art "Blanko-Vollmacht" der Bank gegenüber, da keine Weisungen des Aktionärs vorausgesetzt werden. ¹⁾

Außer der ermächtigten Bank und der Unterschrift des Depotaktionärs muß auch der Ausstellungstag (und -ort) feststehen. Das Erfordernis des Datums ²⁾ ergibt sich aus den Vorschriften, daß die Ermächtigungsurkunde bei der Erteilung vollständig ausgefüllt sein muß und für längstens fünfzehn Monate erteilt werden kann.

Die Sonderbestimmungen des § 114 Abs.4 AktG für die Ausübung des Bankenstimmrechts sind zwingend vorgeschrieben und können daher nicht durch die Satzung abgeändert werden (vgl. § 114 Abs.7 AktG). § 114 Abs.4 AktG ist nur auf Inhaberaktien anwendbar, dagegen nicht auf den Fall der Legitimationsübertragung von Namensaktien. ³⁾

In der Amtlichen Begründung zum Aktiengesetz spiegelt sich wider, daß grundsätzliche Erwägungen rechtspolitischer und wirtschaftlicher Natur für die aktiengesetzliche Anerkennung des Depotstimmrechts den Ausschlag gegeben haben. Die Amtliche Begründung zu § 114 Abs.4 AktG lautet:

"Zu den in der Öffentlichkeit am stärksten umkämpften Fragen gehört das Depotstimmrecht der Banken. Bei vorurteilsloser Betrachtung dieses bisher anerkannten Rechts glaubt der Entwurf, das Depotstimmrecht der Banken auch weiterhin zulassen zu müssen. Es darf nicht übersehen werden, daß dieses Stimmrecht überhaupt erst dazu führt, daß die freien Aktionäre in erheblichem Umfang in der Hauptversammlung vertreten sind. Ein Wegfall dieses Stimmrechts

1) Rudolf Müller-Erbach, Das Aktiengesetz vom 30. Januar 1937 und das Aktienrechtsproblem, in: Iherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts, Bd.87, Jena 1937/38, S.108; Roland Schupp, Ein interessantes Reformproblem: Das Bankenstimmrecht aus Depotaktien, in: Juristische Rundschau, Heft 6/1959, S.216.

2) Anderer Meinung: Ritter, § 114 AktG, Anm. 6 c).

3) Schlegelberger - Quassowski, § 114 AktG, Anm. 17.

oder seine erhebliche Beschränkung würde zu einer weiteren Verödung der Hauptversammlungen führen. Die Gesellschaft würde noch mehr den Interessen einzelner Großaktionäre ausgeliefert, während die Kleinaktionäre völlig ausgeschaltet werden würden. Denn ein Zwang zur persönlichen Ausübung des Stimmrechts kann nicht ausgeübt werden. Gegenüber diesen Folgen ist das Bankenstimmrecht das gewiß kleinere Übel, mögen die Banken auch dadurch im Einzelfall eine ihnen nicht zukommende Machtposition in der Gesellschaft erlangen. Der Gefahr eines Mißbrauchs wird einmal dadurch erheblich gesteuert, daß die Banken nach § 110 angeben müssen, ob sie auf Grund eigenen Aktienbesitzes oder auf Grund von Kundenbesitz stimmen. Ferner sichert die durch das Gesetz über das Kreditwesen eingeführte Aufsicht über die Banken eine verantwortungsbewußte Ausübung des Stimmrechts im Gesamtinteresse der Gesellschaft und ihrer Aktionäre. Um dem Aktionär klar vor Augen zu führen, daß er sich seines Stimmrechts begibt und es der Bank überträgt, ist bestimmt, daß die Ermächtigung zur Ausübung des Stimmrechts nicht mehr in den allgemeinen Geschäftsbedingungen, die ungelesen unterschrieben werden, enthalten sein darf, sondern daß sie gesondert erteilt werden muß. Außerdem ist sie zeitlich - 15 Monate - beschränkt, so daß sich der Aktionär immer wieder von neuem entscheiden muß, ob er die Bank ermächtigen will (§ 114 Abs.4)." 1)

C.E. Fischer bemerkt hierzu, der Gesetzgeber habe in den Ausführungen seiner Begründung erkennen lassen, "daß ihm bei Formulierung des § 114 Abs.4 nicht ganz wohl gewesen war." 2) Auch nach Ansicht des Verfassers ist diese Amtliche Begründung überaus vorsichtig, an manchen Stellen geradezu euphemistisch abgefaßt.

1) Begründung zum Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien vom 30. Januar 1937, in: Erste Beilage zum Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr.28, Berlin, 4.2.1937, §§ 113, 114, S.2.

2) Curt Eduard Fischer, Das Depotstimmrecht der Banken und die Reform des Aktiengesetzes, in: ZfhwF, Heft 1/1958, S.29.

b) § 110 des Aktiengesetzes

§ 110 Satz 1 AktG schreibt vor, daß in der Hauptversammlung "ein Verzeichnis der erschienenen oder vertretenen Aktionäre und der Vertreter von Aktionären" ¹⁾ aufzustellen ist; darin muß neben dem Namen und Wohnort der Aktionäre und Aktionärvertreter der Betrag und die Gattung der von ihnen vertretenen Aktien angegeben werden. Neu vor allem ist die in § 110 Satz 2 AktG aufgenommene Bestimmung:

"Wenn jemand im eigenen Namen das Stimmrecht für Aktien ausüben will, die ihm nicht gehören, so hat er den Betrag und die Gattung dieser Aktien zur Aufnahme in das Verzeichnis gesondert anzugeben."

Nach dem zuvor geltenden § 258 HGB i.d.F.v. 1897 ging die Legitimationsübertragung aus den Angaben im Teilnehmerverzeichnis nicht hervor. Es war daher aus der Präsenzliste nicht ersichtlich, ob die Banken "Eigenbesitz" oder aber "Fremdbesitz" vertraten. Die Vorschrift des § 110 Satz 2 AktG wirkt der "Verschleierung der wahren Besitzverhältnisse" ²⁾ entgegen, indem sie die Legitimationsaktionäre, also vor allem die Banken bei der Ausübung des Depotstimmrechts, erkennbar macht. Die Angabepflicht nach § 110 Satz 2 AktG besteht auch dann, wenn eine Bank, die als formalberechtigter Namensaktionär im Aktienbuch der Gesellschaft eingetragen ist, das Stimmrecht aus Namensaktien ausübt, die einem Depotkunden als Materiellberechtigtem gehören. ³⁾

Das Teilnehmerverzeichnis wird in der Aktienrechtspraxis nach folgendem Schema aufgestellt: ⁴⁾

-
- 1) Bezeichnungen der Praxis hierfür: Teilnehmerverzeichnis, Präsenzliste oder Anwesenheitsliste.
 - 2) Schlegelberger - Quassowski, § 110 AktG, Anm. 3, 2.
 - 3) Schlegelberger - Quassowski, § 110 AktG, Anm. 4.
 - 4) Vgl. z.B.: Formular-Kommentar, 1. Teil, Handels- und Wirtschaftsrecht, 20. Aufl., Berlin-Köln 1958, S. 306 f.; Deutsche Linoleum-Werke AG, Teilnehmerverzeichnis der o. HV vom 11.7.58, eingereicht beim Handelsregister des Amtsgerichts Besigheim (Württ.). - Sind Vorzugsaktien vorhanden, so sind deren vertretene Beträge gesondert von denen der Stammaktien anzugeben.

Anlage zum Hauptversammlungs-Protokoll vom

Verzeichnis der in der (außer)ordentlichen Hauptversammlung der X.Y.-Aktiengesellschaft, Z., am erschienenen oder vertretenen Aktionäre und Aktionärvertreter

<u>Lfd.</u> <u>Nr.</u>	<u>Aktionär</u> (Name, Wohnort)	<u>Vertreter</u> (Name, Wohnort)	<u>Aktien des</u> <u>Teilnehmers</u> eigene / fremde DM DM		<u>Zahl der</u> <u>Stimmen</u>
...	...	...	...	...	...

Die Amtliche Begründung führt zu § 110 AktG aus:

"Das Verzeichnis der Teilnehmer (§ 110) hat eine weitere Aufgliederung erfahren. Zunächst wird ausdrücklich festgestellt, daß außer den Namen der erschienenen Aktionäre und der Vertreter von Aktionären auch der Name der vertretenen Aktionäre in das Verzeichnis aufzunehmen ist. Diese Änderung entspricht der bereits für § 258 HGB 1897 von der herrschenden Lehre vertretenen Auffassung. Neues Recht bringt jedoch § 110 Satz 2 für die Legitimationsübertragung. Sie trat bisher im Verzeichnis nicht zutage, da der Legitimationszessionär sein Stimmrecht im eigenen Namen ausübt. Nunmehr muß jeder, der im eigenen Namen das Stimmrecht für Aktien ausüben will, die ihm nicht gehören, den Betrag und die Gattung dieser Aktien besonders im Verzeichnis angeben. Diese Vorschrift bezweckt eine Offenlegung der wahren Besitzverhältnisse an den Aktien. Der Vorstand, die Gesellschaft und ihre Aktionäre haben ein Recht zu wissen, ob derjenige, der Stimmrechte ausübt und damit entscheidend in die Verhältnisse der Gesellschaft eingreift, seine Machtstellung aus eigenem oder fremdem Aktienbesitz herleitet. Ihre Einstellung gegenüber den Ansprüchen eines Aktionärs kann durch diese Kenntnis grundlegend beeinflußt werden.

Die Vorschrift wird sich hauptsächlich für das vom Entwurf unter bestimmten Bedingungen zugelassene Bankstimmrecht auswirken. Ihre Befolgung ist durch eine Strafbestimmung sichergestellt (§ 300 Nr.4).¹⁾

Das Aktiengesetz von 1937 hat damit das Depotstimmrecht der Banken, den praktisch wichtigsten Fall der Legitimationsübertragung, auch in § 110 Satz 2 - mittelbar - anerkannt. Das geht schon aus dem vorletzten Satz der oben zitierten Amtlichen Begründung zu § 110 AktG hervor; die Bank als Legitimationsaktionär übt hier "in eigenem Namen das Stimmrecht für Aktien" aus, die ihr "nicht gehören".

Bei der Stimmrechtsausübung auf Grund einer Vollmacht, die gegenüber jedermann der Schriftform bedarf, ist die Vollmachtsurkunde in der Hauptversammlung vorzulegen und bleibt in der Verwahrung der Gesellschaft. Das ergibt sich zwingend aus § 114 Abs.3 AktG, der unverändert aus § 252 Abs.2 HGB i.d.F.v. 1897 übernommen worden ist.

Die Erteilung der Stimmrechtsermächtigung an eine Bank unterscheidet sich von der Vollmacht dadurch: Wenn auch die Ermächtigung einer Bank ausdrücklich schriftlich erteilt werden muß (§ 114 Abs.4 Satz 1 AktG), ist weder der Vorsitz der Hauptversammlung noch der protokollführende Notar²⁾ - oder Richter - berechtigt oder verpflichtet, sich die Ermächtigungsurkunde von der ermächtigten Bank zur Prüfung vorlegen oder zur Verwahrung aushändigen zu lassen. Vielmehr verwahrt die ermächtigte Bank die Ermächtigungsurkunde bei sich.

-
- 1) Begründung zum Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien vom 30. Januar 1937, in: Erste Beilage zum Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger Nr.28, Berlin, 4.2.1937, § 110, S.1.
 - 2) Boehmer, Grenzen der Prüfungspflicht des Notars bei Stimmrechtsermächtigungen, in: Bank-Archiv, Jg.1939, Nr.5, S.126 ff.

Die stimmrechtsermächtigte Bank muß die Namen der Depotaktionäre nicht zur Eintragung in die Präsenzliste angeben ¹⁾; denn die als Legitimationsaktionär auftretende Bank zählt zu den erschienenen Vollaktionären. Sie muß lediglich neben dem Betrag und der Gattung der fremden Aktien ihren eigenen Namen und Sitz sowie den Namen und Wohnort desjenigen, durch den sie sich in der Hauptversammlung vertreten läßt, zur Eintragung in die Präsenzliste angeben.

Die Tatsache, daß eine Bank das Depotstimmrecht ausübt, ist im Teilnehmerverzeichnis praktisch nur aus dem Vermerk "Fremdbesitz" ersichtlich. Der Name des wahren Aktionärs bleibt also bei der Ausübung des Ermächtigungsstimmrechts - im Unterschied zur Vollmacht - ungenannt. Diese Anonymität ist nach den verschiedenen Richtungen ein schutzwürdiges Interesse der Aktieneigentümer. Im praktischen Erfolg können daher die Banken trotz der Sonderbestimmungen der §§ 114 Abs.4 und auch 110 Satz 2 AktG das Bankgeheimnis gleichermaßen wahren wie vor der aktiengesetzlichen Regelung von 1937.

c) Die Straf- und Aufsichtsbestimmungen zum Depotstimmrecht

Wer gesellschaftsfremde Sondervorteile zu erlangen versucht und dabei zum Schaden der Gesellschaft handelt, macht sich nach der Generalklausel des § 101 AktG schadensersatzpflichtig. Doch diese Vorschriften gelten nicht, wenn gesellschaftsfremde Sondervorteile durch die Stimmrechtsausübung verfolgt werden (§ 101 Abs.7 AktG) ²⁾. Jeder

1) Anderer Meinung: Ritter, § 110 AktG, Anm. 3.

2) Nach C.E. Fischers Vorschlag sollte § 101 Abs.7 AktG gerade umgekehrt gefaßt werden: "Diese Vorschriften (Anm. des Verf.: über die Schadensersatzpflicht) gelten insbesondere, wenn gesellschaftsfremde Sondervorteile durch Stimmrechtsausübung im eigenen oder fremden Namen verfolgt werden." S. Curt Eduard Fischer, a.a.O., ZfhwF, Heft 1/1958, S.40.

Aktionär kann gegebenenfalls im Zivilprozeß einen Beschluß der Hauptversammlung nach § 197 Abs.2 AktG in Verbindung mit § 198 Abs.1 Nr. 3 AktG anfechten.

Als Instanz für die Einhaltung der Bestimmungen der §§ 114 Abs.4 und 110 Satz 2 AktG ist § 300 AktG festgelegt: Er ist Schutzgesetz für die Gesellschaft. ¹⁾ Als Sanktionen sind Geldstrafen bis zu 100 000 DM angedroht. ²⁾

Nach § 300 Nr. 1 AktG wird bestraft, wer die Aktien eines anderen, zu dessen Vertretung er nicht befugt ist, ohne dessen Einwilligung zur Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung benutzt. Das bedeutet für das Depotstimmrecht: Eine Bank macht sich strafbar, wenn sie ohne schriftliche Ermächtigung des Berechtigten fremde Aktien im eigenen Namen zur Stimmrechtsausübung benutzt. § 300 Nr.1 AktG gilt auch gegenüber einer Bank, die von der rechtsgültig ermächtigten Bank ohne Einwilligung des Depotkunden unterermächtigt wird und das Stimmrecht ausübt. Ebenso ist die unzulässige Weitergabe der Ermächtigung im Wege der Unterermächtigung als Teilnahmehandlung nach § 300 Nr.1 AktG in Verbindung mit §§ 47 ff. StGB strafbar. ³⁾

Die neu eingeführte Bestimmung des § 300 Nr.3 AktG verbietet, Aktien, für die das Stimmrecht nach § 114 Abs.4 bis 7 AktG u.a. nicht ausgeübt werden darf, einem anderen zur Stimmrechtsausübung zu überlassen. Derartige Stimmrechtschiebungen waren zuvor vom § 318 HGB i.d.F.v. 1897 nicht erfaßt und blieben daher straflos. ⁴⁾ § 300 Nr.3 AktG be-

1) Schlegelberger - Quassowski, § 300 AktG, Anm. 1.

2) Der zuvor gültige § 318 HGB i.d.F.v. 1897 sah hierzu Geldstrafen von 10 bis 30 Mark für jede mißbräuchlich benutzte Aktie, jedoch eine Mindeststrafe von 1 000 Mark vor.

3) S.: Quassowski, a.a.O., Sp.161 f.; vgl. aber: Reinhard von Godin, a.a.O., S.123.

4) Schlegelberger - Quassowski, § 300 AktG, Anm. 5.

straft die Überlassung wie auch die Benutzung solcher Aktien zur Stimmrechtsausübung. Mithin kann eine Bank ohne schriftliche Ermächtigung des Berechtigten das Stimmrecht aus fremden Aktien in keinem Fall ausüben oder weiterübertragen.

Schließlich macht sich nach § 300 Nr.4 AktG strafbar, wer die in § 110 AktG verlangten Angaben zur Eintragung in die Präsenzliste nicht oder nicht richtig macht. Eine Bank setzt sich somit aktienstrafrechtlichen Sanktionen aus, wenn sie bei der Ausübung des Stimmrechts die fremden Depotaktien entweder nicht von ihren eigenen Aktienbeständen gesondert oder falsch ausweist.

Außer diesen aktienrechtlichen und strafrechtlichen Sicherungsbestimmungen soll auch die durch das Gesetz über das Kreditwesen (KWG) vom 5. Dezember 1934 (in der Fassung vom 18.9.1944) eingeführte Aufsicht über die Kreditinstitute gewährleisten, daß die Banken die aktienrechtlichen Stimmrechtsvorschriften einhalten. ¹⁾ Ob und wie sich diese staatliche Bankenaufsicht auf die Ausübung des Depotstimmrechts auswirkt, hat sich allerdings bis jetzt nicht feststellen lassen. ²⁾

2. Die geltenden standesrechtlichen Grundlagen des privaten Bankgewerbes für die Ausübung des Depotstimmrechts

Die anglo-amerikanische Kritik am deutschen Aktienwesen richtete sich nach dem Kriege nicht zuletzt gegen das Bankstimmrecht: Es wurde als Schaden bezeichnet, daß es den Banken in Deutschland so leicht gemacht werde, das Stimmrecht aus den Depotaktien auszuüben. ³⁾ Im Jahre 1950 verlangten

1) Vgl. Amtliche Begründung zu § 114 AktG.

2) S. Ernst-Joachim Mestmäcker, a.a.O., S.94. - Zur Kritik am KWG vgl.: H. Linhardt, Wider das Depotstimmrecht der Banken, in: Die AG, Heft 8/1958, S.170.

3) S. Joachim Heintze, Zum Aktiengesetz vom 30. Januar 1937, in: Die Neugestaltung des Aktienrechts und Umgründung einer offenen Handelsgesellschaft in eine Kapitalgesellschaft; Praktische Betriebswirtschaft, Eine Schriftenreihe, Heft 4, Berlin 1948, S.60.

die Alliierten bei den Verhandlungen über die Neuordnung der Großbanken von der Bundesregierung, die Neuregelung des Depotstimmrechts in ein zu erlassendes Gesetz ¹⁾ aufzunehmen. Demgegenüber setzte sich der deutsche Standpunkt durch, wonach das Depotstimmrecht als ein aktienrechtliches Problem erst bei einer Aktienrechtsreform neu zu fassen sei; jedoch mußte sich die Bundesregierung damals gegenüber den Alliierten verpflichten, schon vor einer Reform des Aktiengesetzes eine Übergangsregelung zu treffen. ²⁾ Die Alliierten wünschten vor allem, daß die Banken wichtige Gegenstände der Tagesordnung rechtzeitig ihren Depotkunden mitteilen und Weisung über die Art der Stimmrechtsausübung in der Hauptversammlung einholen. ³⁾

Die Regierungsstellen erreichten 1952 bei der Standesorganisation der Geschäftsbanken, dem Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Köln, einen Beschluß über gewisse Grundsätze bei der Handhabung des Depotstimmrechts, die den Alliierten geboten erschienen.

Die Grundsätze für die Ausübung des Depotstimmrechts gelten nur für diejenigen Geschäftsbanken, die sich über die Landesverbände im Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.) freiwillig zusammengeschlossen haben. - Keine Mitgliedsinstitute und daher ausgenommen sind: Sparkassen;

-
- 1) Das spätere Gesetz über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten (Großbankengesetz) vom 29. März 1952.
 - 2) Vgl. hierzu: Hermann Herold, Das Depotstimmrecht der Banken. Ein vielumstrittenes Problem, in: Das deutsche Privatrecht in der Mitte des 20. Jahrhunderts, Festschrift für Heinrich Lehmann zum 80. Geburtstag, Herausgeber: H.C. Nipperdey, II. Band, Berlin-Tübingen-Frankfurt (Main) 1956, S.566; Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Mitteilungen an die angeschlossenen Verbände, Nr.82/29.5.52, Anlage, S. 1 (unveröffentlicht).
 - 3) S. Hermann Herold, Die Neuordnung der Großbanken im Bundesgebiet, in: NJW, Heft 13/1952, S.483.

Kreditgenossenschaften; Bank für Gemeinwirtschaft AG, Frankfurt (Main); ausschließliche Teilzahlungsbanken; Hypothekenvermittler und dergleichen; Banken, welche die Statuten des Bundesverbandes nicht erfüllen oder nicht anerkennen.

Wegen ihrer besonderen Bedeutung als zweiter Grundlage - neben den aktienrechtlichen Bestimmungen - für die Ausübung des Bankenstimmrechts werden diese Grundsätze des Bundesverbandes, ebenso seine drei zusätzlichen Erläuterungen von 1952, 1955 und 1958 zum wesentlichen Teil im vollen Wortlaut wiedergegeben:

- a) Die "Grundsätze über die Ausübung des Depotstimmrechts" und die unveröffentlichten Erläuterungen des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes von 1952

Nach den Verhandlungen im März 1952 beschloß der Hauptausschuß des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes (E.V.) am 28. April 1952 die heute noch geltenden "Grundsätze über die Ausübung des Depotstimmrechts". Außerdem gab der Bundesverband in seinen "Mitteilungen an die angeschlossenen Verbände" (Nr. 82 vom 29. Mai 1952) unveröffentlichte Erläuterungen zu diesen Richtlinien; diese Erläuterungen werden im folgenden auszugsweise herangezogen.

Die sechs "Grundsätze über die Ausübung des Depotstimmrechts" lauten:

- "1. Hat der Aktionär der Bank eine bestimmte Weisung über die Art der Ausübung des Stimmrechts erteilt, so wird die Bank die Weisung sorgfältig befolgen.
2. Hat der Aktionär der Bank keine bestimmte Weisung erteilt, so wird die Bank das Stimmrecht so ausüben, wie sie es im Interesse des Aktionärs für geboten erachtet.
3. Die Bank wird dem Aktionär diejenigen Punkte der Tagesordnung einer Hauptversammlung mitteilen, die eine Änderung der Satzung betreffen oder über die nach zwingender Vorschrift des Gesetzes nur mit 3/4-Mehrheit des vertretenen Grundkapitals beschlossen werden kann, und ihn um Weisung über die Ausübung des Stimmrechts bitten.

4. Die Bank wird ferner dem Aktionär eine beabsichtigte Opposition mitteilen, wenn sie ihr mindestens 14 Tage vor der Hauptversammlung bekannt wird. Sie wird in diesem Falle dem Aktionär einen Vorschlag zur Ausübung des Stimmrechts machen mit dem Hinweis, daß sie das Stimmrecht entsprechend ihrem Vorschlag ausüben wird, wenn nicht der Aktionär rechtzeitig eine andere Weisung erteilt.
5. Will die Bank selbst Opposition betreiben, so wird sie das Stimmrecht in ihrem Sinne nur ausüben, wenn der Aktionär sich auf Anfrage ausdrücklich damit einverstanden erklärt hat.
6. Die Bank wird ferner eine ihr bekannt werdende oder von ihr selbst beabsichtigte Opposition dem Bundesverband zwecks Unterrichtung der privaten Banken unverzüglich bekanntgeben." ¹⁾

Diese sechs Grundsätze sind auf allen Begleitdrucksachen zu den Formularen, mit denen die Banken die schriftliche Stimmrechtsermächtigung ihrer Depotkunden einholen, aufgeführt.

Macht die Bank von der Ermächtigung Gebrauch, ist sie nach den Grundsätzen an eine ihr erteilte Weisung des Depotaktionärs gebunden, auch wenn sie diese Weisung als sachlich unzweckmäßig ansieht (Grundsätze, Nr. 1). - Bei der Aufstellung dieser Depotstimmrechtsrichtlinien ist allerdings die Frage offengeblieben, ob die Bank berechtigt ist, eine vom Kunden erteilte Weisung abzulehnen. Der Bundesverband hat sich in den unveröffentlichten Erläuterungen von 1952 hierzu wie folgt geäußert:

"Das Bundesjustizministerium und Bundesfinanzministerium vertreten die Auffassung, daß zwischen der Bank und dem Kunden schon durch das Ersuchen um die Stimmrechtsermächtigung und die Erteilung der Stimmrechtsermächtigung

1) Zit. in: Denkschrift Bankenverband, S.20.

ein Auftragsverhältnis entsteht, das die Bank nur unter den Voraussetzungen des § 671 BGB kündigen kann. ... Der Bundesverband vertritt demgegenüber den Standpunkt, daß die Erteilung der Stimmrechtsermächtigung noch nicht die Annahme eines Angebots zu einem Auftragsabschluß darstellt, daß vielmehr ein Auftragsverhältnis rechtlich erst zustande kommt, wenn die Bank von dem Kunden eine besondere Weisung erhält und nicht ablehnt. Dies bedeutet, daß die Bank an sich freie Hand hat, ob sie eine Weisung entgegennehmen oder ablehnen will. ... Es dürfte jedoch im eigenen Interesse der Bank liegen, von dieser Möglichkeit nur in ganz besonderen Ausnahmefällen Gebrauch zu machen, nämlich wenn ihr die Befolgung der Weisungen aus sachlichen Gründen nicht zumutbar ist. In diesen Fällen würde sie auch sehr wahrscheinlich bei Unterstellung eines Auftragsverhältnisses das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grunde haben. Die traditionelle Stellung der Bank als Interessenwahrerin ihrer Kundschaft wird außerdem von selbst die Ablehnung von Weisungen der Kundschaft auf seltene Fälle beschränken." ¹⁾

Weiter gehen die Grundsätze davon aus, daß die Bank das Stimmrecht im Interesse der Aktionäre auszuüben hat (Grundsätze, Nr.1). Auch hierzu sind die internen Erläuterungen des Bundesverbandes bemerkenswert: Die Bank "wird allerdings in der Regel davon ausgehen dürfen, daß die Anträge der Verwaltung auch dem wohlverstandenen Interesse der Gesamtheit der Aktionäre entsprechen" ²⁾.

Die Bank kann ebenso in den unter Nummer 3 und Nummer 4 der Grundsätze behandelten Fällen das Stimmrecht nach eigenem Ermessen ausüben, sofern der Depotkunde keine Weisung erteilt.

-
- 1) Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Mitteilungen an die angeschlossenen Verbände, Nr.82/29.5.52, Anlage, S.5 f. (unveröffentlicht).
 - 2) Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Mitteilungen an die angeschlossenen Verbände, Nr.82/29.5.52, Anlage, S.1 (unveröffentlicht).

C.E. Fischer bezeichnet diese Stimmrechtshandhabung als "eine Spekulation auf die Gleichgültigkeit und Uninteressiertheit der kleinen Einzelaktionäre" ¹⁾.

Die Informationspflicht der Banken erstreckt sich nach den Grundsätzen einmal auf Punkte der Tagesordnung, die eine Satzungsänderung betreffen oder einen Beschluß mit zwingend erforderlicher Dreiviertelmehrheit zum Gegenstand haben (Grundsätze, Nr.3), sodann auf beabsichtigte oder bekannt gewordene Oppositionen (Grundsätze, Nr. 4 bis 6). Zufolge den nicht veröffentlichten Mitteilungen des Bundesverbandes an die Landesverbände "kann von den Banken nicht erwartet werden, daß sie ihre Kunden umfassender unterrichten als die Gesellschaft selbst, insbesondere kann eine Bank nicht als verpflichtet angesehen werden, sich selbst erst durch Rückfrage bei der Gesellschaft Informationen einzuholen, um sie an die Kundschaft weiterzuleiten" ²⁾. Im weiteren heißt es dort: "In den Fällen der Satzungsänderung oder der Beschlüsse, zu denen zwingend eine Dreiviertelmehrheit des vertretenen Grundkapitals erforderlich ist, braucht die Bank ihrerseits dem Kunden keine Vorschläge für die Ausübung des Stimmrechts zu machen. Andererseits bleibt ihr dies unbenommen, wenn sie es als zweckmäßig ansieht." ³⁾

Äußerst aufschlußreich sind die unveröffentlichten Erläuterungen zu der rechtlichen Seite der Grundsätze: "Der Beschluß des Hauptausschusses des Bundesverbandes hat die Bedeutung einer Bekundung der Auffassung der Standesvertretung des privaten Bankgewerbes über die Art und Weise, wie von den Banken bei der Einholung und Benutzung von Depotstimmrechtsermächtigungen zu verfahren ist. Im Gegensatz zu dem Generalversammlungsbeschluß des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes vom Dezember 1930 wird durch

-
- 1) Curt Eduard Fischer, a.a.O., ZfhwF, Heft 1/1958, S.30.
 - 2) Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Mitteilungen an die angeschlossenen Verbände, Nr.82/29.5.52, Anlage, S.2 (unveröffentlicht).
 - 3) Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Mitteilungen an die angeschlossenen Verbände, Nr.82/29.5.52, Anlage, S.4 (unveröffentlicht).

diesen Beschluß keine ausdrückliche gegenseitige Verpflichtung der Banken zur Befolgung des Beschlusses begründet. Wohl aber bedeutet der Beschluß die Schaffung einer Usance, deren Nichtbeachtung sowohl eine Schadensersatzpflicht gegenüber dem Kunden wie Folgen nach § 6 KWG haben kann." ¹⁾

- b) Die ergänzenden Erläuterungen von 1955 zu den "Grundsätzen über die Ausübung des Depotstimmrechts"

Zu den Grundsätzen aus dem Jahre 1952 hat der Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.) 1955 in einem Rundschreiben an die Mitgliedsbanken ergänzende Erläuterungen veröffentlicht, die wörtliche Wiedergabe verdienen: ²⁾

"

Betrifft: Depotstimmrecht

Durch unsere Mitgliedsverbände waren Ihnen im Mai 1952 die von unserem Hauptausschuß beschlossenen 'Grundsätze über die Ausübung des Depotstimmrechts' nebst Erläuterungen zugegangen.

Auf Vorschlag unserer Aktienrechtskommission hat der Hauptausschuß auf seiner Sitzung am 31.8.d.J. folgende Ergänzungen der Erläuterungen zu den Grundsätzen über die Ausübung des Depotstimmrechts beschlossen:

I. Ausübung des Depotstimmrechts durch Dritte

Will eine Bank das ihr vom Kunden übertragene Stimmrecht nicht selbst ausüben, sondern sich dafür eines Dritten bedienen, so muß sie folgendes beachten:

Mit Hilfe einer Legitimationsübertragung (d.h. einer Übertragung der Befugnisse zur Ausübung des Stimmrechts im eigenen Namen) kann eine Befreiung von den Beschränkungen des Bankstimmrechts (§ 114 Abs.4 AktG) nicht erreicht werden. Nach Satz 2 dieser Vorschrift kann der Aktionär diese Befugnis nur einer bestimmten Bank erteilen, die er in der schriftlichen Ermächtigungserklärung namentlich bezeichnen muß. Daraus

-
- 1) Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Mitteilungen an die angeschlossenen Verbände, Nr.82/29.5.52, Anlage, S.5 (unveröffentlicht).
 - 2) Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Rundschreiben Nr.130/30.9.55, IV. Wertpapier- und Börsenverkehr; zit. bei: Curt Eduard Fischer, a.a.O., ZfhwF, Heft 1/1958, S.43 ff., Anhang 6.

folgt, daß die Bank die ihr erteilte Ermächtigung nicht weiterübertragen kann, denn nur die vom Aktionär (Kunden) selbst in der Ermächtigungserklärung genannte Bank ist zur Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung legitimiert.

Die genannte Vorschrift geht jedoch nach herrschender Meinung nicht so weit, den Aktionär zu zwingen, stets nur eine einzige Bank zu ermächtigen. Er kann vielmehr mehrere Banken gleichzeitig ermächtigen mit der Maßgabe, daß eine von ihnen das Stimmrecht ausübt (Alternativermächtigung). Der Kunde soll allerdings die Alternativermächtigung mehrerer Banken in einer einheitlichen Urkunde erklären, weil andernfalls tatsächliche und rechtliche Schwierigkeiten entstehen.

Im Gegensatz zur Legitimationsübertragung ist die Erteilung einer Vollmacht, bei der der Bevollmächtigte nicht im eigenen Namen, sondern im Namen des Vollmachtgebers das Stimmrecht aus Depotaktien ausübt, unbedenklich. Die Vollmacht bedarf der Schriftform (§ 114 Abs.3 AktG). Da das Depotstimmrecht aber auf einem Vertrauensverhältnis zwischen Kunde und Bank beruht und von der Bank nicht im eigenen, sondern im Interesse des Kunden ausgeübt wird, darf die Bank nur solche Personen zur Ausübung des ihr übertragenen Stimmrechts des Kunden bevollmächtigen, die in gleicher Weise wie sie selbst an die Beachtung der 'Grundsätze' und an die Befolgung der Weisungen des Kunden, überhaupt an die Verpflichtung zur Wahrung seiner Interessen gebunden sind.

II. Vorschlag, Weisungsgebundenheit und Unterrichtungspflicht

Die Bank ist nur dann verpflichtet, dem Kunden einen eigenen Vorschlag für die Ausübung seines Stimmrechts zu machen, wenn das ihr vorliegende Material zur Beurteilung des Sachverhalts ausreicht. Ist das nicht der Fall, so kann sie sich darauf beschränken, den Kunden von der bevorstehenden Opposition zu unterrichten und um Weisungen zu bitten. Nur wenn der Kunde dann keine Weisung erteilt, kann sie das Stimmrecht in der Hauptversammlung nach ihrem besten Ermessen im Interesse des Kunden ausüben.

Hat der Kunde eine Weisung erteilt, so ist die Bank grundsätzlich an die Weisung gebunden, ohne Rücksicht darauf, ob diese auf einen Vorschlag der Bank zurückgeht oder nicht. Sie darf von einer ihr erteilten Weisung nur dann abweichen, wenn sich nach Erteilung der Weisung neue Tatsachen ergeben, zu denen eine sachliche Entscheidung des Kunden nicht mehr zu erhalten ist, die es aber im Interesse des Kunden notwendig erscheinen lassen, von der Weisung abzuweichen. Solche neuen Tatsachen liegen z.B. vor, wenn in der Hauptversammlung nicht angekündigte Anträge gestellt oder angekündigte Anträge fallengelassen werden.

Die Bank ist nicht verpflichtet, den Kunden über solche vor der Hauptversammlung neu bekannt werdende Tatsachen zu unterrichten, die bereits in einer oder mehreren großen Tageszeitungen publiziert worden sind. Sie hat den Kunden jedoch zu unterrichten, wenn sie auf Grund der neuen Tatsachen erkennt,

daß ein früherer Vorschlag, dem der Kunde sich angeschlossen hat, mit dem Interesse des Kunden nicht vereinbar ist. Hat der Kunde eine von dem Vorschlag der Bank abweichende Weisung erteilt, so besteht eine Unterrichtungspflicht nur dann, wenn das neue Material nicht in einer Tageszeitung veröffentlicht worden ist und angenommen werden muß, daß der Kunde bei Kenntnis des neuen Materials eine andere Weisung erteilt hätte. In jedem Falle endet die Unterrichtungspflicht der Banken etwa 7 Tage vor der Hauptversammlung, da zu später eingehendem Material sachliche Entscheidungen des Kunden im allgemeinen nicht mehr rechtzeitig zu erhalten sind.

III. Einzelfragen

Es empfiehlt sich, zugleich mit der Bitte um Weisung an den Depotkunden etwa folgende Fragen zu richten:

'Fall Sie wünschen, daß wir Ihre Stimmen für die Anträge der Opposition abgeben, bitten wir Sie, sich zugleich darüber zu erklären, ob wir auch dann mit Ihren Stimmen gegen die Anträge der Verwaltung stimmen sollen, wenn die angekündigte Opposition in der Hauptversammlung ganz oder teilweise unterbleibt.

Sollten Sie wünschen, daß wir für Sie in der Hauptversammlung Widerspruch zu Protokoll erklären, so bitten wir, uns die anliegende Vollmacht zurückzusenden, da wir Widerspruch zu Protokoll nur auf Grund einer schriftlichen Vollmacht in Ihrem Namen erklären können.'

Die erste Frage soll die Stellung der Bank klären, wenn der Kunde sich einer Opposition angeschlossen hat, die aber in der Hauptversammlung ganz oder teilweise unterbleibt. Die in der zweiten Frage erwähnte Vollmacht zur Protesterklärung ist erforderlich, weil die Bank auf Grund des Depotstimmrechts im Sinne des § 114 Abs.4 AktG Widerspruch zu Protokoll nur im eigenen Namen erklären kann mit der Folge, daß sie auch eine eventuelle Anfechtungsklage gemäß § 198 Abs.1 AktG im eigenen Namen durchführen müßte, während sie auf Grund einer schriftlichen Vollmacht im Sinne des § 114 Abs.3 AktG den Widerspruch im Namen des Kunden erklären kann, so daß auch die Anfechtungsklage von diesem in seinem Namen durchzuführen wäre.

Erteilt der Kunde bei Namensaktien, die auf die Bank eingetragen sind, Weisung, Widerspruch zu Protokoll zu geben, so empfiehlt es sich, im Einvernehmen mit dem Kunden zu versuchen, die Aktien noch vor der Hauptversammlung auf den Kunden oder einen Dritten umschreiben zu lassen, soweit dies mit Rücksicht auf den Stoptag möglich ist."

c) Weitere Erläuterungen des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes von 1958 zur Ausübung des Depotstimmrechts

Der Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.) hat sich 1958 noch einmal in einem Rundschreiben mit dem Depotstimmrecht befaßt und darin hauptsächlich Fragen der Stimmrechtsausübung durch Banken im Falle einer Opposition behandelt. Dieses Rundschreiben hat folgenden Wortlaut: ¹⁾

"Depotstimmrecht

Unsere Aktienrechtskommission hat sich auf ihren beiden letzten Sitzungen mit einer Reihe von Fragen des Depotstimmrechts befaßt. Wir bringen Ihnen nachstehend die Beschlüsse der Kommission zur Kenntnis:

1. Auslegung der Grundsätze über die Ausübung des Depotstimmrechts

- a) Es ist auch dann nach Ziffer 4 der Grundsätze zu verfahren, wenn die Ankündigung, gegen die Vorschläge der Verwaltung stimmen zu wollen, unter einer Bedingung erfolgt, z.B. für den Fall, daß in der Hauptversammlung keine befriedigende Auskunft zu bestimmten Fragen erteilt werde.
- b) Jede Ankündigung, die die Auslegung zuläßt, daß gegen die Vorschläge der Verwaltung gestimmt werden soll, wie z.B. die Ankündigung, 'nicht für die Anträge der Verwaltung' stimmen zu wollen, ist als Opposition nach den Grundsätzen zu behandeln.
Keine Opposition ist dagegen die Ankündigung, sich der Stimme enthalten zu wollen.
- c) Es ist nicht erforderlich, daß der Opponent der Ankündigung seiner Opposition eine sachliche Begründung beifügt. Auch die bloße Mitteilung, gegen bestimmte Vorschläge der Verwaltung stimmen zu wollen, ist die Ankündigung einer Opposition im Sinne der Grundsätze.

2. Verfahren bei der Unterrichtung der Depotkundschaft

Nach den Grundsätzen für die Ausübung des Depotstimmrechts haben die Banken die Depotkundschaft über eine bevorstehende Opposition zu unterrichten und sie um Weisung für die Ausübung ihres Stimmrechts zu bitten. Um den Kunden eine sachgerechte Weisung zu ermöglichen, sollten sie auch über eine eventuelle Begründung der Opposition unterrichtet werden. Ferner werden

1) Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Rundschreiben Nr.29/14.3.1958.

sie in dem in unserem Rundschreiben IV 130/55 zu 1) unter II genannten Rahmen über eine eventuelle Stellungnahme der Verwaltung zu der angekündigten Opposition zu unterrichten sein.

Der Bundesverband wird sich bemühen, bei Bekanntwerden einer Opposition festzustellen, ob die Verwaltung beabsichtigt, dazu noch vor der Hauptversammlung eine schriftliche Erklärung abzugeben. Er wird den Instituten nach Möglichkeit gleichzeitig mit der Ankündigung der Opposition mitteilen, ob eine solche Stellungnahme der Verwaltung zu erwarten ist. Sofern die Verwaltung zu der angekündigten Opposition vor der Hauptversammlung schriftlich Stellung nehmen will, wird der Bundesverband darauf hinwirken, daß diese Stellungnahme den Instituten unverzüglich, spätestens jedoch bis acht Tage vor der Hauptversammlung, zur Verfügung steht.

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß es praktisch vielfach nicht möglich ist, den Depotkunden die gesamten Ausführungen der Opposition bzw. der Verwaltung im Wortlaut zur Kenntnis zu bringen. Die Depotbanken sind hierzu auch weder nach dem Depotvertrag noch nach den Depotstimmrechtsgrundsätzen verpflichtet. Die Richtlinien der amerikanischen Securities Exchange Commission sehen vor, daß die Begründung einer angekündigten Opposition auf etwa 100 Worte abgekürzt werden kann, falls der Opponent nicht die zur Unterrichtung der übrigen Aktionäre erforderliche Anzahl von Exemplaren seiner Ausführungen zur Verfügung stellt. In Anlehnung an diese Regelung wird der Bundesverband in Zukunft erforderlichenfalls den wesentlichen Inhalt der Oppositionsbegründung und gegebenenfalls auch der Stellungnahme der Verwaltung auf je etwa 100 Worte zusammenfassen und zur entsprechenden Unterrichtung der Depotkundschaft den angeschlossenen Instituten über die Landesverbände zuleiten, falls nicht der Opponent bzw. die Verwaltung den Depotbanken die zur Unterrichtung der Depotkundschaft erforderliche Anzahl an Exemplaren zur Verfügung stellt. Es ist daher zu empfehlen, in jedem Fall vor Weitergabe einer unmittelbar bekanntgewordenen Opposition an die Depotkundschaft zunächst die Nachricht über die Landesverbände abzuwarten.

3. Korrespondenz mit den Depotkunden

In den Schreiben, in denen die Depotkunden um Erteilung der Depotstimmrechtsermächtigung gebeten werden, sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß es in erster Linie erwünscht wäre, wenn der Depotkunde selbst an der Hauptversammlung teilnehmen und dort sein Stimmrecht ausüben würde. Nur sofern er hierzu nicht in der Lage sei und auch nicht beabsichtigen sollte, einen Dritten mit der Ausübung seines Stimmrechts zu beauftragen, sei die Erteilung der Ermächtigung zweckmäßig, damit in der Hauptversammlung sein Stimmrecht in seinem Interesse zur Geltung gebracht werden kann. In dem gleichen Sinn sollten auch die Schreiben gehalten werden, mit denen eventuell eine Rückäußerung auf Schreiben der vorgenannten Art angemahnt wird.

Hat der Kunde eine Depotstimmrechtsermächtigung erteilt und macht die Bank ihm nach Ziffer 4 der Grundsätze einen Vorschlag für die Ausübung seines Stimmrechts, so sollte sie dabei erkennen lassen, daß sie diesen Vorschlag mit Rücksicht auf die Interessen des Depotkunden unterbreitet.

4. Vertretung der Depotstimmen in den Hauptversammlungen

Hat eine Bank für die Ausübung des Stimmrechts aus Kundenaktien sowohl Weisungen im Sinne der Verwaltungsvorschläge als auch solche im Sinne einer Opposition erhalten, so sollte durch Entsendung von zwei Vertretern in die Hauptversammlung vermieden werden, daß derselbe Bankvertreter sowohl für als auch gegen die Vorschläge der Verwaltung stimmen muß."

Diese Erläuterungen der "Grundsätze für die Ausübung des Depotstimmrechts" bedürfen zu Punkt 2 - Verfahren bei der Unterrichtung der Depotkundschaft (gemäß Nr.4 der Grundsätze) - einer ergänzenden Bemerkung: Der Depotaktionär kann keine Vertagung einer ordnungsgemäß einberufenen Hauptversammlung (im Sinne von § 125 Abs.7 AktG) verlangen, falls er entweder keine Oppositionsnachricht oder diese erst kurz vor der Hauptversammlung erhalten hat. Die Benachrichtigung der Depotkundschaft durch die Bank berührt nämlich die Aktiengesellschaft nicht, sondern fällt unter die Rechtsbeziehungen zwischen Deponent und Depositar. Die "Grundsätze" sind Inhalt des Depotvertrags; bei seiner Verletzung kann der Depotaktionär daher nur gegen die Bank vorgehen. ¹⁾

3. Die Einholung der Stimmrechtsermächtigung durch die Bank

Die Depotbank sendet im allgemeinen zum Jahresende dem Depotkunden einen Depotauszug zur Depotabstimmung: Der Kunde hat auf dem beigefügten Durchschlag des Depotauszuges durch seine Unterschrift zu bestätigen, daß der Depotkontostand mit seinen eigenen Unterlagen übereinstimmt, und diese Durchschrift der Bank zurückzusenden. ²⁾

1) S. hierzu: K. Westrick, Aktienrechtliche Fragen bei der Abwicklung von Hauptversammlungen, in: Der Betriebs-Berater, Heft 11/1958, S.395.

2) S. Enzyklopädisches Lexikon, Bd.1, S.374 f. (Stichwörter: Depotabstimmung, Depotauszug).

Neben dem Depotauszug erhält der Depotaktionär zugleich ein besonderes Formularschreiben seiner Bank, in dem sie ihn um Erteilung der Stimmrechtsermächtigung für die bei ihr verwahrten Aktien bittet, samt einem Stimmrechtsermächtigungs-Formular. Der Depotkunde braucht diesen beigelegten Ermächtigungs-vordruck lediglich mit Ort, Ausstellungsdatum und Unterschrift ¹⁾ zu versehen und - zusammen mit der Kopie des Depotauszugs - an die Depotbank zurückzuschicken. Die Bank überreicht ihm in der Regel dazu sogar noch einen Freiumschlag, "schwerlich allein für die Interessen der sonst mit jedem Porto belasteten Depotkunden" ²⁾.

- a) Schreiben der Bank an den Kunden mit der Bitte um Erteilung der Stimmrechtsermächtigung

Sämtliche Vordrucke der Banken, in denen die Depotkunden gebeten werden, die Bank zur Ausübung des Depotstimmrechts zu ermächtigen, enthalten die sechs "Grundsätze über die Ausübung des Depotstimmrechts", die der Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.) 1952 aufgestellt hat.

Im Bankgeschäftlichen Formularbuch von Trost - Schütz ist folgendes Musterschreiben der deponhaltenden Bank, worin sie den Kunden um Erteilung der Depotstimmrechtsermächtigung bittet, abgedruckt: ³⁾

".....

Betr.: Depotstimmrechts-Ermächtigung gemäß § 114 Abs.4
Aktiengesetz

Dem Besuch der Hauptversammlungen kommt aus wirtschaftlichen und gesellschaftsrechtlichen Gründen eine besondere

-
- 1) Die Ermächtigung einer Bank zur Ausübung des Stimmrechts muß nach § 114 Abs.4 AktG in jedem Fall schriftlich erteilt werden.
2) Ohne Verf., Das Aktionärs-Interesse pflegen, in: VW, Nr.32/1953, S.14.
3) Trost - Schütz, a.a.O., S.109, Muster Nr.55.

Bedeutung zu. Es dürfte daher im Interesse der Aktionäre liegen, sofern sie nicht selbst an den Hauptversammlungen teilzunehmen wünschen, ihre Aktien jeweils in geeigneter Weise vertreten zu lassen.

Wir sind gern bereit, Ihre von uns verwalteten Aktien im Sinne des § 114 Abs.4 des Aktiengesetzes in den Hauptversammlungen zu vertreten und erbitten uns zu diesem Zweck eine entsprechende von Ihnen unterzeichnete Ermächtigung laut beiliegendem Vordruck. Hierdurch entstehen Ihnen keinerlei Kosten. Die Ermächtigung wird längstens für die Dauer von fünfzehn Monaten erteilt, kann aber jederzeit widerrufen werden; wir werden von der Ermächtigung keinen Gebrauch machen, falls uns bekannte, satzungsmäßige oder gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.

Im übrigen steht es Ihnen selbstverständlich frei, während der Dauer der Ermächtigung in jedem einzelnen Fall rechtzeitig durch uns eine Stimmkarte auf Ihren Namen für Ihre Aktien zu beantragen und Ihre Aktionärsrechte in einer Sie interessierenden Hauptversammlung selbst oder durch einen von Ihnen zu benennenden Dritten wahrzunehmen. Bei der Ausübung des Stimmrechts auf Grund einer von Ihnen erteilten Ermächtigung werden wir nach folgenden, allgemein festgelegten Grundsätzen verfahren: ¹⁾

...

Wir erlauben uns, Ihnen anbei einen Ermächtigungs-Vordruck zu überreichen und wären Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie uns diesen Vordruck baldmöglichst - mit Ort, Datum und Ihrer Unterschrift versehen - zurücksenden wollten.

Anlagen

1 Ermächtigungserklärung

1 Freiumschlag

X.-Bank"

1) Anm. des Verf.: Es folgen die sechs "Grundsätze über die Ausübung des Depotstimmrechts", die der Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.) 1952 festgelegt hat.

Vergleicht man dieses Musterformular zum Beispiel mit den neuesten Vordrucken der drei Großbanken - Deutsche Bank, Dresdner Bank ¹⁾, Commerzbank -, so zeigt sich eine weitgehende Übereinstimmung: In allen diesen Schreiben wird betont (bei denen der Dresdner Bank und Commerzbank überdies durch hervorgehobenen Druck), daß dem Kunden durch die Erteilung der Ermächtigung keine Kosten entstehen. Nach dem Wortlaut dieser Vordrucke steht es dem Kunden frei, trotz seiner der Bank erteilten Ermächtigung das Stimmrecht auf den einzelnen Hauptversammlungen selbst auszuüben ²⁾; in diesem Fall fordert die ermächtigte Bank für die betreffende Hauptversammlung bei der Gesellschaft eine Stimmkarte auf den Namen des Aktionärs an.

Die vorgedruckten Schreiben der Dresdner Bank und der Commerzbank enthalten einen besonderen Hinweis für Aktionäre solcher Gesellschaften, die den Bestimmungen des Schuman-Planes unterliegen: "Nach den Entscheidungen Nr.24 und 26 vom 6. Mai 1954 der Hohen Behörde der Montanunion kann eine Bank in der Hauptversammlung einer dem Artikel 80 des Schuman-Planes unterliegenden Gesellschaft das Stimmrecht für die einem Kunden gehörenden Aktien ³⁾ nur ausüben, wenn sie der Kunde als der wahre Berechtigte aus den Aktien -

1) Der Vordruck der Dresdner Bank (z.B. 1958/59) enthält folgende irreführende Formulierung: "Für den Fall, daß Aktionäre ... nicht selbst an den Hauptversammlungen teilnehmen und das Stimmrecht ausüben, wurde vom Gesetzgeber die Vertretung des Aktienbesitzes durch die deponhaltenden Banken vorgesehen." - Dabei unterwirft der "Gesetzgeber" in § 114 Abs.4 AktG gerade die Banken - im Unterschied zu allen anderen Personen - bei der Ausübung fremder (Depot-)Aktienstimmrechte einschränkenden Sonderbestimmungen.

2) Manche Formularschreiben der Banken an die Kunden sehen darüber hinaus vor: " ... selbst oder durch einen von Ihnen zu benennenden Dritten wahrzunehmen." (Trost - Schütz, a.a.O., S.109, Muster 55); " ... Sie oder ein von Ihnen Beauftragter ..." (Deutsche Bank, Formular vom Januar 1959).

3) Anm. des Verf.: Diese Bestimmung gilt nur für Namensaktien. - S. Untersuchungen Deutscher Juristentag, S.74.

über die sonstigen Erfordernisse hinaus - ermächtigt hat, der Hohen Behörde auf deren Verlangen seinen Namen und seine Anschrift mitzuteilen. Diese Bestimmung hat lediglich den Zweck, im Bedarfsfalle den Nachweis erbringen zu können, daß die Gesellschaft nicht unter einer nach Artikel 66 des Schuman-Planes unzulässigen Kontrolle steht." ¹⁾

Der Vordruck wiederum, mit dem die Deutsche Bank ihre Depotaktionäre um Erteilung der Stimmrechtsermächtigung bittet, enthält die erwähnenswerte Formulierung: Da dem Besuch der Hauptversammlungen aus wirtschaftlichen und gesellschaftsrechtlichen Gründen eine besondere Bedeutung zukommt - wie es im vorhergehenden Satz heißt -, "wäre es wünschenswert, wenn Sie in Ihrer Eigenschaft als Aktionär an künftigen Hauptversammlungen selbst teilnähmen, um die Ihnen zustehenden Rechte unmittelbar auszuüben" ²⁾. Die Deutsche Bank befolgt damit eine Empfehlung des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes (E.V.) aus dem Jahre 1958. ³⁾

Außerdem weist die Deutsche Bank - für den Fall einer Opposition - zu Nummer 4 der auf der Rückseite ihres Formulars abgedruckten "Grundsätze über die Ausübung des Depotstimmrechts" auf folgendes hin: ⁴⁾

"Sofern die angekündigte Opposition nicht offensichtlich einen Rechtsmißbrauch darstellt, werden wir, um nach Möglichkeit eine für Sie einseitige Unterrichtung zu vermeiden, zukünftig die Gesellschaften unverzüglich um eine Stellungnahme bitten, die wir - sofern sie rechtzeitig bei uns eintrifft - der Ihnen zugehenden Oppositionsankündigung beifügen werden. Dabei werden wir die Unterrichtung grundsätzlich auf ein einmaliges Anschreiben im Umfange einer Druckseite beschränken. ⁵⁾

1) Formulare der Dresdner Bank (für 1958/59) und der Commerzbank (für 1959/60); vgl. auch Trost - Schütz, a.a.O., S.107.

2) Formular der Deutschen Bank (Januar 1959).

3) Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Rundschreiben Nr.29/14.3.1958, 3. Korrespondenz mit den Depotkunden.

4) Formular der Deutschen Bank (Januar 1959).

5) Anm. des Verf.: Vgl. Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Rundschreiben Nr.29/14.3.1958, 2. Verfahren bei der Unterrichtung der Depotkundschaft.

Haben wir im Falle einer angekündigten Opposition von Ihnen die Weisung erhalten, im Sinne der Opposition zu stimmen, und wird die Opposition in der Hauptversammlung nicht aufrechterhalten, so werden wir uns für Ihre Aktien der Stimme enthalten, sofern Sie uns nicht für diesen Sonderfall eine andere Weisung erteilt haben." 1)

Schließlich bittet die Deutsche Bank, abweichend von den Formularschreiben der beiden anderen Großbanken wie auch von Trost - Schütz, in dem erwähnten Schreiben um Angabe, ob der Depotaktionär als Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied einer Aktiengesellschaft sich nach § 114 Abs.5 AktG der Stimmrechtsausübung enthalten muß. 2)

b) Die Ermächtigungserklärung zur Ausübung des Depotstimmrechts

Der Depotaktionär braucht das pro stilo vorbereitete Ermächtigungsformular, das dem vorgedruckten Begleitschreiben anhängt, nur noch zu unterschreiben sowie mit Ort und Datum zu versehen. Damit ist den aktienrechtlichen Vorschriften - nach § 114 Abs.4 Satz 3 AktG muß die Ermächtigungsurkunde bei ihrer Erteilung vollständig ausgefüllt sein - Genüge geleistet. Sobald die Bank das vom Kunden entsprechend ergänzte Formular zurückbekommt, ist sie befugt, das Stimmrecht aus allen bei ihr verwahrten oder verbuchten Aktien des Deponenten während der im Vordruck angegebenen Zeit auszuüben oder ausüben zu lassen. Als Geltungsdauer der Stimmrechtsermächtigung sind in der Bankpraxis üblicherweise fünfzehn Monate - sie sind in § 114 Abs.4 Satz 4 AktG als längstmöglicher Zeitraum bestimmt - vorgesehen: vom 1. Januar des laufenden Jahres bis zum 31. März des folgenden Jahres. 3)

1) Anm. des Verf.: Vgl. Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Rundschreiben Nr. 130/30.9.55, III. Einzelfragen.

2) Formular der Deutschen Bank (Januar 1959).

3) Abweichend von der allgemeinen Praxis, ist im derzeitigen Ermächtigungsformular der Dresdner Bank als Geltungsdauer die Zeit vom 1.4.1958 bis 30.6.1959 vorgedruckt.

Die Ermächtigungsformulare lauten in den wesentlichen Punkten bei allen Banken - wenn auch nicht in der Wortfolge, so doch dem Sinn nach - gleich. Im Bankgeschäftlichen Formularbuch von Trost - Schütz ist folgendes Muster einer allgemeinen Stimmrechtsermächtigung (Ermächtigungserklärung) aufgeführt: 1)

"An die X.-Bank in Y.

Betr.: Depotstimmrechts-Ermächtigung gemäß § 114
Absatz 4 Aktien-Gesetz

Hiermit ermächte(n) ich/wir Sie, in der Zeit vom ... bis ... das Stimmrecht aus den jeweils in meinem/ unserem Depot befindlichen oder für mich/uns verbuchten Aktien in den Hauptversammlungen der betreffenden Gesellschaften im eigenen Namen auszuüben oder ausüben zu lassen. Eine Verpflichtung, von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen, besteht nicht.

Ich/wir behalte(n) mir/uns vor, diese Ermächtigung jederzeit zu widerrufen oder Ihnen spätestens bis zum Ablauf des dritten Werktages vor einer Hauptversammlung eine Weisung für die Ausübung des Stimmrechts zu geben.

....., den

.....
Unterschrift " 2)

Zwei Punkte hiervon, die sich auch in den Stimmrechtsermächtigungs-Formularen sämtlicher Banken finden, sind für

-
- 1) Trost - Schütz, a.a.O., S.110, Muster 56; gleicher Wortlaut z.B.: Stimmrechtsermächtigungs-Formular der Deutschen Bank, gultig vom 2.1.1959 bis zum 31.3.1960.
 - 2) Die Ermächtigungsdrucke z.B. der drei Großbanken enthalten die zusätzliche Fußnote, daß das Blatt - nach den gesetzlichen Bestimmungen des § 114 Abs.4 Satz 3 AktG - nicht zu sonstigen Mitteilungen verwendet werden darf.

die praktische Ausübung des Bankenstimmrechts äußerst wichtig: Einmal muß die ermächtigte Bank das Stimmrecht aus den Depotaktien nicht selber ausüben, sondern kann sich - in der Regel durch Bevollmächtigung einer anderen Bank oder eines Bankangestellten - bei der Ausübung vertreten lassen. Zum anderen ist die Bank durch die Ermächtigungserteilung ihrer Kunden nicht verpflichtet, von dieser Ermächtigung überhaupt Gebrauch zu machen.

Entsprechend den vorgedruckten Begleitschreiben, mit denen die Dresdner Bank und die Commerzbank um die Erteilung der Stimmrechtsermächtigung bitten, enthalten auch ihre angehefteten Ermächtigungsformulare folgende zusätzliche Einverständniserklärung der Aktionäre solcher Gesellschaften, die den Bestimmungen des Schuman-Planes unterliegen: "Im Rahmen dieser Ermächtigung bin ich/sind wir damit einverstanden, daß Sie in denjenigen Fällen, in denen Gesellschaften den Bestimmungen des Schuman-Planes unterliegen, der Hohen Behörde der Montanunion auf deren Verlangen meinen/ unseren Namen und meine/unsere Anschrift bekanntgeben." ¹⁾

4. Exkurs: Die depotrechtlichen Beziehungen zwischen Hinterleger und Verwahrer von Wertpapieren

a) Die Verwahrung von Wertpapieren

Unter dem Bankdepot versteht man "bankmäßig aufbewahrte Wertpapiere" ²⁾. Diese wiederum werden als offenes Depot bezeichnet - im Gegensatz zum verschlossenen Depot bei den Tresorgeschäften. ³⁾ Allgemeine Rechtsgrundlagen für die offene Effektaufbewahrung sind: das Gesetz über die Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren vom 4. Februar 1937 (Depotgesetz) sowie die §§ 688 bis 700 BGB.

1) Ermächtigungsformulare der Dresdner Bank (1.4.1958 bis 30.6.1959) und der Commerzbank (2.1.1959 bis 31.3.1960).

2) Georg Opitz, Wegweiser im Depotgeschäft, Wiesbaden 1959, S.13.

3) S. hierzu: Obst - Hintner, a.a.O., S.495 ff. (offene Depots), S.509 f. (verschlossene Depots).

Das Depotgesetz bezweckt - nach der Amtlichen Begründung zu diesem Gesetz - den Schutz des Wertpapiersparers in zweifacher Weise: Einmal soll dem Hinterleger beim Verwahrungsgeschäft das Eigentum erhalten bleiben; zum anderen soll ihm beim Anschaffungsgeschäft das Eigentum möglichst schnell verschafft werden. ¹⁾ § 688 BGB bestimmt allgemein: "Durch den Verwahrungsvertrag wird der Verwahrer verpflichtet, eine ihm von dem Hinterleger übergebene bewegliche Sache aufzubewahren." Verwahrer im Sinne des Depotgesetzes "ist ein Kaufmann, dem im Betriebe seines Handelsgewerbes Wertpapiere unverschlossen zur Verwahrung anvertraut werden" (§ 1 Abs.2 DepG).

Zwischen dem Depotaktionär (Hinterleger) und der Depotbank (Verwahrer) besteht ein Depotvertrag, der in der Regel nicht eigens abgeschlossen wird, sondern sich nach den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der Banken richtet. Diese AGB erlegen den Banken folgende Verpflichtung auf: "Die Bank haftet den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend für sichere und getreue Aufbewahrung der ihr anvertrauten Wertpapiere." ²⁾

Beim offenen Depot müssen die Wertpapiere dem Verwahrer unverschlossen - nach § 1 Abs.2 DepotG - zur Verwahrung übergeben werden. Mit der Verwahrung von Aktien durch eine Depotbank ist zumeist eine gleichzeitige Verwaltung verbunden. ³⁾ Die Bank übt in diesem Fall alle Rechte für den Depotaktionär (Hinterleger) aus, so bei Aktien unter anderem: Einlösung der Dividendenscheine, Besorgung neuer Kuponbogen, Wahrnehmung von Bezugsrechten, Terminüberwachung wie auch regelmäßig die Ausübung des Stimmrechts aus den Depotaktien. ⁴⁾

1) Begründung zum Gesetz über die Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren vom 4. Februar 1937, Einleitung, in: Deutscher Reichsanzeiger und Preussischer Staatsanzeiger, Nr.29/1937.

2) Nr.36 Abs.1 Satz 1 AGB, Fassung Juli 1955.

3) S. Obst - Hintner, a.a.O., S.495.

4) S. Bank-Lexikon, Sp.314 (Stichwort: Depotgeschäft).

Im deutschen Bankdepotverkehr haben sich zwei reale Depotarten entwickelt, die rechtlich gleichwertig sind: die Sonderverwahrung und die Sammelverwahrung. Bei beiden Verwahrungsarten bleibt das Wertpapiereigentum erhalten. Diese zwei wesentlichen Depotformen können hier nur in ihren Grundzügen abgehandelt werden, soweit sie in die Rechtsbeziehungen zwischen Depotbank und Depotaktionär eingreifen. Denn das Depotstimmrecht der Banken wirft, entgegen der Ansicht von Godins ¹⁾, vor allem aktienrechtliche - und nicht depotrechtliche - Probleme auf.

b) Die Sonderverwahrung

Bei der Sonderverwahrung (Streifbanddepot) ist der Verwahrer verpflichtet, die Wertpapiere unter äußerlich erkennbarer Bezeichnung jedes Hinterlegers gesondert von seinen eigenen Beständen und von denen Dritter aufzubewahren (§ 2 Satz 1 DepotG). Ermächtigt der Hinterleger den Verwahrer nicht ausdrücklich und schriftlich zur Sammelverwahrung, so muß die Sonderverwahrung eingehalten werden. Dem Hinterleger bleibt das Eigentum an seinem spezifisch gekennzeichneten Wertstück erhalten, indem er dasselbe in Verwahrung gegebene Papier nach Beendigung des Depotvertrages zurückbekommt. Dadurch läßt sich jederzeit feststellen, wem die Wertpapiere gehören. Geht der Verwahrer in Konkurs, hat der Hinterleger ein Aussonderungsrecht (§§ 43-46 KO).

c) Die Sammelverwahrung

Bei der Sammelverwahrung (Sammeldepot) unterscheidet man die Haussammelverwahrung und die Girosammelverwahrung.

Im Fall der Sammelverwahrung darf der Verwahrer nach § 5 Abs.1 Satz 1 DepotG die nur nach der Art - und nicht nach Beständen - getrennten Wertpapiere entweder bei sich auf-

1) Reinhard von Godin, a.a.O., S.121, vgl. S.117.

bewahren (Haussammelverwahrung) oder aber einem Dritten anvertrauen (Girosammelverwahrung). Durch die Einlieferung der Wertpapiere in ein Sammeldepot verliert der Hinterleger das Eigentum an seinen Stücken. Er erwirbt dafür im Verhältnis seiner Einlieferung das Miteigentum nach Bruchteilen an den zum Sammelbestand des Verwahrers gehörenden Wertpapieren derselben Art (§ 6 Abs.1 DepotG). Sammeldepotgeeignet sind vertretbare Wertpapiere (§ 5 Abs.1 Satz 1 DepotG): neben Inhaberpapieren, zu denen die Inhaberaktie zählt, auch vollgezahlte und mit Blankoindossament versehene Namensaktien. ¹⁾

Die Haussammelverwahrung (Haussammeldepot) setzt eine ausdrückliche und schriftliche Ermächtigung durch den Hinterleger voraus und muß für jedes Verwahrungsgeschäft besonders erteilt werden (§ 5 Abs.1 Satz 2 und 3 DepotG). Da die Haussammelverwahrung weder im Interesse des Kreditgewerbes noch des Gesetzes - daher die erschwerte Form der Ermächtigung - liegt, ist sie im Bankverkehr nicht üblich. ²⁾

Die Girosammelverwahrung (Girosammeldepot) wird durch Wertpapiersammelbanken vermittelt (§ 1 Abs.3 DepotG). Sie tragen den Namen "Kassenverein" und sind, wie vor 1942, im Jahre 1949 wieder als private Institute in der Rechtsform der Aktiengesellschaft errichtet worden. Im Bundesgebiet und in West-Berlin gibt es zur Zeit sieben Wertpapiersammelbanken: ³⁾

- 1) Bayerischer Kassenverein AG, München;
- 2) Berliner Kassenverein AG, Berlin; ⁴⁾
- 3) Frankfurter Kassenverein AG, Frankfurt (Main);
- 4) Niedersächsischer Kassenverein AG, Hannover;

1) S. Georg Opitz, Wegweiser im Depotgeschäft, S.14, 28.

2) S.: Trost - Schütz, a.a.O., S.91; Georg Opitz, Depotrecht, a.a.O., S.377.

3) S. Georg Opitz, Wegweiser im Depotgeschäft, S.28.

4) Bis 1954 übte die Berliner Zentralbank, Abteilung Wertpapiersammelbank, die Funktion einer Wertpapiersammelbank aus. - S. Georg Opitz, Wegweiser im Depotgeschäft, S.28.

- 5) Norddeutscher Kassenverein AG, Hamburg;
- 6) Rheinisch-Westfälischer Kassenverein AG, Düsseldorf,
mit Zweigniederlassung in Köln;
- 7) Stuttgarter Kassenverein, Wertpapiersammelbank AG,
Stuttgart.

Die Kassenvereine haben die Hauptaufgabe, "den als Konto-inhabern (Effektengirokunden) angeschlossenen Kreditinstituten und durch diese deren Sammeldepotkunden die Giro-sammelverwahrung und den Effektengiroverkehr (stückelose Wertpapierlieferung - Gegenstück zum bargeldlosen Zahlungsverkehr) ¹⁾ als Girostelle zu vermitteln." ²⁾

Die Wertpapiersammelbank verwahrt die Wertpapiere, nur nach Arten getrennt, im sogenannten Sammelbestand. Der Depotkunde kann die der Depotbank (Zwischenverwahrer) in Verwahrung gegebenen Stücke nicht zurückfordern, sondern sich nur Wertpapiere gleicher Nennbetragshöhe oder Stückzahl aus dem Sammelbestand ausliefern lassen (§ 7 Abs.1 DepotG). Bei der Sammelverwahrung hat der Hinterleger im Konkursfall des Verwahrers, wie bei der Sonderverwahrung, ein Aussonderungsrecht. ³⁾

Zwar muß auch der Girosammelverwahrung eine ausdrückliche und schriftliche Ermächtigung zugrunde liegen; doch kann sie der Hinterleger ein für allemal erteilen. ⁴⁾ Das geht

-
- 1) Anm. des Verf.: Der Verkehr zwischen Bank und Wertpapiersammelbank wird als stückeloser Effektenverkehr oder Effektengiroverkehr bezeichnet. - S.: Georg Opitz, Wegweiser im Depotgeschäft, S.13; Hermann Herold, Bank- und Börsenrecht, Berlin und Frankfurt (Main) 1956, S.68 f.
 - 2) Georg Opitz, Kassenvereine, in: Enzyklopädisches Lexikon, Bd.2, S.991.
 - 3) S. Bank-Lexikon, Sp.110 (Stichwort: Aussonderung im Konkurs, Sp.109 f.).
 - 4) So: Georg Opitz, Depotrecht, a.a.O., S.377. - Anderer Ansicht: Obst - Hintner, a.a.O., S.496; ihnen zufolge muß beim Sammeldepot die Ermächtigung für jedes einzelne Verwahrungsgeschäft erteilt werden.

aus § 5 Abs.1 Satz 3 DepotG hervor. Die Girosammelverwahrung ist wegen der erleichterten Form der Ermächtigung die vom Gesetz bevorzugte und auch die im Bankverkehr gebräuchliche Form der Sammelverwahrung.

Für die Ausübung des Depotstimmrechts durch die Banken ergeben sich bei den behandelten Verwahrungsarten keine gesetzlichen oder banktechnischen Unterschiede. Wesentlich ist, daß dem Aktionär bei diesen beiden Verwahrungsformen des offenen Depots das Wertpapiereigentum und damit die Dispositionsfreiheit über die Ausübung seines Aktienstimmrechts unbedingt erhalten bleiben.

d) Die Depotgebühren für die Verwahrung der Aktien

Da die Girosammelverwahrung gegenüber dem Streifbanddepot rationeller ist, sind auch die Depotgebühren verschieden hoch. Bei einem Vergleich der Depotgebührensätze der drei Großbanken ergibt sich für 1959 folgender Stand: ¹⁾

Bei Aktien betragen die Gebühren einheitlich für Streifbandstücke 0,15 % und für Girostücke 0,1 % des Nennwerts. Die Deutsche Bank geht allerdings bei Aktienkursen über 100 % nicht vom Nennwert, sondern vom Kurswert aus. Für Blockposten von einigen hunderttausend D-Mark ermäßigen sich diese Gebührensätze bei allen drei Instituten beträchtlich; in der Praxis werden häufig Pauschalbeträge ausgehandelt.

Als Mindestgebühren werden pro Depotposten 0,50 DM und pro Depot 4 DM berechnet.

Keine Depotgebühren erhebt die Dresdner Bank für Kleinstdepots bis zu einem Nennwert von 1 000 DM. Wenn der Kurswert des Aktienbesitzes insgesamt 1 000 DM nicht übersteigt,

1) Commerzbank AG, Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG: Depotgebühren 1959. - Zu beachten ist, daß bei diesen Filialgroßbanken regionale Abweichungen in der Höhe mancher Depotgebührensätze ermittelt worden sind.

setzt die Commerzbank eine Mindestgebühr von 2 DM fest. Die Deutsche Bank ermäßigt hingegen in solchen Fällen ihre Depotgebühren nicht.

Das Bank-Lexikon von 1959 gibt folgende Depotgebühren an: "im allgemeinen $1/2$ bis 1 % vom Nominalbetrag, für jeden Effektenposten mindestens 0,25 - 0,50 DM, für jedes Depot mindestens 3 DM, in Härtefällen 1 DM, für größere Nominalbeträge des gleichen Effekts gelten niedrigere Pauschbeträge." ¹⁾

Die Erhebung der Depotgebühren wird bei den einzelnen Geschäftsbanken verschieden gehandhabt: Die Banken berechnen die Depotgebühren meist zum Jahresanfang für das ganze Jahr. ²⁾ Andere Institute wiederum verrechnen jeweils mit dem Kauf von Wertpapieren die anteiligen Depotgebühren für das laufende Jahr zusammen mit der Abrechnung. Die Commerzbank zum Beispiel erhebt die Gebühren nur einmal, und zwar grundsätzlich auf den Bestand an Wertpapieren, der sich am 31. Dezember im Depot befindet.

Durch die Erhebung dieser Depotgebühren wird die Verwahrung und Verwaltung der Wertpapiere vollständig abgegolten. In keinem Fall berechnen die Depotbanken dem Kunden weitere Kosten für die Stimmrechtsausübung aus Depotaktien.

1) Bank-Lexikon, Sp.313 (Stichwort: Depotgebühren).

2) Ebenda, Sp.313.

5. Zusammenfassung der rechtlichen Möglichkeiten der Stimmrechtsausübung in der Hauptversammlung ¹⁾

A. Die Verfügungsmöglichkeiten des Aktionärs über sein Stimmrecht

- a) Der Aktionär übt das Stimmrecht nicht aus und läßt es auch durch keinen Dritten ausüben.
- b) Der Aktionär übt das Stimmrecht selbst aus (§ 114 Abs.1 AktG).
- c) Der (Depot-)Aktionär erteilt die Vollmacht ²⁾, das Stimmrecht auszuüben oder auch im Wege der Untervollmacht ausüben zu lassen:
 - ca) einer anderen Person, die nicht Bank ist (§ 114 Abs.3 AktG);
 - cb) einer Bank (§ 114 Abs.3 AktG).
- d) Der (Depot-)Aktionär erteilt die Ermächtigung ³⁾ zur Ausübung des Stimmrechts:
 - da) einer Person, die nicht Bank ist: Ermächtigung, auch in blanko, ist formlos und unbefristet möglich; Unterermächtigung ist rechtlich zulässig, ebenso Untervollmacht;

-
- 1) Vgl. die kurzgefaßten Übersichten bei: Johannes Zahn, Stimmrechtsermächtigungen in der Hauptversammlung der Aktiengesellschaft, in: Soziale Praxis, Heft 24/1938, Sp. 1481 ff.; Hans Kuhlmann, Die Banken in der Hauptversammlung, in: ZfK, Heft 21/1949, S. 498; Adolf Barchewitz, Das Bankrecht, 2.Aufl., Schloß Bleckede (Elbe) 1957, S.176.
 - 2) Stimmrechts-Vollmacht: Ausübung fremden Stimmrechts im fremden Namen.
 - 3) Stimmrechts-Ermächtigung: Ausübung fremden Stimmrechts im eigenen Namen.

db) einer Bank: Die Ausübung des Depotstimmrechts unterliegt den nur für Banken geltenden Sondervorschriften des § 114 Abs.4 AktG; rechtlich ist Unterermächtigung nicht zulässig, Untervollmacht dagegen erlaubt.

B. Die Stimmrechtsausübung der Bank in der Hauptversammlung ¹⁾

- a) Die Bank vertritt Aktien, die rechtlich ihr gehören:
 - aa) eigene Aktien (sogenannte Nostrobestände);
 - ab) Aktien, die auf Wertpapierrechnung (Aberdepot) gutgeschrieben sind;
 - ac) Aktien, deren rechtlicher Eigentümer die Bank auf Grund eines Wertpapierdarlehens ist (§ 15 DepotG);
 - ad) Aktien, die der Bank auf Grund vertraglicher unregelmäßiger Verwahrung zustehen (§ 15 DepotG).
- b) Die Bank stimmt auf Grund einer Vollmacht für Aktien ihres Depotkunden (§ 114 Abs.3 AktG); nur in Ausnahmefällen üblich.
- c) Die Bank übt das Depotstimmrecht auf Grund einer ihr vom Depotkunden erteilten Ermächtigung aus (§ 114 Abs.4 AktG), häufigster Fall in der Praxis; das Stimmrecht wird hier ausgeübt:

1) Diese Übersicht enthält nur die in der Bankpraxis üblichen, hingegen nicht sämtliche theoretisch möglichen Fälle der Stimmrechtsausübung durch Banken. - Zum Beispiel könnten in den Unterfällen von d) statt der "anderen Bank" und deren Angestellten auch sonstige Personen (unter-) bevollmächtigt werden. - Ebenso bleiben hier die Fälle unberücksichtigt, in denen Banken das Stimmrecht aus eigenen Aktien durch andere Banken oder Personen im Wege der Ermächtigung oder Vollmacht ausüben lassen.

- ca) entweder - je nach der Rechtsform der ermächtigten Bank - durch: den Inhaber (bei Einzelunternehmung); einen Gesellschafter (bei Personengesellschaft); einen gesetzlichen Vertreter (bei juristischer Person);
 - cb) oder durch einen bevollmächtigten eigenen Angestellten; in der Praxis häufig (besonders bei großen Banken).
- d) Die nach § 114 Abs.4 AktG ermächtigte Bank überträgt das Stimmrecht auf eine andere Bank weiter:
- da) Die vom Depotkunden ermächtigte Depotbank bevollmächtigt eine andere Bank zur Ausübung des Depotstimmrechts.
 - db) Die vom Depotkunden ermächtigte Depotbank bevollmächtigt direkt einen Angestellten einer anderen Bank zur Stimmrechtsausübung; in der Praxis oft der Fall.
 - dc) Die von der ermächtigten Bank bevollmächtigte andere Bank läßt das Depotstimmrecht durch einen unterbevollmächtigten Angestellten ausüben.

Z W E I T E R T E I L

DIE WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG DES DEPOTSTIMMRECHTS

I. Statistik der Aktiengesellschaften im Bundesgebiet

Wer die wirtschaftliche Bedeutung des Bankenstimmrechts er-
messen will, muß sich zunächst Klarheit über die grundlegen-
den quantitativen Fakten im deutschen Aktienwesen verschaf-
fen. Neben dem Statistiker müssen sich gerade der Volks-
wirt und Betriebswirt mit diesen Größenordnungen und Tat-
beständen auseinandersetzen.

1. Die Gesamtzahl und das Grundkapital der Aktien- gesellschaften

Nach einer Untersuchung des Statistischen Reichsamts, Berlin,
waren am 31. Dezember 1936 im Deutschen Reich 7 204 Aktien-
gesellschaften mit einem Aktienkapital von zusammen
19,225 Mrd. RM vorhanden. ¹⁾

Die jüngsten Erhebungen des Statistischen Bundesamtes, Wies-
baden, ergeben am 31. Dezember 1958 folgenden Stand: ²⁾

1) Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesell-
schaften Ende 1936, in: Wirtschaft und Statistik,
Herausgeber: Statistisches Reichsamt, Berlin, Nr.
14/1937, S.569.

2) Die Kapitalgesellschaften im Jahr 1958, in: Wirtschaft
und Statistik, Herausgeber: Statistisches Bundesamt,
Wiesbaden, Heft 3/1959, S.137.

	Zahl der Aktien- gesellschaften ¹⁾	Grundkapital (Tausend DM)
Bundesgebiet	2 484 ²⁾	26 859 072
Berlin (West)	236 ³⁾	1 327 419
Insgesamt:	<u>2 720</u> =====	<u>28 186 491</u> =====
Außerdem:		(Mio.Ffrs.)
Saarland	48	61 124

Zum Vergleich seien auch die Zahl und das Stammkapital der Gesellschaften mit beschränkter Haftung angegeben (Stand 31. Dezember 1958). Im Bundesgebiet wurden 33 447 Gesellschaften mit einem DM-Stammkapital von 9,640 Mrd. gezählt; ihren Sitz in Berlin (West) hatten 2 520 Gesellschaften mit einem Stammkapital von 575 Mio. DM. Angaben für das Saarland liegen nicht vor. ⁴⁾

Bei den 2 484 im Bundesgebiet eingetragenen Gesellschaften mit einem Aktienkapital von fast 26,860 Mrd. DM lag der Durchschnittsbetrag des Grundkapitals Ende 1958 bei 10,8 Mio. DM (in Nordrhein-Westfalen: 16,4 Mio. DM). Allein auf Nordrhein-Westfalen entfielen am Jahresende 1958 746 Gesellschaften mit einem Nominalkapital von 12,2 Mrd.DM;

-
- 1) Davon 25 Kommanditgesellschaften auf Aktien mit einem Grundkapital von 125 Mio.DM.
 - 2) Außerdem 20 Aktiengesellschaften im Bundesgebiet mit einem noch nicht umgestellten Grundkapital von 368 Mio.RM.
 - 3) Außerdem 30 Aktiengesellschaften in Berlin (West) mit einem noch nicht umgestellten Grundkapital von 509 Mio.RM.
 - 4) Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1959, S.138.

die Kapitalintensität der an Rhein und Ruhr konzentrierten Schwerindustrie drückt sich in diesen Zahlen aus. ¹⁾

Äußerst aufschlußreich wäre zu dieser Statistik eine Aufteilung der Aktiengesellschaften nach Kapitalgrößenklassen, wie sie das Statistische Bundesamt bei früheren Erhebungen, zuletzt für 1955 und 1956, vorgenommen hatte. - Die letzte Untersuchung dieser Art zeigte folgendes Bild:

Aktiengesellschaften mit DM-Kapital nach Kapitalgrößenklassen am 31. Dezember 1956 ²⁾

Kapitalgrößenklasse in Millionen DM				Gesellschaften Zahl %		Grundkapital in Mio.DM %		Durchschnittl. Grundkap. in 1 000 DM
	bis	0,2		300	11,7	35,3	0,1	118
über	0,2 bis	0,2		417	16,4	155,5	0,7	373
über	0,5 bis	1,0		443	17,4	352,6	1,5	796
über	1,0 bis	3,0		584	22,8	1 120,0	4,6	1 918
über	3,0 bis	10,0		465	18,3	2 654,1	11,0	5 702
über	10,0 bis	100,0		301	11,8	9 948,4	41,2	33 051
über	100,0			41	1,6	9 869,5	40,9	240 719
				2 551	100,0	24 135,4	100,0	$\bar{x}$ = 9 461

Nach dieser Tabelle gab es Ende 1956 unter den 2 551 erfaßten Gesellschaften nur 342 (= 13,4 %) wirklich große Aktiengesellschaften mit mehr als 10 Mio.DM Grundkapital; ihr Aktienkapital betrug insgesamt 19,818 Mrd.DM (= 82,1 %). Besonders die Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital

1) Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1959, S.138.

2) Zusammengestellt aus: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1957, Stuttgart 1957, S.194 f.; Rudolf Mindner, a.a.O., S.621.

über 100 Mio.DM veranschaulichen die Kapitalkonzentration im deutschen Aktienwesen: Nach der Zahl (= 41) betrugen sie 1956 kaum mehr als anderthalb Prozent aller Aktiengesellschaften, ihr Grundkapital (= 9,8695 Mrd.DM) machte jedoch über zwei Fünftel des gesamten Grundkapitals aus. 1)

Bei einer Analyse der Statistik für den Stichtag des 31. Dezember 1957 kommt Schupp zu dem Ergebnis, daß die 25 größten Aktiengesellschaften in der Bundesrepublik zwar nur ein Hundertstel der Gesamtzahl aller Aktienunternehmungen repräsentieren, aber über mehr als ein Drittel des Grundkapitals aller Aktiengesellschaften mit Sitz im Bundesgebiet verfügen. 2)

Vergleichsweise befinden sich in den Vereinigten Staaten 45 % des industriellen Vermögens - ohne Berücksichtigung der Finanzkorporationen (Banken und Versicherungen) - in den Händen von 139 Korporationen. 3)

2. Die großen Aktiengesellschaften

Sämtliche Aktiengesellschaften mit Sitz im Bundesgebiet oder West-Berlin und einem Mindestgrundkapital von 100 Mio.DM werden - erstmals, soweit ersichtlich - in den beiden folgenden Tabellen, getrennt nach börsennotierten und nicht börsennotierten Gesellschaften, zusammengestellt. Die Zahlenergebnisse seien vorweggenommen:

Für 1959 lassen sich 60 Aktiengesellschaften, und zwar 33 börsennotierte sowie 27 nicht börsennotierte Gesellschaften, ermitteln, die jeweils über ein Nominalkapital von mindestens 100 Mio.DM verfügen.

-
- 1) 1957 ist die Zahl der Gesellschaften, deren Aktienkapital mindestens 100 Mio.DM beträgt, auf 53 gestiegen; das Grundkapital dieser Gesellschaften erhöhte sich auf insgesamt 12,3 Mrd.DM. - S.Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1958, S.168.
 - 2) Roland Schupp, Die Kapitalgesellschaften in der Bundesrepublik im Spiegel der Zahlen, in: Die AG, Nr.7/1958, S.158 f.
 - 3) S. Ernst-Joachim Mestmäcker, a.a.O., S.20, mit weiteren Literaturhinweisen.

a) Die börsennotierten Aktiengesellschaften

Zum Handel und zur amtlichen Notierung an den acht deutschen Wertpapierbörsen ¹⁾ waren Ende 1958 (Stichtag: 28. November 1958) die Aktien von 659 Gesellschaften mit Sitz im Bundesgebiet zugelassen, deren Grundkapital sich auf 14,250 Mrd.DM belief und einen Kurswert von rund 40 Mrd.DM hatte. ²⁾ Im Durchschnitt betrug das Kursniveau 274,47, die Dividende 9,26 % und die Rendite 3,37 %. ³⁾

Neben diesen amtlich notierten Werten waren die Aktien von schätzungsweise rund 80 Gesellschaften in den geregelten Freiverkehr einbezogen.

Nach den jüngsten statistischen Angaben - zum 31. Mai 1959 - beläuft sich der Kurswert aller deutschen börsennotierten Aktien auf 50,3 Mrd.DM ⁴⁾; von anderer Seite wird er auf 48 Mrd.DM ⁵⁾ geschätzt. ⁶⁾

Demgegenüber verfügt allein die American Telephone and Telegraph Company, New York, - allerdings das größte Privatunternehmen der Welt - über ein Aktienkapital von 6,29 Mrd. Dollar; das entspricht, umgerechnet, einem Nominalkapital

-
- 1) Wertpapierbörsen im Bundesgebiet: Berliner Börse; Bremer Wertpapierbörse; Rheinisch-Westfälische Börse zu Düsseldorf; Wertpapierbörse Frankfurt am Main; Hanseatische Wertpapierbörse Hamburg; Niedersächsische Börse zu Hannover; Bayerische Börse in München; Wertpapierbörse in Stuttgart. - S. Rudolf Mindner, Das Kleine Börsenlexikon 1958, S.26 ff.
 - 2) Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. - S. Kapitalmarkt und Börse 1958, Herausgeber: Dresdner Bank, Januar 1959, S.27 ff.
 - 3) Von den 659 Börsengesellschaften schütteten 81 keine Dividende aus. - Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; s. Kapitalmarkt und Börse 1958, S.26, 28 f.
 - 4) DZ Nr.80/8.7.59, S.6.
 - 5) Heinz Brestel, Stirbt die Aktie aus?, in: FAZ, Nr.116/22.5.59, S.13.
 - 6) Nach überschlägigen Berechnungen dürfte sich der Kurswert der deutschen Börsengesellschaften durch die enorme Hausse bis Mitte August 1959 auf rund 80 Mrd.DM erhöht haben. Allerdings ist das Kursniveau infolge rückläufiger Tendenzen nach dem Stand von Mitte Oktober 1959 wieder auf etwa 64 Mrd. DM vermindert worden. - S.: FAZ, Nr.243/20.10.59, S.11.

von 26,4 Mrd.DM bei einem heutigen Kurswert von rund 100 Mrd.DM. ¹⁾ Mithin ist der Kurswert bei dieser einen amerikanischen Korporation doppelt so hoch wie bei allen deutschen börsennotierten Aktiengesellschaften zusammen. Allein schon daraus lassen sich die Dimensionen und die weltweite Bedeutung des Effektenmarktes der U.S.A. ermes-sen.

Zu den beiden folgenden Übersichten über das Grundkapital der 60 größten deutschen Aktiengesellschaften muß voraus-gesagt werden, daß das Aktienkapital nicht in jedem Fall ein zuverlässiger Maßstab für die tatsächliche Größe einer Aktiengesellschaft ist; der Umsatz sagt oft mehr aus über die Bedeutung eines Unternehmens. So hat zum Beispiel die Daimler-Benz AG - bei einem Grundkapital von nur 72 Mio.DM - 1958 fast 2,2 Mrd.DM umgesetzt und gehört damit der Spitzen-gruppe aller deutschen Gesellschaften an. Da jedoch das Stimmrecht nach Aktiennennbeträgen ausgeübt wird, ist in diesem Zusammenhang das jeweilige Grundkapital als Krite-rium für die Gesellschaft heranzuziehen.

Instruktiv ist für die Bedeutung des Depotstimmrechts eine Übersicht über die - gemessen am Grundkapital - 33 größten börsennotierten Aktiengesellschaften mit Sitz in der Bundes-republik, die jeweils 100 Mio.DM und mehr Grundkapital auf-weisen. Soweit bekannt, werden die Namen von Groß- und Mehr-heitsaktionären wie auch ihre prozentualen Beteiligungen aufgeführt.

Die börsennotierten Aktiengesellschaften im Bundesgebiet mit einem Grundkapital von mindestens 100 Mio.DM (Stand: 30.9.59) ²⁾

1) Heinz Brestel, a.a.O., S.13.

2) Zusammengestellt nach: Wer gehört zu wem, Mutter- und Toch-tergesellschaften von A - Z, Herausgeber: Commerzbank AG, 4.Aufl., April 1959; Roland Schupp, a.a.O., in: Die AG, Nr.7/1958, S.159; Rudolf Mindner, a.a.O., S.576 ff.; Deut-sches Börsenadreßbuch für Banken, Handel und Industrie, 1.Bd., 1957/58, Hamburg, Ende Dezember 1957 (zit.: Deutsches Börsenadreßbuch); Erläuterungen zum Kursblatt der Börsen-Zeitung, abgeschlossen am 22.2.58.

Lfd. Nr.	Name der Aktiengesellschaft und Sitz	Grundkap. (Mio.DM)	Großaktionär	Beteiligung
1	Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen (Rhein)	700		
2	Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen	660		
3	Mannesmann AG, Düsseldorf	580		
4	Farbwerke Hoechst AG vormals Meister Lucius & Brüning, Frankfurt (Main) - Hoechst	562		
5	Gelsenkirchener Bergwerks-AG, Essen	485		
6	Siemens & Halske AG, Berlin - München	450	Familie von Siemens	1)
7	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, Essen	428	2)	3)
8	Hoesch-Werke AG, Dortmund	375		
9	Rheinische Stahlwerke Essen	370		
10	AEG Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin-Grünwald	310	General Electric Company, New York	

- 1) Die Familie von Siemens hält Vorzugsaktien mit sechsfachem Stimmrecht im Gesamtnennbetrag von 21,280 Mio.DM, die sich als Sperrminorität auswirken können.
- 2) Auf einer ao. HV am 27.10.59 soll eine Kapitalerhöhung von insgesamt 147 auf 575 Mio.DM beschlossen werden. - S.: DZ, Nr.158/7.10.59, S.8; FAZ, Nr.237/13.10.59, S.14.
- 3) Die Namensaktien mit 20fachem Stimmrecht befinden sich in öffentlicher Hand, die zusammen mit den in ihrem Besitz befindlichen Inhaber-Aktien die Stimmenmehrheit besitzt. Die Kapitalmehrheit liegt in privaten Händen.

Lfd. Nr.	Name der Aktiengesellschaft und Sitz	Grundkap. (Mio.DM)	Großaktionär	Beteiligung
11	August Thyssen-Hütte AG, Duisburg-Hamborn	310	Thyssen AG für Beteiligungen, Düsseldorf Fritz Thyssen Vermögensverwaltung AG, Köln	etwas mehr als 50 %
12	Deutsche Bank AG, Düsseldorf - Frankfurt (Main) - Hamburg	250		
13	Klöckner-Werke AG, Duisburg	250	Internationale Industrielle Belegging Maatschappij "Amsterdam" N.V., Voorburg (Holland)	Mehrheit
14	Berliner Kraft- und Licht- (BEWAG) AG	210	Land Berlin (West) Elektrowerke AG Berlin, Preußische Elektrizitäts-AG, Hannover	57,6 % 8,75 % 8,75 %
15	Hüttenwerk Oberhausen AG, Oberhausen	208	Nachkommen der Gründer der Gutehoffnungshütte: Jacobi, Haniel, Huyssen	über 50 %
16	Phoenix Rheinrohr AG Vereinigte Hütten- und Röhrenwerke, Düsseldorf	207	Fritz Thyssen Vermögensverwaltung AG, Köln	52,1 %
17	Hamburgische Elektrizitäts-Werke AG, Hamburg	200	Freie und Hansestadt Hamburg	72 %
18	Deutsche Erdöl-AG (DEA), Hamburg	195,43	1)	

1) Durch den geplanten Zusammenschluß der Rheinpreußen AG mit der DEA wird die Familie Haniel, bisher Mehrheitsaktionär bei Rheinpreußen, eine wohl über 25 % hinausgehende Minderheitsbeteiligung an der DEA eintauschen. - S.: FAZ, Nr.221/24.9.59, S.12; FAZ, Nr.222/25.9.59, S.15.

Lfd. Nr.	Name der Aktiengesellschaft und Sitz	Grundkap. (Mio.DM)	Großaktionär	Beteiligung
19	Dortmund-Hörder Hüttenunion AG, Dortmund	184	Koninklijke Nederlandsche Hoogovens en Staalfabrieken N.V., Ymuiden (Holland)	42 %
20	Dresdner Bank AG, Düsseldorf - Frankfurt (Main) - Hamburg	180		
21	Commerzbank AG, Düsseldorf - Frankfurt (Main) - Hamburg	150 ¹⁾		
22	Ilseeder Hütte, Peine	140,4	Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (VIAG), Berlin - Bonn	25,1 %
23	Wintershall AG, Kassel - Celle	140	Gewerkschaft Wintershall, Celle	rd. 49 %
24	Harpener Bergbau AG, Dortmund	127,6	Société Sidérurgique de Participations et d'Approvisionnement en Charbons (SIDECHAR), Paris	Mehrheit
25	Eschweiler Bergwerks-Verein, Kohlscheid	120	ARBED Aciéries Réunies Burbach-Eich-Dudelange (Luxemburg)	95,6 %
26	Ford-Werke AG, Köln-Niehl	120	Ford-Motor Company, Dearborn (USA)	über 98 %
27	Rheinische AG für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, Köln	120	RWE, Essen	rd. 98 %

1) Auf einer ao. HV am 24.10.59 in Düsseldorf soll eine Erhöhung des Grundkapitals um 30 auf 180 Mio.DM beschlossen werden. - S.: DZ, Nr.156/5.10.59, S.6.

Lfd. Nr.	Name der Aktiengesellschaft und Sitz	Grundkap. (Mio.DM)	Großaktionär	Beteiligung
28	Continental Gummi-Werke AG, Hannover	110,5		
29	Preußische Bergwerks- und Hütten-AG (Preußag), Berlin-Hannover	105 ¹⁾	VEBA, Hamburg	22,4 %
30	Bergbau-AG Neue Hoffnung, Oberhausen	104	Hüttenwerk Oberhausen AG, Oberhausen	99,5 %
31	Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt vormals Roessler, Frankfurt (Main)	102		
32	Rheinpreußen AG für Bergbau und Chemie, Homberg	100 ²⁾	Familie Franz Haniel	72 %
33	Salzdetfurth AG, Bad Salzdetfurth	100		

Aus der obigen Zusammenstellung geht unter anderem hervor: Nur 10 der 33 aufgeführten Aktiengesellschaften - die drei großen Farben-Nachfolger, vier Montanunternehmen sowie die drei Großbanken - weisen weder wesentliche Großbeteiligungen noch Mehrstimmrechtseinflüsse auf. Bei 12 weiteren börsennotierten Gesellschaften sind Mehrheitsaktionäre feststellbar, die in vier Fällen sogar mehr als 95 % des Aktienkapitals halten und sich damit der Stellung eines Alleinaktionärs nähern. Sechs dieser Gesellschaften lassen ausländische Groß- oder Mehrheitsaktionäre erkennen.

1) Die Preußag wird seit 9.10.59 an den deutschen Wertpapierbörsen amtlich notiert. - S. FAZ, Nr.235/10.10.59, S.8.

2) S. Anm. zu lfd. Nr.18: Deutsche Erdöl-AG, Hamburg.

b) Die nicht börsennotierten Aktiengesellschaften

Die in der vorigen Tabelle verzeichneten 33 Unternehmen sind nicht identisch mit den - gemessen am Grundkapital - absolut größten deutschen Aktiengesellschaften. Weitere 27 Gesellschaften, jeweils mit einem Aktienkapital von mindestens 100 Mio.DM, werden an den deutschen Wertpapierbörsen nicht notiert und sind daher in der vorstehenden Liste nicht enthalten. Sie gliedern sich auf in drei Bundeskonzerne, vier Energieversorgungsunternehmen, vier Tochtergesellschaften ausländischer Mineralöl- und Automobilkonzerne sowie in sechzehn private und staatliche Konzernuntergesellschaften.

Die untenstehende Tabelle verzichtet auf die Angabe der privaten, kommunalen und staatlichen Alleinaktionäre (Konzern-Dachgesellschaften) oder Großaktionäre.

Nach dem Stand vom April 1959 haben folgende 27 nicht börsennotierte Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von 100 Mio.DM und darüber ihren Sitz im Bundesgebiet: ¹⁾

1) Zusammengestellt nach: Wer gehört zu wem, Mutter- und Tochtergesellschaften von A - Z, Herausgeber: Commerzbank AG, April 1959.

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Aktiengesellschaft	Grundkapital (in Mio. DM)
1	Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG (VEBA), Hamburg	450 ¹⁾
2	AG für Berg- und Hüttenbetriebe (vorm. Reichswerke), Berlin - Salzgitter-Drütte	400 ^{2) 4)}
3	Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne	350
4	Deutsche Shell AG, Hamburg	350
5	ESSO AG, Hamburg	300
6	Siemens-Schuckertwerke AG, Berlin - Erlangen	300
7	BP Benzin und Petroleum AG, Hamburg	250
8	Hoesch-Westfalenhütte AG, Dortmund	225
9	Hüttenwerk Salzgitter AG, Salzgitter-Drütte	210
10	Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG, Essen	200
11	Hüttenwerk Ilsede-Peine AG, Peine	200
12	Adam Opel AG, Rüsselsheim	200
13	Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (VIAG), Berlin - Bonn	200 ³⁾
14	VEW Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG, Dortmund	182
15	Preußische Elektrizitäts-AG, Hannover	156,6
16	Bayernwerk AG Bayerische Landes- elektrizitätsversorgung, München	150
17	Braunkohle - Benzin AG, Berlin	150
18	Chemische Werke Hüls AG, Marl	150

1), 2), 3): Bundeskonzern mit 100 % Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland.

4) Das Grundkapital wurde im Oktober 1959 um 26 auf 426 Mio.DM erhöht. - S. DZ, Nr.164/14.10.59, S.8.

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Aktiengesellschaft	Grundkapital (in Mio. DM)
19	Rheinelbe Bergbau AG, Gelsenkirchen	150
20	Rheinstahl Bergbau AG, Essen	140
21	Deutsche Lufthansa AG, Köln	120 ¹⁾
22	Energie-Versorgung Schwaben AG, Stuttgart	120
23	Dortmunder Bergbau AG, Dortmund	110
24	Badenwerk AG, Karlsruhe	100
25	Gelsenberg Benzin AG, Gelsenkirchen-Horst	100
26	Hüttenwerk Rheinhausen AG, Rheinhausen (Krupp)	100
27	Vereinigte Aluminium-Werke AG, Berlin - Bonn	100

3. Gruppierung der Kapitaleigentümer der deutschen Aktien- gesellschaften

a) Die numerische Gliederung des Aktienbesitzes

Für Ende 1956 führte das Statistische Bundesamt erstmals nach dem Kriege eine Untersuchung über das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften durch. ²⁾ In die Erhebung waren 1 636 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 18,0 Mrd.DM einbezogen.

Nach dieser erstmaligen Veröffentlichung erfaßt eine neue Zusammenstellung für den Stand von Ende September 1958 nunmehr 2 734 Aktiengesellschaften (einschließlich der Gesell-

1) Die HV soll am 27.10.59 über eine Kapitalerhöhung um bis zu 60 Mio.DM auf bis zu 180 Mio.DM beschließen. - S. FAZ, Nr.234/9.10.59, S.20.

2) Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1957, S.273 ff.

schaften in West-Berlin) mit einem Nominalkapital von 27,3 Mrd.DM. ¹⁾ - Die nachstehende Tabelle spiegelt das Zahlenergebnis dieser jüngsten Untersuchung des statistischen Bundesamtes wider.

Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften (Stand: 30. September 1958) ²⁾

Art des Besitzes und der Kapitaleigner	Millionen DM	%
Schachtelbesitz: ³⁾		
Beteiligungsgesellschaften ⁴⁾	3 139,9	11,5
Übrige Aktiengesellschaften	4 506,7	16,5
Zusammen	7 646,6	28,0
Dauerbesitz:		
Bund, Länder, Gemeinden	3 552,6	13,0
Ausländer	3 045,4	11,1
Sonstige Kapitaleigner ⁵⁾	4 439,3	16,3
Zusammen	11 037,3	40,4

1) Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1959, S.76 ff.

2) Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1959, S.77.

3) Anm. des Verf.: Der Schachtelbesitz wird vom Statistischen Bundesamt als "(dauernde) Beteiligung der Aktiengesellschaften untereinander" definiert. - Wirtschaft und Statistik: Heft 5/1957, S.73; Heft 2/1959, S.77.

4) Anm. des Verf.: Unter Beteiligungsgesellschaften sind Holdinggesellschaften zu verstehen.

5) Anm. des Verf.: Darunter Familienbesitz.

Übriger Besitz an Aktien:

Gesellschaften, für die eine Beteiligung anderer Gesellschaften usw.

ermittelt wurde	2 958,0	10,8
-----------------	---------	------

Gesellschaften, für die keine Beteiligung anderer Gesellschaften

usw. ermittelt wurde	5 684,5	20,8
----------------------	---------	------

Zusammen	8 642,5	31,6
----------	---------	------

2 734 Gesellschaften insgesamt	27 326,4	100,0
--------------------------------	----------	-------

Hierzu ist zu ergänzen: Der Dauerbesitz der öffentlichen Verwaltung (Bund, Länder, Gemeinden) von 3,6 Mrd.DM verteilt sich auf 326 Gesellschaften mit einem Nominalkapital von 5,4 Mrd.DM; die dauernden Beteiligungen des Auslandes in Höhe von 3,5 Mrd.DM - vor allem der Vereinigten Staaten, der Schweiz, Hollands und Großbritanniens - sind insgesamt über 249 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 5,2 Mrd.DM gestreut. ¹⁾

Für eine Strukturanalyse des Aktiens Eigentums hat die Relation zwischen Schachtelbesitz und sonstigem Dauerbesitz einerseits und dem übrigen Aktienbesitz (Streubesitz) andererseits, in dem der Publikums- oder Marktbesitz enthalten ist, eine aktuelle Bedeutung:

Der Anteil des Schachtelbesitzes (28,0 %) und des Dauerbesitzes (40,4 %) umfaßt nach der vorausgehenden Tabelle mehr als zwei Drittel (68,4 %) des gesamten Aktienkapitals und liegt als dauernde Beteiligung bei solchen Kapitaleigentümern, "denen der Aktienbesitz mehr Mittel der Einflußnahme als ertragbringende Vermögensanlage ist" ²⁾. Für den übrigen Aktienbesitz bleibt also nur ein Restposten von weniger als einem Drittel, nämlich 8,6 Mrd.DM (31,6 % des Gesamtbetrages). Diejenigen Gesellschaften, für die keine Passivbeteiligungen

1) Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1959, S.78.

2) Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1959, S.77.

ermittelt wurden, haben nur einen Anteil von kaum mehr als einem Fünftel (20,8 %) am gesamten Nominalkapital. Daraus folgt: Das Grundkapital der deutschen Aktiengesellschaften ist zu rund 80 % konzernverschachtelt.

C.E. Fischer kommentiert diese Tatsache: "Für vier Fünftel des Nominalkapitals von Unternehmen, die in Form einer AG betrieben werden, stimmt der äußere Rechtsschein der Selbständigkeit und Unabhängigkeit mit der Wirklichkeit nicht mehr überein! ... Im Aktienwesen unserer Tage ist die konzernverflochtene, abhängige oder herrschende AG die Regel, und die eigenständige und wirtschaftlich unabhängige (also nur von der Willensbildung ihrer Mitglieder bestimmte) AG die Ausnahme geworden". ¹⁾

Durch Subtraktion des Schachtelbesitzes vom gesamten Nominalkapital ergibt sich nach der Methode des Statistischen Bundesamtes als neue Bezugsgröße das "von Doppelzählungen bereinigte" Grundkapital, das dann noch 19 679,8 Mio.DM beträgt. Bezogen auf dieses Nettogrundkapital, das außerhalb der Aktiengesellschaften selbst liegt, verschieben sich die prozentualen Anteile des Dauerbesitzes und des übrigen Besitzes:

	Millionen DM	Bezugsgröße	Bezugsgröße:
		"Bereinigtes" ²⁾ Grundkapital	Gesamtes Grundkapital
		19 679,8 Mio.DM	27 326,4 Mio.DM
		= 100 %	= 100 %
Dauerbesitz	11 037,3	56,1 %	40,4 %
Übriger Besitz	8 642,5	43,9 %	31,6 %
Schachtelbesitz	7 646,6	- - -	28,0 %

1) Curt Eduard Fischer, Das schwer zu lösende Konzern-Problem, in: Die Zeit, Nr.52/26.12.58, S.10.

2) Nominalkapital aller Aktiengesellschaften ohne Doppelzählungen, d.h. abzüglich des Schachtelbesitzes.

Aus dieser Gegenüberstellung der beiden Kapital-Bezugsgrößen ist ersichtlich, daß - in der Summe aller Aktiengesellschaften - der Dauerbesitz auf jeden Fall größer ist als der übrige Besitz (Streubesitz).

Köhler kritisiert die vom Statistischen Bundesamt herangezogene Bezugsgröße des "von Doppelzählungen bereinigten Grundkapitals". Statt dieser formalen müsse eine wirtschaftliche Betrachtungsweise zwischen wirtschaftlich selbständigen und unselbständigen Aktiengesellschaften unterscheiden; als richtige Bezugsgröße sei die "Summe des Grundkapitals aller wirtschaftlich selbständigen Aktiengesellschaften" heranzuziehen. ¹⁾ - Wenngleich die Untersuchung des Statistischen Bundesamtes nur den juristischen Unternehmensbegriff berücksichtigt, so dürfte doch die von Köhler vorgeschlagene wirtschaftliche Bezugsgröße in der Praxis oft schwierig zu ermitteln sein.

Nach den Erläuterungen des Statistischen Bundesamtes verschärft diese zweite Untersuchung nach dem Kriege noch den Eindruck, den die erste Erhebung für 1956 vermittelte. ²⁾ Damals schon schloß das Statistische Bundesamt aus den ermittelten Zahlen, daß "in der Verteilung des Kapitals der Aktiengesellschaften die dem Einfluß auf die Verwaltung dienenden dauernden Beteiligungen das Übergewicht gegenüber dem Kapitalanteil der freien Aktionäre haben und daß dieses Übergewicht im Vergleich zur Vorkriegszeit noch gewachsen ist." ³⁾

b) Die Publikumsgesellschaften

Die meist sehr großen Aktiengesellschaften, deren Grundkapital in relativ kleinen Stückelungen bei einer Vielzahl sogenannter Publikumsaktionäre gestreut ist, werden in neuerer

1) Herbert W. Köhler, 2,5 Milliarden DM Montanaktien im Besitz von 500 000 Publikumsaktionären, in: Die AG, Nr.5/1959, S.135. - Vgl. auch: DZ, Nr.22/18.3.59, S.9; Rohr-Post, Mitteilungsblatt für die Aktionäre der Mannesmann AG, Heft 10/1959, S.16.

2) Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1959, S.77.

3) Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1957, S.275.

Zeit als "Publikumsgesellschaften" gekennzeichnet. Ihr Kriterium ist, daß an ihnen weder Groß- noch Mehrheitsaktionäre beteiligt sind.

Das Statistische Bundesamt hat in seiner zweiten Nachkriegsuntersuchung über das Eigentum am deutschen Aktienkapital einen Differenzbetrag im Nennwert von 8,6425 Mrd.DM - nach Abzug des Schachtel- und sonstigen Dauerbesitzes - als übrigen Aktienbesitz ermittelt und als nicht gebundenen Streubesitz bezeichnet. ¹⁾ Da dieser Nominalkapitalbetrag auch noch einen bisher in seiner Höhe nicht ermittelbaren Dauerbesitz enthält, ist er mit dem sogenannten Publikums- oder Marktbesitz nicht identisch.

Das Aktienkapital ohne ermittelte Dauerbeteiligung, das sich möglicherweise vollständig im Streubesitz befindet, beträgt für Ende September 1958 rund 5,7 Mrd.DM und verteilt sich auf die relativ hohe Zahl von 843 Gesellschaften; nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes entfällt allein auf 25 dieser Aktiengesellschaften ein Grundkapital von insgesamt 4,4 Mrd.DM. ²⁾ Demnach müßte der Kapitalanteil der "freien" Aktionäre zwischen dieser Ober- und Untergrenze liegen.

Die Schätzungen über die Höhe des Publikumsbesitzes gehen auseinander: So sind hierfür Quoten von 16, 20 und 40 % des Gesamtaktenkapitals angenommen worden. ³⁾ Nach dem Geschäftsbericht 1958 der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank befinden sich vom Nennkapital der amtlich börsennotierten Aktiengesellschaften höchstens 30 bis 40 % im freien Verkehr. ⁴⁾ Da sich das gesamte Aktienkapital der börsennotierten deutschen Gesellschaften Ende 1958, wie bereits angegeben, auf 14,25 Mrd.DM belief, läge demzufolge der freie Besitzanteil zwischen 4,28 und 5,70 Mrd.DM.

1) Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1959, S.77.

2) Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1959, S.77.

3) S. Rohr-Post, Herausgeber: Mannesmann AG, Heft 3/1959, S.16.

4) Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, Geschäftsbericht 1958, S.25.

Eine weiterreichende Durchleuchtung des nicht gebundenen Aktienbesitzes ist dringend geworden; denn bei der derzeitigen Erörterung der Konzentrationsprobleme hat die richtige Erfassung der Besitzverhältnisse - vor allem beim Streubesitz - eine wesentliche Bedeutung.

Zu den erwähnten 25 - meist sehr großen - Gesellschaften, deren Aktien breit gestreut sind, rechnet das Statistische Bundesamt in seiner neuesten Ermittlung namentlich: die drei großen I.G.-Nachfolger, die drei Großbanken, Mannesmann, Siemens & Halske sowie die Deutsche Erdöl-AG. ¹⁾ Diese Angaben decken sich mit den Ergebnissen der im vorausgegangenen Abschnitt aufgestellten Tabelle über die großen börsennotierten Aktiengesellschaften. Auch dort konnten keine Großbeteiligungen an diesen neun Aktiengesellschaften - allenfalls die Siemens & Halske AG ausgenommen - ermittelt werden. Das vom Statistischen Bundesamt mit 4,4 Mrd.DM ausgewiesene Aktienkapital der 25 Gesellschaften dürfte freilich zu nieder angesetzt sein. Nach dem Stand von Ende September 1959 beläuft sich die Grundkapitalsumme der oben aufgeführten neun Publikumsgesellschaften allein auf annähernd 3,73 Mrd.DM.

Für drei dieser typischen Publikums-Aktiengesellschaften liegen genauere Angaben ihrer Verwaltungen vor: Wie Wilhelm Zangen - damals noch Vorstandsvorsitzer - 1957 auf der Hauptversammlung der Mannesmann AG mitteilte, besaß seinerzeit kein Aktionär mehr als 3 % des Grundkapitals, das sich damals noch auf 560 Mio.DM belief. ²⁾ - Nach den Ausführungen von Karl Winnacker, Vorstandsvorsitzer der Farbwerke Hoechst AG, in der ordentlichen Hauptversammlung am 14. Mai 1959 verfügt wohl kein Einzelaktionär über mehr als 1 % des Aktienkapitals (jetzt: 562 Mio.DM) dieser Gesellschaft. ³⁾ -

1) Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1959, S.77.

2) DZ, Nr.53/3.7.57, S.10.

3) Karl Winnacker, Bericht in der Hauptversammlung der Farbwerke Hoechst AG am 14.5.59, in: Männer der Wirtschaft - Reden und Berichte, Beilage zu: Das Wertpapier, Nr.6/1959, S.7.

Der Vorstand der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik AG teilte nach der Hauptversammlung vom 22. Mai 1958 den Aktionären in einem Rundschreiben mit: " ... von der Existenz eines Großaktionärs, dem auch nur 1 % des Aktienkapitals gehören würden, ist nichts bekannt ..." ¹⁾

Auf wie viele Aktionäre sich die Aktien sehr großer Gesellschaften schätzungsweise verteilen, zeigt die folgende Übersicht, die sich auf Angaben von elf großen Publikums- gesellschaften stützt:

Name der Aktiengesellschaft	Grundkapital (in Mio.DM)	Geschätzte Zahl der Aktionäre
Preußische Bergwerks- und Hütten AG (Preußag)	105	216 000 ²⁾
Farbenfabriken Bayer AG	660	155 000 ³⁾
Badische Anilin- & Soda- Fabrik AG	700	130 000 ⁴⁾
Rheinische Stahlwerke	370	130 000 ⁴⁾
Farbwerke Hoechst AG	562	120 000 ⁵⁾
Gelsenkirchener Bergwerks AG	485	100 000 ⁶⁾
Mannesmann AG	580	80 000 ⁴⁾
Siemens & Halske AG	450	80 000 ⁷⁾
AEG Allgemeine Elektrizitäts- Gesellschaft	310	70 000 ⁴⁾
Deutsche Bank AG	250	32 000 ⁸⁾

- 1) BASF, Aktionärsbrief im Juni 1958, S.3.
- 2) FAZ, Nr.111/15.5.59, S.15. Mittlerweile dürfte 1 % dieser Volksaktionäre die Preußag-Aktien bereits veräußert haben.
- 3) Farbenfabriken Bayer AG, Aktionärsbrief im Dezember 1958, Anlage.
- 4) Rohr-Post, Herausgeber: Mannesmann AG, Heft 10/1959, S.16.
- 5) Blick durch die Wirtschaft, Nr.115/21.5.59, S.5.
- 6) DZ, Nr.133/8.9.59, S.6.
- 7) Blick durch die Wirtschaft, Nr.57/9.3.59, S.3.
- 8) DZ, Nr.33/26.4.58, S.20.

Diese Zusammenstellung umfaßt zugleich die Aktionärzahlen der - nach dem Grundkapital - sechs absolut größten deutschen Aktiengesellschaften: BASF, Bayer, Mannesmann, Hoechst Farben, Gelsenberg, Siemens & Halske. Das Aktienkapital dieser sechs Publikumsgesellschaften verteilt sich auf etwa 665 000 Aktionäre.

Ist auch die PreuBAG keine typische Publikumsgesellschaft - der Bundeskonzern VEBA hält noch Aktien im Nennwert von 23,5 Mio.DM ¹⁾ -, so nimmt sie doch wegen ihrer Vielzahl von Volksaktionären in der obigen Übersicht eine Sonderstellung ein.

Köhler schätzt allein für den Montanbereich - vor der Teilprivatisierung der PreuBAG - den Streubesitz auf 2,5 Mrd.DM ²⁾ und die Zahl der Publikumsaktionäre auf 500 000.

Bei einer Gesamtbetrachtung solcher Angaben über die Anzahl der Aktionäre ist zu beachten, daß die Summe der angeführten Aktionärzahlen praktisch nicht ebenso vielen verschiedenen Aktionären entspricht: In Wirklichkeit verteilt sich das Aktienkapital dieser Publikumsgesellschaften in ihrer Gesamtheit auf einen weitaus engeren Kreis natürlicher und juristischer Personen. Schon das Portefeuille eines Kleinaktionärs wird gewöhnlich Aktien mehrerer Gesellschaften - und gerade dieser als besonders vertrauenswürdig geltenden Publikumsgesellschaften - enthalten. ³⁾

Im Vergleich dazu sind an den 25 größten Publikumsgesellschaften in den USA jeweils mehr als 127 000 Aktionäre beteiligt. Drei dieser Korporationen zählen je über eine halbe Million Anteilseigner, und zwar: American Telephone and Telegraph Company 1 619 400, General Motors 724 800, Standard

1) Die Zeit, Nr.27/3.7.59, S.16.

2) Herbert W. Köhler, a.a.O., S.136 f.

3) Die tatsächliche Gesamtzahl aller Aktionäre deutscher Aktiengesellschaften dürfte - vor der Teilprivatisierung der PreuBAG - zwischen 300 000 und 400 000 gelegen haben.

Oil of New Jersey 502 600 Aktionäre. ¹⁾ Zur Zeit gibt es in den Vereinigten Staaten, nach einer Untersuchung der New Yorker Börse, rund 12,5 Millionen Einzelaktionäre. ²⁾

c) Anzahl und soziologische Schichtung der Aktionäre bei der Farbenfabriken Bayer AG und der Mannesmann AG

Die Farbenfabriken Bayer AG und die Mannesmann AG, zwei der allergrößten deutschen Publikumsgesellschaften, haben in jüngster Vergangenheit Untersuchungen über die numerische und soziologische Zusammensetzung ihres Aktionärskreises veröffentlicht. Da zwischen dem Anteil des Aktienstreubesitzes an einer Gesellschaft und der Ausübung des Depotstimmrechts durch Banken ein elementarer Zusammenhang besteht, rechtfertigt sich eine Wiedergabe dieser Untersuchungsergebnisse.

Im Sommer 1958 hat die Farbenfabriken Bayer AG eine Untersuchung über die Anzahl und die soziologische Schichtung ihrer Aktionäre durch Umfrage bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet und in West-Berlin veranstaltet. Dabei sind 134 209 ³⁾ Aktionäre und ein Nominalkapital von 571 149 100 DM (oder 86,54 % des Grundkapitals von 660 Mio.DM) ermittelt worden. Die Untersuchung über die Verteilung der Bayer-Aktien zeigt im einzelnen folgendes Ergebnis: ⁴⁾

-
- 1) Blick durch die Wirtschaft, Nr.109/13.5.59, S.5.
Zit. nach: The Exchange (offizielle Zeitschrift der New Yorker Börse).
 - 2) Rohr-Post, Herausgeber: Mannesmann AG, Heft 11/1959, S.12.
 - 3) Die Farbenfabriken Bayer AG schätzt die Gesamtzahl ihrer Aktionäre auf rund 155 000. - S.: Farbenfabriken Bayer AG, Aktionärsbrief im Dezember 1958, Anlage.
 - 4) Farbenfabriken Bayer AG, Aktionärsbrief im Dezember 1958, Anlage.

Zusammensetzung der Aktionäre der Farbenfabriken Bayer AG

	Anzahl der Aktionäre	Aktien- besitz in Mio.DM	in % x) der Aktionäre	in % x) des Aktien- besitzes
1 Kirchliche und karitative Ein- richtungen	194	1,2	0,14	0,22
2 Behörden	83	0,7	0,06	0,12
3 Gemeinnützige Stiftungen	297	4,6	0,22	0,80
4 Kreditinstitute	1 649	47,8	1,23	8,37
5 Investment-Gesell- schaften	11	11,1	0,01	1,95
6 Vermögensverwaltun- gen und Erbgemein- schaften	4 727	27,5	3,52	4,82
7 Versicherungen	260	20,2	0,19	3,54
8 Unternehmen der ge- werblichen Wirt- schaft	2 149	35,8	1,60	6,27
9 Gehalts- und Lohn- empfänger	32 416	78,4	24,15	13,73
10 Selbständige Kauf- leute	13 377	78,0	9,97	13,65
11 Freie Berufe	15 798	58,3	11,77	10,20
12 Handwerker	1 395	3,0	1,04	0,52
13 Land- und Forst- wirte	2 102	12,0	1,57	2,10
14 Hausfrauen und Witwen	40 312	132,2	30,04	23,15
15 Rentner und Pensionäre	9 229	27,8	6,88	4,87
16 Verschiedene (ohne Berufsangabe)	10 210	32,5	7,61	5,69
	134 209	571,1	100,00	100,00
Nicht erfaßt		88,9		
Gesamt		660,0		

x) Bezogen auf die erfaßten Aktionäre und Aktien, nicht auf das gesamte Grundkapital.

Von den in den Gruppen 9 bis 16 zusammengefaßten Aktionären sind mehr als 93 % natürliche Personen, deren Aktienbesitz aber nur 73,9 % beträgt; die ersten acht Gruppen mit einer Aktionärzahl von knapp 7 % hingegen haben einen Anteil von 24,1 %, jeweils bezogen auf das erfaßte Aktienkapital. Es überrascht, daß die nach der Personenzahl wie auch nach dem Aktienbesitz weitaus bedeutendste Aktionärgruppe der zweitgrößten deutschen Aktiengesellschaft sich aus Hausfrauen und Witwen zusammensetzt. An zweiter Stelle folgt die Gruppe der Gehalts- und Lohnempfänger.

Weiteren Aufschluß gibt die zusätzliche Ausführung der Bayer-Verwaltung, wonach 41 % aller erfaßten Aktionäre einen Besitz von nicht mehr als 1 000 DM haben. Hieraus wie auch aus der Tabelle selbst geht hervor, daß sich die Kapitalbeträge trotz der weiten Streuung sehr ungleich auf die einzelnen Aktionärgruppen verteilen. -

Die Mannesmann AG hat im August 1959 eine neue Ermittlung der soziologischen Schichtung ihrer Aktionäre veröffentlicht. Die Gruppierung der Anteilseigner nach Institutionen und Berufen geschieht ähnlich wie bei der Bayer-Aufstellung und weist folgende Ergebnisse auf: ¹⁾

1) Rohr-Post, Herausgeber: Mannesmann AG, Heft 11/1959, S.12.

Zusammensetzung der Aktionäre der Mannesmann AG

	Anteil an der Zahl der Aktionäre %	Anteil am Aktien- kapital %
1 Kirchliche und karitative Einrichtungen	x)	0,5
2 Behörden	x)	0,2
3 Gemeinnützige Stiftungen	x)	0,8
4 Vermögensverwaltungen und Erbengemeinschaften	2,2	11,6
5 Versicherungen	x)	2,8
6 a) Unternehmen der gewerb- lichen Wirtschaft	2,3	7,4
b) Banken	1,4	7,1
7 Handwerker	1,0	0,5
8 Land- und Forstwirte	1,6	1,4
9 Beamte und Behörden- angestellte	6,2	2,7
10 Angestellte xx)	15,5	8,4
11 Arbeiter xx)	0,3	0,1
12 Selbständige Kaufleute	13,3	15,2
13 Ärzte und Rechtsanwälte	8,0	5,9
14 Sonstige freie Berufe	6,2	4,1
15 Hausfrauen und Witwen	28,0	22,1
16 Rentner und Pensionäre	6,4	3,7
17 Verschiedene (ohne Berufsangabe)	7,6	5,5
	100,0	100,0

x) Jeweils unter 1 %.

xx) Belegschaftsaktionäre sind in der Statistik nicht mit
erfaßt.

Die Verwaltung der Mannesmann AG hat weder für die Prozentsätze der Tabelle die entsprechenden absoluten Bezugsgrößen veröffentlicht noch irgendwelche Erläuterungen zu ihrer Untersuchung gegeben. Doch ist aus dem Zahlenmaterial folgendes ersichtlich: Die in den Positionen 7 bis 16 als natürliche Personen erfaßten Kleinaktionäre der Mannesmann AG, die der damalige Aufsichtsratsvorsitzer Oswald Rösler auf der Hauptversammlung 1957 als "unser Glück und Stolz" bezeichnete ¹⁾, haben zwar der Zahl nach einen Anteil von 83,7 %, sind aber am Aktienkapital nur zu 61,1 % beteiligt. Relativ hoch gegenüber den vergleichbaren Gruppen der Bayer-Aktionäre ist der Kapitalanteil der Mannesmann-Aktionärgruppen 4 sowie 6 der Tabelle: 5,9 % aller Anteilseigner verfügen über 26,1 % des Grundkapitals. Das läßt den Schluß zu, daß bei Mannesmann größere Beteiligungen - wenigstens den absoluten Beträgen nach - unter diesen Gruppen zu suchen sind. ²⁾

Auffallend hoch ist auch hier die Kapitalbeteiligung der Hausfrauen und Witwen, die - ebenso wie bei Bayer - mehr als ein Fünftel des Grundkapitals besitzen: Ob diese Hausfrauen - wohl zumeist Ehefrauen - in jedem Fall selbst Aktieneigentümer im wirtschaftlichen Sinne sind, bleibt freilich fraglich. Die in derselben Gruppe erfaßten Witwen werden zum größten Teil die Aktien von ihren Ehemännern geerbt haben.

Im Unterschied zur Verwaltung der Mannesmann AG gab zum Beispiel Karl Winnacker als Vorsitzter des Vorstandes der Farbwerke Hoechst in der Hauptversammlung 1959 genaueren

1) DZ, Nr.53/3.7.57, S.10.

2) Nach einer Untersuchung für 1952 verteilte sich das Grundkapital der Mannesmann AG von damals 225 Mio.DM auf 28 553 Aktionäre, von denen 9 jeweils über mehr als 1 Mio.DM Aktien verfügten. Absolute Beträge wurden auch damals nicht genannt. - S. Mannesmann AG, Geschäftsbericht 1952, S.25, zit. bei: Helmut Wanner, Die am Aktienmarkt herrschenden Kräfte und ihr Einfluß auf die Kursgestaltung, Diss. München 1956, S.83 f.

Aufschluß über die effektive Streuung des Grundkapitals seiner Gesellschaft: Von 120 000 Aktionären halten 116 000 Kleinaktionäre mit einem Besitz zwischen 100 und 10 000 DM die eine Hälfte, die übrigen 4 000 die andere Hälfte des Aktienkapitals von 562 Mio. DM. ¹⁾

4. Die Kundendepots bei den Kreditinstituten

a) Die statistisch erfaßten Depotbestände an Aktien

Die Wertpapierkunden sind wegen ihrer Papiersubstanz empfindlich. Vor allem ein abhanden gekommenes oder vernichtetes Inhaberpapier, wie die Inhaberaktie, läßt sich kaum wiederbeschaffen oder ersetzen. Schon um Verluste durch Feuer, Diebstahl usw. zu vermeiden, geben die meisten Wertpapierreigentümer ihre Stücke in ein Bankdepot. Namentlich die Inhaber kleiner Wertpapierposten werden - im Unterschied zu den meist institutionellen Großanlegern - nicht über entsprechende Tresore verfügen. Neben den Sicherheitsgründen spricht auch die für den Aktiensparer vorgenommene Verwaltung der Wertpapiere, wie sie beim offenen Depot regelmäßig mit der Bankverwahrung verknüpft ist, für eine Tresoraufbewahrung bei den Kreditinstituten.

Über den Umfang der bei den Kreditinstituten als Depositaren oder für diese bei den Kassenvereinen liegenden Aktiendepots fehlte bis zum Sommer 1959 jede statistische Unterlage.

Im August 1959 hat das Statistische Bundesamt eine überaus wichtige Untersuchung über den Depotbesitz an deutschen Aktien veröffentlicht. ²⁾ Diese Sondererhebung wurde nach einer Frage im Bundestag (April 1958) auf Anregung des Bundesministers für Wirtschaft von den Kreditinstituten selbst veranstaltet, und zwar auf freiwilliger Grundlage und unter

1) Karl Winnacker, a.a.O., S.7.

2) Rudolf Berndsen, Der Depotbesitz an deutschen Aktien, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1959, S.147 ff.

Wahrung des Bankgeheimnisses. ¹⁾ Der Stichtag dieser Erhebung war der 31. Dezember 1958; Gegenstand der Meldungen waren die Depots an deutschen Aktien und Investmentzertifikaten, die sich im Besitz von Devisen-Inländern (bei einer groben Gliederung nach Größenklassen) sowie Devisen-Ausländern (hier keine Unterteilung) befanden.

Das Statistische Bundesamt hat die Ergebnisse aufbereitet und zusammengestellt. Sie sind in der nachstehend wiedergegebenen Tabelle zusammengefaßt und veröffentlicht worden: ²⁾

Der Depotbesitz an Aktien und Investmentzertifikaten nach Größenklassen (Stand: 31. Dezember 1958)

Nominalbetrag des einzelnen Depots in DM			Depots Zahl %		Nominalbeträge Mio.DM %	
	bis unter	5 000	314 600	62,0	535,7	7,1
5 000	bis unter	10 000	77 300	15,2	547,1	7,3
10 000	bis unter	25 000	64 300	12,7	1 003,3	12,5
25 000	bis unter	50 000	26 900	5,3	936,3	12,5
50 000	bis unter	100 000	13 400	2,6	910,3	12,2
100 000	bis unter	250 000	7 400	1,5	1 125,6	15,0
250 000	bis unter	500 000	1 900	0,4	663,2	8,9
500 000	und mehr		1 300	0,3	1 763,8	23,6
Inländische Depots zusammen			507 100	100,0	7 485,3	100,0
Ausländische Depots			20 600	- - -	837,7	- - -
Insgesamt			527 700		8 323,0	

1) Beteiligt waren die folgenden sechs Verbände: Der Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.); der deutsche Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch); der Verband öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten; der Deutsche Raiffeisen-Verband; der Verband gemeinwirtschaftlicher Geschäftsbanken. - S.Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1959, S.418.

2) Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1959, S.418.

Damit ist zum ersten Mal die Frage nach der Höhe und Verteilung des Depotbesitzes beantwortet. Im Februar 1959, schon ehe diese Ergebnisse gewonnen waren, ermittelte das Statistische Bundesamt - wie erwähnt - für den Aktienstreubesitz eine theoretische Obergrenze von 8,6425 Mrd.DM. ¹⁾ Demgegenüber liegen nominal 8,323 Mrd.DM deutscher Aktien in 527 700 Depots der deutschen Kreditinstitute und Wertpapiersammelbanken.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß in dem letztgenannten Betrag auch die Zertifikate der deutschen Investmentgesellschaften einbezogen sind; ihr Fondsvermögen hatte zum 31. Dezember 1958, dem Stichtag der Depoterhebung, einen Inventarwert - nicht: Nominalwert - von insgesamt 1 049,3 Mio.DM. ²⁾

Zwar hat das Statistische Bundesamt erwartet, daß der Schwerpunkt der Depotzahl nach bei den vielen kleinen, dem Kapital nach hingegen bei den wenigen großen Depots liege. ³⁾ Jedoch erstaunt, daß nahezu zwei Drittel der inländischen Depots - nämlich 314 000 oder 62 % - auf die kleinste Nominalbetragsklasse unter 5 000 DM entfallen. Die 456 200 Depots unter 25 000 DM haben zwar der Zahl nach einen prozentualen Anteil von 89,9 %, verfügen aber nur über einen Depotbesitz von 27,9 % des Gesamtbetrages. Umgekehrt vereinigen die 10 600 (= 10,1 %) großen Depots von 100 000 DM an aufwärts ein Nominalkapital von 3,526 Mrd.DM auf sich. Das ist fast die Hälfte des gesamten Nominalbetrages der inländischen Depots.

Diese Angaben über die Zahl der Depots können nur mit Vorbehalten ausgewertet werden: Einmal, weil sie wegen der großen, in der Untersuchung unverständlicherweise nicht festgestellten Zahl der Investmentzertifikat-Inhaber keinen statistisch gesicherten Rückschluß auf die tatsächliche Vertei-

1) Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1959, S.77.

2) S. Wolfgang Tormann, Investmentsparen, Eine Übersicht über die Lage in der Bundesrepublik, in: Das Wertpapier, Nr. 7/1959, S.424.

3) Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1959, S.419.

lung des Aktienstreubesitzes und die Anzahl der Aktionäre zulassen. Zum anderen kann schon ein kleines Depot die Aktien mehrerer Gesellschaften enthalten. Sofern diese Posten im selben Depot liegen, ist nur dieses bei der Zählung berücksichtigt worden; unterhält der Aktionär dagegen Depots bei mehreren Kreditinstituten, so hat man ihn mehrfach erfaßt. Man kann daher die Zahl der in der obenstehenden Tabelle aufgeführten Depots keineswegs mit der Zahl der Aktionäre gleichsetzen.

b) Die Zahl der Depotposten bei Großbanken

Im Herbst 1958 äußerte Wilhelm Vallenthin - damals Direktor mit Generalvollmacht der Zentrale Hamburg, jetzt Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG -, allein die Deutsche Bank habe 640 000 verschiedene Aktiendepots. ¹⁾ Dazu ist zu bemerken: Bei dieser riesigen Zahl handelt es sich nicht um ebenso viele Depotaktionäre, sondern vielmehr um die einzelnen Depotposten; diese verteilen sich freilich - bei der üblichen Mischung der Aktienportefeuilles - auf erheblich weniger Depotbesitzer.

Auf der Hauptversammlung einer Großbank machte der Sprecher des Vorstandes darauf aufmerksam, daß diese Aktienbank Aktien der eigenen Emission für etwa 22 000 ihrer Aktionäre - bei einer Gesamtzahl von 30 000 bis 32 000 - selbst verwahrt. ²⁾

In der Hauptversammlung der Siemens & Halske AG am 5. März 1959 gab Hans Feith - seinerzeit Direktor mit Generalvollmacht der Zentrale Frankfurt, jetzt Vorstandsmitglied der

1) Wilhelm Vallenthin, Vortrag vor der Internationalen Studiengesellschaft für wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit e.V. im November 1958 in Wiesbaden; berichtet von: Karl-Heinz Brackmann, Geht die Große Aktienrechtsreform zu weit?, in: Stuttgarter Zeitung, Nr.264/15.11.58, S.19.

2) Das Wertpapier, Heft 5/1958, S.228.

Deutschen Bank AG - als Bankvertreter bekannt, daß die Deutsche Bank auf Grund der Opposition des Darmstädter Kleinaktionärs Erich Nold an 13 510 Aktionäre der Siemens & Halske AG geschrieben habe. ¹⁾ Das entspricht derselben Anzahl Depotposten, welche die Deutsche Bank allein von dieser Gesellschaft für ihre Depotaktionäre verwahrt und verwaltet.

Ganz allgemein berichtet Philipp Möhring - stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer der Commerzbank AG - Anfang 1959 über die Depotaktienbestände der Großbanken: "Nach besonderen Feststellungen hat jede der großen Banken mehrere 100 000 verschiedene Aktienposten, das heißt Depotkunden in den verschiedenen Aktienarten." ²⁾

Auch nach der Gemeinsamen Denkschrift von fünf Spitzenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft - darunter der Bundesverband des privaten Bankgewerbes - bewegt sich die Zahl der Depotposten bei den Großbanken um 500 000; schon bei Kreditinstituten mit regional beschränktem Geschäftsbereich liegt sie um 100 000. ³⁾

II. Das Depotstimmrecht in der Bankenpraxis

1. Die Verfügung der Banken über das Stimmrecht aus Depotaktien

a) Allgemeines

Am 31. Dezember 1958 verwahrten die deutschen Kreditinstitute in offenen Depots Aktien (einschließlich Investmentzertifikate) im Nominalwert von 8,323 Mrd.DM ⁴⁾ und damit knapp 30 % des Grundkapitals aller deutschen Aktiengesellschaften in Höhe von insgesamt 28,186 Mrd.DM. ⁵⁾

1) S. Blick durch die Wirtschaft, Nr.57/9.3.59, S.3.

2) Philipp Möhring, a.a.O., in: Beiträge, S.100.

3) Gemeinsame Denkschrift zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Köln - Bonn, Februar 1959, S.33.

4) Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1959, S.418.

5) Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1959, S.137.

Bei diesen statistischen Angaben ist zu berücksichtigen, daß die nicht börsenfähigen Aktiengesellschaften - wie Einmanngesellschaften, Konzernuntergesellschaften oder Familiengesellschaften - gewöhnlich keine Aktienurkunden ausstellen. Die obige Relation verschiebt sich beträchtlich, wenn man den Nennbetrag der bankverwahrten Aktien (8,323 Mrd. DM) auf das Grundkapital der börsennotierten Aktiengesellschaften - Ende 1958 mehr als 14 Mrd.DM ¹⁾ - bezieht: Demnach ruhten, global betrachtet, fast drei Fünftel der von Börsengesellschaften emittierten Aktien in Bankdepots.

Der größte Teil des Aktienstreubesitzes dürfte bei Kreditinstituten hinterlegt sein. So führten 1955 zum Beispiel 95 000 von den damals fast 100 000 Aktionären der Gelsenkirchener Bergwerks-AG ihren Aktienbesitz in Bankdepots. ²⁾ Ein ähnliches Ergebnis zeigt die bereits ausführlich besprochene Umfrage der Farbenfabriken Bayer AG im Sommer 1958 bei den Kreditinstituten: Von schätzungsweise 155 000 Bayer-Aktionären haben 134 209 ihre Aktien bei Kreditinstituten im Bundesgebiet und in West-Berlin deponiert. ³⁾

Damit ist freilich über den Umfang der den Depotbanken erteilten Stimmrechtsermächtigungen nichts gesagt. Angaben hierüber, die sich nur durch Erhebungen anhand der Präsenzlisten ermitteln lassen, liegen bis heute noch nicht vor; vielmehr ist man nach wie vor auf Vermutungen angewiesen.

Nach einer vielzitierten Schätzung Nußbaums im Jahre 1928 hatten "die Großbanken die tatsächliche Verfügung über 20 % der börsenfähigen Aktien"; doch räumte Nußbaum ein, daß "dies hinter der Wirklichkeit noch zurückbleiben dürfte". ⁴⁾

1) Kapitalmarkt und Börse 1958, S.28.

2) DZ, Nr.70/3.9.55, S.12.

3) Farbenfabriken Bayer AG, Aktionärsbrief im Dezember 1958, Anlage.

4) Arthur Nußbaum, Aktionär und Verwaltung, Berlin 1928, S.27.

Neuerdings hat man für die von den Banken ausgeübten Depotstimmrechte einen großen Durchschnittssatz von 20 bis 25 % der vertretenen Aktienstimmrechte angesetzt. ¹⁾ Mag diese Annahme von Fachseite auch für eine Reihe von Aktiengesellschaften zutreffen, so wird sie doch den tatsächlichen Verhältnissen bei typischen Publikumsgesellschaften in keiner Weise gerecht.

b) Das durch Banken in den Hauptversammlungen von Publikumsgesellschaften vertretene Aktienkapital

Bei den Publikumsgesellschaften liegt der Anteil der durch die Banken wahrgenommenen Depotaktien-Stimmrechte weit über der angenommenen Durchschnittsquote von 20 bis 25 %. "Je mehr der Aktienbesitz gestreut ist, desto größer ist der Anteil des Aktienbesitzes, der durch die Banken vertreten ist." ²⁾ Erfahrungsgemäß weisen die Präsenzlisten immer wieder das gleiche Bild auf. Dieser grundlegende Tatbestand soll durch eine Anzahl von Beispielen aus der Aktienpraxis im folgenden veranschaulicht werden:

Auf der Hauptversammlung der I.G. Farbenindustrie AG am 30. Juli 1943 wurden, bei einem Aktienkapital von 1,36 Mrd.RM und einer Kapitalpräsenz von 850 Mio.RM, 750 Mio.RM von zwanzig Banken auf Grund des Depotstimmrechts als Fremdbesitz vertreten. ³⁾

Nach einer Veröffentlichung (März 1959) der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft waren "bei der letzten Hauptversammlung einer Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 560 Mill.DM" - gemeint ist ohne Zweifel die Hauptversammlung vom 1. Juli 1958 bei der Mannesmann AG, die ihr Grundkapital

1) So: Curt Eduard Fischer, a.a.O., in: *ZfhwF*, Heft 1/1958, S.32; Roland Schupp, a.a.O., in: *Juristische Rundschau*, Heft 6/1959, S.216.

2) Erich Potthoff, Die "große" Aktiengesellschaft, in: *Wirtschaftswissenschaftliche Mitteilungen*, Herausgeber: Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften GmbH, Köln, Nr.5/1954, S.95.

3) Stellungnahme der Gewerkschaften zur Neuordnung der IG Farbenindustrie AG, 1950; zit. bei: Erich Potthoff, a.a.O., S.95.

inzwischen von 560 auf 580 Mio.DM erhöht hat - 90 % der stimmberechtigten Aktien durch die drei Großbanken vertreten. ¹⁾

Dem Mannesmann-Aufsichtsrat gehören, bei insgesamt zehn Aktionärvertretern, drei Verwaltungsmitglieder von Banken an: als Ehrenvorsitzer Oswald Rösler (Aufsichtsratsvorsitzer der Deutschen Bank); als Aufsichtsratsmitglieder Eduard von Schwartzkoppen (Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft) sowie Franz Heinrich Ulrich (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank). ²⁾ - Umgekehrt ist Wilhelm Zangen (früher Vorstandsvorsitzer, jetzt Aufsichtsratsvorsitzer der Mannesmann AG) Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank AG. ³⁾

In der Hauptversammlung der Farbenfabriken Bayer AG vom 21. Mai 1958 entfielen 448 816 200 DM = 82,79 % des vertretenen Aktienkapitals auf private Geschäftsbanken; öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, Volksbanken, Gemeinwirtschaftsbanken sowie ausländische Banken repräsentierten weitere 4,8 % des vertretenen Kapitals; außerdem wurden 2,01 % durch Investmentgesellschaften vertreten. ⁴⁾ Die Aufsichtsratsverflechtungen zwischen den Banken und der Farbenfabriken Bayer AG werden noch in anderem Zusammenhang aufgeführt.

Über drei weitere Aktiengesellschaften hat der Verfasser anhand der bei den zuständigen Gerichten eingereichten Teilnehmerverzeichnisse Untersuchungen angestellt, deren Ergebnisse im folgenden wiedergegeben werden:

Aus dem Teilnehmerverzeichnis, das am 5. März 1959 in der Hauptversammlung der Siemens & Halske AG aufgestellt wurde, ⁵⁾ läßt sich - wenn auch nur mühselig - errechnen, daß Ge-

1) Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bemerkungen und Vorschläge der DAG zum "Referentenentwurf eines Aktiengesetzes", Hamburg, März 1959, S.9 (Anm. des Verf.: 2.Aufl.).

2) Mannesmann AG, Geschäftsbericht 1958.

3) Mannesmann AG, Geschäftsbericht 1958.

4) Das Wertpapier, Heft 1/1959, S.24.

5) Eingereicht beim Handelsregister des Registergerichts München.

schäftsbanken rund 94,1 % (nämlich: 326 739 600 DM) des bei der Beschlußfassung anwesenden Stammaktienkapitals von 347 244 300 DM vertraten. Davon entfielen wiederum mindestens 316 732 600 DM - das sind über 91,2 % des vertretenen Stammkapitals - auf Aktien solcher Depotkunden, deren Stimmrecht die Vertreter der Depotbanken wahrnahmen. Zur Zeit dieser Hauptversammlung registrierte allein die Deutsche Bank 13 510 Siemens-Depotkunden mit einem Stammaktienkapital im Nennbetrag von 105 617 600 DM. ¹⁾ Für die Mehrzahl dieser Depotaktionäre dürfte die Deutsche Bank das Stimmrecht ausgeübt haben.

Zwei der acht Aktionärvertreter im Aufsichtsrat der Siemens & Halske AG sind von Banken entsandt: Hermann J. Abs (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank) ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer, Hans Christoph Freiherr von Tucher (Vorstandsmitglied der Bayerischen Vereinsbank) ist Aufsichtsratsmitglied. ²⁾ - Hingegen sind Ernst von Siemens (Aufsichtsratsvorsitzer der Siemens & Halske AG) und Adolf Lohse (Vorstandsmitglied der Siemens & Halske AG) Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG. ³⁾

Das Zahlenbeispiel der letzten Hauptversammlung bei der Siemens & Halske AG ist kein Ausnahmefall. Auch sonst vertreten die Großbanken hohe Aktiennennbeträge auf Grund von Stimmrechtsermächtigungen seitens der Depotkundschaft. So stellte sich nach der Hauptversammlung der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik am 22. Mai 1958 heraus, daß ein Bankvertreter - infolge einer Umstellung des Abstimmungsverfahrens - versehentlich unterlassen hatte, eine auf 46,60 Mio. DM ausgestellte Sammelstimmkarte für den Verwaltungsvorschlag abzugeben. ⁴⁾

1) Blick durch die Wirtschaft, Sonderdruck (für die Aktionäre der Siemens & Halske AG) aus Nr. 57/9.3.59. In der regulären Ausgabe, ebenda, a.a.O., S. 3 f., ist der besagte DM-Nennbetrag nicht aufgeführt.

2) Siemens & Halske AG, Geschäftsbericht 1958.

3) Deutsche Bank AG, Geschäftsbericht 1958.

4) DZ, Nr. 42/28.5.58, S. 11; HBl, Nr. 61/28.5.58, S. 8.

Das Teilnehmerverzeichnis der Daimler-Benz AG für die Hauptversammlung am 8. Juli 1958 ¹⁾ enthält die folgende beachtenswerte - und wegen ihrer Übersichtlichkeit für andere Gesellschaften nachahmenswerte - Zusammenstellung über die Aktionärgruppen und das von ihnen vertretene Kapital:

Ausgestellte Stimmkarten auf:	In der Hauptversammlung vertretenes Kapital		
	Eigen	Fremd DM	Zusammen DM
<u>Stammaktien</u>			
a) Deutsche Bank	- - -	19 535 900	19 535 900
b) Commerzbank	- - -	2 278 500	2 278 500
c) Dresdner Bank	- - -	3 065 700	3 065 700
d) Württ. Girozentrale - Württ. Landeskommu- nalbank, Stuttgart	- - -	530 500	530 500
e) Andere Banken		2 619 700	2 619 700
f) Großaktionäre ²⁾	18 040 000	18 473 000	36 513 000
g) Verschiedene Aktionäre	83 300	197 400	280 700
	18 123 300	46 700 700	64 824 000 =====
<u>Vorzugsaktien</u> ³⁾			
Deutsche Bank AG Frankfurt (Main)	155 520	- - -	155 520 =====

Soweit das anwesende Kapital nicht durch Großaktionäre vertreten wurde, entfielen von der übrigen Kapitalpräsenz über 99 % auf die fünf Bankengruppen, und zwar als Fremdbesitz.

- 1) Eingereicht beim Handelsregister des Amtsgerichts Stuttgart
- 2) Anm. des Verf.: Aus dieser Präsenzliste ging an anderer Stelle hervor, daß von den beiden Großaktionären die Gruppe Flick 27,312 Mio.DM und die Gruppe Quandt 9,2 Mio.DM Stammaktien vertraten.
- 3) Anm. des Verf.: Nach § 17 Satzung der Daimler-Benz AG gewähren die Vorzugsaktien bei der Beschlußfassung über Besetzung des Aufsichtsrats, Satzungsänderungen und Auflösung der Gesellschaft das dreißigfache Stimmrecht gegenüber den Stammaktien. Diese Mehrstimmrechtsaktien befinden sich in den Händen der Deutschen Bank AG.

Während also die allermeisten freien Aktionäre für ihre Aktien das Depotstimmrecht ausüben ließen, war der Kapitalanteil des durch Kleinaktionäre vertretenen Eigenbesitzes von 83 300 DM verschwindend gering.

Die Großbanken stellen vier von insgesamt zehn Aktionärvertretern im Aufsichtsrat der Daimler-Benz AG: Aufsichtsratsvorsitzer ist Hermann J. Abs (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank); Aufsichtsratsmitglieder sind Hanns Deuss (Vorstandsmitglied der Commerzbank), Trudbert Riesterer (Direktor mit Generalvollmacht der Hauptfiliale Stuttgart der Deutschen Bank), Erich Vierhub (Vorstandsmitglied der Dresdner Bank). ¹⁾ - Der Vorstandsvorsitzer der Daimler-Benz AG, Fritz Könecke, ist wiederum Aufsichtsratsmitglied bei der Deutschen Bank AG. ²⁾

Die Deutsche Linoleum-Werke AG, Bietigheim (Württ.), deren Grundkapital 24 Mio.DM beträgt, ist das typische Beispiel einer mittelgroßen Publikumsgesellschaft ohne Großaktionäre. ³⁾ Aus dem DLW-Teilnehmerverzeichnis der Hauptversammlung am 11. Juli 1958 ⁴⁾ läßt sich - umständlich - folgendes errechnen: Acht Angestellte von Kreditinstituten vertraten bei einer Kapitalpräsenz von 17 394 800 DM Aktien im Nennbetrag von insgesamt 16 770 400 DM (= 96,45 % des vertretenen Kapitals), darunter nur 1 666 700 DM als Eigenbesitz von Kreditinstituten. Die übrigen 15 110 700 DM (darunter 897 000 DM von Investmentgesellschaften) wurden von den Banken als Fremdbesitz angemeldet, und zwar zum allergrößten Teil auf Grund von Ermächtigungen zur Ausübung des Depotstimmrechts.

Dem Aufsichtsrat der Deutschen Linoleum-Werke AG gehören - bei sechs Aktionärvertretern - allein drei Bankdelegierte an: als Aufsichtsratsvorsitzer Trudbert Riesterer (Direktor

1) Daimler-Benz AG, Geschäftsbericht 1958.

2) Deutsche Bank AG, Geschäftsbericht 1958.

3) Der größte erkennbare Einzelaktionär ist die Handels- und Gewerbebank Heilbronn AG mit einem Eigenbesitz von nominal 1,60 Mio.DM.

4) Eingereicht beim Handelsregister des Amtsgerichts Besigheim (Württ.).

mit Generalvollmacht der Hauptfiliale Stuttgart der Deutschen Bank); als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer Erwin Bohner (Vorstandsmitglied der Handels- und Gewerbank Heilbronn AG); als Aufsichtsratsmitglied Franz Heinrich Ulrich (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank). ¹⁾

Wenn in einem Nachrichtenmagazin behauptet wurde, auf einer Hauptversammlung der Klöckner-Humboldt-Deutz AG hätten ein knappes Dutzend Bankangestellte fast neun Zehntel des Grundkapitals vertreten, ²⁾ so erscheint das gerade bei dieser Gesellschaft höchst unwahrscheinlich: Einmal liegt die Kapitalmehrheit bei Klöckner & Co.; zum anderen war damals nur Robert Pferdenges (ehemals Teilhaber des Kölner Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie.), dagegen kein Großbankvertreter im Aufsichtsrat dieser Aktiengesellschaft. ³⁾

2. Die Aktionärgruppen und die Ausübung ihrer Aktienstimmrechte

a) Die Stellung der Aktionäre im Aktienrecht

Bei der Aktiengesellschaft ist die Unternehmerfunktion grundsätzlich von der Eigentümerfunktion getrennt. ⁴⁾ Die Aktie ist einmal Finanzierungsinstrument ⁵⁾ oder Beteiligungsinstrument - je nach der Betrachtungsweise -, aber auch zugleich Herrschaftsinstrument ⁶⁾. Von den Anteilseignern aus gesehen, läßt sich bei der Aktienbeteiligung

1) Deutsche Linoleum-Werke AG, Teilnehmerverzeichnis der Hauptversammlung vom 11.7.58.

2) Der Spiegel, Nr.10/1958, S.33.

3) S.: Wer gehört zu wem?, Mutter- und Tochtergesellschaften von A - Z, S.165; Deutsches Börsenadreßbuch, 1.Bd., S.160.

4) Adolf Weber, Geld, Banken, Börsen, 5.Aufl., München, o.J. (1955), S.338. - Adolf A. Berle - Gardiner C. Means, The Modern Corporation and Private Property, 17th Printing, New York 1950, S.4 ff.: Berle - Means weisen a.a.O. ständig auf "separation of ownership and control" hin.

5) Obst - Hintner, a.a.O., S.584.

6) Claus Schrempf, Die Doppelnatur der Aktie, in: VW, Nr.14/1954, S.10.

das Investitionseigentum vom Kontrolleigentum unterscheiden. ¹⁾

Durch die Entwicklung der Aktiengesellschaft mit ihren finanziellen und industriellen Expansionstendenzen hat sich der Gegensatz zwischen Großaktionären und Kleinaktionären seit dem 19. Jahrhundert immer schärfer ausgeprägt. Die unterschiedliche Stellung der Aktionärgruppen veranlaßte einen der hervorragenden schweizerischen Industriellen einmal zu folgendem pessimistischen Ausspruch: "Les actionnaires sont ou des lions ou des moutons, mais toujours des bêtes." ²⁾

Die rechtstatsächliche Stellung der Aktionäre weist längst keine einheitliche Grundstruktur mehr auf. ³⁾ Schmoller hat daher schon um die Jahrhundertwende "das gleiche Recht jeder Aktie" als "eine juristische Fiktion" bezeichnet. ⁴⁾ Schrempf geht noch einen Schritt weiter: "Ist schon die 'Aktiengesellschaft' als regelbarer Einheitstyp eine bloße Fiktion, so ist es in noch höherem Grade der 'Aktionär'." ⁵⁾

Das deutsche Aktienrecht ist seit jeher von einem Einheitstyp der Aktiengesellschaft ausgegangen; damit hat das Gesetz für die Aktienunternehmen, die nach Kapitalhöhe, Beteiligungsverhältnissen und Zweck ganz heterogen sind, eine homogene Rechtsordnung geschaffen. ⁶⁾ Auch der neue Referentenentwurf eines Aktiengesetzes hält mit rechtssystematischer Anstrengung hieran fest. - Um nur die Extremfälle

1) S. Erich Potthoff, a.a.O., S.96, mit weiterer Literaturangabe.

2) Zit. bei: Georg Cohn - F. Fick - R. Zehntbauer, Die Aktiengesellschaft, Zürich 1921, S.92.

3) Friedrich Klausing, Reform des Aktienrechts, S.19.

4) Gustav Schmoller, a.a.O., S.524.

5) Claus Schrempf, Investmentsparener - Aktionäre der Zukunft, in: IK, Nr.17/18.11.58, S.2.

6) Vgl.: Claus Schrempf, a.a.O., in: IK, Nr.175/18.11.59, S.2; Friedrich Klausing, Reform des Aktienrechts, S.19.

herauszugreifen: Eine nicht börsenfähige Familien- oder Einmann-Aktiengesellschaft mit 100 000 DM Grundkapital wird einer Publikumsgesellschaft mit weit über hunderttausend Aktionären und einem Aktienkapital von einigen hundert Millionen D-Mark aktienrechtlich völlig gleichgestellt.

Ebenso ist der Aktionärkreis in seiner Zusammensetzung und Kapitalbeteiligung wie auch nach den Motiven und Zwecken des Aktienerwerbs nicht homogen. "Der" Aktionär stellt vielmehr eine bloße Rechtsfigur dar; als eine Art Berufsstand oder einheitlicher soziologischer Personentypus existiert er in der Aktienrechtspraxis nicht. Hingegen weicht das Aktienrecht - aus welchen Gründen auch immer - im grundsätzlichen von den rechtstatsächlichen Gegebenheiten des Aktienwesens ab.

Nach einer Formulierung von Clemens Plaßmann (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG) ist der "Aktionär" als ökonomische und soziologische Kategorie "ein in der Retorte erzeugter homunculus", der sich bei der Berührung mit dem wirtschaftlichen Leben in nichts auflöse. ¹⁾

Die Aktiengesellschaft vereinigt in sich gewöhnlich die verschiedensten Macht- und Interessenträger. Die unterschiedlichen Aktionärgruppen sind entweder auf der Seite der Verwaltung, oder aber sie stehen dieser antagonistisch gegenüber. Es handelt sich hierbei um ewige, unausgleichbare Gegensätze, die im Wesen der Aktiengesellschaft begründet sind. ²⁾ Solche Interessen- und Meinungsgegensätze der ver-

1) Clemens Plaßmann, "Der Aktionär" - ein Homunculus, in: ZfK, Nr.9/1956, S.305 (Leserzuschrift). - Vgl. hierzu auch: Adolf Lansburgh, Das Aktienrecht des "als ob", in: Die Bank, 1929, S.517.

2) Franz Klein, Die neueren Entwicklungen in Verfassung und Recht der Aktiengesellschaft, Wien 1904, S.54 ff., zit. bei Fritz Haußmann, Vom Aktienwesen und vom Aktienrecht, Mannheim - Berlin - Leipzig 1928, S.51; s. hierzu auch: Fritz Haußmann, ebenda, S.51.

schiedenartigen Aktionärgruppen führen in der Gesellschaft ständig zu Kämpfen um die wirtschaftliche und rechtliche Machtverteilung. ¹⁾ Haußmann hat diese Erscheinungen als "Selbsterzfleischung des Kapitalismus" charakterisiert. ²⁾ Das Problem einer jeden Aktienrechtsreform liegt darin, diese immanenten Gegensätze wenigstens im rechtlichen Ablauf des innergesellschaftlichen Lebens zu einem harmonischen Ausgleich zu bringen.

b) Die Einteilung der Aktionäre

Eine wirtschaftliche und soziologische Einteilung der Aktionärstypen läßt sich nach objektiven, subjektiven oder psychologischen Momenten vornehmen. In der wirtschaftsrechtlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Literatur werden - je nach dem gewählten Kriterium - folgende Hauptkategorien von Aktionären unterschieden.

Erstens: Großaktionäre und Kleinaktionäre; oder Unternehmer-(= Herrschafts-)aktionäre und Einzelaktionäre.

Zweitens: Daueraktionäre und Spekulationsaktionäre; oder Anlageaktionäre und Gelegenheitsaktionäre.

Bei einer jeden solchen Systematik überschneiden sich die Trennungslinien. Zum Beispiel kann ein Großaktionär zugleich Spekulationsaktionär sein. - So interessant eine Untersuchung dieser verschiedenen Aktionärgruppen im einzelnen auch wäre, so würde sie doch das dieser Arbeit zugewiesene Aufgabengebiet verlassen. Es sei hier auf das

1) Vgl. hierzu: Werner Küster, a.a.O., S.7 ff.; J. Wolany, Die Diskussion über eine Reform des Aktienrechts, in: Die AG, Heft 3/1956, S.49 f.

2) Fritz Haußmann, Gesellschaftsinteresse und Interessenpolitik in der Aktiengesellschaft, Bank-Archiv, XXX. Jg., Nr.4, S.62.

Schrifttum ¹⁾ verwiesen.

Unter den verschiedenen Einteilungsmöglichkeiten erscheint eine Gegenüberstellung von Großaktionären und Kleinaktionären für diese Arbeit am zweckmäßigsten; denn das Begriffspaar "Großaktionäre und Kleinaktionäre" stellt objektiv auf die Größe der Beteiligung und damit auf den möglichen Einfluß durch das Aktienstimmrecht ab. ²⁾ Zwar geht das Aktiengesetz von der Grundauffassung aus, daß alle Aktionäre und Aktionärgruppen rechtlich gleichgestellt sind; ³⁾ jedoch finden sich in der Aktienrechtspraxis bei fast allen Gesellschaften herrschende Großaktionäre und daneben einflußlose Kleinaktionäre.

Nach Passow "gehört gerade das Nebeneinander von Groß- und Kleinaktionären, die bei den Großaktionären stattfindende 'Personalunion des Unternehmers und des Kapitalisten' und der Gegensatz zwischen diesen Hauptbeteiligten und den kleinen Aktionären, den 'Nur-Kapitalisten', zu dem typischen wirtschaftlichen Charakter der Aktiengesellschaft" ⁴⁾. Von diesen tatsächlichen Verhältnissen muß man bei der Prüfung der Beziehungen dieser einzelnen Aktionärgruppen zu ihrem Aktienstimmrecht ausgehen.

-
- 1) S. hierzu vor allem: Walther Rathenau, Vom Aktienwesen. Eine geschäftliche Betrachtung, Berlin 1918, S.26 ff.; Richard Passow, Die Aktiengesellschaft. Eine wirtschaftswissenschaftliche Studie, 2. Aufl., Jena 1922, S.328 ff.; Maximilian Schmulewitz, a.a.O., S.2 ff.; Fritz Haußmann, Vom Aktienwesen und vom Aktienrecht, Mannheim - Berlin - Leipzig 1928, S.18 ff.; Ders., a.a.O., in: Bank-Archiv, XXX. Jg., Nr.4, S.61; Arthur Bondi, Die Rechte der Aktionäre. Ein Beitrag zur Reform des Gesellschaftsrechts und zur deutsch-österreichischen Rechtsangleichung, Berlin 1930, S.70 ff.; Enquête, Generalbericht 1930, S.18 f.
 - 2) Ausschließliche Unterteilung in Groß- und Kleinaktionäre bei: Arthur Bondi, a.a.O., S.72; Richard Passow, a.a.O., S.331 f.; Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1946, S.229. - Gegen diese Unterscheidung vor allem: Maximilian Schmulewitz, a.a.O., S.2; Georg Solmsen, Probleme des Aktienrechts unter besonderer Berücksichtigung ihrer Entwicklung in den Vereinigten Staaten, in: Bank-Archiv, XXVI. Jg., Nr.1, S.35 f.
 - 3) Vgl. Amtliche Begründung zu § 12 AktG.
 - 4) Richard Passow, a.a.O., S.333.

c) Die Großaktionäre

"Großaktionär ist, wer infolge der Höhe seiner Beteiligung die Möglichkeit und infolge seiner Einstellung zum Unternehmen auch den Willen hat, wirksam auf die Leitung des Unternehmens dauernden Einfluß zu nehmen." ¹⁾ Ganz allgemein haben die Großaktionäre in der Aktiengesellschaft eine solche Stellung inne, daß sie die Verwaltung (Aufsichtsrat und Vorstand) beeinflussen wie auch die übrigen Aktionäre - zumal Minderheitsaktionäre - aus dem körperschaftlichen Willensbildungsprozeß ausschalten können. ²⁾

Großaktionäre sind nicht nur natürliche, sondern vor allem juristische Personen: neben Einzelpersonen und Familiengruppen besonders Kapitalgesellschaften in der Rechtsform der Aktiengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung, öffentlich-rechtliche Körperschaften und Verbände oder andere Kapitaleigentümer. Der Kreis der Großaktionäre setzt sich meistens aus interessegebundenen Wirtschaftsunternehmen - Lieferanten, Abnehmer, Konkurrenten, Banken, Versicherungen - zusammen.

Die Interessen der Großaktionäre stehen vor allem in der Dividendenpolitik denen der Kleinaktionäre - zumeist Privatpersonen - entgegen; die Gewinnverwendung in der einzelnen Aktiengesellschaft ist ein mikroökonomisches Distributionsproblem. Wie eine Untersuchung des Statistischen Bundesamtes ergab, treten die Großaktionäre in der Regel für eine "Hebung des Substanzwertes der Aktie durch Akkumulation der Gewinne" ³⁾ im Wege der Selbstfinanzierung ein. Im Jahre 1958 lagen mehr als zwei Drittel des gesamten Nominalkapitals aller deutschen Aktiengesellschaften als Dauerbeteiligung bei solchen Kapitaleignern, "denen der Aktienbesitz mehr Mittel der Einflußnahme als ertragbringende Vermögensanlage ist". ⁴⁾

1) Arthur Bondi, a.a.O., S.72.

2) S. Rudolf Reinhardt, Aktienrecht in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, in: Welche Wirtschaftspolitik kann das Vertrauen des Wählers rechtfertigen?, Ludwigsburg 1958, S.107.

3) Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1957, S.275.

4) Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1959, S.77.

Aus dieser jüngsten Feststellung des Statistischen Bundesamtes erhellt die Bedeutung der Mehrheits- und Großaktionäre als Dauerbesitzer für das deutsche Aktienwesen. Doch außer ihnen gibt es auch spekulierende Großaktionäre, wie das Auftreten des Bremer Holzkaufmanns Hermann Krages seit der Währungsreform gezeigt hat. Schmalenbach hat sich schon vor mehr als dreißig Jahren scharf gegen solche Großspekulanten gewandt: "Eine gute Gesellschaft muß sich diese spekulierenden Großaktionäre, auch wenn sie zur allerfeinsten Finanzgesellschaft gehören, vom Leibe halten. Das ist nach meiner Meinung der beste Schutz." ¹⁾

Im allgemeinen erteilen die Großaktionäre den Banken keine Stimmrechtsermächtigungen; vielmehr üben die Großaktionäre ihre Aktienstimmrechte in den Hauptversammlungen selbst aus oder lassen sie durch ihre Vertreter wahrnehmen. Nur in seltenen Ausnahmefällen ²⁾ tarnt sich ein Großaktionär, der anonym bleiben will, indem er sein Aktienpaket unvertreten läßt. Will ein Großaktionär in der Hauptversammlung abstimmen, jedoch seinen Namen und seine Beteiligung in der Präsenzliste nicht offenbaren, so läßt er mitunter seine Stimmrechte durch eine Bank oder einen ihrer Angestellten ausüben; denn die Bank, die ohnehin eine große Zahl von Depotaktien-Stimmen vertritt, ist als Legitimationsaktionär am unauffälligsten und erregt keinen Argwohn. ³⁾ Aber in solchen Fällen kann die ermächtigte Bank das Depotstimmrecht nicht nach eigenem Ermessen geltend machen, sondern sie ist im Innenverhältnis von vornherein an entsprechende Weisungen des Großaktionärs gebunden.

1) E. Schmalenbach, Zur Reform der Aktienbilanz, in: ZfhwF, Heft 2/1927, S.55.

2) S. hierzu: DZ, Nr.28/8.4.59, S.1; DZ, Nr.34/29.4.59, S.12.

3) S. Günther Frohner, a.a.O., S.71.

d) Die Kleinaktionäre

Kleinaktionär ist, wer als einzelner nach der Höhe und dem Zweck seiner Beteiligung am Grundkapital die Verwaltung einer Aktiengesellschaft weder beeinflussen kann noch will. Bei den Kleinaktionären ist die Personalunion zwischen Eigentümer- und Unternehmerfunktion völlig aufgehoben.

Der Begriff "Kleinaktionär" ist relativ, und es läßt sich bei der Klassifizierung des Kleinaktionärs keine absolute Norm für die Höhe des Aktiennennbetrages aufstellen. Zwei Beispiele sollen diese Relativität illustrieren:

Verfügt ein Aktionär über einen Aktienbesitz von nominal 25 000 DM, so kann er in einer Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 100 000 DM in jedem Fall eine Sperrminorität ausüben. In der größten deutschen Gesellschaft, der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik AG, hingegen bedeutet dieser Aktienbesitz lediglich $1/28\,000$ des Grundkapitals von 700 Mio.DM; damit ist derselbe Kapitaleigner hier nur ein völlig unbedeutender Splitteraktionär. - Der wirtschaftliche - nicht der soziologische - Begriff des Kleinaktionärs kann nur auf die einzelne Aktiengesellschaft bezogen werden: Hat ein Aktionär mit einem großen Portefeuille seinen Aktienbesitz bei einer Vielzahl von Gesellschaften breit gestreut, so ist er unter dem Blickwinkel der einzelnen Aktiengesellschaft dort jedesmal nur Kleinaktionär.

Ebenso darf der "Kleinaktionär" mit dem Inhaber eine "Kleinaktie" nicht verwechselt werden. Nach dem Nennbetrag läßt sich auch die Kleinaktie nicht absolut bestimmen; sie ist nach Fabri "der bruchteilsmäßige Anteil am Kapital einer Aktiengesellschaft, dessen Wert es der Gesellschaft erlaubt, Kapital aus breitesten Bevölkerungsschichten aufzusaugen, und andererseits diesen Schichten eine ihrer Sparkraft entsprechende Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen ermöglicht" ¹⁾.

1) Theodor Fabri, Die Kleinaktie (Abhandlungen aus dem Industrieseminar der Universität zu Köln, Herausgeber: Theodor Beste, Heft 8), Berlin 1959, S.13.

Man hat die Zahl der deutschen Aktionäre, vor der Ausgabe der Preußag-Aktien an mehr als 210 000 Volksaktionäre, auf knapp 1,5 Millionen geschätzt; die Masse davon ist zum Kleinbesitz zu rechnen. ¹⁾ Gerade die großen Publikumsgesellschaften zeigen - wie diese Schrift schon hinreichend belegt hat -, daß ihre Kapitalträger sich aus Kleinaktionären zusammensetzen.

Die Interessen der Kleinaktionäre richten sich in erster Linie auf eine möglichst sichere und rentable Kapitalanlage. Interessenpunkte des Kleinaktionärs sind namentlich: hohe Gewinnausschüttung in Form von Dividende und Bonus; steigende oder wenigstens konstante Kursentwicklung; günstiges Bezugsrecht ²⁾ bei Neuemissionen (niederer Ausgabekurs, vorteilhaftes Bezugsrechtsverhältnis); außerdem: Ausgabe sogenannter Gratisaktien bei den dafür in Frage kommenden Gesellschaften.

Neuerdings richtet sich - nach amerikanischem Vorbild - das Interesse der deutschen Aktiensparer immer mehr auf zukunftsreiche "Wachstumswerte" ³⁾, die Substanzvermehrung und dadurch entsprechende Kurssteigerungen versprechen. Bei einer solchen Wandlung der Aktionärmentalität treten Dividendenerwartungen zurück, besonders bei solchen Kleinaktionären, die nicht in erster Linie auf Dividendeneinkünfte angewiesen sind.

-
- 1) Theodor Fabri, a.a.O., S.262. - Diese Angabe Fabris geht von der Zahl der Anteilseigner der einzelnen Aktiengesellschaften aus. Dabei ist wiederum zu beachten, daß sich die effektive Gesamtzahl der deutschen Aktionäre schätzungsweise auf 300 000 bis 400 000 belauft, ohne die Volksaktionäre der Preußag.
 - 2) Neuerdings geben auch deutsche Gesellschaften (z.B. BASF, Commerzbank) aus Gründen der Dividendenoptik und des Dividendenprestiges - der Dividendenstandardsatz beträgt zur Zeit 14 % - bei Neuemissionen auf einen relativ hohen Ausgabekurs bei entsprechendem Bezugsrechtsverhältnis über.
 - 3) = Werte mit "earning-power" und Wachstumschancen.

Die meisten Kleinaktionäre sind sich ihrer Mitgliedschaftsrechte gar nicht bewußt; sie fühlen sich als Obligationäre. Diesem Aktienrentnerdenken kommen die Verwaltungen durch ihre Politik der Dividendenkontinuität noch entgegen. - Weiter ist hervorzuheben, "daß Anonymität, Bindungslosigkeit und Inaktivität des kleinen und oft auch fluktuierenden Aktienbesitzes ... als wohl notwendige Kehrseite der Kapitalsammlungsfunktion zum Wesen der Aktiengesellschaft" gehören. ¹⁾

Müller-Erzbach hat sich mit der Tatsache, daß der Kleinaktionär gewöhnlich von seinem Stimmrecht keinen eigenen Gebrauch macht, kritisch auseinandergesetzt: "Obschon sich der Gesetzgeber dafür besonders eingesetzt hat, daß jedem Aktionär, dem das typische mitgliedschaftliche Interesse eigen ist, das Stimmrecht bleibt, hat er es nicht berücksichtigt, daß bei dem Kleinaktionär, und das ist der Aktionär in seiner typischen Erscheinung, sich das mitgliedschaftliche Gemeinschaftsinteresse so verflüchtigt und abschwächt, daß es nicht mehr hinreichend zum Besuch der Hauptversammlungen treibt." ²⁾

Diese einseitige Folgerung Müller-Erzbachs vereinfacht zu sehr: In aller Regel wollen und können die Kleinaktionäre deshalb das Stimmrecht nicht selbst ausüben, weil sie durch zeitliche, finanzielle, räumliche und sonstige Umstände oder auch aus psychologischen Hemmungen und mangelnder Sachkenntnis vom Besuch der Hauptversammlungen abgehalten werden. ³⁾

1) Untersuchungen Deutscher Juristentag, S.73.

2) Rodolf Müller-Erzbach, Das private Recht der Mitgliedschaft als Prüfstein eines kausalen Rechtsdenkens, Weimar 1948, S.216.

3) Vgl. Franz Kaernbach, Die wirtschaftliche Bedeutung der Legitimationsübertragung unter besonderer Berücksichtigung des Depotstimmrechts der Banken (Bankwissenschaftliche Forschungen, Herausgeber: Georg Obst, Heft 5), Stuttgart 1930, S.2. - Vgl. Karl Schwantag, Aktiengesellschaft (II), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 1.Bd., Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1956, S.146.

Diese Erfahrungstatsache ist schon 1906 als "Indolenz und Gleichgültigkeit der Aktionäre" beschrieben worden. ¹⁾

Man kann davon ausgehen, daß die allermeisten Kleinaktionäre ihre Stücke in offene Bankverwahrung geben. Im Gegensatz zu den Großaktionären ermächtigen diese Kleinaktionäre regelmäßig ihre Depotbanken, die Stimmrechte für ihre Aktien in den Hauptversammlungen auszuüben. Seit jeher ist die Initiative hierzu von den Banken ausgegangen; das muß immer wieder betont werden. Schon längst vor der aktienrechtlichen Anerkennung des Depotstimmrechts haben ja die Banken das Rechtsinstitut der Legitimationszession konstruiert, um dadurch die sonst brachliegenden Stimmrechte aus den Aktien ihrer Depotkunden gewohnheitsrechtlich wahrnehmen zu können.

Die Notwendigkeit der Vertretung dieser Stimmrechte hat die Amtliche Begründung zum Aktiengesetz damit motiviert, daß erst durch das Bankenstimmrecht "die freie Aktionäre in erheblichem Umfang in der Hauptversammlung vertreten sind. Ein Wegfall dieses Stimmrechts oder seine erhebliche Beschränkung würde zu einer weiteren Verödung der Hauptversammlung führen" ²⁾. - Auch ist zur wirtschaftlichen Rechtfertigung des Depotstimmrechts angeführt worden, daß es das Entstehen von Zufallsmehrheiten verhindere und den eigensüchtigen Sonderinteressen einzelner Aktionärsgruppen entgegenwirke.

Das durch die Banken wahrgenommene Depotstimmrecht hat seine besondere wirtschaftliche Bedeutung bei solchen Gesellschaften, deren Aktionärskreis sich nur aus kleinen Wertpapiersparern zusammensetzt. Diese typischen Publikumsgesellschaften sind der unmittelbaren Willenseinwirkung durch ihre Kapitaleigentümer entzogen.

1) Josef Haselberger, a.a.O., S.2.

2) Amtliche Begründung zu § 114 AktG.

Hierzu ein Beispiel: Die größte deutsche Aktionärversammlung nach dem Kriege - die Hauptversammlung der Badischen Anilin - & Soda-Fabrik AG am 22. Mai 1958 - war von etwa 2 500 Aktionären und Aktionärvertretern besucht; damit repräsentierten weniger als 2 % der Anteilseigner - bei einer Gesamtzahl von rund 130 000 Aktionären - fast 80 % des Grundkapitals. ¹⁾ Wiederum rund 83 % des vertretenen Aktienkapitals entfielen auf private Geschäftsbanken ²⁾; diese hohe Kapitalpräsenz der Banken rührte zum allergrößten Teil von überlassenen Aktienstimmrechten der Depotkleinaktionäre, nicht von Nostrobeständen her.

3. Die Weiterübertragung von Depotstimmrechten auf andere Banken

a) Der rechtliche Tatbestand

In der Bankpraxis ist es seit langem üblich, daß die von ihren Depotkunden zur Ausübung des Aktienstimmrechts befugten Depotbanken diese Depotstimmrechte zur Stimmrechtsausübung entweder anderen Banken überlassen oder gegenseitig austauschen. Dieses weitverbreitete Verfahren wird im Bankenjargon, aber auch zum Teil in der Literatur als Aktienpumpen, Ausleihen von Aktien oder Aktientauschen bezeichnet.

Bei der derzeitigen Handhabung des Depotstimmrechtsverfahrens lassen sich die Depotbanken allgemein in ihren Stimmrechtsermächtigungs-Formularen vom Depotkunden ausdrücklich ermächtigen, das Stimmrecht im eigenen Namen auszuüben "oder ausüben zu lassen" ³⁾ / "oder sich bei der Ausübung vertreten zu lassen" ⁴⁾. In dieser Klausel liegt für die ermächtigte Bank die rechtliche Grundlage, die Ausübung des Depotstimmrechts einer anderen Person, insbesondere einer anderen Bank zu überlassen.

1) S. Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG, Aktionärsbrief im Juni 1958, S.1.

2) S. Das Wertpapier, Heft 1/1959, S.24.

3) So z.B.: Trost - Schütz, a.a.O., S.110, Muster 56; Stimmrechtsermächtigungs-Formular der Deutschen Bank AG.

4) So z.B.: Stimmrechtsermächtigungs-Formulare der Dresdner Bank AG und der Commerzbank AG.

Hat der Depotkunde der ermächtigten Bank Weisungen für die Stimmrechtsausübung erteilt, so muß sie - falls sie das Depotstimmrecht durch einen anderen ausüben läßt - diese Weisungen ebenfalls weitergeben. Auch der Dritte kann das Stimmrecht nur entsprechend den "Grundsätzen" des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes ausüben. ¹⁾

Nach geltendem Recht kann die in der Ermächtigungsurkunde bestimmte Bank das Stimmrecht nicht auf Grund einer Unterermächtigung, sondern nur im Wege einer (Blanko-) Vollmacht weiterübertragen. Stellt die ermächtigte X-Bank die Vollmacht auf den Namen der Y-Bank aus, so ist die Y-Bank berechtigt, wiederum einen Unterbevollmächtigten - in der Regel einen ihrer Angestellten - zu bestellen.

Die Vollmacht der X-Bank kann in diesem Fall etwa so lauten: "Hierdurch erteilen wir der Y-Bank die Vollmacht, uns in der am ... stattfindenden Hauptversammlung der Z-Aktiengesellschaft zu vertreten und das Stimmrecht für uns auszuüben. Die Y-Bank ist berechtigt, einen Unterbevollmächtigten zu bestellen." ²⁾

Jedoch ist es in der Bankpraxis üblich, daß sich die Y-Bank von der X-Bank eine schriftliche Blanko-Vollmacht (§ 114 Abs. 3 AktG) erteilen läßt und dann selbst den Namen eines ihrer Angestellten in die Vollmachtsurkunde einsetzt. Dieser Angestellte der Y-Bank übt somit als Bevollmächtigter der ermächtigten X-Bank das Stimmrecht aus. Die Y-Bank hat zu veranlassen, daß der von ihr in die Blankovollmacht der X-Bank eingesetzte Bevollmächtigte gemäß § 110 AktG diese Aktien nach Betrag und Gattung als der X-Bank nicht gehörend zur Aufnahme in das Teilnehmerverzeichnis der Hauptversammlung gesondert angibt. ³⁾ Auf diese Weise geht aus dem Teilnehmerverzeichnis nur die von ihren Depotkunden ermächtigte X-Bank als Legitimations-

1) S. hierzu: Denkschrift Bankenverband, S.20; Wilhelm Vallenthin, in: Die AG, Heft 9/1958, S.205.

2) Vgl. IK, Nr.159/18.10.58, S.5; Trost - Schütz, a.a.O., S.111, Muster 62 und 63.

3) S. hierzu: Trost - Schütz, a.a.O., S.111, Muster 63.

aktionär - als solcher an dem Präsenzlistenvermerk "Fremdbesitz" erkenntlich - sowie der Y-Bank-Angestellte als bevollmächtigter Aktionärvertreter der X-Bank hervor. Dagegen ist der Name der Y-Bank, auf deren Veranlassung und aus deren Interesse heraus das Stimmrecht für die Depotaktien der X-Bank-Kunden meist ausgeübt wird, aus dem Teilnehmerverzeichnis nicht ersichtlich.

So hat die Deutsche Bank AG auf den Namen Franz Blaeser Aktien im Nennbetrag von über 120 Mio.DM zur Hauptversammlung der Mannesmann AG am 1. Juli 1958 angemeldet. ¹⁾ Gewiß war die Deutsche Bank in all den Fällen nicht mit ihrem Namen in der Präsenzliste aufgeführt, in denen Blaeser als Bevollmächtigter der Deutschen Bank die Depotaktien anderer Kreditinstitute vertrat.

Entgegen der nach geltendem Recht möglichen Weiterübertragung von Depotstimmrechten sieht der Referentenentwurf eines **Aktiengesetzes** vor: Das von seinen Depotkunden bevollmächtigte Kreditinstitut ²⁾ kann Personen, die nicht seine Angestellten sind, nur unterbevollmächtigen, wenn dies in der Vollmachtsurkunde ausdrücklich vorgesehen ist und das bevollmächtigte Kreditinstitut am Ort der Hauptversammlung keine Niederlassung hat (E § 126 Abs.1 Satz 6). Damit erlaubt der Referentenentwurf nur noch Kreditinstituten mit regional beschränktem Geschäftsbereich, anderen Kreditinstituten Depotaktien zur Stimmrechtsausübung zu überlassen.

b) Die Auswirkungen in der Praxis

Im Enquête-Generalbericht von 1930 heißt es, "daß es unter den Banken stillschweigend üblich ist, sich gegenseitig Aktien zur Verwendung in der Generalversammlung auszuleihen.

1) S. hierzu: Hanns Linhardt, in: Die Aussprache, Heft 10/1958, S.336.

2) Der Entwurf ersetzt die Ermächtigung grundsätzlich durch die Vollmacht und dehnt die Depotstimmrechtsvorschriften auf sämtliche Kreditinstitute aus.

Die Banken pflegen sich nicht gegenseitig irgendwelche Vorteile für das Ausleihen der Aktien zu gewähren. Das Ausleihen von Aktien ist gebräuchlich, wenn die Satzung ein Quorum für bestimmte wichtige Beschlüsse vorsieht, ferner aus einer gewissen Kollegialität, aus der Erwartung, man werde in anderen Fällen ebenfalls Depotaktien geliehen erhalten." 1)

Der Sachverständige Oscar Schlitter, damals Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG, hat sich im Jahre 1928 bei den dem Generalbericht vorausgehenden Enquête-Verhandlungen dazu geäußert: " ... selten ist die Sache so, daß die Banken an der Frage materiell interessiert sind. Es handelt sich da meist nicht um ein Gewinninteresse, sondern um ein Verwaltungsinteresse, und zwar in den Fällen, in denen bei wichtigen Sachen ein Quorum vorgesehen ist. Da handelt es sich hier also nur um ein Interesse daran, die statutarisch erforderliche Mindestzahl überhaupt vertreten zu wissen. Aus diesem Grunde schon wenden wir uns an die Kunden." 2)

Das unter befreundeten Banken übliche Verfahren der Stimmrechtsübertragung ist ein wichtiges Mittel zur Verstärkung der eigenen Stimmenmacht und damit der Machtposition der betreffenden Bank gegenüber der Aktiengesellschaft; denn allein schon durch eine entsprechend große Stimmenzahl kann die Bank Aufsichtsratsmitglieder entsenden, die Stellung als Hausbank einnehmen oder als Konsorte im Emissionskonsortium fungieren.

Eine Bank, zumal Großbank, hat mithin die Möglichkeit, durch die Zusammenfassung der "eigenen" und der "fremden" Einzelstimmrechte aus Depotaktien zu einem in einer Hand vereinigten Kollektivstimmrecht in der Hauptversammlung als Legitimationsgroßaktionär oder gar Legitimationsmehrheitsaktionär aufzutreten, auch ohne daß sie über eigene Aktien (Nostrobestände) verfügt.

1) Enquête, Generalbericht 1930, S.28 f.

2) Enquête, Materialband 1928, S.218.

Wie sich die Usance der Stimmrechtsüberlassung auswirkt, sei anhand der Zahlen dreier Beispiele aus der Aktienrechtspraxis erläutert:

In der Hauptversammlung der Mannesmann AG vom 1. Juli 1958 vertraten 16 Bankangestellte Aktien im Nennbetrag von rund 240 Mio.DM, die in den Depots von rund 300 Banken ruhten; allein die Deutsche Bank meldete dabei Aktien im Nominalwert von mehr als 120 Mio.DM an. ¹⁾

Wie aus dem Teilnehmerverzeichnis hervorgeht, repräsentierten auf der Hauptversammlung der Daimler-Benz-AG am 8. Juli 1958 die Deutsche Bank 23, die Dresdner Bank 17 (außerdem 2 Sparkassen) und die Commerzbank-Gruppe 13 weitere Banken.

Ebenso ist aus der Präsenzliste ersichtlich, daß in der Hauptversammlung der Siemens & Halske AG vom 5. März 1959 die Handels- und Gewerbebank Heilbronn AG, ein Institut mit regional beschränkten Geschäftsinteressen, ihre Depotaktienbestände von nominal 760 000 DM durch sechs verschiedene Korrespondenzbanken vertreten ließ. - Für diese Aufteilung der weiterüberlassenen Depotaktienstimmen läßt sich keine rechtliche Notwendigkeit erkennen; es liegt hier wohl nur ein Gegendienst dieses Bankhauses für "Gefälligkeitsleihen" seitens der anderen Institute vor.

Gelegentlich spielen sich hinter den Kulissen zwar Machtkämpfe unter den Banken um die Herrschaft über eine Gesellschaft ab; doch steht in der Regel die einzelne Bank oder Bankengruppe mit ganz bestimmten Unternehmen in Verbindung. ²⁾ Das bedeutet: Praktisch sind die Banken nur bei Gesellschaften, die in ihrer effektiven oder potentiellen Einflußsphäre liegen, an der eigenen Ausübung des Stimmrechts interessiert; allein die drei Großbanken sind regelmäßig in den Hauptversamm-

1) S. hierzu: Hanns Linhardt, in: Die Aussprache, Nr.10/1958, S.336.

2) S. hierzu: Günther Frohner, a.a.O., S.47; Heinz Mellicke, a.a.O., S.205.

lungen jeder bedeutenden Aktiengesellschaft mit Stimmrechten selbst vertreten. Im übrigen machen sich die Kreditinstitute - trotz des allgemeinen Wettbewerbs untereinander - die einmal bei den Aktiengesellschaften abgesteckten Machtbereiche nicht gegenseitig streitig.

Frohner hat 1929 zum Problem der Stimmrechtsweitergabe bemerkt: "In der Tat ist es heute so, daß die Banken die Aktien, deren Stimmrecht sie nicht selbst ausüben wollen, der interessierten Bank zur Stärkung ihres Einflusses überlassen. Da man hierbei auf Gegendienste rechnet, wartet die selbst unbeteiligte Bank nicht einmal, ob die Bank, deren Interesse an der AG ihr bekannt ist, mit der Bitte um Überlassung an sie herantritt, sondern stellt der anderen Bank vor jeder Generalversammlung der betreffenden Aktiengesellschaft die bei ihr verfügbaren Aktien zum Zwecke der Ausübung des Stimmrechts unaufgefordert zur Verfügung." ¹⁾

Jedoch geht in der heutigen Bankenpraxis die Initiative meist von derjenigen Bank aus, die an der betreffenden Aktiengesellschaft und deren Hauptversammlung besonders interessiert ist und dort eine möglichst große Stimmenzahl vertreten will.

c) Exkurs: Die Stimmrechtsübertragung von Kapitalanlagegesellschaften auf Banken

Die Banken fordern nicht nur Stimmrechte von befreundeten Kreditinstituten an, sondern sie wenden sich darüber hinaus auch an die ihnen nahestehenden Investmentgesellschaften. ²⁾

§ 9 Abs.1 Satz 1 KAGG bestimmt ausdrücklich, daß die Kapitalanlagegesellschaft insbesondere bei der Ausübung der mit dem Sondervermögen verbundenen Stimm- und Gläubigerrechte die Interessen der Anteilinhaber zu wahren hat. "Sie soll das

1) Günther Frohner, a.a.O., S.48.

2) Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn es sich um Depot- oder Gesellschafterbanken von Kapitalanlagegesellschaften handelt.

Stimmrecht im Regelfall selbst ausüben" (§ 9 Abs.1 Satz 2 KAGG). Nach § 9 Abs.1 Satz 3 KAGG darf eine Kapitalanlagegesellschaft einen anderen zur Ausübung des Stimmrechts nur für den Einzelfall ermächtigen und soll dabei Weisungen für die Ausübung erteilen. - § 11 Abs.1 Satz 1 KAGG schreibt vor: "Mit der Verwahrung von Sondervermögen ... hat die Kapitalanlagegesellschaft ein anderes Kreditinstitut (Depotbank) zu beauftragen." Die Depotbank wiederum darf die Wertpapiere nur einer Wertpapiersammelbank zur Verwahrung anvertrauen (§ 11 Abs.3 Satz 2, 1. Halbsatz KAGG).

Die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank führt dazu aus: "Der größte Aktionär mit einem Milliardenkapital ist heute schon der Investmentsparer; ihm aber steht ein Stimmrecht nicht zu. Denn dieses wird von der Investmentgesellschaft oder deren Depotbank ausgeübt." ¹⁾

Die Dresdner Bank AG zum Beispiel holt die Stimmrechtsermächtigung bei Investmentgesellschaften, deren zum Sondervermögen (§ 6 Abs.1 Satz 1 KAGG) gehörende Aktien sie im Sperrdepot hält (§ 11 Abs.3 Satz 1 KAGG), mit folgendem internen Spezialformular ein:

"Betr.: Stimmrechtsermächtigung

Wir gestatten uns, Ihnen mitzuteilen, daß die ordentliche Hauptversammlung der ... am ... in ... stattfindet.

Sollten Sie nicht beabsichtigen, die für Sie bei uns auf Depotkonto verbuchten ... Aktien dieser Gesellschaft selbst zu vertreten, bitten wir Sie, uns mit der Ausübung des Stimmrechts zu beauftragen, wobei wir nach den auf der Rückseite dieses Schreibens abgedruckten Grundsätzen verfahren werden. Den entsprechenden Auftrag wollen Sie

1) Wirtschaft und Börse 1958, S.11.

uns bitte unter Benutzung des anhängenden Vordruckes bis spätestens ... erteilen.

... " 1)

Der anhängende Vordruck, mit dem sich die Dresdner Bank AG von der Kapitalanlagegesellschaft Spezialermächtigung - im Unterschied zur Generalermächtigung für 15 Monate nach § 114 Abs.4 AktG - für die Ausübung des Stimmrechts (aus den zum Sondervermögen gehörenden Aktien) in einer bestimmten Hauptversammlung erteilen läßt, hat folgenden Wortlaut:

" ...

Betr.: Stimmrechtsermächtigung

Ich/Wir ermächtige(n) Sie, in der Hauptversammlung der ... am ... in ... das Stimmrecht aus den in meinem/unserem Depot bei Ihnen geführten ... Aktien dieser Gesellschaft im eigenen Namen auszuüben oder ausüben zu lassen.

..., den ...

... (Unterschrift)."

d) Die Abwicklung der Stimmrechtsweiterübertragung durch Bankformulare

Aus Bankkreisen wird immer wieder darauf hingewiesen, daß erst durch das von den Banken praktizierte Verfahren der Depotstimmrechts-Weiterübertragung die ermächtigten Klein-, Provinz- und Regionalbanken die Stimmrechte ihrer Depotaktionäre ausüben lassen könnten und diese sonst unvertreten bleiben müßten. ²⁾ Allerdings wird bei solchen Hinweisen

1) Auf der Rückseite des Formulars sind die sechs "Grundsätze über die Ausübung des Depotstimmrechts" des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes abgedruckt.

2) So z.B.: Wilhelm Vallenthin, in: Die AG, Heft 9/1958, S.205.

verschwiegen, daß der Anstoß hierzu fast immer von der an der Stimmrechtsausübung interessierten, außenstehenden (Groß-) Bank ausgeht, zu welcher der Depotaktionär in keinem Vertragsverhältnis steht. Bezeichnenderweise enthält das Bankgeschäftliche Formularbuch von Trost - Schütz als Standardwerk der Banken kein Muster für die Anforderung von Depotaktienstimmen seitens einer Bank bei einem anderen Kreditinstitut. ¹⁾

Da die Praxis des Tauschens und Weiterübertragens von Depotstimmrechten unter den Banken weit verbreitet ist, verwenden namentlich solche Banken - in erster Linie die größeren Institute und die Großbanken -, die selbst häufig in Hauptversammlungen vertreten sind und Aktienstimmrechte ausüben, Vordrucke für die Abwicklung des Verfahrens der Stimmrechtsüberlassung.

Soweit ersichtlich ist, hat C.E. Fischer zum ersten Mal den Formularablauf dieses Verfahrens in seinen einzelnen Phasen vollständig wiedergegeben; die beiden Banken X und Z, deren Namen freilich ungenannt bleiben, benutzen bei ihrer Korrespondenz folgende vier Vordrucke: ²⁾

1) Formularschreiben der X-Bank an die Z-Bank

"Betr. Y-AG

Wir bitten Sie, uns die Ihnen zur Verfügung stehenden Aktien obengenannter Gesellschaft zur Vertretung in der am ... stattfindenden Hauptversammlung zu überlassen.

Falls Sie geneigt sind, unserer Bitte zu entsprechen, wollen Sie uns bis spätestens zum ... hier eintreffend den Nennbetrag mit dem üblichen Sperrvermerk aufgeben und eine Blankovollmacht beifügen. Wir werden dann die Aktien - soweit Sie nichts Gegenteiliges bemerken -

1) Trost - Schütz, Bankgeschäftliches Formularbuch, 14.Ausgabe, Berlin 1955.

2) Curt Eduard Fischer, in: ZfhwF, 10.Jg., Heft 1/1958, S.42 f.

als Fremdbesitz auf Ihren Namen anmelden und das Stimmrecht durch unsere Beauftragten im Sinne der Verwaltungsvorschläge ausüben lassen.

Für Ihr freundliches Entgegenkommen danken wir Ihnen
im voraus verbindlichst. Zu Gegendiensten werden Sie
uns stets gerne bereit finden.

444

2) Formularantwort der Z-Bank an die X-Bank

" Betr. Y-AG

Ihrem Wunsche gerne entsprechend, ermächtigen wir Sie fristgemäß gesperrte ... Aktien der obengenannten Gesellschaft als Fremdbesitz auf unseren Namen anzumelden und in der bevorstehenden Hauptversammlung auf Grund der anhängenden Blanko-Vollmacht das Stimmrecht im Sinne der Anträge der Verwaltung ausüben zu lassen.

...

3) Blanko-Vollmacht der Z-Bank für die X-Bank (Formular)

"Vollmacht

Wir bevollmächtigen hiermit Herrn ... , uns in der am ... stattfindenden Hauptversammlung zu vertreten und das Stimmrecht für uns auszuüben sowie einen Unterbevollmächtigten zu bestellen.

... , den ...

Unterschrift: ...¹⁾

4) Formularbestätigungsschreiben der X-Bank an die Z-Bank

" Betr. Y-AG

Für die freundliche Überlassung des Stimmrechts von
... Aktien der obenstehenden Gesellschaft danken wir

1) Vgl. hierzu: Trost - Schütz, a.a.O., S.111, Muster 62.

Ihnen verbindlichst. Wir werden das Stimmrecht im Sinne der Verwaltungsvorschläge ausüben.

Zu Gegendiensten stets gerne bereit, empfehlen wir uns ... "

Als ergänzendes Beispiel zu der oben aufgeführten Formularserie seien die beiden bankeninternen Formblätter wiedergegeben, mit denen die Dresdner Bank AG, Abteilung Hauptversammlungen, stimmrechtsermächtigte Banken um Überlassung ihrer Depotstimmrechte zwecks Ausübung in der Hauptversammlung bittet:

"Betr. Hauptversammlung

Wir gestatten uns, Ihnen mitzuteilen, daß die ordentliche Hauptversammlung der ... am ... in ... stattfindet. Sollten Sie - soweit Ihnen Ermächtigungen Ihrer Kundschaft vorliegen - nicht beabsichtigen, das Stimmrecht der für Sie bei uns auf Depotkonto verbuchten ... Aktien der Gesellschaft selbst auszuüben, übernehmen wir es gerne, für die Vertretung Sorge zu tragen, wobei, soweit uns keine abweichenden Wünsche bekannt gegeben werden, nach den auf der Rückseite dieses Schreibens abgedruckten Grundsätzen verfahren wird und die Aktien auf Ihren Namen als Fremdbesitz angemeldet werden. Den entsprechenden Auftrag wollen Sie uns bitte unter Benutzung der anhängenden Blankovollmacht bis spätestens ... erteilen.
... " 1)

Das diesem Schreiben anhängende Blankovollmachts-Formular der Dresdner Bank AG lautet:

1) Auf der Rückseite des Vordrucks finden sich die "Grundsätze über die Ausübung des Depotstimmrechts".

"Vollmacht

Ich/Wir bevollmächtige(n) hiermit ... , in der ordentlichen Hauptversammlung der ... am ... in ... mich/uns zu vertreten und mein/unser Stimmrecht aus DM/RM ... Aktien der Gesellschaft auszuüben oder ausüben zu lassen.

... , den ... 195.

... (Unterschrift)".

Weitere Formblätter der Dresdner Bank AG - und ihrer Korrespondenzbanken - haben sich nicht beschaffen lassen.

Bei Trost - Schütz findet sich folgendes Muster einer Antwort, die auf das vorstehende Formularschreiben der Dresdner Bank AG paßt: ¹⁾

" ...

Betr. Hauptversammlung der ... Aktiengesellschaft

Ich/Wir überreiche.. Ihnen die oben anhängende Vollmacht zur Stimmrechtsausübung in der Hauptversammlung der vorstehenden Gesellschaft für die in meinem/unserem Depot bei Ihnen ruhenden nom. DM ... Aktien der genannten Gesellschaft. Die vorerwähnten Aktien sind Eigentum meiner/unserer Kunden, von denen ich/wir Stimmrechtsermächtigungen gemäß § 114 Abs.4 des Aktiengesetzes besitzen... Ich/Wir bitte.. Sie zu veranlassen, daß der von Ihnen in die Blankovollmacht einzusetzende Bevollmächtigte gemäß § 110 des Aktiengesetzes diese Aktien nach Betrag und Gattung als mir/uns nicht gehörend zur Aufnahme in das Teilnehmerverzeichnis der Hauptversammlung gesondert angibt.

... , den ...

...(Firmenstempel und Unterschrift)"

1) Trost - Schütz, a.a.O., S.111, Muster 63: Dieses Muster eines Formularschreibens geht davon aus, daß bei der Stimmrechtsweitergabe die überlassende Bank den Vollmachtsdruck stellt. In der Bankpraxis dagegen fügt diejenige Bank, die bei einer anderen Bank Depotstimmrechte zur Ausübung anfordert, gleichzeitig das Blankovollmachts-Formular zur Unterschrift bei; dies geht auch aus den angeführten Formblättern der Dresdner Bank AG hervor.

e) Zur Kritik an der Stimmrechtsweiterübertragung

Schon im juristischen Schrifttum der zwanziger Jahre wurde zum Teil Kritik an der von den Banken praktizierten Weiterübertragung von Stimmrechten ihrer Depotkunden geübt:

Gieseke, der die Hauptmonographie des Depotstimmrechts in dieser Zeit schrieb, bezeichnete es als "Mißbrauch ..., daß die Banken die Aktien untereinander ausleihen" ¹⁾, "demgegenüber scharfe Kritik berechtigt ist" ²⁾, da "der Zusammenhang zwischen demjenigen, der den Einfluß ausübt, und demjenigen, der den Kapitalbesitz hat, völlig zerschnitten wird, wenn nämlich die Aktien von der Depotbank an eine andere Bank verliehen werden." ³⁾ "Immerhin sollte auch hier der geschäftliche Takt derartiges verhindern. Wenn der Kunde auch die weitgehende Ermächtigung erteilt hat, so war seine Absicht doch die, seiner eigenen Bank damit eine bessere Vertretung ihrer Interessen zu ermöglichen, nicht die, irgendwelche andere Banken in ihrem Einfluß auf die Aktiengesellschaft zu fördern." ⁴⁾

Möser kritisiert, daß die Banken bei dem "Unfug des Aktienpumpens" sehr häufig "im Hinblick auf die fast unmögliche Nachprüfung der tatsächlichen Vorgänge mit einer geradezu dreisten Unbekümmertheit disponiert" hätten. ⁵⁾

Ludewig äußerte sich: "Durchaus zu mißbilligen ist es, wenn die Banken die bei ihnen deponierten Aktien an andere Banken weiter v e r l e i h e n , um diesen die Ausübung des Stimmrechts zu ermöglichen. Ein solches Verleihen der Depot-

1) Paul Gieseke, a.a.O., S.5 f.

2) Ders., a.a.O., S.44.

3) Ders., a.a.O., S.48.

4) Ders., a.a.O., S.45.

5) Georg Möser, Die Generalversammlung der Aktiengesellschaft auf Grund einer wirtschaftskritischen Betrachtung der gesetzlichen Vorschriften, Berlin 1925, S.41.

aktien ist unbedingt gesetzlich zu verbieten. Hier ist der Zusammenhang, der zwischen den Depotkunden und der Bank besteht, gelöst. Es besteht in solchen Fällen die Gefahr, daß die entleihende Bank sich für die Interessen der mit ihr nicht in Geschäftsverbindung stehenden Aktionäre nicht in einem solchen Maße einsetzt, wie es diejenige Bank in normaler Weise tut, bei der der Bankkunde seine Aktien hinterlegt hat." ¹⁾

Im Jahre 1938 sprach Quassowski, damals Ministerialdirigent im Reichsjustizministerium, von "einem hemmungslosen Ausleihen der Kundenaktien". ²⁾

In jüngster Vergangenheit haben sich namentlich Meilicke und Linhardt gegen die Stimmrechtsweiterübertragungen unter den Banken gewandt:

Meilicke beanstandet, daß die Stimmrechtsweitergabe gelegentlich auch in verdeckter Form vollzogen wird, indem etwa "eine Berliner Bank sich einen Stimmschein von der Aktiengesellschaft nicht nur als Legitimationsaktionär für ihre eigenen Kunden, sondern auch für die Kunden ihrer z.B. Stuttgarter Korrespondenzbank ausstellen läßt, um nach außen recht viel Stimmrecht zu dokumentieren. Ich halte nach dem geltenden AktG diese stillschweigende Übertragung für unzulässig; sie ist m.E. sogar nach §§ 114, 300 AktG strafbar." ³⁾

Meilicke ist hierin beizupflichten. Die betreffende Aktiengesellschaft darf die Stimmkarte nur auf die von ihren Depotaktionären zur Stimmrechtsausübung ermächtigte X-Bank ausstellen, auch wenn diese die Depotstimmrechte auf Grund einer (Blanko-) Vollmacht durch die Y-Bank ausüben läßt. Nach § 110 AktG muß einmal der Name der ermächtigten X-Bank als Legitimationsaktionär, sodann der Name des von der Y-Bank zur Stimmrechtsausübung Bevollmächtigten zur Aufnahme in das Teilnehmer-

1) Wilhelm Ludwig, Hauptprobleme, S.143 f.

2) Quassowski, in: Soziale Praxis, Heft 3/1938, Sp.163.

3) Heinz Meilicke, a.a.O., S.205.

verzeichnis angegeben werden. Aber auf keinen Fall darf sich die Y-Bank, obwohl sie die Stimmrechte für die Aktien der Depotkunden der X-Bank im wirtschaftlichen Sinne tatsächlich geltend macht, als Legitimationsaktionär ausgeben. Nach § 300 Abs.1 Nr.4 AktG wird bestraft, wer die in § 110 AktG zwingend vorgeschriebenen Angaben nicht oder nicht richtig macht.

Linhardt übt in der Zeitschrift "Die Aktiengesellschaft" heftige Kritik an der Stimmrechtsübertragung der Banken untereinander: "Durch die Übertragung des Depotstimmrechts untereinander vermögen die Banken jederzeit die ihnen zukommende Machtposition zu steigern und beliebig einzusetzen. Die Art, wie dies geschieht, ist völlig unvorhersehbar und unkontrollierbar. Erst in der Hauptversammlung kann festgestellt werden, welche Bank auftritt und mit welchem Stimmrecht aus der Übertragung durch andere Banken sie ihren Einfluß geltend macht." 1)

Linhardt fährt fort: "Man muß ernsthaft die Frage stellen, ob ein solcher Gebrauch mit dem Sinn und Wortlaut des Gesetzes nach § 114 Abs.4 AktG. vereinbar ist. Die Antwort auf diese Frage kann nicht daran vorbeigehen, daß eine Ermächtigung des B durch A ein Vertrauen voraussetzt, welches von B nicht auf XYZ übertragen werden kann. Wäre es anders, so könnte von einem Vertrauen nicht die Rede sein. Die Übertragung des Depotstimmrechts der Banken untereinander ist eine Verletzung des von ihnen selbst als Begründung für das Depotstimmrecht geltend gemachten Vertrauens ihrer Depotkunden." 2) Zum Beispiel heißt es in einem Rundschreiben des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes an die Mitgliedsbanken, daß "das Depotstimmrecht ... auf einem Vertrauensverhältnis zwischen Kunde und Bank beruht" 3).

1) Hanns Linhardt, in: Die AG, Heft 8/1958, S.171.

2) Hanns Linhardt, in: Die AG, Heft 8/1958, S.171.

3) Zit. in: Denkschrift Bankenverband, S.20.

Frohner hat, zwischen den beiden Weltkriegen, zu diesem Problem wie folgt Stellung genommen: "Sicherlich hat der Bankkunde in vielen Fällen den Willen nicht gehabt, auch anderen Banken die Ausübung des Stimmrechts seiner Aktien zu ermöglichen. Dann hat er den Willen aber einfach deswegen nicht gehabt, weil er an die Möglichkeit garnicht gedacht hat. ... Die Kunden setzen in ihre Bank das Vertrauen, daß diese es zu einer Schädigung ihrer, der Kunden, Interessen nicht kommen lassen wird. Daher sind sie der Bank gern durch die Überlassung des für sie selbst belanglosen Stimmrechts gefällig. ... Wenn nur seine Interessen nicht geschädigt werden, wird es dem Kunden zumeist gleichgültig sein, wer schließlich das Stimmrecht ausübt, auf das er zugunsten der Bank unter Vorbehalt verzichtet hat." ¹⁾ - Frohners Argumentation ist leichtfertig und keine Antwort auf die Frage, ob die Depotstimmrechtsweitergabe einen Vertrauensmißbrauch der Depotbank gegenüber dem Kunden darstellt oder nicht. Die sich anschließenden Ausführungen werden sich mit Frohner noch auseinandersetzen.

Wilhelm Vallenthin, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG, führt in seiner "Erwiderung an Prof. Dr. H. Linhardt, Nürnberg," - ebenfalls in der Zeitschrift "Die Aktiengesellschaft" - zur Rechtsfertigung des umstrittenen Verfahrens unter anderem an: "Es trifft zu, daß die Banken gelegentlich Stimmrechte, die ihnen von ihren Kunden übertragen worden sind, im Wege der Bevollmächtigung durch Angestellte anderer Banken ausüben lassen. ... Das Verfahren der Banken ist rechtspolitisch verschiedentlich beanstandet worden. Es zu verbieten, würde jedoch zur Folge haben, daß die kleineren Bankhäuser in Zukunft als vollwertige Depotbanken ausscheiden müßten, da gerade sie es sind, die wegen ihrer verhältnismäßig kleinen Bestände nicht jede Hauptversammlung besuchen können." ²⁾ Vallenthin bemerkt des weiteren: "In der Praxis sind derartige Übertragungen seltener als die Kritiker anzunehmen scheinen. ...

1) Günther Frohner, a.a.O., S.49.

2) Wilhelm Vallenthin, in: Die AG, Heft 9/1958, S.205.

Banken, die namhafte Stimmrechtsbeträge zu vertreten haben, pflegen in der Regel selbst an den Hauptversammlungen teilzunehmen. Da die Banken untereinander in einem lebhaften Wettbewerb stehen, ist einleuchtend, daß sie im allgemeinen keinen Wert darauf legen werden, namhafte Aktienpakete anderen Banken zur Vertretung zu überlassen." ¹⁾ Vallenthin als Großbankvertreter faßt seine Apologie zum Streitpunkt des Stimmrechtsüberlassungs-Verfahrens mit folgenden Worten zusammen: "Es ist nicht zu erkennen, wie die Depotbank korrekter verfahren könnte." ²⁾

Da die Bank sich in der vorgedruckten und vom Depotkunden unterschriebenen Ermächtigungsurkunde ausdrücklich berechtigen läßt, das Stimmrecht auszuüben "oder ausüben zu lassen", kann das von ihnen praktizierte Verfahren zwar formaljuristisch nicht beanstandet werden. Auch ist es richtig, daß die Depotbank hierbei im Ergebnis - wenn auch gewöhnlich auf Grund einer Blankovollmacht - den Angestellten einer anderen Bank zur Stimmrechtsausübung bevollmächtigt. Doch wenn Vallenthin in seinen obenstehenden Ausführungen hierauf abstellt, spricht er nur die halbe Wahrheit aus, indem er verschweigt, daß der Anstoß zur Stimmrechtsweiterübertragung fast immer von dieser anderen Bank ausgeht und deren bevollmächtigter Angestellter - wirtschaftlich betrachtet - somit Beauftragter des eigenen Instituts und nicht der fremden Depotbank ist. Vallenthins Behauptung, daß die Depotbank in diesem Fall ausdrücklich Weisung für die Stimmrechtsausübung erteile, ³⁾ erscheint auf Grund des Wortlauts der bereits angeführten Bankenformulare zumindest in dieser Verallgemeinerung als unrichtig. Auch beweisen die Teilnehmerverzeichnisse - besonders bei großen Publikumsgesellschaften - genau das Gegenteil von Vallenthins bagatellisierenden Angaben, daß die Weiterübertragung von Depotstimmrechten unter den Banken nur "gelegentlich" vorkomme und "seltener" sei, "als die Kritiker anzunehmen scheinen" ⁴⁾.

1) Wilhelm Vallenthin, in: Die AG, Heft 9/1958, S.205.

2) Ders., a.a.O., S.205.

3) Ders., a.a.O., S.205.

4) Ders., a.a.O., S.205.

Nach einem Vorschlag der Studienkommission des Deutschen Juristentages aus dem Jahre 1955 soll die "Bevollmächtigung einer Bank durch eine andere ... im Interesse der kleinen und mittleren Banken zwar gestattet sein, die Depotbank muß ihrem Kunden aber mitteilen, daß und wen sie für die Hauptversammlung zu bevollmächtigen beabsichtigt". ¹⁾ Auch diese Anregung geht - in Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse? - vom Interesse der kleinen und mittleren Banken statt vom Interesse der größeren und Großbanken an der Ausübung möglichst vieler Depotstimmrechte aus. - In Ergänzung zu diesem Vorschlag ist zu erwähnen: Die Angabe des bloßen Namens des Bevollmächtigten genügt nicht; vielmehr interessiert den Depotkunden, welches andere Kreditinstitut hinter dem bevollmächtigten Angestellten steht.

Frohners bereits zitierten Ausführungen ²⁾ ist entgegenzuhalten: Ohne Zweifel würden viele Depotkunden ihrer Depotbank keine so weitgefaßte Stimmrechtsermächtigung erteilen, wenn sie über das unter den Banken übliche Verfahren der Stimmrechtsweiterübertragung aufgeklärt würden. - Denn weder aus dem Wortlaut des § 114 Abs.4 AktG noch aus den "Grundsätzen über die Ausübung des Depotstimmrechts" läßt sich dieser Sachverhalt ohne weiteres erkennen. - Wenn auch der einzelne Kleinaktionär einsieht, daß das Stimmrecht aus seinen Aktien auf die Willensbildung der Gesellschaft mehr oder weniger ohne Einfluß ist, so wird es ihm - entgegen der Annahme Frohners ³⁾ - bei Kenntnis des Sachverhalts doch vermutlich nicht gleichgültig sein, wer schließlich sein Stimmrecht ausübt. Er wird es schwerlich hinnehmen, daß eine andere Bank in seinem Stimmrecht lediglich ein Instrument zur Wahrnehmung ihrer höchsteigenen Interessen erblickt. Der Depotkunde steht allenfalls seiner Depotbank gegenüber in einem Vertrauensverhältnis ⁴⁾

1) Untersuchungen Deutscher Juristentag, S.74.

2) Günther Frohner, a.a.O., S.49.

3) Ders., a.a.O., S.49.

4) S. hierzu: AGB (Fassung Juli 1955), I. Allgemeines, Satz 1: "Das Geschäftsverhältnis zwischen Kunden und Bank ist ein Vertrauensverhältnis."

Unabhängig von der im Referentenentwurf vorgesehenen Neu-
regelung des Depotstimmrechts, wonach die Weiterübertragung
des Depotstimmrechts von einer Bank auf eine andere einge-
schränkt werden soll (E § 126 Abs.1 Satz 6), ist in diesem
Zusammenhang folgender Vorschlag zu erwägen: Die Depotban-
ken sollen verpflichtet werden, ihre Depotkunden auf die Mög-
lichkeit hinzuweisen, daß Klauseln wie "oder ausüben zu las-
sen" usw. in den Stimmrechtsermächtigungs-Formularen gestri-
chen werden können. Damit wäre eine Stimmrechtsweiterüber-
tragung in all den Fällen unterbunden, in denen der Depotak-
tionär zwar seine eigene Depotbank, aber nicht eine fremde
Bank mit der Ausübung seines Aktienstimmrechts betrauen will.

Ist die vom Depotkunden hierzu befugte Depotbank etwa juri-
stische Person, kann sie sich bei der Stimmrechtsausübung
weiterhin durch ihre gesetzlichen Vertreter oder beauftrag-
ten Angestellten vertreten lassen, ohne daß es dazu einer
besonderen Einwilligung des Depotkunden bedarf. Da es einer
juristischen Person begrifflich nicht möglich ist, das Stimm-
recht höchstpersönlich auszuüben, würde die Übernahme die-
ses Vorschlags in die Praxis die Stimmrechtsausübung durch
die Depotbank nicht erschweren.

III. Die personellen Verflechtungen zwischen Banken und Aktiengesellschaften

In Deutschland bestehen zwischen den Geschäftsbanken und den
Aktiengesellschaften nicht nur geschäftliche Beziehungen,
sondern häufig auch personelle Verflechtungen. Bankiers, Groß-
bankenvorstandsmitglieder und Bankdirektoren sind bei zahl-
reichen Aktiengesellschaften Mitglieder des Aufsichtsrats. Um-
gekehrt werden Wirtschaftsführer, vor allem Verwaltungsmit-
glieder führender Aktiengesellschaften, in die Aufsichtsräte
der großen Aktienbanken gewählt. Überdies verschaffen die drei
Großbanken durch die nur bei ihnen bestehende Institution der
Beiräte weiteren Persönlichkeiten - honorierte - Beiratsposten.

In den folgenden Ausführungen wird vor allem untersucht, welche Stellung die Banken - besonders die Großbanken - in den Aufsichtsräten der deutschen Aktiengesellschaften einnehmen. Die Banken und ihre Standesvertreter haben auch nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder beteuert, daß die Bankenvertreter das Depotstimmrecht nur als "Treuhänder" der Depotaktionäre und somit nur im Aktionärinteresse ausüben. Die Kritiker des Bankenstimmrechts wenden dagegen ein, daß die Banken - in der Hauptsache die als Hausbanken von Publikums-gesellschaften tätigen Großbanken - aus ihrem Eigentinteresse heraus mit Hilfe der Depotaktienstimmen Aufsichtsratsposten zu erlangen trachten.

Hierzu hat die Deutsche Bank AG dem Verfasser mitgeteilt, "daß zwischen den Aufsichtsratsmandaten von Bankiers und Bankdirektoren und dem im Aktiengesetz geregelten Depotstimmrecht der Banken sogzusagen gar kein Zusammenhang besteht. Bankenvertreter werden nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, in Aufsichtsräte gewählt, weil die Banken die die Wahl vornehmenden Hauptversammlungen auf Grund ihres Depotstimmrechts 'beherrschen', sondern weil die Verwaltungen von Gesellschaften, d.h. die Vorstände und Aufsichtsräte sich im Interesse der Gesellschaft den Rat und die Erfahrung leiten der Herren des Bankgewerbes sichern wollen. Diese sachlichen Erwägungen der Wirtschaft, die Erfahrungen des Bankgewerbes zu nutzen, bestehen unabhängig davon, ob es ein Depotstimmrecht gibt oder nicht gibt." ¹⁾

Es ist richtig, daß Bankvertreter auch häufig in Aktiengesellschaften Aufsichtsratsposten bekleiden, ohne daß diese Mandate sich auf die Stimmen von Depotaktien zurückführen lassen. Das kann einmal der Fall sein, wenn die Bank Großaktionär, Großgläubiger, Hausbank oder Gründungsbank der Gesellschaft ist. Zum anderen verfügen die Banken mitunter

1) Deutsche Bank AG, Zentrale/Generalsekretariat, Frankfurt (Main), Schreiben vom 26.8.59 an den Verf. - Vgl. hierzu auch die ähnliche Ansicht in: Denkschrift Bankenverband, S.19.

auch über Aufsichtsratssitze in solchen Aktiengesellschaften, die nicht an den Börsen notiert werden: zum Beispiel in Konzernuntergesellschaften oder in deutschen Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen.¹⁾ Daneben haben Bankenvertreter bisweilen Aufsichtsratsmandate in großen Gesellschaften mit beschränkter Haftung inne oder nehmen Verwaltungsratsposten in Gesellschaften der verschiedensten Rechtsformen ein.

Diese Beispiele beweisen zwar, daß die Delegation von Bankenvertretern in die Aufsichtsräte nicht in jedem Fall von der Ausübung des Depotstimmrechts abhängt. Wenn die Deutsche Bank AG jedoch - laut ihrem oben zitierten Schreiben - "gar keinen Zusammenhang" zwischen den Aufsichtsratswahlen und dem Bankstimmrecht sehen will, so läßt sich diese Auffassung nicht mit den Tatsachen der Aktienrechtspraxis vereinbaren. Welche Rolle das Depotstimmrecht der Banken bei der Besetzung von Aufsichtsratsstellen spielt, hat sich in der ersten Hauptversammlung nach der Teilprivatisierung der Preußag gezeigt. Diesem Vorgang wird wegen seiner grundsätzlichen Wichtigkeit noch ein besonderer Abschnitt gewidmet.

1. Allgemeines

Der deutsche Universalbanktypus steht im Gegensatz zu den Geschäftsbanksystemen in zahlreichen anderen Ländern. Die deutschen Kreditbanken unterscheiden sich in ihrem Aufgabenkreis und Geschäftsumfang zum Beispiel von den angloamerikanischen Instituten: In England sind die Depositenbanken von den Finanzierungsbanken (Emissions- und Gründungsbanken) gesetzlich getrennt; auch in den Vereinigten Staaten besteht durch den

1) Zwei Beispiele: Hanns Deuss (Vorstandsmitglied der Commerzbank AG) ist Aufsichtsratsmitglied der Ruhrstahl AG, einer Tochtergesellschaft der Rheinischen Stahlwerke AG; Hermann J. Abs (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG) ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer der Deutschen Shell AG.

Banking Act vom 16. Juni 1933 eine scharfe Trennung von Depositengeschäft (commercial banking) und Emissionstätigkeit (investment banking). 1)

Nach Obst - Hintner sind die deutschen Bankinstitute "durchweg Kreditbanken, also Universalbanken, welche sämtliche bankmäßigen Leistungen und alle Arten von Kreditgeschäften ausführen, ausgenommen das Notengeschäft, das Pfandbrief- und das Hypothekengeschäft. ... Das kurzfristige Kreditgeschäft in jeder Form, das Effektengeschäft, die Besorgung des Zahlungsverkehrs ist bei den Kreditbanken mit dem Gründungs-, Emissions- und Beteiligungsgeschäft verbunden, also mit dem sehr risikoreichen Finanzierungsgeschäft." 2)

Etwa in der gleichen Zeit - um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts - nahmen die Industrialisierung und der Aufbau eines organisierten Bankwesens in Deutschland ihren Anfang; die Bankgeschäfte waren von vornherein besonders auf den Industriekredit abgestellt. 3)

Für das deutsche Universalbanksystem ist die Zusammenarbeit zwischen Banken und Industrieunternehmen typisch. "Im Laufe der Zeit haben sich fast alle deutschen Kreditbanken, vornehmlich die großen Filial- und Aktienbanken, aber auch die kleineren Regionalinstitute und die Privatbankfirmen immer mehr zu der ... Kombination von Kreditbank des laufenden Geschäfts und Industriebank entwickelt. ... Naturgemäß gibt es insofern graduelle Unterschiede, als die einen Banken das Industriegeschäft, die anderen das laufende Geschäft intensiver bearbeiten; völlig außerhalb des Industriegeschäfts sind nur wenige Firmen von kleinerem Geschäftsumfang geblieben." 4)

1) S. hierzu: Obst - Hintner, a.a.O., S.106 ff. (Großbritannien, S.112 ff. (USA); s. auch Ernst-Joachim Mestmäcker, a.a.O., S.244.

2) Obst - Hintner, a.a.O., S.191; vgl. auch ebenda, S.107 und 186.

3) S. hierzu: Felix Pinner, Industrie und Banken, in: Palyi - Quittner, a.a.O., S.262 f.

4) E.W. Schmidt, Industrie und Banken, in: Enzyklopädisches Lexikon, Bd.2, S.846.

"Industriewirtschaft und Bankwirtschaft sind in Deutschland nicht nebeneinander, sondern miteinander und durcheinander groß geworden." ¹⁾ Besonders die Großbanken sind mit der Großindustrie seit jeher eng verbunden gewesen, sei es in der Stellung als Aktionär, Gläubiger oder "Hausbank".

Hier wird unter "Hausbank" diejenige Bank verstanden, mit der ein Unternehmer normalerweise in Geschäftsverbindung steht und den größten Teil seiner Bankgeschäfte abwickelt. ²⁾ Die Hausbank besorgt vor allem den gesamten Geld- und Kontokorrentverkehr ³⁾ des Unternehmens, während dieses wiederum seine Gelder bei der Hausbank anlegt. Besonders bei großen Gesellschaften übernimmt die als Hausbank fungierende (Filial-) Großbank beim Emissionsgeschäft - wenn es durch ein Konsortium durchgeführt wird - die Stellung als Konsortialführerin.

Für die drei überregionalen deutschen Großbanken sind ihre über das ganze Bundesgebiet ausgedehnten Filialnetze charakteristisch. Daher werden die Deutsche Bank AG, die Dresdner Bank AG und die Commerzbank AG als Filialgroßbanken bezeichnet; die filiallose Berliner Handels-Gesellschaft, die 1948 in Frankfurt (Main) neu gegründet worden ist, gilt mitunter ebenfalls als Großbank.

Die Banken betreiben einmal Emissions- und Konsortialgeschäfte; zugleich aber sind sie als Börsen- und Effektenbanken für ihre Kunden tätig. Somit übernehmen die Banken sämtliche Geschäfte, die mit der Neuemission von Wertpapieren und deren Handel zusammenhängen. Namentlich die Regionalbanken und noch mehr die Filialgroßbanken spielen hier eine große Rolle: "Mit Hilfe der Filialen und Depostitenkassen kann eine

1) E.W. Schmidt, a.a.O., S.849

2) S. hierzu Stichwort "Hausbank" in: Bank-Lexikon, Sp.585; Rudolf Mindner, Das Kleine Börsenlexikon 1958, S.220.

3) Die in Form des Kontokorrentkredits den Unternehmen gegebenen Kredite gewähren der (Haus-) Bank einen besonders guten Einblick in den Geschäftsablauf. S.: Franz Worret, Bankpolitik als Machtfrage, Berlin 1955, S.76.

Bank ... die Niederlassungen gleichzeitig auch in den Dienst ihrer Kapitalmarktpolitik stellen. Durch ein Filialsystem kann die kaufkräftige Nachfrage in der entferntesten Provinz aufgestöbert und damit der Markt für die zu emittierenden Papiere erweitert werden." ¹⁾

Aus den Geschäftsberichten der drei Filialgroßbanken für das Jahr 1958 ergibt sich folgendes: Niederlassungen (Geschäftsstellen und Depositenkassen) hatte die Deutsche Bank AG an 220, die Dresdner Bank AG an 163 und die Commerzbank AG an 142 Plätzen. In diesen Zahlen sind die Tochterinstitute und Kommanditen der drei Großbanken nicht enthalten. An Konsortialgeschäften des Jahres 1958 - und zwar bei Übernahmen, Emissionen und Börseneinführungen von Aktien aus Kapitalerhöhungen deutscher Gesellschaften - war die Deutsche Bank AG in 68, die Dresdner Bank AG in 33 und die Commerzbank AG in 34 Fällen beteiligt.

2. Aufsichtsräte

Die für den deutschen Universalbanktypus kennzeichnende Kombination von Depositenbank und Finanzierungsbank hat von Anfang an zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Banken und Industrie geführt, die sich in Aufsichtsratsverflechtungen ausdrückt.

In der Zeit, als die ersten großen Industrieunternehmen in der Rechtsform der Aktiengesellschaft gegründet worden sind, hat sich "die Institution des Bankvertreters im industriellen Aufsichtsrat" herausgebildet. ²⁾ Umgekehrt sind die leitenden Männer der industriellen und kommerziellen Großunternehmen seit jeher in den Aufsichtsräten der Aktienbanken vertreten gewesen. Bei diesen wechselseitigen persönlichen Verbindungen - man hat die Aufsichtsräte gelegentlich als "Beziehungsräte" bezeichnet -

1) Franz Worret, a.a.O., S.82.

2) E.W. Schmidt, a.a.O., S.849.

handelt es sich zumeist weniger um eine eigentliche Aufsichtsrats-tätigkeit entsprechend dem Aktiengesetz als vielmehr um "ein Mittel zur Sicherung und Festigung wertvoller Gegenseitigkeitsbeziehungen". 1)

Bankpolitik ist Machtpolitik. Der Entsendung von Bankvertretern in die Aufsichtsräte gewerblicher Aktiengesellschaften liegt folgender Gedanke zugrunde: Das Aufsichtsratssystem, wie es sich in Deutschland historisch entwickelt hat, verschafft den Banken die Möglichkeit, Einblick in die Verhältnisse der Gesellschaften zu nehmen und darüber hinaus Einfluß auf die finanzierten Aktienunternehmen zu gewinnen. 2)

In England hingegen ist - auf Grund des völlig verschieden gearteten Banksystems - ein derartiges "interference" der Banken unter gewöhnlichen Umständen undenkbar. So heißt es in zwei Aufsätzen "Banks and Industry in England and Germany" des "Economist" im Jahre 1930: "... the close co-operation between banks and industry ... was a natural consequence of historical development in Germany, while the opposite view (is) taken by English banks. ..." 3) "English banks ... can interfere and, as a rule, are informed only when matters have got really serious. ... In England, on the other hand, there is often a tendency to look upon interference by the banks as a disgrace, as a sign of potential insolvency ..." 4)

In der Praxis des deutschen Aufsichtsratssystem schwoilen früher die Aufsichtsräte der meisten deutschen Großbanken "zu wahren Parlamenten" an; umgekehrt gab es einzelne Großbankdirektoren, die 50 bis 100 Aufsichtsratsmandate innehatten. 5)

1) Felix Pinner, a.a.O., S.265; vgl. auch E.W.Schmidt, a.a.O., S.849.

2) S. hierzu: Felix Pinner, a.a.O., S.264; E.W. Schmidt, a.a.O., S.849 f.

3) The Economist, Nr.4514/1.3.1930, S.450.

4) The Economist, Nr.4516/15.3.1930, S.573.

5) Felix Pinner, a.a.O., S.265.

Nach geltendem Aktienrecht ist die Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder bei Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von mehr als 20 Mio.DM auf 15 beschränkt; jedoch sind Ausnahmen hiervon zulässig, "wenn das Wohl der Gesellschaft oder gesamtwirtschaftliche Belange es fordern" (§ 86 AktG Abs.1). ¹⁾

Die drei Filialgroßbanken mit ihrem weitgespannten Netzwerk wirtschaftlicher Beziehungen haben auch in der Nachkriegszeit staatliche Sondergenehmigungen erhalten, die gesetzliche Höchstzahl zu überschreiten, da "deren Bedeutung im Rahmen der Volkswirtschaft als zentral zu betrachten ist, also über einen örtlich begrenzten Bezirk weit hinausgeht" ²⁾.

So setzen sich die Aufsichtsräte der Deutschen Bank AG, der Dresdner Bank AG und der Commerzbank AG jeweils aus 48 Mitgliedern zusammen, von denen gemäß § 76 Abs.1 des Betriebsverfassungsgesetzes zwei Drittel (= 32) Aktionärvertreter und ein Drittel (= 16) Arbeitnehmervertreter sind. - Nach dem Geschäftsbericht 1958 der Dresdner Bank AG gehören von 35 mit Namen und Beruf aufgeführten Aufsichtsratsmitgliedern, die von der Hauptversammlung gewählt worden sind, 24 den Verwaltungen (Vorständen und Aufsichtsräten) deutscher Aktiengesellschaften an. ³⁾ - Die beiden anderen Großbanken geben in ihren Geschäftsberichten die Berufe ihrer Aufsichtsratsmitglieder nicht an.

Zwar ist die Zahl der Aufsichtsratsposten in Aktienunternehmen (AG, KGaA), die ein und dieselbe natürliche Person bekleiden kann, durch das Gesetz grundsätzlich auf 10 begrenzt; jedoch können, "soweit es zur ausreichenden Wahrung wirtschaftlicher Belange ... nötig erscheint", davon abweichende

1) § 90 RefEntw bestimmt für Gesellschaften mit mehr als 20 Mio.DM Grundkapital eine Höchstzahl von 21 Aufsichtsratsmitgliedern.

2) Obst - Hintner, a.a.O., S.189; s. auch E.W. Schmidt, a.a.O., S.849.

3) Aus dem Aufsichtsrat der Dresdner Bank AG schieden - nach dem Geschäftsbericht 1958 - vier Mitglieder der Aktionärseite aus.

Vorschriften und Anordnungen getroffen werden (§ 86 Abs.2 AktG). ¹⁾ So nehmen die einzelnen Vorstandsmitglieder der drei Großbanken häufig jeweils mehr als 10, ja bisweilen über 20 Aufsichtsratssitze ein.

Die Deutsche Schutzvereinigung schreibt in ihrer Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes in diesem Zusammenhang: "Wenn man die Zusammensetzung der Eigentümerseite größerer Aktiengesellschaften einer Prüfung unterzieht, so ergibt sich, daß die Mandate überwiegend auf einen verhältnismäßig eng begrenzten Kreis von Persönlichkeiten entfallen. Eine Erhebung über die Zusammensetzung der Aufsichtsräte in Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von mindestens DM 10 000 000 ergab, daß die Eigentümerseite in diesen Aufsichtsräten nur von wenigen hundert Personen repräsentiert wird. ... Auf der Arbeitnehmerseite sollen nach Pressemeldungen heute bereits rund 9 000 verschiedene Persönlichkeiten in Aufsichtsräten wirken." ²⁾

3. Statistiken der Aufsichtsratsmandate von Großbankenverwaltungsmitgliedern

a) Untersuchungen vor dem Zweiten Weltkrieg

Nach Jeidels besetzten die damaligen sechs Berliner Großbanken durch ihre Direktoren und ihre eigenen Aufsichtsräte Ende 1903 bereits 751 Aufsichtsratsposten in industriellen Aktiengesellschaften: ³⁾

1) Vgl. § 18 1. DVO AktG. - § 94 Abs. 1 RefEntw bestimmt für die einzelne natürliche Person eine Höchstzahl von 15 Aufsichtsratsmandaten.

2) Stellungnahme Schutzvereinigung, S.23 f.

3) Otto Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie, 2.Auflage, München und Leipzig 1913, S.161 (Zusammenstellung nach: Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften, Jahrgang 1903, Berlin 1903).

	Durch Direktoren	Durch Aufsichtsräte	Insgesamt
Deutsche Bank	101	120	221
Disconto- Gesellschaft	31	61	92
Darmstädter Bank	51	50	101
Dresdner Bank	53	80	133
Schaaffhausenscher Bankverein	68	62	130
Berliner Handels- Gesellschaft	40	34	74
Summen	344	407	751

Nach Untersuchungen von Riesser im Jahre 1910 läßt sich die Delegation von Vertretern der Großbanken in die Aufsichtsräte industrieller Gesellschaften in folgendem Verzeichnis zusammenfassen: ¹⁾

	Zahl der Aufsichts- ratsmandate
Bank für Handel und Industrie	101
Berliner Handels-Gesellschaft	101
Commerz- und Disconto-Bank	35
Deutsche Bank	134
Disconto-Gesellschaft	124
Dresdner Bank	102
Nationalbank für Deutschland	102
Schaaffhausenscher Bankverein	113
Zusammen	812

1) Riesser, Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhange mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland, 3.Auflage, Jena 1910, S.603 ff., s. auch ebenda, S.281 f.

Nach einer Ermittlung der Reichsbank anlässlich der Bankenenquête in den Jahren 1932/33 besaßen rund 42 % der Aktiengesellschaften - bei einer erfaßten Gesamtzahl von etwa 2 600 - einen "bankenfreien" Aufsichtsrat. ¹⁾

1936 veröffentlichte Kastenholz eine Stichprobe mit je 100 börsennotierten Gesellschaften für die Jahre 1912, 1926 und 1934; die nachstehende Tabelle zeigt das Ergebnis: ²⁾

	1912	1926	1934
Aufsichtsratssitze	626	786	643
Davon durch Banken besetzt	145	228	157
	= 23 %	= 29 %	= 24 %
 "Bankenfreie" unter den 100 untersuchten Gesellschaften			
	23	16	28

b) Untersuchungen nach dem Zweiten Weltkrieg

Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg liegen, soweit ersichtlich ist, lediglich zwei zusammenfassende Untersuchungen von 1953 und 1956 über die Zahl der Aufsichtsratsmandate vor, die von Großbankvertretern ausgeübt werden.

Pritzkolet hat die Zahl der Aufsichtsratsposten von Vorstands- und Direktionsmitgliedern der damaligen Nachfolgeinstitute der drei Großbanken annäherungsweise ermitteln können (Stand 1953): ³⁾

-
- 1) S. hierzu: Adolf Weber, Depositenbanken und Spekulationsbanken. Ein Vergleich deutschen und englischen Bankwesens, 4.Auflage, München und Leipzig 1938, S.263 f.
 - 2) Kastenholz, in: Berliner Tageblatt (Handelszeitung 1936, Nr.56); zit. bei: Adolf Weber, Depositenbanken und Spekulationsbanken, S.263.
 - 3) Kurt Pritzkolet, Bosse, Banken, Börsen, Wien-München-Basel 1954, S.199; s. auch ebenda, S.107 ff. (Deutsche-Bank-Gruppe), S.147 ff. (Dresdner-Bank-Gruppe), S.177 ff. (Commerzbank-Gruppe).

Deutsche-Bank-Gruppe:

Rheinisch-Westfälische Bank AG	164
Süddeutsche Bank AG	233
Norddeutsche Bank AG	<u>98</u>
Zusammen	495

Dresdner-Bank-Gruppe:

Rhein-Ruhr-Bank AG	105
Rhein-Main-Bank AG	135
Hamburger Kreditbank AG	<u>53</u>
Zusammen	293

Commerzbank-Gruppe:

Bankverein Westdeutschland AG	91
Commerz- und Credit-Bank AG	20
Commerz- und Disconto-Bank AG	<u>44</u>
Zusammen	155

Aus der obenstehenden Tabelle ist ersichtlich, daß die neun Nachfolgeinstitute, die jetzt wieder zu den drei Großbanken vereinigt sind, im Jahre 1953 insgesamt über 943 Aufsichtsratssitze, die ihre Vorstandsmitglieder und Direktoren bei den deutschen Aktiengesellschaften innehatten, verfügten. Das bedeutet freilich nicht, daß die Großbanken-Nachfolgeinstitute damals in 943 Gesellschaften durch Aufsichtsratsmitglieder vertreten waren: Zahlreiche Doppel- oder Mehrfachzählungen ergeben sich daraus, "daß eine Bank bei einer Gesellschaft über mehrere Mandate verfügen kann, oder daß im Aufsichtsrat eines Unternehmens möglicherweise mehrere Banken vertreten sind" ¹⁾.

1) Kurt Pritzkeleit, a.a.O., S.198.

Fritzkoheit folgert aus seiner Untersuchung, daß die Großbanken vermutlich bei einem Viertel aller Aktiengesellschaften mit Sitz im Bundesgebiet, die wiederum schätzungsweise mindestens die Hälfte des gesamten Grundkapitals repräsentieren, ihre Vertreter in die Aufsichtsräte entsenden. ¹⁾

Baumann hat 1956 eine "Postenliste der Großbanken-Aufsichtsräte und -Direktoren" in einer Ost-Berliner Schrift veröffentlicht. ²⁾ Die Liste erstreckt sich auf die Nachfolgeinstitute der drei Filialgroßbanken sowie auf die Berliner Handels-Gesellschaft. Unter "Posten" werden in der folgenden Tabelle nicht nur Aufsichtsratsmandate, sondern auch Beirats- und Verwaltungsmitgliedschaften verstanden; der angeführte Begriff "Direktoren" umfaßt Bank-Vorstandsmitglieder wie auch Bankdirektoren. Die Aufstellung Baumanns enthält unter anderem folgende Zahlenangaben (Stand Juni 1956): ³⁾

<u>Banken-Gruppe</u>	<u>AR Mitglieder</u>	<u>Posten</u>	<u>Direktoren</u>	<u>Posten</u>
Deutsche Bank	44	281	70	477
Dresdner Bank	52	381	47	297
Commerzbank	38	182	24	152
Zusammen	134	844	141	926
Berliner Handels- Gesellschaft	26	180	10	86
Insgesamt	160	1 024	151	1 012

1) Kurt Pritzkoheit, a.a.O., S.198 f.

2) G.Baumann, Banken, Banken über alles, (Anm. des Verf.: (Ost-) Berlin 1956.

3) G. Baumann, a.a.O., S.54.

Die Gesamtzahl der Aufsichtsratsmitglieder und Direktoren der vier Großbanken-Gruppen beträgt nach der obigen Tabelle 311, die Gesamtzahl ihrer Posten 2 036.

In der Hauptversammlung der Commerzbank AG am 4. Mai 1959 fragte der Kleinaktionärvertreter Erich Nold: "Wieviel Aufsichtsratsmandate haben die Vorstände?" Als Sprecher des Vorstandes erwiderte ihm Hanns Deuss darauf: "Ich habe die gesamten Aufsichtsratsmandate noch nicht addiert. Im Interesse der Vertiefung unserer Geschäftsbeziehungen zur ganzen Wirtschaft würde ich wünschen, daß es mehr wären. Wir bemühen uns darum, im übrigen jede einzelne gesetzliche Vorschrift einzuhalten." ¹⁾

Es steht fest, daß die (Groß-) Banken von sich aus keine Namens- oder Zahlenübersichten über die Aufsichtsratsmandate ihrer Vorstandsmitglieder und Direktoren veröffentlichen. So haben auch schriftliche, an die Vorstände der drei Großbanken gerichtete Bitten des Verfassers um Angabe der Zahl der von ihren Vorstandsmitgliedern besetzten Aufsichtsratsposten zu keinem positiven Ergebnis geführt: Die Deutsche Bank AG ²⁾ und die Commerzbank AG ³⁾ haben auf die einschlägigen Nachschlagewerke verwiesen; von der Dresdner Bank AG ⁴⁾ ist keine Antwort eingegangen.

Stellt man die Gesamtzahl der Aufsichtsratsmandate, die allein von den Vorstandsmitgliedern der drei Großbanken in deutschen Aktiengesellschaften ausgeübt werden, anhand eines 1959 in Neuauflage herausgegebenen Nachschlagewerks ⁵⁾ zusammen, so ergibt sich für Ende 1958 folgender Stand:

-
- 1) Blick durch die Wirtschaft, Nr.107/11.5.59, S.3.
 - 2) Deutsche Bank AG, Frankfurt (Main), Antwortschreiben der Zentrale/Generalsekretariat vom 26.8.59.
 - 3) Commerzbank AG, Düsseldorf, Antwortschreiben des Vorstandsbüros vom 11.8.59.
 - 4) Schreiben des Verf. vom 8.8.59 an den Vorstand der Dresdner Bank AG, Frankfurt (Main).
 - 5) Leitende Männer der Wirtschaft, 7.Aufl., Berlin - Darmstadt - Essen 1959; vgl. auch Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte, Bd. I, nach Persönlichkeiten geordnet, Jahrgang 1957, Berlin, Herausgeber: J.M. von Morr.

Großbanken	Großbanken- Vorstands- mitglieder	Aufsichtsratsmandate der Großbanken- Vorstandsmitglieder:		
		Vorsitzer des AR	Stellvertr. Vorsitzer des AR	AR-Mit- glieder
Deutsche Bank AG	11	54	31	48
Dresdner Bank AG	15	22	30	64
Commerz- bank AG	11	20	19	57
Insgesamt	37	96	80	169

Zusammen = 345 Aufsichtsratsmandate

Wenn sich auch aus dieser Aufstellung für die Vorstandsmitglieder der drei Großbanken zusammen 345 Aufsichtsratsposten ermitteln lassen, so darf diese Zahl keinen Anspruch auf Richtigkeit erheben; sie ist viel zu nieder. Einmal sind solche Angaben in Nachschlagewerken weder vollständig noch auf dem allerneuesten Stand. Zum anderen haben sich in der personellen Zusammensetzung der einzelnen Vorstände Veränderungen ergeben: So ist zum Beispiel Robert Frowein, der als Vorstandsmitglied der Deutschen Bank 18 Aufsichtsratssitze innehatte, Ende 1958 durch Tod ausgeschieden. Außerdem sind die Großbankdirektoren, die ja ebenfalls zahlreiche Aufsichtsratsposten bekleiden, in der obigen Tabelle nicht berücksichtigt.

4. Aufsichtsratsmandate führender Großbanken-Vorstandsmitglieder

a) Hermann Josef Abs

Hermann J. Abs, das führende Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG, gehört den Aufsichtsräten folgender 24

deutschen Aktiengesellschaften als Vorsitz, stellvertretender Vorsitz oder Mitglied an: ¹⁾

Vorsitzer des Aufsichtsrats:

Deutsche Überseeische Bank, Hamburg;
Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, Gelsenkirchen;
Daimler-Benz AG, Stuttgart;
Dortmund-Hörder Hüttenunion AG, Dortmund;
Philipp Holzmann AG, Frankfurt (Main);
Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG, Essen;
Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG, Wuppertal-Elberfeld;
Zellstoff-Fabrik Waldhof, Wiesbaden;
Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen (Rhein);
Saarländische Kreditbank AG, Saarbrücken;
Süddeutsche Zucker-AG, Mannheim;
Kali-Chemie AG, Hannover;
Salamander AG, Kornwestheim.

Ehrenvorsitzer des Aufsichtsrats:

Pittler Maschinenfabrik AG, Langen bei Frankfurt (Main).

Stellvertretender Vorsitz der Aufsichtsrats:

Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt (Main);
Deutsche Shell AG, Hamburg;
Zeiss Ikon AG, Stuttgart;
Neunkircher Eisenwerk AG, vorm. Gebr. Stumm, Neunkirchen;
Aktien-Gesellschaft der Dillinger Hüttenwerke, Dillingen;
Siemens & Halske AG, Berlin und München.

1) Leitende Männer der Wirtschaft, S.1. Vgl. auch:
Kurt Pritzkeleit, a.a.O., S.129, 136 f; G. Baumann,
a.a.O., S.68 f.

Aufsichtsratsmitglied:

Gelsenkirchener Bergwerks-AG, Essen;
Deutsche Libbey-Owens-Gesellschaft für maschinelle Glas-
herstellung (DELOG), Gelsenkirchen-Rotthausen;
Metallgesellschaft AG, Frankfurt (Main);
Phoenix Gummiwerke AG, Hamburg-Harburg.

b) Erich Vierhub

Erich Vierhub, maßgebliches Vorstandsmitglied der Dresdner Bank AG, bekleidet 18 Aufsichtsratsposten in nachstehenden deutschen Aktiengesellschaften: 1)

Vorsitzer des Aufsichtsrats:

Wanderer-Werke AG, München-Haar.

Stellvertretender Vorsitzter des Aufsichtsrats:

Kalle & Co. AG, Wiesbaden;
NSU-Werke AG, Neckarsulm;
D. Stempel AG, Frankfurt (Main);
AEG Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin -
Frankfurt (Main);
L. Schuler AG, Göppingen;
Diskont- und Kredit-AG, Düsseldorf.

Aufsichtsratsmitglied:

Ausfuhrkredit AG, Düsseldorf;
Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar;
Daimler-Benz AG, Stuttgart;
Eisen- und Stahlhandel AG, Frankfurt (Main);

1) Leitende Männer der Wirtschaft, S.955; vgl. auch:
Kurt Pritzkolet, a.a.O., S.166.

Gritzner-Kayser AG, Karlsruhe-Durlach;
Grün & Bilfinger AG, Mannheim;
Rheinische Hypothekenbank, Mannheim;
"Sarotti" AG, Hattersheim (Main);
Spinnerei und Zwirnerei Ramie AG, Emmendingen;
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin;
Rütgerswerke AG, Frankfurt (Main).

c) Hanns Deuss

Hanns Deuss, Vorstandsmitglied der Commerzbank AG und Sprecher des Vorstandes, vereinigt 27 Aufsichtsratsmandate in folgenden deutschen Aktiengesellschaften auf sich: ¹⁾

Vorsitzer des Aufsichtsrats:

Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar;
Deutsche Hypothekenbank, Bremen;
Gerling-Konzern Lebensversicherungs-AG, Köln;
Gerling-Konzern Spezielle Kreditversicherungs-AG, Köln;
Rudolph Karstadt AG, Essen;
Rheinisch-Westfälischer Kassenverein AG, Düsseldorf.

Stellvertretender Vorsitzter des Aufsichtsrats:

Ausfuhrkredit-AG, Frankfurt (Main);
Gerling-Konzern Globale Rückversicherungs-AG, Köln;
Hotelbetriebs-AG, Berlin;
Phrix-Werke AG, Hamburg;
Schnellpressenfabrik AG Heidelberg, Heidelberg;
Vereinigte Rumpuswerke AG, Mönchen-Gladbach.

1) Leitende Männer der Wirtschaft, S.157; vgl. auch:
Kurt Fritzkoleit, a.a.O., S.185 f.

Aufsichtsratsmitglied:

Brown, Boveri & Cie. AG, Mannheim;
Daimler-Benz AG, Stuttgart;
Farbwerke Hoechst AG vorm. Meister Lucius & Brüning,
Frankfurt (Main) - Hoechst;
Frankonia Rück- und Mitversicherungs AG, München;
Gerling-Konzern Allgemeine Versicherungs-AG, Köln;
Gerling-Konzern Versicherungs-Zentrale AG, Köln;
Friedrich-Wilhelm Magdeburger Versicherungs-AG, Köln-Berlin;
Friedrich-Wilhelm Lebensversicherungs-AG, Berlin-Köln;
Hein, Lehmann & Co. AG, Düsseldorf;
Hochtief AG für Hoch- und Tiefbauten vorm. Gebr. Helfmann,
Essen;
Kammgarnspinnerei Stöhr & Co. AG, Wuppertal-Elberfeld;
Krauss-Maffei AG, München-Allach;
Ruhrstahl AG, Witten (Ruhr);
Sächsische Bodencreditanstalt, Köln;
Steinkohlenbergwerke Mathias Stinnes AG, Essen.

d) Eduard von Schwartzkoppen

Eduard von Schwartzkoppen, persönlich haftender Gesellschafter (Geschäftsinhaber) der Berliner Handels-Gesellschaft (KGaA), verfügt über 20 Aufsichtsratsämter in deutschen Aktiengesellschaften: ¹⁾

Vorsitzer des Aufsichtsrats:

Allgemeine Transportmittel AG, Düsseldorf;
Baumwollindustrie Erlangen-Bamberg AG, Erlangen;
Berliner Handelsbank AG, Berlin;
Deutsche Babcock & Wilcox-Dampfkessel-Werke AG,
Oberhausen (Rhld.);
Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft), Berlin;
Schultheiß-Brauerei AG, Berlin

1) Leitende Männer der Wirtschaft, S.855 f.; vgl. auch
Kurt Fritzkoleit, a.a.O., S.218 f.

Stellvertretender Vorsitzter des Aufsichtsrats:

Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke AG, Düsseldorf-Oberkassel;
Kraftübertragungswerke Rheinfeld, Rheinfeld (Baden);
Schering AG, Berlin;
Westfälische Drahtindustrie, Hamm (Westfalen);
Wolff & Co. KGaA, Walsrode;
Zuckerraffinerie Tangermünde Fr. Meyers Sohn AG, Hamburg.

Aufsichtsratsmitglied:

AEG Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin;
Berlinische Lebensversicherung AG, Berlin und Wiesbaden;
Deutsche Schiffahrtsbank AG, Bremen;
I.G. Farbenindustrie AG i.L., Abwicklung, Frankfurt (Main);
Kohlensäure-Industrie AG, Düsseldorf;
Mannesmann AG, Düsseldorf;
Vereinigte Deutsche Nickel-Werke AG, vorm. Westfälisches Nickelwalzwerk Fleitmann, Witte & Co., Schwerte (Ruhr).

5. Die Aufsichtsratsverflechtungen zwischen Großbanken und Großchemie

Besonders enge wechselseitige Personalbeziehungen bestehen durch 14 Aufsichtsratsmandate zwischen den drei Großbanken (Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG) und den drei großen Chemie-Gesellschaften, die aus der Entflechtung der I.G.-Farbenindustrie AG hervorgegangen sind (Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG, Farbenfabriken Bayer AG, Farbwerke Hoechst AG). ¹⁾ Anhand der Geschäftsberichte für das Jahr 1958 lassen sich folgende Aufsichtsratsverbindungen zwischen den Verwaltungen der Großbanken und der großen Chemienachfolger ermitteln:

1) S. hierzu auch: G. Baumann, a.a.O., Tabelle zwischen S.96/97; FAZ, Nr.244/21.10.59, S.9.

a) Deutsche Bank AG

Hermann J. Abs, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG, ist Aufsichtsratsvorsitzer bei der BASF; Oswald Rösler, früher Vorstandsmitglied und jetzt Aufsichtsratsvorsitzer der Deutschen Bank, ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer der Farbenfabriken Bayer. Umgekehrt sind Carl Wurster, Vorstandsvorsitzer der BASF, sowie Ulrich Haberland, Vorstandsvorsitzer der Farbenfabriken Bayer, Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank.

Außerdem nehmen folgende Mitglieder des Aufsichtsrats der Deutschen Bank Aufsichtsratsposten bei den Nachfolgesellschaften der I.G.-Farbenindustrie ein: Karl Schirner, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer der Deutschen Bank, ist Aufsichtsratsmitglied der Farbwerke Hoechst. Hans Karl von Mangoldt-Reiboldt ist Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank und der BASF. Ebenso ist Werner Söhngen (Vorstandsvorsitzer der Rheinischen Stahlwerke) Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bank wie auch der Farbenfabriken Bayer.

b) Dresdner Bank AG

Zwar gehört kein Vorstandsmitglied der Dresdner Bank den Aufsichtsräten der drei großen Chemiekonzerne an. Dagegen ist Karl Winnacker, Vorstandsvorsitzer der Farbwerke Hoechst, zugleich Aufsichtsratsmitglied der Dresdner Bank. Überdies ist Hermann Richter stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer sowohl der Dresdner Bank wie auch der Farbwerke Hoechst. Von den Aufsichtsratsmitgliedern der Dresdner Bank ist ferner Hermann Schlosser (bisher Vorstandsvorsitzer der Deutschen Gold- und Silber-Scheideanstalt) Aufsichtsratsmitglied der BASF.

c) Commerzbank AG

Hanns Deuss, Vorstandsmitglied der Commerzbank und Sprecher des Vorstands, ist Aufsichtsratsmitglied bei den Farbwerken Hoechst. Der Aufsichtsratsvorsitzer der Commerzbank, Otto Schniewind (Mitinhaber des Münchener Bankhauses Neuvians, Reuschel & Co. sowie Aufsichtsrats-Mitglied der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank), ist Aufsichtsratsmitglied der Farbwerke Bayer. Fritz ter Meer, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer der Commerzbank, ist Aufsichtsratsvorsitzer der Farbwerke Hoechst. Michael Erlenbach ist Aufsichtsratsmitglied der Commerzbank wie auch der Farbwerke Hoechst.

6. Bankenvertreter im Aufsichtsrat der Preußag

Nach der Teilprivatisierung der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft (Preußag) wurden in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. Juni 1959 Neuwahlen zum Aufsichtsrat durchgeführt.

Der Aufsichtsrat der Preußag besteht satzungsgemäß aus 21 Mitgliedern: Darunter befinden sich 7 - nach § 76 des Betriebsverfassungsgesetzes gewählte - Vertreter der Arbeitnehmer. Nach § 11 der Preußag-Satzung ist der Bundeskonzern VEBA (Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft) berechtigt, 4 Aufsichtsratsmitglieder zu entsenden. Entsprechend dem Vorschlag der Preußag-Verwaltung wählte die Hauptversammlung folgende 10 Mitglieder des Aufsichtsrats: ¹⁾

1) Quellen: Anzeige der Preußag vom Juni 1959 in der Presse; Börsenzulassungsprospekt der Preußag vom Oktober 1959. - Ergänzend zu Albers, Elmendorff und Semler s. auch: Das Wertpapier, Heft 7/1959, S.439; ergänzend zu Timm s. auch: BASF-Geschäftsbericht 1958.

1. Johannes Albers (Geschäftsführer der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft);
2. Wilhelm Elmendorff (Wirtschaftsprüfer, Vorstandsvorsitzer des Instituts der Wirtschaftsprüfer): Vorsitz des Aufsichtsrats;
3. Robert Gebhardt (Vorstandsmitglied der Commerzbank AG);
4. Paul-Ferdinand Hast (Bergrat a.D.);
5. Hans Hoffmann (Amtsgerichtsrat);
6. Kurt Hoffmann (Vorstandsmitglied der Preußischen Elektrizitäts-AG);
7. Karl Klasen (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG): stellvertretender Vorsitz des Aufsichtsrats;
8. Wilhelm Pleister (Direktor der Niedersächsischen Landesbank - Girozentrale);
9. Johannes Semler (Wirtschaftsprüfer, Präsident der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz): stellvertretender Vorsitz des Aufsichtsrats;
10. Bernhard Timm (stellvertretender Vorsitz des Vorstands der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik AG).

Mit der Wahl von Robert Gebhardt, Karl Klasen und Wilhelm Pleister erlangten zum ersten Mal Bankenvertreter Aufsichtsratsmandate in der Preußag. "Die Verwaltung führte hierzu aus, daß der Konsortialführer an dem Verkauf der rd. 81,5 Mio.DM Preußag-Aktien beteiligten Banken (Deutsche Bank AG) im Aufsichtsrat vertreten sein solle, ebenso die Hausbank (Commerzbank AG) und ein Vertreter der Sparkassenorganisation, über die ein sehr bedeutender Anteil von Käufern der Preußag-Aktien und von neuen Interessenten an den Wertpapiermarkt herangeführt worden sei." ¹⁾ Das Emissionskonsortium setzte sich aus 51 deutschen Kreditinstituten zusammen. ²⁾

Nach den Emissionsbedingungen konnten nur Personen mit einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von nicht mehr als 16 000 DM Preußag-Aktien zeichnen, und auch nur bis zum Höchstbetrag von nominal 400 DM. Mithin sind im neugewählten Preußag-Aufsichts-

1) Das Wertpapier, Heft 7/1959, S.438.

2) Börsenzulassungsprospekt der Preußag vom Oktober 1959.

rat lediglich zwei von 216 119 Volksaktionären (Ersterwerb-
bern) vertreten: Johannes Albers und Hans Hoffmann. ¹⁾

Die Vertreter des Bundeskonzerns VEBA, der ohnedies gemäß
der Satzung 4 Mitglieder in den Aufsichtsrat entsandte, ver-
zichteten bei der Aufsichtsratswahl auf die Ausübung ihres
- allerdings satzungsgemäß begrenzten - Stimmrechts. Zwar
betrug die von Volksaktien repräsentierte Kapitalpräsenz nur
ungefähr 42 % des insgesamt stimmberechtigten Kapitals. Je-
doch vertraten die Kreditinstitute durch das Depotstimmrecht
nicht weniger als rund 96,4 % des anwesenden stimmberechtig-
ten Aktienkapitals. ²⁾ Da die statutarische Stimmrechtsbe-
grenzung - § 23 Preußag-Satzung beschränkt das Stimmrecht
jedes Aktionärs auf die Stimmen von 1/1000 des Grundkapi-
tals - die Ausübung des Depotstimmrechts nicht betraf, stand
bei dieser Sachlage das Ergebnis der Aufsichtsratswahl von
vornherein fest; denn die Vertreter der Kreditinstitute stimm-
ten mit den Depotaktien der Volksaktionäre grundsätzlich -
soweit die Depotaktionäre keine Abstimmungsweisungen im Sin-
ne der Opposition erteilten - für die Verwaltungsvorschläge.

Vor der Teilprivatisierung gehörten dem Aufsichtsrat der
Preußag nur Staatsbeamte an. Indessen ging die Preußag-Ver-
waltung hernach wohl von der realistischen Annahme aus, daß
die Kreditinstitute - vor allem die Großbanken - ihre Man-
datsansprüche bei der Aufsichtsratswahl auf Grund ihrer durch
das Depotstimmrecht verkörperte Stimmenmacht in jedem Fall
hätten durchsetzen können. Deswegen setzte die Verwaltung die
beiden Großbanken-Vorstandsmitglieder sowie den Sparkassen-
Repräsentanten von Anfang an auf ihre Vorschlagsliste, die
gewiß unter der Mitwirkung der Kreditinstitute - zumindest
der Großbanken - aufgestellt wurde.

1) FAZ, Nr.135/15.6.59, S.12.

2) Das Wertpapier, Heft 7/1959, S.437.

In dieser Hauptversammlung der Preußag wurden (zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Aktienwesens) die Beschlüsse ausschließlich mit den Stimmen von Kleinstaktionären gefaßt. Da für den allergrößten Teil der Kapitalpräsenz die Kreditinstitute das Depotstimmrecht ausübten, ist - entgegen der zitierten Auffassung der Deutschen Bank AG - erwiesen, daß zwischen der Ausübung des Depotstimmrechts und der Wahl von Bankenvertretern in den Aufsichtsrat ein enger Zusammenhang besteht.

Die Problematik des derzeitigen Depotstimmrechts wurde in der ersten Hauptversammlung der Volksaktionäre einem großen Aktionärkreis und durch die Berichterstattung der Presse darüber hinaus der Öffentlichkeit vor Augen geführt. Einige der 737 Aktionäre und Aktionärvertreter übten während der achtstündigen Preußag-Hauptversammlung scharfe Kritik an dem Verwaltungsvorschlag für die Aufsichtsratswahl wie auch vor allem an der jetzigen Handhabung des Depotstimmrechts. Wilhelm Vallenghin, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG, verwahrte sich in einer Replik gegen die von mehreren Oppositionssprechern vorgebrachte Ansicht, daß durch das Bankenstimmrecht der Wille der Aktionäre nicht zum Ausdruck komme. ¹⁾

Nach einem Kommentar der Stuttgarter Zeitung, die von einem "Preußag-Debakel" sprach, "hat ... diese Hauptversammlung auch bewiesen, wie notwendig eine Änderung des Depotstimmrechts ist. Es wird in seiner jetzigen Form immer ein rotes Tuch für die Aktionäre bleiben." ²⁾ - Ein Nachrichtenmagazin schrieb: "Mit ihrer einseitig im Interesse der Firmenbürokratie und der Großbanken komponierten Namensliste tat die Verwaltung der Preußag einen folgenschweren Mißgriff." ³⁾

Ferner ist bemerkenswert: Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz sowie die ihr verbundene Vereinigung der

1) S. hierzu die stenographische Niederschrift der HV-Debatte in: Blick durch die Wirtschaft, Nr.150/3.7.59, S.5 f.

2) Stuttgarter Zeitung, Nr.144/27.6.59, S.19.

3) Der Spiegel, Heft 28/8.7.59, S.17.

Preußag-Aktionäre haben mit den von ihnen vertretenen Volksaktienstimmrechten dem Verwaltungsvorschlag für die Aufsichtsratswahl zugestimmt. ¹⁾ Aber auch in den fünf geschlossenen Vorschlagslisten der opponierenden Volks- und Kleinaktionärvereine wurden die drei im Verwaltungsvorschlag aufgeführten Bankenvertreter gleichfalls für die Wahl in den Aufsichtsrat nominiert. ²⁾

7. Beiräte der Großbanken

Die drei deutschen Filialgroßbanken sind mit den Aktiengesellschaften nicht nur durch gegenseitige Aufsichtsratsmandate verbunden. Darüber hinaus haben die Großbanken freiwillig für die ihnen nahestehenden Unternehmen und Persönlichkeiten Beiratsposten geschaffen. Die Beiräte sind also keine gesetzlich vorgeschriebenen Organe der Großbanken.

In den Geschäftsberichten der drei Großbanken für das Jahr 1958 sind - neben je 32 als Aktionärvertreter von der Hauptversammlung gewählten Aufsichtsratsmitgliedern - insgesamt 837 Beiratsmitglieder (mit Namen, Titel, Beruf und Wohnsitz) aufgeführt, von denen wiederum zusammen 322 entweder Vorstands- oder Aufsichtsratsposten in deutschen Aktienunternehmen einnehmen.

Bei der Deutschen Bank AG sind in 15 regionalen Beiratsgremien 384 Bezirksbeiratsmitglieder vorhanden; 164 dieser Bezirksbeiräte gehören deutschen Aktiengesellschaften als Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder an.

Auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG am 22. April 1959 in Hamburg beantwortete Vorstandsmitglied Hermann J. Abs die Frage des Kleinaktionärvertreeters Nold nach den jährlichen

1) Das Wertpapier, Heft 7/1959, S.439.

2) Ebenda, S.438 und 439.

Bezügen dieser Beiratsmitglieder mit den Worten: "Die Kosten für die Beiräte betragen pro Kopf 3 000 DM, für die Vorsitzenden 5 000, für deren Stellvertreter 4 000 DM." ¹⁾

Bei der Dresdner Bank AG ist einmal ein Zentralbeirat mit 24 Mitgliedern eingerichtet, von denen 8 den Verwaltungen deutscher Aktiengesellschaften angehören. Daneben bestehen 9 regionale Beiräte mit insgesamt 231 Beiratsmitgliedern, unter denen sich wiederum 93 Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder deutscher Aktiengesellschaften befinden.

Bei der Commerzbank AG zählen die 8 Landesbeiräte insgesamt 198 Beiratsmitglieder; 57 von ihnen gehören den Verwaltungen deutscher Aktiengesellschaften an.

IV. Die Beurteilung des Depotstimmrechts

"Zu den in der Öffentlichkeit am stärksten umkämpften Fragen gehört das Depotstimmrecht der Banken." ²⁾ Dieser einleitende Satz der Amtlichen Begründung zu § 114 Abs.4 des Aktiengesetzes von 1937 gilt auch nach mehr als zwanzig Jahren unverändert für die Erörterungen über die im Gang befindliche Aktienrechtsreform.

Bei den Interessen- und Meinungsgegensätzen ist das Depotstimmrecht der Banken seit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis heute ein Streitpunkt geblieben: Die radikalen Gegner treten für seine Abschaffung ein; seine Befürworter - meist Bankvertreter und die den Banken nahestehenden Kreise - bemühen sich hartnäckig um seine Rechtfertigung; maßvolle Kritiker wiederum nehmen eine vermittelnde Haltung ein.

1) Blick durch die Wirtschaft, Nr.98/28.4.59, S.5.

2) Amtliche Begründung zu § 114 AktG.

1. Das Depotstimmrecht in der Kritik des Schrifttums

In den Inflations- und Depressionsjahren nach dem Ersten Weltkrieg ergaben sich Mißstände bei der Ausübung des Depotstimmrechts durch die Banken.

So urteilt Müller-Erbach: "In Deutschland traten die Gefahren der Bankherrschaft am deutlichsten in der Inflationszeit zutage." ¹⁾

Gottschalk untersuchte die Aktienskandale und Zusammenbrüche deutscher Aktiengesellschaften während der Krisenjahre 1929 bis 1933 und nannte als zwei von sechs Gründen hierfür: "Depotstimmrecht der Banken, schwere Mitschuld der Großbanken an den Zusammenbrüchen"; "Versagen der Kontrollorgane, d.h. des Aufsichtsrats". ²⁾

Hueck schreibt zur Entwicklung der deutschen Aktiengesellschaften nach dem Ersten Weltkrieg im Zusammenhang mit dem Depotstimmrecht: "Da die der Gesellschaft nahestehenden Banken, die meist im Aufsichtsrat vertreten waren, normalerweise für die Verwaltung stimmten, so steigerte auch das Bankstimmrecht den Einfluß der Verwaltung, während es zugleich den Bankvertretern eine starke Stellung innerhalb der Verwaltung einräumte und es den Banken ermöglichte, ihren eigenen mit den Gesellschaftsinteressen nicht notwendig übereinstimmenden Wünschen in den AG Geltung zu verschaffen." ³⁾

Wertheimer ⁴⁾ bezeichnete 1925 das Depotstimmrecht der Banken als ein "raffiniertes System der Aktionärentrechtung". Dieser abfälligen Kritik wurde damals von zwei Bankexponenten widersprochen:

1) Rudolf Müller-Erbach, Das private Recht der Mitgliedschaft ..., S.237.

2) Gottschalk, Die Lehren aus den Aktienskandalen der Nachkriegszeit, Heft 2 der industriewirtschaftlichen Untersuchungen, Herausgeber: Herbert von Beckerath, Bonn 1934; zit. bei: Curt Eduard Fischer, a.a.O., in: AcP, 154. Bd., Tübingen 1955, S.183.

3) Alfred Hueck, Gesellschaftsrecht, S.109.

4) Wertheimer, in: Frankfurter Zeitung, Nr.469/26.6.1925, S.4; zit. bei: Wilhelm Feldhausen, a.a.O., S.77.

Nach einer Äußerung von Hartmann (ehemals Syndicus der Disconto-Gesellschaft) aus dem Jahre 1925 sind die Banken "die geborenen, weil wahrhaft neutralen und sachverständigen Treuhänder für die Vertretung der Interessen der Einzelaktionäre in den Generalversammlungen!" 1)

Solmssen (einstmals Geschäftsführer der Disconto-Gesellschaft) drückte sich 1926 ähnlich aus: "Gerade weil die Banken den widerstreitendsten Interessen gerecht werden müssen, sind sie die berufenen Vertreter des in den Depotaktien verkörperten Volksvermögens." 2)

Soweit aus dem Schrifttum hervorgeht, haben zwischen den beiden Weltkriegen allein Gieseke und Frohner für die Problematik des Bankenstimmrechts Kataloge aufgestellt, in denen die untenstehenden Gesichtspunkte gewürdigt werden:

Gieseke, der erste Hauptmonograph des Bankenstimmrechts, hat 1926 die am Depotstimmrecht geübte Kritik drei verschiedenen Problemkreisen zugeordnet. Nach Gieseke ergibt sich

- a) ein depotrechtliches Problem;
- b) ein technisches aktienrechtliches Problem;
- c) ein materielles aktienrechtliches Problem. 3)

Im Jahre 1929 hat Frohner einen Katalog von Argumenten gegen das Depotstimmrecht der Banken ausgearbeitet und zu den einzelnen Einwänden - wenn auch einseitig zugunsten des Depotstimmrechts - Stellung genommen. Frohner zufolge ist die auf dem Depotstimmrecht der Banken beruhende Machtstellung der Banken schon zu jener Zeit kritisiert worden

- a) wegen Verstoßes gegen Grundgedanken des Aktienrechts: Ausschaltung der Kleinaktionäre, Beteiligung ohne Kapitaleinlage, mangelnde Berücksichtigung der Gesellschaftsinteressen;

1) Walter Hartmann, a.a.O., S.490.

2) Georg Solmssen, a.a.O., S.35.

3) Paul Gieseke, a.a.O., S.38 ff.

- b) wegen ungenügender Wahrung der Kundeninteressen: mangelnde Berücksichtigung der Kundenwünsche, Verfolgung eigener Interessen im Gegensatz zu den Interessen der Kunden, Weiterüberlassung von Depotaktien an dritte Banken. ¹⁾

Nach dem Zweiten Weltkrieg - im Jahre 1958, und zwar noch vor der Veröffentlichung des Referentenentwurfs eines Aktiengesetzes - haben C.E. Fischer ²⁾, Linhardt ³⁾ und Mellicke ⁴⁾ in eingehenden Abhandlungen substantiierte Vorwürfe gegen das Depotstimmrecht der Banken erhoben.

Linhardt faßt die von ihm gesehene Problematik des Depotstimmrechts in folgenden acht Punkten zusammen:

- "1. Die Banken übertragen untereinander Stimmrechte ihrer Aktionäre.
2. Die Banken häufen durch eine solche Übertragung eine gewaltige Stimmgewalt an.
3. Die Banken setzen eine solche Stimmgewalt in der Regel für die Verwaltung der Aktiengesellschaften ein, in deren Hauptversammlungen sie auftreten.
4. Die Banken stören durch ihr Auftreten die Meinungsbildung in Aktionärkreisen.
5. Die Banken unterbinden die Meinungsäußerung des individuellen Aktionärs und beeinträchtigen den Grundcharakter der Aktiengesellschaft.
6. Die Banken forcieren die Konzernwirtschaft unter unechter Firmierung und steigern die Konzentrationstendenzen zum Nachteil der Klein- und Mittelbetriebe.

1) Günther Frohner, a.a.O., S.7 ff.

2) Curt Eduard Fischer, Das Depotstimmrecht der Banken und die Reform des Aktiengesetzes, in: ZfhwF, 10. Jg., Heft 1/1958, S.28 ff.

3) H. Linhardt, Wider das Depotstimmrecht der Banken, in: Die AG, Nr. 8/1958, S.169 ff.

4) Heinz Mellicke, Das Minderheitenproblem im Aktienrecht, in: Dynamische Betriebsführung, Berlin 1958, S.204 ff.

7. Die Banken stellen sich in der Art, wie sie das Depotstimmrecht ausüben, in Gegensatz zu ihren Einlegern und Kreditnehmern, insbesondere aus Klein- und Mittelbetrieben.
8. Die Kreditbanken insbesondere stehen in der Art, wie sie das Depotstimmrecht ausüben, im Gegensatz zu allen übrigen Bankengruppen, vor allen zu den öffentlich-rechtlichen Banken, Hypothekenbanken, Sparkassen und Girozentralen." ¹⁾

Linhardt macht in diesem Katalog zum Teil sehr subjektive Bedenken geltend, die vom übrigen Schrifttum nicht erhoben werden. Vallenthin (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG) hat in seiner Replik die Kritik Linhardts wohl in allen Punkten zurückgewiesen, indessen nicht immer mit überzeugenden Gegenargumenten entkräften können. ²⁾

Ohne Zweifel sind die Möglichkeiten einer mißbräuchlichen Ausübung des Depotstimmrechts durch die aktiengesetzliche Sonderregelung für die Banken von 1937 (§ 114 Abs.4 AktG) wie auch durch die 1952 aufgestellten "Grundsätze für die Ausübung des Depotstimmrechts" erheblich eingeschränkt worden.

In der Denkschrift des Deutschen Industrie- und Handelstages von 1958 heißt es: "Selbst die Wirtschaftspresse, welche gerade der Ausübung des Depotstimmrechts besondere Aufmerksamkeit schenkt, hat bisher keinerlei Mißbräuche oder Mißstände feststellen können."³⁾ Gewiß sind offenkundige Verstöße gegen die geltenden Gesetzes- oder Standesvorschriften Ausnahmen geblieben.

1) H. Linhardt, in: Die AG, Nr. 8/1958, S.169.

2) Wilhelm Vallenthin, Die Ausübung von Aktionärstimmrechten durch Banken - eine Erwiderung an Prof. Dr. H. Linhardt, Nürnberg -, in: Die AG, Nr. 9/1958, S.204 ff.

3) DIHT, Ergebnisse Aktienrechtsreform, S.16.

2. Zusammenfassung und Untersuchung der Hauptargumente gegen das Depotstimmrecht

Nach der Veröffentlichung des Referentenentwurfs eines Aktiengesetzes durch das Bundesjustizministerium im Oktober 1958 ist das Depotstimmrecht wieder in den Brennpunkt der Reformerrörterungen gerückt und hat im Tagesschrifttum viel Kritik an seiner derzeitigen Handhabung hervorgerufen.

Das Bundesjustizministerium macht sich in seinen zusammen mit dem Referentenentwurf veröffentlichten Grundsätzen zur Aktienrechtsreform die am Depotstimmrecht vielfach geübte Kritik nicht zu eigen. Vielmehr heißt es dort in zurückhaltenden Formulierungen: "Ein Stimmrecht, das die Banken ohne Befragung des Aktionärs ausüben, ... bleibt mit dem Odium behaftet, ein Stimmrecht der Banken zu sein, über dessen Ausübung sie im Regelfall nach ihrem Ermessen befinden. Es stärkt die Behauptung, daß die Verwaltungen der großen Gesellschaften keiner Kontrolle durch ihre Aktionäre unterliegen; es ermöglicht die Behauptung, daß die Banken die Beherrscher der Gesellschaften seien." ¹⁾

Legt man neben rechtlichen auch wirtschaftliche und soziologische Maßstäbe an, so lassen sich die Vorwürfe, die immer wieder gegen das Bankenstimmrecht vorgebracht werden, in drei Hauptgruppen einteilen:

1. Das Depotstimmrecht verschafft den Banken eine unberechtigte Machtposition.
2. Durch das Depotstimmrecht wird die Kontrolle der Verwaltungen durch die Aktionäre aufgehoben.
3. Die Banken üben das Depotstimmrecht primär im eigenen Interesse aus und wahren infolge der zwangsläufigen Interessenkollisionen die Belange der von ihnen vertretenen Aktionäre nicht ordnungsgemäß.

1) Zit. in: FAZ, Nr. 245/22.10.58, S.7.

In der Folge soll das Für und Wider dieser Vorwürfe anhand des Schrifttums im einzelnen untersucht werden.

a) Zum ersten Hauptargument: Bankenherrschaft

Nach deutschem Aktienrecht gewährt grundsätzlich jede Aktie das Stimmrecht. Da das Stimmrecht nach Aktiennennbeträgen ausgeübt wird, entspricht der Einfluß auf die Aktiengesellschaft - in der Regel - der Kapitalbeteiligung. Sieht man von den Mitbestimmungsvorschriften ab, so ist ohne Kapitalbeteiligung keine Mitsprache in der Gesellschaft möglich.

Gieseke hat schon 1926 hierzu ausgeführt: "Daß der Einfluß, den die Banken kraft der Legitimationsübertragung ausüben, damit in einem Widerspruch steht, läßt sich nicht bestreiten. Eine Kapitalbeteiligung der Bank steht nicht hinter ihm; das Risiko tragen die Depotkunden; daß die Bank möglicherweise von diesen wegen einer Abstimmung schadensersatzpflichtig gemacht werden kann, kommt einem Kapitalrisiko von ihrer Seite nicht gleich." ¹⁾

Müller-Erzbach wendet sich in allen seinen Schriften entschieden gegen die Zulässigkeit des Bankenstimmrechts:

Nach seiner Ansicht besteht beim Depotstimmrecht eine "unge-sunde und unsoziale Trennung der Macht von der Verantwortung und von dem eigenen Risiko". ²⁾ Müller-Erzbach spricht weiter von einer "ungestörten Ausnutzung der Legitimationsübertragung des Stimmrechts durch die Großbanken. Sie vermochten daher eine kapital- und verantwortungslose Herrschaft über die deutsche Industrie zu errichten, soweit sie - wie überwiegend - als Aktiengesellschaft organisiert war." ³⁾ Er ergänzt hierzu: "Eine solche Herrschaft ohne eigene Verantwortung,

1) Paul Gieseke, a.a.O., S.47.

2) Rudolf Müller-Erzbach, Umgestaltung der Aktiengesellschaft zur Kerngesellschaft verantwortungsvoller Großaktionäre, Berlin 1929, S.22.

3) Ders., Das private Recht der Mitgliedschaft..., S.235.

ja selbst ohne eigenes Kapitalrisiko widerspricht einer gesunden Wirtschaft und setzt die deutschen Unternehmen einer Geldherrschaft aus ..."¹⁾ "Dieser Herrschaft fehlt es nicht nur an der inneren Rechtfertigung. Sie entbehrt auch der notwendigen Selbstregulierung."²⁾

Müller-Erbach greift besonders die deutschen Großbanken und ihre Ausübung des Depotstimmrechts an: "Die deutschen Großbanken haben einen wohlbegründeten Einfluß auf die Aktienunternehmen erlangt, indem sie ihre Organisationskraft, ihre Erfahrungen und Kenntnisse und ihr Kapital in den Dienst der Gründung von Aktiengesellschaften gestellt und indem sie die errichteten Unternehmen fortlaufend durch Bereithalten eines flüssigen Kredits unterstützt haben. Die so erworbenen Verdienste rechtfertigen aber nicht die umfassende Herrschaft, welche den Großbanken unter Ausnutzung jener erborgten Stimmmacht sich verschafft haben. Wenn das Aktiengesetz gleichwohl auch diese Machtstellung rechtlich gestützt hat, dann ist der Gesetzgeber dem Einfluß der Großbanken erlegen ..."³⁾

Nach Ausführungen Müller-Erbachs schon im Jahre 1926 haben die Banken "selbst dazu beigetragen, die Frage nach der volkswirtschaftlichen Wirkung dieser Bankenherrschaft zu einer brennenden zu machen, worüber alle Beschönigungs- und Vertuschungsversuche nicht hinwegtäuschen können."⁴⁾

Auch P. Fischer, allerdings ein betont nationalsozialistischer Autor, hat - 1936 - behauptet, daß die Ausübung des Bankstimmrechts zu einer "Herrschaftsstellung der Finanz über die Industrie" geführt habe; ihm zufolge ist die mit Hilfe des Depotstimmrechts begründete Bankenherrschaft die "Fleisch gewordene Anonymität".⁵⁾

1) Rudolf Müller-Erbach, Das private Recht der Mitgliedschaft..., S.235.

2) Ders., Das Aktiengesetz vom 30. Januar 1937 und das Aktienrechtsproblem, in: Iherings Jahrbücher, Bd. 87, S.108 f.

3) Ders., Das private Recht der Mitgliedschaft..., S.240.

4) Ders., Das deutsche Aktienwesen seit der Inflation, Tübingen 1926, S.21.

5) Paul Fischer, a.a.O., S.78 und 80.

Nach der Auffassung von Hueck führten die Mehrstimmrechtsaktien, die Verwaltungsaktien sowie das Depotstimmrecht der Banken "zu einer Trennung von Kapitalbeteiligung und Herrschaft und damit zu einer Verfälschung eines der Grundgedanken des Aktienrechts. ... Alle diese Erscheinungen zusammen führten zu einer weitgehenden Entrechtung der Aktionäre, zu einer Beseitigung des Grundsatzes, daß der Einfluß auf die Verwaltung von dem Umfang der Kapitalbeteiligung und damit von der Höhe des übernommenen Risikos abhängig sein solle..." ¹⁾

Neben Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern machen auch Soziologen Bedenken gegen das Depotstimmrecht geltend. So urteilt von Eynern: "Der Finanzkapitalismus hat in den Effekten, vor allem den Aktien, Instrumente entwickelt, denen zwar nicht zu Unrecht eine gewisse Tendenz zur 'demokratischen' Machtstreuung nachgesagt wird, die sich aber zugleich als Mittel zur Erringung ökonomischer Herrschaftspositionen bewährt haben. Typisch hierfür sind die Verschachtelungen der Konzernbeteiligungen, die Anonymität der Börsenvorgänge, die Institution der Vorzugsaktie (z.B. mit mehrfachem Stimmrecht) und vor allem das Depotstimmrecht der Banken." ²⁾

Die Stimmenmacht der Banken wird durch das "Ausleihen" von Depotaktien im Einzelfall oft noch beträchtlich verstärkt. Dieses Verfahren - es wurde hier schon eingehend behandelt - verschafft namentlich den Großbanken weitere Depotstimmrechte von Lokal- und Regionalbanken sowie von sonstigen Banken, die an der eigenen Ausübung in der betreffenden Hauptversammlung nicht interessiert sind.

Niemand wird bestreiten wollen, daß die Ausübung des Depotstimmrechts ein wesentliches Mittel der äußeren Bankbetriebspolitik zur Machtsicherung und Machterweiterung ist. ³⁾ Dem

1) Alfred Hueck, Gesellschaftsrecht, S. 109.

2) Gert von Eynern, Macht (wirtschaftliche): Marktmacht, in: Wörterbuch der Soziologie, Herausgeber: Wilhelm Bernsdorf - Friedrich Bülow, Stuttgart 1955, S.319 f.

3) Vgl. Franz Worret, a.a.O., S.72.

Argument, der Machtstellung der Banken auf Grund des Depotstimmrechts liege keine entsprechende Kapitalbeteiligung zugrunde, muß allerdings entgegengehalten werden, daß sich der gesellschaftliche Einfluß nicht notwendigerweise auf eine Kapitalbeteiligung desjenigen stützen muß, der diesen Einfluß geltend macht. ¹⁾

Vallenthin (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG) verteidigt die Banken gegen den grundsätzlichen Einwand, daß sie durch das Depotstimmrechtsverfahren eine ungerechtfertigte Machtstellung gewinnen, mit den Worten: "Wenn sie hierdurch irgend eine Machtposition erwerben sollten, so steht sie ihnen kraft Ermächtigung der Aktionäre von Rechts wegen zu." Vallenthin fährt fort, "daß der sogenannte 'Einfluß' einer Bank auf die Gesellschaften sich nicht auf den vertretenen Depotbesitz, sondern auf andere unabhängig davon bestehende Dinge stützt"; als Beispiele nennt er "die jahrelangen geschäftlichen Beziehungen, die finanzielle Beratung, die Kreditgewährung, die Dienstleistung bei Auslandsgeschäften usw." ²⁾

b) Zum zweiten Hauptargument: Aufhebung der Verwaltungskontrolle

Bereits um die Jahrhundertwende schrieb Schmoller: "Die meisten Generalversammlungen sind, solange die Geschäfte gut gehen, schlecht besuchte Komödien, die von den Leitern der Form wegen rasch abgespielt werden." ³⁾

Ähnlich drückte sich Klein im Jahre 1914 aus: "Die Versammlung der Gesellschafter wird zu einer leeren Zeremonie, weil schon im voraus alles innerhalb der organisierten Kapitalgruppe abgekartet ist ..." ⁴⁾

1) S. hierzu: Günther Frohner, a.a.O., S.27.

2) Wilhelm Vallenthin, in: Die AG, Nr. 6/1959, S.150.

3) Gustav Schmoller, a.a.O., S.525.

4) Franz Klein, Die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen des Rechts der Erwerbsgesellschaften, Berlin 1914, S.84.

Nach Sombarts Formulierung aus dem Jahr 1927 ist die Aktiengesellschaft "das Spiegelbild der modernen Demokratie; in der Fiktion herrscht das Volk (die Aktionäre), in Wirklichkeit ein kleiner Klüngel von Machthabern, der in der Aktiengesellschaft verschieden zusammengesetzt ist". ¹⁾

Kritisch äußert sich auch von Gierke: "Zurückgedrängt wird der Kleinaktionär auch durch die Banken, welche mit den Aktien ihrer Kunden das Stimmrecht ausüben (Depotaktien). So erhält die AG einen oligarchischen, fideikommißartigen Charakter. Die Verwaltungspartei ist von vornherein durch die verschiedensten Bindungen festgelegt, so daß das oberste Organ, die Generalversammlung, vielfach zur Farce wird." ²⁾

Mestmäcker bezeichnet das Depotstimmrecht der Banken als die wichtigste Machtquelle auch der Verwaltung: "Die aktienrechtliche Quelle der autonomen Macht des Vorstands ist ... das von den Einzelaktionären nicht ausgeübte Stimmrecht. Dieses Stimmrecht ist in Deutschland nicht unmittelbar an die Verwaltungen gefallen, sondern an die Banken." ³⁾

W. Schmidt führt dazu ergänzend aus: "Der Herrschaftsmacht der Verwaltung ist in der Hauptversammlung, also für die den Aktionären vorbehaltenen Entscheidungen, die im Bankendepotstimmrecht verkörperte Stimmenmacht mehr oder weniger zuzurechnen." ⁴⁾

Bühler meint: "Höchste Zeit wird es natürlich, daß das Depotstimmrecht endlich beseitigt wird. ... Das Depotstimmrecht ist es am allermeisten, das die Verantwortung von Vorstand und Aufsichtsrat vor den Aktionären in Wirklichkeit illusorisch macht. ... Tatsache ist, daß die Aktionäre in 50 Jahren

1) Werner Sombart, Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, 2. Halbband, Der Hergang der hochkapitalistischen Wirtschaft, Die Gesamtwirtschaft, München und Leipzig 1927, S.735.

2) Julius von Gierke, a.a.O., S.250.

3) Ernst-Joachim Mestmäcker, a.a.O., S.92.

4) Walter Schmidt, Konzernrechtliche Kodifikation?, in: NJW, Heft 37/1957, S.1339.

nicht gelernt haben, die Art der Ausübung des Depotstimmrechts durch ihre Banken, denen sie es vertrauensselig überlassen, zu kontrollieren ..." 1)

Die Kleinaktionäre, vor allem in großen Publikumsgesellschaften, fühlen sich oft - nicht zu Unrecht - gegenüber der Allmacht der Verwaltungen ohnmächtig. Wenn die Anteilseigentümer mit kleinem und mittlerem Aktienbesitz fast immer auf die eigene Ausübung ihrer Stimmrechte verzichten, so liegt dieser Einstellung nicht immer Interesselosigkeit zugrunde. Diese passive Haltung, besonders bei sachkundigen Aktionären, entspringt häufig nicht der vielzitierten Indolenz der Anteilseigner, sondern ist vielmehr Ausdruck einer Resignation gegenüber den faktischen Machtverhältnissen, an denen der einzelne Kleinaktionär doch nichts ändern kann.

Knur charakterisiert das Depotstimmrecht der Banken treffend als eine Form der "Mediatisierung der Aktionäre". 2)

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung registriert, welche Mängel in der Gegenwart am geltenden Aktienrecht in Verbindung mit dem von den Banken gehandhabten Depotstimmrechtsverfahren kritisiert werden:

"Die Verwaltung der Aktiengesellschaft (Vorstand und Aufsichtsrat) unterläge keiner Kontrolle durch die Aktionäre. Diese fühlten sich nicht mehr als Eigentümer, ihre Herrschaftsrechte überließen sie den Banken. Die Überlassung des Stimmrechts an die Banken mache die Banken zum ausschlaggebenden Faktor in der Hauptversammlung. Da die Banken das Stimmrecht in der Regel für die Verwaltung ausübten, werde damit die letzte Kontrolle über die Verwaltung beseitigt. Das Bankenstimmrecht müsse abgeschafft und für eine anderweitige wirksame Kontrolle der Verwaltung gesorgt werden. Mindestens müsse der Hausbank verboten werden, als Legitimationsaktionär aufzutreten." 3)

1) O. Bühler, Aktienrechtsreform dringlich geworden. ..., in: Die AG, Nr. 6/1957, S.137. Vgl. auch: Ottmar Bühler, Der Aktionär und die Steuerbilanz seiner Gesellschaft, in: Die AG, Nr. 1/1956, S.2.

2) Alexander Knur, a.a.O., Sp.216.

3) FAZ, Nr. 245/22.10.58, S.7.

Auch Strauß (Staatssekretär im Bundesjustizministerium) fragt im Zusammenhang mit dem Argument gegen das Depotstimmrecht, daß die Aktionäre die Verwaltung ihrer Gesellschaft praktisch nicht mehr überwachten: "Aber führt diese Handhabung nicht dazu, daß die Verwaltung der Gesellschaft von den Aktionären überhaupt nicht mehr kontrolliert wird?" Strauß fährt fort: "Jeder Unbefangene wird mir zugeben, daß die Praxis des Bankenstimmrechts zumindest diesen Anschein erweckt. Den Gesetzgeber muß aber schon dieser Anschein beunruhigen, können sich doch daraus unerwünschte politische Folgen entwickeln." ¹⁾

Auch Berle - Means haben Anfang der dreißiger Jahre in ihren grundlegenden Untersuchungen des amerikanischen Aktienwesens bei den großen Korporationen von einer "management control" und einem "self-perpetuating Board of Directors" gesprochen. ²⁾ Dabei ist zu berücksichtigen, daß es in den USA das Rechtsinstitut des Bankenstimmrechts noch nie gegeben hat.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich in Deutschland besonders sozialistische und gewerkschaftliche Ideologen und Theoretiker immer wieder gegen die "Managerherrschaft", die zum großen Teil auf dem Depotstimmrecht der Banken beruhe, gewandt:

So meint Deist (SPD-Bundestagsabgeordneter): "Der Verlauf der Hauptversammlung ist vorher innerhalb des Managements abgestimmt. Dieses Management besteht aus den entscheidenden Leuten im Aufsichtsrat - in erster Linie den Bankenvertretern, die über das Depotstimmrecht den größten Teil der Aktionäre vertreten - und den Managern des Vorstands. Infolgedessen gibt es auch keine echte Kontrolle durch ein von der Hauptversammlung gewähltes, dem Vorstand gegenüber unabhängiges Organ. Denn das ... Management, das praktisch die Hauptversammlung beherrscht, hat ebenfalls bereits vorher festge-

1) Walter Strauß, in: FAZ, Nr. 26/31.1.59, S.5.

2) Berle - Means, a.a.O., S.84 ff., 246.

legt, wer in den Aufsichtsrat gewählt wird! Es gibt also weder eine echte Legitimation, noch eine wirksame Kontrolle der Vorstände." ¹⁾

Von Nell-Breuning schreibt: "Der Kleinaktionär ... hat gegenüber 'seinem' Unternehmen nicht die allergeringste Dispositionsbefugnis; sein Einfluß auf 'sein' Unternehmen ist null. Nur über sein Papier kann er disponieren. ..." ²⁾ In anderem Zusammenhang bezeichnet von Nell-Breuning die vielfach bestehenden Machtverhältnisse als "ausgesprochen freischwebendes Management" ³⁾.

Nach Wolkersdorf besteht das Eigentum des privaten Aktionärs, "soweit es sich nicht um Groß- und Mehrheitsaktionäre handelt, nur noch in formal-juristischen Kapitaltiteln, während die Herrschafts- und Verfügungsgewalt sich vollständig vom Privateigentum gelöst hat und von angestellten sachkundigen Managern ausgeübt wird, die ohne selbst Eigentümer zu sein, in dem Unternehmen wie 'Eigentümer' handeln" ⁴⁾.

Schelsky sieht im Eigentum in Form der Aktie nur noch einen "Erfüllungsgehilfen des Managements"; nach Schelsky liegt der soziologische Kern des Managerproblems darin, daß das Eigentum rein formal wird und nur noch formell bei den alten Inhabern verbleibt. ⁵⁾

-
- 1) Heinrich Deist, Die Kontrolle wirtschaftlicher Macht, in: Geist und Tat, Heft 11/1958, S.334; vgl.: ders., in: ZfhwF, 2.Jg., 195/, S.350 f.
 - 2) Oswald von Nell-Breuning, S.J., Ist Eigentum eine Ordnungsmacht?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 8/1958, S.456.
 - 3) S. FAZ, Nr.244/21.10.59, S.9.
 - 4) Lorenz Wolkersdorf, Formen und Funktionen des Eigentums, in: WWI, Nr. 4/1958, S.96.
 - 5) Helmut Schelsky, Berechtigung und Anmaßung in der Manager-Herrschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 3/1950, S.136 f.

Die SPD wie auch der DGB erblicken in der "Managerherrschaft" einen Einbruch in die Selbstverwaltung der Aktiengesellschaft nach dem Verhältnis der Kapitalbeteiligung; statt dessen wird eine Dreiteilung der in der einzelnen Hauptversammlung ausübenden Gesamtstimmenzahl vorgeschlagen:

Ein Drittel für die Aktionäre, ein zweites Drittel für die Arbeitnehmer; das letzte Stimmendrittel soll nach ihrer Forderung durch "Vertreter des öffentlichen Interesses" - letztlich durch staatliche Vertreter - ausgeübt werden. ¹⁾

c) Zum dritten Hauptargument: Eigeninteresse der Banken

Die im Zusammenhang mit dem Bankenstimmrecht immer wieder aufgeworfene Kardinalfrage lautet: In wessen Interesse üben die Banken das Stimmrecht der Depotaktionäre tatsächlich aus?

Nach Müller-Erzbach hat der Gesetzgeber bei der Regelung des Bankenstimmrechts in § 114 Abs.4 AktG nicht erkannt, "was die Interessengebundenheit des Stimmrechts fordert. Er sah nicht, daß jeder, der ein fremdes Stimmrecht ausüben will, unter der Weisung des Mitglieds stehen muß." ²⁾ Wie Müller-Erzbach außerdem bemerkt, kann das Stimmrecht wegen seiner Interessengebundenheit nicht von der Mitgliedschaft getrennt werden. ³⁾ Bei Müller-Erzbach heißt es weiter: "Oft genug ist ... bestätigt worden, daß die Bank die fremden Stimmrechte dazu benutzt, um ihre eigenen Belange zu verfolgen. ... Die Legitimationsausübung des Stimmrechts verschleierte es, welches Interesse für die Abstimmung maßgebend ist." ⁴⁾

1) S. hierzu: Die AG, Nr. 5/1959, S.125 f.

2) Rudolf Müller-Erzbach, Das private Recht der Mitgliedschaft..., S.239 f.

3) Ders., ebenda, S.241.

4) Ders., ebenda, S.235, 238.

Schon kurz nach dem Inkrafttreten des Aktiengesetzes von 1937 hat Müller-Erzbach in scharfer Form gegen die gesetzliche Anerkennung des Depotstimmrechts Stellung genommen: "Das Bankenstimmrecht, dieses Ausüben fremden Stimmrechts, ohne daß ein eigenes mitgliedschaftliches Interesse vorhanden ist, kann nur als Rechtsmißbrauch angesprochen werden." ¹⁾ Müller-Erzbach zufolge hat die Inflationszeit nach dem Ersten Weltkrieg erkennen lassen, "welchen Unterschied es macht, ob das Depotstimmrecht dazu gebraucht wird, die Interessen den wahren Aktionären, der Bankkunden, wahrzunehmen, oder ob unter der Maske der Vertretung die Banken in Wahrheit ihre eigenen Interessen verfolgen." ²⁾

Nach Haupt "benutzt die Bank ... die Interesselosigkeit und Passivität ihrer Depotkunden, um deren Mitgliedschaftsrechte zu ihrem persönlichen Vorteil und nach ihrem Ermessen geltend zu machen." ³⁾ - Ähnlich hat sich auch P. Fischer ausgedrückt: "Durch die Zwischenschaltung der Bank auf Grund bloßer Legitimationszession verliert ... das Stimmrecht seinen wirklichen Interessenträger und es besteht die Gefahr, daß der neue Interessenträger mehr an sich als an den Kunden denkt." ⁴⁾

Bühler meint, daß die Aktionäre "die im Stimmrecht liegende Macht den Banken zur freien Ausübung im eigenen Interesse übertragen; darauf ist es von den Banken abgesehen, und so kommt es auch in der Regel". ⁵⁾

1) Rudolf Müller-Erzbach, in: Iherings Jahrbücher, Bd.87, S.110.

2) Ders., ebenda, S.110.

3) Günter Haupt, a.a.O., S.152.

4) Paul Fischer, a.a.O., S.80.

5) Ottmar Bühler, Depotstimmrecht als Kapitalmarkt-Bremse? in: ZfK, Heft 14/1951, S.342. Vgl. dagegen: Ernst Wilhelm Schmidt, Banken contra Aktionäre?, in: ZfK, Heft 16/1951, S.394.

Frohner zufolge sind die Banken berechtigt, "das Interesse der Kunden so, wie sie es sehen, zu wahren. Sie stoßen nicht gegen ihre Pflichten, wenn sie dabei auf das Interesse, so wie es den Kunden erscheint, keine Rücksicht nehmen." ¹⁾ Frohner trennt die subjektiven Interessen der Depotkunden, "die aus der diesen eigentümlichen Vorstellung ihres Vorteils fließen," von den objektiven Kundeninteressen, "wie sie sich bei einer objektiven Abwägung aller besonderen Umstände des Einzelfalles ergeben". ²⁾

Von Bankenseite wird bisweilen freimütig zugegeben, daß die Banken auch ihr Eigeninteresse wahrnehmen: "Nun soll gar nicht angezweifelt werden, daß die Banken bei der Ausübung des Depotaktien-Stimmrechts auch ihre eigenen Interessen vertreten. Jedenfalls geschieht das in den Fällen, in welchen sie nicht an Weisungen der Aktionäre gebunden sind, die ja den Auftrag geben können, in bestimmtem Sinne abzustimmen. Wir behaupten jedoch, daß diese Vertretung der eigenen Interessen der Banken in aller Regel auch die beste Vertretung der Interessen der freien Aktionäre ist ..." ³⁾

Vallenthin (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG) vertritt demgegenüber - allen Erfahrungen der Aktienrechtspraxis zuwider - folgenden Standpunkt: "Die Banken sind bei ihrer Tätigkeit ... verpflichtet, die Interessen der Aktionäre, und nicht etwa ihre eigenen oder die der Gesellschaften wahrzunehmen." ⁴⁾ Aber nach Müller-Erzbachs zutreffender Bemerkung, wird es "oft schwer sein, schlüssig darzutun, ob und inwieweit die Bank beim Ausüben des Depotstimmrechts ihre eigenen Interessen verfolgte, anstatt für die Interessen ihres Kunden einzutreten". ⁵⁾

1) Günther Frohner, a.a.O., S.46.

2) Ders., ebenda, S.46.

3) Ohne Verf., Schutz vor den Banken?, in: Die Bank, Heft 36/1942, S.570.

4) Wilhelm Vallenthin, in: Die AG, Nr. 9/1958, S.207. - Vgl. dazu auch: Bundesverband des privaten Bankgewerbes, Mitteilungen an die angeschlossenen Verbände, Nr.82/1952, S. 1 (nicht veröffentlicht), wonach "die Bank das Depotstimmrecht ihrer Kunden nicht im eigenen Interesse, sondern im Interesse der Aktionäre auszuüben hat".

5) Rudolf Müller-Erzbach, in: Iherings Jahrbücher, Bd.87, S.111.

"Was ist das Interesse des Aktionärs nach Meinung der Bank?", so fragt Linhardt und antwortet sogleich: Die Banken "kennen dieses Interesse gar nicht". ¹⁾

Vallenthin entgegnet hierauf einschränkend: "Wenn die Bank gehalten ist, bei der Ausübung des Stimmrechts so zu stimmen, 'wie sie es im Interesse des Aktionärs für geboten erachtet', so kann hierbei nur das Interesse eines Aktionärs gemeint sein, der keine Sonderinteressen, insbesondere keine gesellschaftsfremden Sonderinteressen verfolgt." ²⁾ In dem erwähnten Rundschreiben des Bankenverbandes findet sich die bemerkenswerte Formulierung: Die Bank wird "i.d.R. davon ausgehen dürfen, daß die Anträge der Verwaltung auch dem wohlverstandenen Interesse der Gesamtheit der Aktionäre entsprechen." ³⁾

Vallenthin erklärt überdies: "Das 'Bankenstimmrecht' spiegelt lediglich die Meinung der Aktionäre wider." ⁴⁾ Demgegenüber stellt Kuhlmann fest, daß zweifellos "eine von der Willensmeinung der Aktionäre unabhängige Verschiebung der Stimmverteilung in der Hauptversammlung" vorliegt. ⁵⁾ Von Rauschenplat wiederum greift diese Äußerung Kuhlmanns an: "Die Aktionäre, deren Stimmen die Bank abgibt, wünschen gar nicht eine eigene Willensmeinung in der Hauptversammlung zu vertreten; sie haben zu ihrer Bank das Vertrauen, daß diese eine ihren Interessen dienende Willensmeinung sich gebildet hat und vertreten wird. Die Bank stimmt also nicht gegen den Willen ihrer Depotkundschaft, sondern sie darf durchaus der Auffassung sein, daß sie ihre Stimme gemäß dem Willen und dem Interesse der Depotkunden abgibt, wenn diese ihr keine bestimmte Weisung für die Abstimmung erteilen." ⁶⁾

1) H. Linhardt, in: Die AG, Nr. 8/1958, S.174 f.

2) Wilhelm Vallenthin, in: Die AG, Nr.9/1958, S.207.

3) Bundesverband des privaten Bankgewerbes, Mitteilungen an die angeschlossenen Verbände, Nr.82/1952, S.1 (nicht veröffentlicht).

4) Wilhelm Vallenthin, in: Die AG, Nr.9/1958, S.206.

5) Hans Kuhlmann, a.a.O., S.489.

6) Henning von Rauschenplat, Das Depotstimmrecht der Banken, in: ZfK, Heft 23/1949, S.540.

Wie Vallenthin weiter ausführt, "sind sich die Banken der außerordentlichen Verantwortung bewußt, die sich gerade aus der Tatsache ergibt, daß eine so große Zahl von Aktionären die Banken mit der Ausübung ihrer Stimmrechte beauftragen und daß die meisten auf schriftliche Anfragen vertrauensvoll den Vorschlägen der Banken zu folgen pflegen". ¹⁾

3. Stellungnahme zu den Ansichten über das Depotstimmrecht

Bei der Würdigung der Argumente für und wider das Depotstimmrecht der Banken ist zu beachten, daß der Ausübung der Depotaktienstimmrechte durch die Bank stets die vom Depotkunden erteilte Stimmrechtsermächtigung nach § 114 Abs.4 AktG vorausgehen muß. Auch wenn der Depotaktionär bereits eine allgemeine Ermächtigung ausgestellt hat, steht es ihm im Einzelfall frei, seiner Depotbank Weisungen - entsprechend den Grundsätzen des Bankenverbandes - für die Ausübung des Stimmrechts zu erteilen oder aber dieses in der Hauptversammlung entweder selbst auszuüben oder durch einen anderen ausüben zu lassen.

Wie aus den zuvor zitierten Meinungen entnommen werden kann, geben die Anhänger und die Gegner des Depotstimmrechts darüber oftmals einseitige oder unzulässig verallgemeinernde Urteile ab.

Die Frage, ob die Banken das Depotstimmrecht im Aktionärinteresse ausüben, läßt sich nicht generell mit Ja oder Nein beantworten; denn bei der Verschiedenheit der Aktiengesellschaftsstrukturen und damit der Aktionärgruppen bestehen unter den Anteilseignern grundsätzliche Interessengegensätze. Es hängt jeweils von der Sachlage, aber auch von der Betrachtungsweise ab, ob man den Einfluß des Bankenstimmrechts auf die Hauptversammlungsbeschlüsse für die von den

1) Wilhelm Vallenthin, in: Die AG, Nr. 9/1958, S.208.

Banken vertretenen Depotkunden - es sind in aller Regel die kleinen und mittleren Aktionäre - als vorteilhaft oder nachteilig bewerten kann. ¹⁾

Es steht fest, daß die Banken mit den Depotkundenaktien so gut wie immer im Sinne der Verwaltungsvorschläge stimmen. Das heißt, die Banken setzen das Depotaktionärinteresse mit dem Gesellschaftsinteresse - und dem Bankeninteresse - gleich. Entweder haben die Banken über ihre in den Aufsichtsrat entsandten Bankvertreter an den Tagesordnungs- und Beschlußfassungspunkten der Hauptversammlung mitgewirkt: dann stimmen sie praktisch über ihre eigenen Vorschläge ab. Oder aber die Banken stehen mit der Aktiengesellschaft zumindest in Geschäftsverbindung, wenn nicht gar durch gegenseitige Kapitalbeteiligungen - besonders zwischen Aktiengroßunternehmen und Aktiengroßbanken - wechselseitige Abhängigkeitsverhältnisse und "interlocking directorates" bestehen.

Wohl weist der Bundesverband des privaten Bankgewerbes darauf hin, daß die Banken bei der Stimmrechtsausübung das Vertrauen ihrer Depotkunden genießen; ²⁾ doch würden diese Aktionäre gewiß manchmal anders als die Banken stimmen, könnten sie selbst die Hauptversammlung besuchen.

Das Zusammengehen von Depotbank und Verwaltung ist in der Literatur angegriffen worden: So hält Meilicke die Legitimationsaktionäre für "Parteigänger der jeweiligen Verwaltung". C.E. Fischer zufolge "machen die Depotstimmrechte ausübenden Banken in der Regel mit der Gruppe der Verwaltungs- und Großaktionäre gemeinsame Sache". Linhardt bemerkt: "Die Großen innerhalb der Bankwirtschaft liebäugeln nur mit den Großen in Handel und Industrie. ... Die Banken sehen sich in der Rolle der Freunde und Berater der Großindustrie." - Diese überein-

1) Vgl. Max Hachenburg, Das Stimmrecht der Legitimationsaktien, in: Die Reform des Aktienrechts, Kritische Bemerkungen zum Gesetzentwurf des Reichsjustizministeriums, Aufsätze aus der Kölnischen Zeitung, Köln 1930, S.76.

2) Denkschrift Bankenverband, S.19.

stimmenden Urteile scheinen bei unvoreingenommener Betrachtung zumindest für die Großbanken zuzutreffen. ¹⁾

Gewiß erweisen sich die Banken als sachkundige, indes fast nie neutrale Vertreter der Depotkleinaktionäre. Vielmehr sind diejenigen Banken, die das Depotstimmrecht in der Hauptversammlung tatsächlich geltend machen - auf die vielgeübte Praxis der Stimmrechtsübertragung unter den Banken sei hier nochmals hingewiesen -, der Gesellschaft gegenüber irgendwie geschäftlich eigeninteressiert. Das Depotstimmrecht ist also für die Banken primär ein Instrument, mit dessen Handhabung sie ihre eigenen Belange verfolgen. Erst sekundär nehmen sie die Interessen der Depotaktionäre, die mit den Kleinaktionärinteressen identisch sind, wahr; diese werden aber nur soweit berücksichtigt, als sie mit dem Bankeninteresse übereinstimmen.

Ohne Zweifel ergeben sich bei der Ausübung des Depotstimmrechts durch die Banken die verschiedensten Interessenkollisionen: einmal den (Depot-)Aktionären, sodann den Gesellschaften gegenüber. Das gilt besonders für die alleinige Hausbank oder diejenigen Banken, welche die Geschäfte der Gesellschaft besorgen, aber auch für alle Banken, die selbst (Groß-)Aktionär, durch Passivbeteiligung abhängig, Schuldner oder Gläubiger der Gesellschaft sind. ²⁾

Immer wieder ist gefordert worden, daß mindestens der Hausbank der Aktiengesellschaft verboten werden müsse, als Legitimationsaktionär in der Hauptversammlung aufzutreten. Meilicke führt dazu aus: "Eine Großbank, die in irgendeinem Zeitpunkt der letzten 5 Jahre Hausbank gewesen ist oder die Emission von Aktien oder Obligationen placiert hat oder die im Aufsichtsrat vertreten ist, ist ... als unfähig anzusehen,

1) Heinz Meilicke, a.a.O., S.214; C.E. Fischer, in: ZfhwF, 10. Jg., Heft 1/1958, S.39; H. Linhardt, in: Die AG, Nr. 8/1958, S.171 und 173.

2) Beispiele rechtstatsächlicher oder möglicher Interessenkonflikte bei: Heinz Meilicke, a.a.O., S.206, 208, 209 und 212; Ernst-Joachim Mestmäcker, S.240 ff., a.a.O.; Walter Städele, Die Wahl des Abschlußprüfers durch die Hauptversammlung, Diss., München 1958.

bei derselben Aktiengesellschaft als Bevollmächtigte eines Aktionärs aufzutreten." ¹⁾ - C.E. Fischer schlägt eine Erweiterung der sechs Grundsätze für die Ausübung des Depotstimmrechts durch folgenden Passus (Nr. 7) vor: ²⁾

"Die Bank wird die Ermächtigung zur Ausübung des Stimmrechts aus Depotaktien im Einzelfall dann zurückgeben und den Kunden entsprechend rechtzeitig vor einer HV benachrichtigen, wenn es sich um Aktien einer AG handelt, der die Bank einen Kredit in Höhe von mehr als ... DM gewährt hat, die bei der Bank laufend Depositeneinlagen von mehr als ... DM unterhält oder die über die Bank sämtliche Zahlungsvorgänge als sog. 'Hausbank' abwickelt."

Auch kann eine Bank in Interessen- und Pflichtenkonflikte geraten, sobald sie bei mehreren miteinander konkurrierenden Aktiengesellschaften durch die Ausübung des Depotstimmrechts an entscheidenden Hauptversammlungsbeschlüssen mitwirkt. Ein Widerstreit der Interessen liegt namentlich dann vor, wenn die Bank jeweils als Hausbank der Konkurrenten fungiert und in deren Aufsichtsräten vertreten ist. ³⁾ Es liegt nahe, daß die Bank bei einer solchen Interessenkollision letztlich doch dem Unternehmen, mit dem sie durch die stärkeren Geschäftsinteressen verbunden ist, in die Hände arbeitet.

Bei einer kritischen Beurteilung des Depotstimmrechts darf freilich nicht übersehen werden, daß die Banken vielfach durch die Ausübung dieses Stimmrechts der Verwaltung und mithin der Gesellschaft Stabilität und Kontinuität gewährleisten. ⁴⁾ Dies gilt namentlich für Gesellschaften ohne

1) Heinz Mellicke, a.a.O., S.216.

2) Curt Eduard Fischer, in: ZfhwF, 10.Jg., Heft 1/1958, S.41.

3) Die Deutsche Bank AG z.B. übte bei Abschluß dieser Arbeit - Oktober 1959 - in zwei deutschen Automobilwerken Aufsichtsratsmandate aus: bei der Daimler-Benz AG ist Hermann J. Abs (Vorstandsmitglied) Aufsichtsratsvorsitzer und Trudbert Riesterer (Bankdirektor) Aufsichtsratsmitglied; bei den Bayerischen Motoren-Werken AG ist Hans Feith (Vorstandsmitglied) Aufsichtsratsvorsitzer.

4) Durch die Ausübung des Depotstimmrechts sorgen die Banken für feste Stimmrechtsverhältnisse.

Groß- oder Mehrheitsaktionäre: die Publikumsgesellschaften. Eine realistische Betrachtung muß von folgenden Erfahrungstatsachen ausgehen: Die allermeisten Aktionäre bleiben - aus welchen Gründen auch immer - der Hauptversammlung fern; die Depotaktionäre übertragen ihren Depotbanken zwar das Depotstimmrecht, erteilen ihnen aber keine Abstimmungsweisungen; die Klein- und Minderheitsaktionäre haben es offensichtlich bis heute nicht verstanden, sich wirklich unabhängige und zugleich einflußreiche Aktionärvereine zu schaffen und dadurch ihren Willen durchzusetzen. Man mag diese Tatsachen bedauern, doch ändern lassen sie sich kaum. Unter diesen Umständen ist die Ausübung des Depotstimmrechts immer noch besser, als wenn durch seine Abschaffung ein plötzliches Vakuum entstünde.

Will man ohne ein dirigistisches staatliches Aktienamt auskommen, ist das Bankenstimmrecht gewiß "das kleinere Übel" - wie sich die Amtliche Begründung zu § 114 AktG ausgedrückt hat - gegenüber dem Zustand, daß eine Gesellschaft ohne festen Kurs zum Ausbeutungsobjekt von zahllosen Sonderinteressen sowie bestimmten Minderheitsgruppen wird. Damit wäre auch dem kleinen Depotaktionär - sofern er Anlageaktionär ist - selbst am wenigsten gedient.

Und doch ist bei der jetzigen Handhabung des Depotstimmrechts nicht von der Hand zu weisen, daß dabei die Interessen der Klein- und Minderheitsaktionäre den Bankeninteressen - und damit grundsätzlich den Interessen der Gesellschaftsverwaltungen - untergeordnet werden. Zudem darf folgendes nicht verkannt werden: Auch die Banken verfolgen mit der Ausübung des Depotstimmrechts gelegentlich Sonderinteressen, sei es in eigener, sei es in fremder Sache.

D R I T T E R T E I L

DAS DEPOTSTIMMRECHT UND DIE REFORMBESTREBUNGEN NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

I. Die Reformvorschläge der Verbände vor dem "Referentenentwurf eines Aktiengesetzes" vom Oktober 1958

Der "Referentenentwurf eines Aktiengesetzes", den das Bundesjustizministerium im Oktober 1958 veröffentlicht hat, sieht für die Ausübung des Depotstimmrechts der Banken einschneidende Veränderungen vor.

Fünf Verbände haben vor der Veröffentlichung dieses Entwurfs in sieben Denkschriften zur Reform des Aktienrechts Stellung genommen. Das Institut der Wirtschaftsprüfer hat sich allerdings in seinen beiden dem Referentenentwurf vorausgehenden Reformvorschlägen ¹⁾ nicht mit dem Bankstimmrecht befaßt; die Gründe können hier dahingestellt bleiben. - Die vier folgenden Verbände sind in ihren Denkschriften auf das Depotstimmrecht eingegangen:

1) Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.: Vorschläge zur Aktienrechtsreform des Arbeitskreises Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf 1956; Ergänzende Vorschläge zur Aktienrechtsreform der Ausschüsse Sonderprüfung und Konzernfragen im Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf, Juni 1958.

- 1) die Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, Düsseldorf; ¹⁾
- 2) der Deutsche Industrie- und Handelstag, Bonn;
- 3) der Deutsche Juristentag;
- 4) der Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Köln.

Diese Verbände treten in ihren Denkschriften grundsätzlich für die Beibehaltung des Depotstimmrechts ein; auch schlagen sie - mit Ausnahme des Deutschen Juristentages - keine tiefgehende Reform des Bankenstimmrechts vor. Da diese Stellungnahmen durch den nachfolgenden Referentenentwurf an Bedeutung verloren haben, können hier nur ihre Grundgedanken zum Depotstimmrecht kritisch abgehandelt werden.

1. Die "Denkschrift zur Reform des Aktienrechts" der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz vom November 1952

Am 15. November 1952 hat die Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz - als erster Verband nach dem Zweiten Weltkrieg - eine "Denkschrift zur Reform des Aktienrechts" ²⁾ veröffentlicht.

Zum Depotstimmrecht vertritt diese Denkschrift folgenden Standpunkt: Nach Auffassung des Ausschusses kann "der derzeitige Rechtszustand keinesfalls als Ideallösung angesehen werden ... Unter den gegenwärtigen Umständen ist das

-
- 1) Die in dieser Spitzenorganisation verbundenen neun regionalen Schutzvereinigungen für Wertpapierbesitzer schlossen sich im Dezember 1956 zur Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V., Düsseldorf, zusammen. - S. Rudolf Mindner, a.a.O., S.148.
 - 2) Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz - Aktienrechtsausschuß -, Denkschrift zur Reform des Aktienrechts, Düsseldorf, 15. November 1952 (zit.: Denkschrift Schutzvereinigung).

Bankenstimmrecht nicht entbehrlich" ¹⁾. Die Denkschrift spricht sich außerdem gegen jede Beschränkung - stimmrechtlicher oder persönlicher Art - des Depotstimmrechts aus.

Die Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigung bescheinigt in ihrer damaligen Denkschrift den Banken "ein Maß an Sachlichkeit und Zweckmäßigkeit" ..., "das bei den Banken mit ihren langjährigen Beziehungen zu den Gesellschaften und ihrem hohen Stand an geschäftlicher Moral vorhanden und durch die Kontrolle der Öffentlichkeit durch Bankenaufsichtsbehörden noch besonders sichergestellt ist" ²⁾. Aus diesen Worten spricht eine überaus bankenfreundliche Haltung, wie sie die Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz vor allem unter ihrem früheren, 1955 verstorbenen Vorsitzter Carl Christian Schmid eingenommen hat.

So erklärte Schmid 1953 in Hamburg während seiner Schlußansprache auf dem Ersten Deutschen Wertpapiertag der Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigung: "Viel Publizität, nur im Ausnahmefall Praktizierung des Stimmmechanismus und förmliche Opposition heißt unsere Devise." ³⁾

Die Schutzvereinigung äußert sich zu den kurz vor ihrer Denkschrift vom Bundesverband des privaten Bankgewerbes veröffentlichten "Grundsätzen über die Ausübung des Depotstimmrechts" wie folgt: "Sie bedeuten eine wesentliche Verbesserung der Lage des Depotkunden. ... Die Grundsätze enthalten ... zwar einen großen Fortschritt, jedoch noch keine endgültige Lösung. Die Aufnahme vorläufiger Regelungen in ein Gesetz ist aber nicht erwünscht." ⁴⁾

1) Denkschrift Schutzvereinigung, S.25.

2) Ebenda, S.25.

3) Das Wertpapier, Heft 2/1953, S.18.

4) Denkschrift Schutzvereinigung, S.27.

Mit diesen Ausführungen befürwortet die Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, die doch in erster Linie "als Gegengewicht gegen das Depotstimmrecht der Banken" ¹⁾ die Belange der Kleinaktionäre zu vertreten hat, die geltenden Depotstimmrechtsvorschriften ohne jede Änderung beizubehalten.

2. Die beiden Stellungnahmen des Deutschen Industrie- und Handelstages zur Aktienrechtsreform

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT), die Dachorganisation der achtzig deutschen Industrie- und Handelskammern, hat der Öffentlichkeit vor Erscheinen des Referentenentwurfs zwei Stellungnahmen vorgelegt: im Juni 1954 "Zur Reform des Aktienrechts" ²⁾; im Oktober 1958 "Ergebnisse der bisherigen Beratungen zur Reform des Aktienrechts" ³⁾.

a) "Zur Reform des Aktienrechts" vom Juni 1954

Der "Sonderausschuß zur Reform des Aktienrechts" des DIHT - diesem Ausschuß von insgesamt siebenundreißig Mitgliedern gehörten damals fünf Bankvertreter an ⁴⁾ - vertrat bei der Erörterung einer Depotstimmrechtsreform den Standpunkt, "daß durch eine gesetzliche Änderung die Verhältnisse kaum gebessert werden können und daß trotz mancher Bedenken keine bessere gesetzliche Lösung zu finden ist" ⁵⁾. Der DIHT beschränkte sich in dieser Denkschrift darauf, "Anregungen zu geben, die geeignet sind, die Bedenken gegen das Depot-

1) DIHT, Aktienrechtsreform, S.34.

2) Deutscher Industrie- und Handelstag, Zur Reform des Aktienrechts (Schriftenreihe, Heft 30), Bonn, Juni 1954 (zit.: DIHT, Aktienrechtsreform).

3) Deutscher Industrie- und Handelstag, Ergebnisse der bisherigen Beratungen zur Reform des Aktienrechts, Bonn, o.J. (Oktober 1958), (zit.: DIHT, Ergebnisse Aktienrechtsreform).

4) DIHT, Aktienrechtsreform, S.5 f.

5) Ebenda, S.34.

stimmrecht abzuschwächen und in bescheidenem Umfang eine Verbindung des Aktionärs zu seinem Unternehmen zu schaffen" 1).

Nach den Anregungen der Stellungnahme sollten die Banken namentlich "die Unterrichtung ihrer Depotkunden verstärken. ... Vor der Hauptversammlung sollten die Banken beispielsweise die gesamte Tagesordnung mitteilen und damit einen begründeten Vorschlag verbinden, wie sie zu den einzelnen Punkten ihr Stimmrecht auszuüben beabsichtigen. Nach der Hauptversammlung sollten die Banken eingehender als bisher üblich über den Verlauf der Hauptversammlung und etwaige neue Gesichtspunkte berichten" 2).

Zu den "Grundsätzen" des Bankenverbandes heißt es in der Denkschrift des DIHT: "Diese Beschlüsse sichern eine vollständige Berücksichtigung des Aktionärwillens, sofern der Aktionär nur daran interessiert ist." 3)

Im Ergebnis macht der DIHT in seiner ersten Stellungnahme keinen konkreten Vorschlag de lege ferenda für eine Änderung des Depotstimmrechts.

b) "Ergebnisse der bisherigen Beratungen zur Reform des Aktienrechts" vom Oktober 1958

Der DIHT geht auch in seiner zweiten Stellungnahme, die unmittelbar vor der Veröffentlichung des Referentenentwurfs herauskam, davon aus, daß das Depotstimmrecht "nach allgemeiner Auffassung unentbehrlich" ist; daher "kann es nur darauf ankommen, einen Mißbrauch des Depotstimmrechts nach Möglichkeit zu verhindern" 4). Im weiteren heißt es dort:

1) DIHT, Aktienrechtsreform, S.34.

2) Ebenda, S.34.

3) Ebenda, S.34.

4) DIHT, Ergebnisse Aktienrechtsreform, S.16.

"Die jetzige Praxis des Depotstimmrechts bietet ... zu keinerlei Beanstandungen mehr Anlaß." ¹⁾

Der DIHT schlägt vor, nicht alle sechs "Grundsätze" des Bankenverbandes in das Aktiengesetz aufzunehmen: "Die wichtigsten und bereits bewährten Grundsätze ... können jedoch in das Aktiengesetz übernommen werden." ²⁾. - Es handelt sich offenbar um Nr. 1 und 2 der Grundsätze: Nach diesen beiden bedeutendsten Richtlinien müssen die Banken Abstimmungsweisungen der Depotkunden befolgen (Nr.1) und das Depotstimmrecht "im Interesse des Aktionärs" ausüben (Nr.2).

Bemerkenswert ist, daß der DIHT den Gedanken entschieden ablehnt, "eine Verletzung der gesetzlichen Vorschriften über die Ausübung des Depotstimmrechts oder der Bankensrichtlinien zu einem Anfechtungsgrund zu machen" ³⁾. Die folgende Argumentation des DIHT überzeugt trotz ihrer Interessengebundenheit: "Es handelt sich lediglich um das Verhältnis von Depotbank und Depotkunden, für welches die Gesellschaft nicht verantwortlich ist und in deren etwaige Schwierigkeiten sie nicht hineingezogen werden darf" ⁴⁾.

Eine konträre Auffassung zu diesem Punkt vertritt dagegen die Studienkommission des Deutschen Juristentages in ihrem Ausschlußbericht II, der anschließend besprochen wird; doch liefert die Studienkommission keine Begründung.

Der DIHT tritt schließlich für die Verlängerung der aktienrechtlichen Fristen ein, die in den §§ 107, 108 und 125 Abs.6 AktG festgelegt sind. Dadurch würde sich - dem DIHT zufolge - die praktische Bedeutung der Bankengrundsätze für die Depotstimmrechtsausübung voll auswirken. ⁵⁾

1) DIHT, Ergebnisse Aktienrechtsreform, S.17.

2) Ebenda, S.18.

3) Ebenda, S.18.

4) Ebenda, S.18.

5) Ebenda, S.18 f.

Darüber hinaus bringt auch diese zweite Denkschrift des DIHT keine positiven Vorschläge für eine Umgestaltung des Depotstimmrechts.

3. Bericht der Studienkommission des Deutschen Juristentages zur "Reform der Aktiengesellschaft" von 1955

Nach sechzehn Sitzungen in den Jahren 1953 bis 1955 hat der Ausschuß II der Studienkommission des Deutschen Juristentages zur "Reform der Aktiengesellschaft" - im Rahmen der "Untersuchungen zur Reform des Unternehmensrechts" - Bericht erstattet. ¹⁾

Dieser Bericht spricht sich in vorsichtig redigierten Formulierungen für die Beibehaltung des Depotstimmrechts aus:

"Der Ausschuß ist der Meinung, daß das Depotstimmrecht der Banken zwar die Gefahr von Interessenkonflikten mit sich bringt, aber doch eine befriedigende Lösung des Problems der Vertretung der Aktionäre im allgemeinen möglich macht. Andere Formen, die in gleich breitem Umfang und mit dem gleichen Sachverstand eine Vertretung von Aktionären gewährleisten, haben sich bisher nicht gefunden und lassen sich innerhalb des Aktienrechts institutionell nicht schaffen. Der Ausschuß hält deshalb an der Einrichtung des Depotstimmrechts fest." ²⁾

Die Studienkommission des Deutschen Juristentages macht zum Depotstimmrecht in sechs Punkten Vorschläge, die über das geltende Recht hinausgehen. Dadurch soll den "möglichen Mißbräuchen, die sich aus der Interessenlage ergeben", vorgebeugt werden. ³⁾ - Die wesentlichen Reformvorschläge werden im folgenden beleuchtet: ⁴⁾

1) Untersuchungen zur Reform des Unternehmensrechts, Bericht der Studienkommission des Deutschen Juristentages, Teil I, Bericht des Ausschusses II: Reform der Aktiengesellschaft, Tübingen 1955, S.59 ff. (zit.: Untersuchungen Deutscher Juristentag).

2) Untersuchungen Deutscher Juristentag, S.73 f.

3) Ebenda, S.74.

4) Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf: Untersuchungen Deutscher Juristentag, S.74.

Der Ausschuß hält es nach seinem Bericht für zweckmäßig, die sechs "Grundsätze über die Ausübung des Depotstimmrechts" des Bankenverbandes aus dem Jahre 1952 entweder in das Aktiengesetz oder in eine Ausführungsverordnung aufzunehmen.¹⁾ "Damit würde ihre Verletzung die Anfechtungsklage ermöglichen."²⁾ - Eine Begründung fehlt. Für diesen gravierenden Reformvorschlag dürfte das Ständesinteresse der Rechtsanwälte maßgebend gewesen sein. Jedoch stehen einer solchen Neuerung allein schon rechtssystematische Bedenken entgegen.³⁾ Auch würde bei einer Anfechtungsklage die Gesellschaft ohne hinreichende Notwendigkeit in Rechtsbeziehungen verstrickt, die an sich nur zwischen Depotbank und Depotkunden bestehen.

Nach der Empfehlung des Juristenausschusses soll § 114 Abs.4 Satz 4 AktG abgeändert werden: Dem Bericht zufolge soll der Depotkunde die Stimmrechtsermächtigung für jede einzelne Hauptversammlung gesondert erteilen müssen. Außerdem ist die Bank zu verpflichten, für jede Hauptversammlung Weisungen ihrer Depotkunden einzuholen. - Mit diesem einschneidenden Änderungsvorschlag hat die Studienkommission des Deutschen Juristentages eine wesentliche Vorschrift des Referentenentwurfs vorweggenommen; der einzige Unterschied besteht darin, daß der Referentenentwurf - statt der nach geltendem Recht vorgeschriebenen Ermächtigung - eine Vollmacht vorsieht.⁴⁾

Noch weiter geht der folgende Ausschlußvorschlag: "Die Bank soll gesetzlich zu einer Befolgung der von ihr eingeholten Weisungen verpflichtet werden. Sie soll nicht das Recht haben, nach eingeholter Weisung die Vertretung der Stimmen, zu der sie sich erboten hat, abzulehnen. Bei der Ausführung

1) Anderer Auffassung: DIHT, Ergebnisse Aktienrechtsreform, S.18.

2) Untersuchungen Deutscher Juristentag, S.74.

3) DIHT, Ergebnisse Aktienrechtsreform, S.18.

4) Vgl. § 126 Abs.1 Satz 3 RefEntw.: "Die Vollmacht kann nur einem bestimmten Kreditinstitut und nur jeweils für die nächste Hauptversammlung erteilt werden; sie kann nur gleichzeitig mit der Bitte um Weisungen eingeholt werden."

der ihr erteilten Weisung hat die Bank wie ein Beauftragter nach BGB zu handeln. Die Grenze liegt bei § 826 BGB." ¹⁾ - Auch diesen Änderungswunsch hat der Referentenentwurf sinngemäß übernommen. ²⁾ Dieser rechtlich nicht unbedenkliche Passus, der die Vertragsfreiheit antasten würde, ist noch im Zusammenhang mit dem Referentenentwurf eingehend zu prüfen. Zum Vergleich kommt dagegen nach der Auffassung des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes ein Auftragsverhältnis rechtlich erst dann zustande, wenn die Bank eine ihr vom Kunden erteilte Weisung nicht ablehnt. ³⁾

Der Bericht des Deutschen Juristentages sieht außerdem vor: Will eine vom Depotkunden zur Stimmrechtsausübung ermächtigte Bank einer anderen Bank Stimmrechtsvollmacht erteilen, so muß sie ihrem Kunden vorher mitteilen, "daß und wen sie für die Hauptversammlung zu bevollmächtigen beabsichtigt" ⁴⁾. - Diesem Vorschlag de lege ferenda kann aus grundsätzlichen rechtlichen Überlegungen zugestimmt werden. Ob aber das wirtschaftliche Bedürfnis des Depotkunden für ein solch umständliches Benachrichtigungsverfahren den Arbeitsaufwand und die Kosten der Depotbank rechtfertigt, ist freilich eine andere Frage.

Nach der "überwiegenden Ansicht" des Juristenausschusses soll die vom Kunden ermächtigte Bank für alle Depotaktien die Verpflichtung übernehmen, "der Gesellschaft auf Verlangen den Namen und den Aktienbesitz des Aktionärs bekanntzugeben" ⁵⁾.

1) Untersuchungen Deutscher Juristentag, S.74.

2) Vgl. § 126 Abs.6 RefEntw: "Ein Kreditinstitut ist verpflichtet, den Auftrag eines Aktionärs zur Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung anzunehmen, wenn ihm die Aktie zur Verwahrung anvertraut ist und es ihn oder einen Aktionär um Weisungen für die Ausübung des Stimmrechts gebeten hat."

3) Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Mitteilungen an die angeschlossenen Verbände, Nr.82/29.5.52, Anlage, S.6 (unveröffentlicht); vgl. auch: Denkschrift Bankenverband, S.22 f.

4) Untersuchungen Deutscher Juristentag, S.74.

5) Untersuchungen Deutscher Juristentag, S.74; vgl. dagegen DIHT, Aktienrechtsreform, S.36.

Zwar besteht diese Verpflichtung ohnehin schon der Hohen Behörde gegenüber, wenn Banken das Stimmrecht für Namensaktien ihrer Kunden auf den Hauptversammlungen solcher Gesellschaften ausüben, die dem Artikel 80 des Schuman-Planes unterliegen. ¹⁾ - Aber der Vorschlag, eine derartige Angabepflicht der Depotbanken auf sämtliche Depotaktien, für die sie das Stimmrecht ausüben, auszudehnen, muß zurückgewiesen werden: Einmal widerspricht er dem Grundcharakter der Aktiengesellschaft als "société anonyme"; zum anderen müßten die Banken das Bankgeheimnis verletzen; außerdem würde der Vorschlag zu Gesetzesumgehungen führen. - Allerdings nimmt auch der Deutsche Juristentag diesen unbrauchbaren Vorschlag halb zurück, indem er eine "diesbezügliche Gesetzesbestimmung ... nicht für tunlich" hält. ²⁾

Kann man auch nicht alle Rechtskonstruktionen de lege ferenda des Deutschen Juristentages gutheißen, so hat er doch als einziger Verband vor der Veröffentlichung des Referentenentwurfs positive Vorschläge für eine Umgestaltung der geltenden Depotstimmrechtsvorschriften vorgelegt.

4. Die "Denkschrift zur Reform des Aktienrechts" des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes (E.V.) vom April 1958

Im April 1958, ein halbes Jahr vor dem Erscheinen des Referentenentwurfes, hat der Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.) eine umfangreiche "Denkschrift zur Reform des Aktienrechts" seiner Aktienrechtskommission veröffentlicht. Diese Schrift befaßt sich eingehend mit dem Depotstimmrecht der Banken. ³⁾ Freilich tritt der Bankenverband als private

1) Vgl. z.B.: Stimmrechtsermächtigungs-Formulare der Dresdner Bank (für 1958/59) und der Commerzbank (für 1959/60).

2) Untersuchungen Deutscher Juristentag, S.75.

3) Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.) Denkschrift zur Reform des Aktienrechts, Köln, April 1958, S.17 ff. (zit.: Denkschrift Bankenverband).

Interessenvereinigung in diesem Streitpunkt apologetisch für die Beibehaltung des derzeitigen Rechtszustandes ein und unterbreitet der Öffentlichkeit keine Reformvorschläge.

Nach der Ansicht des Bundesverbandes zum Fragenkomplex des Depotstimmrechts "kann nicht bestritten werden, daß die Banken wegen ihrer besonderen Sachkenntnis, ihres umfangreichen Überblicks über die gesamte Wirtschaft und auch ihres vielfach gegebenen besonderen Einblicks in die inneren Verhältnisse der Gesellschaft das Vertrauen ihrer Depotkunden genießen, und es ist kein Grund ersichtlich, aus dem die Depotkunden gehindert werden sollten, ihr Stimmrecht durch diese Stelle ihres Vertrauens ausüben zu lassen. Diese Sachkenntnis der Banken verbunden mit ihrem höchst-eigenen Interesse an einem funktionsfähigen Kapitalmarkt dürfte an sich schon eine sachgerechte Ausübung des Depotstimmrechts weitgehend sichern." ¹⁾

Ohne Zweifel ist dieses Urteil in eigener Sache parteilich; und doch kann der obenstehenden Auffassung trotz ihrer subjektiven Züge insoweit beigegeben werden, als dem Depotaktionär die Verfügungsfreiheit über sein Aktienstimmrecht, worauf wiederum das Ermächtigungsstimmrecht der Banken beruht, keinesfalls beschränkt oder gar entzogen werden darf.

Auch erteilen die Depotkunden häufig ihren Depotbanken die Stimmrechtsermächtigung als schematische Formalität. Darum bleibt es höchst fraglich, ob man - wie der Bundesverband oben - in der Erteilung einer solchen Stimmrechtsermächtigung in jedem Fall einen positiven Vertrauensbeweis des Kunden seiner Bank gegenüber erblicken kann.

Der Bankenverband verweist in seiner Denkschrift ausführlich auf seine im Frühjahr 1952 aufgestellten "Grundsätze über die Ausübung des Depotstimmrechts" sowie auf seine 1955 dazu ergangenen Erläuterungen; beide finden sich dort in ungekürztem Wortlaut. ²⁾ - Nach dem Erachten des Bundesverbandes

1) Denkschrift Bankenverband, S.19.

2) Ebenda, S.19 ff.

werden bei einem Vergleich mit der Stimmrechtspraxis im Ausland "die Vorzüge der Regelung in Deutschland offenbar" ¹⁾.

Zur rechtspolitischen und wirtschaftlichen Rechtfertigung des Depotstimmrechts führt die Denkschrift an: "Unter diesen Umständen kann durchaus gesagt werden, daß das Depotstimmrecht nicht nur eine wichtige Voraussetzung dafür ist, daß die Stimmen der freien Aktionäre wirksam werden, sondern daß es auch zu einer gewissen öffentlichen Kontrolle der Geschäftsgebarung führt." ²⁾

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Depotstimmrechts wird in der Apologie des Bankenverbandes auch an anderer Stelle betont: "Für eine Berücksichtigung der Interessen der Allgemeinheit sorgt auch das Depotstimmrecht der Banken in den Hauptversammlungen. Erfahrungsgemäß haben die Vertreter der Banken einen besonderen Überblick über die Erfordernisse der Volkswirtschaft und berücksichtigen bei der Ausübung des Depotstimmrechts schon im eigenen Interesse die gesamtwirtschaftlichen Belange nach Möglichkeit." ³⁾

Verständlicherweise wendet sich die Aktienrechtskommission des Bundesverbandes ebenfalls gegen eine Anregung - gemeint ist der Vorschlag der Studienkommission des Deutschen Juristentages -, die "Grundsätze" in das Aktiengesetz oder in eine Durchführungsverordnung aufzunehmen. ⁴⁾ Der Bankenverband sieht "kein Bedürfnis für eine solche Regelung" ⁵⁾:

Die Grundsätze erscheinen dem Verband nicht für eine Aufnahme in das Gesetz geeignet; außerdem würde - dem Bankenverband zufolge - ihre Aufnahme in eine Rechtsverordnung Schwierigkeiten aufwerfen, da diese Verordnung nach Art. 80 GG einer entsprechenden, wiederum durch Gesetz zu bestimmenden staatlichen Ermächtigung bedürfte. ⁶⁾ Dazu ist zu bemerken, daß

1) Denkschrift Bankenverband, S.22.

2) Ebenda, S.22.

3) Ebenda, S.42.

4) Denkschrift Bankenverband, S.22; ebenso DIHT, Ergebnisse Aktienrechtsreform, S.18; vgl. dagegen: Untersuchungen Deutscher Juristentag, S.74.

5) Denkschrift Bankenverband, S.22.

6) Ebenda, S.22.

das Grundgesetz allgemein nur gesetzesausführende, dagegen nicht gesetzvertretende Rechtsverordnungen zuläßt.

Auch hält es die Aktienrechtskommission des Bundesverbandes begreiflicherweise nicht für zweckmäßig, wegen Verletzung der Depotstimmrechts-Richtlinien eine Anfechtungsmöglichkeit zu schaffen; die möglichen Ansprüche auf Grund einer Schadensersatzklage nach geltendem Recht reichen nach Ansicht des Bundesverbandes völlig aus.¹⁾ - Die Kommission begründet ihre ablehnende Haltung folgendermaßen: "Es besteht ja auch keine Anfechtungsmöglichkeit wegen auftragswidriger Ausübung des Stimmrechts durch einen Bevollmächtigten. Die Ausdehnung der Anfechtungsmöglichkeit auf interne Differenzen zwischen Aktionär und dem, der sein Stimmrecht ausübt, wäre systemwidrig und würde die unerläßliche Sicherheit des Bestands von Hauptversammlungsbeschlüssen beeinträchtigen."²⁾ Diese Argumentation überzeugt.

Ebenso widerspricht die Denkschrift einem Vorschlag - der nicht genannten Studienkommission des Deutschen Juristentages -, der die Banken verpflichtet, die Depotstimmrechts-ermächtigung und Weisung für jede Hauptversammlung gesondert einzuholen.³⁾ Nach der Meinung des Bundesverbandes würde die "Einführung eines solchen Verfahrens ... lediglich eine kaum vertretbare Arbeitsbelastung der Beteiligten mit sich bringen, in den meisten Fällen aber nicht zu einer Änderung des gegenwärtigen Zustands führen"⁴⁾. - Auch wird auf die schlechten Erfahrungen hingewiesen, wie sie die entflochtenen Gesellschaften mit einer solchen Regelung gemacht haben: Die meisten Aktionäre reagieren - dem Bankenverband zufolge - deshalb nicht auf eine Bitte der Depotbanken um Weisungen, weil sie "auf die Güte des Unternehmens und die Korrektheit seiner Leitung sowie darauf ver-

1) Denkschrift Bankenverband, S.22; ebenso: DIHT, Ergebnisse der Aktienrechtsreform, S.18; vgl. dagegen: Untersuchungen Deutscher Juristentag, S.74.

2) Denkschrift Bankenverband, S.22.

3) Ebenda, S.22. - Vgl. dagegen: Untersuchungen Deutscher Juristentag, S.74; § 126 Abs.1 Satz 3 RefEntw.

4) Denkschrift Bankenverband, S.22.

trauen, daß ihre Bank, die sie mit der Vertretung ihrer Stimme beauftragt haben, ihr Interesse sachgemäß wahrnimmt" ¹⁾.

Diese subjektive Äußerung steht freilich mit der tatsächlichen Depotstimmrechtspraxis in Widerspruch. Da der Referentenentwurf gerade den vom Bundesverband - wohl in einer Vorahnung - angegriffenen Vorschlag in § 126 Abs.1 Satz 3 als Gesetzesbestimmung vorsieht, wird dieser Änderungsvorschlag noch zusammen mit dem Entwurf untersucht werden.

Wie nicht anders erwartet, widersetzt sich der Bankenverband in seiner Denkschrift schließlich auch einer - von der Studienkommission des Deutschen Juristentages vorgeschlagenen - Verpflichtung der Banken, die von ihnen eingeholten Weisungen der Depotkunden in jedem Fall zu befolgen. ²⁾

Zur rechtlichen Seite des Problems, ob die Bank eine ihr erteilte Weisung ablehnen kann, äußert sich die Denkschrift wie folgt: "Man kann darüber streiten, ob die Bank sich bereits mit der Übersendung der Bitte um Weisung dem Kunden gegenüber zur Ausübung seines Stimmrechts erbieht oder ob nicht vielmehr darin erst die Aufforderung zur Abgabe einer Vertragsofferte durch den Kunden liegt, so daß erst mit der Entgegennahme der Weisung durch die Bank die konkrete Vertragspflicht der Bank begründet würde. In einem Fall würde die Anregung eine Durchbrechung des § 664 BGB, im anderen der Grundsätze über das Zustandekommen eines Vertrages überhaupt bedeuten. Beides scheint gleichermaßen ungerechtfertigt." ³⁾

An dieser Stelle sei an den Standpunkt erinnert, den der Bundesverband in seinen unveröffentlichten Mitteilungen an die angeschlossenen Verbände vertrat, nämlich "daß die Er-

1) Denkschrift Bankenverband, S.22.

2) Ebenda, S.22; vgl. dagegen: Untersuchungen Deutscher Juristentag, S.74.

3) Denkschrift Bankenverband, S.22.

teilung der Stimmrechtsermächtigung noch nicht die Annahme eines Angebots zu einem Auftragsabschluß darstellt, daß vielmehr ein Auftragsverhältnis rechtlich erst dann zustande kommt, wenn die Bank von dem Kunden eine besondere Weisung erhält und nicht ablehnt" ¹⁾.

Auch nach dem Referentenentwurf eines Aktiengesetzes (E § 126 Abs.6) soll ein Kreditinstitut - nicht nur eine Bank, wie nach geltendem Recht - verpflichtet werden, "den Auftrag eines Aktionärs zur Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung anzunehmen, wenn ihm die Aktie zur Verwahrung anvertraut ist und es ihn oder einen Aktionär um Weisungen für die Ausübung des Stimmrechts gebeten hat."

Um so schwerer wiegt daher, mit welcher Begründung der Bankenverband - schon vor der Veröffentlichung des Entwurfs - eine Verpflichtung der Banken zur Weisungsbefolgung verwirft: "Die Banken wären damit völlig willenloses Werkzeug ihrer Kunden, wie kein anderer Beauftragter. Das erschiene als besonders unbillig, weil die Bank ja im Gegensatz zum Bevollmächtigten das Stimmrecht im eigenen Namen ausübt. Der Kunde könnte ihr also, ohne Gefahr zu laufen, nach außen genannt zu werden, die unsinnigsten Weisungen erteilen, die die Bank im eigenen Namen in der Hauptversammlung zu vertreten hätte. So könnte sie sogar ein Querulant zwingen, Anfechtungsklage in ihren Namen durchzuführen. Das kann den Banken nicht zugemutet werden." ²⁾

Demgegenüber haben gerade die im Bundesverband zusammengeschlossenen Geschäftsbanken in Nr. 1 der "Grundsätze über die Ausübung des Depotstimmrechts" von 1952 folgende Verpflichtung übernommen: "Hat der Aktionär der Bank eine bestimmte Weisung erteilt, so wird die Bank die Weisung sorgfältig befolgen." - Die Depotbanken schließen zwar in den

1) Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.), Mitteilungen an die angeschlossenen Verbände, Nr.82/29.5.52, Anlage, S.5 f. (unveröffentlicht).

2) Denkschrift Bankenverband, S.22 f.

von ihren Depotkunden zu unterzeichnenden Stimmrechtsermächtigungs-Formularen ausdrücklich die Verpflichtung aus, von der ihnen erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen. Wenn aber die Banken entgegen dem angeführten Grundsatz Nr. 1 sich das Recht vorbehalten wollen, ihnen nicht genehme Weisungen der Depotkunden von Fall zu Fall abzulehnen, so müßte - nach Ansicht des Verfassers - überdies eine entsprechende Vorbehaltsklausel in diesen Grundsatz aufgenommen werden.

II. Der "Referentenentwurf eines Aktiengesetzes" des Bundesjustizministeriums vom Oktober 1958 und das Depotstimmrecht

1. Allgemeine Bemerkungen zum Referentenentwurf

Bereits 1951 hat das Bundesjustizministerium (BJM) mit den Vorbereitungen einer Reform des Aktienrechts begonnen.¹⁾ Nach jahrelangen Vorarbeiten hat das BJM im Oktober 1958 seinen "Referentenentwurf eines Aktiengesetzes"²⁾ der Öffentlichkeit vorgelegt und damit die "Große Aktienrechtsreform" eingeleitet.

Bundesjustizminister Fritz Schäffer schreibt in seinem Vorwort (vom 7. Oktober 1958) zum Referentenentwurf: "Die Kennzeichnung des Entwurfs als Referentenentwurf soll zum Ausdruck bringen, daß er lediglich die Gedanken des aktienrechtlichen Referats des Bundesjustizministeriums über die zweckmäßigste Lösung der schwierigen aktienrechtlichen Probleme enthält, und daß durch ihn weder meiner Auffassung noch der der Bundesregierung vorgegriffen wird."³⁾

1) S. hierzu: VW, Nr.24/1951, S.9.

2) Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, veröffentlicht durch das Bundesjustizministerium, Bonn - Köln, Oktober 1958 (zit.: Referentenentwurf).

3) Referentenentwurf, Vorwort, S.VIII.

Dem Referentenentwurf mit seinen 367 Paragraphen - das geltende Aktiengesetz umfaßt hingegen nur 304 Paragraphen - sind ausführliche "Erläuternde Bemerkungen" beigelegt.¹⁾ Nach Schäffers Vorwort zum Referentenentwurf bleibt die Begründung der Vorschriften dem Regierungsentwurf vorbehalten.²⁾ "Angesichts der verbreiteten Neigung, Referentent motive gleich Regierungsbegründung - und später diese gleich dem Gesetzeswerk - zu setzen, ist diese feine Unterscheidung zu begrüßen."³⁾

Des weiteren hat Schäffer in seinem Vorwort um kritische oder zustimmende Wortmeldungen gebeten. Dabei ist der 15. Februar 1959 als spätester Zeitpunkt für den Eingang von Stellungnahmen und Anregungen festgesetzt worden; denn ursprünglich sollte der sich auf den Referentenentwurf gründende Regierungsentwurf spätestens im Herbst 1959 ausgearbeitet sein und dem Bundestag vorgelegt werden.⁴⁾

Der Zeitraum für Äußerungen zum Entwurf war viel zu knapp bemessen. Für die interessierten Kreise - neben Einzelpersonen und Aktiengesellschaften vor allem Verbände, Organisationen und andere Gremien - war es einerseits technisch und zeitlich unmöglich, sich in weniger als vier Monaten mit der Problematik des Referentenentwurfs auseinanderzusetzen. Andererseits hätte das BJM aus dem Schweigen ein konkludentes Verhalten der Zustimmung herauslesen können. - Jedenfalls sind mehrere Denkschriften von Verbänden und Organisationen erst nach dem 15. Februar 1959 dem BJM unterbreitet und veröffentlicht worden. Und so hat auch der für Herbst 1959 geplante Regierungsentwurf bis jetzt - Oktober 1959 - noch nicht dem Bundestag vorgelegt werden können.

1) Referentenentwurf, S.191 - 446.

2) Referentenentwurf, Vorwort, S.IX.

3) Konrad Duden, Zum Referentenentwurf eines neuen Aktiengesetzes, in: BB, Heft 31/1958, S.1101.

4) Referentenentwurf, Vorwort, S.VIII.

2. Die Reformaufgaben des Referentenentwurfs

a) Die gesellschaftspolitischen Ziele der Bundesregierung

Die bestehende Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik beruht auf dem Grundsatz des Privateigentums und der sozialen Marktwirtschaft. Der Fortbestand einer solchen Ordnung wird nicht zuletzt von einer künftig breiten Streuung des Eigentums abhängig sein.

Am 29. Oktober 1957 kündigte Bundeskanzler Konrad Adenauer an, daß sich der Dritte Bundestag noch mit der Aktienrechtsreform befassen und ein neues Aktiengesetz verabschieden soll. ¹⁾ Schon im vorausgegangenen Wahlkampf propagierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion "Eigentum für alle" als Aktionsparole. Nach der Regierungserklärung geht es dem Bundeskabinett darum, den Eigentümereinfluß des Aktionärs auf die Verwaltung und die Gewinnverwendung zu vergrößern. ²⁾

In der nunmehr vor zwei Jahren abgegebenen Regierungserklärung heißt es wörtlich: "Wir brauchen aus staatspolitischen und aus kulturpolitischen Gründen unbedingt eine gesunde mittlere Schicht. Wir wollen nicht, daß schließlich bei immer größerer Konzentration der Wirtschaft zu Großbetrieben das Volk aus einer kleinen Schicht von Herrschern über die Wirtschaft und einer großen Klasse von Abhängigen besteht." ³⁾

Auch Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier hat - 1958 in Kiel - in der Aktie ein gesellschaftspolitisches Mittel der "Demokratisierung des Eigentums" gesehen. ⁴⁾

1) S. Rudolf Franta, a.a.O., S.1347.

2) S. BB, Doppelheft 35, 36/1958, S.1253.

3) S. FAZ, Nr.245/22.10.58, S.7.

4) S. BB, Doppelheft 35, 36/1958, S.1253, vgl. dagegen Hengeler-Kreifels, a.a.O., S.18.

b) Grundsätzliche Erklärungen des Bundesjustizministeriums
nach der Veröffentlichung des Referentenentwurfs

Einen Monat nach der Veröffentlichung des Referentenentwurfs erklärte Bundesjustizminister Schäffer in einem Interview, jedes neue Gesetz müsse die bestehenden staatspolitischen, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Verhältnisse berücksichtigen. Ebenso würden mit jedem Gesetz - das gelte auch für ein Organisationsgesetz, wie das Aktiengesetz - mehr oder minder wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele verfolgt; denn eine wirtschafts- und gesellschaftspolitisch neutrale Organisation der Aktiengesellschaft - hier als Gesellschaftsrechtsform gemeint - sei nicht denkbar. ¹⁾

Nach Flumes Meinung ist es allerdings "unglücklich gewesen, daß der Aktienrechtsentwurf sogleich auf politischer Ebene behandelt worden ist"; Flume kommt zu dem Ergebnis, "daß der Entwurf zu früh ein Politikum geworden ist und so die juristischen Fragen nicht auf der juristischen Ebene diskutiert werden." ²⁾

Der Referentenentwurf geht in seiner Grundkonzeption vom Leitbild der Publikums-Aktiengesellschaft aus. ³⁾ Die Reformwünsche, die der Referentenentwurf berücksichtigt hat, richten sich nach Schäffer vor allem auf eine Verbesserung der Stellung der Hauptversammlung und der Aktionäre. ⁴⁾

Am 5. Dezember 1958 hielt der Bundesjustizminister - zum ersten Mal nach der Veröffentlichung des Referentenentwurfs - vor dem Wirtschaftsbeirat der Union e.V. in München einen Vortrag über "die Aktienrechtsreform und ihre Probleme" ⁵⁾:

-
- 1) S.: Die AG als wirtschaftspolitisches Instrument, in: IK, Nr. 178/22.11.58, S.3.
 - 2) Werner Flume, Der Aktienrechtsentwurf und seine Kritiker, in: HBl, Nr.72, 22./23.5.59, S.2.
 - 3) Werner Flume, Der Vorstand in schwächerer Stellung, in: HBl, Nr.128, 31.10./1.11.58, S.5.
 - 4) Referentenentwurf, Vorwort, S.VII.
 - 5) Fritz Schäffer, Die Aktienrechtsreform und ihre Probleme, in: BB, Doppelheft 35, 36/1958, S.1253 ff.

Nach Schäffer hat das Aktiengesetz "in den etwa 10 Jahren normaler Wirtschaftsentwicklung seit seinem Erlaß nicht zu eigentlichen Mißständen geführt". ... "Es geht um ... ein ganz grundlegendes gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Anliegen: Es gilt das Aktiengesetz mit unserer auf dem Eigentum beruhenden Wirtschaftsordnung in Einklang zu bringen." Wie Schäffer fortfährt, darf das Aktiengesetz als Organisationsgesetz "nicht in den Dienst vorübergehender wirtschaftspolitischer Ziele gestellt werden". Das Wesen einer Reform des Aktiengesetzes im Sinne der Bundesregierung umriß Schäffer mit folgendem Satz: "Ausgangspunkt ist das Eigentum des Aktionärs an dem gesellschaftlichen Unternehmen." 1)

Damit stellt sich Schäffer der immer wieder geäußerten Auffassung entgegen, daß unzufriedene Aktionäre ihre Aktien doch verkaufen mögen.

Ende Januar 1959 trug auch Walter Strauß - Staatssekretär im BJM - der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft die Gedanken des BJM über "das Aktienrecht in der sozialen Marktwirtschaft" vor. 2)

Wie Strauß dort ausführte, ist das Aktiengesetz zwar ein Organisationsgesetz, "denn es hat Aufbau und Verfassung der Aktiengesellschaft zu regeln. ... Wenn heute behauptet wird, das Aktiengesetz sei ein reines Organisationsgesetz und dürfe keine wirtschaftspolitischen Zwecke verfolgen, so ist dies schlechterdings unreal. Die Aktiengesellschaft ist kein wertfreies Gebilde, dessen Aufbau und Verfassung außerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung stehen. Sie ist immer ein Kind ihrer Zeit gewesen und wird dies bleiben. Es gibt keine für alle Zeiten gültige Form der Aktiengesellschaft." - Ähnlich wie der Bundesjustizminister drückte sich auch sein Staatssekretär aus: "Unsere Wirtschaftsordnung beruht auf

1) Fritz Schäffer, Die Aktienrechtsreform und ihre Probleme, in: BB, Doppelheft 35, 36/1958, S.1253.

2) Walter Strauß, Das Aktienrecht in der sozialen Marktwirtschaft, in: FAZ, Nr.26/31.1.59, S.5.

der Anerkennung des Privateigentums. ... Eigentümer der Aktiengesellschaft sind die Aktionäre. Soll das Aktienrecht unserer Wirtschaftsverfassung entsprechen, muß es deshalb vom Eigentum der Aktionäre am Unternehmen ausgehen. Das gegenwärtig geltende Aktienrecht ... verteilt die Gewichte einseitig." ... 1)

Schließlich erklärte Ernst Geßler - Ministerialdirigent im BJM und leitender Sachbearbeiter des Referentenentwurfs - bei der Veröffentlichung des Referentenentwurfs vor Journalisten in Bonn: "Wir wollen die Aktionäre wieder an die Gesellschaft heranbekommen." 2)

Nur bei einer Würdigung all dieser Gesichtspunkte, wie sie die Repräsentanten des BJM zum Ausdruck gebracht haben, wird die nach dem Referentenentwurf vorgesehene Neugestaltung des Depotstimmrechts verständlich.

3. Die Reformvorschläge des Referentenentwurfs zum Depotstimmrecht

a) § 126 des Referentenentwurfs

§ 126 RefEntw sieht für die Ausübung des Stimmrechts durch Kreditinstitute folgende Bestimmungen vor:

"(1) Kreditinstitute können das Stimmrecht für Inhaberaktien, die ihnen nicht gehören, im eigenen Namen nicht ausüben. Sie können es im Namen des Aktionärs nur ausüben, wenn sie schriftlich bevollmächtigt sind. Die Vollmacht kann nur einem bestimmten Kreditinstitut und nur jeweils für die nächste Hauptversammlung erteilt werden; sie kann nur gleichzeitig mit der Bitte um Weisungen eingeholt werden. Die Vollmachtsurkunde muß bei der Erteilung vollständig ausgefüllt sein und den Namen des bevollmächtigten Kreditinstituts und das Datum der

1) Walter Strauß, a.a.O., S.5.

2) S. FAZ, Nr.245/22.10.58, S.13.

Ausstellung enthalten; sie darf nicht mit anderen Erklärungen, insbesondere nicht mit Weisungen verbunden sein. Die Vollmacht ist jederzeit widerruflich. Auf Grund der erhaltenen Vollmacht kann das bevollmächtigte Kreditinstitut Personen, die nicht seine Angestellten sind, nur bevollmächtigen, wenn die Vollmacht dies ausdrücklich vorsieht und das bevollmächtigte Kreditinstitut am Ort der Hauptversammlung keine Niederlassung hat.

(2) Auf Grund einer Vollmacht können Kreditinstitute das Stimmrecht nur ausüben, wenn sie den Aktionär zu den Gegenständen der Tagesordnung unter Mitteilung der Vorschläge der Verwaltungsträger, etwaiger Gegenanträge von Aktionären und ihrer eigenen Vorschläge um Weisungen für die Ausübung des Stimmrechts gebeten haben. Soll das Stimmrecht auf der Hauptversammlung des bevollmächtigten Kreditinstituts ausgeübt werden, bedarf dieses einer ausdrücklichen Weisung zu den Gegenständen der Tagesordnung.

(3) Die Vollmachtsurkunden bleiben in der Verwahrung des bevollmächtigten Kreditinstituts. Sie brauchen der Gesellschaft nur vorgelegt zu werden, wenn ein Beschluß der Hauptversammlung angefochten worden ist und es für die Anfechtung erheblich ist, ob das Kreditinstitut ordnungsgemäß bevollmächtigt war.

(4) Kreditinstitute können das Stimmrecht für Namensaktien, die ihnen nicht gehören, nur auf Grund einer schriftlichen Vollmacht, wenn sie als Aktionär im Aktienbuch eingetragen sind, nur auf Grund einer schriftlichen Ermächtigung ausüben. Auf die Vollmacht und die Ermächtigung ist Absatz 1 Satz 3 bis 6 anzuwenden. Im übrigen gelten die Absätze 2 und 3 sinngemäß.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten sinngemäß für die Ausübung des Stimmrechts durch Geschäftsleiter oder Angestellte eines Kreditinstituts aus Aktien, die weder ihnen noch dem Kreditinstitut gehören und dem Kreditinstitut zur Verwahrung anvertraut sind.

(6) Ein Kreditinstitut ist verpflichtet, den Antrag eines Aktionärs zur Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung anzunehmen, wenn ihm die Aktie zur Verwahrung anvertraut ist und es ihn oder einen Aktionär um Weisungen für die Ausübung des Stimmrechts gebeten hat."

b) Die "Grundsätze zur Aktienrechtsreform" des Bundesjustizministeriums bei der Neuregelung des Depotstimmrechts im Referentenentwurf

Das Aktienrechtliche Referat des Bundesjustizministeriums hat gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Referentenentwurfs seine Gedanken zu den wichtigsten Reformvorschlägen in einem Communiqué - "Grundsätze zur Aktienrechtsreform" - niedergelegt, das die Wirtschaftspresse in seinen wesentlichen Teilen wiedergegeben hat. Dieses Exposé des BJM begründet die Reformvorschläge des Referentenentwurfs zum Depotstimmrecht - nach dem Abdruck in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung - mit folgenden Worten: ¹⁾

"Es würde dem Sinn der Aktiengesellschaft als Kapitalsammelstelle widersprechen, wenn man fordern wollte, die Aktionäre müßten ihr Stimmrecht persönlich ausüben. Die meisten Aktionäre müssen ihr Stimmrecht notwendigerweise durch Beauftragte ausüben lassen. Zur Zeit sind die Banken verpflichtet, das Stimmrecht im Interesse des Aktionärs auszuüben und bei wichtigen Beschlüssen um Weisung zu bitten. Die Ermächtigung wird von den Banken aus Anlaß der Übersendung des Depotauszugs lange vor der Hauptversammlung und vor Bekanntwerden der Tagesordnung eingeholt.

Ein Stimmrecht, das die Banken ohne Befragung des Aktionärs ausüben, ist nicht länger vertretbar. Es bleibt mit dem Odium behaftet, ein Stimmrecht der Banken zu sein, über dessen Ausübung sie im Regelfall nach ihrem Ermessen befinden. Es stärkt die Behauptung, daß die Verwaltungen der

1) Zit. in: FAZ, Nr.245/22.10.58, S.7.

großen Gesellschaften keiner Kontrolle durch ihre Aktionäre unterliegen; es ermöglicht die Behauptung, daß die Banken die Beherrscher der Gesellschaften seien. Aus dem Stimmrecht der Banken muß ein von den Banken im Auftrag des Aktionärs nach dessen Weisung ausgeübtes Stimmrecht werden. Deshalb können die Banken nach dem Entwurf Stimmrechte für die Aktionäre nur dann ausüben, wenn der Aktionär ihnen nach Einberufung der Hauptversammlung in Kenntnis der Punkte der Tagesordnung und der hierzu gemachten Vorschläge der Bank Vollmacht zur Ausübung des Stimmrechts erteilt, nachdem ihm die Banken die Vorschläge der Verwaltung und einer etwaigen Opposition sowie ihre eigenen Vorschläge mit der Bitte um Weisung für die Ausübung des Stimmrechts mitgeteilt haben. Erteilt der Aktionär in Kenntnis der Tagesordnung und der hierzu gemachten Vorschläge der Bank Vollmacht zur Ausübung des Stimmrechts, so übt zwar die Bank das Stimmrecht aus, in Wirklichkeit ist aber der Aktionär der Abstimmende, denn die Abstimmung erfolgt auf Grund seiner ausdrücklichen Weisung oder seiner stillschweigenden Billigung der Vorschläge der Bank."

Die Deutsche Zeitung vervollständigt diesen Wortlaut des Kommuniqués wie folgt: ¹⁾

"Gegen dieses System wird wahrscheinlich eingewandt werden, daß es wegen der Vielzahl der Hauptversammlungen in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum technisch undurchführbar sei und daß es dazu führen werde, daß viele Aktionäre aus Nachlässigkeit keine Vollmacht mehr erteilten. Im Interesse der Herstellung einer echten Kontrolle der Verwaltung durch die Aktionäre und zur Ausschaltung der gegen das bisherige Bankenstimmrecht gerichteten Angriffe müssen Mittel und Wege gesucht werden, die die Schwierigkeiten beseitigen. Bei einer entsprechenden Organisation sind sie behebbar. Werden die Aktionäre auf die Notwendigkeit ihrer Vertretung auf der Hauptversammlung hingewiesen, braucht es auch nicht zu einem ins Gewicht fallenden Rückgang der Zahl der vertretenen Aktionäre

1) Zit. in: DZ, Nr.85/25.10.58, S.10.

zu kommen. Bei einem so ausgestalteten Stimmrecht der Banken ist auch nichts dagegen einzuwenden, daß eine Hausbank der Gesellschaft das Stimmrecht ausübt."

Dieses ausgewogene und sorgfältig abgefaßte Exposé kommt, vor allem in seinem letzten Teil, mancher Kritik an der Entwurfsregelung des Depotstimmrechts zuvor. Auch ist daraus klar ersichtlich, daß der Referentenentwurf keineswegs das Depotstimmrecht zu beschneiden beabsichtigt; vielmehr geht es den Referenten bei ihrem Gesetzesentwurf darum, Mißstände, wie sie nach ihrer Ansicht bei der Ausübung des Depotstimmrechts bisher zutage getreten sind, künftig abzustellen.

4. Erläuterungen zu den Depotstimmrechtsvorschriften des Referentenentwurfs

a) Allgemeine Ausführungen

Die folgenden Anmerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des § 126 RefEntw stützen sich vor allem auf die "Erläuternden Bemerkungen zum Referentenentwurf" ¹⁾, die das BJM als Anhang zum Referentenentwurf veröffentlicht hat, daneben aber auch auf größere kommentierende Abhandlungen in Fachzeitschriften und in einem Sammelband. ²⁾

-
- 1) Erläuternde Bemerkungen zum Referentenentwurf (zit.: Erläuterungen), Anhang zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Veröffentlicht durch das Bundesjustizministerium, Bonn - Köln, Oktober 1958, zu E § 126, S.278 ff.
 - 2) S. hierzu vor allem: Ulrich Eckardt, Das Depotstimmrecht nach dem Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: Das Wertpapier, Heft 11/1958, S.588 ff.; Philipp Möhring, Das Bankstimmrecht im Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: BB, Heft 33/1958, S.1177 ff.; Philipp Möhring, Die Ausübung des Stimmrechts durch Kreditinstitute im Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: Beiträge zur Aktienrechtsreform, Herausgeber: Hans Hengeler, Düsseldorf 1959, S.86 ff.

Der Referentenentwurf behält das in § 114 Abs.4 des geltenden Aktiengesetzes geregelte Depotstimmrecht bei.

Die Sondervorschrift des § 114 Abs.4 AktG bezieht sich nur auf die Ausübung des Depotstimmrechts durch "Banken". Der Referentenentwurf hingegen schließt in E § 126 sämtliche "Kreditinstitute" ein und betrifft damit "alle Unternehmungen, die Bank- oder Sparkassengeschäfte ... betreiben" (§ 1 Abs.1 KWG). Die Neuregelung des Referentenentwurfs will vor allem auch die Sparkassen miteinfassen: "Sie gehen in neuerer Zeit dazu über, sich zur Ausübung des Stimmrechts ermächtigen zu lassen. Es besteht kein Anlaß, sie anders als Banken zu behandeln." ¹⁾

Schon im Jahre 1937 - bei der Einführung der Sonderbestimmungen des § 114 Abs.4 AktG - wiesen die betroffenen Geschäftsbanken darauf hin, daß sie mithin gegenüber den anderen Kreditinstituten, besonders den Sparkassen, bei der Ausübung des Depotstimmrechts diskriminiert würden. Im Reichsjustizministerium ging man aber damals davon aus, daß sich die Sparkassen erfahrungsgemäß nicht um die Überlassung von Stimmrechten ihrer Depotaktionäre bemühten.

b) Die wesentlichen Neuerungen im Referentenentwurf zum Depotstimmrecht

ba) Nach der ersten wesentlichen Neuerung im Referentenentwurf soll ein Kreditinstitut das Stimmrecht aus Inhaberaktien, die ihm nicht gehören, nicht mehr auf Grund einer Ermächtigung - im eigenen Namen - ausüben können (E § 126 Abs.1 Satz 1). Der Referentenentwurf läßt die Stimmrechtsausübung nur noch auf Grund einer Vollmacht - im Namen des Aktionärs - zu (E § 126 Abs.1 Satz 2).

1) Erläuterungen, Zu E § 126, S.278.

Damit soll klargestellt werden, daß die Banken kein eigenes, sondern fremdes Stimmrecht ausüben. Zugleich erhält das Depotstimmrecht nach Eckardt ¹⁾ "eine einwandfreie Rechtsgrundlage" ²⁾. Möhring ³⁾ setzt allerdings diesem Argument unter anderem entgegen, daß auch der Referentenentwurf die Stimmrechtsermächtigung für alle Personen, die nicht Kreditinstitute sind, weiterhin zuläßt. ⁴⁾

bh) Die zweite wesentliche Änderung sieht vor, daß das Kreditinstitut die Vollmacht nur noch für die nächste Hauptversammlung einholen kann und den Aktionär gleichzeitig um Weisungen für die Stimmrechtsausübung bitten muß (E § 126 Abs.1 Satz 3). - Der Referentenentwurf entspricht damit einem Vorschlag der Studienkommission des Deutschen Juristentages aus dem Jahre 1955. ⁵⁾

Anders als bei der nach geltendem Recht möglichen und üblichen Stimmrechtsermächtigung einer Bank, soll das Kreditinstitut die Vollmacht nicht mehr getrennt von der Bitte um Weisung, etwa mit der Übersendung des Depotauszuges zum Jahresende, einholen können. ⁶⁾ Vielmehr darf das Kreditinstitut auf Grund einer Vollmacht das Depotstimmrecht nur ausüben, wenn es dem Kunden die Vorschläge der Verwaltung (E § 117 Abs.2), etwaige Oppositionsanträge (E § 118) und die eigenen Abstimmungsvorschläge mitgeteilt und den Kunden zugleich um Erteilung von Abstimmungsweisungen zu den Gegenständen der Tagesordnung gebeten hat (E § 126 Abs.2 Satz 1). Dabei soll das Kreditinstitut schon aus Gründen der Arbeitsvereinfachung und Kostenersparnis sämtliche Mitteilungen an den Depotkunden in einem einzigen Schreiben zusammenfassen können.

1) Ulrich Eckardt ist Oberregierungsrat im BJM.

2) Ulrich Eckardt, in: Das Wertpapier, Heft 11/1958, S.589.

3) Philipp Möhring ist u.a. stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank und Mitglied der Aktienrechtskommission des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes.

4) Philipp Möhring, in: Beiträge, S.94.

5) Untersuchungen Deutscher Juristentag, S.74.

6) Ulrich Eckardt, in: Das Wertpapier, Heft 11/1958, S.589.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat schon in seiner Denkschrift von 1954 angeregt, daß die Banken vor der Hauptversammlung "die gesamte Tagesordnung mitteilen und damit einen begründeten Vorschlag verbinden" sollten, "wie sie zu den einzelnen Punkten ihr Stimmrecht auszuüben beabsichtigen". ¹⁾ Damit folgt der Referentenentwurf in der Vorschrift des E § 126 Abs.2 Satz 1 diesem Vorschlag.

Des weiteren bezweckt diese Bestimmung, daß sich der Aktionär vor jeder einzelnen Hauptversammlung entscheiden soll, ob er das depothaltende Kreditinstitut zur Stimmrechtsausübung bevollmächtigen will. Schon deswegen muß die Vollmachtsurkunde auf ein bestimmtes Kreditinstitut ausgestellt, vollständig ausgefüllt und datiert sein (E § 126 Abs.1 Satz 4); außerdem verbietet die letztgenannte Vorschrift dem Aktionär, auf der Vollmachtsurkunde Weisungen zu erteilen. Nach Eckardt soll dadurch verhindert werden, daß "in dem gedruckten Vollmachtsformular, wie es das Kreditinstitut dem Aktionär zusendet, eine Klausel aufgenommen wird, in der der Aktionär das Kreditinstitut anweist, entsprechend den von ihr gemachten Vorschlägen zu stimmen. Die Aktionäre würden häufig die Bedeutung dieser Klausel übersehen und sie durch ihre Unterschrift unter die Vollmachtsurkunde formularmäßig billigen". ²⁾

Bisher sind die Banken nach Nr. 3 der "Grundsätze" nur verpflichtet gewesen, bei besonders wichtigen Punkten der Tagesordnung Weisungen ihrer Kunden einzuholen. Dagegen dehnt der Referentenentwurf in E § 126 Abs.2 Satz 1 die Pflicht zur Einholung von Weisungen auf sämtliche Verhandlungsgegenstände aus. ³⁾

Um dieses Verfahren überhaupt zu ermöglichen, hat der Vorstand der Aktiengesellschaft die Hauptversammlung mindestens einen Monat vor dem Versammlungstermin einzuberufen (E § 114

1) DIHT, Aktienrechtsreform, S.34.

2) Ulrich Eckardt, in: Das Wertpapier, Heft 11/1958, S.589.

3) Erläuterungen, zu E § 126, S.279.

Abs.2 und § 116 Abs.1) und gleichzeitig die Tagesordnung bekanntzumachen (E § 117 Abs.3 Satz 1). Die Tagesordnung muß wiederum zu jedem Gegenstand die Vorschläge des Vorstands und Aufsichtsrats, in bestimmten Fällen nur des Aufsichtsrats, enthalten (E § 117 Abs.2).

bc) Auch die folgende Änderung im Referentenentwurf ist für die Stimmrechtspraxis äußerst bedeutsam: E § 126 Abs.1 Satz 6 läßt die Übertragung fremder Aktienstimmrechte von dem bevollmächtigten Kreditinstitut auf einen Dritten, namentlich ein anderes Kreditinstitut, im Wege der Unterbevollmächtigung nur noch beschränkt zu.

Dagegen kann nach der herrschenden Meinung zum geltenden Recht die gemäß § 114 Abs.4 AktG ermächtigte Depotbank einen anderen zur Ausübung des Depotstimmrechts zwar nicht unterermächtigen, aber ohne Einschränkung bevollmächtigen, vorausgesetzt, daß in der Ermächtigungsurkunde eine solche Vollmacht vorgesehen ist.

Die neue Regelung erlaubt die Unterbevollmächtigung von Angestellten des Kreditinstituts (E § 126 Abs.1 Satz 6). Darüber hinaus soll jedoch die Weitergabe der Vollmacht nur noch dann zulässig sein, wenn "dies die Vollmacht ausdrücklich vorsieht und das bevollmächtigte Kreditinstitut am Ort der Hauptversammlung keine Niederlassung hat" (E § 126 Abs.1 Satz 6).

Der Referentenentwurf geht davon aus, daß sich die Kreditinstitute in jedem Fall von ihren Depotaktionären durch eine entsprechende Formularklausel zur Weitergabe der ihnen erteilten Stimmrechtsvollmacht befugen lassen würden; doch bestehe ein "echtes Bedürfnis für eine Unterbevollmächtigung ... nur bei regionalen Kreditinstituten, denen die Durchführung des Auftrags zur Stimmrechtsausübung deshalb Schwierigkeiten bereitet, weil sie am Ort der Hauptversammlung keine Niederlassung haben" ¹⁾. - Sollte diese Entwurfsbestimmung

1) Ulrich Eckardt, in: Das Wertpapier, Heft 11/1958, S.591.

zum Gesetz erhoben werden, würde für die das Stimmrecht tatsächlich ausübenden Banken eine wichtige Quelle ihrer kumulierten Stimmenmacht versiegen.

bd) Als weitere grundsätzliche Neuerung sieht der Referentenentwurf schließlich einen Kontrahierungszwang vor: Das Kreditinstitut soll nach E § 126 Abs.6 verpflichtet werden, jeden Auftrag eines Aktionärs zur Stimmrechtsausübung anzunehmen. Voraussetzung ist, daß zwischen dem Kreditinstitut und dem Aktionär ein Verwahrungsvertrag besteht und daß das Kreditinstitut diesen oder irgendeinen anderen Aktionär zur Erteilung von Weisungen aufgefordert hat. - Auch hierin folgt der Referentenentwurf einem 1955 veröffentlichten Vorschlag der Studienkommission des Deutschen Juristentages. ¹⁾

Die Bestimmung des E § 126 Abs.6 soll verhindern, daß eine Depotbank einer ihr unangenehmen Aktionärsweisung dadurch ausweicht, "indem sie den Auftrag zur Ausübung des Stimmrechts entweder nicht annimmt oder zurückgibt" ²⁾.

Die Kreditinstitute können auch nach dem Referentenentwurf frei entscheiden, wessen und welche Aktien sie verwahren wollen, ebenso, in welchen Hauptversammlungen sie ihre Depotaktionäre zu vertreten beabsichtigen. Infolgedessen ist eine Bank oder Sparkasse nicht verpflichtet, in jedem Fall einen Abstimmungsauftrag und damit - unter Umständen - zusätzliche Kosten für die Stimmrechtsausübung zu übernehmen. ³⁾ Hat das verwahrende Kreditinstitut aber einen, mehrere oder alle betreffenden Depotaktionäre um Weisungen gebeten und dadurch seine Bereitschaft zur Ausübung des Depotstimmrechts in der bestimmten Hauptversammlung zu erkennen gegeben, so muß es auch jeden Weisungsauftrag annehmen.

1) Untersuchungen Deutscher Juristentag, S.74.

2) Erläuterungen, Zu E § 126, S.280 f.

3) S. Ulrich Eckardt, in: Das Wertpapier, Heft 11/1958, S.591.

c) Die Regelung von Einzelproblemen des Depotstimmrechts
im Referentenentwurf

ca) Die Vorschriften des E § 126 Abs.1 bis 4 erstrecken sich auch auf Geschäftsleiter und Angestellte eines Kreditinstituts, wenn diese das Stimmrecht aus solchen Aktien ausüben sollen, "die weder ihnen noch dem Kreditinstitut gehören und dem Kreditinstitut zur Verwahrung anvertraut sind" (E § 126 Abs.5). "Die Vorschrift soll verhindern, daß die besonderen Vorschriften des Entwurfs über das Bankenstimmrecht dadurch umgangen werden, daß statt des Kreditinstituts ein Geschäftsleiter oder Angestellter mit der Ausübung des Stimmrechts beauftragt wird." ¹⁾

Zwar läßt der Referentenentwurf - genauso wie das geltende Recht - das Rechtsinstitut der Stimmrechtsermächtigung allgemein zu (E § 120 Abs.2); doch sollen auch Angestellte und Geschäftsleiter eines Kreditinstituts das Depotstimmrecht nur ausüben können, wenn ihnen der Aktionär schriftliche Vollmacht erteilt hat und bei der Vollmachtseinholung gleichzeitig um Weisungen gebeten worden ist.

Eckardt hat klargestellt, daß die Vorschrift des E § 126 Abs.5 nur für den Fall gilt, "daß die Geschäftsleiter oder Angestellten des Kreditinstituts unmittelbar vom Aktionär mit der Ausübung des Stimmrechts beauftragt werden. Sie gilt nicht, wenn die Geschäftsleiter und Angestellten als Untervollmächtigte des Kreditinstituts das Stimmrecht ausüben sollen (E § 126 Abs.1 Satz 6). In diesem Fall hat ausschließlich das Kreditinstitut als der vom Aktionär Beauftragte die Weisungen nach E § 126 Abs.2 einzuholen." ²⁾

cb) Infolge der Umstellung des Depotstimmrechts von der Stimmrechtsermächtigung auf die Stimmrechtsvollmacht hat der Referentenentwurf die Vorschriften über die Vorlage der Voll-

1) Erläuterungen, Zu E § 126, S.278.

2) Ulrich Eckardt, in: Das Wertpapier, Heft 11/1958, S.591.

machtsurkunden wie auch über das Teilnehmerverzeichnis speziell für die Kreditinstitute geändert:

Im Unterschied zur allgemeinen Entwurfsbestimmung des E § 125 Abs.3 Satz 2 bleiben die Vollmachtsurkunden in der Verwahrung des zur Stimmrechtsausübung bevollmächtigten Kreditinstituts (E § 126 Abs.3 Satz 1) und brauchen der Aktiengesellschaft grundsätzlich nicht vorgelegt zu werden (E § 126 Abs.3 Satz 2). Denn die Offenlegung des Aktienbesitzes durch die Aushändigung der Vollmachtsurkunden an die Gesellschaft würde zu einer Verletzung des Bankgeheimnisses führen. Soweit entspricht die neue Entwurfsvorschrift den geltenden Rechtsbestimmungen.

Einen Einbruch in das Bankgeheimnis verhindert der Referentenentwurf auch durch die Sonderbestimmung des E § 120 Abs.1 Satz 1, die sich nur auf Kreditinstitute bezieht. Danach braucht das zur Stimmrechtsausübung bevollmächtigte Kreditinstitut den Namen und Wohnort des die Vollmacht erteilenden Depotaktionärs nicht zur Aufnahme in das Teilnehmerverzeichnis anzugeben. Diese Entwurfsregelung behält gleichfalls den bestehenden Rechtszustand bei.

Bleibt auch durch die beiden letztgenannten Vorschriften des Referentenentwurfs das Bankgeheimnis grundsätzlich gewahrt, so sieht der Entwurf doch eine Ausnahme hiervon vor: Das Kreditinstitut muß die Vollmachtsurkunden dann der Gesellschaft vorlegen, "wenn ein Beschluß der Hauptversammlung angefochten worden ist und es für die Anfechtung erheblich ist, ob das Kreditinstitut ordnungsgemäß bevollmächtigt war" (E § 126 Abs.3 Satz 2). Der Referentenentwurf sucht dadurch die Beweisführung bei einer Anfechtungsklage zu erleichtern und nimmt in diesem Sonderfall die Preisgabe des Bankgeheimnisses hin. Das Interesse des Klägers, der nach geltendem Recht bei einer Anfechtungsklage in Beweisnot geraten kann, wird höher eingeschätzt als das Interesse an der Wahrung des Bankgeheimnisses. ¹⁾

1) S. Ulrich Eckardt, in: Das Wertpapier, Heft 11/1958, S.589; vgl. Philipp Möhring, in: BB, Heft 33/1958, S.1179.

cc) Bei Namensaktien schreibt der Referentenentwurf in einem einzigen Ausnahmefall statt der grundsätzlichen Vollmacht schriftliche Ermächtigung für die Ausübung fremder Stimmrechte vor: wenn das Kreditinstitut als Aktionär in das Aktienbuch der Gesellschaft eingetragen ist, die Namensaktien jedoch wirtschaftlich dem Depotkunden gehören (E § 126 Abs.4 Satz 1). Für eine solche Stimmrechtsermächtigung gelten aber die Bestimmungen über die Stimmrechtsvollmacht sinngemäß (E § 126 Abs.4 Satz 2). - Der Referentenentwurf hat diese Vorschrift wohl aus rechtssystematischen Überlegungen aufgenommen; für die Aktienrechtspraxis wird ihr keine große Bedeutung beizumessen sein.

Da das Kreditinstitut hier im Verhältnis zur Gesellschaft als Aktionär gilt (E § 62 Abs.2), muß es auch das Stimmrecht im eigenen Namen ausüben können, ¹⁾ und zwar auf Grund einer schriftlich erteilten Stimmrechtsermächtigung des wirtschaftlich Berechtigten (des Depotkunden). Im übrigen kann ein Kreditinstitut das Stimmrecht für fremde Namensaktien - genauso wie bei fremden Inhaberaktien - nach dem Referentenentwurf nur auf Grund einer schriftlichen Vollmacht ausüben; E § 126 Abs.4 Satz 1 schreibt dies ausdrücklich vor.

cd) Das Schweigen des Aktionärs erhält nach den Referentenentwurfsbestimmungen über die Ausübung des Depotstimmrechts besonderes Gewicht. Antwortet der Depotkunde auf die Bitte um Vollmachts- und Weisungserteilung nicht, so kann das depotführende Kreditinstitut das Stimmrecht selbstverständlich nicht ausüben oder ausüben lassen. Erteilt der Aktionär hingegen Stimmrechtsvollmacht sowie Abstimmungsweisungen, dann ist das Kreditinstitut nach dem Referentenentwurf in der Regel an den Auftrag des Aktionärs gebunden. Hierzu führen die Erläuternden Bemerkungen zum Referentenentwurf im einzelnen aus:

"Daß das Kreditinstitut als Beauftragter eine Weisung des Aktionärs zu befolgen hat, ist selbstverständlich und wird

1) Erläuterungen, Zu E § 126, S.279.

im Entwurf nicht ausdrücklich bestimmt. Allerdings können sich nach Erteilung der Weisung die Umstände derart ändern, daß ein Festhalten an der Weisung offensichtlich dem Interesse des Aktionärs widersprechen würde. Nach § 665 BGB darf das Kreditinstitut in solchen Fällen von der Weisung abweichen, wenn es den Umständen nach annehmen darf, daß der Aktionär bei Kenntnis der Sachlage die Abweichungen billigen würde; reicht noch die Zeit bis zur Hauptversammlung, so hat es eine neue Weisung einzuholen." ¹⁾

Sendet der Aktionär aber lediglich das Vollmachtsformular unterschrieben und datiert an das darin bestimmte Kreditinstitut zurück, jedoch ohne daß er Weisungen erteilt hat, so ist dieses Institut zur Stimmrechtsausübung im Namen des Aktionärs berechtigt. Der Referentenentwurf bestimmt nicht ausdrücklich, in welchem Sinne das Kreditinstitut das Depotstimmrecht auszuüben hat, falls der Aktionär auf die ihm unterbreiteten Vorschläge und Anträge sowie auf die Aufforderung zur Weisungserteilung schweigt: "Nach den allgemeinen Grundsätzen über die Bedeutung des Schweigens im Rechtsverkehr ... liegt eine stillschweigende Weisung vor." ²⁾

Das Kreditinstitut kann mithin das Stimmrecht entsprechend den eigenen Vorschlägen, die es in dem an den Aktionär gerichteten Schreiben gemacht hat, im Namen des Aktionärs ausüben. Nach Eckardt kommt es dem Referentenentwurf auf diese Rechtswirkung entscheidend an: ³⁾ Aus dem Schweigen des Aktionärs läßt sich eine stillschweigende Billigung dieser Vorschläge herleiten. Denn einmal kann das Kreditinstitut die Stimmrechtsvollmacht erst nach Einberufung der Hauptversammlung und nur gleichzeitig mit der Bitte um Weisungen beim Aktionär einholen; darüber hinaus darf das bevollmächtigte Kreditinstitut das Depotstimmrecht erst nach Mitteilung aller Vorschläge und Anträge an den Aktionär ausüben. -

1) Erläuterungen, Zu E § 126, S.279.

2) Eckardt, Die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft im Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: NJW, Heft 1/2/1959, S.14. - S. dagegen: Philipp Möhring, a.a.O., in: Beiträge, S.96.

3) Ulrich Eckardt, in: Das Wertpapier, Heft 11/1958, S.590.

ce) In einem Sonderfall gewinnt das Schweigen des Depotkunden auf die Bitte des Kreditinstituts um Weisungen besondere Bedeutung. Will ein Kreditinstitut - hier: eine Bank in der Rechtsform der Aktiengesellschaft (Aktienbank) - das Depotstimmrecht aus den Aktien seiner Kunden auf der eigenen Hauptversammlung ausüben, so ist neben der Vollmacht eine ausdrückliche Weisung des Aktionärs zu den Gegenständen der Tagesordnung erforderlich (E § 126 Abs. 2 Satz 2). Das Schweigen des Aktionärs kann in diesem Fall nicht als stillschweigende Weisung ausgelegt werden: Demzufolge kann die Aktienbank das fremde Stimmrecht auf der eigenen Hauptversammlung nicht ausüben, selbst wenn ihr der Depotaktionär Stimmrechtsvollmacht erteilt hat.

Wenn auch im Schrifttum strittig ist, ob die Aktienbank mit den von ihr verwahrten Kundenaktien in ihrer eigenen Hauptversammlung stimmen kann, ¹⁾ hält die Praxis diese Übung für zulässig. Der Referentenentwurf sieht schon deshalb von einem völligen Verbot der Stimmrechtsausübung ab, weil sonst die Gefahr bestünde, daß ein großer Teil der Stimmrechte unvertreten bliebe und die Aktionäre ihre Bankaktien bei anderen Instituten ins Depot gäben.

Die Aktienbanken placieren nach Möglichkeit die von ihnen ausgegebenen Aktien bei der eigenen Bankkundschaft, nach Möhring "oft bis zu 70 % des Aktiennennkapitals" ²⁾. Bei einer Großbank wurden 1958 auf der Hauptversammlung rund 66 % des vertretenen Aktienkapitals durch leitende Angestellte dieses Instituts repräsentiert. ³⁾ Eine andere Großbank hält - bei einer geschätzten Aktionärzahl von insgesamt

1) Verneinend: Schlegelberger - Quassowski, § 114 AktG, Anm. 25; Großkommentar Gadow, § 114 AktG, Anm. 40. - Bejahend: Otto Abshagen, Vertretung der in Kundendepots ruhenden eigenen Aktien in der Hauptversammlung der Aktienbank, in: Soziale Praxis, Heft 5/1939, Sp. 283 ff.; ders., Noch einmal: Vertretung der in den Kunden-Depots ruhenden eigenen Aktien in der Hauptversammlung der Aktienbank, in: Soziale Praxis, Heft 20/1939, Sp. 1153 ff.; Hermann Herold, Kann eine Aktienbank auch Kundenaktien ihrer eigenen Gesellschaft in der Hauptversammlung vertreten?, in: Bank-Archiv, Jg. 1942/Nr. 5, S. 93 f.

2) Philipp Möhring, in: BB, Heft 33/1958, S. 1179.

3) Das Wertpapier, Heft 5/1958, S. 228.

30 000 bis 32 000 - allein die Aktien von rund 22 000 ihrer Aktionäre im Depot; auch hier kann man davon ausgehen, daß bis zu 70 % des Gesamtkapitals schließlich durch die Bank in ihrer eigenen HV vertreten werden. ¹⁾

Möhring bezeichnet die Entwurfsbestimmung des E § 126 Abs.2 Satz 2 als "eine im wirtschaftlichen Ergebnis untragbare Diskriminierung der Kreditinstitute" ²⁾; seine Argumente hierfür können nicht im einzelnen wiedergegeben werden. Jedenfalls hat Möhrings Kritik den verantwortlichen Referenten des BJM in diesem Punkt umgestimmt. Ernst Geßler, der offenbar die Depotstimmrechtsvorschriften des Referentenentwurfs ausgearbeitet hat, ist inzwischen der Auffassung Möhrings mit den Worten beigetreten: "E § 126 Abs.2 Satz 2 (Ausübung des Stimmrechts auf der eigenen Hauptversammlung des Kreditinstituts) sollte, vorausgesetzt, daß es bei der Grundregelung des Entwurfs verbleibt, gestrichen werden. Die Ausführungen von Möhring überzeugen." ³⁾ - Mit dieser offiziellen Erklärung aus dem BJM erledigt sich die von manchen Seiten geübte Kritik an der oben behandelten Sonderbestimmung.

d) § 127 Absatz 1 des Referentenentwurfs

Im Zusammenhang mit den Entwurfsvorschriften zum Depotstimmrecht hat auch der Wortlaut des E § 127 Abs.1 rechtliche und wirtschaftliche Folgen für die Ausübung des Depotstimmrechts durch Kreditinstitute.

E § 127 Abs.1 Satz 1 lautet: "Ein Aktionär kann weder für sich noch für einen anderen das Stimmrecht ausüben, wenn darüber Beschluß gefaßt wird, ob er zu entlasten oder von einer Verpflichtung zu befreien ist oder ob die Gesellschaft gegen ihn einen Anspruch geltend machen soll." Soweit entspricht diese Stimmrechtsbeschränkung sinngemäß dem § 114

1) Das Wertpapier, Heft 5/1958, S.229.

2) Philipp Möhring, in: Beiträge, S.103.

3) E. Geßler, in: BB, Heft 13/1959, S.459.

Abs.5 AktG. Doch geht der Referentenentwurf in E § 126 Abs.1 Satz 2 über das geltende Recht hinaus: "Gleiches gilt für eine juristische Person oder Personengemeinschaft, wenn die Person, die entlastet oder von einer Verpflichtung befreit oder gegen die ein Anspruch geltend gemacht werden soll, gesetzlicher Vertreter dieser juristischen Person oder Gesellschafter dieser Personengesellschaft ist."

Demnach kann zum Beispiel ein Kreditinstitut weder mit eigenen noch mit fremden Aktien auf der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft stimmen, wenn ein Vorstandsmitglied oder ein Geschäftsinhaber dieses Instituts dem Aufsichtsrat der Gesellschaft angehören und entlastet werden sollen. Im Ergebnis stellt diese Entwurfsbestimmung die Aktienbanken vor die Entscheidung, "entweder nicht mehr durch Vorstandsmitglieder in den Aufsichtsräten ihrer Kundschaft vertreten zu sein oder ihre Depotkunden bei bestimmten Beschlüssen nicht vertreten zu können" ¹⁾.

Das Dilemma, das sich durch eine derart problematische Gesetzesvorschrift künftig vor allem für die Aktienbanken ergeben würde, hat jetzt schon eine überraschende Lösung gefunden: Geßler, der für die Neugestaltung des Depotstimmrechts anscheinend zuständige Referent im BJM, hat auch hierzu "klargestellt ..., daß E § 127 Abs.1 Satz 2 nicht für die Ausübung des Bankenstimmrechts gilt" ²⁾. Aus dem Entwurfstext und den anhängenden Erläuterungen kann eine solche Interpretation allerdings nicht hergeleitet werden. Wäre gerade diese neue Entwurfsbestimmung - sie gilt auf Geßlers Ausführungen hin wohl nur für Konzernverhältnisse - genauer gefaßt worden, hätte sich diese nachträgliche Klarstellung aus dem BJM wie auch manche Kritik ³⁾ von vornherein erübrigt.

1) Gemeinsame Denkschrift zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Köln - Bonn, Februar 1959, S.36.

2) E. Geßler, in: BB, Heft 13/1959, S.459.

3) S. z.B.: Anlageband zur Gemeinsamen Denkschrift zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Köln - Bonn, Mai 1959, S.39 ff.; Philipp Möhring in: Beiträge, S.104 f.

III. Die Denkschriften zum "Referentenentwurf eines Aktiengesetzes"

Insgesamt elf Verbände, Organisationen und Gremien haben bisher in sieben Denkschriften zu dem vom BJM im Oktober 1958 veröffentlichten "Referentenentwurf eines Aktiengesetzes" Stellung genommen.

Die Aktionsgemeinschaft freier Wirtschaftsprüfer ¹⁾, das Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. ²⁾, sowie die Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft ³⁾ haben sich in ihren Denkschriften jedoch nicht zum Depotstimmrecht geäußert.

Dagegen setzen sich die im folgenden besprochenen vier Denkschriften - im Namen von sieben Organisationen - eingehend mit der Entwurfsregelung des Depotstimmrechts auseinander.

1. Die Gemeinsame Denkschrift von fünf Spitzenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft vom Februar 1959

Fünf Spitzenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft haben im Februar 1959 eine "Gemeinsame Denkschrift zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes" ⁴⁾ vorgelegt. Für diese Denkschrift zeichnen:

-
- 1) S. Blick durch die Wirtschaft, Nr.49/27.2.59, S.1.
 - 2) S. FAZ, Nr.95/24.4.59, S.13.
 - 3) Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft, Zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes des Bundesjustizministeriums, Berlin, Mai 1959.
 - 4) Gemeinsame Denkschrift zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Köln - Bonn, Februar 1959 (zit.: Gemeinsame Denkschrift).

der Bundesverband der Deutschen Industrie;
der Bundesverband des privaten Bankgewerbes;
die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber-
verbände;
der Deutsche Industrie- und Handelstag;
der Gesamtverband der Versicherungswirtschaft.

Nach schwierigen Verhandlungen haben sich diese fünf Spitzenverbände zu einem gemeinsamen Arbeitskreis - unter dem Vorsitz von Wolfgang Pohle, Vorstandsmitglied der Mannesmann AG ¹⁾ - zusammengeschlossen; dem Vernehmen nach waren der Gemeinsamen Denkschrift heftige Auseinandersetzungen darüber vorausgegangen, ob zum Referentenentwurf überhaupt Stellung bezogen werden sollte. ²⁾ "Man demonstrierte Einigkeit" und nahm zu dem Entwurf die Haltung des "Ja - aber" ein. ³⁾ Da an dieser Denkschrift fünf bedeutende Verbände mitgewirkt haben, spielt sie als Stellungnahme der Wirtschaft eine wichtige Rolle in der Aktienrechtsdiskussion.

In ihrer Einleitung geht die Gemeinsame Denkschrift auch davon aus, "daß das Aktiengesetz von 1937 keineswegs versagt hat und daß Mißstände, die ein Eingreifen des Gesetzgebers geboten hätten, nicht aufgetreten sind. ... Wenn gefordert wird, der Aktionär müsse mehr Rechte erhalten, so geht es nicht um sein Eigentum, sondern um seine Mitgliedschaftsrechte innerhalb der Aktiengesellschaft. Dies ist aber keine Frage des Grundsatzes, sondern der Abgrenzung ... der Rechte der Gesellschafter untereinander." ⁴⁾

Wie aus der Einleitung weiter hervorgeht, gibt der Entwurf sehr ernste Ansätze zu tiefgreifenden Störungen des Wirtschaftslebens und einer Änderung der Wirtschaftsordnung, wie eine Untersuchung der praktischen Auswirkungen gewisser Vorschriften zeigt" ⁵⁾.

1) Nach Pressemeldungen wird Wolfgang Pohle am 1.1.60 in die Geschäftsleitung des Flick-Konzerns eintreten.

2) S.: FAZ, Nr.29/4.2.59, S.11; FAZ, Nr.60/12.3.59, S.13.

3) FAZ, Nr. 60/12.3.59, S.13.

4) Gemeinsame Denkschrift, S.9.

5) Ebenda, S.10.

An diese Gedankengänge schließt sich schon in der Einleitung die Einstellung der Gemeinsamen Denkschrift zum Depotstimmrecht an: "Auch die Neugestaltung des Bankenstimmrechts führt gerade bei Publikumsgesellschaften, also Aktiengesellschaften, bei denen der Aktienbesitz breit gestreut ist, zu technischen Erschwerungen, die auf das Schicksal der Gesellschaft von erheblichem Einfluß sein können." ¹⁾

Im besonderen führt die Gemeinsame Denkschrift zum Depotstimmrecht aus, daß man dem Referentenentwurf, der den unmittelbaren Einfluß des Aktionärs auf die Ausübung des Stimmrechts verstärken will, darin folgen kann, "wenn dies in zweckdienlicher Form geschieht" ²⁾. Allerdings macht der Entwurf nach der Auffassung der Spitzenorganisationen "doch gar zu bereitwillig vermeintliche Konzessionen an die Optik", wenn er "den Banken verbietet, im eigenen Namen zu stimmen, um dadurch auch nach außen in Erscheinung treten zu lassen, daß im Grunde nicht die Bank, sondern der Aktionär selbst abstimmt" ³⁾. Der Gemeinsamen Denkschrift kann insofern zugestimmt werden, als sich in Wirklichkeit an der Optik nichts ändert; denn es müssen die Banken nach geltendem Recht (§ 110 Satz 2 AktG) wie auch die Kreditinstitute nach dem Referentenentwurf (E § 120 Abs.1 Satz 2) im Teilnehmerverzeichnis der Hauptversammlung lediglich angegeben, ob bei den von ihnen vertretenen Aktien Eigen- oder Fremdbesitz vorliegt.

Die Denkschrift hält die Vorschläge des Entwurfs für "technisch undurchführbar. Sie würden gerade bei den 'vorbildlichen' Gesellschaften, nämlich den Publikumsgesellschaften mit großer Aktionärzahl, die Durchführung einer Hauptversammlung unmöglich machen." ⁴⁾

Zu den einzelnen Punkten macht die Denkschrift im wesentlichen keine konkreten und positiven Vorschläge, sondern be-

1) Gemeinsame Denkschrift, S.11.

2) Ebenda, S.32.

3) Ebenda, S.32.

4) Ebenda, S.32 f.

schränkt sich auf eine ablehnende Kritik zu der Depotstimmrechtsregelung des Referentenentwurfs. In dieser Haltung drückt sich die Mitwirkung des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes an der Gemeinsamen Denkschrift aus; der Bankenverband hat sich schon in seiner Stellungnahme vom April 1958 gegen eine Reform des Bankenstimmrechts ausgesprochen.

Die Erörterung der Denkschrift kann im folgenden nur die wesentlichen Punkte zum Depotstimmrecht herausstellen: ¹⁾

Die Gemeinsame Denkschrift geht davon aus, daß sich die Stimmrechtsvollmacht in ihrem Bestand und Umfang wie auch die Weisung des Depotkunden - der Formulierung des E § 126 Abs.1 zufolge - nach dem Auftragsrecht des BGB richten. Die Hauptversammlungsbeschlüsse hängen ab: einmal vom Innenverhältnis zwischen Kreditinstitut und Aktionär, sodann von der Bitte um Weisungen, die wiederum mit der Vollmachtseinholung verbunden sein muß.

Nach der Ansicht der Spitzenorganisationen unterliegt die Ordnungsmäßigkeit der Abstimmung damit noch einem weiteren Verhalten des Kreditinstituts; dieses Verhalten läßt sich weder von der Gesellschaft noch von der Hauptversammlung feststellen.

Jeder Hauptversammlungsbeschluß stünde in Zukunft unter Anfechtungsdrohung. Die Behauptung, die Bank habe ohne ordnungsgemäß eingeholte Vollmacht oder gegen die erteilte Weisung gestimmt, würde zur Begründung der - durch den Entwurf weitgehend erleichterten - Anfechtung völlig genügen; die Verwaltung könnte aus eigener Kenntnis einer solchen Behauptung nichts entgegensetzen.

Die Vorschriften des Referentenentwurfs würden, wie die Gemeinsame Denkschrift fortfährt, bei den Kreditinstituten zu

1) Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf: Gemeinsame Denkschrift, S.33 ff.

einem vermehrten Arbeitsanfall führen. Durch die derart gesteigerte "Gefahr technischer Fehler" würde "eine weitere Unsicherheit in das Abstimmungsverfahren hineingetragen" ¹⁾. Da sich die Hauptversammlungen auf wenige Wochen des Jahres zusammendrängen, hätten die Kreditinstitute innerhalb kurzer Zeit "ein ungeheures Abstimmungsmaterial" ²⁾ zu verarbeiten.

Der Denkschrift zufolge scheuen gerade die Publikumsaktionäre die Verwaltungsarbeiten und werden künftig zu einem namhaften Prozentsatz das ihnen überreichte Abstimmungsmaterial nicht rechtzeitig an ihre Kreditinstitute zurücksenden. Da ein Kreditinstitut ohne Vollmacht für die Aktionäre nicht abstimmen kann und diese auf der Hauptversammlung somit unvertreten wären, würde "die Durchsetzung sachfremder Ziele durch organisierte Minderheiten erleichtert" ³⁾. - Die in der Gemeinsamen Denkschrift gehegte Befürchtung, daß sich das an-lagesuchende Publikum bei einer Vermehrung der Verwaltungsarbeit für den Aktionär vom unmittelbaren Aktienerwerb zurückzöge, kann allerdings nicht geteilt werden.

Einen Kontrahierungszwang, wie E § 126 Abs.6 ihn vorsieht, lehnen auch die fünf Spitzenverbände ab. ⁴⁾ Dadurch würden die Kreditinstitute gegenüber allen anderen natürlichen und juristischen Personen diskriminiert; es bestehen auch keine Bedenken dagegen, daß man den Kreditinstituten das Recht, gewisse Aufträge zurückzuweisen, beläßt. - Dieser Auffassung kann gefolgt werden.

Einen kritischen Beitrag zur Neugestaltung des Depotstimmrechts leistet die Denkschrift, indem sie vorschlägt, die Stimmrechtsvollmacht abstrakt zu gestalten. "Sie hat dann

1) Gemeinsame Denkschrift, S.33

2) Ebenda, S.34.

3) Ebenda, S.34.

4) Ebenda, S.35 f.; vgl.: Denkschrift Bankenverband, S.22 f.

lediglich zum Inhalt, daß der Bevollmächtigte die Rechte des Vollmachtgebers als Aktionär auf der Hauptversammlung wahrnimmt. Ob der Bevollmächtigte nach den Weisungen seines Vollmachtgebers handelt, ist eine Frage des Innenverhältnisses zwischen diesen. Handelt der Bevollmächtigte nicht nach den Weisungen des Vollmachtgebers, macht er sich ersatzpflichtig. Dem Dritten, also der Gesellschaft gegenüber, hat dies jedoch keine Wirkung." ¹⁾

Beispiele im deutschen Recht für eine derart gestaltete Vollmacht, die nur intern weisungsgebunden und in ihrem Umfang Dritten gegenüber gesetzlich festgelegt ist, sind: die Prokura (§ 50 HGB), die Vertretungsmacht des GmbH-Geschäftsführers (§ 37 Abs.2 GmbHG) und des AG-Vorstands (§ 74 Abs.2 AktG).

Darüber hinaus schlägt die Denkschrift vor, daß den Banken gestattet bleibt, eine solche - abstrakt gestaltete - Vollmacht für 12 bis 15 Monate einzuholen, jedoch unter der Verpflichtung, den Aktionär vor jeder Hauptversammlung ausdrücklich um Weisungen zu bitten. - "Um nicht ein Sonderrecht für die Banken zu schaffen, sollte diese Stimmrechtsvollmacht allgemein eingeführt und auch jedem Privaten erteilt werden können." ²⁾

Die Gemeinsame Denkschrift begründet diese Vorschläge mit folgenden Worten: "Wenn die Banken also verpflichtet würden, vor jeder Hauptversammlung jedem Depotaktionär rechtzeitig die Abstimmungsunterlagen zu übersenden und um die Erteilung von Weisungen zu bitten, wäre damit sichergestellt, daß der Wille jedes einzelnen Aktionärs bei der Abstimmung zur Geltung kommt. Erteilt der Aktionär seiner Bank unter diesen Umständen keine ausdrückliche Weisung und stimmt die Bank nun entsprechend den Abstimmungsvorschlägen, die sie dem Aktionär vorher mitgeteilt hatte, so kommt auch darin der Wille des Aktionärs zum Ausdruck." ³⁾ -

1) Gemeinsame Denkschrift, S.36.

2) Ebenda, S.36.

3) Ebenda, S.35.

Bei einer kritischen Prüfung läßt sich aus dieser Gemeinsamen Denkschrift schließen, daß es den im Bundesverband des privaten Bankgewerbes zusammengeschlossenen Geschäftsbanken vor allem darum geht, auch weiterhin möglichst viele Aktienstimmrechte der Depotkunden in den Hauptversammlungen vertreten zu können. Die obenstehenden Vorschläge der Denkschrift suchen deshalb zu verhindern, daß die Kreditinstitute - gemäß E § 126 Abs.1 Satz 2 - für die Ausübung des Depotstimmrechts künftig vor jeder einzelnen Hauptversammlung Stimmrechtsvollmachten einholen müssen. Während nach geltendem Recht die Erteilung einer Generalermächtigung an die Bank für die Ausübung der Aktienstimmrechte aus allen Depotposten des Kunden zulässig und üblich ist, gehen der Referentenentwurf wie auch offensichtlich die Vorschläge der Gemeinsamen Denkschrift von Einzelvollmachten aus. Die Banken wollen diese Vollmachten - genauso wie bisher die Ermächtigungen - zum Jahresbeginn gleichzeitig mit der Übersendung der Depotauszüge an die Depotaktionäre einholen können. Dieses Verlangen entspringt wohl kaum nur der Besorgnis über vermehrten Arbeitsanfall und gesteigerte Kosten für die Kreditinstitute, wie in der Denkschrift vorgebracht wird. Vielmehr werden die Banken von der Erfahrungstatsache ausgehen, daß die Depotaktionäre die Vollmachtsformulare - wie bisher die Ermächtigungsdrucke - am ehesten zusammen mit den Bestätigungsduplikaten der Depotauszüge unterschreiben und im beigefügten Freiumschlag an ihre Depotbank zurücksenden.

Sind die Banken erst einmal im Besitz der - nach den Vorschlägen der Denkschrift - auf 12 bis 15 Monate ausgestellten und abstrakt gehaltenen Stimmrechtsvollmacht des Depotkunden, so bleibt die Ausübung des Depotstimmrechts grundsätzlich davon unberührt, ob der Kunde vor der einzelnen Hauptversammlung auf die Bitte des depotführenden Kreditinstituts um Weisungen antwortet oder schweigt. - Nach aller Erfahrung läßt die Masse der Aktionäre solche Weisungsanfragen ¹⁾ unbeantwortet. Die bevollmächtigte Depotbank kann

1) Schon jetzt müssen die Banken nach den "Grundsätzen über die Ausübung des Depotstimmrechts" bei wichtigen Satzungsänderungen (Nr.3) sowie in Oppositionsfällen (Nr.4) ihre Depotkunden um Weisungen bitten.

daher das Schweigen des Depotaktionärs als eine stillschweigende Weisung auslegen und das Stimmrecht entsprechend den Vorschlägen, die sie ihm unterbreitet hat, ausüben.

Müßten die Kreditinstitute hingegen für jede einzelne Hauptversammlung eine Vollmacht zur Ausübung des Depotstimmrechts einholen wie auch gleichzeitig um Weisungen bitten - E § 126 Abs.1 Satz 2 sieht dies vor -, würden gewiß viele Aktionäre weder Vollmacht noch Weisungen erteilen. Den Banken gingen zahlreiche Aktienstimmrechte, an deren Ausübung sie - aus welchen Gründen auch immer - interessiert sind, durch die Gleichgültigkeit der Aktionäre verloren.

Die Gemeinsame Denkschrift spricht diese Überlegungen freilich nicht aus, aber sie liegen ihr zweifellos zugrunde. Faßt man die vorausgegangenen Ausführungen zusammen, so lautet das Ergebnis: Dem privaten Bankgewerbe ist - nach den Vorschlägen der Denkschrift - an der Erteilung einer abstrakten, zumindest für ein Jahr geltenden Vollmacht gelegen; dagegen sind die Banken an konkreten Weisungen für die einzelne Hauptversammlung nicht interessiert. Ohne Vollmacht können die Banken das Depotstimmrecht überhaupt nicht ausüben. Ist die Vollmacht aber einmal erteilt, so werden die Aktionäre - wie bisher schon bei der Ermächtigung - in aller Regel auf Anfragen der Banken nach Weisungen nicht reagieren: Die bevollmächtigte Bank kann dennoch abstimmen. - Diese Gedankengänge beziehen sich auf den Referentenentwurf und treffen nur für den Fall zu, daß die Entwurfsvorschriften zum Depotstimmrecht in der jetzigen Form in das neue Aktiengesetz eingehen.

Die Gemeinsame Denkschrift vom Februar 1959 setzt sich im übrigen noch mit E § 126 Abs.2 Satz 2 (Ausübung des Depotstimmrechts in der einen Hauptversammlung einer Aktienbank) ¹⁾ und im Anlageband ²⁾ vom Mai 1959 ausführlich mit E § 127

1) Gemeinsame Denkschrift, S.35, 37.

2) Anlageband zur Gemeinsamen Denkschrift zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Köln - Bonn, Mai 1959, (zit.: Anlageband zur Gemeinsamen Denkschrift).

Abs.1 (Ausschluß des Stimmrechts bei Personalunion) ¹⁾ auseinander. - Jedoch sei hier darauf hingewiesen, daß nach der Klarstellung durch Geßler (BJM) E § 126 Abs.2 Satz 2 gestrichen werden soll und E § 127 Abs.1 Satz 2 nicht für die Ausübung des Depotstimmrechts gilt, falls es bei der Regelung des Referentenentwurfs bleibt. ²⁾

2. Die Stellungnahme der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz vom Februar 1959

Der Vorstand der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V. hat im Februar 1959 eine "Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes" ³⁾ veröffentlicht; sie gliedert sich in einen allgemeinen Teil sowie in Änderungsvorschläge.

a) Der allgemeine Teil der Stellungnahme ⁴⁾

Im allgemeinen Teil ihrer Stellungnahme beurteilt die Schutzvereinigung die Depotstimmrechtsregelung des E § 126 wie folgt: "Den unverkennbaren Vorteilen steht der Nachteil eines größeren Verwaltungs- und Kostenaufwands gegenüber." ⁵⁾ Er trifft - wie die Stellungnahme fortfährt - nicht nur die Banken, sondern auch die Unternehmen, "die gezwungen sind, jede einzelne Vollmacht auf ihren materiellen Inhalt und dessen Übereinstimmung mit der abgegebenen Stimme zu überprüfen, um die Unsicherheit einer Anfechtungsklage zu vermeiden" ⁶⁾. Die

1) Anlageband zur Gemeinsamen Denkschrift, S.39 ff.; s. auch Gemeinsame Denkschrift, S.36.

2) E. Geßler, in: BB, Heft 13/1959, S.459.

3) Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V., Der Vorstand, Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Düsseldorf, Februar 1959 (zit.: Stellungnahme Schutzvereinigung).

4) Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf: Stellungnahme Schutzvereinigung, S.12 ff.

5) Stellungnahme Schutzvereinigung, S.12.

6) Ebenda, S.12.

Schutzvereinigung weist vor allem auf die Rechtsunsicherheit über die Gültigkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen hin, wie sie bei Publikumsgesellschaften mit vielen tausend Aktionären entstehen wird.

Zu diesen Ausführungen der Stellungnahme erscheint eine Klarstellung angebracht: Nach E § 126 Abs.3 bleiben die Vollmachtsurkunden in der Verwahrung des bevollmächtigten Kreditinstituts und brauchen nur in bestimmten Fällen bei der Anfechtung von Hauptversammlungsbeschlüssen vorgelegt zu werden. Das bevollmächtigte Kreditinstitut würde zudem das Bankgeheimnis verletzen, wenn es von vornherein die Vollmachtsurkunden der Gesellschaft zur Prüfung überließe. - Schon deshalb hätte der Referentenentwurf bei der Formulierung des E § 126 Abs.3 Satz 2 "brauchen" besser durch "dürfen" ersetzen sollen.

Nach Auffassung der Schutzvereinigung könnte die Rechtsunsicherheit dadurch beseitigt werden, indem neben der im Entwurf vorgesehenen Weisungsvollmacht auch eine Generalvollmacht zugelassen wird. Eine solche Generalvollmacht würde sich ähnlich wie die in § 114 Abs.4 AktG geregelte Stimmrechtsermächtigung der Banken auswirken und sich auf alle Depotaktien des Kunden bei dem generalbevollmächtigten Kreditinstitut erstrecken.

Die Schutzvereinigung nimmt in ihrer Stellungnahme an, "daß ein großer Teil der Depotkunden sich dieser Generalvollmacht bedienen würde. ... Sieht man von den Fällen der Opposition ab, so erscheint die Annahme ebenfalls zutreffend, daß die Mehrzahl der Aktionäre auch in der Zukunft den Vorschlägen der Kreditinstitute zur Ausübung des Stimmrechts folgen wird. Das führt aber zu ähnlichen Abstimmungsergebnissen wie bisher. ... Denn in Gesellschaften mit breitem Streubesitz werden viele Aktionäre davon Abstand nehmen, ja sogar darauf verzichten, eine Weisung zu erteilen. ... Nur im Falle der Opposition könnte es anders liegen, weil sich in der Person des

Opponenten ein Stimmrechtsvertreter den gleichgesinnten Aktionären anbietet." 1)

Nach Nr. 2 der geltenden "Grundsätze für die Ausübung des Depotstimmrechts" übt die Bank mangels bestimmter Weisungen des Depotkunden das Stimmrecht so aus, "wie sie es im Interesse des Aktionärs für geboten erachtet". An diesem Punkt setzt der Abänderungsvorschlag der Schutzvereinigung an. Er beläßt es zwar bei dem bisherigen Ermächtigungsverfahren, will jedoch die Kreditinstitute gesetzlich verpflichten, bei fehlenden Weisungen das Stimmrecht ausschließlich im Interesse der Aktionäre auszuüben. Der Vorschlag der Schutzvereinigung legt das "Interesse des Aktionärs" also nicht in das subjektive Ermessen des Kreditinstituts, sondern stellt auf das objektiv zu ermittelnde Interesse des Aktionärs ab.

Nach dem Vorschlag der Schutzvereinigung macht sich das Kreditinstitut schadensersatzpflichtig, wenn es gegen die Verpflichtung zur Wahrung der Aktionärinteressen verstößt. Das Kreditinstitut hat zu beweisen, daß es die erforderliche Sorgfalt angewandt hat. Zum Abschluß ihres ersten, allgemeinen Teils bemerkt die Stellungnahme: "Die Kreditinstitute selbst werden insoweit vor unberechtigten Vorwürfen geschützt." 2)

b) Die Änderungsvorschläge der Stellungnahme 3)

Die Denkschrift der Schutzvereinigung führt in ihrem zweiten Teil, der die Überschrift "Änderungsvorschläge" trägt, zur Depotstimmrechtsregelung des Referentenentwurfs zwar aus: "Es wird ... davon abgesehen, zu Einzelheiten dieser Bestimmung Abänderungsvorschläge zu machen"; denn "E § 126 trägt den gegen die Ausübung des Bankstimmrechts geäußerten Bedenken weitgehend Rechnung." 4)

1) Stellungnahme Schutzvereinigung, S.13.

2) Ebenda, S.14.

3) Die weiteren Ausführungen beziehen sich auf: Stellungnahme Schutzvereinigung, S.49 ff.

4) Stellungnahme Schutzvereinigung, S.50.

Dagegen legt die Schutzvereinigung einen in sich geschlossenen Alternativvorschlag vor. Er lautet: ¹⁾

- (1) Kreditinstitute dürfen das Stimmrecht für Aktien, die ihnen nicht gehören, nur ausüben, wenn sie zur Ausübung des Stimmrechts schriftlich ermächtigt sind. Die Ermächtigung muß einem bestimmten Kreditinstitut erteilt werden. Sie muß bei der Erteilung vollständig ausgefüllt sein und darf nicht mit anderen Erklärungen verbunden werden. Sie kann nur für einen Zeitraum von längstens 15 Monaten erteilt werden und ist jederzeit widerruflich. Das ermächtigte Kreditinstitut kann die Ermächtigung auf Personen, die nicht seine Angestellten sind, nur übertragen, wenn die Ermächtigung dies ausdrücklich vorsieht und das ermächtigte Kreditinstitut am Ort der Hauptversammlung keine Niederlassung hat.
- (2) Sieht die Tagesordnung eine Satzungsänderung oder eine Beschlußfassung vor, die eine Mehrheit von mindestens drei Vierteln des vertretenen Grundkapitals erfordert, oder liegen Gegenanträge von Aktionären gemäß § 118 vor, so dürfen Kreditinstitute das Stimmrecht auf Grund einer Ermächtigung nur ausüben, wenn sie den Aktionär zu den Gegenständen der Tagesordnung unter Mitteilung der Vorschläge der Verwaltungsträger, der Gegenanträge von Aktionären und ihrer eigenen Vorschläge um Weisungen gebeten haben. Soll das Stimmrecht auf der Hauptversammlung des ermächtigten Kreditinstituts ausgeübt werden, bedarf dieses stets einer ausdrücklichen Weisung zu den Gegenständen der Tagesordnung.
- (3) Hat der Aktionär keine Weisung erteilt, so muß das Kreditinstitut das Stimmrecht auf Grund einer Ermächtigung im Interesse des Aktionärs ausüben. Ein Kreditinstitut, das diese Pflicht verletzt, ist dem Aktionär zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Es hat nachzuweisen, daß es die erforderliche Sorgfalt angewandt hat.
- (4) Die Absätze 1 bis 3 gelten sinngemäß für die Ausübung des Stimmrechts durch Geschäftsleiter oder Angestellte eines Kreditinstituts aus Aktien, die weder ihnen noch dem Kreditinstitut gehören und dem Kreditinstitut zur Verwahrung anvertraut sind.
- (5) Ein Kreditinstitut ist verpflichtet, den Auftrag eines Aktionärs zur Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung anzunehmen, wenn ihm die Aktie zur Verwahrung anvertraut ist und es ihn oder einen Aktionär um Weisungen für die Ausübung des Stimmrechts gebeten hat.

1) Stellungnahme Schutzvereinigung, S.49 f.

Zu Absatz 1: Der Alternativvorschlag hält an der Ermächtigung des § 114 Abs.4 AktG fest. Er übernimmt allerdings E § 126 Abs.1 Satz 6 sinngemäß. Mit dieser Bestimmung beabsichtigen der Referentenentwurf wie auch der Alternativvorschlag der Schutzvereinigung, das sogenannte Ausleihen von Stimmrechten unter den Kreditinstituten einzuschränken.

Hierzu ist zu bemerken: Bei der Vertretung von Depot-Aktienstimmrechten hat die Schutzvereinigung bisher gewissermaßen in Konkurrenz mit den Depotbanken gestanden. Aus dem Eigeninteresse der Schutzvereinigung heraus wird verständlich, daß sie eine solche gegen die Banken gezielte Regelung des Referentenentwurfs befürwortet.

Zu Absatz 1 des Alternativvorschlags weist die Schutzvereinigung ergänzend darauf hin, daß bei Aktionären mit Sitz im Ausland die Einholung von Vollmachten und Weisungen für jede Hauptversammlung kaum praktikabel ist. Die Folge wäre, daß diese Aktienstimmen häufig unvertreten bleiben müßten.

Zu Absatz 2: Der Alternativvorschlag übernimmt in Abs.2 Satz 1 die Grundsätze Nr. 3 und 4 des Bankenverbandes - wonach die ermächtigte Bank bei Satzungsänderungen, wichtigen Beschlüssen und Opposition den Aktionär zuvor um Abstimmungsweisungen bitten muß - als Bestandteile eines künftigen Aktiengesetzes. Ferner findet sich die Bestimmung des E § 126 Abs.2 Satz 2 (Ausübung des Depotstimmrechts auf der eigenen Hauptversammlung des Kreditinstituts), von der sich das BJM inzwischen distanziert hat, ¹⁾ wörtlich in Abs.2 Satz 2 des Alternativvorschlages.

Zu Absatz 3: Das Schwergewicht des Alternativvorschlages liegt, wie die Schutzvereinigung in ihrer Stellungnahme betont, auf diesem Absatz. Demnach sollen die Kreditinstitute das Depotstimmrecht nur noch "im Interesse des Aktionärs" ausüben können; durch diese Formulierung wird das Aktionärinteresse objektiviert.

1) E. Geßler, in: BB, Heft 13/1959, S.459.

Demgegenüber lassen die geltenden Depotstimmrechts-Richtlinie in den Bankenverbands-Grundsätzen dem subjektiven Ermessen der Bank Raum für Entscheidungen, "die nicht notwendig dem zu wahrenen Interesse gerecht zu werden brauchen" ¹⁾: Nach Nr. 2 der Grundsätze kann nämlich die Bank das Depotstimmrecht so ausüben, "wie sie es im Interesse des Aktionärs für geboten erachtet".

Die Schutzvereinigung bemerkt in ihrer Stellungnahme, daß auch nach dem Alternativvorschlag die Fälle überwiegen werden, in denen keine Weisungen eingeholt zu werden brauchen und die Kreditinstitute "vornehmlich in eigener Verantwortung" ²⁾ abstimmen können. Darum enthält Abs.3 des Alternativvorschlags folgende Haftungsbestimmung: Wird bei der Ausübung des Depotstimmrechts das objektive Aktionärsinteresse verletzt, so ist das betreffende Kreditinstitut zu Schadenersatz verpflichtet. Da nach der Bestimmung des Vorschlags das Kreditinstitut nachweisen muß, daß es die erforderliche Sorgfalt angewandt hat, wird zugleich die Beweislast umgekehrt. Dem Aktionär wäre nämlich ein solcher Nachweis kaum möglich.

C.E. Fischer bezeichnet es als Spiegelfechterei, "daß hier so getan wird, als sei diese 'Haftung auf Schadenersatz' eine echte Verbesserung des geltenden Rechtszustands im Interesse der Aktionäre und einer möglichst unverfälschten Willensbildung in der HV. Diese 'Haftung' der Kreditinstitute steht 'nur auf dem Papier', denn das 'objektiv zu ermittelnde Interesse des vertretenen Aktionärs' gegen ein Kreditinstitut ist konkret überhaupt nicht so einfach zu ermitteln, daß irgendein Gericht - von grob und ungeschickt behandelten Einzelfällen abgesehen - zu einem Urteil auf Schadenersatz gegen eine Bank gelangen könnte! Angesichts solcher Ausgangslage für 'tröstend' in Aussicht gestellte Schadenersatzprozesse nützt es auch recht wenig, wenn die Schutzvereinigung in

1) Stellungnahme Schutzvereinigung, S.51.

2) Ebenda, S.51.

ihrer Stellungnahme zu diesem Punkt darauf hinweist, daß hier das Kreditinstitut die Beweislast zu tragen hätte." 1)

c) Zur Kritik an der Schutzvereinigung und ihrer Stellungnahme

Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V., Düsseldorf, ist im Dezember 1956 entstanden durch den Zusammenschluß der neun regionalen Schutzvereinigungen 2), die schon zuvor durch die Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigungen für Wertpapierbesitz miteinander verbunden waren. 3) An allen acht deutschen Börsenplätzen unterhält die Deutsche Schutzvereinigung Landesverbände mit Geschäftsstellen. 4)

Nach eigenen Angaben zählt die Schutzvereinigung über 12 000 Mitglieder 5). Sie ist damit der weitaus größte und einzige bedeutende Aktionärverein in Deutschland. - "Das Wertpapier" ist die monatlich erscheinende Zeitschrift der Deutschen Schutzvereinigung für ihre Mitglieder.

Auf einer Pressekonferenz am 5. August 1959 in Hamburg hat Erich Weiland, der dem linken Flügel der CDU nahesteht und schon vorher als Vertreter der Preußag-Volksaktionäre hervorgetreten ist, scharfe Angriffe gegen die Deutsche Schutzvereinigung vorgetragen. - Die Vereinigten Wirtschaftsdienste (VWD), Frankfurt (Main), haben eine Meldung darüber an die Presse weitergegeben, die im folgenden auszugsweise angeführt wird: 6)

-
- 1) Curt Eduard Fischer, Glaubiger mit Aktionär-Stimmrechten. Die Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz zum Depotstimmrecht der Banken, in: Die Zeit, Nr.13/26.3.59, S.21.
 - 2) Schutzvereinigungen für Wertpapierbesitz in: Bayern; Berlin; Bremen; Hamburg und Schleswig-Holstein; Hessen; Niedersachsen; Nordrhein-Westfalen; Rheinland-Pfalz; Baden-Württemberg. - S. Rudolf Mindner, a.a.O., S.342.
 - 3) S. Rudolf Mindner, a.a.O., S.148.
 - 4) S. ders., a.a.O., S.342.
 - 5) Das Wertpapier, Heft 8/1959, S.521.
 - 6) Zit. nach: Ohne Verf., Kritik an der Schutzvereinigung?, in: Das Wertpapier, Heft 8/1959, S.521.

"Heftige Kritik an den personellen und finanziellen Verflechtungen zwischen der 'Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.' einerseits und den Großbanken andererseits übte der Düsseldorfer Dipl.-Ing. Erich Weiland ... auf einer Pressekonferenz in Hamburg. ... Weiland erklärte, daß die 'Schutzvereinigung' in engen Beziehungen zu den Großbanken und industriellen Großunternehmen stehe.

Die 'Schutzvereinigung' werde teils unmittelbar von diesen Kreisen, teils über eine 'Treuhandstelle des Deutschen Wertpapierbesitzes GmbH' finanziell gefördert. Die maßgebenden Gesellschafter der 'Treuhandstelle' seien die Deutsche Bank, Dresdner Bank, die Commerzbank und das Bankhaus Trinkaus, Düsseldorf." ...

Schon im September 1958 hat Meilicke in einem Vortrag anläßlich des 12. Deutschen Betriebswirtschaftler-Tages in Berlin mitgeteilt, daß die "Treuhandgesellschaft des deutschen Wertpapierbesitzes GmbH., Düsseldorf, deren Aufsichtsratsvorsitzer der Präsident der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V., Dr. Johannes Semler, ist, ... wieder eine Beteiligungsgesellschaft der drei deutschen Großbanken und des Bankhauses Trinkaus sowie des Nachlasses Staatssekretär a.D. Christian Schmidt ¹⁾ ist, der die Beiträge von industrieller Seite zur Verfügung gestellt erhalten hat. Diese Treuhandgesellschaft ist also wiederum ein Bankenorgan." ²⁾

Auch C.E. Fischer hat im März 1959 in einem Zeitungsartikel behauptet, "daß die Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz zwar ein 'eingetragener' Verein, indessen aber in seiner Willensbildung keine selbständige Vereinigung kleiner Aktienbe-

1) Anm. des Verf.: Carl Christian Schmid (nicht: Schmidt) - 1955 gestorben - war Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, des früheren Spitzenorgans der neun regionalen Schutzvereinigungen. - S. Rudolf Mindner, Das Kleine Börsenlexikon, 1. Aufl., Düsseldorf 1954, S.46; VW, Nr. 46/1955, S.9.

2) Heinz Meilicke, Das Minderheitsproblem im Aktienrecht, in: Dynamische Betriebsführung, Vorträge des 12. Deutschen Betriebswirtschaftler-Tages, Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft, Berlin 1959, S.211 f.

sitzer ist, sondern ein in seinen Vorstands-Entscheidungen 'abhängiger Organ-Verein' einer Holding-Aufgaben erfüllenden GmbH, der 'Treuhandgesellschaft des deutschen Wertpapierbesitzes GmbH., Düsseldorf'." ¹⁾

Schon einen Tag nach der Pressekonferenz Weilands, am 6. August 1959, hat die Deutsche Schutzvereinigung zu dessen Anschuldigungen Stellung genommen. In ihrer Erwiderung ²⁾ heißt es unter anderem:

"Im Vorstand der Deutschen Schutzvereinigung, der sich aus 27 Herren zusammensetzt, sind nur 3 Herren des Bankgewerbes vertreten, davon ein Vertreter einer Großbank. Dem industriellen Bereich sind weitere 4 Herren zuzurechnen..." ³⁾

Die drei Bankvertreter sind: Heinrich Focken (Bankdirektor i.R.); Hanns Walter (Direktor der Hauptfiliale Wuppertal der Deutschen Bank); Johannes Zahn (Mitinhaber des Bankhauses C.G. Trinkaus, Düsseldorf). ⁴⁾

Die Erwiderung an Weiland fährt fort: "Die Mitgliedsbeiträge von Kreditinstituten und industriellen Unternehmen halten sich im Rahmen des von der Mitgliederversammlung gefaßten Beschlusses über die Festsetzung des Jahresbeitrages. Daraus eine finanzielle Abhängigkeit herleiten zu wollen, ist umso abwegiger, als die Schutzvereinigung von über 12 000 Mitgliedern getragen wird." ⁵⁾

-
- 1) Curt Eduard Fischer, Gläubiger mit Aktionär-Stimmrechten. Die Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz zum Depotstimmrecht der Banken, in: Die Zeit, Nr. 13/26.3.59, S.21.
 - 2) Erwiderung der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V. auf die von Dipl.Ing. Erich Weiland an ihr geübte Kritik (vervielfältigtes Manuskript für die Presse), Düsseldorf, 6.8.59, S.1 f. (zit.: Erwiderung an Weiland). - S. hierzu auch: Ohne Verf., Kritik an der Schutzvereinigung?, in: Das Wertpapier, Heft 8/1959, S.521 f.
 - 3) Erwiderung an Weiland, S.1.
 - 4) Vgl. Stellungnahme Schutzvereinigung, S.2.
 - 5) Erwiderung an Weiland, S.1.

Der Mindest-Jahresbeitrag beträgt: 30 DM für Firmen und Besitzer größerer Depots; 12 DM für natürliche Personen mit kleineren Depots. Beim Erwerb der Mitgliedschaft erhebt die Deutsche Schutzvereinigung ein einmaliges, freiwilliges Beitrittsgeld in beliebiger Höhe. Man wird davon ausgehen können, daß sich der Großteil der mehr als 12 000 Mitglieder aus Aktionären mit relativ kleinem Besitz zusammensetzt; ihnen gegenüber fallen die Mitgliedsfirmen des Bankgewerbes und der Industrie mit ihren ungleich höheren Beitragsleistungen weit stärker ins Gewicht. Man muß gerade bei dieser Schutzvereinigung die Mitgliedschaften wägen, und nicht zählen.

Weiter heißt es in der Erwiderung an Weiland: "Es bestehen keine gesellschaftsrechtlichen oder finanziellen Bindungen der Schutzvereinigung an die Treuhandgesellschaft des deutschen Wertpapierbesitzes GmbH. Die Treuhandgesellschaft ist eine Gründung aus der Zeit der Demontage, Entflechtung und der notwendigen Wiederherstellung der Rechte des Wertpapierbesitzes. Aus den besonderen Aufgaben dieser Zeit erklärt sich auch das Beteiligungsverhältnis der Banken an dieser Gesellschaft." 1)

Bemerkenswert ist, daß die Schutzvereinigung die Behauptung Weilands, die drei Großbanken und das Bankhaus Trinkaus seien die maßgebenden Gesellschafter dieser Treuhandgesellschaft, weder an dieser noch an anderer Stelle der Erwiderung dementiert.

Im übrigen könne, wie die Schutzvereinigung weiter erwidert, von einer engen personellen Verflechtung zu Großbanken und zur Großindustrie keine Rede sein; ebenso weist die Schutzvereinigung die Behauptung finanzieller Abhängigkeit scharf zurück. 2)

1) Erwiderung an Weiland, S.1 f.

2) Erwiderung an Weiland, S.1 f.

Die Erwiderung der Schutzvereinigung hat die Angaben Meilickes, C.E. Fischers wie auch vor allem Weilands zum Teil weder bestritten noch bestätigt. Deshalb ist der Verfasser zweimal mit Fragen, die sich auf die erwähnten Behauptungen beziehen, an die Geschäftsführung der Deutschen Schutzvereinigung herangetreten. Die Geschäftsführung hat in zwei Antwortschreiben dem Verfasser folgenden Aufschluß gegeben über die Verbindungen zwischen der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V. (nachstehend "Schutzvereinigung" genannt) und der Treuhandgesellschaft für deutschen Wertpapierbesitz GmbH (nachstehend "Treuhandgesellschaft" genannt): ¹⁾

An der Treuhandgesellschaft besteht ein 50-prozentiges Beteiligungsverhältnis der Banken. Die Namen der Banken und die Höhe ihrer Beteiligung sind dem Verfasser nicht genannt worden. Da sich die Schutzvereinigung zu den ihr vom Verfasser vorgelegten Angaben Meilickes ²⁾ nicht geäußert hat, wird es sich bei den zu 50 % an der Treuhandgesellschaft beteiligten Banken tatsächlich um die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerzbank sowie um das Düsseldorfer Bankhaus C.G. Trinkaus ³⁾ handeln.

Zwar hat sich nicht klären lassen, ob die übrige Beteiligung juristisch auf den Nachlaß des 1955 verstorbenen Vorsitzers der Schutzvereinigung, C.C. Schmid, entfällt; nach Mitteilung Meilickes ⁴⁾ sollen ja Schmid Beträge von industrieller Seite hierfür zur Verfügung gestellt worden sein. Aber gerade weil sich die Geschäftsführung der Schutzvereinigung auch zu diesem Punkt dem Verfasser gegenüber ausgesprochen

-
- 1) Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V., Die Geschäftsführung, Schreiben vom 10.8.59 und 14.8.59 an den Verf.
 - 2) Heinz Meilicke, a.a.O., S.211 f.
 - 3) C.G. Trinkaus scheint die einzige Bankverbindung der Schutzvereinigung zu sein; Johannes Zahn, Mitinhaber dieses Bankhauses, ist Vorstandsmitglied der Schutzvereinigung.
 - 4) Heinz Meilicke, a.a.O., S.212.

hat, kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die Information Meillickes zutrifft und mithin die übrigen 50 % der Beteiligung an der Treuhandgesellschaft sich praktisch in den Händen der Schutzvereinigung befinden.

Wenn die Schutzvereinigung auf die Kritik Weillands erwidert, daß "keine gesellschaftsrechtlichen oder finanziellen Bindungen der Schutzvereinigung an die Treuhandgesellschaft" bestehen, so spricht diese wohlüberlegte Formulierung nicht die ganze Wahrheit aus. Wie aus der Antwort der Geschäftsführung der Schutzvereinigung vom 14. August 1959 - auf die Frage des Verfassers nach sonstigen Bindungen, insbesondere persönlicher Art - hervorgeht, besteht in Wirklichkeit zwischen der Schutzvereinigung und der Treuhandgesellschaft folgende persönliche Verflechtung:

Johannes Semler, der Präsident der Schutzvereinigung, ist zugleich Vorsitzender des Beirates der Treuhandgesellschaft.¹⁾ Hellmuth Will, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Schutzvereinigung, und Hans-Jürgen Koppenberg, Geschäftsführer der Schutzvereinigung, sind gleichzeitig die Geschäftsführer der Treuhandgesellschaft.

Ergebnis: Die drei Großbanken und das Bankhaus C.G.Trinkaus sind zu 50 % an der Treuhandgesellschaft des deutschen Wertpapierbesitzes GmbH, Düsseldorf, beteiligt. Beiratsvorsitzender dieser Treuhandgesellschaft ist der Präsident der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V., Düsseldorf. Die Geschäftsführer der Treuhandgesellschaft sind mit denen der Schutzvereinigung identisch. Infolge dieser dreifachen Personalunion ist zumindest die personelle Bindung der Schutzvereinigung über die besagte Treuhandgesellschaft an die Großbanken erwiesen.

Überprüft man unter diesem Blickwinkel nochmals kritisch die Reformvorschläge der Deutschen Schutzvereinigung zum Depot-

1) Semler ist - entgegen der Behauptung Meillickes (a.a.O., S.211) - nicht Aufsichtsratsvorsitzer, da bei dieser Treuhandgesellschaft kein AR besteht.

stimmrecht der Banken, so muß allerdings eingeräumt werden, daß diesen Vorschlägen im wesentlichen keine "Banken-hörigkeit" der Schutzvereinigung vorgeworfen werden kann.

Zwar meint die Süddeutsche Zeitung: "Sogar die als Bastion der Kleinaktionäre geltende Schutzvereinigung für Wertpapierbesitzer hat sich in ihrer Denkschrift zur Aktienrechtsreform nicht über einen Kompromißvorschlag hinausgewagt." ¹⁾

Jedoch trifft dieser Einwand wohl nicht in erster Linie die Vorschläge der Stellungnahme zum Depotstimmrecht. Vergleicht man diese Stellungnahme der Schutzvereinigung mit der Gemeinsamen Denkschrift der fünf Spitzenverbände, an der auch der Bankenverband mitgewirkt hat, so weichen diese beiden Ausarbeitungen gerade in wesentlichen Punkten des Depotstimmrechts völlig voneinander ab.

Schließt sich auch der Alternativvorschlag der Schutzvereinigung den beiden wichtigsten Vorschlagspunkten des Referentenentwurfs zur Reform des Bankenstimmrechts - Einzelvollmacht sowie Koppelung von Vollmachtseinholung und Weisungsbitte - nicht an, so folgt die Stellungnahme doch im übrigen der Depotstimmrechtsregelung des Referentenentwurfs. Der Alternativvorschlag der Schutzvereinigung enthält, ebenso wie der Referentenentwurf, eine Reihe von Bestimmungen, die gegenüber dem geltenden Recht für die Banken die Ausübung des Depotstimmrechts erschweren. Somit kann hier nicht von einem "bankenfrendlichen" Kompromiß gesprochen werden, der - wie C.E. Fischer ²⁾ sich ausdrückt - an den derzeit geübten Usancen festhält und dem BJM wie auch der deutschen Fachwelt eine durchsichtige Optik zu bieten wagt.

In mancher Beziehung geht der Alternativvorschlag der Schutzvereinigung sogar noch über die Vorschriften des Referenten-

1) Ohne Verf., Krisen im Vorstand, in: SZ, Nr. 63/14.-15.3.59, S.17.

2) Curt Eduard Fischer, Faire und getreue Rechenschaft der Manager? Die demokratische Optik der Schutzvereinigungsvorschläge - HV als Komödie, in: Die Zeit, Nr. 14/3.4.59, S.9.

entwurfs zum Depotstimmrecht hinaus. Das haben die vorausgehenden Darlegungen gezeigt.

Desungeachtet verurteilt C.E. Fischer - zu Unrecht - mit der ihm eigenen Schärfe die Vorschläge der Deutschen Schutzvereinigung zur Neugestaltung des Depotstimmrechts: "Praktisch sind die ganzen Empfehlungen der Stellungnahme des Vorstands der Schutzvereinigung ... der gar nicht einmal sehr sorgfältig kaschierte Versuch, im Interesse der Banken den 'Status quo' für die Praktizierung des Stimmrechts aus Depotaktien aufrechtzuerhalten. Gerechterweise dürfte man ... der Schutzvereinigung ... die Wahrnehmung dieser einseitigen Interessen der Banken an der Neufassung des Aktiengesetzes gar nicht zur Last legen; denn jeder Fachkundige weiß um diese Interessen-Bindung ..." ¹⁾. Dieser Anwurf C.E. Fischers - nach ihm ist die Einstellung zu E § 126 die "Gretchenfrage" für die Schutzvereinigung - schießt übers Ziel hinaus.

3. Die Bemerkungen und Vorschläge der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft vom März 1959

Der Hauptvorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) hat im März 1959 eine Denkschrift zur Aktienrechtsreform ausgearbeitet: Bemerkungen und Vorschläge der DAG zum "Referentenentwurf eines Aktiengesetzes".

Nachdem diese Denkschrift vergriffen war, hat die DAG im Juli 1959 eine zweite, redaktionell verbesserte Auflage herausgegeben, jedoch ohne diese als solche zu kennzeichnen. Die folgenden Ausführungen und Zitate beziehen sich ausschließlich auf diese Neuauflage, die dem Sinn nach mit der ersten Auflage übereinstimmt.

Wie die DAG in der allgemeinen Vorbemerkung zu ihrer Schrift erklärt, ist der Referentenentwurf "geeignet, in vieler Hin-

1) Curt Eduard Fischer, a.a.O., in: Die Zeit, Nr. 13/
26.3.59, S.21.

sicht eine Verbesserung des geltenden Rechts der Aktiengesellschaft ... zu schaffen" ¹⁾. Um so mehr bedauert die DAG, "daß der Entwurf keinerlei Versuche macht, das Problem der großen Aktiengesellschaften, die .. einen 'Staat im Staate' darstellen können, einer Lösung entgegenzuführen" ²⁾.

Schon in der Vorbemerkung geht die DAG auf das Depotstimmrecht ein: "Die Gefahr, daß die durch die ständig zunehmenden Verflechtungen erreichte Verselbständigung der großen Aktiengesellschaften durch ein wechselseitiges Spiel zwischen den Großaktionären und den Vertretern der großen Bankinstitute, die in Wahrnehmung umfangreicher Depotstimmrechte handeln, sich verstärkt vollzieht, ist nicht von der Hand zu weisen." ³⁾ Wie es in der Vorbemerkung weiter heißt, hat der Referentenentwurf nicht versucht, "das Depotstimmrecht in nennenswerter Weise zu beschränken bzw. zu umgrenzen" ⁴⁾.

In ihren Einzelbemerkungen führt die Denkschrift der DAG zum Depotstimmrecht aus: "Das Ausüben des Depotstimmrechts wirkt erfahrungsgemäß immer wie ein Mehrstimmrecht." ⁵⁾ Die DAG begründet diese These wie folgt: Da die uninteressierten Kleinaktionäre das Stimmrecht aus ihren Depotaktien delegieren, tritt eine "Kumulierung des Stimmrechts von Kreditinstituten" ein.

Zu E § 126 räumt die DAG in ihren Bemerkungen und Vorschlägen ein, daß die Regelung des Depotstimmrechts im Referentenentwurf gegenüber dem geltenden § 114 Abs.4 AktG "einige Verbesserungen" bringt. ⁶⁾ Diese sind aber nach Auffassung der DAG "in keiner Weise ausreichend, um den strukturpolitischen Gege-

1) Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Bemerkungen und Vorschläge der DAG zum "Referentenentwurf eines Aktiengesetzes", Hamburg, März 1959 (2. Aufl.), S.1 (zit.: DAG, Bemerkungen).

2) DAG, Bemerkungen, S.1.

3) Ebenda, S.1.

4) Ebenda, S.2.

5) Ebenda, S.3.

6) Die weiteren Ausführungen beziehen sich auf: DAG, Bemerkungen, S.9 ff.

benheiten Rechnung zu tragen". ¹⁾ - Andererseits legt die DAG wiederum Wert auf die Feststellung, "daß bisher kein konkreter Anlaß zum Mißtrauen gegenüber der Korrektheit der Verhaltensweise der Banken besteht" ²⁾.

Die DAG weist im Zusammenhang mit der Ausübung des Depotstimmrechts auf die Konzentration gerade auch im Bereich des Bankwesens hin und erhebt die Frage, "inwieweit durch das Depotstimmrecht nicht ein Einfluß seitens der Großbanken auf die übrige Wirtschaft genommen wird, der letzten Endes mit unserer Wirtschaftsordnung nicht mehr vereinbar ist, auch wenn die Ausübung des Depotstimmrechts formell in Ordnung ist" ³⁾. Angesichts der Konzentrationsbewegungen der Wirtschaft tritt die DAG für eine weitgehende Beschränkung des Depotstimmrechts ein.

Neben den durch die Vereinigung der Nachfolgeinstitute wieder entstandenen drei Großbanken erwähnt die DAG hierbei auch den Zusammenschluß der Banken für Gemeinwirtschaft zu einem einheitlichen Institut. - Da die DAG, im Unterschied zu anderen Gewerkschaften, an dieser Gemeinwirtschaftsbank keine Beteiligung hält, ist dieser Hinweis bemerkenswert:

Anfang Dezember 1958 fusionierten die sechs regionalen Gemeinwirtschaftsbanken (mit Sitz in Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart) zur Bank für Gemeinwirtschaft AG (BfG), Frankfurt am Main. Am Grundkapital der BfG von derzeit 60,0 Mio. DM sind beteiligt: der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit 25,14 %, die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften mbH (GEG) mit 25,06 % sowie die einzelnen Industriegewerkschaften mit 49,80 %. ⁴⁾

Die DAG geht in ihren Vorschlägen davon aus, daß das Depotstimmrecht mehr oder weniger schematisch erteilt wird, "weil

1) DAG, Bemerkungen, S.9.

2) Ebenda, S.11.

3) Ebenda, S.9.

4) S. hierzu: Wer gehört zu wem, Mutter- und Tochtergesellschaften von A - Z, S.25. - Anzeigen der BfG in der Presse, Dezember 1958.

der Aktionär doch keine andere Möglichkeit einer seine ureigensten Interessen wahrnehmenden Vertretung sieht" ¹⁾. - Dieser Ausgangspunkt ist richtig.

"Aus diesem Grunde schlägt die DAG vor, daß Aktionäre, die nicht mehr als 5 % des Grundkapitals oder 500 000 DM Nennwert der Aktien einer Aktiengesellschaft besitzen, das Stimmrecht nicht an Kreditinstitute, mit Ausnahme der am Ort (oder im Kreis) der AG tätigen Privatbankiers, Sparkassen und Genossenschaftsbanken übertragen können." ²⁾

"Bei einem höheren Anteil wird man ohne weiteres annehmen dürfen, daß das Eigeninteresse mit genügendem Urteilsvermögen gewahrt wird, und die Eigenvertretung der Interessen auf keinerlei wirtschaftliche Schwierigkeiten wegen der besonderen Kosten stößt." ³⁾

"Stattdessen soll ein Institut von Sachverständigen geschaffen werden, durch das Kleinaktionäre bis zur genannten Größe ihre Interessen vertreten lassen können. Dieses Institut der Sachverständigen ist nach bekannten Mustern bei den Amtsgerichten einzurichten, bei denen Aktiengesellschaften registriert sind." ⁴⁾

"Aus diesem Kreis werden durch Los und nach Maßgabe der angemeldeten Kleinaktionäre die Personen ausgewählt, die berechtigt sein sollen, die Kleinaktionäre zu vertreten, wobei für jede vollen bzw. angefangenen 5 % des Grundkapitals - bzw. bei großen AG's 4 % des Grundkapitals - ein Sachverständiger zu bestellen ist. Diese Sachverständigen sind eidlich zu verpflichten, daß sie nur das wirtschaftliche Interesse der Eigner wahrzunehmen haben. Ihnen ist ein Spesenersatz und eine angemessene Entschädigung für die Wahrnehmung der Hauptversammlung zu Lasten der Gesellschaft zu vergüten. Ein Mitglied dieses Instituts der Sachverständigen kann nicht in

1) DAG, Bemerkungen, S.10.

2) Ebenda, S.10.

3) Ebenda, S.11.

4) Ebenda, S.10.

Aufsichtsräte gewählt werden. Die Aktionäre wären dann von ihren Depotbanken zu befragen, ob sie ihr Stimmrecht selbst oder durch einen sonstigen Bevollmächtigten ausüben, oder ob sie es dem Institut der Sachverständigen übertragen wollen. ..." 1)

Auch die DAG ist sich dessen bewußt, daß sie damit "einen sehr weitgehenden Vorschlag" unterbreitet. Dieser Vorschlag der DAG, ein "Institut von Sachverständigen" einzurichten, rückt in die Nähe des ominösen "Aktienamts", dessen Schaffung schon früher immer wieder gefordert wurde, aber nie zustande kam. Nach dem Urteil der Deutschen Zeitung "zeigt sich eine Weltfremdheit in dem Vorschlag" der DAG. 2)

Solange unsere Rechtsordnung den Grundsatz der Vertragsfreiheit enthält, muß jedem Aktionär unbeschadet der Höhe seines Aktienbesitzes freigestellt bleiben, ob er zum Beispiel die Filiale einer überregionalen Großbank, die sein Aktiendepot führt, mit der Ausübung seines Depotstimmrechts betrauen will. Hier ein Sonderrecht schaffen, hieße den Gleichheitsgrundsatz verletzen.

Die von der DAG in ihrem Vorschlag viel zu hoch festgelegte Obergrenze der Beteiligungshöhe - 5 % des Grundkapitals oder Aktien im Nennwert von 500 000 DM - bei der einzelnen Aktiengesellschaft kommt einer Bevormundung der allermeisten natürlichen Personen unter den Aktionären gleich. Außerdem ist dieser Vorschlag der DAG offensichtlich nicht genügend durchdacht und lückenhaft: Zum Beispiel wird den bezeichneten lokalen Privatbankiers, Sparkassen und Genossenschaftsbanken nicht zugleich untersagt, die ihnen übertragenen Stimmen aus Depotaktien des umrissenen Aktionärskreises auf andere Kreditinstitute, vor allem Großbanken, weiterzuübertragen. Die DAG scheint diese rechtstatsächliche Übung unter den Kreditinstituten zu verkennen, obwohl sie sich aus fast jedem Teilnehmerverzeichnis der Hauptversammlungen herauslesen läßt.

1) DAG, Bemerkungen, S.11.

2) DZ, Nr. 35/2.5.59, S.9.

Der Vorschlag in der Denkschrift der DAG, in dem "Institut von Sachverständigen" eine Art Aktienamt im kleinen bei den zuständigen Amtsgerichten zu schaffen, ist im ganzen wie in seinen Einzelheiten unbrauchbar und darum abzulehnen.

4. Die Stellungnahme des Arbeitskreises "Aktienrechtsreform" der Länderwirtschaftsminister vom April 1959

Der Arbeitskreis "Aktienrechtsreform" der Wirtschaftsminister der Länder hat im April 1959 dem Bundesjustizministerium, dem Bundeswirtschaftsministerium sowie dem Justizministerien der Länder seine "Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes" vorgelegt. ¹⁾

Zum Referentenentwurf als Ganzem nimmt der Arbeitskreis eingangs wie folgt Stellung: "Der Referentenentwurf baut auf den bewährten Grundgedanken des geltenden Aktienrechts auf. Er trägt weithin den in den vergangenen Jahren gewonnenen Erkenntnissen Rechnung, indem er insbesondere versucht, dem Aktionär die ihm gebührende Funktion als Eigentümer in der Gesellschaft wieder einzuräumen. ... Der Entwurf verdient durchaus volle Anerkennung, wenn ihm auch in einzelnen Fragen nicht oder nicht in vollem Umfange gefolgt werden kann." ²⁾ Des weiteren wird in der Einleitung betont, daß es nicht mehr genügt, nur den - mit dem Wertpapiersparen seit Generationen vertrauten - Mittelstand anzusprechen. Es gilt, neue Sparererschichten für die Aktie zu gewinnen, wenn die "Demokratisierung des Eigentums als politisches Ziel erreicht werden soll."

Wie in der Einleitung weiter hervorgehoben wird, nimmt der Bericht - mit wenigen Ausnahmen - nur zu den "wirtschaftspolitisch bedeutsamen Bestimmungen" Stellung, da die Ver-

1) S. auch: FAZ, Nr.106/9.5.59, S.9.

2) Arbeitskreis "Aktienrechtsreform" (Anm. des Verf.: der Wirtschaftsminister der Länder), Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, o.O., April 1959, S.4 (zit.: Arbeitskreis, Stellungnahme).

treter des Bundesjustiz- und Bundeswirtschaftsministeriums an den Beratungen teilgenommen und Kurzberichte über die einzelnen Sitzungen erhalten haben. ¹⁾

Die einzelnen Berichtsabschnitte sind weitgehend referierender Art. Neben der Stellungnahme des Arbeitskreises enthalten sie die Vorschläge des Referentenentwurfs wie auch jeweils Übersichten über die Gedanken der Denkschriften: einmal der Spitzenverbände, sodann der Schutzvereinigung, die beide im Februar 1959 erschienen sind. - Die Denkschrift des Arbeitskreises erwähnt zum Abschluß ihrer Einleitung die Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die - April 1959 - "zur Zeit noch nicht" vorliegt. Jedoch hat sich der DGB bis jetzt - Oktober 1959 - nicht zum Referentenentwurf geäußert; allem Anschein nach schweigt der DGB den Entwurf tot.

Wie die Stellungnahme des Arbeitskreises "Aktienrechtsreform" zum Depotstimmrecht ausführt, hat der Arbeitskreis die mit dem Stimmrecht der Kreditinstitute zusammenhängenden Fragen besonders eingehend erörtert. ²⁾ Der Arbeitskreis befürwortet grundsätzlich die Depotstimmrechtsvorschläge des Referentenentwurfs. Lediglich in einem Punkt: der Koppelung von Vollmachts- und Weisungseinholung, auf die es allerdings dem Referentenentwurf entscheidend ankommt, hat sich keine Einigung erzielen lassen. Diese Meinungsverschiedenheiten erklären sich wohl schon dadurch, daß die Wirtschaftsminister der einzelnen Bundesländer verschiedenen politischen Parteien - vor allem der CDU/CSU oder der SPD - angehören.

Dazu erklärt die Stellungnahme des Arbeitskreises: "Eine Minderheit stimmt dem Entwurf zu, da bei der vorgesehenen Verbindung von Vollmachts- und Weisungseinholung dem Schweigen des Aktionärs besondere Bedeutung zukomme." ³⁾

1) Arbeitskreis, Stellungnahme, S.4.

2) Ebenda, S.24.

3) Arbeitskreis, Stellungnahme, S.25. - Vgl. auch Ulrich Eckardt, in: Das Wertpapier, Heft 11/1958, S.590.

Die Mehrheit des Arbeitskreises schlägt - der Stellungnahme zufolge - hingegen vor, "das Junktim zwischen Vollmacht und Weisungseinholung fallen zu lassen und eine generelle, jederzeit widerrufliche Vollmacht auf 15 Monate vorzusehen" ¹⁾.

Ihren Vorschlag begründet die Mehrheit des Arbeitskreises mit dem Hinweis, "daß den Kreditinstituten für die Übersendung der Abstimmungsunterlagen und die Einholung der Vollmacht zusammen mit der Bitte um Weisung nur wenige Tage zur Verfügung stehen. Es bestehe daher nur eine geringe Möglichkeit, säumige Depotkunden anzumahnen; die Folge sei, daß alle Depotkunden, die infolge Säumigkeit oder aus anderen Gründen das Kreditinstitut nicht rechtzeitig zu ihrer Vertretung bevollmächtigen, in der Hauptversammlung nicht vertreten werden könnten; hierdurch werde in unerwünschter Weise die Stimmenmacht der Großaktionäre gestärkt oder einer organisierten Minderheit die Durchsetzung sachfremder Ziele ermöglicht; da der Depotkunde jederzeit die Vollmacht widerrufen könne, seien die Rechte des Aktionärs genügend gewahrt." ²⁾

Mit diesem Vorschlag einer Generalvollmacht auf 15 Monate folgt die Mehrheit des Arbeitskreises teils der Gemeinsamen Denkschrift der fünf Spitzenorganisationen, teils der Stellungnahme der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz:

Die Gemeinsame Denkschrift empfiehlt eine abstrakte (Spezial-) Vollmacht für 12 bis 15 Monate mit der Pflicht zur Weisungseinholung vor jeder Hauptversammlung. ³⁾ - Die Schutzvereinigung wiederum schlägt im allgemeinen Teil ihrer Stellungnahme die Zulassung einer Generalvollmacht vor; ⁴⁾ in ihrem Alternativvorschlag zu E § 126 hingegen regt sie die Beibehaltung der nach geltendem Recht auf 15 Monate erteilbaren Generalermächtigung (§ 114 Abs.4 AktG) an. ⁵⁾

1) Arbeitskreis, Stellungnahme, S.24.

2) Ebenda, S.24 f.

3) Gemeinsame Denkschrift, S.36 f.

4) Stellungnahme Schutzvereinigung, S.13.

5) Ebenda, S.49 f.

Nach der bereits zitierten Ansicht der Mehrheit des Arbeitskreises wird "einer organisierten Minderheit die Durchsetzung sachfremder Ziele ermöglicht", wenn die Depotkunden die Kreditinstitute nicht rechtzeitig zur Ausübung des Depotstimmrechts befugen und somit diese Depotaktien unvertreten bleiben. Die Mehrheit des Arbeitskreises schließt sich damit dem Argument der Gemeinsamen Denkschrift wörtlich an. ¹⁾

Wenn aber die Mehrheit des Arbeitskreises in diesem Zusammenhang noch vorbringt, durch den Ausfall von Depotstimmen "werde in unerwünschter Weise die Stimmenmacht der Großaktionäre gestärkt" ²⁾, so ist diese Betrachtungsweise nicht recht verständlich. Eine Stimmrechtsausübung oder gar Kampfabstimmung der Banken mit den Aktien ihrer Depotkleinaktionäre gegen die Interessen der Groß- oder Mehrheitsaktionäre ist in der deutschen Aktienrechtspraxis bisher kaum bekanntgeworden. Im Gegenteil: "Die Großen innerhalb der Bankwirtschaft liebäugeln nur mit den Großen in Handel und Industrie." ³⁾ Für die Banken ist die Ausübung des Depotstimmrechts mit all den damit verbundenen Verwaltungsarbeiten einerseits eine untergeordnete Dienstleistung, deren Kosten durch die Depotgebühren zweifellos nicht gedeckt werden, andererseits aber ein für die großen Banken wichtiges Instrument der Einflußnahme oder Herrschaft.

1) Vgl. Arbeitskreis, Stellungnahme, S.25, mit Gemeinsamer Denkschrift, S.34.

2) Arbeitskreis, Stellungnahme, S.25.

3) H. Linhardt, Wider das Depotstimmrecht der Banken, in: Die AG, Heft 8/1958, S.171.

IV. Zur Kritik am Depotstimmrechtsverfahren des Referentenentwurfs

1. Allgemeines

Der Referentenentwurf eines Aktiengesetzes hat neben den Denkschriften zahllose Stellungnahmen in der Wirtschaftspresse und in Fachzeitschriften ausgelöst. Bei dem Widerstreit der Interessen und Meinungen hat die im Entwurf vorgesehene Neuregelung des Depotstimmrechts teils Zustimmung gefunden, teils ist sie auf ablehnende Kritik der davon betroffenen Wirtschaftskreise gestoßen.

Die Kritik wirft dem Referentenentwurf in diesem Streitpunkt Perfektionismus vor. Ihr Tenor läßt sich in den Worten zusammenfassen: unnötig und unzweckmäßig detailliert, kompliziert, kasuistisch und formalistisch - und damit technisch impraktikabel. - Jedoch weist Duden darauf hin, daß gerade im Aktienrecht, das größtmögliche Klarheit verlangt, weniger Spielraum für großzügige Formulierungen ist als anderwärts. ¹⁾

In der Wirtschaftspresse ist eingewandt worden: "Dieser Entwurf verfißt eifersüchtig die Rechte des Aktionärs, vornehmlich des kleinen Aktionärs" ²⁾. "Da wird eine Veränderung des Depotstimmrechts am Bilde eines stets mit Tagesordnungen und Bilanzen ringenden idealen Kleinaktionärs orientiert" ³⁾. Die Deutsche Zeitung spricht von der Depotstimmrechtsänderung des Entwurfs als einem "zwar pädagogisch gut gemeinten, aber sehr wirklichkeitsfremden Vorhaben" ⁴⁾.

Demgegenüber bejaht die Frankfurter Allgemeine Zeitung die Zielsetzung des Referentenentwurfs und bezeichnet ihn als den ersten ausgereiften Reformvorschlag, "der die Folgerungen aus der grundsätzlichen Anerkennung des Eigentumsan-

1) Konrad Duden, in: BB, Heft 31/1958, S.1101 f.

2) IK, Nr. 183/2.12.58, S.2.

3) DZ, Nr. 19/7.3.59, S.2.

4) DZ, Nr. 21/14.5.59, S.6.

spruchs der Aktionäre zieht. ... Er leitet das Depotstimmrecht der Banken in feste Bahnen." ¹⁾ Auch C.E. Fischers Äußerung zu der Entwurfsregelung des Depotstimmrechts in der "Zeit" ist positiv: "§ 126 ist ... der am meisten ausgereifte und gesetzestechnisch durchgefeilte Teil des ganzen ersten Arbeitsentwurfs aus dem Justizministerium." ²⁾

Ministerialdirigent Geßler, der für die Neugestaltung des Depotstimmrechts verantwortliche Referent im BJM, hat bei seiner Besprechung der im wesentlichen gegen den Entwurf gewandten "Beiträge zur Aktienrechtsreform" ³⁾ seine Leitgedanken klar umrissen: "Dem Rezensenten ging es einzig und allein darum, das Bankenstimmrecht durch eine rechtssystematisch einwandfreie Regelung hinsichtlich seiner Berechtigung im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung unangreifbar zu machen. Er wollte dem Bankenstimmrecht die Form geben, die es rechtfertigt, von einer Stimmrechtsausübung des Aktionärs zu sprechen, und damit die Kontrolle der Verwaltung durch den Aktionär gewährleisten." ⁴⁾

Offensichtlich stehen die Banken und die Aktiengesellschaften einer Reform des Aktienrechts - besonders des Depotstimmrechts - grundsätzlich ablehnend gegenüber. Sie vertreten den Standpunkt: "Das Depotstimmrecht hat sich bewährt. ... Also sollte es so beibehalten werden, wie es jetzt funktioniert." ⁵⁾ Diese Einstellung geht auch aus der Gemeinsamen Denkschrift der fünf großen Spitzenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft deutlich hervor. Wie es dort schon in der Einleitung - im Zusammenhang mit dem Depotstimmrecht - heißt, "gibt der Entwurf sehr ernste Ansätze zu tiefgreifenden Störungen des Wirtschaftslebens und einer Änderung der Wirtschaftsordnung" ⁶⁾.

1) Max Kruk, Eigentum und Aktienrecht, in: FAZ, Nr. 246/23.10.58, S.1. - S. auch: Max Kruk, Das Aktienrecht von morgen, in: FAZ, Nr. 260/8.11.58, S.5.

2) Curt Eduard Fischer, in: Die Zeit, Nr. 13/26.3.59, S.21.

3) Beiträge zur Aktienrechtsreform, Herausgeber: Hans Hengeler, Heidelberg 1959.

4) E. Geßler, in: BB, Heft 13/1959, S.459.

5) ZfK, Heft 7/1959, S.251.

6) Gemeinsame Denkschrift, S.10.

Eine solche reformfeindliche Haltung ist nicht neu. So schrieb Klausning nach dem 34. Deutschen Juristentag (1926 in Köln), wo zum ersten Mal über eine Reform des Depotstimmrechts verhandelt wurde:

"Der unbefangene, nach keiner Richtung hin gebundene Beurteiler konnte sich hier, wie auch in den späteren Erörterungen unseres Problems in einem Teil des juristischen Schrifttums, des Eindrucks nicht erwehren, daß gewisse Interessenskreise, darunter anscheinend vor allem die Großbanken, sowohl eine Totalreform als auch nur durchgreifende Teilmaßnahmen auf dem Gebiet der Stimmrechts- und Vorratsaktien, des Depotstimmrechts der Banken usw. mit allen Mitteln zu verhindern suchten und sich dabei nicht immer ganz einwandfreier Methoden bedienten." ¹⁾

Wie Muthesius in der den Banken nahestehenden Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen ausführt, ist "der Referentenentwurf auf eine quasi-bankenfeindliche Linie gekommen"; Muthesius zufolge hat sich "das Depotstimmrecht im Laufe der letztvergangenen Jahrzehnte schon aus sich selbst heraus mehrfach reformiert und verbessert. Wahrscheinlich wird es das auch weiterhin tun, aber es ist besser, wenn das in freier Entwicklung geschieht. Den Gesetzgeber braucht man dazu nicht." ²⁾

Hierzu ist Muthesius erstens entgegenzuhalten, daß - vor dem Referentenentwurf - die beiden einzigen wesentlichen Impulse zu einer Reform des Depotstimmrechts von außen kamen: einmal unmittelbar von der Gesetzgebung (§ 114 Abs. 4 AktG), sodann mittelbar von den Alliierten ("Grundsätze über die Ausübung des Depotstimmrechts", die der Bundesverband des privaten Bankgewerbes 1952 seinen Mitgliedern auferlegen mußte). Zweitens ist das Depotstimmrecht ein Rechts-

1) Friedrich Klausning, Reform des Aktienrechts, S. 41.

2) Volkmar Muthesius, Die Stimme seines Herrn, in: ZfK, Heft 7/1959, S. 251.

problem, das durch ein Bundesgesetz gelöst werden muß; der Hinweis auf die evolutionäre Reform des Depotstimmrechts oder auf die Privatautonomie der Verbände und Gesellschaften ist fehl am Platze. ¹⁾

2. Die wesentlichen Einwände gegen die Depotstimmrechtsregelung im Referentenentwurf

Wie konträr die Auffassungen zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes sind - je nachdem, ob sich Interessenverbände oder Vertreter der Wissenschaft äußern -, läßt sich aus den beiden folgenden Stellungnahmen erkennen.

In der Gemeinsamen Denkschrift der fünf Spitzenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft heißt es im Zusammenhang mit dem Depotstimmrecht: "Die Vorschläge des Entwurfs sind ... technisch undurchführbar. Sie würden gerade bei den 'vorbildlichen' Gesellschaften, nämlich den Publikums-gesellschaften mit großer Aktionärszahl, die Durchführung einer Hauptversammlung unmöglich machen." ²⁾ - Gerade im umgekehrten Sinne äußert sich Prof. Duden zum Referentenentwurf: "Der Entwurf ist auf dem rechten Wege, indem er die öffentliche Verantwortung der Leiter der großen Wirtschaftsunternehmen wirkungsvoller zu realisieren und zugleich ihre Befugnisse solider demokratisch zu verankern sucht." ³⁾

Aus Banken- und Industriekreisen - so zum Beispiel von Wilhelm Vallenthin (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG), Philipp Möhring (stellvertretendem Aufsichtsratsvorsitzer der Commerzbank AG), Wolfgang Pohle (Vorstandsmitglied der

1) Vgl.: Walter Strauß, in: FAZ, Nr. 26/31.1.59, S.5.;
Werner Flume, in: HBl, Nr. 72, 22./23.5.59, S.2.

2) Gemeinsame Denkschrift, S.32 f.

3) Konrad Duden, in: BB, Heft 31/10.11.58, S.1101.

Mannesmann AG, bis 31. Dezember 1959) - 1) werden ganz besonders gegen zwei Reformbestimmungen des Referentenentwurfs zum Depotstimmrecht entscheidende Bedenken erhoben:

Die Vollmacht kann nur noch jeweils für die nächste Hauptversammlung erteilt und nur gleichzeitig mit der Bitte um Weisungen eingeholt werden (E § 126 Abs.1 Satz 3). Nach E § 126 Abs.2 Satz 1 kann das bevollmächtigte Kreditinstitut das Stimmrecht nur ausüben, wenn es den Aktionär zu den Gegenständen der Tagesordnung um Weisungen für die Stimmrechtsausübung gebeten und ihm gleichzeitig die Vorschläge der Verwaltung, etwaige Gegenanträge von Aktionären und die eigenen Vorschläge mitgeteilt hat.

Mit diesen beiden Bestimmungen unterscheidet der Entwurf als Voraussetzungen zum einen die ordnungsgemäße Bevollmächtigung, zum anderen die Ausübung der Vollmacht. 2)

Möhring 3) hat die rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung der Depotstimmrechtsregelung des Referentenentwurfs bisher wohl am ausführlichsten und gründlichsten analysiert, als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer der Commerzbank AG allerdings einseitig unter dem Blickwinkel des Bankeninteresses.

Nach Möhrings zweckpessimistischer Ansicht würde die im Entwurf getroffene Regelung "doch zu einer so erheblichen Beschränkung der Möglichkeiten zur Ausübung des Stimmrechts durch Kreditinstitute führen, daß mit einer weiteren Vertretung der Interessen der Kleinaktionäre durch Kreditinstitute in einem nennenswerten Umfang kaum gerechnet werden kann" 4).

1) Wilhelm Vallenthin, Die Stimmrechtsausübung durch Banken (sogenanntes Depotstimmrecht), in: Die AG, Heft 6/1959, S.152; Philipp Möhring, in: Beiträge, S.91 f., 95 ff.; Wolfgang Pohle, Zur Neuordnung des Aktienrechts, in: Die AG, Heft 5/1959, S.118.

2) S. hierzu Philipp Möhring, in: Beiträge, S.100.

3) Philipp Möhring, vor allem a.a.O., in: Beiträge, S.86 bis 116; ders. außerdem in: BB, Heft 33/1958, S.1177 bis 1181.

4) Philipp Möhring, in: Beiträge, S.115; vgl. auch ebenda, S.95.

Nach den Erläuternden Bemerkungen zu E § 126 beabsichtigt der Referentenentwurf, "soweit wie möglich zu erreichen, daß bei der Stimmabgabe durch die Bank der Wille des Aktionärs zum Ausdruck kommt." ¹⁾ Daher soll der Aktionär vor jeder Hauptversammlung aufs neue prüfen, ob er das depotführende Kreditinstitut wieder mit der Ausübung des Stimmrechts betrauen will. Möhring stellt einer solchen Fürsorge, die seines Erachtens viele Aktionäre als zusätzliche Belastung empfinden würden, das Goethewort entgegen: "Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage." ²⁾

Die Kritiker an dem vorgesehenen Depotstimmrechtsverfahren führen für ihre Einwände folgende Gründe an: Die Vollmachten und Weisungen müßten meistens unter Zeitnot eingeholt werden, auch wenn die Einberufungsfrist für die Hauptversammlung von mindestens zwei Wochen (§ 107 Abs.1 AktG) auf mindestens einen Monat (E § 116 Abs.1) ausgedehnt werden sollte. Beine schätzt, daß für sämtliche Arbeiten, die in größtmöglicher Schnelligkeit zu erledigen wären, im Zusammenhang mit dem neuen Verfahren in vielen Fällen künftig nur ein Zeitraum von etwa 20 Tagen zur Verfügung stehen würde. ³⁾ Nach E § 126 Abs.2 Satz 1 müssen die Kreditinstitute bei der Weisungseinholung auch etwaige Gegenanträge (E § 118) mitteilen; daher wären sie aus praktischen Gründen gezwungen, so lange mit der Einholung der Vollmacht zu warten, bis feststeht, ob frist- und formgemäß Opposition angemeldet worden ist. Nur dadurch könnten die Kreditinstitute alle Unterlagen in einem einzigen Schreiben an den Depotaktionär zusammenfassen. Die zweimalige Postlaufzeit ist auch zu berücksichtigen. Der an der Depotstimmrechtsausübung interessierte Depotkunde, der möglicherweise auf Reisen ist,

1) Erläuterungen, Zu E § 126, S.278.

2) Philipp Möhring, in: BB, Heft 33/1958, S.1181; vgl. auch Walter Koehler, Der Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: JZ, Nr. 3/1959, S.76.

3) Günther Beine, Die Reform des Depotstimmrechts unter besonderer Berücksichtigung der Kostenfragen, in: Die AG, Nr. 7/1959, S.181.

muß nämlich das ihm überreichte Vollmachtsformular unterschrieben an das Kreditinstitut zurücksenden. Möhring zieht daraus den - zu sehr verallgemeinernden - Schluß, "daß die Einholung der Vollmacht in den meisten Fällen kaum möglich ist" ¹⁾.

Bundesjustizminister Schäffer hat die Bankenstimmrechtsvorschriften des Entwurfs gegen die an ihnen geübte Kritik mit den Worten verteidigt: "Man wird sich jedenfalls nicht damit begnügen können, daß die Banken auf Grund einer einmal eingeholten Vollmacht, die der Aktionär noch gerade gibt, die Kontrolle ausüben." ²⁾

Dementgegen weist Möhring darauf hin, daß nach der auf langjährige Erfahrung gestützten Auffassung der betroffenen Kreise die Depotkunden aus den verschiedensten Gründen auf Zuschriften der Banken entweder gar nicht oder verspätet oder unvollkommen zu reagieren pflegen. ³⁾ Praktisch werde daher die Ausübung des Depotstimmrechts schon daran scheitern, daß die rechtliche Wirksamkeit der Vollmacht an eine aktive Reaktion des Aktionärs auf die zu jeder Hauptversammlung wiederkehrenden Zuschriften des Kreditinstituts - zumindest Rücksendung des ausgefüllten Vollmachtsformulars - gebunden werden soll. ⁴⁾

Schäffer läßt bei seiner Rechtfertigung der Entwurfsregelung auch den entscheidenden Einwand nicht gelten, daß der Aktionär an der Rücksendung der unterschriebenen Einzelvollmachtsurkunde nicht interessiert sei und damit das Depotstimmrecht praktisch bedeutungslos werde: "Ich glaube das nicht; die Erfahrungen mit dem Depotstimmrecht bei den entflochtenen Unternehmen der Montanindustrie sprechen für das Gegenteil." ⁵⁾ Schäffer fährt mit der grundsätzlichen

1) Philipp Möhring, in: Beiträge, S.95.

2) Fritz Schäffer, in: BB, Doppelheft 35/36, 1958, S.1257.

3) Philipp Möhring, in: Beiträge, S.95.

4) Ders., ebenda, S.95.

5) Fritz Schäffer, in: BB, Doppelheft 35/36, 1958, S.1257.

Bemerkung fort: "Der Einwand rührt aber auch an Grundfragen der Organisation der Aktiengesellschaft. Er besagt im Grunde, daß der Aktionär weder fähig noch gewillt sei, seine Eigentümerrechte wahrzunehmen und die Verwaltung der Aktiengesellschaft zu kontrollieren." 1)

§ 14 Abs.5 der Einheitssatzung, die seinerzeit den Montannachfolgegesellschaften von den Alliierten auferlegt wurde, schrieb vor, daß die Stimmrechtsermächtigung neben den in § 114 Abs.4 AktG bestimmten Erfordernissen der Bank nur für eine bestimmte Hauptversammlung erteilt werden darf und Weisungen für die Abstimmung über die einzelnen Punkte der Tagesordnung enthalten muß. Als einziger Montannachfolger hat die Chemie-Verwaltungs-Aktiengesellschaft diese Einheitsatzung bis heute beibehalten. - Nach Mitteilung Herolds unterschrieben damals die materiellberechtigten Montanaktionäre in 80 % aller Fälle die Weisungs-Fragebogen in blanco, soweit die bogenlosen, aber blankoindossierbaren Namensaktien auf den Namen von Kreditinstituten oder Kassenvereinen als Treuhändern eingetragen waren. 2)

Möhring weist Schäffers Hinweis auf die Depotstimmrechtspraxis bei den Montangesellschaften mit der durchaus zutreffenden Begründung zurück: "Die besonderen Erfahrungen über die Stimmrechtsausübung bei einem bestimmten Montanunternehmen geben kein zutreffendes Bild, weil dort auf Grund der besonderen wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge das Aktionärinteresse besonders groß war. Außerdem handelt es sich um Einzelfälle, bei denen das Interesse durch eine intensive Unterrichtung geweckt werden konnte. Wenn aber Jahr für Jahr bei jeder einzelnen Hauptversammlung ein Tätigwerden des Aktionärs verlangt wird, muß die Reaktion zwangsläufig eine ganz andere sein als in derartigen Einzelfällen." 3)

1) Fritz Schäffer, in: BB, Doppelheft 35/36, 1958, S.1257.

2) Hermann Herold, a.a.O., in: Festschrift für Heinrich Lehmann, 2. Bd., S.567.

3) Philipp Möhring, in: Beiträge, S.95 f.

Eine realistische, praxisnahe Betrachtung muß davon ausgehen, daß bei der nach dem Entwurf vorgesehenen Häufung von routinemäßig angeforderten Einzelvollmachten und Weisungen für die Ausübung des Depotstimmrechts - praktisch für jeden einzelnen Aktienposten vor jeder Hauptversammlung der betreffenden Gesellschaft - der Depotkunde die ihm zugesandten Unterlagen unerledigt beiseite legt und somit weder Vollmacht noch Weisung erteilt. Zudem werden die meisten Aktionäre nicht imstande sein, sachgemäße Weisungen zu geben.

Möhring meint: "Der Aktionär, besonders wenn er einen gestreuten Aktienbesitz hat, wie dies gerade bei Aktiensparern häufig der Fall ist, empfindet es als eine Belästigung, wenn er ständig für einzelne Aktien neue Formulare ausfüllen und neue Vollmachten unterschreiben und verschicken muß." ¹⁾

Jedoch geht Möhring mit seiner Folgerung auch hierin zu weit: "Das Publikum wird entweder auf eine Vertretung in der Hauptversammlung verzichten, oder es wird überhaupt das Interesse an den Aktien verlieren und sich Anlagemöglichkeiten zuwenden, die nicht mit derartigen Unannehmlichkeiten verbunden sind." ²⁾ - Möhrings Besorgnis um den Aktionär ist entgegenzuhalten: Der gleichgültige und passive Aktionär muß sein Stimmrecht nicht ausüben; auch ist er in Wirklichkeit allenfalls der "Belästigung" mit Bankzuschriften, jedoch sonst keinen "Unannehmlichkeiten" ausgesetzt.

Die Banken legen im übrigen ihr Wunschbild des Depotaktionärs zugrunde, wenn sie behaupten: Der Depotaktionär betrachtet es als wesentlichen Bestandteil des von der Bank seines Vertrauens geleisteten Kundendienstes, daß diese die Depotaktienstimmrechte "traditionsgemäß" (!) in der Hauptversammlung wahrnehmen; die Aktionäre sind froh, wenn ihre Bank ihnen diese Aufgabe abnimmt. ³⁾

1) Philipp Möhring, in: Beiträge, S.98.

2) Philipp Möhring, in: Beiträge, S.98.

3) So: Philipp Möhring, in: Beiträge, S.86 und 98 f.

In Wirklichkeit befürchten die Banken aus ihrem Eigeninteresse heraus, daß für sie nach der Neufassung des Aktiengesetzes gemäß dem vorliegenden Referentenentwurf die Ausübung des Stimmrechts aus einem großen Teil der Depotaktien wegfielen. Denn gerade der einzelne Depotaktionär ist in aller Regel an der Wahrnehmung seiner Mitgliedschaftsrechte nicht interessiert. Wenn er auf Bankzuschriften nicht reagiert, ist dies viel weniger ein Vertrauensbeweis gegenüber der - oft zufälligen - Depotbank als ein Zeichen von Gleichgültigkeit. Läßt der Depotkunde aber auf Initiative seiner Depotbank das Depotstimmrecht ausüben, so erteilt er nach aller Erfahrung keine bestimmten Weisungen, sondern überläßt die Art der Stimmrechtsausübung dem Ermessen der Bank.

Den Banken geht es darum - das wurde schon bei der Besprechung der Gemeinsamen Denkschrift hervorgehoben -, daß sie das Depotstimmrecht wenigstens auf Grund einer für 12 bis 15 Monate gültigen Spezialvollmacht oder noch lieber auf Grund einer Generalvollmacht, ähnlich der nach geltendem Recht für 15 Monate zulässigen Generalermächtigung für alle Aktien im Depot des betreffenden Aktionärs, mit ebenso langer Gültigkeit ausüben können. Die Banken betrachten es "als übertriebene Formalien" und "übertriebene technische Komplikationen", daß der Referentenentwurf vor jeder Hauptversammlung die Einholung einer Einzelvollmacht vorsieht. ¹⁾

Hierzu bemerkt Vallenthin als Großbankvertreter: "Es wäre bereits eine außerordentliche Verfeinerung und Erschwerung der Ausübung von Stimmrechten durch Banken, wenn man die Einholung von Weisungen vor jeder Hauptversammlung vorschreiben würde, und zwar in derselben Form, wie sie bisher ausschließlich in Oppositionsfällen und bei Satzungsänderungen üblich war." ²⁾

1) Wilhelm Vallenthin, in: Die AG, Nr. 6/1959, S.152.

2) Ders. ebenda, S.152.

Die Banken gehen dabei gewiß von der folgenden - freilich unausgesprochenen - Überlegung aus: Die meisten Depotkunden würden auch weiterhin einmal im Jahr, in der Regel zusammen mit der unterschriftlichen Bestätigung des Depotauszuges zum Jahresende, die Depotstimmrechtsvollmacht erteilen, indem sie das ihnen zugesandte Vollmachtsformular mittels des von der Bank beigefügten Freiumschlags ebenfalls unterschrieben zurücksenden.

Darum nimmt es nicht wunder, daß sich die Banken so geflissentlich bereitfinden, entsprechend dem Entwurf vor jeder Hauptversammlung ihre Depotkunden um Weisungen zu bitten, denn die Banken können von vornherein mit dem Schweigen der allermeisten Depotkunden rechnen, aber auf Grund der ihnen erteilten Vollmacht das Stimmrecht in jedem Fall ausüben.

3. Die Reform des Depotstimmrechts als betriebswirtschaftliches Problem

Vom betriebswirtschaftlichen - nicht vom juristischen - Standpunkt aus betrachtet, erscheint die im Referentenentwurf vorgesehene Neuregelung des Depotstimmrechts für die Kreditinstitute vor allem auch als Kostenproblem: Einholung der Einzelvollmacht vor jeder Hauptversammlung, Übersendung aller Unterlagen (Vorschläge der Gesellschaft, etwaige Gegenanträge, eigene Vorschläge) und gleichzeitige Bitte um Weisungserteilung.

So fragt die Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen: "Und wer soll überhaupt die Kosten dieses zwecklos umständlichen Verfahrens tragen, die sich aus dem Entwurf, der Niederschrift und der Versendung tausender Einzelbriefe an die Depotkunden ergeben?" ¹⁾

1) Ohne Verf., Um das Depotstimmrecht, in: ZfK, Heft 21/1958, S.909.

Muthesius hält das Verfahren der speziellen Bevollmächtigung der Depotbank durch den Aktionär für so umständlich, "daß Arbeitlast und Aufwand für diese neue Methode in keinem Verhältnis zu dem vermutlichen Nutzen für den Aktionär stehen würden" ¹⁾. - Möhring folgert, daß eine erweiterte Informationspflicht der Banken gegenüber den Depotaktionären also kaum praktischen Sinn habe. ²⁾

Bundesjustizminister Schäffer verkennt nicht das Gewicht des Einwandes der Banken, daß ihre Kosten bei der Neuregelung des Depotstimmrechts entsprechend dem Entwurf wachsen würden; jedoch hat Schäffer im Dezember 1958 in München erklärt: "Der Entwurf hat sich ... in den Vorschriften zur Opposition und bei der Bemessung der Fristen sorgfältig bemüht, den Banken die Übersendung aller Unterlagen in einem Arbeitsgang zu ermöglichen. Nach Äußerung aus Bankenkreisen hat diese Mühe Erfolg gehabt: man hat mir bestätigt, daß der Entwurf nicht zu einer wesentlich höheren Kosten- und Arbeitsbelastung führen werde." ³⁾ - Ebenso dürfte auch nach Eckardt (BJM) die auf Grund des Entwurfs entstehende Arbeitslast sich nicht wesentlich vermehren. ⁴⁾

Größere Banken besuchen zur Ausübung des Depotstimmrechts jährlich bis zu 800 Hauptversammlungen und in den Monaten Mai bis Juli, der Hauptzeit, täglich etwa 15 Hauptversammlungen. ⁵⁾

Dem Zweifel der Banken, ob sich die Entwurfsregelung wegen der zu erwartenden Arbeitsbelastung technisch überhaupt durchführen lasse, wird entgegengehalten: Schon jetzt müssen

1) Volkmar Muthesius, Auftakt zur Aktienrechtsreform, in: Rheinischer Merkur, Nr. 44/30.10.58, S.13.

2) Philipp Möhring, in: Beiträge, S.99.

3) Fritz Schäffer, in: BB, Doppelheft 35/36, 1958, S.1257.

4) Eckardt in: NJW, Heft 1/2, 1959, S.14.

5) S. hierzu: Günther Beine, a.a.O., S.181; Gemeinsame Denkschrift, S.33.

die Banken ihre Depotkunden nach den "Grundsätzen" vor den einzelnen Hauptversammlungen außerordentlich häufig um Weisungen bitten; einmal sind in den letzten Jahren zahlreiche Oppositionen angemeldet worden, zudem haben viele Gesellschaften ihre Satzungen (zum Beispiel über die Aufsichtsratsvergütungen) geändert. ¹⁾

Bisher ist zwar von keiner Seite behauptet worden, daß in diesen Fällen die Einholung von Weisungen technisch nicht durchführbar gewesen sei; aber zur Frage der Kostenbelastung bei Oppositionen heißt es schon in der Denkschrift des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes, die 1958 noch vor dem Referentenentwurf erschienen ist: ²⁾

"Die Verpflichtung der Banken nach den Grundsätzen über die Ausübung des Depotstimmrechts, ihre Kunden über angekündigte Oppositionen zu unterrichten und um Weisung für die Ausübung des Depotstimmrechts zu bitten, bringt einen erheblichen Kostenaufwand mit sich. So hat z.B. die Ankündigung einer Opposition bei der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik AG bei einem einzigen großen Institut Portospesen, Materialkosten und persönliche Unkosten in Höhe von über DM 9 000.- verursacht. Da bei der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik rd. 130 000 Einzelaktionäre vorhanden sind, bedeutet dies, daß die Oppositionsankündigung in diesem Fall die Banken etwa DM 60 000.- gekostet hat."

In seiner Ansprache auf der Hauptversammlung der BASF vom 22. Mai 1958 hat Vorstandsvorsitzer Carl Wurster den Aufwand, der den Banken im Zusammenhang mit der Oppositionsankündigung an alle Aktionäre entstanden ist, sogar auf 200 000 DM geschätzt. ³⁾

Zu der Opposition des Kleinaktionärvertreters Nold auf der Hauptversammlung der Siemens & Halske AG am 5. März 1959

1) Eckardt, in: NJW, Heft 1/2, 1959, S.14.

2) Denkschrift Bankenverband, S.23.

3) DZ, Nr.41/24.5.58, S.15.

erklärte der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzer Hermann J. Abs (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG), allein die Deutsche Bank AG habe "mit 13 500 Briefen, die nach Meinung aller Organisatoren nicht unter zwei Mark pro Stück versandt werden können, das sind 27 000 Mark, nach der Meinung ihrer Kunden gefragt. Ich weiß nicht, wie die Erfahrung des Opponenten ist, was die Kosten einer Briefverwendung betragen. Ich bin auch bereit, nur mit einer Mark zu rechnen, wenn wir erfahren, daß die Opposition aufgegeben wird." ¹⁾

Die Zahl der Depotaktienposten beträgt bei den regional beschränkten Kreditinstituten oft schon etwa 100 000; bei den Großbanken liegt sie mitunter bei über 500 000. ²⁾ Die Deutsche Bank verzeichnete Ende 1958 etwa 664 000 verschiedene Aktienposten ihrer Depotkunden. ³⁾

Diese Zahlen liefern einen Anhaltspunkt dafür, mit welchen Kosten die Banken rechnen müssen, wenn die im Referentenentwurf vorgesehenen Depotstimmrechtsvorschriften unverändert in das neue Aktiengesetz eingehen. Die Kreditinstitute müssen dann ihre Depotkunden nicht nur bei wichtigen Satzungsänderungen und in Oppositionsfällen - wie bisher nach den "Grundsätzen" -, sondern zu sämtlichen Punkten der Tagesordnung unter Mitteilung aller Vorschläge und Anträge um Weisungen bitten.

Zumindest für die Großbanken würden zusätzliche Kosten anfallen, die Millionenbeträge ausmachen. Bei kleineren Instituten mit einer geringeren Zahl von Depotposten wäre zwar der Kostenzuwachs absolut niedriger, aber die relative Mehrkostenbelastung deshalb höher als bei den großen Banken, weil sich für sie die Auflagendegression bei der

1) Blick durch die Wirtschaft, Nr. 57/9.3.59, S.3.

2) Gemeinsame Denkschrift, S.33; vgl. Philipp Möhring, in: Beiträge, S.100.

3) S. bei Karl-Heinz Brackmann, in: Stuttgarter Zeitung, Nr. 264/15.11.58, S.19.

Anfertigung von Mitteilungen, Stellungnahme usw. nicht im gleichen Maße auswirken kann. ¹⁾

Sind Inhaberaktien ausgegeben, steht die Gesellschaft mit dem Depotaktionär in keiner direkten Beziehung; vielmehr erhält der Depotkunde alle Mitteilungen der Gesellschaft von seiner Depotbank zugestellt. - So berichtet ein Bankier aus seiner Praxis, er habe beim Anblick der Menge von Geschäftsberichten gedacht, er sei nicht mehr in einer Bank, sondern in einem Versandhaus, der ganze Keller habe "voll von Zeug gelegen, das alles verschickt werden sollte. Wenn da ein paar große Hauptversammlungen sind, dann schicken die Banken das waggonweise und lastwagenweise und bringen es zur Post. Es erhebt sich am Rande die Frage der Kostentragung." ²⁾

Wohl verfügen die meisten Banken über Adrema-Karteien ihrer Kunden; aber bei der ohnehin riesigen Materialfülle in dem zusammengedrängten Zeitraum, während dessen die meisten Hauptversammlungen abgehalten werden, könnten die Effekten- oder Depotabteilungen die als Auswirkung der Entwurfsvorschriften zusätzlich anfallenden Arbeiten neben ihren laufenden Aufgaben kaum bewältigen. Beine nimmt an, daß die Banken infolge des neuen Verfahrens besondere "Stimmrechtsabteilungen" einrichten müßten und darüber hinaus zumindest kurzfristig mit Überstunden in diesen Abteilungen zu rechnen hätten. ³⁾ Neben dem erhöhten Personalaufwand würden in jedem Fall auch die Kosten für Porto, Druck und Papier steigen; unter Umständen müßten zusätzlich Spezialbüromaschinen angeschafft werden.

Die Banken führen in diesem Zusammenhang immer wieder an, daß die Kostenbelastung auf die Dauer für sie untragbar

1) S. hierzu Günther Beine, a.a.O., S.181.

2) S. bei: Harald von Hinüber, Zur Reform des deutschen Aktienrechts, in: Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Betriebswirtschaft, Nr. B 2/3, Mai/Juni 1959, S.79 f.

3) Günther Beine, a.a.O., S.181.

werde, weil die Depotgebühren bereits heute die Kosten des Depotgeschäfts nicht mehr decken. Mit diesem Argument operierten die Banken früher schon. Im Jahre 1926 schrieb Hartmann, damals Syndikus der Diskonto-Gesellschaft, Berlin: "Die Beibehaltung der vorherigen Anfrage bei der Depotkundschaft vor jeder einzelnen Generalversammlung hätte gerade den größten Berliner Banken eine Kosten- und Arbeitslast aufgebürdet, die schließlich für sie nicht mehr tragbar gewesen wäre." ¹⁾

Zwar ist das Depotgeschäft - isoliert betrachtet - für die deutschen Universalbanken immer schon ein Verlustgeschäft gewesen; jedoch darf man nicht die Depotgebühren den Kosten des Depotgeschäfts gegenüberstellen. Denn einmal erhalten die Banken Provisionen bei jedem Ankauf und Verkauf von Wertpapieren. Außerdem beziehen sie Provisionen bei der Emission von Aktien (4 % des Aktiennominalbetrages) und Börseneinführungsprovision (1 % des Aktiennennbetrages). ²⁾ - Schmalenbach hat die Berechtigung dieser Vergütungen mit aller Schärfe kritisiert. ³⁾

In der außerordentlichen Hauptversammlung der BASF vom 25. September 1959, in der die umstrittene Kapitalerhöhung um 88 Mio.DM auf 700 Mio.DM (Ausgabekurs 300 %, Bezugsverhältnis 7:1) beschlossen wurde, beantwortete Vorstandsmit-

1) Walter Hartmann, in: Bank-Archiv, XXIV.Jg., Nr. 24, S.487; vgl. Denkschrift Bankenverband, S.23.

2) Zur Zeit wird in der Bundesrepublik bei Kapitalerhöhungen üblicherweise das Bezugsrecht formell ausgeschlossen; die jungen Aktien werden den Aktionären über ein Bankenkonsortium angeboten.

3) Eugen Schmalenbach (Die Beteiligungsfinanzierung, S.155) zufolge "ist der Kapitalverkehr und daher auch der Teil desselben, der es mit Aktien zu tun hat, mit allerlei Schmarotzertum behaftet. Bei der Emission, der Zulassung zum Börsenhandel und schließlich bei An- und Verkauf von Aktien sind Vergütungen zu entrichten, für die im Grunde genommen wenig geleistet wird. Wenn man ernsthaft wollte, ließe sich die große Zahl dieser Vergütungsempfänger leicht abschütteln, aber sie werden sich vermutlich mit Erfolg dagegen zu wehren wissen."

glied Wolfgang Heintzeler die Frage des Kleinaktionärvertreters Nold nach den Kosten der letzten Kapitalerhöhungen. ¹⁾ Diese Kosten betrugen bei der BASF unter anderem für

Übernahmeprovision der Banken 1955: 6 796 000 DM;
1957: 3 671 319 DM; 1959: 3 520 000 DM;

Börseneinführungsprovision 1955: 1 699 000 DM;
1957: 1 020 000 DM; 1959: 880 000 DM.

"Die Tätigkeit der Großbanken als Legitimationsaktionäre ist zwar unentgeltlich, aber hier ist einer der Wege, wo in versteckter Form letzten Endes doch ein Entgelt dem Publikumsaktionär bzw. der Aktiengesellschaft abgenommen wird." ²⁾ Im wirtschaftlichen Endergebnis muß in jedem Fall der Aktionär - und sei es über eine verringerte Rendite - die Kosten aufbringen.

Die Anspielung aus Bankkreisen, daß die Kreditinstitute den durch die Entwurfsbestimmungen ausgelösten Aufwand für die Depotstimmrechtsausübung wahrscheinlich nur noch in - für sie - wichtigen Fällen zu übernehmen geneigt sein werden, ist als versteckte Drohung gewiß für Ernst zu nehmen. ³⁾ Besonders kleinere Banken, die schon bisher die Stimmrechts-ermächtigungen ihrer Depotkunden meistens auf andere Banken weiterübertragen haben und die auch weder Aufsichtsräte stellen noch in Emissionskonsortien vertreten sind, würden schon wegen der Arbeits- und Kostenlast möglicherweise darauf verzichten, sich künftig von ihrer Depotkundschaft zur Ausübung des Aktienstimmrechts befugen zu lassen.

Falls es bei der im Entwurf vorgesehenen Depotstimmrechtsregelung bleibt und die Depotbanken die vermehrten Kosten des Depotgeschäfts über eine Erhöhung der Depotgebühren auf

1) Blick durch die Wirtschaft, Nr. 228/2.10.59, S.5.

2) Heinz Mellicke, a.a.O., S.207.

3) S. z.B. ZfK, Heft 21/1958, S.909; vgl. auch Philipp Möhring, in: Beiträge, S.115.

ihre Depotkundschaft abzuwälzen suchen, kann eine Nebenwirkung eintreten, die der erklärten Absicht des Referentenentwurfs zuwiderliefe. "Eine Überspannung der formalen Anforderungen an den Aktionär wird notwendig das Gegenteil von dem erreichen, was der Entwurf bezweckt." 1)

Viele Aktionäre würden eine solche Depotgebührenerhöhung vermeiden; das heißt, sie würden entweder den Depotvertrag kündigen und die Aktien selbst verwahren oder aber von vornherein auf die Mehrkosten verursachende Verwaltung ihrer Depotposten und damit auf die Ausübung ihrer Stimmrechte durch die Bank verzichten. 2) Außerdem würden die Kleinaktionäre - unter ihnen besonders Aktiensparer mit stark gestreutem Portefeuille -, die weiterhin ihre Aktienposten von einer Bank verwahren und verwalten lassen, sich schwerlich bereitfinden, dieser Bank oftmals im Jahr Stimmrechtsvollmachten für die einzelnen Hauptversammlungen zu erteilen.

Auch unter dem Gesichtspunkt der von der Bundesregierung propagierten Volksaktienbewegung ist diese Entwurfsregelung vor der endgültigen Neufassung und Verabschiedung des neuen Aktiengesetzes nochmals auf seine möglichen praktischen Auswirkungen zu prüfen. Bisher berechnen die Kreditinstitute zum Teil - darunter sogar die Dresdner Bank als Großbank - für Kleindepots, besonders Volksaktien, keine (oder ermäßigte) Depotgebühren. Eine Depotgebührenerhebung (oder -erhöhung) bliebe gewiß nicht aus, wenn die Depotstimmrechtsvorschriften des Entwurfs unverändert in das neue Aktiengesetz eingingen. Dies könnte der Regierungspolitik noch mehr als dem Kapitalmarkt abträglich sein.

Wenn das Stimmrecht der Kleinaktionäre, die bisher durch die Depotbanken vertreten gewesen sind, künftig in nennenswertem Umfang ausfällt, so wird bei Aktiengesellschaften

1) Philipp Möhring, in: Beiträge, S.98.

2) S. hierzu Walter Koehler, in: JZ, Nr. 3/1959, S.76.

ohne Mehrheitsaktionär die Stellung der Großaktionäre bedeutend gestärkt. Unter Umständen könnte auch eine zielstrebige Minderheit mit Sonderinteressen - beispielsweise wenn die Konkurrenz Aktien aufkauft - den Interessen der Gesellschaft und auch der Kleinaktionäre entgegenarbeiten. Bei Publikumsgesellschaften, wo überhaupt keine Großbeteiligungen festzustellen sind, würden sich möglicherweise Zufallsminderheiten ergeben, die bei der geringen Präsenz aber bestimmte Beschlüsse durchzusetzen oder zu verhindern vermögen. - Demgegenüber hat der Kleinaktionär die Gewißheit, daß die Banken das Depotstimmrecht wenigstens dann in seinem Sinne ausüben, wenn sich sein Interesse mit dem Bankeninteresse deckt.

Koehler, keiner Interessengruppe verpflichtet, faßt seine Bedenken gegen die Depotstimmrechtsregelung des Entwurfs in den Worten zusammen: "Die gut gemeinte Fürsorge des Entwurfs würde also den Kleinaktionären schaden. Für eine solche Fürsorge liegt aber auch keine ausreichende Veranlassung vor. ... Hier würde Fürsorge zur Bevormundung, die man auf alle Fälle vermeiden sollte." ¹⁾

Auch eine Aktienrechts-Kommission der CDU/CSU-Fraktion unter Vorsitz des CSU-Abgeordneten Dollinger hat im Januar 1959 die Auffassung vertreten, daß die Vorschriften über das Depotstimmrecht nochmals auf ihre Praktikierbarkeit überprüft und ein Mittelweg zwischen den extremen Auffassungen angestrebt werden muß: "Gerade wegen der Popularisierung der Aktien sollten die verwaltungsmäßigen Belastungen des Aktionärs und der Banken möglich gering gehalten werden." ²⁾

Wenn auch Bundesminister Schäffer in seinem Vorwort zum Referentenentwurf betont, daß dieser die Gedanken des BJM-Aktienrechtsreferats "über die zweckmäßigste Lösung der schwierigen aktienrechtlichen Probleme" enthalte, müssen

1) Walter Koehler, in: JZ, Nr. 3/1959, S.76.

2) Blick durch die Wirtschaft, Nr. 26/31.1.59, S.1.

bei einer praxisnahen Überprüfung des im Referentenentwurf vorgesehenen Depotstimmrechtsverfahren die Vorteile: unmittelbarer Ausdruck des Willens und des Interesses der Depotaktionäre, wie auch die Nachteile: vermehrter Arbeits- und Kostenanfall, nicht zuletzt unter bankbetriebswirtschaftlichen Aspekten gegeneinander abgewogen werden. Falls die Nachteile die Vorteile überkompensieren, kann es sich nur um eine Änderung - Ergänzung, Ersatz oder Wegfall - einzelner Bestimmungen des E § 126, die entweder nicht praktikabel oder nicht opportun sind, handeln. An § 114 Abs.4 AktG wird man jedoch auf keinen Fall unmodifiziert festhalten können.

V. Vorschläge zur Publizitätspflicht der Aktiengesellschaft im Zusammenhang mit einer Reform des Depotstimmrechts

Die Publizität der Aktiengesellschaft ist zugleich eine wesentliche Voraussetzung für die sachgemäße Ausübung des Aktienstimmrechts auf der Hauptversammlung und die Stimmabgabe der Aktionäre bei der Beschlußfassung.

Der Depotaktionär, der sein Stimmrecht nicht selbst in der Hauptversammlung geltend macht, ist gemeinhin der Aktiengesellschaft unbekannt und steht mit ihr nur mittelbar - über seine Depotbank - in Verbindung. Er vor allem kann von seinem Aktienstimmrecht erst dann sinnvollen Gebrauch machen und der Depotbank im Einzelfall Weisungen über die Art der Stimmrechtsausübung erteilen, wenn auch die Gesellschaft sich um eine ausreichende Publizität ihren Anteilseignern gegenüber bemüht.

Bei der aktienrechtlichen Erörterung des Depotstimmrechtsproblems in der jüngsten Vergangenheit ist die Bedeutung der Publizität - besonders für die Aktionäre börsenbezogener Aktiengesellschaften - in den Reformvorschlägen häufig nicht genügend berücksichtigt worden. Daher werden nachstehend

verschiedene Vorschläge für eine Erweiterung der Publizitätspflicht gerade der börsennotierten Aktiengesellschaften gemacht, die im engen Zusammenhang mit dem Depotstimmrecht wie auch der künftig besseren Unterrichtung der Depotaktionäre stehen. Diese Vorschläge gehen über die bisher vorgelegten Denkschriften zur Aktienrechtsreform und auch über den Referentenentwurf eines Aktiengesetzes hinaus.

Ausgangspunkt der im folgenden unterbreiteten Vorschläge ist, daß die Publizitätspflicht bei der Aktiengesellschaft vornehmlich auf den Aktionär bezogen ist. ¹⁾

Die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank führt in einer ihrer Schriften zur Frage der Publizität - im Rahmen der Aktienrechtsreform - treffend aus: "Es geht nicht so sehr um die Verstärkung imaginärer Aktionärsrechte, von denen Gebrauch zu machen der Kleinaktionär selten und der Investmentsparer überhaupt nicht in der Lage sind, es geht vielmehr um eine Erweiterung der Pflicht der Verwaltung zu ordnungsmäßiger Unterrichtung der Aktionäre (Publizität)." ²⁾

1. Die Publizität der Aktiengesellschaft

Das Wesen der Publizität besteht in einer "Tätigkeit, durch die Vorgänge oder Tatsachen zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht werden, die ohne diese Tätigkeit nicht zu ihrer Kenntnis gelangen würden oder es nicht notwendigerweise müßten" ³⁾. Bei der Aktiengesellschaft ist das Publizitäts-

-
- 1) S. hierzu: Werner Flume, Der Aktionär soll mehr erfahren können. Die aktienrechtliche Publizität und der Aktionär, in: HBl, Nr. 132/10.11.58, S.4.
 - 2) Wirtschaft und Börse 1958, Herausgeber: Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, o.O., o.J. (München, Januar 1959), S.11.
 - 3) Enzyklopädisches Lexikon, Bd.2, S.1327. - Diese Publizitätsdefinition geht auf L. Miksch zurück: s. Palyi - Quittner, Handbuch des Bankwesens, Berlin 1933, S.465.

prinzip nicht nur auf die Öffentlichkeit als unbestimmten Personenkreis bezogen; daneben bedeutet die Publizität eine Rechenschaftslegung der Verwaltung gegenüber den Gläubigern sowie unter dem Gesichtspunkt des Kapitalmarktes vor allem gegenüber den Aktionären und potentiellen Investoren.

Hinsichtlich der Publizität sind immanente Interessengegensätze vorhanden; dabei stehen sich der Einzelaktionär und die Verwaltung als Gegenspieler gegenüber:

Der Aktionär mit seinem eigenen privaten Interesse will sich vergewissern, wie die Verwaltung gewirtschaftet hat. Außerdem soll die Publizität dem einzelnen Aktionär eine Urteils- und Willensbildung ermöglichen, damit er auf Grund der Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse seine gesetzlichen und statutarischen Eigentümerrechte, insbesondere sein Aktienstimmrecht, gegenüber der Aktiengesellschaft wahrnehmen kann. Nach Semler ist die Publizität, vom Standpunkt des Anteilseigners aus betrachtet, "die Quelle für die Erkenntnisse der Zusammenhänge, für die Kritik, die Kontrolle und - notfalls - die Sanktion" ¹⁾.

Der Vorstand, der die Gesellschaft unter eigener Verantwortung zu leiten hat (§ 70 Abs.1 AktG), ist einerseits daran interessiert, daß das Unternehmen nicht durch eine allzu weitgehende Publizität geschädigt wird. Andererseits können aber Art und Umfang der Publizität nicht der Verwaltung überlassen bleiben, da sonst der Aktionär die ihm als Eigentümer zustehenden Rechte nicht genügend geltend zu machen vermag. "Das Dilemma, das sich aus der Forderung nach dieser Art von Publizität ergibt, liegt darin, daß die Kapitalgeber auf Informationen durch diejenigen Organe angewiesen sind, die sie zu kontrollieren berechtigt und verpflichtet sind." ²⁾

1) Johannes Semler, Die Publizität der Kapitalgesellschaften vom Standpunkt des Kapitalgebers und des öffentlichen Interesses, in: ZfhwF, 10.Jg./1958, S.454.

2) Stellungnahme Schutzvereinigung, S.15.

Wenn auch die Publizitätspflicht "ein entscheidender Ordnungsfaktor in der Organisation der Aktiengesellschaft" ¹⁾ ist, kann das Gesetz nicht einseitig dem Interesse des Aktionärs Rechtsschutz gewähren. Beim Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen hat das Gesetz auch das Interesse des Vorstands zu berücksichtigen. "Die Unterrichtung von Aktionär und Öffentlichkeit muß ... da ihre Grenze finden, wo wesentliche Interessen der Gesellschaft auf dem Spiel stehen." ²⁾

Zwar betätigen sich die meisten Aktionäre nach aller Erfahrung nicht selbst in der Hauptversammlung und somit nicht in der Organisation der Aktiengesellschaft, sondern lassen das Stimmrecht ohne besondere Weisungen durch die Banken ausüben. Jedoch hat das Publizitätsprinzip gerade mit dem aktiv am Gesellschaftsleben interessierten Aktionär zu rechnen, der sich anhand der Unterrichtung durch die Verwaltung Klarheit über die Lage und Entwicklung seiner Aktiengesellschaft verschaffen will. Ob der einzelne Aktionär von den ihm vorgelegten Veröffentlichungen wirklich Kenntnis nimmt und seine Interessen vertritt, ist nicht entscheidend. "Wichtig ist, daß die Verwaltung mit einer unberechenbaren Zahl von in ihrer Reaktion unberechenbaren Kontrolleuren rechnen muß, die mit der Legitimation auftreten, daß ihnen als der letzten Instanz Rechenschaft zu legen ist." ³⁾

Während die Groß- und Mehrheitsaktionäre, die Großgläubiger wie auch die Großbanken - die mittleren und kleinen Institute nicht unbedingt - sich "insider-informations" über alle Vorgänge in der Gesellschaft besorgen können, sind die Klein- und Minderheitsaktionäre auf eine unmittelbare oder mittelbare Unterrichtung durch die Gesellschaft angewiesen, die wiederum von der Publizitätsfreudigkeit der einzelnen Verwaltung abhängt.

1) Werner Flume, in: HBl, Nr. 132/10.11.58, S.4.

2) Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft, Zum Referentenentwurf, S.6.

3) Werner Flume, in: HBl, Nr. 132/10.11.58, S.4.

Nach dem Kriege hat sich die Kritik an der - freilich recht unterschiedlich gehandhabten - Publizität der deutschen Aktiengesellschaften von Jahr zu Jahr verstärkt. Die Verbesserung und Erweiterung der Publizität ist eine der wichtigsten Aufgaben der Aktienrechtsreform. "Vergegenwärtigt man sich, daß der Trend zur Verschachtelung und das Depotstimmrecht der Banken ... einen Zustand geschaffen haben, der praktisch ... die Verwaltung der Kapitalgesellschaften vor wirksamen Sanktionen bewahrt, so erklärt sich, warum aus den Kreisen des Management gegen jede wirkliche Verbesserung der Publizität Widerstand geleistet wird." ¹⁾ Johannes Semler, der Präsident der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, hat diesen bedeutsamen Satz in seinem Referat auf der Arbeitstagung der Schmalenbach-Gesellschaft am 6. Juni 1958 in Bad Godesberg ausgesprochen. Derselbe Satz findet sich auch in der Stellungnahme der Schutzvereinigung zum Referentenentwurf, allerdings mit dem Unterschied, daß die nichts beschönigende Formulierung "aus den Kreisen des Management" weggelassen ist. ²⁾

Der Referentenentwurf eines Aktiengesetzes beabsichtigt durch die verschiedensten Änderungen gegenüber dem geltenden Recht eine wesentliche Verbesserung der Publizität, die auch - nach den Erläuternden Bemerkungen ³⁾ - die praktische Handhabung des Depotstimmrechts erleichtern soll.

Zu E § 117 heißt es in den Erläuternden Bemerkungen: "Die Aktionäre müssen Gelegenheit haben, sich auf die Hauptversammlung vorzubereiten. Sie müssen entscheiden können, ob sie wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung persönlich teilnehmen wollen oder nicht und welche Weisungen sie ihren Vertretern erteilen wollen." ⁴⁾

1) Johannes Semler, a.a.O., S.454.

2) Stellungnahme Schutzvereinigung, S.15.

3) Erläuternde Bemerkungen zum Referentenentwurf, S.268, 270.

4) Ebenda, S.269.

Die Pflichtbekanntmachungen der Aktiengesellschaften, die nach Gesetz oder Satzung in den Gesellschaftsblättern, bei börsennotierten Aktiengesellschaften außerdem in den Pflichtblättern jeder beteiligten Börse zu veröffentlichen sind, werden durch den Referentenentwurf erweitert:

Im Gegensatz zum geltenden Recht ist nach den Entwurfsbestimmungen einmal die Hauptversammlung mindestens einen Monat vor dem Versammlungstag einzuberufen (E § 116 Abs.1) und zugleich ihre Tagesordnung bei der Einberufung bekanntzumachen (E § 117 Abs.1 Satz 1 und Abs.3 Satz 1). In den Erläuternden Bemerkungen wird hierzu ausgeführt: "Die Verbindung der Bekanntmachung der Tagesordnung mit der Einberufung sieht der Entwurf vor, um einer Opposition die rechtzeitige Meldung (E § 118) und um eine Einholung von Weisungen im Rahmen des Bankenstimmrechts (E § 126) zu ermöglichen." ¹⁾ - Die Bekanntmachung der Tagesordnung muß außerdem nach E § 117 Abs.2 zu jedem Gegenstand der Tagesordnung Vorschläge der Verwaltung (das heißt: des Vorstands und/oder des Aufsichtsrats) für die Beschlußfassung enthalten.

Die Pflichtbekanntmachungen aller Aktiengesellschaften, die im Bundesgebiet und in West-Berlin ihren Sitz haben, sind nach § 18 AktG wie auch nach E § 22 zumindest in den Bundesanzeiger einzurücken. Als zentrales und obligatorisches Publikationsorgan wird der Bundesanzeiger für die Öffentlichkeit und vor allem für die Aktionäre noch an Bedeutung gewinnen, wenn nicht nur - wie bisher - sämtliche bevorstehenden Hauptversammlungen ²⁾, sondern nach E § 117 Abs.2 auch die Verwaltungsvorschläge zu den einzelnen Tagesordnungspunkten bekanntzumachen sind.

1) Erläuternde Bemerkungen zum Referentenentwurf, S.270.

2) Nach § 107 AktG beträgt die Einberufungsfrist mindestens zwei Wochen, nach E § 116 dagegen mindestens einen Monat.

2. Der Vorschlag zur Schaffung einer besonderen Publizitätspflicht für börsennotierte Aktiengesellschaften

Die Vorschläge zur Verbesserung und Erweiterung der formalen wie auch der materiellen Publizität des Teilnehmerverzeichnisses, des Geschäftsberichts und des Protokolls, die hier im folgenden vorgelegt werden, erstrecken sich über das Aktiengesetz von 1937 sowie über den Referentenentwurf von 1958 und auch größtenteils über die Vorschläge der Denkschriften zur Aktienrechtsreform hinaus. - Der Vorschlag, für bestimmte Aktiengesellschaften besondere Publizitätsvorschriften zu schaffen, geht einmal von den faktischen Interessenunterschieden, sodann von der Verschiedenheit der Eigentümerstruktur bei den einzelnen Gesellschaften aus und differenziert daher nach dem Kriterium der Börsenbezogenheit.

Die Statistik der deutschen Aktiengesellschaften ist zwar bereits - im zweiten Hauptteil - eingehend dargestellt worden. An dieser Stelle seien jedoch folgende Schlüsselzahlen nochmals wiedergegeben: Zum Jahresende 1958 sind im Bundesgebiet und in Berlin (West) 2 720 Aktiengesellschaften gezählt worden; davon sind nur etwas mehr als 700 - Ende 1956: 754 - Gesellschaften mit ihren Aktien zum amtlichen Börsenverkehr zugelassen und in den geregelten Freiverkehr einbezogen. ¹⁾

Zu den ebenfalls schon aufgeführten Großunternehmen der Kleinaktionäre wird im Referentenentwurf eines Aktiengesetzes bemerkt: "Die Gesellschaft mit weit gestreutem Aktienbesitz - das Leitbild der bisherigen aktienrechtlichen Gesetzgebungen - ist mindestens der Zahl nach die Ausnahme geworden." ²⁾

Von verschiedenen Seiten ist während der Reformdiskussion vorgeschlagen worden, diesen börsenbezogenen Aktiengesell-

1) S. zu diesen Zahlenangaben: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1959, S.137; Johannes Semler, a.a.O., S.453; s. auch ZfhwF, 10.Jg., 1958, S.464.

2) Erläuternde Bemerkungen zum Referentenentwurf, S.385.

schaften besondere Publizitätsvorschriften aufzuerlegen. ¹⁾ Dagegen sollen die rund 2 000 Aktiengesellschaften, die nicht an den deutschen Wertpapierbörsen notiert werden und nicht mit Aktienemissionen an den Kapitalmarkt herantreten, lediglich den Publizitäts-Mindestanforderungen des Referentenentwurfs unterliegen. Darunter fallen Einmangelsellschaften, Familiengesellschaften, 100-prozentige Tochtergesellschaften usw.

Gegen solche besonderen Publizitätsvorschriften, die mit manchen konventionellen Vorstellungen der Verwaltungen brechen, hat der Arbeitskreis "Aktienrechtsreform" der Wirtschaftsminister der Länder in seiner Denkschrift eingewandt, "daß durch eine abgestufte Publizität der an sich wünschenswerte Überblick über die Lage aller Aktiengesellschaften verloren geht und damit jegliche Vergleichsmöglichkeit entfällt". ²⁾ Diese ablehnende Begründung ist insofern unlogisch, als künftige Vergleichsmöglichkeiten dadurch weder entfielen noch überhaupt geringer würden als bisher.

Auf einer Arbeitstagung der Schmalenbach-Gesellschaft am 6. Juni 1958 in Bad Godesberg hat von Wagenheim - bei der Diskussion über vier vorausgegangene Referate zur Publizität von Illetschko, Ditgen, Forberg und Semler ³⁾ - ange-regt, ein eigenes Publizitätsgesetz zu schaffen, "das alle Großbetriebe ... erfaßt, wobei dieses Gesetz aber unabhängig von der Aktienrechtsreform zu ergehen hätte" ⁴⁾.

1) Kurt Forberg, Die Publizität der Kapitalgesellschaften vom Standpunkt der Banken und Börsen, in: ZfhwF, 10.Jg./1958, S.447; DIHT, Ergebnisse Aktienrechtsreform, S.36; Werner Flume, Der Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Schriftenreihe Handelsblatt, Düsseldorf 1958, S.39. - Vgl. dagegen: Arbeitskreis, Stellungnahme, S.32.

2) Arbeitskreis, Stellungnahme, S.32.

3) Was fordert der Kapitalmarkt von der Publizität der Kapitalgesellschaft?, Bericht über die Arbeitstagung der Schmalenbach-Gesellschaft am 6.6.58 in Bad Godesberg, in: ZfhwF, 10.Jg./1958, S.413 ff.

4) Hans Ulrich von Wangenheim, in: ZfhwF, 10.Jg./1958, S.470.

Auch der Referentenentwurf geht offensichtlich vom Leitbild der Publikumsgesellschaft aus und unterstellt die börsennotierte Aktiengesellschaft einer Anzahl komplizierter Vorschriften.¹⁾ Schon aus rechtssystematischen und rechtstechnischen Gründen erscheint es nicht geraten, für die Publizitätspflicht der Börsen-Aktiengesellschaften, zu denen ja sämtliche Publikumsgesellschaften gehören, ein Sonderrecht - sei es durch ein künftiges Aktiengesetz, durch eine Rechtsverordnung oder ein eigenes Publizitätsgesetz - einzuführen.

Statt dessen wird hier vorgeschlagen: Die Zulassungsstellen der einzelnen Wertpapierbörsen (BörsG §§ 36 ff.) und die an jeder Börse bestehenden Ortsausschüsse²⁾ der "Ständigen Kommission für Angelegenheiten in amtlich nicht notierten Werten"³⁾ sind gesetzlich zu verpflichten, daß sie in ihre Anordnungen besondere Publizitätsvorschriften für die Gesellschaften, deren Aktien an einer deutschen Börse zum amtlichen Handel zugelassen oder in den geregelten Freiverkehr einbezogen sind, aufnehmen.⁴⁾

Nach dem Wortlaut des Börsengesetzes - § 36 Abs.3 a BörsG -, das aus dem Jahre 1896 stammt, haben die Zulassungsstellen der einzelnen Börsen unter anderem "die Aufgabe und die Pflicht ..., dafür zu sorgen, daß das Publikum über alle zur Beurteilung der zu emittierenden Wertpapiere notwendigen tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse soweit als möglich informiert wird und bei Unvollständigkeit der Angaben die Emission nicht zuzulassen".

1) S. hierzu: Werner Flume, in: HBL, Nr. 128, 31.10./1.11.58, S.5; Konrad Duden, in: BB, Heft 31/1958, S.1102; Curt Eduard Fischer, Kommt es zu einer Flucht in die GmbH?, in: Die Zeit, Nr. 10/20.2.59, S.18.

2) = "Ausschuß für Geschäfte in amtlich nicht notierten Werten" (sog. Freiverkehrsausschuß).

3) S. hierzu: Rudolf Mindner, Das Kleine Börsenlexikon, S.101, 351 f.

4) S. hierzu: Konrad Duden, in: BB, Heft 31/10.11.58, S.1102; Kurt Forberg, in: ZfhwF, 10.Jg./1958, S.448. - Vgl. Denkschrift Bankenverband, S.38.

Die rechtliche Ausgestaltung der von den Börsenzulassungsstellen zu erlassenden Anordnungen für die bezeichneten Gesellschaften kann sich - im Prinzip, nicht im Ausmaß - nach dem Vorbild der Börsengesetzgebung in den Vereinigten Staaten richten, z.B. nach den Zulassungsbestimmungen der New York Stock Exchange. Der Schwerpunkt der Publizität der amerikanischen Korporationen liegt in den äußerst strengen Zulassungsbestimmungen der New Yorker Börse für den Zulassungsprospekt wie auch für die spätere laufende Berichterstattung. Da die New York Stock Exchange die bedeutendste Börse der USA und darüber hinaus der ganzen Welt ist, kann kaum eine der großen Publikumsgesellschaften der USA diese Zulassungsbestimmungen zur Aktiennotiz umgehen. ¹⁾

3. Das Teilnehmerverzeichnis

a) Das Wesen des Teilnehmerverzeichnisses

Soweit das Teilnehmerverzeichnis für die aktienrechtlichen Grundlagen des Depotstimmrechts Bedeutung hat, ist es bereits - im ersten Hauptteil - behandelt worden. - Im Zusammenhang mit den Publizitätsvorschlägen genüge die folgende Zusammenfassung der Vorschriften des geltenden Aktiengesetzes zum Teilnehmerverzeichnis:

Nach § 110 Satz 1 AktG ist in der Hauptversammlung ein "Verzeichnis der erschienenen oder vertretenen Aktionäre und der Vertreter von Aktionären" - in der Aktienrechtspraxis kurz als Teilnehmerverzeichnis oder Präsenzliste bezeichnet - mit Angabe ihres Namens und Wohnorts sowie des Betrags und der Gattung der von jedem vertretenen Aktien aufzustellen. - Im

1) S. hierzu: Enzyklopädisches Lexikon, Bd.2, S.1582; Kurt Forberg, in: ZfhwF, 10.Jg./1958, S.445; vgl. O. Bühler, Aktienrechtsreform dringlich geworden. Zur Nichtzulassung deutscher Aktien an der New Yorker Börse, in: Die AG, Nr.6/1957, S.135 ff., mit weiterem Literaturhinweis.

Unterschied zu der früheren Aktienrechtsbestimmung des §258 HGB i.d.F.v. 1897 muß nach geltendem Recht jeder, der "in eigenem Namen das Stimmrecht ausüben will, die ihm nicht gehören" (§ 110 Satz 2 AktG), außerdem angeben, daß es sich um "Fremdbesitz" (und mithin nicht um "Eigenbesitz") handelt. Diese Vorschrift bezieht sich auf die Legitimationsaktionäre und hat in der Praxis vor allem für die das Depotstimmrecht ausübenden Banken besondere Bedeutung.

"Sinn und Zweck des Teilnehmerverzeichnisses ist die Ermittlung der Urheber der Gesellschaftsbeschlüsse und deren Beteiligungsverhältnisse." ¹⁾

Das Teilnehmerverzeichnis ist vor der ersten Abstimmung zur Einsicht auszulegen (§ 110 Satz 3 AktG). Der Vorstand ist verpflichtet, das vom Vorsitz der Hauptversammlung gemäß § 110 Satz 3 AktG zu unterzeichnende Teilnehmerverzeichnis der gerichtlich oder notarisch aufgenommenen Niederschrift beizufügen (§ 111 Abs.3 Satz 1 AktG) und unverzüglich nach der Versammlung eine öffentlich beglaubigte Abschrift davon zum Handelsregister einzureichen (§ 111 Abs.5 AktG).

Nach § 9 Abs.1 HGB ist die Einsicht des Protokolls und der Präsenzliste jedem gestattet; sie ist gemäß § 83 Kostenordnung gebührenfrei. Eine gerichtliche Abschrift dieser Schriftstücke kann allerdings nur verlangen, wer ein berechtigtes Interesse glaubhaft macht (§ 9 Abs.2 HGB). Dagegen steht es jedem frei, sich z.B. das Teilnehmerverzeichnis selbst abzuschreiben oder Notizen daraus zu machen.

Grundsätzlich ist das Teilnehmerverzeichnis der Hauptversammlung für den außenstehenden Aktionär eines der wichtigsten Informationsinstrumente. Doch scheint weithin unbekannt zu sein, daß dieses Verzeichnis im Handelsregister des für den Sitz der Gesellschaft zuständigen Amtsgerichts eingesehen werden kann.

1) K. Westrick, in: BB, Heft 11/1958, S.396.

Das folgende Beispiel soll veranschaulichen, welche Ignoranz in der Aktienrechtspraxis über die mit dem Teilnehmerverzeichnis verbundenen Rechte der Aktionäre und Pflichten der Verwaltung herrscht. In der ordentlichen Hauptversammlung der Commerzbank AG am 4. Mai 1959 in Düsseldorf ließ sich der Kleinaktionärvertreter Erich Nold während der Abstimmung und der Stimmenzählung die Präsenzliste aushändigen und wollte sich Notizen darüber machen. Nach einer stenographischen Presseniederschrift ergab sich dabei folgender Wortwechsel: ¹⁾

"Zuruf: Ist es erlaubt, daß Herr Nold die Präsenzliste abschreibt? Vielleicht ist es möglich, ihm eine Fotokopie zu schicken.

Dr. Schniewind ²⁾: Abschreiben wollen Sie die Liste doch nicht? Sie haben gesagt, daß Sie Einblick nehmen wollten.

Nold: Kann ich eine Fotokopie bekommen?

Zurufe: Nein! - Die Verwaltung ist so kulant, daß wir das nicht tun können! - Soll die Steuerbehörde künftig noch mehr wissen wollen?

Nold: Ich kann mir ja auch einen Fotoapparat mitbringen!

Zuruf vom Vorstandstisch: Was Sie machen, ist unlauter!

Nold: Gut, ich streiche es aus. Aber das nächste Mal bringe ich einen Fotoapparat mit.

Dr. Schniewind: Haben Sie lange genug in die Präsenzliste hineingeschaut? - Dann kommen wir zur Abstimmung über die Verteilung des Reingewinns."

Hierzu ist bemerkenswert: Aufsichtsratsvorsitzer Schniewind - zugleich Vorsitzter der Hauptversammlung - äußerte seinen Unwillen, als Nold dieses jedem Aktionär zustehende, in der

1) Blick durch die Wirtschaft, Nr. 107/11.5.59, S.3.

2) Anm. des Verf.: Otto Schniewind - Mitinhaber des Münchner Bankhauses Neuvians, Reuschel & Co. - ist Aufsichtsratsvorsitzer der Commerzbank AG, zugleich auch Aufsichtsratsmitglied der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Praxis freilich kaum ausgeübte Recht wahrnehmen wollte; außerdem wies Schniewind den Aktionär Nold nicht auf die rechtliche Möglichkeit hin, die Präsenzliste der Commerzbank später beim Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf einzusehen.

Die Auslegung der Anwesenheitsliste während der Hauptversammlung ist für die Beteiligten ein "recht umständliches Mittel der Kenntnisnahme" ¹⁾. Zumal in großen Hauptversammlungen, an denen mitunter weit über tausend Aktionäre teilnehmen, ist es technisch undurchführbar, daß jeder Interessent die umfangreiche Präsenzliste auch nur einsehen, geschweige denn abschreiben kann.

Der Referentenentwurf (E §§ 120, 121) behält die Vorschriften des Aktiengesetzes (§§ 110, 111 AktG) zum Teilnehmerverzeichnis wörtlich oder sinngemäß bei. Diese Publizitätsbestimmungen zur Präsenzliste - Verpflichtung der Gesellschaft zur Ausfertigung, Auslegung und späterer Einreichung des Teilnehmerverzeichnisses zum Handelsregister - sind unzulänglich. Der Aktionär kann nämlich auf Grund dieser Vorschriften allein keinen Rechtsanspruch gegenüber der Aktiengesellschaft auf Erteilung einer Abschrift der Anwesenheitsliste herleiten. Unverständlich ist daher, warum die mannigfachen Denkschriften zur Aktienrechtsreform bisher kaum Vorschläge zu einer erweiterten Publizität des Teilnehmerverzeichnisses gemacht haben.

Die Verwaltungen der deutschen Aktiengesellschaften überlassen Teilnehmern an der Hauptversammlung, der Wirtschaftspresse und dem interessierten Publikum grundsätzlich keine Kopien der Präsenzlisten, "da dies eine viel weitergehende Veröffentlichung wäre, als das Gesetz vorschreibt" ²⁾. Wenn Pinckernelle behauptet, daß "mit Rücksicht auf die Gesamtheit

1) Hans Pinckernelle, Zum Interesse der Öffentlichkeit an den Anwesenheitslisten der Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften, in: Das Wertpapier, Nr. 1/1956, S.5 f.

2) Hans Pinckernelle, a.a.O., S.6.

der Aktionäre" ¹⁾ auch die Banken von den Gesellschaften keine Abschriften der Teilnehmerverzeichnisse bekommen, so trifft dies in dieser Verallgemeinerung nicht zu.

Die Behauptung wird schon durch die Tatsache widerlegt, daß große Aktiengesellschaften hektographierte Exemplare der Präsenzliste, die mithin offensichtlich vervielfältigt wird, beim Handelsregister einreichen. Zumindest diejenigen Banken, die Mitglieder in den Aufsichtsrat entsenden oder sonstwie an der Gesellschaft interessiert sind, sowie die Großaktionäre erhalten Kopien der Anwesenheitsliste, dagegen nicht die Publikumsaktionäre. Auch gibt es spezielle Informationsdienste mit Präsenzlisten jeder Hauptversammlung, z.B. die von P. Waller, Düsseldorf, herausgegebenen "Unternehmerinformationen" ²⁾, die sich der Kleinaktionär allerdings gewöhnlich nicht zu beziehen leisten kann.

Ein am Besuch der Hauptversammlung verhinderter, jedoch an der Einsicht der Präsenzliste interessierter Aktionär kann auch in aller Regel kein "berechtigtes Interesse" als Voraussetzung für eine gerichtliche Abschrift des Teilnehmerverzeichnisses nachweisen und dieses wegen der Entfernung meist ebensowenig beim zuständigen Handelsregister einsehen; darum nützen ihm die Publizitätsvorschriften des § 110 Satz 3 AktG und des § 111 Abs.3 und 5 AktG in Verbindung mit § 9 Abs.1 und 2 HGB nichts.

b) Vorschläge zum Teilnehmerverzeichnis

ba) Es ist nicht einzusehen, daß die Aktiengesellschaft den Aktionären nur während der Hauptversammlung Einblick in die Präsenzliste gewähren muß.

1) Hans Pinckernelle, a.a.O., S.6.

2) S. hierzu: Curt Eduard Fischer, in: ZfhwF, 10.Jg./1958, S.31.

Daher wird vorgeschlagen, daß die Aktiengesellschaft jedermann - nicht nur einem Aktionär - auf Anforderung eine vollständige Abschrift des Teilnehmerverzeichnisses zu geben hat, unter Umständen gegen Erstattung der Selbstkosten. 1)

Man mag einwenden, daß dieser Vorschlag, in die Praxis umgesetzt, zu Umgehungen führe. Jeder Aktionär, der jedoch gegenüber der Gesellschaft und der Öffentlichkeit anonym bleiben will, kann auch schon nach geltendem Recht bei der Stimmrechtsausübung die Angabe seines Namens in der Präsenzliste dadurch verhindern, indem er einen anderen zur Ausübung seines Aktienstimmrechts befugt.

bb) Zum Inhalt des Teilnehmerverzeichnisses wird vorgeschlagen: Die Gesellschaft ist zu verpflichten, Namen und Sitz sämtlicher Kreditinstitute in das Teilnehmerverzeichnis aufzunehmen, die das Depotstimmrecht ausüben oder ausüben lassen.

Begründung: In der derzeitigen Aktienrechtspraxis übertragen die von ihren Depotaktionären zur Stimmrechtsausübung ermächtigten Banken häufig das Stimmrecht auf andere Banken weiter. Dieses "Ausleihen von Aktienstimmen" vollzieht sich meist folgendermaßen: Die vom Depotkunden ermächtigte X-Bank erteilt der Y-Bank eine Blankovollmacht, worin die Y-Bank den Namen ihres Angestellten einsetzt. Im Teilnehmerverzeichnis wird jedoch die ermächtigte X-Bank, die das Depotstimmrecht nicht selbst ausübt, als Aktionär aufgeführt: ihre Eigenschaft als Legitimationsaktionär auf Grund der vom Depotkunden erteilten Stimmrechtsermächtigung geht aus der Pflichtanmerkung "Fremdbesitz" (gemäß § 110 Satz 2 AktG) hervor. Außerdem ist in der Präsenzliste der Name und Wohnort des Angestellten der Y-Bank angegeben, der im Außenverhältnis bevollmächtigter Vertreter der ermächtigten X-Bank

1) S. hierzu auch: DIHT, Aktienrechtsreform, S.35 f.; Johannes Semler, a.a.O., S.460.

ist. Dagegen geht der Name und Sitz der Y-Bank, deren Angestellter das Aktienstimmrecht des Depotkunden der X-Bank ausübt, nicht aus dem Teilnehmerverzeichnis hervor.

Die Aktionäre und die Öffentlichkeit sollen aber die Möglichkeit haben, anhand der Präsenzliste eindeutig festzustellen, welche Bank das Depotstimmrecht tatsächlich ausübt. Die bloße Namensangabe des Bankvertreters - ohne Hinweis darauf, bei welcher Bank er angestellt ist - ist ungenügend. Nach dem obigen Vorschlag muß der Name und Sitz der unmittelbar vom Depotaktionär ermächtigten Bank (wie schon nach geltendem Recht), zugleich aber auch (über das geltende Recht hinaus) der Name und Sitz derjenigen Bank, die auf Grund einer (Blanko-) Vollmacht das Stimmrecht im wirtschaftlichen Sinn ausübt oder wiederum ausüben läßt - sei es durch Geschäftsinhaber, Gesellschafter, gesetzliche Vertreter, Angestellte oder Dritte -, angegeben werden. Dieser Vorschlag bezieht sich also nur auf den Fall, daß die vom Kunden ermächtigte Bank das Stimmrecht nicht selbst ausübt, sondern einer anderen Bank weiterüberträgt.

Falls es bei der in E § 126 vorgesehenen Regelung des Depotstimmrechts bleibt, gilt der obenstehende Vorschlag in gleicher Weise für die durch E § 126 Abs.1 Satz 6 eingeschränkte Stimmrechtsausübung: Bei einer Weiterübertragung des Depotstimmrechts müssen das vom Depotaktionär bevollmächtigte X-Kreditinstitut sowie auch vor allem das Y-Kreditinstitut, das sich oder einem anderen Untervollmacht erteilen läßt, neben der das Stimmrecht als Vertreter des Y-Kreditinstituts ausübenden Person - in der Regel ein Angestellter des Y-Kreditinstituts - im Teilnehmerverzeichnis aufgeführt werden.

bc) Nach § 9 Abs.1 Satz 2 und 3 KAGG soll eine Kapitalanlagegesellschaft das Stimmrecht im Regelfall selbst ausüben; sie darf einen anderen nur im Einzelfall zur Stimmrechtsausübung ermächtigen, soll dabei aber Weisungen für die Ausübung erteilen. § 9 KAGG schließt im Gegensatz zu § 114 Abs.4 AktG Blanko-Ermächtigung nicht aus. Nach geltendem Recht geht aus

dem Teilnehmerverzeichnis im Fall der Stimmrechtsermächtigung durch eine Investmentgesellschaft nur der Ermächtigte (Name und Wohnort) sowie der Vermerk "Fremdbesitz" hervor. Entsprechend dem obigen Vorschlag ist zu bestimmen, daß auch der Name und Sitz der Kapitalanlagegesellschaft in das Teilnehmerverzeichnis aufgenommen wird. ¹⁾ Hat sich ein Kreditinstitut Blanko-Ermächtigung erteilen lassen und setzt es den Namen eines anderen, z.B. eines seiner Angestellten, ein, so ist nicht nur der Ermächtigte (der Angestellte), sondern auch der Name und Sitz des Kreditinstituts neben dem Namen und Sitz der Kapitalanlagegesellschaft in der Präsenzliste aufzuführen.

bd) Nach einem Vorschlag Linhardts sollte die Präsenzliste ferner Stand und Beruf der verzeichneten Teilnehmer enthalten; ebenso sollten die Positionen der angemeldeten Aktionäre (Name, Wohnort, Aktienposten) mit laufenden Nummern versehen sein. ²⁾

Vor allem müßte das Teilnehmerverzeichnis eine Zusammenfassung der erschienenen Aktionäre und Aktionärvertreter mit folgender, nach Aktiengattungen (Stamm-, Vorzugsaktien) sowie nach Eigen- und Fremdbesitz unterteilter Gruppierung der Aktiennennbeträge enthalten: Mehrheitsaktionär und Großaktionäre (soweit diese beiden Gruppen vorhanden sind); Großbanken; sonstige Kreditinstitute; Investmentgesellschaften; übrige Aktionäre. Im einzelnen wäre die Gruppe der Großbanken nach den Namen der Institute zu untergliedern.

Nach dem Vorschlag der Studienkommission des Deutschen Juristentages sollte für die Abgrenzung von Eigen- und Fremdbesitz nicht eine formalrechtliche, sondern eine wirtschaftliche Betrachtungsweise maßgebend sein; Treuhandverhältnisse müßten als solche gekennzeichnet sein und somit künftig unter "Fremdbesitz" fallen. ³⁾

1) S. hierzu auch: DAG, Bemerkungen, S.8.

2) Hanns Linhardt, in: Die Aussprache, Heft 10/1958, S.334.

3) Untersuchungen Deutscher Juristentag, S.74, c).

Der Zweck dieses Vorschlags liegt darin, daß der Umfang der von Banken und sonstigen Kreditinstituten ausgeübten Depotstimmrechte mühelos ersichtlich sein soll. Zu erwägen ist, ob bei den Großbanken und sonstigen Kreditinstituten der angemeldete Fremdbesitz in der Zusammenstellung des Teilnehmerverzeichnisses - entsprechend den obenstehenden Vorschlägen - nach Aktienstimmrechten der eigenen Depotkundschaft und denen der Depotaktionäre anderer Kreditinstitute gesondert zu nennen ist.

Die Teilnehmerverzeichnisse werden von den Verwaltungen gegenwärtig in sehr unterschiedlicher Form aufgestellt. Zum Beispiel enthält die Präsenzliste der Daimler-Benz AG - ordentliche Hauptversammlung am 8. Juli 1958 in Stuttgart - eine Zusammenfassung der Teilnehmer im obigen Sinne. Sie wurde schon im zweiten Hauptteil der Arbeit wiedergegeben.

Dagegen ist das Teilnehmerverzeichnis der Siemens & Halske AG - ordentliche Hauptversammlung am 5. März 1959 in München - äußerst unübersichtlich; es enthält auf 30 Seiten 898 Aktienposten, so daß die Ermittlung der durch Banken ausgeübten Depotstimmrechte langwierige Additionen erfordert.

Die Bemerkung Linhardts über die derzeitige Aufstellung der Präsenzlisten trifft wohl für einen großen Teil der deutschen börsennotierten Aktiengesellschaften zu: "Wer den Umfang des Depotstimmrechts aus der Präsenzliste einer größeren Gesellschaft, sagen wir von ein- bis zweitausend anwesenden Aktionären und Vertretern ermitteln will, ist darauf angewiesen, aus Handbüchern, Personenverzeichnissen, Nachschlagewerken und anderen Quellen die erforderlichen Feststellung zu treffen." ¹⁾

1) Hanns Linhardt, in: Die Aussprache, Heft 10/1958, S.334.

4. Der Geschäftsbericht

a) Das Wesen des Geschäftsberichts

Der Geschäftsbericht des Vorstands der Aktiengesellschaft ist ein Rechenschaftsbericht; für die Aktionäre, Gläubiger sowie die Öffentlichkeit ist er zugleich die vornehmliche Informationsquelle. ¹⁾ Nach dem Gesetz sind im Geschäftsbericht der Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft darzulegen, ferner der Jahresabschluß zu erläutern (§ 128 Abs.1 und 2 AktG). Die Berichterstattung hat den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft zu entsprechen (§ 128 Abs.3 Satz 1 AktG ²⁾).

Soweit folgt auch der Referentenentwurf diesen Bestimmungen (E § 145 Abs.1 Satz 1 und Abs.3). Jedoch enthält das Aktiengesetz in § 128 Abs.3 Satz 2 eine Schutzklausel, die im Entwurf wegfällt: Die Berichterstattung "kann nur so weit unterbleiben, wie überwiegende Belange der Gesellschaft oder eines beteiligten Unternehmens oder der gemeine Nutzen von Volk und Reich es fordern".

Nach dem Vorschlag der Gemeinsamen Denkschrift sollte die allgemeine Schutzklausel des § 128 Abs.3 Satz 2 AktG für den Geschäftsbericht auch in einem neuen Aktiengesetz vorgesehen werden, und zwar als Korrelat zum Auskunftsverweigerungsrecht des E § 122 Abs.4 Nr. 2. ³⁾ - Auch die Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft hält in ihrer Denkschrift die Beibehaltung der Schutzklausel für die Berichterstattung grundsätzlich für erforderlich. Nach ihrem Vorschlag zu E § 145 Abs.3 darf die Berichterstattung "nur unterbleiben, soweit der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen ein erheblicher Nachteil droht oder das Gemein-

1) S. hierzu: H.U. von Wangenheim, in: Enzyklopädisches Wörterbuch, Bd.1, S.705 (Stichwort: Geschäftsberichte); Johannes Semler, a.a.O., S.456.

2) Vgl. § 112 Abs.2 AktG.

3) Gemeinsame Denkschrift, S.57 f.

wohl es fordert". ¹⁾ Diese Formulierung lehnt sich ebenfalls an E § 122 Abs.4 Nr. 2 an.

b) Vorschläge zum Geschäftsbericht

Allgemein läßt sich sagen, daß die Geschäftsberichte deutscher Aktiengesellschaften bisher viele Informationswünsche offenlassen und als Publizitätsinstrumente von den einzelnen Verwaltungen sehr verschieden gehandhabt werden.

"Mitunter liest sich der Geschäftsbericht wie ein technisches Fachreferat. Man fragt sich bei solchen Darlegungen, was damit bezweckt sein soll, da rein technische Einzelheiten die Aktionäre nicht interessieren können und in der Fachliteratur längst besser dargestellt sind. Es soll damit nur bezweckt werden, dem Aktionär und der Öffentlichkeit zu zeigen, daß es nicht um die Jahresdividende der Aktionäre, sondern um die Entwicklung der Technik, um den Fortschritt auf dem Weltmarkt geht. In Wirklichkeit hat die Verwaltung darüber Rechenschaft abzugeben, was sie mit dem Geld ihrer Aktionäre gemacht hat" ²⁾.

Wie ungenügend die Vorschriften des geltenden Aktienrechts wie auch des Referentenentwurfs z.B. zur Namensangabe der Aufsichtsratsmitglieder im Geschäftsbericht sind (§ 128 Abs.4 Satz 1 AktG; E § 145 Abs.4), soll anhand der Geschäftsberichte einiger unserer größten Publikumsgesellschaften gezeigt werden:

Die Mannesmann AG gehört nach ihrem Grundkapital von 580 Mio.DM wie auch nach ihrem Umsatz - 1958 fast 3 Mrd.DM - zur Spitzengruppe der größten deutschen Unternehmen; sie zählt rund 80 000 Aktionäre und 75 000 Beschäftigte. Jedoch läßt sich aus dem 87 Seiten umfassenden Bericht der Mannesmann AG für das Geschäftsjahr 1958 nicht entnehmen, wer von

1) Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft, Zum Referentenentwurf, S.6, 30.

2) Hanns Linhardt, in: Die Aussprache, Heft 10/1958, S.333.

den Aufsichtsratsmitgliedern Aktionärvertreter oder Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsvertreter oder das "weitere Mitglied" (hier: 21. Mann) ist. Ebensowenig sind die Berufe und Stellungen angegeben. Die 21 Aufsichtsräte sind im Geschäftsbericht lediglich unter Angabe etwaiger akademischer Grade und ihrer Wohnsitze aufgeführt. - Dagegen hat die Verwaltung der Mannesmann AG in ihren Prospekten für die Zulassung zum Börsenhandel und zur amtlichen Notierung von Aktien und Obligationen die Berufsbezeichnungen ihrer Aufsichtsräte stets angegeben.

Hierzu heißt es im Kleinen Börsenlexikon 1958 ganz allgemein:

"Selbstverständlich ist in dem Prospekt, der v o r der Börseneinführung veröffentlicht wird, die Berichterstattung so ausführlich, wie sie in den Zulassungsbedingungen der Börsen vorgeschrieben ist. Aber n a c h der Börseneinführung wird die Publizität wieder eingeschränkt." ¹⁾

Der Geschäftsbericht 1957/58 der Siemens & Halske AG enthält wohl acht ganzseitige Glanzdruckfarbtafeln, aber keinerlei Berufsangaben ihrer Aufsichtsratsmitglieder.

"Da die Technik immer mehr Varianten zuläßt und man mit Rücksicht auf die steigende Beliebtheit des Bildhaften gern von Illustrationen, von graphischen Darstellungen und Schaubildern Gebrauch macht, kann es allerdings dazu kommen, daß der äußere Eindruck im Widerspruch zu dem inneren Gehalt steht" ²⁾.

Von den drei Großbanken führt nur die Dresdner Bank in ihrem Geschäftsbericht 1958 die Berufe und Stellungen ihrer Aufsichtsräte auf. - Inkonsequent ist die Deutsche Bank bei der Abfassung ihres Geschäftsberichtes für 1958, indem sie zwar auf 29 Seiten Beruf, Stand und Stellung ihrer 384 Bezirksbeiräte veröffentlicht, diese Angaben jedoch bei ihren 48 Aufsichtsratsmitgliedern unterläßt.

1) Rudolf Mindner, Das Kleine Börsenlexikon 1958, S.682.

2) H.U. von Wangenheim, in: Enzyklopädisches Lexikon, Bd.1, S.706.

Zumal für die Urteils- und Willensbildung des Kleinaktionärs, der nicht über kostspielige Nachschlagewerke und Informationsquellen verfügt, kann angesichts der Verflechtungen zwischen den Banken und der Industrie die Kenntnis des Berufes der einzelnen Aufsichtsräte bedeutsam sein. Wenn z.B. aus dem Geschäftsbericht einer Publikums-gesellschaft hervorgeht, daß keine typischen Kleinaktionäre, dagegen mehrere Bankenvertreter im Aufsichtsrat vertreten sind, so kann diese Tatsache unter Umständen die Art der Stimmabgabe des einzelnen Depotaktionärs entscheiden.

In Anlehnung an die Vorschläge von Mindner wird de lege ferenda für die Aufstellung des Verzeichnisses der Aufsichtsratsmitglieder folgendes Schema angeregt: ¹⁾

A. Vertreter der Aktionäre;

B. Vertreter der Arbeitnehmer; ²⁾

C. Jeweils hinzuzufügen:

- 1) Vorsitz der Aufsichtsrats;
- 2) Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzers;
- 3) Akademischer Grad, Titel, Beruf und Stellung der Aufsichtsratsmitglieder;
- 4) Firma, Dienststelle usw. der Aufsichtsratsmitglieder;
- 5) Wohnort der Aufsichtsratsmitglieder;
- 6) Amtsdauer der Aufsichtsratsmitglieder (z.B. seit ...; gewählt bis ...);
- 7) bei Arbeitnehmervertretern, ob sie Angehörige der Gesellschaft oder eines von ihr abhängigen Betriebes sind;

1) Vgl. Rudolf Mindner, a.a.O., S.686.

2) Die Vertreter der Aktionäre und der Arbeitnehmer sind entweder gesondert aufzuführen oder - unabhängig von der Berufsangabe - als solche zu kennzeichnen.

- 8) die "weiteren" Aufsichtsratsmitglieder (Gewerkschaftsfunktionäre, Hochschullehrer, Politiker usw.) bei Montangesellschaften, die besonderen mitbestimmungsrechtlichen Vorschriften unterliegen;
- 9) gegebenenfalls:
- a) nach § 88 AktG entsandte Aufsichtsratsmitglieder;
 - b) nach § 89 AktG vom Gericht bestellte Aufsichtsratsmitglieder;
- 10) falls ausgeschieden: Datum und Grund (Zeitablauf oder Widerruf der Bestellung, Amtsniederlegung, Tod).

In diesem Zusammenhang kann man die neu vorgesehene Bestimmung des E § 117 Abs.2 ¹⁾ nur gutheißen:

Grundsätzlich haben zu jedem Gegenstand der Tagesordnung, über den die Hauptversammlung beschließen soll, der Vorstand und der Aufsichtsrat, zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern - soweit diese als Aktionärsvertreter durch die Hauptversammlung zu wählen sind - und von Prüfern nur der Aufsichtsrat ²⁾, Vorschläge zur Beschlußfassung zu machen. Der Vorschlag von Aufsichtsratsmitgliedern oder Prüfern hat deren Namen, Beruf und Wohnort zu enthalten. Die Vorschläge sind in die Bekanntmachungen der Tagesordnung aufzunehmen.

Die Wahlen von Aufsichtsratsmitgliedern und von Prüfern gehören zu den wichtigsten Aufgaben der Hauptversammlung. Entsprechend den unzulänglichen Bestimmungen des geltenden

1) Die Gemeinsame Denkschrift, S.69 f. (s.auch S.72), lehnt E § 117 Abs.2 Satz 1 als Erweiterung des Mitbestimmungsrechts ab. - Die Stellungnahme der Schutzvereinigung, S.42, übernimmt dagegen E § 117 Abs.2 unverändert in ihren Vorschlag.

2) "Es kommt dem Vorstand nicht zu, Vorschläge für die Wahl des ihn überwachenden Aufsichtsrats und der seine Geschäftsführung prüfenden Personen zu machen". - Rudolf Franta, in: Der Betrieb, Nr.48/1958, S.1354.

Aktienrechts enthalten die Bekanntmachungen zu den Tagesordnungen der Hauptversammlungen, die auch in den Geschäftsberichten der Gesellschaften wiedergegeben sind, zu diesen beiden Gegenständen der Beschlußfassung lediglich etwa folgende knappen Angaben: Neuwahl des Aufsichtsrats, Wahlen zum Aufsichtsrat, Zuwahl zum Aufsichtsrat; Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 19.. . Die Vorschläge der Verwaltung - mit Namen, Beruf und Wohnort der zur Wahl vorgeschlagenen Aufsichtsratskandidaten und des Prüfers (Einzelprüfer oder Prüfungsgesellschaft) - werden aber dazu nicht bekanntgegeben.

Durch die Erweiterung der Publizitätspflicht in E § 117 Abs.2 sollen die Aktionäre künftig rechtzeitig über die Wahlvorschläge informiert werden; sie können somit nicht mehr auf der Hauptversammlung überrascht werden. ¹⁾ Zugleich ist nach dem Referentenentwurf, ebenfalls im Unterschied zum geltenden Recht, die Tagesordnung bei der Einberufung der Hauptversammlung - mindestens einen Monat vor dem Versammlungstag (E § 116 Abs.1) - bekanntzumachen (E § 117 Abs.3 Satz 1).

Ergänzend zu der Neuerung in E § 117 Abs.2 wird hier angeregt: Der Aufsichtsrat hat bei seinen Vorschlägen zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern (Neuwahl, Wiederwahl, Zuwahl) auch den Grund für das Ausscheiden bisheriger Aufsichtsratsmitglieder - Zeitablauf oder Widerruf der Bestellung, Amtsniederlegung, Tod - unter Angabe des Datums zu nennen.

Über E § 117 Abs.2 Satz 2 hinaus sollte der Vorschlag zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern neben ihrem Beruf auch ihre genaue Tätigkeit mit Hinweis auf die Firma, Dienststelle usw. enthalten. Angaben wie Rechtsanwalt oder Bergassessor a.D. sind unzureichend, wenn die betreffende Person z.B. Mitinhaber der X-Bank oder Vorstandsvorsitzer der Y-Aktiengesellschaft ist.

1) S. hierzu: Erläuterungen, Zu E § 117, S.270.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft schlägt in ihrer Denkschrift als Ergänzung des Geschäftsberichts vor, "daß bei der namentlichen Aufführung ... der Aufsichtsratsmitglieder auch Mitteilung über die Zugehörigkeit zu anderen Aufsichtsräten gemacht wird, soweit die betreffenden Gesellschaften, bei denen diese weiteren Aufsichtsratsfunktionen ausgeübt werden, ein Grundkapital oder Dauerdarlehen von ihren Gesellschaften über 1 Mill.DM haben oder mehr als 500 Arbeitnehmer beschäftigen." ¹⁾

Eine solche Publizitätspflicht läßt sich nicht mit einem gerechtfertigten Informationsinteresse der Öffentlichkeit oder der Aktionäre begründen, da das betreffende Aufsichtsratsmitglied der X-Aktiengesellschaft nicht in seiner Eigenschaft als Organmitglied der X-Aktiengesellschaft dem Aufsichtsrat der Y-Aktiengesellschaft angehört - im Gegensatz zu einem Vorstandsmitglied der X-Aktiengesellschaft, das Aufsichtsratsmitglied der Y-Aktiengesellschaft ist. Deshalb kann dieser Vorschlag der DAG aus rechtlichen Gründen nicht befürwortet werden, wenngleich sich, wirtschaftlich betrachtet, durch solche Aufsichtsratsangaben manche interessanten Zusammenhänge erkennen ließen.

Nach § 128 Abs.4 Satz 1 AktG und auch E § 145 Abs.4 sind im Geschäftsbericht sämtliche Vorstandsmitglieder mit dem Familiennamen und mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen anzugeben.

Darüber hinaus wird vorgeschlagen, daß die Arbeitsgebiete der einzelnen Vorstandsmitglieder soweit wie möglich im Geschäftsbericht darzulegen sind: z.B. Leiter der Finanzabteilung, Chefkonstrukteur, Leiter der Forschungsabteilung usw. ²⁾

1) DAG, Bemerkungen, S.11.

2) Vgl. Rudolf Mindner, a.a.O., S.686.

Der Vorstandsvorsitzer ist auch im künftigen Aktienrecht - entgegen dem Vorschlag des Referentenentwurfs ¹⁾ - besonders zu bezeichnen (§§ 100 Satz 2 und 128 Abs.4 Satz 1 AktG). Bei den im Geschäftsjahr oder nachher ausscheidenden Vorstandsmitgliedern ist das Datum und der Grund ihres Ausscheidens zu vermerken.

Zur Publizität des Vorstandes wird hier der - allerdings sehr weitgehende - Hauptvorschlag gemacht, daß im Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft auszuführen ist, bei welchen anderen Kapitalgesellschaften (AG, KGaA, GmbH) die einzelnen Vorstandsmitglieder dem Aufsichtsrat angehören. ²⁾

Diese Aufstellung der Aufsichtsratsmandate - nach dem Namen und Sitz der Gesellschaft, nicht nur der Zahl nach - die von den einzelnen Vorstandsmitgliedern bekleidet werden, ist für die Aktionäre eine wesentliche Informationsmöglichkeit; die Kenntnis der Über-Kreuz-Verbindungen der verschiedenen Aktiengesellschaften durch gegenseitige Wahl der Vorstandsmitglieder in den Aufsichtsrat wird die Meinungs- und Willensbildung der Anteilseigner oft entscheidend beeinflussen. Gerade der Kleinaktionär verfügt in der Regel nicht über Nachschlagewerke ³⁾, denen er diese Angaben, die zudem oft lückenhaft und veraltet sind, entnehmen kann. Für die Geschäftsberichte der großen Banken gewinnt das Verzeichnis der Aufsichtsratsposten ihrer Vorstandsmitglieder im Geschäftsbericht besondere Bedeutung: Es läßt Rückschlüsse zu auf die Geschäftsbeziehungen der Banken zu den Gesellschaften und - bei Publikumsgesellschaften ohne Großaktionäre - vor allem auf die Ausübung des Depotstimmrechts.

1) In E § 75 Satz 1 und § 145 Abs.4 entfällt diese Bestimmung des geltenden Rechts. Die Entwurfsbegründung hierfür vermag nicht zu überzeugen (Erläuterungen, S.226, 305).

2) S. hierzu auch: DAG, Bemerkungen, S.11.

3) Z.B.: Leitende Männer der Wirtschaft, 7.Aufl., Berlin - Darmstadt - Essen 1959.

Man erhebe gegen diese hier vorgeschlagene Publizitätspflicht - Angabe im Geschäftsbericht, welche Aufsichtsratssitze die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft bei anderen Gesellschaften einnehmen - nicht den Einwand, daß dadurch die Persönlichkeitsphäre der einzelnen Vorstandsmitglieder verletzt würde. ¹⁾

Welchen Standpunkt die Verwaltungen zur Veröffentlichung der Aufsichtsratsmandate grundsätzlich einnehmen, geht aus dem unten auszugsweise wiedergegebenen Antwortschreiben einer Großbank hervor. Auf eine Anfrage des Verfassers beim Vorstand der Deutschen Bank AG nach der Zahl der Aufsichtsratssitze - nicht etwa nach den Namen der betreffenden Gesellschaften -, welche die einzelnen Vorstandsmitglieder innehaben, hat die Deutsche Bank unter anderem geantwortet:

"Wenn Sie auch diese Angaben für einen wissenschaftlichen Zweck benötigen, möchten wir aus grundsätzlichen Erwägungen doch davon absehen, Ihnen diese Angaben zu machen, zumal sie aus den einschlägigen Veröffentlichungen ... unschwer zu ersehen sind. Es handelt sich hier jedoch um persönliche Angelegenheiten der Herren unseres Vorstandes, in denen wir eine Auskunft nicht erteilen möchten." ²⁾

Ergänzend zu dem letztgenannten Vorschlag ist den Filialaktienbanken, allen voran den drei Großbanken, vorzuschreiben, daß sie in ihrem Geschäftsbericht - der Geschäftsbericht der Deutschen Bank AG für 1958 kann hierzu als Musterbeispiel erwähnt werden - neben den Vorstandsmitgliedern auch die Direktoren aufführen: Direktoren mit Generalvollmacht, Direktoren der Zentralen, Direktoren der Hauptfilialen. Denn diese Direktoren üben einmal als Vertreter ihrer Banken zumeist das Depotstimmrecht auf den Hauptversammlungen aus; sodann sind sie, besonders bei Großbanken, oft selbst Aufsichtsratsmitglieder in anderen Kapitalgesellschaften.

1) Vgl. Gemeinsame Denkschrift, S.52.

2) Deutsche Bank AG, Zentrale/Generalsekretariat, Frankfurt (Main): Schreiben vom 26.8.59 an den Verf.

Der obenstehende Vorschlag für die Vorstandsmitglieder von Aktienunternehmen ist entsprechend auf Bankdirektoren auszudehnen: Demnach sind Name und Sitz der Gesellschaften, deren Aufsichtsrat diese Bankdirektoren angehören, ebenfalls im Geschäftsbericht zu vermerken.

Schon vor einem Vierteljahrhundert hat Kastenholz ¹⁾ angeregt, "daß bei Verkündung des Abstimmungsergebnisses das Votum der Depotstimmen nebst der es ausübenden Bank besonders bekanntzugeben ist". Ähnlich hat Flume während der früheren Diskussion über die Privatisierung des Volkswagenwerkes vorgeschlagen: "Man wird ... erwägen müssen, auch für die Stimmrechtsabgabe Publizitätsvorschriften einzuführen." ²⁾

Daher erscheint folgendes geraten: Die zuständigen Börsenstellen ³⁾ müssen - entsprechend den hier schon gemachten Vorschlägen zur Erweiterung der Publizitätspflicht - die börsennotierten Aktiengesellschaften verpflichten, daß diese entweder in einem besonderen Zwischenbericht oder Aktionärsbrief, spätestens aber in einem Anhang zum nächsten Geschäftsbericht angeben, welche Beschlüsse die Hauptversammlung zu den einzelnen Gegenständen der Tagesordnung gefaßt hat. Dabei sind die Art und das Ergebnis der Abstimmung (Stimmen dafür und dagegen, Stimmenthaltungen) ebenso wie die Feststellung des Hauptversammlungsvorsitzers über die Beschlußfassung zu veröffentlichen. Desgleichen ist gesondert aufzuführen, in welchem Sinne die Kreditinstitute für den von ihnen angemeldeten "Fremdbesitz" - Aktienstimmen von Depotaktionären - das Stimmrecht ausgeübt haben.

1) Kastenholz, in: Berliner Tageblatt, 25.5.1935; zit. bei: Werner Berger, a.a.O., S.31.

2) Werner Flume, Wie soll die Volkswagen-Aktie aussehen?, in: HBl, Nr. 9/22.1.58, S.4.

3) Das sind: 1. die Zulassungsstellen der einzelnen Wertpapierbörsen; 2. die an jeder Börse bestehenden Ortsausschüsse der "Ständigen Kommission für Angelegenheiten in amtlich nicht notierten Werten": sog. Freiverkehrsausschüsse.

In diesem Zusammenhang ist noch zu erwägen, ob diese Mitteilung an die Aktionäre - alternativ im Zwischenbericht, Aktionärsbrief oder spätestens im nächsten Geschäftsbericht - neben dem Abstimmungsergebnis auch die schon weiter oben vorgeschlagene Zusammenfassung des Teilnehmerverzeichnisses nach Aktionärgruppen enthalten muß.

Gerade der interessierte Depotaktionär, der nicht selbst an der Hauptversammlung teilnehmen kann und daher sein Stimmrecht durch seine Depotbank ausüben läßt, hätte in der Veröffentlichung des Abstimmungsergebnisses und der zusammengefaßten Präsenzliste wichtige Unterlagen für seine künftige Willensbildung zur Hand.

5. Vorschläge zum Protokoll

Nach § 111 Abs.1 AktG bedarf jeder Beschluß der Hauptversammlung der Beurkundung durch eine über die Verhandlung gerichtlich oder notariisch aufgenommene Niederschrift (Protokoll). Gemäß § 111 Abs.2 AktG sind in der Niederschrift unter anderem die Art und das Ergebnis der Abstimmung und die Feststellung des Hauptversammlungs-Vorsitzers über die Beschlußfassung anzugeben. Unverzüglich nach der Versammlung muß der Vorstand der Gesellschaft eine öffentlich beglaubigte Abschrift der Niederschrift zum Handelsregister einreichen (§ 111 Abs.3 AktG).

Über die Mindestanforderungen des geltenden Aktienrechts wie auch des hierin sinngemäß unveränderten Referentenentwurfs (E § 121) hinaus wird vorgeschlagen, daß die Protokollpflicht auf alle Fragen der Aktionäre in der Hauptversammlung zu Angelegenheiten der Gesellschaft zu erweitern ist, auch wenn diese Fragen mit dem Gegenstand der Verhandlung nicht in Zusammenhang stehen ¹⁾; ebenso ist die Protokollpflicht auf alle Antworten und Auskünfte der Verwaltung

1) Vgl. § 112 Abs.1 AktG und E § 122 Abs.1

hierzu auszudehnen. ¹⁾ Liegen Gegenanträge von Aktionären vor, so ist der Wortlaut der Opposition in das Protokoll aufzunehmen.

Besonders in einer Hauptversammlung, in der Opposition getrieben wird oder in der die Gesellschaft dem Auskunftsverlangen eines oder mehrerer Aktionäre nicht stattgibt, ist die wörtliche Niederschrift der Aktionärsfragen und der Verwaltungsantworten von Bedeutung. - Ob diese mündlichen Ausführungen stenographisch oder durch Tonbandaufnahmen - gerichtlich oder notariell - registriert werden, ist mehr ein technisches Problem, dessen Lösung im Einzelfall dem Protokollführer überlassen bleiben sollte. Keinesfalls dürfen die zu erstellenden Aufzeichnungen den Ablauf der Hauptversammlung beeinträchtigen.

Das derzeit einzige öffentliche Informationsorgan über die Frage- und Antwortdialoge in den Hauptversammlungen großer Publikumsgesellschaften ist - soweit ersichtlich - der seit Herbst 1958 täglich erscheinende "Blick durch die Wirtschaft", der von der Wirtschaftsschriftleitung der FAZ redigiert wird. ²⁾ So hat die Siemens & Halske AG den Auszug aus der stenographischen Niederschrift der Hauptversammlungsdiskussion vom 5. März 1959 in München, die im "Blick durch die Wirtschaft" erschienen ist, als Sonderdruck ihren Aktionären über die Depotbanken zugeleitet. ³⁾

Nach geltendem Recht kann die Niederschrift und das ihr beigelegte Teilnehmerverzeichnis grundsätzlich nur beim Handelsregister des zuständigen Amtsgerichts eingesehen werden (§ 111 AktG in Verbindung mit § 9 HGB). - Der Vorschlag für eine Erweiterung des Protokolls kann sich freilich nur dann voll auswirken, wenn die Publizitätspflicht hinsicht-

1) Vgl. hierzu: K. Westrick, in: BB, Heft 11/1958, S.397.

2) Der "Blick durch die Wirtschaft" scheidet als Informationsorgan wegen seines Preises - das Monatsabonnement kostet DM 19.50 - allerdings für die meisten Aktionäre aus.

3) Blick durch die Wirtschaft, Nr. 57/9.3.59, S.3.

lich der Niederschrift entsprechend ausgedehnt wird. Daher ist die Gesellschaft gesetzlich zu verpflichten, den Abdruck der vorschlagsgemäß erweiterten Niederschrift entweder ebenfalls in dem schon erwähnten Zwischenbericht oder Aktionärsbrief, spätestens aber in einem Anhang zum nächsten Geschäftsbericht den Aktionären vorzulegen. ¹⁾

1) Vgl. den Vorschlag des Aktionärs Kübel auf der HV der Phoenix-Rheinrohr AG 1959: Der HV-Vorsitzer soll stenographische Aufnahmen machen lassen und diese jedem Aktionär, der zur Zahlung der Schreibgebühren bereit ist, zur Verfügung stellen. - Blick durch die Wirtschaft, Nr. 103/5.5.59, S.5.

N A C H W O R T

Die Geschichte des Aktienrechts ist zugleich die Geschichte seiner Reformen; dies gilt in den letzten Jahrzehnten besonders für ein aktienrechtliches Grundproblem: Das Depotstimmrecht der Banken.

Die vorliegende Arbeit kann nicht mit einem endgültigen Ergebnis der gesetzgeberischen Reformbestrebungen abschließen. Der Schwerpunkt der Untersuchungen in dieser Schrift, deren Vorarbeiten bis zum Herbst 1957 zurückreichen, hat sich durch den im Oktober 1958 veröffentlichten Referentenentwurf eines Aktiengesetzes verlagert. Die Aktienrechtsreform ist derzeit mitten im Gange und wird auch in nächster Zeit noch nicht abgeschlossen sein.

Der von Bundesjustizminister Schäffer für Herbst 1959 spätestens angekündigte Regierungsentwurf eines neuen Aktiengesetzes, der sich auf den Referentenentwurf und die Verbesserungsvorschläge dazu gründen soll, ist dem Bundestag bis jetzt noch nicht vorgelegt worden. Nach der Regierungserklärung vom 29. Oktober 1957 soll jedoch das neue Aktiengesetz noch in dieser Legislaturperiode - also bis zum Jahre 1961 - verabschiedet werden.

Bei dem in Denkschriften, Fachzeitschriften und in der Wirtschaftspresse ausgetragenen Widerstreit der Meinungen und Interessen um das Depotstimmrecht sind die Grenzen zwischen objektiver wissenschaftlicher Beurteilung und wissenschaftlich verbrämter Interessenvertretung häufig verwischt worden. Zudem haben die Wortführer in der öffentlichen Diskussion oft mit ebenso unsachlichen wie unverifizierbaren Argumenten, polemischen Kritiken sowie verallgemeinernden Vorurteilen, die auf populären Mißverständnissen und mangelnder Sachkenntnis beruhen, operiert.

Das Aktiengesetz hat als Organisationsgesetz Aufbau und Verfassung der Aktiengesellschaft zu regeln; soll seine Neugestaltung auf Jahrzehnte hinaus Bestand haben, darf sich die Gesetzgebung nicht von tagespolitischen und interessenideologischen Dogmen leiten lassen. Angesichts der Dynamik des Wirtschaftslebens könnte sonst bei der Aktiengesellschaft als der weitaus wichtigsten wirtschaftsrechtlichen Organisationsform schon binnen kurzem wieder ein Zwiespalt zwischen Gesetz und Wirklichkeit entstehen.

Die Banken, Deutschlands einflußreichste Wirtschaftsgruppe, wie auch die übrigen mächtigen Interessengruppen der gewerblichen Wirtschaft halten bei der Frage der Depotstimmrechtsausübung grundsätzlich am derzeitigen Rechtszustand fest. Wie die Banken immer wieder betonen, üben sie das Depotstimmrecht allein im Interesse der Depotaktionäre aus; aber in der Praxis nehmen die Banken mit den kumulierten Depotaktienstimmen die Belange der im einzelnen einflußlosen Kleinaktionäre nur wahr, soweit deren Interesse mit dem Interesse der Banken und damit der Gesellschaftsverwaltungen identisch ist. Wenn auch die Aktiengesellschaften mit breiter, kleingestückelter Aktienstreuung und ohne Großbeteiligung bei uns in der Minderzahl sind, so lassen sich doch gerade die allergrößten deutschen Publikumsgesellschaften mit einem Grundkapital von insgesamt mehreren Milliarden D-Mark als Großunternehmen der Kleinaktionäre bezeichnen.

Aufgabe der gegenwärtigen Aktienrechtsreform ist es daher, das Depotstimmrecht der Banken in ein Stimmrecht der Depotaktionäre umzuwandeln, das den Willen und das Interesse der Klein- und Minderheitsaktionäre besser als bisher verwirklicht.

Jedoch darf bei der neuen aktiengesetzlichen Ausgestaltung des Depotstimmrechts der Aktionärschutz nicht überspannt werden. Es ist dabei nicht vom Leitbild eines idealen Klein-

aktionärs, sondern von den wirtschaftlichen und soziologischen Gegebenheiten sowie von den rechtlichen Bedürfnissen der Depotaktionäre und der Depotbanken auszugehen. Die Gesetzgebung sollte namentlich die Kreditinstitute auch künftig bei der Ausübung des Depotstimmrechts vor umständlichen und kostspieligen Auflagen bewahren, deren formale Erfordernisse mit den Rationalisierungsbestrebungen der Wirtschaft unvereinbar sind und an dem rechtstatsächlichen Zustand doch kaum etwas ändern.

Es läßt sich bei der Regelung des umstrittenen Depotstimmrechts nicht voraussagen, ob die Grundkonzeption des im Referentenentwurf vorgesehenen Verfahrens ins neue Aktiengesetz eingeht oder aber vom Parlament noch der einen oder anderen Kompromißmodifikation unterworfen wird. Entscheidend bleibt in jedem Fall, was diejenigen aus dem neuen Aktiengesetz machen, für die es geschaffen wird. Es kommt auf die Persönlichkeiten an, wie die Gesetzesparagrafen in der Aktienrechtspraxis gehandhabt werden.

Im Jahre 1935 schon meinte Schlegelberger, damals Staatssekretär im Reichsjustizministerium und maßgebender Mitverfasser des Aktiengesetzes von 1937, zum Depotstimmrecht der Banken: "Über diese Frage ist seit vielen Jahren so viel gesprochen und geschrieben worden, daß Neues nicht mehr zu sagen ist. Man muß sich entscheiden." ¹⁾ Man wird sich auch diesmal wieder entscheiden müssen; aber es ist nicht die Frage, ob das Depotstimmrecht beibehalten oder abgeschafft werden soll.

Beim Bankenstimmrecht, das als solches weder ein Übel sein muß, noch eine Ideallösung der Aktienstimmrechtsausübung sein kann, geht es derzeit nur um die zweckmäßigste und sinnvollste aktiengesetzliche Kodifikation. Dabei sollte der Bundestag seine Entscheidung nicht nur aus wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Überlegungen, sondern auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht heraus treffen.

1) Franz Schlegelberger, Die Erneuerung des deutschen Aktienrechts, Berlin 1935, S.23.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AcP	-	Archiv für die civilistische Praxis
a.F.	-	alte Fassung
AG	-	Aktiengesellschaft
AGB	-	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AktG	-	Aktiengesetz
AktGEntw	-	Entwurf eines Aktiengesetzes
AR	-	Aufsichtsrat
ao.	-	außerordentlich
BASF	-	Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG
BB	-	Der Betriebs-Berater
BGB	-	Bürgerliches Gesetzbuch
BJM	-	Bundesjustizministerium
BörsG	-	Börsengesetz
BVG	-	Betriebsverfassungsgesetz
DAG	-	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DepotG	-	Depotgesetz
Die AG	-	Die Aktiengesellschaft
DIHT	-	Deutscher Industrie- und Handelstag
DLW	-	Deutsche Linoleum-Werke AG
DM-BilG	-	D-Mark-Bilanzgesetz
DVO	-	Durchführungsverordnung
DZ	-	Deutsche Zeitung
E §	-	Entwurfsparagraph
FAZ	-	Frankfurter Allgemeine Zeitung
GenG	-	Genossenschaftsgesetz
GG	-	Grundgesetz
GmbH	-	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	-	Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HB1	-	Handelsblatt
HGB	-	Handelsgesetzbuch

i.d.F.v.	- in der Fassung von
IK	- Industriekurier
HV	- Hauptversammlung
Jg.	- Jahrgang
JW	- Juristische Wochenschrift
JZ	- Juristenzeitung
KAGG	- Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften
KGaA	- Kommanditgesellschaft auf Aktien
KO	- Konkursordnung
KWG	- Kreditwesengesetz
lfd.Nr.	- laufende Nummer
MitbestG	- Mitbestimmungsgesetz
NJW	- Neue Juristische Wochenschrift
o.	- ordentlich
o.J.	- ohne Jahresangabe
o.O.	- ohne Ortsangabe
ohne Verf.	- ohne Verfasserangabe
RefEntw	- Referentenentwurf
RG	- Reichsgericht
RGZ	- Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RWE	- Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG
SZ	- Süddeutsche Zeitung
StGB	- Strafgesetzbuch
VEBA	- Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG
VW	- Der Volkswirt
VW-Werk	- Volkswagenwerk GmbH
WWI	- Wirtschaftswissenschaftliche Mitteilungen Herausgeber: Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften
WZ	- Wirtschaftszeitung
ZfK	- Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZfhwF	- Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung

LITERATURVERZEICHNIS

1. Bücher

a) Bücher mit Verfasserangabe

Adolf Barchewitz:

Das Bankrecht, 2.Aufl., Schloß Bleckede (Elbe) 1957.

G. Baumann:

Banken, Banken über alles, (Anm. des Verf.: Ost-)
Berlin 1956.

Baumbach - Hueck:

Aktiengesetz, 9.Aufl., München und Berlin 1956.

Werner Berger:

Über das Bankstimmrecht bei Depotaktien, Tübingen 1939.

Berle - Means:

The Modern Corporation and Private Property, 17th Printing,
New York 1950.

Arthur Bondi:

Die Rechte der Aktionäre. Ein Beitrag zur Reform des
Gesellschaftsrechtes und zur deutsch-österreichischen
Rechtsangleichung, Berlin 1930.

Erich Brodmann:

Aktienrecht, Gewerbe- und Industrie-Kommentar, Bd.IV,
Berlin und Leipzig 1928.

Cohn - Fick - Zehntbauer:

Die Aktiengesellschaft, Zürich 1921.

Theodor Fabri:

Die Kleinaktie, Heft 8 der Abhandlungen aus dem Industrie-
seminar der Universität zu Köln, Herausgeber: Theodor Beste,
Berlin 1959.

Wilhelm Feldhausen:

Die rechtspolitische Auseinandersetzung über das Depot-
stimmrecht der Banken seit dem ersten Weltkrieg, Diss.,
Köln 1950 (Manuskript).

Paul Fischer:

Die Aktiengesellschaft in der nationalsozialistischen Wirtschaft. Ein Beitrag zur Reform des Gesellschaftsrechts, Schriften der Akademie für Deutsches Recht, München und Leipzig 1936.

Werner Flume:

Der Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Schriftenreihe Handelsblatt, Düsseldorf 1958.

Günther Frohner:

Aktiensonderdepot und Legitimationsübertragung, (zugleich Diss.), Hamburg 1929.

Gadow - Heinichen - E.Schmidt - W.Schmidt - Weipert:

Aktiengesetz, Kommentar (Zitierweise: Großkommentar Gadow), Berlin 1939.

Karl Geiler:

Die wirtschaftlichen Strukturwandlungen und die Reform des Aktienrechts, Berlin 1927.

Julius von Gierke:

Handelsrecht und Schiffahrtsrecht, 7.Aufl., Berlin 1955.

Paul Gieseke:

Das Aktienstimmrecht der Banken (Depotaktie und Legitimationsübertragung), Heft 2 der Gesellschaftsrechtlichen Abhandlungen, Herausgeber: Arthur Nußbaum, Berlin 1926.

Von Godin - Wilhelmi:

Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz), 1.Aufl., Berlin und Leipzig 1939, 2.Aufl., Berlin 1950.

Gottschalk:

Die Lehren aus den Aktienskandalen der Nachkriegszeit, Heft 2 der Industriewirtschaftlichen Untersuchungen, Herausgeber: Herbert von Beckerath, Bonn 1934.

Rolf Hammerschmidt:

Betriebswirtschaftliche Probleme der Volksaktie, Diss., München 1959.

Josef Haselberger:

Das Stimmrecht des Aktionärs, München 1906.

Günter Haupt:

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der deutschen Banken, Leipzig 1937.

Fritz Haußmann:

Vom Aktienwesen und vom Aktienrecht, Mannheim, Berlin, Leipzig 1928.

Hans Hengeler:

(Herausgeber:) Beiträge zur Aktienrechtsreform,
(zit.: Beiträge), Heidelberg 1959.

Hermann Herold:

Bank- und Börsenrecht, Berlin und Frankfurt (Main) 1956.

Otto Jeidels:

Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie
mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie,
2.Aufl., München und Leipzig 1913.

Ewald Köst:

Juristisches Wörterbuch, 2.Aufl., Wiesbaden 1951.

Egon Krause:

Die Stimmrechts-Ausübung der Banken in eigenem Namen
auf Grund der in ihrem Depot befindlichen Kunden-Aktien,
Diss., Würzburg 1926.

Werner Küster:

Inhalt und Grenzen der Rechte der Gesellschafter ins-
besondere des Stimmrechts im Deutschen Gesellschafts-
recht unter Berücksichtigung der Höchststrichterlichen
Rechtsprechung, Berlin 1954.

Alfred Hueck:

Gesellschaftsrecht, 8.Aufl., München und Berlin 1958.

Alfred Hueck:

Recht der Wertpapiere, 7.Aufl., Berlin und Frankfurt
(Main) 1957.

Alfred Hueck:

Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht, Mannheim und
Berlin, Leipzig 1922.

Franz Kaernbach:

Die wirtschaftliche Bedeutung der Legitimationsüber-
tragung unter besonderer Berücksichtigung des Depot-
stimmrechts der Banken, Heft 5 der Bankwissenschaft-
lichen Forschungen, Herausgeber: Georg Obst,
Stuttgart 1930.

Friedrich Klausning:

Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesell-
schaften auf Aktien (Aktiengesetz) nebst Einführungs-
gesetz und "Amtlicher Begründung", (zit.: Aktiengesetz),
Berlin 1937.

Friedrich Klausning:

Reform des Aktienrechts unter besonderer Berücksichti-
gung der Teilreform des Jahres 1931 (zit.: Reform des
Aktienrechts), Berlin und Wien 1933.

Franz Klein:

Die neueren Entwicklungen in Verfassung und Recht der Aktiengesellschaft, Wien 1904.

Franz Klein:

Die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen des Rechts der Erwerbsgesellschaften, Berlin 1914.

Heinrich Lehmann:

Gesellschaftsrecht, 2.Aufl., Berlin und Frankfurt (Main) 1959.

Heinrich Lehmann:

Handelsrecht, II. Teil: Gesellschaftsrecht, Berlin 1949.

Willi Lenssen:

Das Stimmrecht des Aktionärs unter besonderer Berücksichtigung der Treupflicht, Diss., Köln 1938.

Wilhelm Ludewig:

Hauptprobleme der Reform des Aktienrechts, (zit.: Hauptprobleme), Marburg 1929.

Ernst-Joachim Mestmäcker:

Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, Karlsruhe 1958.

Rudolf Mindner:

Das Kleine Börsenlexikon, 1.Aufl., Düsseldorf 1954.

Rudolf Mindner:

Das Kleine Börsenlexikon 1958 (zit.: a.a.O.), Düsseldorf 1958.

Georg Möser:

Die Generalversammlung der Aktiengesellschaft auf Grund einer wirtschaftskritischen Betrachtung der gesetzlichen Vorschriften, Berlin 1925.

J.M. von Morr:

Herausgeber: Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte, Band I, Nach Persönlichkeiten geordnet, Jahrgang 1957, Berlin.

Rudolf Müller-Erbach:

Das deutsche Aktienwesen seit der Inflation, Tübingen 1926.

Rudolf Müller-Erbach:

Das private Recht der Mitgliedschaft als Prüfstein eines kausalen Rechtsdenkens, Weimar 1948.

Rudolf Müller-Erbach:

Umgestaltung der Aktiengesellschaft zur Kerngesellschaft verantwortungsvoller Großaktionäre, Berlin 1929.

- Müller - Lehmann:**
Kommentar zum Mitbestimmungsgesetz Bergbau und Eisen,
Heidelberg 1952.
- Müller - Löffelholz:**
Bank-Lexikon. Handwörterbuch für das Bank- und Spar-
kassenwesen, (zit.: Bank-Lexikon), Wiesbaden 1959.
- Fritz Nitzke:**
Die Ausübung des Aktienstimmrechts durch offene und
stille Stellvertreter, Diss., Erlangen 1928.
- Arthur Nußbaum:**
Aktionär und Verwaltung, Berlin 1928.
- Obst - Hintner:**
Geld-, Bank- und Börsenwesen, 34.Aufl., Stuttgart 1955.
- Georg Opitz:**
Fünfzig depotrechtliche Abhandlungen, Sammelband,
Berlin 1954.
- Georg Opitz:**
Wegweiser im Depotgeschäft, Wiesbaden 1959.
- Palyi - Quittner:**
Handwörterbuch des Bankwesens, Berlin 1933.
- Richard Passow:**
Die Aktiengesellschaft. Eine wirtschaftliche Studie,
2.Aufl., Jena 1922.
- Hans Planitz:**
Die Stimmrechtsaktie. Ein Beitrag zur Reform des
Aktienrechts, Leipzig 1922.
- Kurt Pritzkeleit:**
Bosse, Banken, Börsen; Wien, München, Basel 1954.
- Walther Rathenau:**
Vom Aktienwesen. Eine geschäftliche Betrachtung,
Berlin 1918.
- Riesser:**
Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zu-
sammenhang mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in
Deutschland, 3.Aufl., Jena 1910.
- Ring - Schachian:**
Die Praxis der Aktiengesellschaft, Berlin und Leipzig,
o.J. (1929).

C. Ritter - J. Ritter:

Aktiengesetz, 2.Aufl., (zit.: Ritter), Berlin und München 1939.

Heinz Röhricht:

Das Problem der Zulässigkeit der sog. Legitimationszession von Aktien zum Zwecke der Ausübung des Stimmrechts mit besonderer Berücksichtigung des Stimmrechts der Banken auf Grund von Deponentenaktien, Diss., Würzburg 1935.

Hjalmar Schacht:

Die deutsche Aktienrechtsreform, Berlin 1935.

Franz Schlegelberger:

Die Erneuerung des deutschen Aktienrechts, Berlin 1935.

Schlegelberger - Quassowski - Herbig - Geßler - Hefermehl:

Aktiengesetz, Kommentar, 3.Aufl., (zit.: Schlegelberger - Quassowski), Berlin 1939.

Eugen Schmahlenbach:

Die Beteiligungsfinanzierung, 8.Aufl., Köln und Opladen 1954.

Gustav Schmoller:

Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre. Erster Teil, München und Leipzig 1919.

Maximilian Schmulewitz:

Die Verwaltungsaktie - Herrschafts- und Vorratsaktie. Ihre rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen, Rechtsvergleichende Abhandlungen III, Herausgeber: Titze - Wolff, Berlin 1927.

Joseph A. Schumpeter:

Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1946.

Franz Simon:

Der Einzelaktionär in seinem Verhältnis zur Aktiengesellschaft, Diss., Köln 1939.

Werner Sombart:

Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, 2.Halbband, Der Hergang der hochkapitalistischen Wirtschaft, Die Gesamtwirtschaft, München und Leipzig 1927.

Ernst Sontag:

Die Aktiengesellschaft im Kampfe zwischen Macht und Recht, Berlin 1918.

Walter Städele:

Die Wahl des Abschlußprüfers durch die Hauptversammlung (Die Wahl des Abschlußprüfers nach dem derzeit geltenden Aktienrecht und die Möglichkeit der Neugestaltung bei der Aktienrechtsreform), Diss., München 1958.

Teichmann - Koehler:

Kommentar "Aktiengesetz", 3.Aufl., Heidelberg 1950.

Trost - Schütz:

Bankgeschäftliches Formularbuch, 14. Ausgabe, Berlin 1955.

Adolf Weber:

Depositenbanken und Spekulationsbanken. Ein Vergleich deutschen und englischen Bankwesens, 4.Aufl., München und Leipzig 1938.

Adolf Weber:

Geld, Banken, Börsen, 5.Aufl., München o.J. (1955).

Helmut Wanner:

Die am Aktienmarkt herrschenden Kräfte und ihr Einfluß auf die Kursgestaltung, Diss., München 1956.

Franz Worret:

Bankpolitik als Machtfrage, Berlin 1955.

Johannes C.D. Zahn:

Wirtschaftsführertum und Vertragsethik im neuen Aktienrecht. Anregungen zum Neubau des deutschen Aktienrechts auf Grund einer vergleichenden Darstellung des deutschen und nordamerikanischen Aktienrechts, Berlin und Leipzig 1934.

b) Bücher ohne Verfasserangabe

Deutsches Börsenadreßbuch für Banken, Handel und Industrie (zit.: Deutsches Börsenadreßbuch), 1.Bd., 1957/1958, Hamburg, Ende Dezember 1957.

Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 2 Bände. Zugleich 2.Aufl. vom Handwörterbuch des Bankwesens von M. Palyi und P. Quittner (zit.: Enzyklopädisches Lexikon), Frankfurt (Main) 1957.

Formular-Kommentar,

Erster Teil: Handels- und Wirtschaftsrecht, 20.Aufl., Berlin und Köln 1958.

Kapitalmarkt und Börse 1958,

Herausgeber: Dresdner Bank AG, Januar 1959.

Leitende Männer der Wirtschaft,

7.Aufl., Berlin, Darmstadt, Essen 1959.

Rund um die Börse 1958,

Herausgeber: Commerzbank AG, Dezember 1958.

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik
Deutschland 1957,
Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Stuttgart 1957.

Wer gehört zu wem, Mutter- und Tochtergesellschaften
von A - Z,
Herausgeber: Commerzbank AG, 4.Aufl., April 1959.

Wirtschaft und Börse 1958,
Herausgeber: Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank,
o.O., o.J. (München, Januar 1959).

2. Aufsätze

a) Aufsätze mit Verfasserangabe

Otto Abshagen:
Vertretung der in Kundendepots ruhenden eigenen Aktien
in der Hauptversammlung der Aktienbank, in: Soziale
Praxis, Heft 5/1939, Sp.283 ff.

Otto Abshagen:
Noch einmal: Vertretung der in den Kunden-Depots ruhenden
eigenen Aktien in der Hauptversammlung der Aktienbank,
in: Soziale Praxis, Heft 20/1939, Sp.1153 ff.

Günther Beine:
Die Reform des Depotstimmrechts unter besonderer
Berücksichtigung der Kostenfragen, in: Die Aktiengesellschaft,
Nr. 7/1959, S.179 ff.

Berger:
Fragen um das Stimmrecht bei der Aktiengesellschaft,
in: Juristische Wochenschrift, Heft 23/1938, S.1444 ff.

Rudolf Berndsen:
Der Depotbesitz an deutschen Aktien, in: Wirtschaft
und Statistik, Heft 8/1959, S.418 f.

Böhmer:
Grenzen der Prüfungspflicht des Notars bei Stimmrechts-
ermächtigungen, in: Bank-Archiv, Jg.1939, Nr. 5, S.126 ff.

Ernst Boesebeck:
Stimmenthaltung bei der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat,
in: Neue Juristische Wochenschrift, Heft 45/1955,
S.1657.

Karl-Heinz Brackmann:
Geht die Große Aktienrechtsreform zu weit?, in:
Stuttgarter Zeitung, Nr. 264/15.11.58, S.19.

Herbert von Breska:

Der Kommentar Schlegelberger - Quassowski zum Aktiengesetz, in: Bank-Archiv, XXXVII. Jg., Nr. 1, S.1 ff.

Heinz Brestel:

Stirbt die Aktie aus?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 116/22.5.59, S.13.

O. Bühler:

Aktiennrechtsreform dringlich geworden. Zur Nichtzulassung deutscher Aktien an der New Yorker Börse, in: Die Aktiengesellschaft, Nr. 6/1957, S.135 ff.

Ottmar Bühler:

Depotstimmrecht als Kapitalmarkt-Bremse?, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 14/1951, S.342 ff.

Bühler:

Der Aktionär und die Steuerbilanz seiner Gesellschaft, in: Die Aktiengesellschaft, Heft 1/1956, S.1 ff.

Ernst Cohn:

Zur Legitimationsübertragung von Inhaberaktien, in: Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht, 92.Bd., 1928, S.37 ff.

Heinrich Deist:

Die Kontrolle wirtschaftlicher Macht, in: Geist und Tat, Heft 11/1958, S.334 (I.Teil), Heft 12/1958, S.357 ff. (II.Teil).

Konrad Duden:

Zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: Der Betriebs-Berater, Heft 31/1958, S.1101 ff.

Ulrich Eckardt:

Aufgaben des Vorstands, des Aufsichtsrats und der Hauptversammlung nach dem Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: Das Wertpapier, Heft 2/1959, S.62 ff.

Ulrich Eckardt:

Das Depotstimmrecht nach dem Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: Das Wertpapier, Heft 11/1958, S.588 ff.

Eckardt:

Die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft im Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: Neue Juristische Wochenschrift, Heft 12/1959, S.9 ff.

Eckardt:

Vorstand und Aufsichtsrat nach dem Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: Neue Juristische Wochenschrift, Heft 48/1958, S.1945 ff.

Gert von Eyern:

Macht (wirtschaftliche): Marktmacht, in: Wörterbuch der Soziologie, Herausgeber: Wilhelm Bernsdorf - Friedrich Bülow, Stuttgart 1955, S.315 ff.

Curt Eduard Fischer:

Das Depotstimmrecht der Banken und die Reform des Aktiengesetzes, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 10.Jg., Heft 1/1958, S.28 ff.

Curt Eduard Fischer:

Das schwer zu lösende Konzern-Problem, in: Die Zeit, Nr. 52/26.12.58, S.10.

Curt Eduard Fischer:

Faire und getreue Rechenschaft der Manager? Die demokratische Optik der Schutzvereinigungs-Vorschläge - HV als Komödie, in: Die Zeit, Nr. 14/3.4.59, S.9.

Curt Eduard Fischer:

Gläubiger mit Aktionär-Stimmrechten. Die Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz zum Depotstimmrecht der Banken, in: Die Zeit, Nr. 13/26.3.59, S.21.

Curt Eduard Fischer:

Halbe Maßnahmen im neuen Konzernrecht, in: Die Zeit, Nr. 2/9.1.59, S.11.

Curt Eduard Fischer:

Rechtsschein und Wirklichkeit im Aktienrecht. Rechtspolitische Betrachtungen zu einer Reform des Aktiengesetzes, in: Archiv für die civilistische Praxis, 154. Bd., Tübingen 1955, S.182 ff.

Werner Flume:

Der Aktienrechtsentwurf und seine Kritiker, in: Handelsblatt, Nr. 72, 22./23.5.59, S.2.

Werner Flume:

Der Aktionär soll mehr erfahren können. Die aktienrechtliche Publizität und der Aktionär, in: Handelsblatt, Nr. 132/10.11.58, S.4.

Werner Flume:

Der Vorstand in schwächerer Stellung, in: Handelsblatt, Nr. 128, 31.10./1.11.58, S.5.

Werner Flume:

Wie soll die Volkswagen-Aktie aussehen?, in: Handelsblatt, Nr. 9/22.1.58, S.4.

Kurt Froberg:

Die Publizität der Kapitalgesellschaften vom Standpunkt der Banken und Börsen, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 10.Jg., 1958, S.442 ff.

Rudolf Franta:

Die Verfassung der Aktiengesellschaft nach dem Referentenentwurf eines neuen Aktiengesetzes, in: Der Betrieb, Heft 48/1958, S.1347 ff.

E. Geßler:

"Beiträge zur Aktienrechtsreform" - Zu einem neuer-schienenen Buch, in: Der Betriebs-Berater, Heft 13/1959, S.457 ff.

Reinhard Freiherr von Godin:

Das Depotaktienstimmrecht der Banken, in: Bank-Archiv, XXXVII. Jg., Nr. 6, S.115 ff.

Hans Göring:

Verkehrsfähige Namensaktien, in: Der Volkswirt, Nr. 17/1954, S.20.

Max Hachenburg:

Das Stimmrecht der Legitimationsaktien, in: Die Reform des Aktienrechts, Kritische Bemerkungen zum Gesetzentwurf des Reichsjustizministeriums, Aufsätze aus der Kölnischen Zeitung, Köln 1930.

Walter Hartmann:

Das Stimmrecht der Depotaktie, in: Bank-Archiv, XXIV. Jg., Nr. 24, S.486 ff.

Fritz Haußmann:

Gesellschaftsinteresse und Interessenpolitik in der Aktiengesellschaft, in: Bank-Archiv, XXX. Jg., Nr. 4, S.57 ff.

Joachim Heintze:

Zum Aktiengesetz vom 30. Januar 1937, in: Die Neugestaltung des Aktienrechts und Umgründung einer offenen Handelsgesellschaft in eine Kapitalgesellschaft; Praktische Betriebswirtschaft, Eine Schriftenreihe, Heft 4, Berlin 1948.

Hengeler - Kreifels:

Absicht und Wirklichkeit im Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: Beiträge zur Aktienrechtsreform, Herausgeber: Hans Hengeler, Heidelberg 1959, S.11 ff.

Hermann Herold:

Das Depotstimmrecht der Banken. Ein vielumstrittenes Problem, in: Das deutsche Privatrecht in der Mitte des 20. Jahrhunderts, Festschrift für Heinrich Lehmann zum 80. Geburtstag, Herausgeber: H.C. Nipperdey, II.Bd., Berlin, Tübingen, Frankfurt (Main) 1956, S.563 ff. (zit.: Festschrift für Heinrich Lehmann).

H. Herold:

Das Depotstimmrecht der Banken, in: Neue Juristische Wochenschrift, Heft 23/1951, S.900 ff.

Hermann Herold:

Das Depotstimmrecht der Banken bei Namensaktien, in: Soziale Praxis, Heft 21/1938, S.1312.

Hermann Herold:

Die Neuordnung der Großbanken im Bundesgebiet, in: Neue Juristische Wochenschrift, Heft 13/1952, S.481.

H. Herold:

Inhaber- oder Namensaktie?, in: Neue Juristische Wochenschrift, Heft 3/1952, S.81 f.

Hermann Herold:

Kann eine Aktienbank Kundenaktien ihrer eigenen Gesellschaft in der Hauptversammlung vertreten?, in: Bank-Archiv, Jg.1942, Nr. 5, S.93 f.

Otto Hintner:

Stimmrechtslose Vorzugsaktien, in: Die Betriebswirtschaft, 1941, 34.Jg., S.71 ff.

Harald von Hinüber:

Zur Reform des deutschen Aktienrechts, in: Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Betriebswirtschaft, Nr. B 2/3, Mai/Juni 1959, S.72 ff.

Erich Jung:

Wichtige Fragen des Bankrechts, in: Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht, 107.Bd., Stuttgart 1940, S.75.

Wilhelm Kißkalt:

Reform des Aktienrechts, in: Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht, Heft 1/1934, S.20 ff. (zit.: Erster Bericht).

Wilhelm Kißkalt:

Zweiter Bericht über die Arbeiten des Aktienrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht, Heft 5/1935, S.247 ff. (zit.: Zweiter Bericht).

Alexander Knur:

Aktiengesellschaft, in: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft, 6.Aufl., 1.Bd., Freiburg 1957.

Wilhelm Koepfel:

Bankenstimmrecht bei Depotaktien (Sondergutachten), in: Materialien zur Vorbereitung der Banken-Enquête 1933, Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E.V.), Berlin 1933, S.83 ff.

Max Kruk:

Das Aktienrecht von morgen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 260/8.11.58, S.5.

Max Kruk:

Eigentum und Aktienrecht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 246/23.10.58, S.1.

Hans Kuhlmann:

Die Banken in der Hauptversammlung, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 21/1949, S.489 f.

Alfred Lansburgh:

Das Aktienrecht des "als ob", in: Die Bank, 1929, S.515 ff.

H. Linhardt:

Wider das Depotstimmrecht der Banken, in: Die Aktiengesellschaft, Heft 8/1958, S.169 ff.

Hanns Linhardt:

Zur Reform des Aktienrechts, in: Die Aussprache, Heft 10/1958, S.331 ff.

W. Ludewig:

Die sog. Legitimationsübertragung von Aktien, in: Juristische Wochenschrift, Heft 21/1922, S.1501 (zit.: Legitimationsübertragung).

Kurt Mähler:

Zur Entwicklung der Willensbildung in deutschen Aktiengesellschaften in den letzten Jahrzehnten, in: Die Aktiengesellschaft, Nr. 8/1957, S.174.

Heinz Meilicke:

Das Minderheitenproblem im Aktienrecht, in: Dynamische Betriebsführung, Vorträge des 12. Deutschen Betriebswirtschaftler-Tages, Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft, Berlin 1959, S.204 ff.

Ludwig Mellinger:

Das Depot-Stimmrecht der Banken, in: Die Bank, Heft 26/1934, S.935 ff.

Philipp Möhring:

Das Bankenstimmrecht im Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: Der Betriebs-Berater, Heft 33/1958, S.1117 ff.

Philipp Möhring:

Die Ausübung des Stimmrechts durch Kreditinstitute im Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: Beiträge zur Aktienrechtsreform, Herausgeber: Hans Hengeler, Düsseldorf 1959, S.86 ff.

Rudolf Müller-Erbach:

Das Aktiengesetz vom 30. Januar 1937 und das Aktienproblem, in: Iherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts, 87.Bd., Jena 1937/38, S.106 ff.

Volkmar Muthesius:

Auftakt zur Aktienrechtsreform, in: Rheinischer Merkur, Nr. 44/30.10.58, S.13.

Volkmar Muthesius:

Die Stimme seines Herrn, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 7/1959, S.249 ff.

Volkmar Muthesius:

Krise des Aufsichtsrats?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 103/5.5.54, S.9.

Oswald von Nell-Breuning:

Ist Eigentum eine Ordnungsmacht?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 8/1958, S.452 ff.

Walter Nord:

Die "Legitimationsübertragung" von Aktien zur Ausübung des Stimmrechts, in: Juristische Wochenschrift, Heft 5/1926, S.530.

Georg Opitz:

Depotrecht, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 1.Bd., Frankfurt (Main) 1957, S.377 ff.

Georg Opitz:

Kassenvereine, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 2.Bd., Frankfurt (Main) 1957, S.991 ff.

Heinz Pentzlin:

Wer herrscht im Unternehmen?, in: Die Welt, Nr.130/7.6.58, S.6.

Hans Pinckernelle:

Zum Interesse der Öffentlichkeit an den Anwesenheitslisten der Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften, in: Das Wertpapier, Nr. 1/1956, S.5 f.

Felix Pinner:

Industrie und Banken, in: Palyi - Quittner, Handwörterbuch des Bankwesens, Berlin 1933, S.261 ff.

Clemens Pläßmann:

"Der Aktionär" - ein Homunculus, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Nr. 9/1956, S.305 (Leserzuschrift).

Walter Pohle:

Das Depotstimmrecht der Banken nach dem neuen Aktiengesetz, in: Die Bank, Heft 11/1937, S.369 ff.

Wolfgang Pohle:

Zur Neuordnung des Aktienrechts, in: Die Aktiengesellschaft, Heft 5/1959, S.117 ff.

Erich Potthoff:

Die "große" Aktiengesellschaft, in: Wirtschaftswissenschaftliche Mitteilungen, Herausgeber: Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften GmbH, Köln, Nr. 5/1954, S.93 ff.

Quassowski:

Die Beschränkungen des Bankenstimmrechts, in: Soziale Praxis, Heft 3/1938, Sp.157 ff.

Henning von Rauschenplat:

Das Depotstimmrecht der Banken, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 23/1949, S.538 ff.

Rudolf Reinhardt:

Aktienrecht in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, in: Welche Wirtschaftspolitik kann das Vertrauen des Wählers rechtfertigen?, Ludwigsburg 1958, S.107 ff.

Friedrich Reinhart:

Aktienrechtsreform und Bankpolitik, in: Der praktische Betriebswirt, Nr. 11/1935, S.1077 ff.

Fritz Schäffer:

Die Aktienrechtsreform und ihre Probleme, in: Der Betriebs-Berater, Doppelheft 35-36/1958, S.1253 ff.

Helmut Schelsky:

Berechtigung und Anmaßung in der Manager-Herrschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 3/1950, S.136 ff.

Horst Schieckel:

Ein Jahr neues Aktienrecht. Ein Rückblick auf die Rechtslehre und Rechtsprechung, in: Soziale Praxis, Heft 1/1939, Sp.43.

E. Schmalenbach:

Zur Reform der Aktienbilanz, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Heft 2/1927, S.49 ff.

Ernst Wilhelm Schmidt:

Banken contra Aktionäre?, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 16/1951, S.12 ff.

E.W. Schmidt:

Industrie und Banken, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 2.Bd., Frankfurt (Main) 1957, S.846 ff.

Walter Schmidt:

Konzernrechtliche Kodifikation?, in: Neue Juristische Wochenschrift, Heft 37/1957, S.1337 ff.

Walter Schmidt:

Die Verfassung der Aktiengesellschaft, in: Beiträge zur Aktienrechtsreform, Herausgeber: Hans Hengeler, Heidelberg 1959, S.42 ff.

Claus Schrempf:

Die Doppelnatur der Aktie, in: Der Volkswirt, Nr. 14/1954, S.10 f.

Claus Schrempf:

Investmentssparer - Aktionäre der Zukunft, in: Industriekurier, Nr. 175/18.11.58, S.2.

Roland Schupp:

Die Kapitalgesellschaften in der Bundesrepublik im Spiegel der Zahlen, in: Die Aktiengesellschaft, Nr. 7/1958, S.157 ff.

Roland Schupp:

Ein interessantes Reformproblem: Das Bankenstimmrecht aus Depotaktien, in: Juristische Rundschau, Heft 6/1959, S.216 f.

Karl Schwantag:

Aktiengesellschaft (II), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 1.Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956, S.145 ff.

Schweichler:

Der Gesetzentwurf über Reform des Aktienrechts, in: Hanseatische Rechts- und Gerichts-Zeitschrift, Abt. A, Heft 12/1930, Sp.722.

Johannes Semler:

Die Publizität der Kapitalgesellschaften vom Standpunkt des Kapitalgebers und des öffentlichen Interesses, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 10.Jg., 1958, S.453 ff.

Herman Veit Simon:

Die Vertretung eigener und fremder Aktien in Generalversammlungen, in: Festgabe der Rechtsanwaltschaft des Kammergerichts für den Geheimen Justizrath Dr. Richard Wilke zum XI. September MDCCC, Berlin 1900.

Georg Solmssen:

Probleme des Aktienrechts unter besonderer Berücksichtigung ihrer Entwicklung in den Vereinigten Staaten, in: Bank-Archiv, XXVI. Jg., Nr. 1, S.34 ff.

Walter Strauß:

Das Aktienrecht in der sozialen Marktwirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 26/31.1.59, S.5.

Wolfgang Tormann:

Investmentsparen - Eine Übersicht über die Lage in der Bundesrepublik, in: Das Wertpapier, Nr. 7/1959, S.423 ff.

Wilhelm Vallenthin:

Die Ausübung von Aktionärstimmrechten durch Banken, in: Die Aktiengesellschaft, Nr. 9/1958, S.204 ff.

Wilhelm Vallenthin:

Die Stimmrechtsausübung durch Banken (sogenanntes Depotstimmrecht), in: Die Aktiengesellschaft, Heft 6/1959, S.149 ff.

W. Veith:

Die Stimmrechtsausübung im Aktienrecht. Verhinderung von Machtkonzentration durch Stimmrechtsbeschränkung, in: Der Betrieb, Nr. 11/1948, S.78.

Theodor Vogelstein:

Aktienreform, IV. Aufsichtsrat und Banken, in: Der Deutsche Volkswirt, Nr. 25/1931, S.811.

H. U. von Wangenheim:

Geschäftsberichte, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt (Main) 1957, 1.Bd., S.705 f.

Erich Welter:

Aktienrechtsreform, in: Palyi - Quittner, Handwörterbuch des Bankwesens, Berlin 1933, S.29.

K. Westrick:

Aktienrechtliche Fragen bei der Abwicklung von Hauptversammlungen, in: Der Betriebs-Berater, Heft 11/1958, S.395 ff.

Klaus Westrick:

Gegen ungerechte Kritik am Bankenstimmrecht, in: Deutsche Zeitung, Nr. 75/2.7.59, S.7.

Karl Winnacker:

Bericht in der Hauptversammlung am 14.5.59 der Farbwerke Hoechst AG, in: Männer der Wirtschaft - Reden und Berichte, Beilage zu: Das Wertpapier, Nr. 6/1959, S.1 ff.

J. Wolany:

Die Diskussion über eine Reform des Aktienrechts, in: Die Aktiengesellschaft, Heft 3/1956, S.49 ff.

Lorenz Wolkersdorf:

Formen und Funktionen des Eigentums, in: Wirtschaftswissenschaftliche Mitteilungen, Herausgeber: Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften GmbH, Köln, Nr. 4/1958, S.96 f.

Hans Würdinger:

Aktiengesellschaft I, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 1.Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956.

Hans Würdinger:

Bemerkungen zur Aktienrechtsreform, in: Deutsche Juristen-Zeitung, Heft 4/1936, Sp.223 ff.

Johannes Zahn:

Stimmrechtsermächtigung in der Hauptversammlung der Aktiengesellschaft, in: Soziale Praxis, Heft 24/1938, S.1481 ff.

b) Aufsätze ohne Verfasserangabe

Banks and Industry in England and Germany,

in: The Economist (London), Nr. 4514/1.3.30, S.449 ff.
(I.Teil), Nr.4516/15.3.30, S.572 f. (II.Teil).

Bundesjustizministerium, Grundsätze zur Aktienrechtsreform,
zitiert in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 245/
22.10.58, S.7; Deutsche Zeitung, Nr. 85/25.10.58, S.10.

Das Aktionärs-Interesse pflegen,

in: Der Volkswirt, Nr. 32/1953, S.12 ff.

Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften
Ende 1936,

in: Wirtschaft und Statistik, Herausgeber: Statistisches
Reichsamt, Nr. 14/1937, S.569 f.

Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften,

in: Wirtschaft und Statistik, Herausgeber: Statistisches
Bundesamt, Heft 5/1957, S.273 ff.

Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften,

in: Wirtschaft und Statistik, Herausgeber: Statistisches
Bundesamt, Heft 2/1959, S.76 ff.

Das Stimmrecht des Aktionärs,

in: Deutsche Zeitung, Nr. 25/27.3.54, S.14.

Das Stimmrecht im Banktresor,

in: Deutsche Zeitung, Nr. 69/28.8.57, S.4.

Die AG als wirtschaftspolitisches Instrument,

in: Industriekurier, Nr. 178/22.11.58, S.3.

Die erste Preußag-Hauptversammlung nach der Privatisierung,

in: Das Wertpapier, Nr. 7/1959, S.438.

Die finanzielle Konzentration in der Wirtschaft,
in: Rohr-Post, Mitteilungsblatt für die Aktionäre
der Mannesmann AG, Heft 10/April 1959, S.15 f.

Die Kapitalgesellschaften im Jahr 1958,
in: Wirtschaft und Statistik, Herausgeber: Statistisches
Bundesamt, Heft 3/1959, S.136 ff.

Die Risiken der "Arbeiteraktie",
in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 24/
1958, S.1024.

Generalversammlung und Geschäftsbericht des Centralver-
bandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes,
in: Bank-Archiv, XXX. Jg., Nr. 6, S.204 ff.

Krisen im Vorstand,
in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 63, 14./15.3.59, S.17.

Kritik an der Schutzvereinigung?,
in: Das Wertpapier, Heft 8/1959, S.251 f.

Schutz vor den Banken?,
in: Die Bank, Heft 36/1942, S.569 ff.

Soziologische Schichtung und Repräsentation der Bayer-
Aktionäre,
in: Das Wertpapier, Heft 1/1959, S.24.

Um das Depotstimmrecht,
in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 21/
1958, S.908 f.

Wer sein Stimmrecht verkauft - Die stimmrechtslose Vor-
zugsaktie bleibt auch künftig im Gebrauch,
in: Deutsche Zeitung, Nr. 87/30.10.57, S.6.

3. Sonstige Schriften und Materialien

Aktionärbriefe:

Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG (Juni 1958);
Farbenfabriken Bayer AG (Dezember 1958, Anlage).

Allgemeine Geschäftsbedingungen der Banken (AGB),
Fassung Juli 1955.

Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigung für Wertpapier-
besitz - Aktienrechtsausschuß - :
Denkschrift zur Reform des Aktienrechts, Düsseldorf,
15.11.52 (zit.: Denkschrift Schutzvereinigung).

Arbeitskreis "Aktienrechtsreform" (Anm. des Verf.: der Wirtschaftsminister der Länder):
Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, o.O., April 1959 (zit.: Arbeitskreis, Stellungnahme).

Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft:
Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für allgemeine Wirtschaftsstruktur (I. Unterausschuß), 3. Arbeitsgruppe, Wandlungen in den wirtschaftlichen Organisationsformen, Erster Teil, Wandlungen in den Rechtsreformen der Einzelunternehmungen und Konzerne, Berlin 1928 (zit.: Enquête, Materialband 1928).

Begründung zum Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien vom 30. Januar 1937, in: Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Nr. 28, Berlin, 4.2.37 (zit.: Amtliche Begründung zum Aktiengesetz).

Bundesverband der Deutschen Industrie,
Bundesverband des privaten Bankgewerbes,
Bundesverband der deutschen Arbeitgeberverbände,
Deutscher Industrie- und Handelstag,
Gesamverband der Versicherungswirtschaft:

Gemeinsame Denkschrift zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Köln, Bonn, Februar 1959, (zit.: Gemeinsame Denkschrift); Anlageband zur Gemeinsamen Denkschrift zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Köln/Bonn, Mai 1959, (zit.: Anlageband zur Gemeinsamen Denkschrift).

Bundesverband des privaten Bankgewerbes (E.V.):
Denkschrift zur Reform des Aktienrechts, Köln, April 1958, (zit.: Denkschrift Bankenverband); Mitteilungen an die angeschlossenen Verbände, Nr. 82/29.5.52 (unveröffentlicht); Rundschreiben, Nr. 29/14.3.58; Rundschreiben, Nr. 130/30.9.55; Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Rechtsverhältnisse bei der Volkswagenwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung und die Überführung der Anteilsrechte in private Hand, Köln, 6.2.1958.

Depotgebühren-Verzeichnisse (Stand: 1959):
Commerzbank AG, Dresdner Bank AG, Deutsche Bank AG.

Deutsche Angestellten Gewerkschaft, Hauptvorstand:
Bemerkungen und Vorschläge der DAG zum "Referentenentwurf eines Aktiengesetzes", Hamburg, März 1959 (Anm. des Verf.: 2., geänderte Auflage), (zit.: DAG, Bemerkungen).

Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft:
Zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes des Bundesjustizministeriums, Berlin, Mai 1959 (zit.: Zum Referentenentwurf).

Deutscher Industrie- und Handelstag:

Ergebnisse der bisherigen Beratungen zur Reform des Aktienrechts, Bonn, o.J. (Oktober 1958), (zit.: DIHT, Ergebnisse Aktienrechtsreform); Zur Reform des Aktienrechts, Schriftenreihe, Heft 30, Bonn, Juni 1954 (zit.: DIHT, Aktienrechtsreform).

Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.,

Der Vorstand:

Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Düsseldorf, Februar 1959 (zit.: Stellungnahme Schutzvereinigung); Erwiderung der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V. auf die von Dipl.-Ing. Erich Weiland an ihr geübte Kritik, Düsseldorf, 6.8.1959 (Manuskript), (zit.: Erwiderung an Weiland).

Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen.

Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen.

Entwurf eines Gesetzes über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien sowie Entwurf eines Einführungsgesetzes nebst erläuternden Bemerkungen, Veröffentlicht durch das Reichsjustizministerium, Berlin 1930.

Erläuterungen zum Kursblatt der Börsen-Zeitung - Aktien -, Abgeschlossen am 22.2.1958, o.O. (Frankfurt/Main).

Geschäftsberichte:

Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG (1958);
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG (1958);
Chemie-Verwaltungs-Aktiengesellschaft (1958);
Commerzbank AG (1958);
Daimler-Benz AG (1958);
Deutsche Bank AG (1958);
Dresdner Bank AG (1958);
Farbenfabriken Bayer AG (1958);
Farbwerke Hoechst AG, vorm. Meister Lucius & Brüning (1958);
Mannesmann AG (1952, 1958);
Siemens & Halske AG (1957/58).

Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.:

Vorschläge zur Aktienrechtsreform des Arbeitskreises Aktienrechtsreform im Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf 1956; Ergänzende Vorschläge zur Aktienrechtsreform der Ausschüsse Sonderprüfung und Konzernfragen im Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf 1958 (Juni).

Referentenentwurf eines Aktiengesetzes,

Veröffentlicht durch das Bundesjustizministerium, Bonn - Köln, Oktober 1958 (zit.: Referentenentwurf).

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG:
Prospekt für die Zulassung zum Börsenhandel der
DM 75 000 000.- 5 1/2 %igen Inhaber-Teilschuldver-
schreibungen von 1959, in: Deutsche Zeitung, Nr. 51/3.6.59,
S.10.

Satzungen:

Chemie-Verwaltungs-Aktiengesellschaft;
Daimler-Benz AG;
Mannesmann AG;
Preußische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft
(Preußag);
Siemens & Halske AG.

Schriftliche Mitteilungen an den Verfasser:

Commerzbank AG, Vorstandsbüro, Düsseldorf,
(Schreiben vom 11.8.1959);
Deutsche Bank AG, Zentrale/Generalsekretariat,
Frankfurt/Main (Schreiben vom 26.8.1959);
Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.,
Geschäftsführung, Düsseldorf (Schreiben vom 10.8.1959
und 14.8.1959).

Stimmrechts-Ermächtigungs- und Bevollmächtigungs-Formulare:

Commerzbank AG;
Deutsche Bank AG;
Dresdner Bank AG.

Teilnehmerverzeichnisse von Hauptversammlungen:

Daimler-Benz AG (HV am 8.7.58);
Deutsche Linoleum-Werke AG (HV am 11.7.58);
Siemens & Halske AG (HV am 5.3.59).

Untersuchungen zur Reform des Unternehmensrechts,

Bericht der Studienkommission des Deutschen Juristen-
tages, Teil I (Berichte der Ausschüsse I und II),
Tübingen 1955 (zit.: Untersuchungen Deutscher Juristentag).

Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für all-
gemeine Wirtschaftsstruktur (I. Unterausschuß), 3. Arbeits-
gruppe, Wandlungen in den wirtschaftlichen Organisations-
formen, Dritter Teil, Wandlungen in der aktienrechtlichen
Gestaltung der Einzelunternehmen und Konzerne, General-
bericht, Berlin 1930 (zit.: Enquête, Generalbericht 1930).

4. Zeitschriften und Zeitungen ¹⁾

Archiv für die civilistische Praxis
Bank-Archiv x)
Berliner Tageblatt x)
Blick durch die Wirtschaft
Börsenzeitung
Das Wertpapier
Der Betrieb
Der Betriebs-Berater
Der Deutsche Volkswirt x)
Der praktische Betriebswirt x)
Der Spiegel
Der Volkswirt
Deutsche Zeitung
Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger x)
Die Aktiengesellschaft
Die Bank x)
Die Aussprache
Die Betriebswirtschaft x)
Die Welt
Die Zeit
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Geist und Tat
Gewerkschaftliche Monatshefte
Handelsblatt
Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitschrift x)
Industriekurier
Juristenzeitung
Juristische Rundschau
Juristische Wochenschrift x)
Männer der Wirtschaft - Reden und Berichte
(Beilagen zu: Das Wertpapier)
Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft
für Betriebswirtschaft

1) Zeitschriften und Zeitungen, die nicht mehr erscheinen,
sind mit dem Zeichen x) versehen.

Neue Juristische Wochenschrift

Rheinischer Merkur

Rohr-Post (Herausgeber: Mannesmann AG)

Soziale Praxis x)

Süddeutsche Juristenzeitung x)

Stuttgarter Nachrichten

Süddeutsche Zeitung

The Economist (London)

Wirtschaftswissenschaftliche Mitteilungen, Herausgeber:
Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften

Wirtschaft und Statistik

Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht

Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht

Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen

Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung.

LEBENS LAUF DES VERFASSERS

Roland Berger wurde am 5. Januar 1930 in Ludwigsburg als Sohn des Kaufmanns Hermann Berger und seiner Ehefrau Emilie, geb. Klein, geboren.

Nach dem Besuch der Grundschule von 1936 bis 1940 trat er in die Friedrich-Schiller-Oberschule in Ludwigsburg ein, an der er im Frühjahr 1949 die Reifeprüfung ablegte.

Anschließend durchlief er eine zweijährige Industriekaufmannslehre in der Perkeo-Werk GmbH, Ludwigsburg, die er mit der Kaufmannsgehilfenprüfung vor der Industrie- und Handelskammer Ludwigsburg abschloß.

Zur fremdsprachlichen Weiterbildung besuchte er danach die Private Fachschule für das Dolmetscherwesen in Stuttgart und war im Sommersemester 1952 Gasthörer an der Philosophischen Fakultät der Universität Tübingen.

Vom Wintersemester 1952/53 an studierte er Betriebswirtschaft an der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München und legte dort im Juli 1957 die Diplomprüfung für Kaufleute ab.

Nach dieser Prüfung setzte er das Studium in München mit dem Ziel der Promotion fort und fertigte die vorliegende Arbeit an, die er im Herbst 1959 abschloß.

